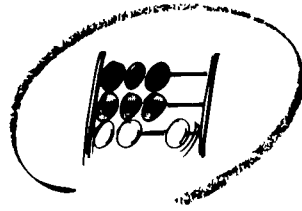


Statistisches Bundesamt

Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik

Ausgabe 1997

— **METZLER** —
POESCHEL



Statistisches Bundesamt

Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik

Ausgabe 1997

— **METZLER** —
POESCHEL



Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Informationen: Statistisches Bundesamt

Allgemeiner Auskunftsdienst

65180 Wiesbaden

● Telefon: 06 11 / 75 24 05

● Telefax: 06 11 / 75 33 30

● T-Online (Btx): * 48484#

● Internet: <http://www.statistik-bund.de>

Zweigstelle Berlin

Postfach 276, 10124 Berlin

● Telefon: 030 / 23 24 68 66

● Telefax: 030 / 23 24 68 72

Verlag: Metzler-Poeschel, Stuttgart

Verlagsauslieferung: SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH

Postfach 43 43

72774 Reutlingen

Telefon: 0 70 71 / 93 53 50

Telefax: 0 70 71 / 3 36 53

Erschienen im Dezember 1997

Preis: DM 19,80

Bestellnummer: 1030100-97900

ISBN: 3-8246-0457-4

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1997

Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Statistischen Bundesamtes diese Veröffentlichung oder Teile daraus für gewerbliche Zwecke zu übersetzen, zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme einzuspeichern.

Recyclingpapier aus 100 % Altpapier



Vorwort

Das „Arbeitsgebiet der Bundesstatistik“ ist das wichtigste Kompendium über die Bundesstatistik. Es erscheint seit 1950 und bietet sowohl komprimierte Informationen über Ziele, Grundlagen, Methoden und Organisation der statistischen Arbeit als auch einen umfangreichen, einheitlich gegliederten Katalog aller Bundesstatistiken.

Die vorliegende zehnte Auflage löst die Ausgabe von 1988 ab. Sie wurde grundlegend überarbeitet und inhaltlich neu aufgebaut. Zehn Abhandlungen spannen einen umfassenden Bogen über historische und rechtliche Grundlagen der Bundesstatistik, ihre Institutionen, Aufgaben und das Programm, beleuchten die Arbeitsschritte bei der Erstellung von Statistiken und die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der amtlichen Statistik. Daran anschließend bietet Teil II dieses Bandes wichtige Materialien und Übersichten einschließlich eines kurzgefaßten Verzeichnisses der Statistiken.

Zusätzlich erscheint als Loseblattsammlung eine ausführlichere Beschreibung aller Bundesstatistiken der vom Statistischen Bundesamt koordinierten Länderstatistiken und von Statistiken der Europäischen Gemeinschaft, der „Katalog der Statistiken zum Arbeitsgebiet der Bundesstatistik“ (letzte Ausgabe 1992).

Mit der Neuauflage des „Arbeitsgebiets der Bundesstatistik“ verbinde ich die Hoffnung, allen Interessenten eine Hilfe an die Hand zu geben, die umfassend über die Bundesstatistik informiert und dazu beiträgt, den Dialog mit allen an der Bundesstatistik Beteiligten noch besser zu fördern. Ich danke allen, die zum Gelingen dieser Veröffentlichung beigetragen haben.

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes

Johann Hahlen

Inhalt

Teil I Abhandlungen

1	Amtliche Statistik - vom Herrschaftswissen zur Bereitstellung eines öffentlichen Gutes	13
1.1	Statistik – Historische Wurzeln und Begriff	13
1.2	Amtliche Statistik in Deutschland	15
1.3	Grundsätze und Entwicklungstendenzen der Bundesstatistik	18
2	Rechtsgrundlagen	25
2.1	Bestimmungen des Grundgesetzes	25
2.2	Bestimmungen des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft	25
2.3	Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke	26
2.3.1	Anordnung, Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken ..	27
2.3.2	Erhebungs- und Hilfsmerkmale, Trennung und Löschung der Hilfsmerkmale, Adreßdateien	29
2.3.3	Auskunftspflicht, statistische Geheimhaltung, Unterrichtungspflicht ...	29
2.3.4	Strafen und Geldbußen	32
2.4	Einzelstatistische Rechtsetzung	33
2.5	Statistik für Zwecke der Europäischen Union	34
3	Die Institutionen und ihre Aufgaben	35
3.1	Bundesministerien	35
3.2	Statistische Ämter	36
3.2.1	Statistisches Bundesamt	37
3.2.2	Statistische Ämter der Länder	39
3.2.3	Kommunalstatistische Ämter und Dienststellen	40
3.3	Statistische Gremien	41

4	Das Statistische Bundesamt	47
4.1	Dienstorte und Aufbauorganisation	47
4.2	Personal, Aus- und Fortbildung der Beschäftigten	50
4.3	Datenverarbeitung im Statistischen Bundesamt	53
4.3.1	Hardware-Ausrüstung	53
4.3.2	Software-Ausstattung	54
4.4	Bibliothek und Archiv	55
4.4.1	Funktion und Bestand	55
4.4.2	Benutzung und Serviceleistungen	57
5	Aufgaben und Ziele der Bundesstatistik	59
5.1	Aufbau einer statistischen Basisinformation	59
5.2	Weiterverarbeitung von statistischen Ergebnissen	61
5.3	Entwicklung eines statistischen Gesamtbildes	64
5.4	Informationsverbreitung	68
6	Programm der Bundesstatistik	71
6.1	Bevölkerungs- und Erwerbstätigkeitsstatistiken	71
6.2	Statistiken über die Wirtschaft und ihre Bereiche	73
6.3	Statistiken des öffentlichen Bereichs, des Bildungs- und Gesundheitswesens	78
6.4	Einkommens-, Verbrauchs- und Vermögensstatistiken	85
6.5	Umweltberichterstattung	87
7	Durchführung von Bundesstatistiken	91
7.1	Vorbereitung	91
7.2	Erhebung und Aufbereitung	95
7.3	Veröffentlichung der Ergebnisse	96
7.4	Auswertung der Ergebnisse	97
7.5	Koordinierung der Arbeitsabläufe	97
7.6	Datenverarbeitung als Werkzeug der Statistik	98
7.6.1	Register, Leitdateien	100

7.6.2	Datenerfassung	101
7.6.3	Datenbereinigung, Plausibilitätskontrollen	102
7.6.4	Tabellenerstellung	103
7.6.5	Analyse und graphische Aufbereitung	103
7.7	Bürgerfreundlichkeit und Schonung der Auskunftgebenden	104
8	Datengewinnung	109
8.1	Direkte Befragung	109
8.1.1	Formen der Befragung und ihre Anwendung in der amtlichen Statistik	109
8.1.2	Neuere Wege der Befragung	111
8.2	Nutzung von Verwaltungsunterlagen und Adreßdateien	116
8.3	Anwendung von Stichprobenverfahren	119
8.3.1	Teilstatistiken	119
8.3.2	Vorzüge und Grenzen des Stichprobenverfahrens	120
8.3.3	Aufbau eines Stichprobenplans	122
8.3.4	Weiterentwicklung des Stichprobenverfahrens	124
9	Information und Veröffentlichung	127
9.1	Presse- und Auskunftsdienste	129
9.2	Gedruckte Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes	132
9.3	Elektronische Informationsangebote	136
9.3.1	Statistisches Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND)	136
9.3.2	Weitere elektronische Informationsangebote	142
10	Internationale Zusammenarbeit	145
10.1	Europäische Union	145
10.2	Vereinte Nationen	152
10.2.1	Regionale Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen	154
10.2.2	Sonderorganisationen der Vereinten Nationen	155
10.3	Andere internationale Organisationen	156
10.4	Bilaterale Kooperationen	157

10.4.1	Statistische Zusammenarbeit mit Staaten der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraumes	157
10.4.2	Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa	158
10.4.3	Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China	161

Teil II Materialien und Übersichten

1	Verzeichnis der Statistiken	165
1.1	Bevölkerung	165
1.2	Wahlen	167
1.3	Erwerbstätigkeit	168
1.4	Unternehmen und Arbeitsstätten	170
1.5	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	172
1.6	Produzierendes Gewerbe	177
1.7	Bautätigkeit und Wohnungen	181
1.8	Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus	182
1.9	Außenhandel	183
1.10	Verkehr	184
1.11	Geld und Kredit, Versicherungen	187
1.12	Rechtspflege	192
1.13	Bildung und Kultur	193
1.14	Gesundheitswesen	194
1.15	Sozialleistungen	196
1.16	Finanzen und Steuern	198
1.17	Wirtschaftsrechnungen	202
1.18	Löhne und Gehälter	203
1.19	Preise	205
1.20	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	206
1.21	Zahlungsbilanz	208
1.22	Umwelt	209
1.23	Auslandsstatistik	210

2	Rechtsgrundlagen	213
2.1	Bestimmungen des Grundgesetzes und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft	213
2.1.1	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland	213
2.1.2	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft	215
2.2	Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke	216
2.3	Fundstellennachweis statistischer Gesetze und Verordnungen 1996..	231
 3	 Klassifikationen	 249
3.1	Harmonisierung von Klassifikationen	250
3.2	Klassifikationen der wirtschaftlichen Tätigkeiten	253
3.2.1	Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979	253
3.2.2	Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993	255
3.3	Systematiken der öffentlichen Haushalte	257
3.4	Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte	259
3.5	Güterklassifikationen	260
3.5.1	Warenklassifikationen des Außenhandels	262
3.5.2	Systematisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken	263
3.5.3	Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe	264
3.5.4	Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik	265
3.5.5	Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik	265
3.5.6	Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch	266
3.5.7	Systematik der Bauwerke	267
3.6	Personenklassifikationen	268
3.6.1	Klassifizierung der Berufe	268
3.6.2	Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen	270
3.6.3	Staatsangehörigkeits- und Gebietsschlüssel	270
3.7	Regionalklassifikationen	270
3.8	Sonstige Klassifikationen	273
3.9	Auszüge aus wichtigen Klassifikationen	274

4	Methodische Grundzüge der Stichprobenstatistiken	332
5	Berechnungsgrundlage von Indizes bzw. Meßzahlen	343
6	Veröffentlichungsnachweis	351
6.1	Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes	351
6.2	Veröffentlichungen von Bundesministerien und anderen Bundesbehörden	384
6.3	Veröffentlichungen der statistischen Ämter der Länder	388
	Anschriften der statistischen Ämter	390
	Abkürzungsverzeichnis	393
	Alphabetisches Stichwortverzeichnis	403

Teil I

Abhandlungen

1 Amtliche Statistik – vom Herrschaftswissen zur Bereitstellung eines öffentlichen Gutes

1.1 Statistik - Historische Wurzeln und Begriff

Wirtschaftsbücher, Rechnungen und Zählungen sind schon aus den vorderorientalischen Hochkulturen und aus der Antike bekannt. Sie dienten in erster Linie zur Information der staatlichen Verwaltung.

So wird etwa im Alten Testament berichtet, König David [um 1000 v. Chr.] habe sein Volk zählen lassen. Ob dieser Anmaßung erzürnt, habe Gott Israel mit der Pest bestraft (2. Buch Samuel, Kapitel 24). In Athen wurden neben den von Demetrius eingeführten Volkszählungen auch laufende Aufzeichnungen über Getreideeinfuhr, Verzeichnisse über zollpflichtige Waren u. a. geführt. In Rom führte König Servius Tullius [578 – 534 v. Chr.] bevölkerungsstatistische Erhebungen ein. Tacitus berichtet von einem statistischen Quellenwerk für das Römische Imperium (Breviarium Augusti), das eine von Kaiser Augustus [63 v. Chr. – 14 n. Chr.] eigenhändig zusammengestellte und niedergeschriebene Tabellenfolge enthalten habe.

Während des Mittelalters blieben die Leistungen der informatorischen Statistik auf Gelegenheitserhebungen beschränkt, z. B. die Inventarien Karls des Großen [747 – 814] oder das „Domesday Book“ Wilhelm des Eroberers [um 1028 – 1087].

Erst mit dem aufkommenden Absolutismus und der Einführung merkantilistischer Wirtschaftsordnungen stieg die Statistik von neuem zu einem Informationswerkzeug zentralistischer Staatspolitik auf. In Brandenburg-Preußen etwa begann die Durchführung statistischer Erhebungen unterschiedlichen Umfangs und verschiedener Güte in der Zeit des Großen Kurfürsten [1620 – 1688]. Das Material blieb in dieser Zeit meist in den Akten der Verwaltung und war Interessierten nicht oder nur schwer zugänglich. Es stellte geheimes Herrschaftswissen dar, das es peinlich zu schützen galt, um die wahren Staatskräfte den Untertanen und konkurrierenden Staaten nicht transparent zu machen.

Im Laufe des 18. Jahrhunderts lockerte sich mit der Verbreitung der Ideen der Aufklärung und der Entwicklung einer bürgerlich-publizistischen Öffentlichkeit diese Geheimhaltungspolitik. Es begann eine Epoche, in der Statistik als akademische Disziplin für angehende Beamte und auch als literarische Gattung in Mode kam. Die Diskussion über und anhand von Statistik fand zunehmend Anhänger sowie ein interessiertes Publikum.

Der zeitgenössische Statistikbegriff ist dabei nicht deckungsgleich mit dem heute gebräuchlichen. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts faßte man unter den Begriff der Statistik eine ganze Bandbreite akademischer Disziplinen: Staatenkunde, Geographie, Geschichte, nicht selten auch Jurisprudenz, Ökonomie, Militärkunde und Verwaltungswesen. Die „disciplina politico-statistica“ und bald auch die verkürzte Version „Statistik“ galt als der Inbegriff alles Wissens, welches einem praktischen Staatsmanne, wie ... überhaupt allen Ständen, die sich um die heutige große Welt zu kümmern haben, und besonders denen, die als Rechtsgelehrte und Staatsleute ihrem Herrn und Lande dienen wollen, sehr nützlich und in vielen Fällen

notwendig ist. Hauptsächlich aber, wer die jetzigen Welthandel gründlich beurteilen, wer seine Reisen in fremde Länder mit Nutzen unternehmen, wer in Regierungs-, Polizei-, Manufaktur-, Handels- und Kameralssachen oder in Gesandtschaften und Unterhandlungen mit auswärtigen Staaten sich gebrauchen lassen will, dem ist ihre Erlernung unentbehrlich" (Achenwall 1749, zitiert nach John 1884, 1968, S. 11).

Dieser bald als „Universitätsstatistik“ bezeichnete Zweig wurde bereits von dem deutschen Kameralisten Hermann Conring [1606 – 1681] in den akademischen Lehrbetrieb eingeführt, als dieser 1660 erstmals staatskundlich-statistische Vorlesungen an der Helmstädter Akademie hielt. Diese „Universitätsstatistik“ war deskriptiv orientiert, blieb daher auf dem Niveau stoffsammelnder Beschreibung stehen und beschränkte sich auf die formelle Anordnung und übersichtliche Darstellung von oft verbal dargestellten Erkenntnissen zu einer systematischen Beschreibung eines Landes, einem „Staatengemälde“. „Die Statistik heutigen Sinnes dagegen [...] entlehnt ihren Stoff nicht anderen Disciplinen, sondern schafft denselben auf Grund möglichst exakter Beobachtung der socialen Erscheinung selbst; ebensowenig begnügt sie sich ferner mit dessen Ordnung und übersichtlicher Darstellung, sondern schreitet im Wege der Folgerung [...] vorwärts zur Erforschung des Realzusammenhangs der beobachteten Erscheinungen“ (John 1884, 1968, S. 14). Dies war das revolutionäre an dem neuen Ansatz: Aus den gesammelten Daten wollte man mittels geschickt gewählter rechnerischer Methoden Einsichten in Zusammenhänge erhalten, die über die bloße Faktenbeschreibung hinausgehen.

Dieser Forschungszweig der arithmetisch fundierten Kausalstatistik widmete sich auch zunehmend der vergleichenden Betrachtung und der geschichtlichen Darstellung sozialer Entwicklungen und versuchte, Regelmäßigkeiten in wirtschaftlichen und sozialen Erscheinungen aufzufinden. Er hatte seinen Ursprung in der Politischen Arithmetik im England des 17. Jahrhunderts.

Im Jahr 1662 überreichte der Londoner Einzelhändler und Hauptmann der Bürgermiliz, Captain John Graunt, der Royal Society of London eine epochemachende Schrift. Er sei zwar kein Gelehrter, schrieb Graunt mit Bezug auf das zeitgenössische Selbstverständnis der Wissenschaft; die Welt müsse sich deshalb damit begnügen, daß er nichts nach der Sitte der gelehrten Schulen, sondern etwas Neues hervorbringe, was noch nie eine gelehrte Feder berührt habe.

„Er wolle sich nicht mit eitlen und unnützen Spekulationen bemühen, sondern der Welt nur wahrhafte und wirkliche Früchte seiner Studien überliefern“, so beispielsweise „wie viel des Volkes in einem Lande ist, wie viele darunter männlichen und weiblichen Geschlechts, wie viele der Verheirateten und der Ledigen, wie viele der fruchtbaren Weiber, wie viele in jedem Septenario oder in jeder Dekade der Altersjahre, wie viele wehrhafte Männer [...], wie bald die Häuser nach der Pest sich wieder mit Einwohnern füllen, in welcher Proportion die Menschen an den verschiedenen Krankheiten starben [...], usw. usw.“ (zitiert nach John 1884, 1968, S. 167 f.).

Für seine Beobachtungen studierte John Graunt die seit 1603 geführten Geburts- und Sterbelisten Londons. Die 1665 in Druck gelegten Erkenntnisse erschienen bereits 1676 in der 6. Auflage.

In Deutschland konnte sich der wissenschaftliche Einfluß der Politischen Arithmetik im Gegensatz zu England, Holland, Frankreich oder Belgien jedoch zunächst nur begrenzt durchsetzen. Ausnahmen bildeten bevölkerungssstatistische Untersuchungen von Kaspar Neumann [1648 – 1715] und Johann Peter Süßmilch [1707 – 1767]. Letzterer – Feldgeistlicher in einem Regiment der Armee Friedrich des Großen und von diesem gefördert – veröffentlichte 1741 sein Hauptwerk „Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung desselben erwiesen“. Hierin erläutert er beispielsweise, daß „jederzeit gegen 20 Mädchen 21 Söhne kommen; sodann auch dass die Haufen der an das Licht kommenden jederzeit etwas größer sind als derer, die wieder in Staub verwandelt werden; wodurch es geschieht, dass das Heer des menschlichen Geschlechts stets etwas, jedoch auch wiederum nach einer bestimmten Proportion vergrößert wird“. Bezüglich der Sterblichkeit bemerkt er, daß „alle Alter, Geschlechter, Stände und Krankheiten [...] ihr Gesetztes beitragen [müssen], um das bestimmte Mass der Sterblichkeit jährlich zu erfüllen, und zu verursachen, dass in einer Provinz jährlich Einer von 36 sterben könne“ (zitiert nach John 1884, 1968, S. 250).

Lag bei Graunt in England und Süßmilch in Preußen das Schwergewicht der Untersuchungen auf dem Gebiet der Bevölkerung, so traten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zunehmend andere, vor allem Statistiken über das wirtschaftliche Potential, in den Blickpunkt.

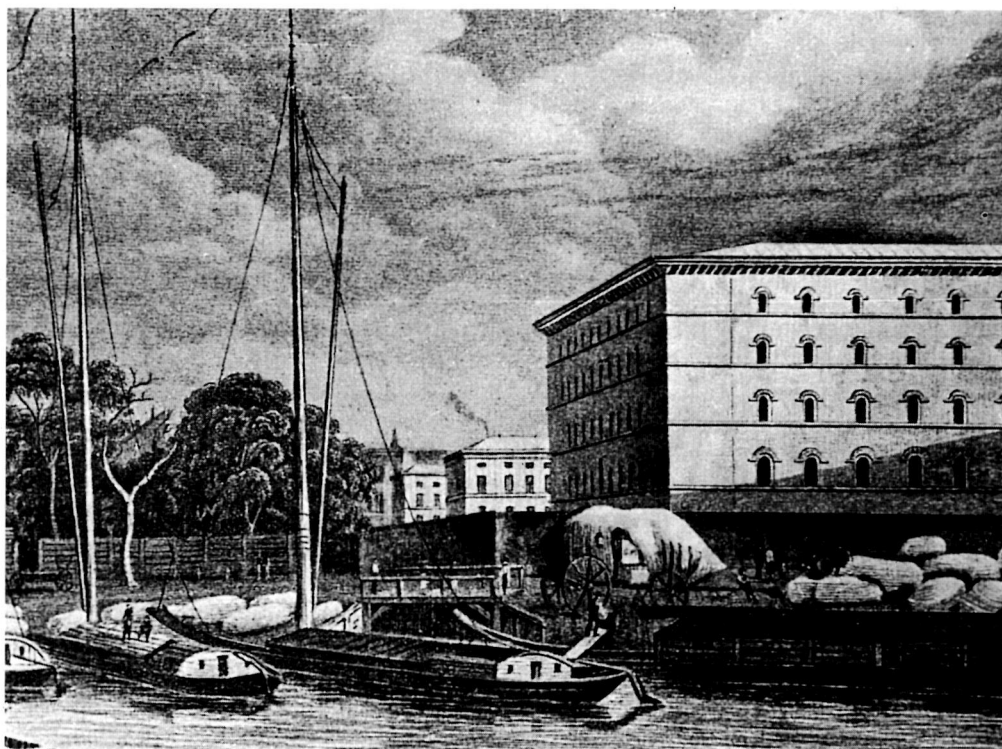
Mit Pierre-Simon de Laplace [1749 – 1827] und Jean Baptiste Joseph Fourier [1768 – 1830] begann die Verschmelzung des Gedankenguts der Politischen Arithmetik mit der Wahrscheinlichkeitsrechnung, welche von Jakob Bernoulli [1654 – 1705], seinem Neffen Daniel Bernoulli [1700 – 1782], Abraham de Moivre [1667 – 1754] und anderen schon weit vorangebracht worden war. Damit wurde der Grundstein gelegt für die wissenschaftliche statistische Methodenlehre, die dann beispielsweise von Carl Friedrich Gauß [1777 – 1855] und R. A. Fisher [1890 – 1962] fortentwickelt wurde.

1.2 Amtliche Statistik in Deutschland

Ansätze zu einer amtlichen Statistik als kontinuierliche Aufgabe sind in Deutschland bereits im 18. Jahrhundert in Form von Materialsammlungen für „Beschreibungen des Staats- und Volkslebens“ zu finden. Mit dem 19. Jahrhundert begann die fortschreitende Ausdehnung, methodische Verbesserung und vor allem die Institutionalisierung der statistischen Aktivitäten. Die territoriale Neuordnung Deutschlands und die zunehmende Industrialisierung zwangen die deutschen Länder zu Beginn des 19. Jahrhunderts in verstärktem Maße zu statistischen Feststellungen der „Topographie“, der „Seelenzahl“, der „Agrikultur“, des „Gewerbefleißes“ und der „Staatsfinanzen“. Für die Durchführung dieser Aufgaben wurden, beginnend mit Preußen (1805), Bayern (1808) und Württemberg (1820), besondere „Statistische Bureaus“ oder „Statistische Zentralstellen“, die späteren statistischen Landesämter, gegründet. Andere Teilstaaten folgten bald. Länderübergreifende statistische Aktivitäten entwickelte ab 1834 der Deutsche Zollverein, insbesondere auf den Gebieten des Außenhandels sowie den in dreijährigem Abstand durchgeführten Volkszäh-

lungen. Diese waren notwendig, da die Einnahmen des Zollvereins gemäß der Einwohnerzahl verteilt wurden. Auch die Städte traten 1862 in Berlin mit einem ersten selbstständigen statistischen Amt in Erscheinung, dem weitere folgten. Aufgrund der als unzulänglich empfundenen Arbeiten des Zollvereins im Bereich der Statistik entwickelte eine „Kommission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins“ in den Jahren 1870 und 1871 ein Programm, das zur Grundlage der Planung für die amtliche Statistik des jungen Deutschen Reiches wurde. Mit der Gründung des Deutschen Reiches wurde 1872 schließlich ein zentrales statistisches Amt, das dem Reichsamt des Innern nachgeordnete „Kaiserliche Statistische Amt“, errichtet, das u. a. die statistischen Aufgaben des „Centralbureaus des Zollvereins“ übernahm. Zusätzliche Aufgaben wuchsen dem Amt, zum Teil erst im Laufe der Jahre, auf dem Gebiet der Bevölkerungsstatistik, der Landwirtschaftsstatistik, der Verkehrsstatistik, der Bautätigkeitsstatistik, der industriellen Produktionsstatistik und in Zusammenhang mit der Sozialgesetzgebung zu. Eine wichtige Aufgabe war die Koordinierung und Vereinheitlichung vieler Länderstatistiken.

Nach dem Ersten Weltkrieg mußte das nunmehr dem neugegründeten Reichswirtschaftsministerium unterstellte „Statistische Reichsamt“ die Arbeitsstatistik an die „Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ abgeben. In den Jahren der Hyperinflation (1920 – 1923) wurde die kurzfristige Preis- und Lohnstatistik stark ausgebaut. Nachdem eine einheitliche Reichsfinanzverwaltung geschaffen worden war, wurden eine umfangreiche Statistik der öffentlichen Finanzen aller Ge-



bietskörperschaften aufgebaut und die Steuerstatistik erweitert. In Zusammenhang mit den Reparationsverhandlungen wurde die Volkseinkommensrechnung entwickelt. Großes Gewicht bekam auch die Auslandsstatistik.

Die Aufhebung der Länderhoheit im „Dritten Reich“ und die Verschmelzung des Preußischen Statistischen Landesamtes mit dem Statistischen Reichsamt führten zu einer stärkeren Verlagerung aller statistischen Arbeiten von den Ländern auf das Reich. Hier allerdings wanderte im Zuge der zunehmenden Bewirtschaftung und der Kriegswirtschaft ein Teil der Aufgaben des Reichsamtes an andere Dienststellen und Organisationen ab. Mit Hilfe des Statistischen Zentralausschusses, der statistische Erhebungen genehmigen mußte, wurde versucht, die wachsende Unübersichtlichkeit der Arbeiten zu beheben.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1945 entstand 1946 in Hamburg ein Statistisches Amt der britischen Besatzungszone. In der amerikanischen Zone wurden im Einklang mit den Prinzipien des staatlichen Aufbaus statistische Landesämter errichtet, deren Arbeiten von einem Statistischen Ausschuß beim Länderrat der amerikanischen Besatzungszone in Stuttgart koordiniert wurden. Mit dem Zusammenschluß der britischen und amerikanischen Besatzungszonen wurde das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes errichtet (1948), aus dem nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland (1949) das Statistische Bundesamt hervorging.

Für das Gebiet der späteren DDR wurde 1945 die Deutsche Zentralverwaltung für Statistik in der Sowjetischen Besatzungszone (Statistisches Zentralamt) gegründet. Parallel dazu wurden statistische Landesämter und statistische Kreisämter aufgebaut. In den Jahren 1950 und 1952 erfolgte – u. a. infolge der Gebietsreform (Auflösung der Länder und Bildung von 15 Bezirken) – die Zentralisierung der amtlichen Statistik der ehemaligen DDR. Die Unterstellung aller statistischen Ämter unter die Leitung des Statistischen Zentralamtes führte zu einer Vereinheitlichung der Methoden und Verfahren. Diese zentralistische Organisation bestand aus dem Statistischen Zentralamt in Berlin-Ost sowie 15 Bezirks- und 223 Kreisämtern. Sie wurde bis zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 im wesentlichen beibehalten. Der Umfang der veröffentlichten statistischen Ergebnisse entsprach bei weitem nicht dem im früheren Bundesgebiet.

Mit der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 galten auch in den neuen Ländern und in Berlin-Ost unmittelbar die Statistikgesetze der Bundesrepublik Deutschland. Bereits seit Januar 1991 werden alle Statistiken in den neuen Ländern und Berlin-Ost nach den Konzepten und Methoden der Bundesstatistik durchgeführt. Ein Teil der Beschäftigten des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR wurde zur Wahrnehmung von Bundesaufgaben dem Statistischen Bundesamt zugeordnet. Alle anderen Beschäftigten wurden gemäß Einigungsvertrag in das Gemeinsame Statistische Amt der neuen Bundesländer (GeStAL) übernommen. Dieses Amt übernahm bis Ende 1991, das heißt bis zur Einrichtung funktionsfähiger statistischer Ämter in den fünf neuen Bundesländern, die Aufgaben der Länder.

Heute bestehen in der Bundesrepublik Deutschland das Statistische Bundesamt, 16 statistische Ämter der Länder und rund 100 selbständige statistische Ämter in Städten und kommunalen Dienststellen. Sie bearbeiten den größten Teil der Bundes-, Landes- und Städtestatistik. In begrenztem Umfang werden auch von anderen Institutionen der öffentlichen Verwaltung Statistiken durchgeführt (siehe Kapitel 3).

1.3 Grundsätze und Entwicklungstendenzen der Bundesstatistik

Die amtliche Statistik in der Bundesrepublik Deutschland ist überwiegend Bundesstatistik. Sie arbeitet mit konstitutionellem Auftrag. Als „Statistik für Bundeszwecke“¹⁾ hat sie die Aufgabe, laufend Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren²⁾. Durch die Ergebnisse der Bundesstatistik werden Informationen über gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge für einen breitgefächerten Nutzerkreis bereitgestellt: Politik, öffentliche Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sowie die interessierte Öffentlichkeit.

Man erwartet von der amtlichen Statistik heute, daß sie unabhängig, unbeeinflußt und adäquat allen gesellschaftlichen Gruppen dient. Für die Bundesstatistik gelten deshalb die *Grundsätze der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit*. Bei der Datengewinnung bedient sich die amtliche Statistik wissenschaftlicher Erkenntnisse und ist zum Einsatz der jeweils sachgerechten Methoden und Informationstechniken verpflichtet.

Statistische Ergebnisse werden von den gesetzgebenden Körperschaften, Regierungen und Verwaltungen in erster Linie für die Durchführung von Verwaltungsaufgaben, als Entscheidungsgrundlage für Planungs- und Reformvorhaben sowie für die Erfolgskontrolle staatlicher Maßnahmen benötigt; daneben bilden fundierte Zahlen eine der wichtigsten Voraussetzungen für die allgemeine Beobachtung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation und ihrer Veränderungen. Die Ergebnisse der amtlichen Statistik sind daher für alle bedeutsam, die sich für Zustand und Entwicklung unserer Gesellschaft interessieren. Die Bundesstatistik hat sich deshalb zu einer Dienstleistungseinrichtung entwickelt, die jedermann zugänglich ist.

Aufgrund seiner Zuständigkeit für auswärtige Angelegenheiten hat der Bund mit der Statistik für Bundeszwecke auch ständig wachsende Datenanforderungen der supra- und internationalen Organisationen zu erfüllen.

Das System der amtlichen Statistik in Deutschland ist geprägt von drei Grundprinzipien: dem Legalitätsprinzip, dem Prinzip der fachlichen Konzentration und dem Prinzip der regionalen Dezentralisation.

Von grundlegender Bedeutung für die Arbeit der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik Deutschland ist das *Prinzip der Legalisierung*. Es lautet vereinfacht: Keine Statistik ohne Rechtsgrundlage. Dies beginnt mit der verfassungsmäßigen Verankerung im Grundgesetz. Weiterhin ist für jede Bundesstatistik grundsätzlich eine

¹⁾ Artikel 73 Nr. 11 GG.

²⁾ Siehe Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565).

Rechtsgrundlage erforderlich. Dies können neben Gesetzen und Rechtsverordnungen des Bundes auch Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften sein, die in den Mitgliedsländern unmittelbar geltendes Recht sind (siehe Kapitel 2).

Es gibt es in vielen Ländern der Welt ein Statistikgesetz oder ein rechtlich kodifiziertes Statut der amtlichen Statistik, das die Aufgaben und die allgemeinen Regeln für die Durchführung und Organisation der Datengewinnung definiert und somit die Rechtsgrundlage für die amtliche Statistik bildet. Ein solches Regelwerk gibt es in Deutschland in Form des *Bundesstatistikgesetzes*. Dort sind u. a. der Auftrag der amtlichen Statistik, Fragen der Statistischen Geheimhaltung, der Auskunftspflicht und andere statistikübergreifende Fragen geregelt.

Das Legalitätsprinzip geht aber weit über die Existenz eines solchen Statistikgesetzes hinaus. Denn es fordert erstens, daß jede Einzelstatistik grundsätzlich einer speziellen einzelstatistischen Rechtsgrundlage bedarf. Deshalb gibt es in Deutschland neben dem Bundesstatistikgesetz noch weit über 100 einzelstatistische Rechtsgrundlagen. Zweitens müssen diese Rechtsgrundlagen – bis auf wenige, sehr restriktiv definierte Ausnahmefälle – Gesetze des Parlaments sein, also Rechtsvorschriften, die eine sehr starke Legitimationsbasis schaffen.

Auch müssen die einzelstatistischen Gesetze alle wesentlichen Parameter der statistischen Erhebung, wie die Erhebungsmerkmale, den Kreis der Befragten, die Periodizität, den Berichtszeitraum und die Frage der Auskunftspflicht, ausdrücklich regeln. Insofern enthalten die entsprechenden Gesetze sehr detaillierte Bestimmungen.

Grundsätzlich gilt das Prinzip: Je umfangreicher das Frageprogramm einer Statistik und je stärker sie in das Persönlichkeitsrecht eingreift, desto stärker muß die entsprechende rechtliche Legitimationsbasis sein.

Die Forderung des Legalitätsprinzips nach speziellen, sehr starken und sehr detaillierten Rechtsgrundlagen hat zwar einerseits den Nachteil, daß sich die Einführung neuer Statistiken mitunter etwas langwierig und zeitraubend gestaltet, da hierfür zunächst ein entsprechendes Gesetz in die parlamentarischen Beratungen eingebracht, erörtert und verabschiedet werden muß. Auf der anderen Seite schafft dieses Verfahren klare Rechtsverhältnisse für alle Beteiligten und gewährleistet, daß Produzenten, Nutzer und Befragte vor der Einführung einer neuen Statistik ihre Auffassung in die vielfältigen Beratungen des Gesetzentwurfs einbringen können. Dieses Verfahren stellt gleichzeitig einen gewissen Beschränkungsmechanismus dar, der dafür Sorge trägt, daß keine unnützen Erhebungen angeordnet werden.

Charakteristisch für die amtliche Statistik in der Bundesrepublik Deutschland ist weiterhin das *Prinzip der fachlichen Konzentration* bzw. der funktionalen Zentralisation. Gemäß diesem Prinzip werden die statistischen Arbeiten in der Bundesrepublik Deutschland nicht – wie es zum Beispiel in den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan oder im Vereinigten Königreich zum Teil der Fall ist – von statistischen Abteilungen innerhalb der verschiedenen Ministerien durchgeführt, sondern von speziellen, eigens für diesen Zweck eingerichteten Fachbehörden, das heißt den statistischen Ämtern auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Diese fachliche Konzentration ist das weltweit vorherrschende Organisationsprinzip der amtlichen Statistik.

Nur in wenigen Ausnahmen sind andere Stellen mit der Durchführung von Bundesstatistiken betraut worden. Die wichtigsten Beispiele hierfür sind die Deutsche Bundesbank, die Geld-, Währungs- und Zahlungsbilanzstatistiken erstellt, die Arbeitsverwaltung mit Statistiken über den Arbeitsmarkt sowie das Landwirtschaftsministerium, das Verkehrsministerium und das Umweltbundesamt mit einigen Statistiken in den jeweiligen Fachbereichen. Diese Statistiken werden in der Regel durch die Auswertung von Datenmaterial gewonnen, das bei den betreffenden Institutionen im Zuge ihrer Geschäftstätigkeit anfällt und deshalb auch von diesen Stellen für statistische Zwecke zusammengestellt und aufbereitet wird.

Die Konzentration der statistischen Aufgaben in spezialisierten Ämtern gewährleistet eine gute Koordinierung aller Statistiken und trägt dazu bei, daß statistische Ergebnisse größtenteils konzentriert an einer Stelle zu finden sind, daß Doppelarbeiten vermieden werden, weil verschiedene Anforderungen häufig mit ein und derselben Statistik befriedigt werden können und daß Fachpersonal und maschinelle Einrichtungen rationell eingesetzt und gleichmäßig ausgelastet werden können. Außerdem schafft die fachliche Konzentration die Voraussetzungen für eine Zusammenfassung statistischer Ergebnisse zu einem in sich geschlossenen und abgestimmten Gesamtbild der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation. Nicht zuletzt trägt diese Organisationsform dazu bei, daß die Grundsätze der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit verwirklicht werden können, da die statistischen Ämter keinen Einzelnutzern zugeordnet und ihren speziellen Zugriffen und Einflußmöglichkeiten entzogen sind.

Das dritte Grundprinzip ist das der *regionalen Dezentralisation*. Entsprechend dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland sind auch die statistischen Aufgaben zwischen Bund und Ländern verteilt: Nach dem Grundgesetz hat der Bund das Recht, im Bereich der Statistik Gesetze zu erlassen; er ist also befugt, bundesweite Statistiken anzuordnen. Die Ausführung dieser Bundesgesetze hingegen ist laut Verfassung grundsätzlich Aufgabe der Länder und nicht die des Bundes.

Neben der Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Statistik wurde dem Bund auch das Recht eingeräumt, eine selbständige Bundesbehörde für Statistik – das Statistische Bundesamt – einzurichten. Dem Statistischen Bundesamt sind vor allem solche Aufgaben übertragen worden, die ihrem Wesen nach nur von einer Zentralbehörde sachgerecht erfüllt werden können. Hierzu zählen vor allem zwei Aufgabenkomplexe:

- die methodische und technische Vorbereitung von Bundesstatistiken, ohne die bundesweit einheitliche Ergebnisse nicht erreicht werden könnten,
- die Zusammenstellung und Verbreitung der Bundesergebnisse.

Die einheitliche und termingemäße Durchführung der Datenerhebung und der Datenaufbereitung bis hin zu den Landesergebnissen ist dagegen grundsätzlich die Aufgabe der statistischen Ämter der Länder. Neben diesen Arbeiten im Rahmen der Bundesstatistik führen die statistischen Ämter der Länder auch noch – wenngleich in quantitativ relativ geringerem Umfang – Landesstatistiken durch (siehe Kapitel 7).

Die regionale Aufgabenverteilung zwischen dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder wäre für sich allein genommen nichts Ungewöhnliches. Denn ähnliche Strukturen findet man in vielen größeren Staaten der Welt. Als Besonderheit des deutschen Statistiksystems kommt aber hinzu, daß parallel zur dezentralen Aufgabenverteilung auch die Kompetenzen und Entscheidungsbefugnisse sehr stark dezentralisiert sind. So sind die statistischen Ämter der Länder keine dem Statistischen Bundesamt nachgeordneten Stellen, sondern organisatorisch und finanziell vom Bund völlig unabhängige Landesbehörden. Dementsprechend kann der Bund weder auf die Organisation oder die Personal- und Finanzausstattung der Landesämter Einfluß nehmen noch hat das Statistische Bundesamt oder irgendein Bundesministerium ein Weisungsrecht gegenüber diesen Landesbehörden.

Durch welche Koordinationsmechanismen lassen sich – trotz der fehlenden „Linienfunktion“ des Statistischen Bundesamtes – dennoch bundesweit einheitliche Ergebnisse erreichen?

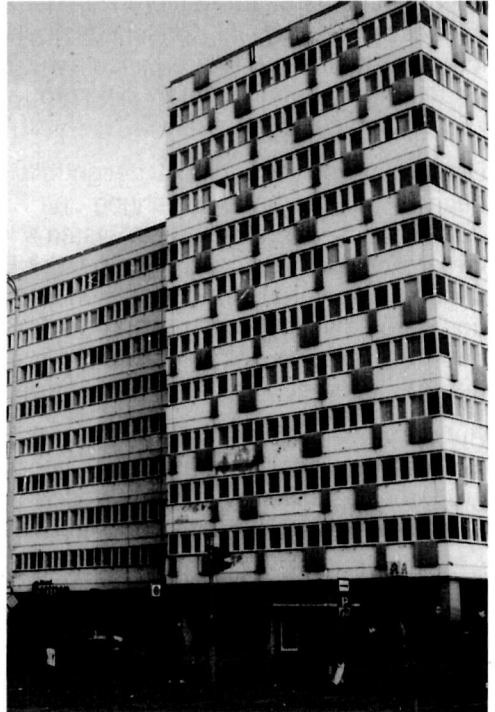
Zunächst sind die Länder und ihre Behörden durch das Grundgesetz verpflichtet, Bundesgesetze – also auch einzelstatistische Gesetze – auszuführen. Da diese Statistikgesetze sehr detaillierte Vorgaben enthalten, ist von vornherein die Einheitlichkeit in bezug auf die wesentlichen Parameter der einzelnen Statistiken sichergestellt.

Die methodischen und technischen Einzelheiten, die nicht gesetzlich geregelt sind, werden auf gemeinsamen Expertensitzungen – oder, bei grundsätzlichen Fragen, auf den regelmäßigen Konferenzen der Amtsleiter – mit den statistischen Ämtern der Länder beraten und im Konsens festgelegt. Da auch die Länder in aller Regel daran interessiert sind, für ihre eigenen Zwecke bundesweit vergleichbare Ergebnisse zur Verfügung zu haben, besteht eine große Bereitschaft, sich auf einheitliche Lösungen zu verständigen.

Die Nachteile der regional dezentralisierten Organisationsstruktur sind vor allem darin zu sehen, daß die Planung und Koordinierung der Arbeiten und die Entscheidungsprozesse innerhalb des Systems komplex sind. Außerdem kommt es mitunter zu terminlichen Verzögerungen bei der Bereitstellung von Bundesergebnissen, denn dezentral durchgeführte Statistiken können im Prinzip erst dann zusammengestellt und veröffentlicht werden, wenn die Ergebnisse aller Landesämter vorliegen. Somit bestimmt letztlich das Landesamt mit der längsten Aufbereitungszeit die Aktualität der Bundesergebnisse (Geleitzugprinzip).

Auf der anderen Seite hat die regionale Dezentralisierung aber auch einige Vorteile: So führt die Beteiligung mehrerer voneinander unabhängiger Institutionen zu einer größeren Ideenvielfalt, die sich positiv auf das Gesamtergebnis der Entscheidungsprozesse auswirkt. Außerdem sind die unterschiedlichen Erfahrungen und die Kenntnis regionaler Besonderheiten durch die Nähe zu den Befragten für die Arbeit der amtlichen Statistik vorteilhaft.

Obwohl die meisten Statistiken in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend dem Grundsatz der regionalen Dezentralisierung durchgeführt werden, gibt es auch



Ausnahmefälle, bei denen das Statistische Bundesamt aus Gründen der Zweckmäßigkeit auch die Datenerhebung und -aufbereitung übernimmt. Ein wichtiges Beispiel für derartige „zentrale Statistiken“ ist die Außenhandelsstatistik.

Amtliche Statistik arbeitet in einem Umfeld, das sich ständig fort- und weiterentwickelt. Um ihre Servicefunktion auch in Zukunft ausfüllen zu können, ist sie einem ständigen Neuerungsprozeß unterworfen, insbesondere auf den Gebieten der Technik, des Programms und der Bereitstellung statistischer Ergebnisse.

Die aktuellen Entwicklungstendenzen auf dem Gebiet der Technik betreffen unter anderem neue Wege der Datengewinnung (z. B. der Nutzung von EDV-gestützten Registern), der Datenübermittlung und der Datenbearbeitung. In vielen Fällen geht dies einher mit der Anreicherung der Arbeitsinhalte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einer Entlastung der Befragten.

Das Programm der amtlichen Statistik erfährt neue Impulse zum Beispiel auf dem Gebiet der Umweltstatistiken, für welche ein immer dringenderer Bedarf besteht, sowie vor allem durch Harmonisierungsarbeiten auf Ebene der Europäischen Union (abgestimmte Klassifikationen, einheitliche Prinzipien für die Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen usw.).

Das Veröffentlichungswesen wird revolutioniert durch die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten der Neuen Medien, die Bereitstellung anonymisierter Mikrodatenfiles für die Wissenschaft usw. Die Einführung solcher Neuerungen erfordert stets die Berücksichtigung der Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Datenschutzes.

Die vielfältigen Veränderungen, denen sich die amtliche Statistik stellen muß, sollten hier jedoch nur exemplarisch angedeutet werden. In den folgenden Kapiteln werden sie noch ausführlicher zur Sprache kommen.

2 Rechtsgrundlagen

2.1 Bestimmungen des Grundgesetzes

Wie die gesamte Exekutive ist auch die Verwaltung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik gemäß Artikel 20 Abs. 3 des Grundgesetzes (GG)³⁾ an Gesetz und Recht gebunden.

Nach Artikel 73 Nr. 11 GG hat der Bund die ausschließliche Gesetzgebung über die Statistik für Bundeszwecke. Die im GG gewählte Formulierung „Statistik für Bundeszwecke“ gibt dem Bund die Möglichkeit, sich für alle Zwecke, die er berechtigterweise verfolgt, die nötigen statistischen Unterlagen zu verschaffen. Anforderungen an die Bundesstatistik ergeben sich aus allen Bereichen, in denen der Bund die Gesetzgebungskompetenz hat. Wegen seiner Zuständigkeit für auswärtige Angelegenheiten hat der Bund mit der Statistik für Bundeszwecke auch die beträchtlichen Datenanforderungen der supra- und internationalen Organisationen zu erfüllen.

Darüber hinaus können nach Artikel 80 Abs. 1 GG die Bundesregierung oder einzelne Bundesministerien durch Gesetz ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen. Das Gesetz muß hierbei Inhalt, Zweck und Ausmaß der Ermächtigung bestimmen.

Die Durchführung der Bundesgesetze obliegt gemäß Artikel 83 GG grundsätzlich den Ländern. Da die Bundesstatistik nicht zu den Verwaltungsgebieten gehört, für die gemäß Artikel 87 Abs. 1 GG eine bundeseigene Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau eingerichtet ist, wird sie – soweit keine besonderen Regelungen getroffen sind – von den Ländern durchgeführt, das heißt den Ländern obliegt es, die Bundesstatistiken zu erheben und aufzubereiten. Näheres über den Gesetzesvollzug durch die Länder ergibt sich aus Artikel 84 GG.

Eine für die Bundesstatistik wichtige Ausnahme von diesem Grundsatz enthält Artikel 87 Abs. 3 Satz 1 GG. Hiernach können für Angelegenheiten, für die dem Bund die Gesetzgebungskompetenz zusteht, u. a. selbständige Bundesoberbehörden durch Bundesgesetz errichtet werden. Aufgrund dieser Verfassungsnorm wurde das Statistische Bundesamt errichtet.

2.2 Bestimmungen des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft

Nach Artikel 2 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) vom 25. März 1957⁴⁾ hat die Gemeinschaft die Aufgabe, u. a. durch Einrichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion, ein beständiges, nichtinflationäres und umweltverträgliches Wachstum, einen hohen Grad an Konvergenz der Wirtschaftsleistungen, ein hohes Beschäftigungs-

³⁾ Auszugsweiser Abdruck der zitierten Textstellen des GG siehe Teil II, Abschnitt 2.1, S. 213 ff.

⁴⁾ Zuletzt geändert durch Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992, auszugsweiser Abdruck der zitierten Textstellen siehe Teil II, Abschnitt 2.1, S. 213 ff.

niveau, ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern. Hierzu bedient sich die Gemeinschaft gemäß Artikel 4 EGV folgender Organe:

- einem Europäischen Parlament,
- einem Rat,
- einer Kommission,
- einem Gerichtshof,
- einem Rechnungshof.

Während der Rat für die meisten grundsätzlichen, insbesondere rechtsetzenden Entscheidungen zuständig ist, hat die Kommission im wesentlichen Verwaltungsbefugnisse. So hat die Kommission die allgemeine Aufgabe, für die Einhaltung des Vertrags zu sorgen. Darüber hinaus hat sie die Aufgabe, nach Maßgabe dieses Vertrags in eigener Zuständigkeit Entscheidungen, auch rechtsetzenden Inhalts, zu treffen. Sie wirkt bei den vom Rat zu fassenden Beschlüssen dadurch mit, daß sie auf den meisten Gebieten ein Vorschlagsrecht besitzt, ohne dessen Wahrnehmung der Rat keinen Beschluß fassen kann. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient sich die Kommission u. a. des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat).

Zur Erreichung der Vertragsziele sind die Organe der Gemeinschaft auf den Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitgliedstaaten angewiesen. Sie brauchen dazu auch statistisches Material. Artikel 213 EGV begründet daher ein allgemeines Auskunftsrecht der Kommission. Grundlage für Auskunftsverlangen können Rechtsakte der Organe der Europäischen Gemeinschaft sein. Dies sind gemäß Artikel 189 EGV Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen. Darüber hinaus können Empfehlungen ausgesprochen und Stellungnahmen abgegeben werden. Verordnungen sind allgemein verbindlich und gelten in allen Mitgliedstaaten. Richtlinien sind für jeden Mitgliedstaat, an den sie gerichtet sind, hinsichtlich des zu erreichenden Zieles verbindlich. Sie sind jedoch durch innerstaatliches Recht umzusetzen. Entscheidungen sind für diejenigen verbindlich, die sie bezeichnen. Empfehlungen und Stellungnahmen sind nicht verbindlich.

2.3 Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke

Aufgrund der Zuständigkeit nach Artikel 73 Nr. 11 GG wurden mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) erstmalig das gesamte Organisations- und Verfahrensrecht sowie das materielle Recht der Bundesstatistik zusammenfassend geregelt. Eine erste Neufassung erfolgte mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289), mit dem insbesondere die rationellere Durchführung von Bundesstatistiken angestrebt, die Regelung über die statistische Geheimhaltung weiterentwickelt und die neue Gesetzgebung zum Datenschutz berücksichtigt wurde.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz 1983 vom 15. Dezember 1983 (BVerfGE 65, 1) erweiterte die bis dahin geltenden Anforderungen an die Durchführung von Statistiken. Im Hinblick auf das durch Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 GG geschützte allgemeine Persönlichkeitsrecht in der neu konkretisierten Ausprägung als „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ entwickelte das Gericht allgemeine Grundsätze, die bei allen Statistiken zu berücksichtigen sind. Aufgrund dieser Anforderungen des Volkszählungsurteils, insbesondere in Bezug auf die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten, wurde eine weitere Anpassung des Rechts der amtlichen Statistik erforderlich.

So wurden mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565)⁵⁾ notwendige Regelungen für alle Statistiken aus dem Urteil gezogen. Dieses Gesetz enthält Regelungen, die grundsätzlich für alle Rechtsvorschriften gelten, die einzelne Bundesstatistiken anordnen. Damit wurde erreicht, daß die einzelstatistischen Rechtsvorschriften in den Fällen nicht selbst geändert werden müssen, in denen das BStatG neue oder erweiterte Regelungen für die Durchführung und Organisation der Datenerhebung und -verarbeitung trifft. Gleichzeitig wurde das statistische Instrumentarium weiterentwickelt, um die Funktionsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Bundesstatistik zu gewährleisten.

Die Bestimmungen über das Statistische Bundesamt, seine Aufgaben und den Statistischen Beirat sind bei der Darstellung der entsprechenden Themenkreise in der vorliegenden Veröffentlichung beschrieben. Im folgenden wird auf die übrigen wesentlichen Themenkreise des BStatG eingegangen.

2.3.1 Anordnung, Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken

Das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ (BVerfGE 65, 43, 44) bedeutet den Schutz des Individuums gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten; jeder Mensch hat die Befugnis, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen. Dieses Recht kann jedoch im überwiegenden Allgemeininteresse beschränkt werden; solche Beschränkungen bedürfen einer gesetzlichen Grundlage, aus der sich die Voraussetzungen und der Umfang der Beschränkungen ergeben. Daher bestimmt § 5 Abs. 1 BStatG, wie schon das StatGes von 1953 und das BStatG von 1980, daß Bundesstatistiken grundsätzlich durch Gesetz angeordnet werden müssen.

Darüber hinaus enthält § 5 Abs. 2 BStatG eine allgemeine Ermächtigungsnorm, unter welchen Voraussetzungen eine Anordnung von Bundesstatistiken durch Rechtsverordnung zulässig ist. Durch eine solche Rechtsverordnung dürfen nur Wirtschafts- und Umweltstatistiken mit Auskunftspflicht angeordnet werden, zu allen anderen Statistikbereichen dürfen entsprechende Auskünfte jedoch nur mit freiwilliger Auskunftserteilung angeordnet werden. Spezielle Ermächtigungsnormen in anderen Gesetzen bleiben hiervon unberührt.

⁵⁾ Text abgedruckt in Teil II, Abschnitt 2.2, S. 216 ff.

Des weiteren kann die Durchführung einer Bundesstatistik oder die Erhebung einzelner Merkmale bis zu vier Jahre durch Rechtsverordnung ausgesetzt, die Periodizität verlängert, Erhebungstermine verschoben sowie der Kreis der zu Befragenden eingeschränkt werden, wenn die Ergebnisse nicht oder nicht mehr in der ursprünglich vorgesehenen Ausführlichkeit oder Häufigkeit benötigt werden oder wenn tatsächliche Voraussetzungen für eine Bundesstatistik entfallen sind oder sich wesentlich geändert haben (§ 5 Abs. 4 BStatG).

Eine Ausnahme vom Gesetzesvorbehalt stellt die Regelung des § 5 Abs. 5 BStatG dar. Danach bedürfen Bundesstatistiken, die ausschließlich aus Angaben aus allgemein zugänglichen Quellen erstellt werden oder aus Angaben aus öffentlichen Registern, zu denen für die statistischen Ämter ein besonderes, durch Rechtsvorschrift gewährtes Zugangsrecht besteht, keiner besonderen Anordnung durch Gesetz oder Rechtsverordnung. Die Vorschrift soll dem Grundsatz allen Verwaltungshandelns dienen; keine unnötige Belastung durch Maßnahmen der Verwaltung – hier durch statistische Erhebungen – und gleichzeitig die Zahl statistischer Rechtsvorschriften eindämmen.

Nach § 6 BStatG können sowohl bei der Vorbereitung und Durchführung einer bereits durch Rechtsvorschrift angeordneten Bundesstatistik (§ 6 Abs. 1 BStatG), als auch bei der Vorbereitung einer eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift (§ 6 Abs. 2 BStatG) Angaben zur Klärung des Kreises der zu Befragenden erhoben und Fragebogen und Erhebungsverfahren auf ihre Zweckmäßigkeit erprobt werden. Sinn und Zweck des § 6 BStatG ist es, eine zügige und kostensparende Durchführung der eigentlichen Erhebung innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Befragungszeiträume zu gewährleisten.

Eine weitere gesetzliche Ermächtigung enthält die Regelung des § 7 BStatG, nach der Bundesstatistiken ohne weitere einzelgesetzliche Grundlage durchgeführt werden dürfen, sofern sie der Bewältigung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs für Zwecke der Vorbereitung und Begründung anstehender Entscheidungen oberster Bundesbehörden oder der Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen dienen. Diese Bundesstatistiken werden ohne Auskunftspflicht durchgeführt. Der Umfang dieser Erhebungen ist auf eine für die amtliche Statistik relativ kleine Zahl von zu Befragenden (höchstens 10 000) beschränkt, da hiermit lediglich das Ziel erreicht werden soll, Entwicklungen und Strukturen aufzuzeigen. Diese Erhebungen sollen Statistiken auf der Grundlage einzelstatistischer Rechtsvorschriften dennoch nicht ersetzen.

Die statistische Aufbereitung von Daten, die bei den Verwaltungsstellen des Bundes entweder auf Grund nicht-statistischer Rechts- oder Verwaltungsvorschriften oder auf sonstige Weise anfallen, durch das Statistische Bundesamt regelt § 8 BStatG. Das Statistische Bundesamt kann mit Einwilligung der auftraggebenden Stelle aus dem ihm überlassenen Material statistische Ergebnisse für allgemeine Zwecke darstellen und veröffentlichen. Diese Nutzungsmöglichkeit trägt im Ergebnis auch zu einer die Bürgerinnen und Bürger entlastenden Einschränkung von Erhebungen bei.

2.3.2 Erhebungs- und Hilfsmerkmale, Trennung und Löschung der Hilfsmerkmale, Adreßdateien

Dem Legalisierungsgebot für die Bundesstatistik entsprechend, konkretisiert § 9 Abs. 1 BStatG den Mindestinhalt einer statistischen Rechtsvorschrift. Diese muß die Erhebungsmerkmale, die Art der Erhebung (Vollerhebung oder Stichprobe), den Berichtszeitraum, -zeitpunkt, die Periodizität und den Kreis der zu Befragenden (z. B. Inhaberinnen und Inhaber von Betrieben, Unternehmen oder Hauseigentum) bestimmen. Darüber hinaus bedarf sie einer Regelung über die zu verwendenden Hilfsmerkmale (z. B. Name und Anschrift).

Die Unterscheidung in Erhebungs- und Hilfsmerkmale folgt aus den besonderen Anforderungen, die das Volkszählungsurteil an Durchführung und Organisation der Datenerhebung und -verarbeitung gestellt hat (BVerfGE 65, 49). Eine gesetzliche Definition der „Erhebungs-“ und „Hilfsmerkmale“ findet sich in § 10 Abs. 1 BStatG. Danach stellen Erhebungsmerkmale die Angaben über persönliche und sachliche Verhältnisse dar, die zur statistischen Verwendung bestimmt sind. Hilfsmerkmale sind dagegen Angaben, die der technischen Durchführung von Bundesstatistiken dienen; sie dürfen für andere Zwecke nur verwendet werden, wenn ein sonstiges Gesetz oder Absatz 2 dieser Vorschrift dies zulassen.

Für die Gewährleistung der statistischen Geheimhaltung ist die Unterscheidung von Erhebungs- und Hilfsmerkmalen von zentraler Bedeutung, da das Bundesverfassungsgericht zur Sicherung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung festgelegt hat, daß bei Hilfsmerkmalen wegen ihres grundsätzlich identifizierenden Charakters Lösungsregelungen erforderlich sind. Dieser Grundsatz der Löschung ist in § 12 Abs. 1 BStatG präzisiert.

Ein notwendiges Instrument sowohl für die Vorbereitung als auch für die Durchführung von Statistiken sind Adreßdateien. § 13 Abs. 2 BStatG begrenzt die Führung von Adreßdateien auf Wirtschafts- und Umweltstatistiken bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten zu Zwecken der Vorbereitung, Erhebung und Aufbereitung von Bundesstatistiken. § 13 Abs. 2 BStatG legt die Erhebungs- und Hilfsmerkmale abschließend fest, die für die Führung der Adreßdateien verwendet werden können. Darüber hinaus dient die Adreßdatei als Medium, Daten aus bestehenden Wirtschaftsstatistiken zusammenführen zu können, um daraus Ergebnisse in größeren statistischen Zusammenhängen ohne zusätzliche Erhebungen zu ermöglichen. Unter welchen Voraussetzungen dies zulässig ist, regelt § 13a BStatG.

2.3.3 Auskunftspflicht, statistische Geheimhaltung, Unterrichtungspflicht

Das Grundgesetz gewährt den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern einen unantastbaren Bereich privater Lebensgestaltung, der der Einwirkung aller öffentlichen Gewalt entzogen ist. Nach einer Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts⁶⁾ sind jedoch statistische Erhebungen über Personen in gewissem Umfang

⁶⁾ BVerfGE 17, 1 ff.

als Vorbedingung für die Planmäßigkeit staatlichen Handelns hinnehmen. Wo die statistische Erhebung nur an das Verhalten des Individuums in der Außenwelt anknüpft, wird die menschliche Persönlichkeit dadurch in aller Regel nicht in ihrem unantastbaren Bereich privater Lebensgestaltung erfaßt. Dies gilt jedenfalls dann, wenn diese Angaben durch die Anonymität ihrer Auswertung den Persönlichkeitsbezug verlieren.

Dem Legalisierungsgebot folgend, bestimmt § 15 Abs. 1 Satz 1 BStatG, daß die eine Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift festzulegen hat, ob und in welchem Umfang die Erhebung mit oder ohne Auskunftspflicht erfolgen soll. Ist Auskunftspflicht festgelegt, so regelt § 15 Abs. 1 Satz 2 BStatG, daß alle natürlichen und juristischen Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Personenvereinigungen, Behörden des Bundes und der Länder sowie Gemeinden und Gemeindeverbände zur Beantwortung der ordnungsgemäß gestellten Fragen verpflichtet sind. Der Kreis der für eine Bundesstatistik Auskunftspflichtigen wird in der Rechtsgrundlage für die jeweilige statistische Erhebung konkret bestimmt. Die Auskunftspflichtigen haben die Auskunft wahrheitsgemäß und vollständig zu erteilen (§ 15 Abs. 3 Satz 1 BStatG). Hierbei obliegt es den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder, die Fristen festzusetzen, innerhalb derer die Antwort zu erteilen ist. Soweit nichts anderes bestimmt ist, haben die Auskunftspflichtigen die ihnen durch die Auskunftserteilung entstehenden Kosten aus eigenen Mitteln zu tragen.

Soweit die statistischen Ämter Erhebungsvordrucke für die Auskunftserteilung vorsehen, sind die Antworten auf den Erhebungsvordrucken in der vorgegebenen Form zu erteilen (§ 11 Abs. 1 BStatG). Auf den Erhebungsvordrucken sind gemäß § 11 Abs. 4 BStatG neben der Rechtsgrundlage der jeweiligen Bundesstatistik auch die bei ihrer Durchführung verwendeten Hilfsmerkmale anzugeben.

Um sicherzustellen, daß die Ergebnisse von Bundesstatistiken in der erforderlichen Aktualität und Vollständigkeit dem gesetzlichen Auftrag entsprechend bereitgestellt werden können, regelt § 15 Abs. 6 BStatG den Ausschluß der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung.

Im Hinblick auf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sind in § 17 BStatG umfangreiche Informationspflichten gegenüber den zu Befragenden von Gesetzes wegen vorgesehen, mit denen über die wesentlichen Elemente der jeweiligen Erhebung und über die Rechte und Pflichten der Betroffenen schriftlich aufgeklärt werden soll.

Die statistische Auskunftspflicht, die es dem Staat erlaubt, Auskunftsverlangen über Angaben zu persönlichen und sachlichen Verhältnissen der Befragten durchzusetzen, findet ihr unverzichtbares Korrelat in der statistischen Geheimhaltung. Neben dem Schutz des einzelnen vor der Offenlegung seiner persönlichen und sachlichen Verhältnisse soll die Geheimhaltung das Vertrauensverhältnis zwischen den zu Befragenden und den statistischen Ämtern wahren und die Berichtswilligkeit der zu Befragenden sowie die Zuverlässigkeit ihrer Angaben garantieren. Schon von daher ist es geradezu selbstverständlich, daß die statistische Geheimhaltung auch in den Fällen gilt, in denen Befragungen auf freiwilliger Grundlage durchgeführt werden. Die

statistische Geheimhaltung hat wegen ihres hohen Stellenwertes auch Vorrang vor den Beistands- und Anzeigepflichten gegenüber den Finanzämtern nach den Bestimmungen der Abgabenordnung (§ 16 Abs. 1 Satz 3 BStatG).

Die herausragende Bedeutung der Gewährleistung der statistischen Geheimhaltung hat auch das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil (BVerfGE 65, 50) hervorgehoben. Die statistische Geheimhaltung ist danach nicht nur für die Funktionsfähigkeit der Bundesstatistik, sondern auch im Hinblick auf den Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung unverzichtbar. Auf der Grundlage dieser Rechtsprechung sind die im BStatG geregelten Ausnahmen von der statistischen Geheimhaltung gegenüber dem bisherigen Recht weiter eingeschränkt worden.

Nach § 16 Abs. 1 BStatG sind Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die für eine Bundesstatistik gemacht werden, von den Amtsträgern und für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten, die mit der Durchführung von Bundesstatistiken betraut sind, geheimzuhalten. Ausnahmen bedürfen einer ausdrücklichen Zulassung durch das BStatG selbst oder das die jeweilige Erhebung anordnende statistische Einzelgesetz.

Nicht geheimhaltungsbedürftig nach dem BStatG sind Einzelangaben, die so anonymisiert sind, daß eine Zuordnung zu einzelnen Befragten oder Betroffenen mit Sicherheit ausgeschlossen ist, oder, wenn die Befragten oder Betroffenen schriftlich in die Übermittlung bzw. Veröffentlichung eingewilligt haben, oder, wenn die Einzelangaben mit denen anderer Befragter in statistischen Ergebnissen zusammengefaßt sind und so ihren Personenbezug verloren haben. Nicht unter die statistische Geheimhaltung fallen auch Einzeldaten, die sich auf öffentliche Stellen beziehen und aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen sind.

§ 16 Abs. 3 BStatG räumt, den Bedürfnissen der Praxis entsprechend, die Übermittlung von Einzelangaben durch das Statistische Bundesamt an die statistischen Ämter der Länder für regionale Sonderaufbereitungen für ihre Erhebungsbereiche und die Übermittlung von Einzelangaben zwischen dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder zur Erstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ein. Nach § 16 Abs. 4 BStatG ist die Übermittlung von Tabellen mit statistischen Ergebnissen an oberste Bundes- oder Landesbehörden für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, nicht jedoch für die Regelung von Einzelfällen, auch dann zulässig, wenn Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen. Dies gilt jedoch nur für den Fall, daß die eine Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift die Übermittlung von Einzelangaben an oberste Bundes- oder Landesbehörden zugelassen hat. In § 16 Abs. 5 BStatG ist die Weiterleitung von Einzelangaben zu ausschließlich statistischen Zwecken an die zur Durchführung statistischer Aufgaben zuständigen Stellen der Gemeinden und Gemeindeverbände vorgesehen, wenn die Übermittlung in einem eine Bundesstatistik anordnenden Gesetz vorgesehen ist sowie Art und Umfang der zu übermittelnden Daten bestimmt sind und durch Landesgesetz eine Trennung dieser Stellen von anderen kommunalen Verwaltungsstellen sichergestellt und das Statistikgeheimnis durch Organisation und Verfahren gewährleistet ist.

Es wurde schon immer angestrebt, der Wissenschaft und anderen Stellen in beschränktem Umfang Daten zur eigenen Aufbereitung unter Wahrung der Geheimhaltung zur Verfügung zu stellen. Dieses Ziel hat sich jedoch durch die fortschreitenden Möglichkeiten der Deanonymisierung bisher nur schwer verwirklichen lassen. § 16 Abs. 6 BStatG läßt daher zu, an Hochschulen oder sonstige Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung Daten zu übermitteln, für die eine Deanonymisierung zwar nicht mit Sicherheit auszuschließen ist, die aber den Betroffenen nur zugeordnet werden können, wenn der Datenempfänger hierfür einen unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft erbringen müßte (faktische Anonymität).

Weitere Ausnahmen von der statistischen Geheimhaltung bedürfen, soweit nicht durch das BStatG selbst geregelt, einer ausdrücklichen Zulassung durch besondere Rechtsvorschrift. Der Gesetzgeber muß somit bei Erlaß einer Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift konkret und abschließend entscheiden, ob eine Ausnahme von der statistischen Geheimhaltung angeordnet werden soll. Hierbei sind die Auflagen des Bundesverfassungsgerichts im Volkszählungsurteil zu berücksichtigen, die insbesondere durch den Grundsatz der Trennung von Statistik und Verwaltungsvollzug geprägt sind, mit der Folge, daß bei den Datenempfängern des öffentlichen Bereichs durch Organisation und Verfahren das Statistikgeheimnis genauso sicher zu gewährleisten ist wie innerhalb der statistischen Ämter.

Zur Sicherung der Zweckbindung und Geheimhaltung übermittelter Einzelangaben sowie zur Gewährleistung der Kontrollmöglichkeiten, insbesondere auch durch die Datenschutzbeauftragten, sind in § 16 Abs. 8 bis 10 BStatG zusätzliche Regelungen getroffen.

2.3.4 Strafen und Geldbußen

Die strenge Beachtung der statistischen Geheimhaltung wird dadurch gewährleistet, daß eine unbefugte Offenbarung von statistischen Einzelangaben durch Personen, die für die amtliche Statistik tätig sind, unter Strafandrohung verboten ist. Eine Verletzung der Geheimhaltung kann nach § 203 StGB mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren geahndet werden. Bisher sind keine Strafverfahren wegen Verletzung der Geheimhaltungspflicht durchgeführt worden. Dies kann als ein Zeichen dafür angesehen werden, daß die statistischen Ämter die ihnen obliegende Geheimhaltung strikt und vollständig wahren. Nach dem BStatG werden darüber hinaus auch Verstöße gegen das Reidentifizierungsverbot unter Strafe gestellt. Unter Androhung einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr ist es verboten, Einzelangaben aus Bundesstatistiken zum Zwecke der Herstellung eines Personen-, Unternehmens-, Betriebs- oder Arbeitsstättenbezugs vorsätzlich zusammenzuführen, auch wenn nur zufällig Kenntnis von den Einzelangaben erlangt wurde.

Die Verletzung der Auskunftspflicht ist im Gegensatz zu Verstößen gegen die Geheimhaltungspflicht, die strafrechtlich als Vergehen gewertet werden, als Ordnungswidrigkeit eingestuft (§ 23 BStatG), die nach den Vorschriften des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten geahndet werden kann. Nach dieser Bußgeldvorschrift handeln auch diejenigen ordnungswidrig, die die Antwort auf dem Erhebungsvor-

druck vorsätzlich nicht in der vorgegebenen Form erteilen (§ 23 Abs. 2 BStatG). Die Zuständigkeit zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten bei den zentral durchgeführten Bundesstatistiken ist nach § 24 BStatG dem Statistischen Bundesamt übertragen.

Ordnungswidrigkeitenverfahren sind die letzte und äußerste Maßnahme, um säumige Auskunftspflichtige nachdrücklich auf ihre Pflichten hinzuweisen. Diese Verfahrensweise der statistischen Ämter hat sich bewährt und in Verbindung mit stetiger Aufklärungsarbeit dazu beigetragen, daß die Erhebungen aufgrund der großen Zahl der Auskunftserteilungen fristgerecht abgeschlossen werden können.

2.4 Einzelstatistische Rechtsetzung

Bundesstatistiken werden grundsätzlich durch Gesetze im formellen Sinne angeordnet. Die Initiative hierzu geht in der Regel von den hauptsächlichen Nutzern der Statistik, den fachlich zuständigen obersten Bundesbehörden (Ministerien), aus. Diese legen die in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt und gegebenenfalls unter Beteiligung anderer betroffener Stellen erstellte und mit den übrigen Ressorts abgestimmte Gesetzesvorlage der Bundesregierung zur Beschlußfassung vor. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung wird dem Bundesrat zur Stellungnahme zugeleitet. Mit der Stellungnahme des Bundesrates und der hierzu ergangenen Gegenäußerung der Bundesregierung wird die Gesetzesvorlage im Bundestag zur Beschlußfassung eingebracht. Das vom Bundestag beschlossene Gesetz kommt gemäß dem Verfahren nach den Artikeln 77 und 78 GG zustande und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Darüber hinaus können Bundesstatistiken durch Rechtsverordnungen (Gesetze im materiellen Sinne) angeordnet werden, wenn und soweit ein Gesetz im formellen Sinne dies in einer Ermächtigungsregelung vorsieht. Zum Erlaß von Rechtsverordnungen werden ein Bundesministerium, mehrere Bundesministerien zusammen oder die Bundesregierung ermächtigt. Die Rechtsverordnungen werden von der ermächtigten Stelle ohne Beteiligung des Bundestages, jedoch gegebenenfalls, wenn es die Ermächtigungsnorm vorsieht, mit Zustimmung des Bundesrates, erlassen.

Die einzelstatistische Rechtsetzung umfaßt fast alle wesentlichen Wirtschafts- und Lebensbereiche. Hierbei ordnen die Rechtsakte einmalige Erhebungen oder Zählungen (z. B. Volkszählung), periodische Erhebungen (z. B. monatliche Statistiken im Produzierenden Gewerbe, jährlicher Mikrozensus) oder laufende Erhebungen (z. B. Straßenverkehrsunfallstatistik) an. Im Hinblick auf eine bessere Überschaubarkeit und Darstellung der Zusammenhänge von Statistiken werden zunehmend mehrere Statistiken eines Erhebungsbereichs in einer Rechtsgrundlage angeordnet (z. B. Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe, Agrarstatistikgesetz).⁷⁾

Der Gesetzgeber einzelstatistischer Rechtsvorschriften muß die Grundregelungen für die Bundesstatistik nach dem BStatG beachten. Insbesondere sind die in § 9 Abs. 1 und § 15 Abs. 1 Satz 1 BStatG vorgeschriebenen Inhalte zwingend in der

⁷⁾ Fundstellen siehe Teil II, Abschnitt 2.3, S. 231 ff.

einzelstatistischen Rechtsvorschrift zu regeln, also die Erhebungsmerkmale, die Hilfsmerkmale, Periodizität, der Kreis der zu Befragenden sowie der Umfang der Auskunftspflicht.

2.5 Statistik für Zwecke der Europäischen Union

Nach dem EGV ist die Europäische Gemeinschaft (EG) berechtigt, von den Mitgliedstaaten Auskünfte einzuholen und sich damit Kenntnis über Tatsachen zu verschaffen, die für ihre Maßnahmen wesentlich sind. Hierzu gehört insbesondere auch die Bereitstellung statistischen Materials, die innerhalb der EU dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) übertragen ist. Eurostat greift hierbei zu einem großen Teil auf Angaben zurück, die bereits für nationale Zwecke zusammengestellt werden. Zur Verbesserung der Vergleichbarkeit müssen diese Ausgangsdaten vielfach auf andere Begriffe, Gruppierungen usw. umgestellt werden. Diese „Harmonisierung“ bereits vorhandener nationaler Statistiken reicht jedoch nicht immer aus, um die Informationsbedürfnisse der EU zu befriedigen. Deshalb macht die EU in wachsendem Umfang von ihrer Möglichkeit zur supranationalen Rechtsetzung durch Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen Gebrauch.

Verordnungen der EG setzen in den Mitgliedstaaten unmittelbar geltendes Recht und gehen nationalen Rechtsnormen vor, während die Durchführung der in Richtlinien und Entscheidungen festgelegten Maßnahmen nach innerstaatlichem Recht erfolgt.

Neben der Regelung zum Inhalt und zur Durchführung von Statistiken für bestimmte Wirtschafts- oder Lebensbereiche (z. B. Arbeitskräftestichprobe, Produktion des Verarbeitenden Gewerbes)⁸⁾ erläßt die EG zunehmend Rechtsakte, die übergreifende Regelungen für den Bereich der Gemeinschaftsstatistik enthalten. Dies geschieht insbesondere auf dem Gebiet der Klassifikationen (z. B. Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft – NACE –)⁹⁾, aber auch zum Beispiel für die Übermittlung von Daten an Eurostat und den Aufbau von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke.

Nach § 18 BStatG gelten die Bestimmungen des BStatG auch für statistische Erhebungen, die durch unmittelbar geltende Rechtsakte der EG angeordnet werden, soweit sich aus diesen Rechtsakten nichts anderes ergibt. Hierbei ist aber zu beachten, daß, soweit die Merkmale der durch die Rechtsakte der EG angeordneten Erhebungen nicht mit Merkmalen einer Bundesstatistik übereinstimmen oder ihnen gleichgestellt sind, die Auskünfte freiwillig sind, es sei denn, die Rechtsakte der EG sehen eine Auskunftspflicht ausdrücklich vor (§ 18 Abs. 2 BStatG).

⁸⁾ Fundstellen siehe Teil II, Abschnitt 2.3, S. 231 ff.

⁹⁾ Siehe Fußnote 8.

3 Die Institutionen und ihre Aufgaben

3.1 Bundesministerien

In der Bundesrepublik Deutschland werden amtliche Statistiken in der Regel nicht von den verschiedenen Ministerien selbst, sondern von eigens zu diesem Zweck eingerichteten Fachbehörden, den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder, durchgeführt. Dennoch spielen die Ministerien auch im fachlich zentralisierten System der Bundesstatistik eine wichtige Rolle, nämlich als Dienst- und Fachaufsichtsbehörden, als Initiatoren statistischer Rechtsgrundlagen und als Hauptnutzer statistischer Ergebnisse.

Das Statistische Bundesamt ist als Bundesoberbehörde dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern zugeordnet. Dem Innenministerium obliegt somit die sogenannte *Dienstaufsicht* über das Statistische Bundesamt. Dienstaufsicht bedeutet vor allem, daß bei wichtigen organisatorischen, dienstrechtlichen und finanziellen Entscheidungen des Statistischen Bundesamtes die Zustimmung des oberen Dienstherrn, also des Innenministeriums, erforderlich ist. Die organisatorische Zuordnung findet zum Beispiel darin ihren Ausdruck, daß der Haushalt des Statistischen Bundesamtes beim Bundesministerium des Innern veranschlagt wird.

Neben der Dienstaufsicht des Bundesministeriums des Innern ist das Statistische Bundesamt, je nach Statistikbereich, der sogenannten *Fachaufsicht* verschiedener Bundesressorts unterstellt. So übt zum Beispiel das Wirtschaftsministerium die Fachaufsicht über den großen Bereich der Wirtschaftsstatistik aus, das Umweltministerium ist zuständig für die Umweltstatistiken und das Innenministerium für die Bevölkerungsstatistiken. Fachaufsicht heißt in diesem Zusammenhang, daß das jeweils zuständige Ministerium darauf achtet, daß die gesetzlich angeordneten Bundesstatistiken ordnungsgemäß durchgeführt und die statistischen Ergebnisse rechtzeitig vorgelegt werden. Insofern trägt das zuständige Fachressort sozusagen die politische Verantwortung dafür, daß die bundesstatistischen Gesetze auch einwandfrei ausgeführt werden. Der Begriff Fachaufsicht kann insofern mißverstanden werden, als das Statistische Bundesamt in methodischen und technischen, also den eigentlichen fachstatistischen Fragen weisungsunabhängig und nur den Grundsätzen der Objektivität, Neutralität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit verpflichtet ist.

Mit der Fachaufsicht im jeweiligen Statistikbereich hat das zuständige Ressort zugleich auch die Federführung bei der Vorbereitung der statistischen Rechtsgrundlagen in seinem Politikbereich. Besteht ein dringender Informationsbedarf, der aus dem vorhandenen Programm der Bundesstatistik nicht gedeckt werden kann, so ergreift in aller Regel das zuständige Bundesressort die Initiative, damit eine Rechtsgrundlage für die Erhebung der erforderlichen Daten geschaffen wird. Das Ministerium führt die notwendigen Abstimmungsgespräche mit den anderen betroffenen Stellen, arbeitet einen Gesetzentwurf aus und bringt ihn schließlich in die parlamentarischen Beratungen ein. Da die Initiative für statistische Erhebungen meistens von den Bundesministerien ausgeht, bezeichnet man sie auch häufig als „Auftraggeber“ der Bundesstatistik. Allerdings berücksichtigen die Ministerien in ihrer Funktion als

„Auftraggeber“ der Statistik nicht nur den eigenen Datenbedarf, sondern so weit wie möglich auch die Informationsbedürfnisse anderer Nutzer. Zu diesem Zweck werden – neben den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder, die die geplanten Erhebungen später durchführen müssen – auch der Statistische Beirat und andere wichtige Gremien (siehe Abschnitt 3.3) in die Beratungen eingebunden, noch bevor ein Referentenentwurf für die geplante Rechtsgrundlage ausgearbeitet wird. Durch diese frühzeitige Beteiligung der wichtigsten Nutzer im Gesetzgebungsprozeß hat sich in der Praxis eine gute Zusammenarbeit entwickelt, auch wenn Art und Umfang ihrer Mitwirkung nicht im einzelnen geregelt sind.

Als Hauptnutzer bundesstatistischer Daten sind die Ministerien teilweise auch selbst mit Auswertungs- und Analysearbeiten befaßt, sofern das Statistische Bundesamt nicht direkt mit diesen Arbeiten von seiten der Bundesministerien beauftragt ist.

3.2 Statistische Ämter

Entsprechend dem Grundsatz der fachlichen Konzentration der amtlichen Statistik werden Bundesstatistiken in aller Regel nicht von den Ressorts selbst, sondern von den statistischen Ämtern durchgeführt.

Institutionelle Träger der Bundesstatistik sind demnach im wesentlichen die statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Ihnen obliegt es, die Statistiken für Bundeszwecke vorzubereiten, zu koordinieren, durchzuführen und die Ergebnisse zu veröffentlichen. Dabei sind die vielfältigen Aufgaben, die mit der Erstellung von Bundesstatistiken verbunden sind, entsprechend dem föderalen Staats- und Verwaltungsaufbau der Bundesrepublik Deutschland zwischen Bund und Ländern verteilt.

Es gibt allerdings Ausnahmefälle, in denen Bundesstatistiken aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen nicht von den statistischen Ämtern, sondern von anderen Bundesbehörden durchgeführt werden. Beispiele hierfür sind die Geld- und Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank, die Arbeitsmarktstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit und die Statistiken des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterverkehr.

Nach dem Grundgesetz hat der Bund zwar die ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeit für die Bundesstatistik, jedoch nur eine begrenzte Verwaltungskompetenz (siehe Kapitel 2). Somit fällt die Durchführung von Bundesstatistiken gemäß Artikel 83 der Verfassung – wie dies für die meisten durch Bundesgesetz angeordneten Maßnahmen gilt – grundsätzlich in den Zuständigkeitsbereich der Länder.

Aus dieser Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern ergibt sich folgender Arbeitsschnitt zwischen dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder:

Das Statistische Bundesamt nimmt vor allem solche Aufgaben wahr, die ihrem Wesen nach von einer Zentralbehörde des Bundes erfüllt werden sollten. Hierzu zählen insbesondere die methodische und technische Vorbereitung der Bundesstatistiken, ohne die einheitliche Bundesergebnisse nicht zu erzielen wären, die Koordination der Statistiken untereinander und die Zusammenstellung, Darstellung und

Veröffentlichung der Bundesergebnisse. Im Rahmen der Koordinierung ist es die Aufgabe des Statistischen Bundesamtes, dafür Sorge zu tragen, daß die Bundesstatistiken in den Ländern überschneidungsfrei, nach einheitlichen Konzepten und termingerecht durchgeführt werden. Unterstützung erfährt das Bundesamt dabei durch die Tätigkeit der verschiedenen statistischen Gremien (siehe Abschnitt 3.3).

Die Durchführung der Erhebung und die Aufbereitung der Bundesstatistiken auf Landesebene ist dagegen im allgemeinen Angelegenheit der statistischen Ämter der Länder. Dabei wird die maschinelle Aufbereitung der Statistiken in mehreren Ländern nicht von den statistischen Ämtern selbst, sondern von Landesrechenzentren oder Datenzentralen übernommen. Für die einheitliche und fristgerechte Durchführung der Bundesstatistik können sich dadurch gewisse Schwierigkeiten ergeben, weil in den Rechenzentren die statistischen Arbeiten mit anderen termingebundenen Aufgaben der Verwaltung konkurrieren. Bei der Durchführung einiger Bundesstatistiken bedienen sich die statistischen Ämter der Länder außerdem der Mitwirkung der kommunalen statistischen Ämter und der Kreis- bzw. Gemeindeverwaltungen.

3.2.1 Statistisches Bundesamt

Das Statistische Bundesamt ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern.

Die Aufgaben des Amtes sind bereits 1953 im Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke enumerativ festgelegt worden. Dieses „Grundgesetz“ der Bundesstatistik wurde zuletzt im Jahr 1987 den veränderten Anforderungen angepaßt (siehe Abschnitt 2.3).

Zum Aufgabenkatalog des Statistischen Bundesamtes gehört nach dem Bundesstatistikgesetz,

1. Statistiken für Bundeszwecke (Bundesstatistiken) methodisch und technisch im Benehmen mit den statistischen Ämtern der Länder vorzubereiten und weiterzuentwickeln, auf die einheitliche und termingemäße Durchführung der Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme von Bundesstatistiken durch die Länder hinzuwirken, die Ergebnisse der Bundesstatistiken in der erforderlichen sachlichen und regionalen Gliederung für den Bund zusammenzustellen sowie für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen,
2. Bundesstatistiken zu erheben und aufzubereiten, wenn und soweit es in diesem oder einem sonstigen Bundesgesetz bestimmt ist oder die beteiligten Länder zustimmen, sowie Zusatzaufbereitungen für Bundeszwecke und Sonderaufbereitungen durchzuführen, soweit die statistischen Ämter der Länder diese Aufbereitung nicht selbst durchführen,
3. im Auftrag oberster Bundesbehörden Statistiken durch Aufbereitung von Daten aus dem Verwaltungsvollzug zu erstellen,
4. Statistiken anderer Staaten, der Europäischen Gemeinschaften und internationaler Organisationen zusammenzustellen und ihre Ergebnisse für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen,

5. auf die sachliche, zeitliche und räumliche Abstimmung der Statistiken oder statistischen Aufbereitungen hinzuwirken,
6. an der Vorbereitung des Programms der Bundesstatistik und der Rechts- und allgemeinen Verwaltungsvorschriften des Bundes, die die Bundesstatistik berühren, mitzuwirken,
7. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und sonstige Gesamtsysteme statistischer Daten für Bundeszwecke aufzustellen sowie sie für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen,
8. das Statistische Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND) zu führen sowie an der Koordinierung von speziellen Datenbanken anderer Stellen des Bundes mitzuwirken; das gleiche gilt, soweit der Bund in entsprechende Vorhaben außerhalb der Bundesverwaltung eingeschaltet wird,
9. zur Vereinfachung und Verbesserung der Datengewinnung und -verarbeitung für Zwecke der Bundesstatistik an Nummerungsvorhaben und Bestrebungen des Bundes zur Automation von Verwaltungsvorgängen und Gerichtsverfahren mitzuwirken; das gleiche gilt, soweit der Bund in entsprechende Vorhaben außerhalb der Bundesverwaltung eingeschaltet wird,
10. die Bundesbehörden bei der Vergabe von Forschungsaufträgen bezüglich der Gewinnung und Bereitstellung statistischer Daten zu beraten sowie im Auftrag der obersten Bundesbehörden auf dem Gebiet der Bundesstatistik Forschungsaufträge auszuführen, Gutachten zu erstellen und sonstige Arbeiten statistischer und ähnlicher Art durchzuführen.

Die Arbeitsschwerpunkte des Statistischen Bundesamtes bilden – neben der Weiterentwicklung des Programms und der Bereitstellung der Ergebnisse – die methodische und technische Vorbereitung der einzelnen Bundesstatistiken sowie die Gewährleistung eines konsistenten statistischen Gesamtbildes. Dies wird in Kapitel 7 noch weiter ausgeführt werden. Auf die Besonderheiten bei der Vorbereitung und Durchführung von supra- und internationalen Statistiken wird ausführlich in Kapitel 10 eingegangen.

Gemäß dem föderalen Aufbau der Bundesstatistik werden die statistischen Daten in der Regel regional dezentral, das heißt von den statistischen Ämtern der Länder, erhoben und aufbereitet. Allerdings gibt es auch Bundesstatistiken, bei denen die Erhebung und Aufbereitung der Daten nicht von den statistischen Ämtern der Länder, sondern vom Statistischen Bundesamt selbst durchgeführt werden. Beispiele für solche zentralen Statistiken sind die Außenhandelsstatistik, die Kostenstrukturstatistiken, die Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die Fischereistatistik, die Eisen- und Stahlstatistik, die Großhandelsstatistik und einige Gesundheitsstatistiken (siehe hierzu im einzelnen „Katalog der Statistiken zum Arbeitsgebiet der Bundesstatistik“). Die Abgrenzung der Aufgabenbereiche innerhalb der amtlichen Statistik ist also keineswegs starr; sie läßt vielmehr im Hinblick auf eine Arbeitsverteilung Sonderregelungen zu.

Nach einer langen Tradition, die bis zu den Reichstagswahlen zurückreicht, wird dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes regelmäßig das Amt des *Bundeswahlleiters* für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament übertragen. Er erfüllt damit eine wichtige und besonders verantwortungsvolle Funktion bei der Vorbereitung der Wahlen und der Feststellung der Wahlergebnisse. In der Regel führt er auch den Vorsitz in der Wahlkreiskommission.

Neben den im Bundesstatistikgesetz definierten Aufgaben erfüllt das Statistische Bundesamt noch einige weitere Funktionen, die in engem Zusammenhang mit seinen statistischen Hauptaufgaben stehen. So nimmt das Statistische Bundesamt beispielsweise die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wahr¹⁰⁾. Eine entsprechende Funktion ist dem Amt auch für den Rat von Sachverständigen für Umweltfragen übertragen worden¹¹⁾. Die Tätigkeit als Geschäftsstelle besteht in erster Linie darin, Quellenmaterial zu vermitteln und zusammenzustellen. Zu ihren Aufgaben zählen ferner organisatorische Dienste, wie die technische Vorbereitung von Sitzungen, die Veröffentlichung der Gutachten und ähnliche Arbeiten.

Am Sitz des Statistischen Bundesamtes wurde ferner das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung errichtet, das u. a. wissenschaftliche Forschungen über Bevölkerungsfragen und damit zusammenhängende Familienfragen als Grundlage für die Arbeit der Bundesregierung durchzuführen hat¹²⁾. Das Bundesinstitut bildet heute einen organisatorisch selbständigen Teil beim Statistischen Bundesamt.¹³⁾

Seit Oktober 1976 nimmt das Statistische Bundesamt auch Aufgaben als Leitbehörde für dezentrale Fortbildungsveranstaltungen der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung im Rhein-Main-Gebiet wahr (siehe Abschnitt 4.2).

3.2.2 Statistische Ämter der Länder

Entsprechend der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland werden die Bundesstatistiken in den meisten Fällen von den Ländern erhoben und bis zu den Landesergebnissen aufbereitet. Das Schwergewicht der Durchführungsarbeiten liegt somit bei den statistischen Ämtern der Länder, die insofern in großem Umfang als Erhebungs- und Aufbereitungsstellen der Bundesstatistik fungieren. Schon am Umfang des Personals – die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesämter übertrifft diejenige des Bundesamtes bei weitem¹⁴⁾ – läßt sich ablesen, daß ein Großteil der praktischen statistischen Arbeit in den Landesämtern anfällt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Ergebnisse der Bundesstatistiken nicht allein für Bundeszwecke, sondern in vielen Fällen auch für Landeszwecke benötigt werden.

¹⁰⁾ § 9 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963, BGBl. I S. 685.

¹¹⁾ Erlaß des Bundesministers des Innern vom 28. Dezember 1971, GMBI. 1972, Nr. 3, S. 27.

¹²⁾ Erlaß des Bundesministers des Innern vom 12. Februar 1973, GMBI. 1973, Nr. 6, S. 86.

¹³⁾ Erlaß des Bundesministers des Innern über das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt (BIB) vom 28. Juli 1995.

¹⁴⁾ Das Statistische Bundesamt beschäftigt rund 3100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In den statistischen Ämtern der Länder arbeiten demgegenüber etwa 8000 Personen, wobei beachtet werden muß, daß hierin auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einiger Landesrechenzentren enthalten sind.

Es verdient Erwähnung, daß die Landesämter keine nachgeordneten Behörden des Statistischen Bundesamtes sind, sondern organisatorisch selbständige Landesbehörden. Die Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes mit den Landesämtern vollzieht sich nicht auf der Grundlage von Weisungsbefugnissen, sondern als partnerschaftliche Kooperation.

Die Klammer der Bundesstatistik bewirkt bis zu einem gewissen Grad eine inhaltliche Parallelität der Arbeiten in den statistischen Ämtern der Länder. Neben ihren Funktionen im Rahmen der Bundesstatistik sind die statistischen Ämter der Länder auch Träger von Landesstatistiken, die jedoch einen wesentlich kleineren Teil ihres gesamten Arbeitsprogramms ausmachen. Dabei verfügen nicht alle Länder über eine dem Bundesstatistikgesetz entsprechende Rechtsgrundlage für die Landesstatistik. Bei Landesstatistiken, die von mehreren oder allen Ländern durchgeführt werden (z. B. verschiedene Statistiken des Bildungswesens sowie Statistiken des Gesundheitswesens und der Rechtspflege), wirkt das Statistische Bundesamt meist koordinierend, weil sowohl der Bund als auch die Länder an bundesweit vergleichbaren Ergebnissen interessiert sind.

In der Regel sind die statistischen Ämter der Länder auch mit der Führung von statistischen Datenbanken der Länder beauftragt oder in diese Arbeiten eingeschaltet. Zum Teil sind ihnen weitere Landesaufgaben übertragen. Einige Landesrechenzentren sind organisatorisch eng mit den statistischen Ämtern der Länder verzahnt und bilden zum Teil mit diesen gemeinsame Dienststellen.

In den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin nehmen die statistischen Ämter der Länder zugleich die kommunalstatistischen Aufgaben wahr.

3.2.3 Kommunalstatistische Ämter und Dienststellen

Bei vielen Bundesstatistiken werden die Erhebungspapiere direkt von den statistischen Ämtern der Länder an die Befragten versandt. In anderen Fällen werden für das Verteilen und Einsammeln der Fragebogen wie auch für Prüfarbeiten Verwaltungsstellen der Gemeinden und Kreise in Anspruch genommen. Das gilt vor allem bei Großzählungen (z. B. Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung; Wohnungszählung), aber auch bei einigen laufenden Erhebungen, insbesondere auf dem Gebiet der Bevölkerungs- und der Landwirtschaftsstatistik. Bei der Volkszählung 1987 waren auf kommunaler Ebene Erhebungsstellen eingerichtet, die persönlich, räumlich und organisatorisch von der übrigen Gemeindeverwaltung getrennt waren, um dem Grundsatz der Trennung von Statistik und Verwaltungsvollzug Rechnung zu tragen.

Die größeren Städte verfügen im allgemeinen über eigene statistische Ämter, während die kleineren Städte statistische Stellen eingerichtet haben, die als Abteilungen anderen Dienststellen angegliedert sind. Ähnlich wie die statistischen Ämter der Länder üben auch die statistischen Ämter der Städte eine Doppelfunktion aus. Neben der Mitwirkung an Bundes- und Landesstatistiken führen sie Erhebungen durch, die von der kommunalen Selbstverwaltung für eigene Zwecke benötigt werden. Die Statistische Abteilung des Deutschen Städtetages vertritt die gemeinsamen Interessen der städtestatistischen Ämter und ist vor allem um die Vergleichbarkeit und Auswertung der statistischen Ergebnisse bemüht. In einigen Ländern

wurden bei den Landkreisverwaltungen statistische Stellen eingerichtet, die für die Durchführung der Erhebungen in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich sind.

3.3 Statistische Gremien

Die Vielfalt der statistischen Aufgaben, ihre organisatorische Verteilung auf verschiedene Institutionen und die Notwendigkeit einer Koordinierung der getrennten Zuständigkeiten für die Anordnung, Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Bundesstatistiken haben zur Bildung eines Netzwerkes verschiedener Gremien geführt, denen jeweils ein bestimmter Aufgabenbereich zugewiesen ist. Da in den verschiedenen Fachgremien teilweise dieselben Institutionen und Personen vertreten sind, ist die Voraussetzung für eine umfassende Abstimmung der Arbeiten gegeben.

Statistischer Beirat

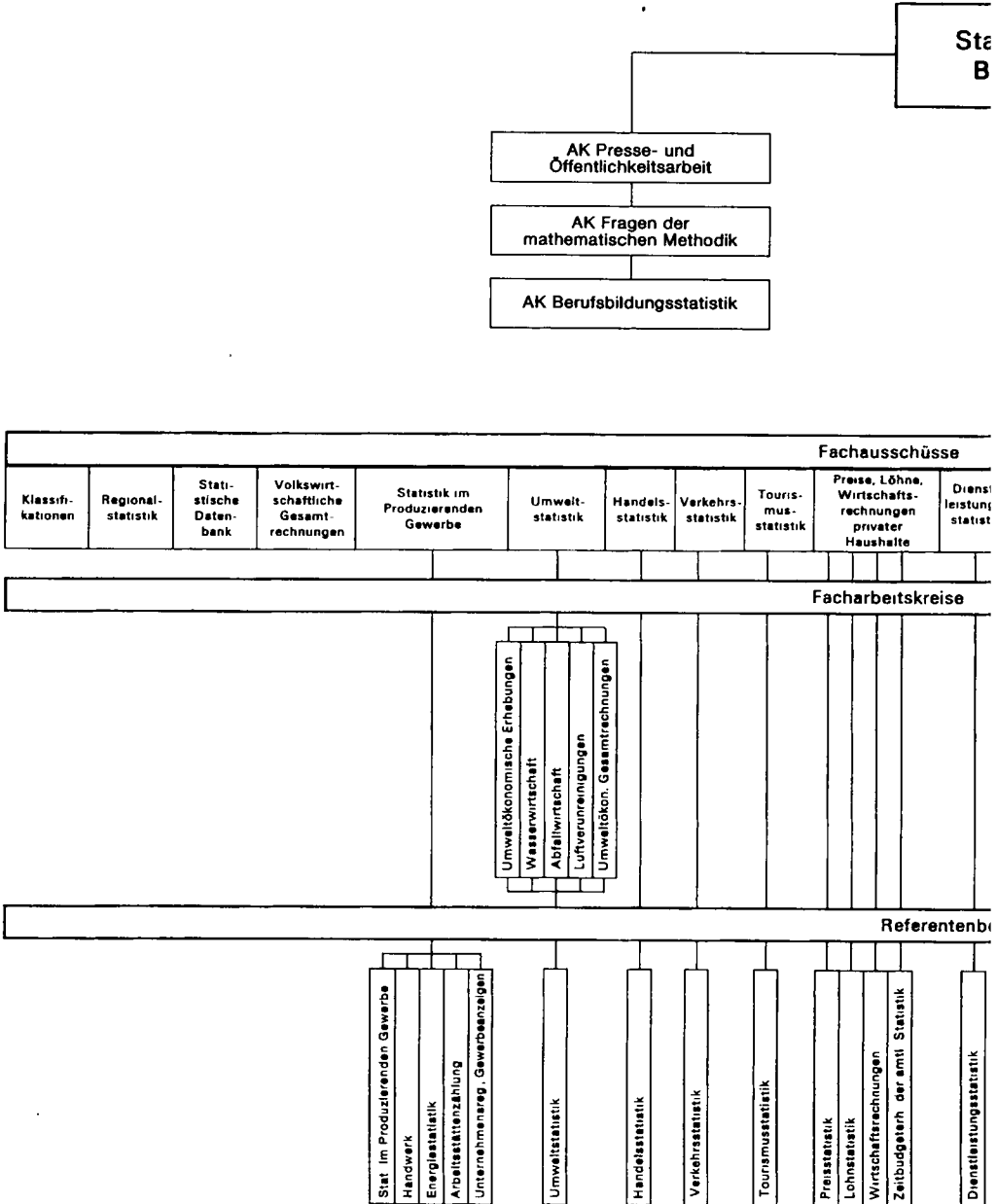
Im Statistischen Beirat, der nach § 4 des Bundesstatistikgesetzes das Statistische Bundesamt in Grundsatzfragen berät, sind die Bundesministerien, die statistischen Ämter der Länder, die kommunalen Spitzenverbände sowie Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft vertreten. Durch das Bundesstatistikgesetz 1987 ist er um den Bundesbeauftragten für den Datenschutz erweitert worden. Damit umfaßt der Statistische Beirat als einziges Gremium alle an der Bundesstatistik beteiligten Gruppen.

Der Beirat tritt im allgemeinen einmal jährlich zusammen und behandelt vornehmlich Grundsatzfragen des Programms der amtlichen Statistik, aber auch ausgewählte Probleme einzelner Statistiken von grundsätzlicher Bedeutung. Den Vorsitz führt der Präsident des Statistischen Bundesamtes.

Die detaillierte Beratung einzelner Statistiken und die Erörterung spezieller methodisch-technischer Fragen findet in den vom Statistischen Beirat eingesetzten *Fachausschüssen* statt, die für folgende Gebiete gebildet worden sind:

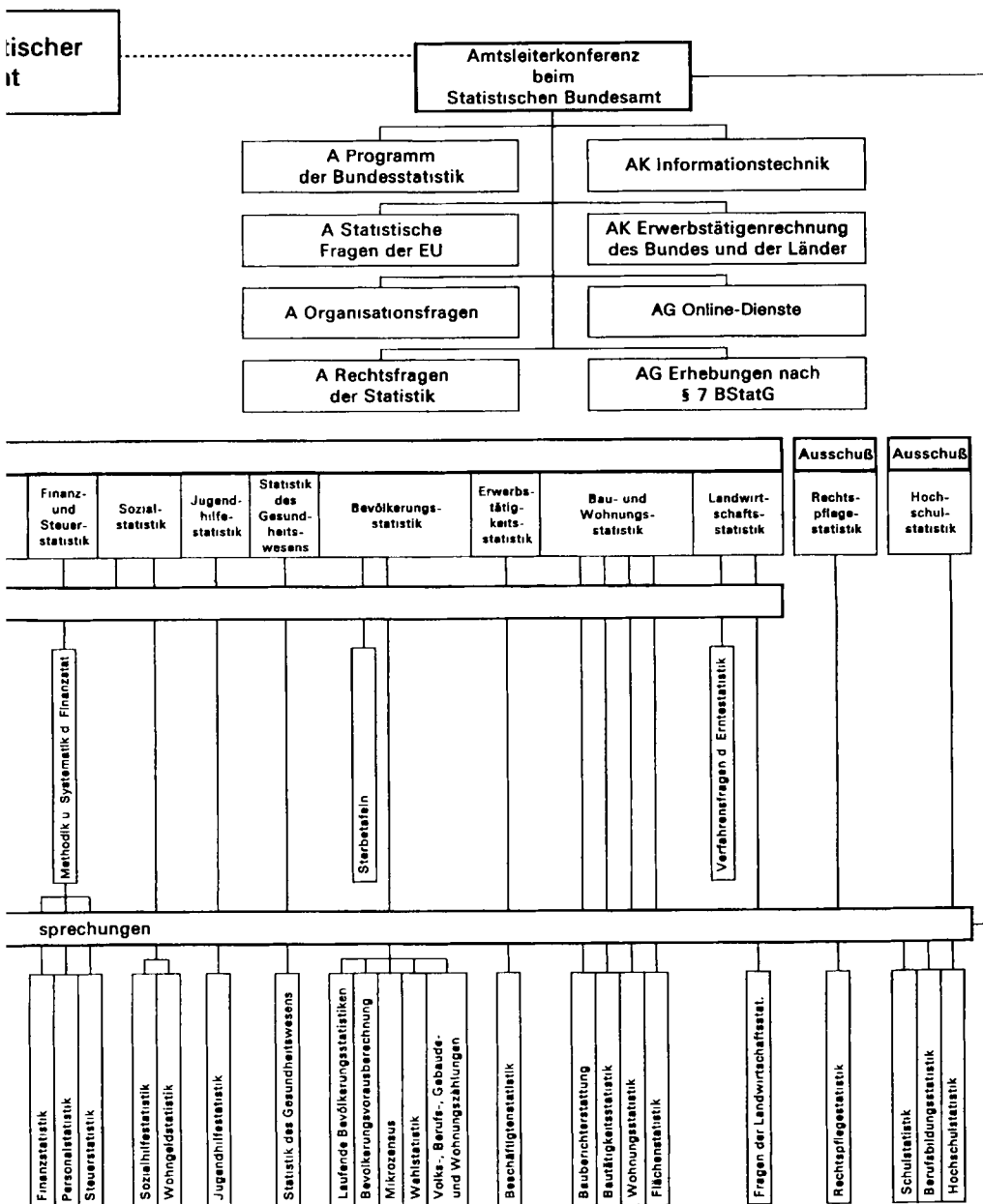
- Klassifikationen
- Regionalstatistik
- Statistische Datenbank
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
- Statistik im Produzierenden Gewerbe
- Umweltstatistik
- Handelsstatistik
- Verkehrsstatistik
- Tourismusstatistik
- Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte
- Dienstleistungsstatistik
- Finanz- und Steuerstatistik
- Sozialstatistik
- Jugendhilfestatistik
- Statistik des Gesundheitswesens
- Bevölkerungsstatistik
- Erwerbstätigkeitsstatistik
- Bau- und Wohnungsstatistik
- Landwirtschaftsstatistik

Gremien des Statistischen Beirats sowie :



A = Ausschuß AK = Arbeitskreis AG = Arbeitsgruppe

Die ausgewählte Gremien der Bundesstatistik



Stand Februar 1997

Statistisches Bundesamt 97-3-0770

Den Vorsitz in den Fachausschüssen, die ihrerseits für Teilgebiete oder Einzelfragen ständige *Facharbeitskreise* bzw. Ad-hoc-Arbeitsgruppen einsetzen können, führen die jeweils fachlich zuständigen Abteilungsleiterinnen bzw. Abteilungsleiter des Statistischen Bundesamtes.

Vergleichbare Aufgaben nehmen die *Ausschüsse* für

- Rechtspflegestatistik
- Hochschulstatistik

wahr, die jedoch wegen der Besonderheiten, die in der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland liegen, keine Fachausschüsse des Statistischen Beirats sind. Im Bereich der Rechtspflege wird derzeit ein Bundesgesetz vorbereitet. Nach dem Gesetz über die Statistik für das Hochschulwesen berät der Ausschuß für die Hochschulstatistik das Statistische Bundesamt bei der Erfüllung seiner Aufgaben, insbesondere bei der Erstellung des Erhebungs- und Aufbereitungsprogramms und dessen jährlicher Anpassung an die Bedürfnisse der Hochschulplanung. Er hat den gesetzgebenden Körperschaften über seine Arbeit in der Regel alle vier Jahre schriftlich zu berichten.

Die vom Statistischen Beirat unmittelbar eingesetzten *Arbeitskreise* für

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Fragen der mathematischen Methodik
- Berufsbildungsstatistik

sind keinem der vorstehend erwähnten Fachausschüsse zuzuordnen; ihre Aufgaben sind – mit Ausnahme der Berufsbildungsstatistik – auf alle Fachbereiche.

Amtsleiterkonferenz

Die Amtsleiterkonferenz ist höchstes Beratungs- und Entscheidungsgremium der Leiter der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Sie tritt in der Regel zweimal jährlich, im Frühjahr und im Herbst, auf Einladung des Statistischen Bundesamtes zusammen; den Vorsitz führt der Präsident des Statistischen Bundesamtes. Die Arbeiten der Amtsleiterkonferenz werden in den Ausschüssen „Programm der Bundesstatistik“, „Statistische Fragen der EU“, „Organisationsfragen“ und „Rechtsfragen der Statistik“ vorbereitet. Für spezielle Fachbereiche sind von der Amtsleiterkonferenz ferner der Arbeitskreis „Informationstechnik“, der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, die Arbeitsgruppe „Online-Dienste“ und die Arbeitsgruppe „Erhebungen nach § 7 BStatG“ sowie Arbeitsgruppen für die Erledigung von Ad-hoc-Aufgaben eingerichtet worden¹⁵⁾.

Die Referentinnen und Referenten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder treffen sich regelmäßig unter Vorsitz des Statistischen Bundesamtes in den von der Amtsleiterkonferenz eingerichteten *Referentenbesprechungen* und beraten

¹⁵⁾ Eine schematische Übersicht über die Gremien des Statistischen Beirats und andere ausgewählte Gremien der Bundesstatistik befindet sich auf S. 42 f.

technisch-organisatorische Fragen ihres Arbeitsgebietes und Einzelheiten des praktischen Arbeitsablaufs. Die Referentenbesprechungen sind fachlich so ausgerichtet, daß sie den Fachausschüssen und Facharbeitskreisen des Statistischen Beirats zugeordnet werden können. Hierdurch wird sichergestellt, daß die Belange des Beirats auf der Arbeitsebene in den statistischen Ämtern angemessen berücksichtigt und umgesetzt werden.

Interministerieller Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik

Zur Abstimmung und Koordinierung der statistischen Anforderungen auf seiten der Auftraggeber der Bundesstatistik besteht seit Anfang der fünfziger Jahre der Interministerielle Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik. In ihm sind bestimmte Bundesministerien und der Bundesrechnungshof als ständige, andere Ressorts als nichtständige stimmberechtigte Mitglieder und das Statistische Bundesamt als ständiges beratendes Mitglied vertreten. Seine Tagungen finden in Form von Ressortbesprechungen unter Vorsitz des Bundesministeriums des Innern statt.

Entsprechende Koordinierungsausschüsse gibt es auch in den Bundesländern. Einige Bundesministerien haben darüber hinaus eigene statistische Ausschüsse gebildet, in denen Erhebungen aus ihrem Zuständigkeitsbereich mit den jeweiligen Fachministerien der Länder beraten werden.

Abteilungsleiterausschuß Statistik

Mitte der siebziger Jahre zeigte sich, daß die stetig wachsenden Anforderungen an das Aufgabenprogramm der Bundesstatistik (siehe Kapitel 5) weder durch zusätzliche Haushaltsmittel finanziert noch durch eigene Rationalisierungsmaßnahmen der statistischen Ämter erfüllt werden konnten. Nachdem deutlich geworden war, daß die unternommenen Versuche, durch Straffung des vorhandenen Programms Ressourcen für neue Aufgaben zu schaffen und geplante Vorhaben auf ein realisierbares Maß zu reduzieren, nicht den gewünschten Erfolg brachten, entschloß sich die Bundesregierung zu einer politischen Lösung. Durch Kabinettsbeschluß vom 12. März 1975 richtete sie den Abteilungsleiterausschuß Statistik ein und übertrug ihm die Aufgabe, die bestehenden und geplanten Bundesstatistiken auf ihre gegenwärtige oder künftige Notwendigkeit als politische Entscheidungsgrundlage zu überprüfen und das Gesamtprogramm der Statistik zu straffen.

Als ständige Mitglieder gehören dem Abteilungsleiterausschuß Statistik Vertreter des Bundeskanzleramts, des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums des Innern an. Der Vorsitz liegt beim Bundesministerium des Innern. Der Präsident des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung und der Präsident des Statistischen Bundesamtes werden zu den Beratungen hinzugezogen. Wenn der Ausschuß zu keiner einheitlichen Meinung kommt, ist eine Entscheidung der Bundesregierung herbeizuführen. In der Vergangenheit haben Überprüfungen des Abteilungsleiterausschusses Statistik zu Kürzungsvorschlägen geführt, die in das Erste und Zweite Statistikbereinigungsgesetz vom 14. März 1980 und 19. Dezember 1986 Eingang gefunden haben.

Statistische Woche

Die Statistische Woche ist eine Jahresfachtagung der in der Deutschen Statistischen Gesellschaft und im Verband Deutscher Städtestatistiker organisierten Statistikerinnen und Statistiker Deutschlands. Sie ist damit zwar kein ausschließliches Gremium der amtlichen Statistik, stellt jedoch im System der Bundesstatistik ein wichtiges Bindeglied dar zwischen der eher theoretisch orientierten universitären Statistik und der mehr praktisch ausgerichteten Statistikproduktion.

Der Meinungsaustausch und enge Kontakt zwischen Theorie und Praxis sind für beide Seiten von Bedeutung. Einerseits ist die amtliche Statistik aufgerufen, stets die modernsten statistischen Verfahren anzuwenden, bei Gewährleistung des Datenschutzes und geringstmöglicher Belastung der Befragten, ohne daß dadurch die Qualität der Ergebnisse leidet. Hierzu bedarf es der Unterstützung durch die Wissenschaft. Andererseits liefert die praktische Arbeit der statistischen Ämter wichtige Erkenntnisse für die universitäre Forschung. Viele praktische Probleme bei der Umsetzung theoretischer Konzepte werden erst durch die Arbeit der amtlichen Statistik deutlich und können somit der wissenschaftlichen Forschung neue Impulse geben.

4 Das Statistische Bundesamt

4.1 Dienstorte und Aufbauorganisation

Das Statistische Bundesamt ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern. Es hat seinen Hauptsitz in Wiesbaden. Daneben unterhält es eine Zweigstelle in Berlin, eine Außenstelle in Düsseldorf und ein Verbindungsbüro in Bonn.

Im organisatorischen Aufbau ist das Statistische Bundesamt den anderen Bundesoberbehörden vergleichbar. An der Spitze stehen Präsident und Vizepräsident. Organisationseinheiten sind die Abteilungen und Gruppen. Soweit wie möglich werden Gruppen mit sachlich zusammenhängenden Aufgaben zu einer Abteilung zusammengefaßt.

Am Standort Wiesbaden befinden sich die Amtsleitung und neun Abteilungen. Die allgemeinen Verwaltungstätigkeiten – Personal, Aus- und Fortbildung, Haushalt, Innerer Dienst, Vertrieb, Rechtsangelegenheiten sowie Organisation, Koordinierung des Einsatzes der Informationstechnik, Kosten- und Leistungsrechnung – nimmt die Zentralabteilung „Verwaltung“ wahr. Querschnittsaufgaben für die amtliche Statistik sind in der Abteilung I „Fachliche Grundsatzfragen der Bundesstatistik“ und in der Abteilung II „Mathematisch-statistische Methoden, Datenverarbeitung“ angesiedelt. Die sechs in Wiesbaden angesiedelten Fachabteilungen sind: „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“; „Produzierendes Gewerbe, Umweltökonomische Gesamtrechnungen, Umweltstatistiken, Koordinierung der Unternehmensstatistiken“; „Handel und Verkehr“; „Preise, Löhne, Dienstleistungen“; „Finanzen und Steuern, Bildungs- und Gesundheitswesen“ sowie „Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen, Wahlen“.

Die Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes in Berlin ist in ihrer heutigen Form im Laufe des Jahres 1991 aus der Zusammenführung der Zweigstelle Ost (Berlin – Hans-Beimler-Straße) und der Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes im Westteil der Stadt (Berlin – Kurfürstenstraße) entstanden. Sie hat ihren Sitz im ehemaligen Statistischen Amt der DDR in unmittelbarer Nähe des Alexanderplatzes und umfaßt die Abteilung „Landwirtschaft, Bautätigkeit, Wirtschaftsrechnungen, Auslandsstatistik, Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa“ und die Arbeitsgruppe „Aufbereitung und Rückrechnung statistischer Daten für die ehemalige DDR, Kostenstruktur, Jugendhilfe“.

Bei der Außenstelle des Statistischen Bundesamtes in Düsseldorf liegt die Bearbeitung der Produktionsstatistik für den Bereich Eisen und Stahl.

Das Verbindungsbüro in Bonn berät und unterstützt in erster Linie die Bundesressorts und den Bundestag bei der Nutzung des Statistischen Informationssystems des Bundes (STATIS-BUND).

Einen Überblick über den Aufbau des Amtes vermittelt die Organisationsübersicht (Stand: Januar 1997) auf S. 48 und 49.

Statistisches Bundesamt

Haus- und Lieferadresse:
Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden
☒ Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden

Zweigstelle Berlin
Haus- und Lieferadresse: Otto-Braun-Straße 70/72, 10178 Berlin
☒ Postfach 276, 10124 Berlin

Außenstelle Düsseldorf
Haus- und Lieferadresse: Huttenstraße 5a, 40215 Düsseldorf
☒ Postfach 104851, 40039 Düsseldorf

Verbindungsbüro Bonn
☒ Deutschherrenstraße 93, 53177 Bonn

Pressestelle

Prä

Vizepr

ABTEILUNG Z Verwaltung	ABTEILUNG I Fachliche Grundsatzfragen der Bundesstatistik	ABTEILUNG II Mathematisch-statisti- sche Methoden Datenverarbeitung	ABTEILUNG III Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	ABTEILUNG IV Produzierendes Gewerbe Umweltökonomische Gesamtrechnungen Umweltstatistiken Kordinierung der Unternehmens- statistiken
Gruppe ZA Organisation Kordinierung des Einsatzes der Infor- mationstechnik Kosten- und Leistungsrechnung	Gruppe I A Konzeptionelle Fragen der Bundesstatistik	Gruppe II A Mathematisch-statisti- sche Methoden	Gruppe III A Entstehung und Ver- wendung des Inlands- produkts	Gruppe IV A Konjunkturbeobach- tung Produktion
Gruppe ZB Haushalt Innerer Dienst Vertrieb	Arbeitsgruppe für in- ter- und supranatio- nale Zusammenarbeit Übersetzungsdienst	Gruppe II B Betrieb der ADV-Anla- gen und Netze	Gruppe III B Verteilung des Sozial- produkts Staat Außenwirtschaft	Gruppe IV B Umweltökologische Gesamtrechnungen
Gruppe ZC Personal Aus- und Fortbildung	Gruppe I B Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik	Gruppe II C ADV-Organisation und Anwendungs- programmierung	Gruppe III C Input-Output- Rechnung Vermögensrechnung Satellitensysteme	Gruppe IV C Struktur im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Handwerk Arbeitsstätten
Gruppe ZD Rechtsangelegen- heiten	Gruppe I C Veröffentlichungen Zentrale Informations- dienste	Gruppe II D Statistisches Informati- onsystem und IDV- Zentrum		Gruppe IV D Energie Umwelt
	Gruppe I D Bibliothek Dokumentation Archiv GENESIS-Fachbüro	Verbindungsbüro Bonn		Gruppe IV E Kordinierung der Unternehmens- statistiken Register Klassifikationen
				Außenstelle Düsseldorf Eisen- und Stahl- statistik

a) Dienstaufsicht über das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB) – b) Geschäftsstelle beim Umweltbundesamt mit teilweiser
d) Grundsätzliche Zuständigkeit bei den Wiesbadener Fachgruppen bzw. der Pressestelle.



ent ^{a)}	Bundeswahlleiter
	Allgemeine Verbindung zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
dent	Geschäftsstelle des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen ^{b)}

Organigramm

Stand: September 1997

ABTEILUNG V Handel und Verkehr	ABTEILUNG VI Preise Löhne Dienstleistungen	ABTEILUNG VII Finanzen und Steuern Bildungs- und Gesundheitswesen	ABTEILUNG VIII Bevölkerung Erwerbstätigkeit Wohnungswesen Wahlen	ABTEILUNG IXc) Landwirtschaft Bautätigkeit Wirtschaftsrechnungen Auslandsstatistik Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa
Gruppe V A Einzelhandel Handelsgewerbe Tourismus	Gruppe VI A Preise	Gruppe VII A Öffentliche Haushalte Fonds, Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen	Gruppe VIII A Volkzählungen Gebäude- und Wohnungszählungen, -stichproben Wahlen	Verwaltung ^{d)}
Gruppe V B Außenhandel (Intrahandel und Extrahandel)	Gruppe VI B Löhne und Gehälter	Gruppe VII B Steuern Personal im Öffentlichen Dienst	Gruppe VIII B Laufende Bevölkerungsstatistiken Haushalte und Familien Gebietsgliederungen	Datenverarbeitung ^{d)}
Gruppe V C Verkehr	Gruppe VI C Dienstleistungen	Gruppe VII C Bildung und Kultur Rechtspflege	Gruppe VIII C Mikrozensus Erwerbstätigkeit	Gruppe IX A Land- und Forstwirtschaft Fischerei
		Gruppe VII D Gesundheitswesen Sozialleistungen		Gruppe IX B Bautätigkeit Allgemeine Flächenstatistik Bodenmarkt
		Gesundheitsberichterstattung		Gruppe IX C Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets
				Gruppe IX D Auslandsstatistik Außenhandel Umwelt
				Gruppe IX E Zentrum Mittel- und Osteuropa Fortbildungszentrum Berlin
				IX ARBEITSGRUPPE ^{c)} Aufbereitung und Rückrechnung statistischer Daten für die ehemalige DDR Kostenstruktur Jugendhilfe

Übernahme von Verwaltungsaufgaben durch das StBA – c) Zweigstelle Berlin (ZwB).–

Statistisches Bundesamt 97 – 3 – 0771

4.2 Personal, Aus- und Fortbildung der Beschäftigten

Die Zuständigkeit für Personalmaßnahmen im Statistischen Bundesamt liegt zwar im Grundsatz beim Bundesinnenministerium, ist aber in bestimmtem Umfang auf den Präsidenten des Amtes übertragen worden.

Bei einem Haushaltsvolumen im Jahr 1997 von etwa 255 Mill. DM beschäftigte das Statistische Bundesamt Anfang 1997 zusammen mit seiner Zweigstelle in Berlin, seiner Außenstelle in Düsseldorf und dem Verbindungsbüro in Bonn insgesamt rund 3 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Frauenanteil beträgt 58,3 %. Der Prozentsatz der Teilzeitbeschäftigten hat sich inzwischen auf knapp 12 % erhöht. Der überwiegende Teil der Beschäftigten, nämlich rund 83 %, steht im Angestellten- bzw. Arbeiterverhältnis, nur rund 17 % haben Beamtenstatus. Nach Laufbahngruppen gliedern sich die Beschäftigten etwa wie folgt:

- Höherer Dienst 10,6 %,
- Gehobener Dienst 28,8 %,
- Mittlerer Dienst 56,2 %,
- Einfacher Dienst 4,4 %.

Im höheren Dienst verfügt der weitaus größte Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über einen wirtschaftswissenschaftlichen oder mathematischen Hochschulabschluß. Daneben arbeiten Juristinnen und Juristen, Soziologinnen und Soziologen sowie Fachleute aus Bereichen wie Agrarwissenschaft, Geographie, Medizin und Umwelttechnik. Das Statistische Bundesamt bietet darüber hinaus Wirtschaftsreferendarinnen und Wirtschaftsreferendaren die Möglichkeit, einen Ausbildungsabschnitt im Rahmen des Vorbereitungsdienstes im Amt zu absolvieren. Nach Bestehen der Laufbahnprüfung ist dann eine Beschäftigung im Statistischen Bundesamt vorgesehen.

Im gehobenen Dienst sind neben Beamtinnen und Beamten, die ein Studium an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Köln bzw. seit 1995 in Brühl durchlaufen haben, auch Angestellte mit einem abgeschlossenen Fachhochschulstudium (überwiegend der Betriebswirtschaftslehre) tätig. Zum Teil handelt es sich auch um ehemalige Angehörige des mittleren Dienstes, die sich durch amtsinterne Weiterbildung für den gehobenen Dienst qualifiziert haben.

Die Arbeiten im Statistischen Bundesamt erfordern eine hohe und vielseitige Qualifikation. Der kontinuierlichen Aus- und Fortbildung des eigenen Personals wird daher große Bedeutung beigemessen. Organisation und Durchführung solcher Maßnahmen gehören zu den Aufgaben der Gruppe „Personal, Aus- und Fortbildung“.

Zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses für den mittleren Dienst führt das Statistische Bundesamt eine eigene Ausbildung durch. In Wiesbaden und in der Zweigstelle Berlin wird eine Ausbildung zum Fachangestellten für Bürokommunikation angeboten.

Abiturientinnen und Abiturienten, die eine Laufbahn im gehobenen Dienst anstreben, wird die Möglichkeit geboten, als Regierungsinspektorenanwärterin bzw. -anwärter

an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl zu studieren. Dabei absolvieren sie den berufspraktischen Teil ihrer Ausbildung im Statistischen Bundesamt.

Neben der Ausbildung mit dem Ziel der Erlangung eines beruflichen Bildungsabschlusses hat für das Amt auch die Fortbildung des Personals hohe Priorität. Die Fortbildungsveranstaltungen werden zum Teil amtsintern, zum Teil zusammen mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus anderen Institutionen durchgeführt.

Die obligatorische Einführungsfortbildung für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im höheren Dienst besteht aus zwei Elementen: den Einführungslehrgängen und ergänzenden Seminaren. Die Einführungslehrgänge behandeln u. a. die Themen:

- Aufbau und Tätigkeit des Statistischen Bundesamtes,
- Ausgewählte Rechtsfragen,
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
- Überblick über ausgewählte Fachstatistiken,
- Einsatz der Standardsoftware am PC,
- Spezifizierung von Plausibilitätskontrollen und Tabellen,
- Statistisches Informationssystem des Bundes.

Die Lehrgänge werden durch Kurse zur Gesprächs- und Verhandlungsführung sowie Führungsseminare ergänzt.

Im Rahmen allgemeiner Fortbildungsveranstaltungen für alle Laufbahngruppen werden zahlreiche Kurse und Seminare zu den Themenkomplexen Informationstechnik und Statistik sowie Führung und Organisation angeboten. Die Kurse zur PC-Software für Textverarbeitung, Graphik, Tabellenkalkulation und Datenverwaltung sowie Kurse über das Arbeiten mit dem Statistischen Informationssystem des Bundes haben innerhalb der amtsinternen Fortbildung einen sehr hohen Stellenwert. Die Vermittlung statistischer Grundkenntnisse an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer kaufmännischen Ausbildung, die Anwendung der EDV bei der Aufbereitung statistischer Daten, Kurse zur Spezifizierung von Tabellen und Plausibilitätskontrollen sowie weiterführende Seminare zu statistischen Methoden wie Regressionsanalyse, multivariate Analyseverfahren, Zeitreihenanalysen u. ä. bilden Schwerpunkte der Fortbildung im Bereich Statistik. Seminare zu den Themen Zusammenarbeit, Führung und Leitung, Behördenorganisation, Organisation der persönlichen Arbeit, Projektmanagement, Präsentationstechniken und Pressearbeit runden das allgemeine Fortbildungsprogramm ab.

Für eine Vielzahl der Aus- und Fortbildungsveranstaltungen sind Angehörige des Statistischen Bundesamtes selbst als Lehr- und Ausbildungspersonal tätig. Um die Qualität der Aus- und Fortbildung im Statistischen Bundesamt auch langfristig zu sichern, werden für sie spezielle Dozentenseminare angeboten.

Der Vertiefung von Fremdsprachenkenntnissen dienen fachbezogene amtsinterne Gesprächskurse in englischer und französischer Sprache. Darüber hinaus besteht

für eine begrenzte Teilnehmerzahl die Möglichkeit, an Englisch- und Französischkursen verschiedener Schwierigkeitsstufen bei der Wehrbereichsverwaltung IV in Wiesbaden oder beim Bundessprachenamt in Hürth teilzunehmen.

Für den gehobenen und höheren Dienst werden Kurzveranstaltungen zu aktuellen wissenschaftlichen Fragen angeboten. Dozentinnen und Dozenten kommen aus dem Statistischen Bundesamt und aus anderen Institutionen. In den letzten Jahren wurden so unterschiedliche Themen wie „Das Konzept einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung“, „Erhebungskonzepte und Verfahren privater Erhebungsinstitute“ oder „Überblick über die Einsatzmöglichkeiten des BLAISE-Programms“ behandelt.

Amtsübergreifende Fortbildung wird in gemeinsamen Fortbildungsveranstaltungen mit den statistischen Ämtern der Länder angeboten. Im Vordergrund der bisherigen Programme standen Lehrinhalte aus den Bereichen „Praxis der amtlichen Statistik“ und „Statistische Methoden“.

Seit 1976 finden im Statistischen Bundesamt Fortbildungskurse der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStG) statt. Die DStG hat sich zum Ziel gesetzt, die Zusammenarbeit von Statistikerinnen und Statistikern aller Fachrichtungen aus Wissenschaft und Praxis im deutschsprachigen Raum zu unterstützen und zu verbessern.

Weiterhin fungiert das Statistische Bundesamt als Leitbehörde der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAköV) für das Rhein-Main-Gebiet. Die BAKöV ist Trägerin der zentralen Fortbildungsmaßnahmen der Bundesregierung. In enger Zusammenarbeit mit Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft werden Angehörige der Bundesverwaltung praxisnah fortgebildet. Dabei geht es insbesondere darum, vorhandenes Fachwissen zu aktualisieren, die Fähigkeit zu interdisziplinärer Zusammenarbeit zu fördern und neue Planungs- und Erhebungstechniken sowie moderne Führungsmethoden einschließlich der Personalführung zu vermitteln. Neben zentral, in Bonn-Bad Godesberg und Boppard durchgeführten Fortbildungsveranstaltungen bietet die BAKöV auch dezentrale Seminare in Wiesbaden an. Diese werden meist vom Statistischen Bundesamt in seiner Funktion als Leitbehörde organisiert; Angehörige des Statistischen Bundesamtes können sowohl an zentralen als auch an dezentralen Kursen teilnehmen. Allerdings stehen in der Regel jeweils nur wenige Teilnehmerplätze zur Verfügung.

Veranstaltungen im Rahmen des Programms „Ausbildung von Europäischen Statistikern“ (TES)¹⁶⁾ des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften bieten anwendungsorientierte Fortbildung zu Themen, die an den Hochschulen nicht ausreichend behandelt werden oder aufgrund ihrer europäischen Dimension über die Schulungsmöglichkeiten der nationalen statistischen Ämter hinausgehen. An diesen Veranstaltungen, die in deutscher, englischer oder französischer Sprache, teilweise auch mehrsprachig, angeboten werden, können Statistikerinnen und Statistiker aus den EU-Mitgliedstaaten, den Staaten der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA) und teilweise auch aus Mittel- und Osteuropa teilnehmen.

¹⁶⁾ Training of European Statisticians.

4.3 Datenverarbeitung im Statistischen Bundesamt

Die Automatisierte Datenverarbeitung (ADV) – auch Elektronische Datenverarbeitung (EDV) genannt – spielt bei der Vorbereitung, Aufbereitung und Auswertung sowie Veröffentlichung fast aller Statistiken eine entscheidende Rolle. Der Einsatz leistungsfähiger Datenverarbeitungsanlagen hat in der amtlichen Statistik dazu beigetragen, ein stark gestiegenes Arbeitsprogramm mit gleichbleibendem, zum Teil sogar sinkendem Personalbestand zu bewältigen. Erst durch sie – sei es in Form der traditionellen Groß-EDV, der Arbeitsplatzcomputer (APC bzw. PC) oder der wesentlich leistungsfähigeren Workstations – wurden die Voraussetzungen für die heutigen modernen, personalsparenden und effizienten Arbeitsmethoden in der Statistik geschaffen, wie sie an anderer Stelle dargestellt werden (siehe Abschnitt 7.6).

4.3.1 Hardware-Ausrüstung

Das Statistische Bundesamt hat in den letzten Jahren bezüglich seiner Ausstattung mit EDV-Anlagen und -Geräten einen grundsätzlichen Wandel vollzogen. Stützte man sich früher – auch schon in der Zeit der aufkommenden APC – ausschließlich auf die Nutzung von EDV-Großanlagen, so hat man diese in den zurückliegenden sieben Jahren durch den – mit Blick auf die Organisationssicherheit und damit den Datenschutz teilweise sehr anspruchsvollen – Einsatz von APC und Workstations ergänzt.

Aufgrund der ständig steigenden Anforderungen nach Dialog-Arbeitsmöglichkeiten auch auf den EDV-Großanlagen und der jetzt zur Verfügung stehenden Möglichkeit zur bedienerlosen Bearbeitung von Stapelprozessen hat das Statistische Bundesamt nur noch einen, nunmehr besonders leistungsfähigen Großrechner vom Typ SNI H100 im Einsatz, auf dem sämtliche Großrechnerarbeiten erledigt werden. Der Großrechner wird im 2 ½- bis 3-Schichtbetrieb eingesetzt. Er hat eine interne Arbeitsleistung von rund 45 Mill. Rechenoperationen je Sekunde und ist mit einem Arbeitsspeicher von 256 Mill. alphanumerischen Zeichen ausgestattet. Er arbeitet mit dem Betriebssystem BS 2000. Zur Aufnahme der benötigten Programme und Daten sind Magnetplattenlaufwerke mit einer Gesamtspeicherkapazität von mehr als 400 Mrd. alphanumerischen Zeichen angeschlossen.

Die unmittelbare Ein- und Ausgabe der Daten erfolgt über zwölf Magnetbandkassetten-Laufwerke, die an einen Magnetband-Verwaltungsroboter mit einer Aufnahmekapazität von 11 000 Kassetten angeschlossen sind. Der Roboter ermöglicht die bedienerlose Verwaltung und Nutzung der enthaltenen Magnetbandkassetten, eine der Grundvoraussetzungen zum bedienerlosen Betrieb der Rechanlage.

Für die zentrale Druckausgabe der Ergebnisse stehen sieben leistungsfähige Laserdrucker mit einer Gesamtdruckleistung von 350 DIN A 4-Seiten pro Minute zur Verfügung. Zur Ausgabe von Zeichnungen sind an die zentrale EDV-Großanlage fünf Plotter (automatische Zeichengeräte) angeschlossen, davon drei dezentral in den Fachabteilungen.

Für Dialogarbeiten auf dem Großrechner stehen im Statistischen Bundesamt und seinen Zweig- und Außenstellen speziell den Fachstatistikerinnen und Fachstatisti-

kern an ihrem Arbeitsplatz mehr als 550 Datensichtgeräte und rund 300 Arbeitsplatzcomputer mit entsprechender Emulation zur Verfügung. Diese Geräte sind durch DFÜ-Leitungen (Datenfernübertragungsleitungen) mit dem Rechner, teils hausintern, teils über Datenleitungen der Deutschen Telekom AG, verbunden.

Neben den Großrechenanlagen werden seit einigen Jahren im Statistischen Bundesamt für Statistikarbeiten mit kleineren Datenmengen und für Büroarbeiten – hier vor allem Schreifarbeiten – Arbeitsplatzcomputer und deren leistungsfähigere Pendanten, die Workstations, eingesetzt. Zur Zeit befinden sich im Amt rund 1 200 APC und etwa 100 Workstations im Einsatz.

Die APC arbeiten zum Großteil noch als Einzelplatz-Systeme. Nur ein geringer Teil von ihnen ist bisher miteinander vernetzt; an der Gesamtvernetzung des Hauses wird gearbeitet. Mit der Fertigstellung wird für Anfang 1998 gerechnet. Die Workstations, die hauptsächlich in der Intrahandelsstatistik und bei der Programmentwicklung eingesetzt werden, sind alle miteinander durch ein lokales Netz (LAN) verbunden. Die Arbeitsweise dieser Geräte entspricht der Client-Server-Architektur. Bestimmte Funktionen (so die Netzverwaltung und die Datenspeicherung) werden (zentral) von sogenannten Servern erfüllt und von den sogenannten Clients (dezentralen Geräten) bei deren Arbeit genutzt.

Zur Datenkonvertierung, das heißt der Umsetzung von Daten, die auf Papier oder Disketten vorliegen, in intern verwendbare Formate (z. B. Magnetbandkassetten), sind im Statistischen Bundesamt sechs Belegleser sowie spezielle Disketten-Lese-Systeme mit Stapellesestationen für jeweils 100 Disketten im Einsatz. Diese Systeme werden fast ausschließlich zur Konvertierung von Intrahandelsdaten verwendet; monatlich werden durchschnittlich rund 250 000 Belege gelesen und mehr als 5 000 Disketten konvertiert.

4.3.2 Software-Ausstattung

Die Verlagerung von Anwendungsbereichen vom Großrechner hin zu Arbeitsplatzrechnern und Client-Server-Systemen spiegelt sich auch in der eingesetzten Software wider:

Der Großrechner des Statistischen Bundesamtes wird unter dem Betriebssystem BS 2000 betrieben. Als Datenbanksystem wird ADABAS eingesetzt. Bei der Programmierung von Stapelanwendungen, insbesondere bei Anwendungen, die im Verbund mit den Ämtern der Länder entwickelt werden, wird die in Zusammenarbeit mit den Landesämtern entwickelte Programmiersprache SPLV¹⁷⁾ als Sprache der vierten Generation verwendet. Dialogprogramme mit Zugriff auf Datenbanken werden in der zu ADABAS gehörenden Programmiersprache NATURAL erstellt, wobei auch die entsprechenden CASE-Werkzeuge benutzt werden. An Programmiersprachen auf dem Großrechner wird für Auswertungen neben den oben genannten in Ausnahmefällen für die Änderung alter Programme noch ASSEMBLER eingesetzt; für die Erstellung wissenschaftlicher Programme wird FORTRAN verwendet. Als Auswer-

¹⁷⁾ Statistisches Problemlösungsverfahren in der EDV.

tungssoftware auf dem Großrechner, insbesondere für die Tabellierung, wird das Auswertungssystem von STATIS-BUND (siehe Abschnitt 9.3.1) von den Fachabteilungen stark genutzt. Hier soll in Zukunft verstärkt SPLV (in einer für Fachstatistiken modifizierter Form) eingesetzt werden.

Der überwiegende Teil der UNIX-Systeme des Statistischen Bundesamtes wird mit dem Betriebssystem SOLARIS und der Benutzeroberfläche OSF-Motif betrieben. Einen Schwerpunkt der Anwendungen bildet der Einsatz der Workstations für die Programmentwicklung unter SPLV. Hierfür steht eine gemeinsam mit den statistischen Ämtern der Länder entwickelte komfortable graphische Programmierumgebung zur Verfügung. Die übrigen UNIX-Rechner sind mit einer speziellen, für die jeweilige Anwendung entwickelten und beschafften Software ausgestattet. Beispiele hierfür sind das Statistische Informationssystem zur Bodennutzung (STABIS), das System zur automatisierten Sachbearbeitung in der Intrahandelsstatistik (ASI) und das Bibliotheksverwaltungssystem SISIS. Für die Entwicklung solcher Anwendungen auf UNIX-Rechnern wird auch die Programmiersprache C eingesetzt.

Die Arbeitsplatzrechner des Statistischen Bundesamtes sind mit dem Betriebssystem MS-DOS und der Erweiterung MS-Windows ausgestattet. Für den Zugangschutz zu den APC wird das Programm Safeguard verwendet. Als Anwendersoftware für den fachstatistischen Arbeitsplatz wurden die Produkte aus dem Produktspektrum von MS-Office als Standardwerkzeuge ausgewählt. Für Anwendungszwecke, die sich nicht mit diesen Standardprodukten abdecken lassen, wird für die Erhebung statistischer Daten das Programmsystem BLAISE des Niederländischen Statistischen Zentralamtes eingesetzt. Die Verbindung zu den UNIX-Systemen und zum Großrechner wird mit Hilfe des Produktes PC-NFS und des Terminalemulationsprogramms MF 9750 hergestellt. Diese Programme werden für Anwenderinnen und Anwender von STATIS-BUND noch durch die PC-Komponente STATIS-BUND-PC ergänzt. Einige Anwendungssysteme mit einheitlicher spezieller Anwendungssoftware werden auch unter dem Netzwerkbetriebssystem NOVELL NETWARE betrieben. Im Bereich der Aufbereitung der Statistik soll zur Entwicklung von Anwendungssoftware auf APC ergänzend zu den Anwendersprachen der Standardprogramme auch die Programmiersprache C++ mit der dazugehörigen Programmierungsumgebung eingesetzt werden.

4.4 Bibliothek und Archiv

4.4.1 Funktion und Bestand

Die Bibliothek des Statistischen Bundesamtes hat die zentrale Aufgabe, die für die Arbeiten der amtlichen Statistik benötigte Literatur zu erwerben, erschließen und zugänglich zu machen.

Die Bibliothek gliedert sich in die Hauptstelle Wiesbaden und die Zweigstelle Berlin. Die Bestände sind entsprechend den jeweils am Ort ansässigen Fachabteilungen aufgeteilt. Im Rahmen dieser Organisationseinheit werden außerdem dokumentarische und archivarische Aufgaben wahrgenommen.

Als wissenschaftliche Spezialbibliothek ist sie bedeutend durch ihre in Deutschland wohl einzigartige Zusammenstellung statistischer Fachliteratur. Die Bibliothek bemüht sich in erster Linie um den Erwerb aller relevanten statistischen Veröffentlichungen des In- und Auslandes, um Literatur zu methodischen Fragen und um statistische Lehrbücher. Sie erwirbt darüber hinaus wissenschaftliche Standardwerke aus den Gebieten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Demographie und aus dem Umweltsektor. Auch die Arbeiten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen und des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung werden durch den Literaturbestand der Bibliothek des Statistischen Bundesamtes unterstützt. Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei Publikationen, die die wirtschaftliche und soziale Lage in den neuen Bundesländern sowie in den Staaten Mittel- und Osteuropas behandeln. Auslandsstatistische Materialien befinden sich überwiegend in Berlin. Mit Hilfe möglichst vollständiger Bestände der amtlichen deutschen Statistik werden auch Fragen zur historischen Statistik beantwortet.

Einen Großteil des bezogenen Schrifttums bilden sogenannte Amtsdrukschriften – von Behörden sowie inter- und supranationalen Institutionen herausgegebene Schriften, Gutachten, Statistiken und spezielle Zeitschriften. Der Bestand umfaßt in Wiesbaden mehr als 430 000 Bände sowie 1 681 in- und ausländische Zeitschriften, in Berlin gut 96 000 Bände und 246 Zeitschriften (Stand Ende 1996). Die Bibliothek sammelt darüber hinaus einen hohen Anteil an „grauer Literatur“ – Forschungs- und Konferenzberichte sowie Einzeluntersuchungen, die über den Buchhandel nicht zu beschaffen sind. Um der Zielsetzung bzw. den Anforderungen nach möglichst umfangreichen Beständen gerecht werden zu können, unterhält sie Tauschbeziehungen mit zur Zeit mehr als 500 Institutionen aller Art. Nach den politischen Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa sind seit 1989 vielfältige neue Kontakte zu den neu- oder wiedergegründeten Staaten entstanden.

Der Presseauschnittsdienst der Bibliothek stellt täglich aus den wichtigsten überregionalen Tageszeitungen den „Schnellinformationsdienst Wirtschaftspresse“ zusammen, der an alle Fachgruppen versandt wird. Außerdem werden relevante Meldungen aus diesen Zeitungen sowie verschiedenen Wochenzeitungen und Nachrichtenmagazinen als Fotokopien an die zuständigen Gruppen verschickt. Neben diesen täglichen Service tritt die Auswertung von etwa 100 wissenschaftlichen Zeitschriften, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bibliothek laufend gesichtet werden, um die wichtigsten Beiträge zu erschließen und in einer eigenen Datenbank recherchierbar zu machen.

Das Archiv des Statistischen Bundesamtes ist ein Verwaltungsarchiv, welches das für die laufenden Arbeiten des Amtes nicht mehr benötigte Schriftgut ordnet, verzeichnet und innerhalb gegebener Fristen verwahrt. Es ist Zwischenarchiv für Materialien, die später dem Bundesarchiv zur dauerhaften Aufbewahrung übergeben werden. Das Archiv der Zweigstelle Berlin umfaßt auch die Bestände der ehemaligen Zentralverwaltung für Statistik der DDR. Durch den Einsatz eines Dokumentations- und Informationssystems für Verwaltungsarchive (DIVA) konnte ein Verzeichnis von etwa 40 000 statistischen Analysen sowie Text- und Zahlenberichten vorgelegt werden. Diese Dokumentation umfaßt den Zeitraum von 1945 bis 1990.

Das umfangreiche Schriftgut der ehemaligen Zentralverwaltung für Statistik ab 1945 befindet sich ebenfalls im Archiv und ist ab dem Jahr 1980 detailliert in DIVA registriert.

4.4.2 Benutzung und Serviceleistungen

Die Bibliothek in Wiesbaden steht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes und in beschränktem Umfang auch für die Öffentlichkeit zur Benutzung bereit. Ausleihen sind nur an Externe aus der Region Wiesbaden vorgesehen. Alle anderen Externen können Literatur nur über ihre zuständige örtliche Bibliothek über Fernleihe erhalten. Um eine optimale Nutzung ihrer Bestände zu ermöglichen, bietet die Bibliothek folgende Dienstleistungen an:

In Wiesbaden und in Berlin stehen je ein Lesesaal mit 15 Arbeitsplätzen zur Verfügung, die auch einen fächerübergreifenden Präsenzbestand mit einschlägigen Handbüchern und Nachschlagewerken bereithalten. Im Lesesaal ist ein direkter Zugriff auf aktuelle Zeitschriftenhefte möglich.

Die Bibliothek arbeitet mit dem automatisierten Bibliotheksverwaltungssystem SISIS. Dieses System ermöglicht den selbständigen Zugriff auf einen öffentlichen Benutzerkatalog (OPAC), über den Literaturrecherchen nach Schlagworten und formalen Kriterien sowie Bestellungen möglich sind. Zudem kann durch Recherchen in SISIS auf den Literaturbestand ab Erwerbungsjahr 1982 zugegriffen werden. Früher erschienene Publikationen werden über verschiedene Zettelkataloge nachgewiesen. Die Bibliothek bietet außerdem einen ständigen Auskunft- und Beratungsdienst. Wenn benötigte Literatur in der Bibliothek nicht verfügbar ist, kann sie über den Leihverkehr der deutschen Bibliotheken beschafft werden. Die Bibliothek des Statistischen Bundesamtes ist außerdem online an die Zeitschriftendatenbank angeschlossen, die einen bundesweiten Nachweis der Zeitschriften- und Serienbestände sowie von Jahrbüchern und Zeitungen einer Vielzahl deutscher Bibliotheken bietet. Diese Bände können dann bei der jeweiligen Bibliothek direkt angefordert werden.

Die Bibliothek verfügt weiterhin über Online-Anschlüsse an den Verbundkatalog deutscher Bibliotheken und an die Literaturlatenbank OLIS¹⁸⁾ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Außerdem verfügt die Bibliothek seit 1996 auch über einen Internet-Anschluß. Darüber hinaus kann eine Vielzahl bibliographischer und statistischer CD-ROM in der Bibliothek über PC eingesehen werden, u. a. das Verzeichnis lieferbarer Bücher (VLB) und das Statistische Jahrbuch der Europäischen Gemeinschaft („Eurostat-CD“), herausgegeben vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften. Die Bibliothek besitzt auch verschiedene Veröffentlichungen in Form von Mikrofiches, wobei die Möglichkeit des Sofortausdrucks über einen Reader-Printer besteht.

Zum Serviceangebot der Bibliothek zählen regelmäßige Informationsdienste, hier vor allem das monatliche Zugangsverzeichnis „Neue Bücher und Aufsätze“. Gegliedert nach Sachgruppen wird dieser sogenannte Profildienst an Mitarbeiterinnen und Mit-

¹⁸⁾ Online-Informationssystem.

arbeiter und Externe regelmäßig verschickt. Die laufend gehaltenen Zeitschriften und Zeitungen werden in dem jährlich aktualisierten „Zeitschriftenverzeichnis“ aufgeführt.

Die Bibliothek ist in Wiesbaden von Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr und am Freitag von 9 bis 14 Uhr geöffnet. Externe können den Lesesaal benutzen und dort die vorhandene Literatur einsehen und kopieren. Die Bibliothek in Berlin ist von Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr geöffnet und steht externen Besuchern für die Benutzung vor Ort (keine Entleihungen) zur Verfügung. Die Benutzung ist jeweils kostenlos. Die Nutzung des Verwaltungsarchivs erfolgt in aller Regel nur intern. Das hierbei eingesetzte Dokumentations- und Informationssystem für Verwaltungsarchive gewährleistet eine gezielte und qualifizierte Recherche nach den einzelnen Berichten. Bei begründetem wissenschaftlichen Interesse können auf Antrag auch die Dokumente der ehemaligen Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR eingesehen werden.

5 Aufgaben und Ziele der Bundesstatistik

5.1 Aufbau einer statistischen Basisinformation

Jeder moderne Staat ist auf umfassende und zuverlässige Informationsquellen angewiesen. Informationen haben in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft eine hohe Priorität für die politische Willensbildung der Staatsbürgerinnen und -bürger, sie sind Grundvoraussetzung für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte Politik und sie sollen für alle gesellschaftlichen Gruppen zugänglich sein.

Vor diesem Hintergrund ist es eine der Hauptaufgaben der Bundesstatistik, Basisinformationen für Staat und Gesellschaft bereitzustellen. Die Bundesstatistik kann somit als informationelle Infrastruktureinrichtung der Gesellschaft betrachtet werden. Damit diese Infrastruktur von einem breiten Interessentenkreis genutzt werden kann, ist es notwendig, daß die Basisinformation eine große Akzeptanz bei allen gesellschaftlichen Gruppen genießt und der Zugang zu ihr nicht durch ökonomische Barrieren verhindert wird. Die Bundesstatistik muß ihre Ergebnisse somit kostenlos bzw. kostengünstig anbieten können. Damit wird deutlich, daß die Bundesstatistik wegen ihrer Funktion als öffentliches Gut nur von einer unabhängigen, staatlichen Institution mit öffentlichen Mitteln produziert werden kann.

Beim Ausbau einer statistischen Basisinformation ist sowohl auf deren Qualität als auch auf deren Inhalt zu achten. Die Ansprüche, die an die amtliche Statistik gestellt werden, stehen oft in einem Spannungsverhältnis zueinander. Wegen der Vielschichtigkeit und des raschen Wechsels der Fragestellungen muß das statistische Informationsangebot umfassend und zugleich differenziert sein, es soll kontinuierlich verfügbar sein, aber flexibel an neue Anforderungen angepaßt werden können. Die Ergebnisse der Bundesstatistik sollen problemorientiert, aber vergleichbar sowie vielseitig verwendbar sein; sie sollen möglichst früh verfügbar, aber ausreichend zuverlässig sein. Schließlich wird eine nutzergerechte Veröffentlichung der Ergebnisse erwartet.

Primäre Aufgabe der Bundesstatistik ist die Bereitstellung von Zahlenmaterial für die gesetzgebenden Körperschaften, für die Bundesregierung und für die Bundesverwaltung. Die Ergebnisse vieler Bundesstatistiken werden zunächst überwiegend von den Bundesressorts genutzt. Dies gilt zum Beispiel für die Daten der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung, der laufenden Bevölkerungsstatistiken und der Erwerbstätigkeitsstatistiken, die Konjunkturindikatoren, die Preisindizes und die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Während früher Statistiken häufig nur für spezielle Verwaltungsaufgaben – sogenannte Geschäftsstatistiken – erhoben wurden und damit einen begrenzten Verwendungszweck hatten, überwiegt heute der Anteil der vielseitig genutzten Statistiken.

Nutzerinnen und Nutzer der Bundesstatistiken sind aber nicht nur Bundesstellen, sondern in erheblichem Maße auch die Länder und Gemeinden. Beide haben ebenfalls ein starkes Interesse daran, ihre Wünsche in der Bundesstatistik verwirklicht zu sehen, und außerdem wirksame Möglichkeiten, dies durchzusetzen. Dies gilt insbe-

sondere für die Länder, deren Informationsbedürfnisse nach dem Bundesstatistikgesetz bei der Anordnung der einzelnen Statistiken zu berücksichtigen sind, weil sie den überwiegenden Teil der Bundesstatistiken als eigene Angelegenheit und damit auf eigene Kosten durchführen.

Neben diesen staatlichen Informationsbedürfnissen hat eine statistische Basisinformation in ausreichendem Umfang den Informationsbedarf aller gesellschaftlichen Gruppierungen, auch der an der politischen Willensbildung beteiligten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen (Parteien, Sozialpartner, Verbände, Kammern usw.) zu decken. Das gleiche gilt – im Interesse einer gut funktionierenden Marktwirtschaft – auch für viele Informationsbelange der Wirtschaft selbst. So ist zum Beispiel der Umfang der Produktions- und der Außenhandelsstatistik nicht zuletzt durch die Wünsche der Unternehmen und ihrer Verbände bestimmt.

Gleichmaßen stellt die Bundesstatistik ihre Ergebnisse der Wissenschaft zur Verfügung und liefert so vielfach das Ausgangsmaterial für die Forschung auf dem Gebiet der Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Sie muß daher auch deren Bedürfnisse berücksichtigen. Die Bindungen zwischen amtlicher Statistik und Wissenschaft sind deshalb auf einigen Gebieten besonders eng. Durch die Mitgliedschaft von zwei Vertretern der Hochschulen im Statistischen Beirat seit 1980 wurde u. a. auch eine weitere Annäherung zwischen theoretischer und praktischer Statistik sowie zwischen Statistik und Sozial- und Wirtschaftswissenschaften erreicht. Ferner liefert die Bundesstatistik auch die Datengrundlage für die Arbeit der privaten Markt- und Meinungsforschung. Deren statistische Informationen sind also nicht als Alternative, sondern als notwendige Ergänzung zur amtlichen Statistik zu verstehen.

Statistische Informationen werden in wachsendem Umfang auch von den supra- und internationalen Organisationen, vor allem von der Europäischen Union (EU), genutzt. Eine statistische Basisinformation muß demnach auch diesen Ansprüchen gerecht werden. Dies wird teilweise bereits dadurch erfüllt, daß die EU ein eigenes, zum Teil unmittelbar in den Mitgliedstaaten wirkendes Anordnungsrecht für Statistiken hat. Neben der Einführung neuer Statistiken spielt hier die Harmonisierung vorhandener nationaler Statistiken eine beträchtliche Rolle (siehe Kapitel 10).

Alle genannten Nutzergruppen ziehen die amtliche Statistik zu Rate, wenn es darum geht, Informationen zu erhalten, die im Hinblick auf Genauigkeit, Aktualität und Problemorientierung ihren jeweiligen speziellen Wünschen entsprechen und die gleichzeitig im Diskurs mit anderen gesellschaftlichen Gruppen akzeptiert werden. Statistik ist also unentbehrlich für

- die Beobachtung und Beurteilung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Zusammenhänge und Entwicklungen,
- rationale Zielsetzungen sowie die Vorbereitung von Planungen, Entscheidungen und sonstigen Maßnahmen,
- die Kontrolle der Wirkung solcher Maßnahmen.

Im Bundesstatistikgesetz von 1987 und seiner Begründung wird der Informationsbedarf eines großen und heterogenen Nutzerkreises an statistischen Daten ausdrücklich anerkannt und seine angemessene Berücksichtigung zugesichert. Ungeachtet der erheblichen und zum Teil divergierenden Ansprüche an das statistische Arbeitsprogramm, sieht der Gesetzgeber in der weitgehenden Konzentration auf die Bundesstatistik Vorteile für eine sinnvolle Koordinierung und rationelle Erfüllung der Nutzerwünsche und somit die beste Möglichkeit, diesen Anforderungen gerecht zu werden.

Es ist eine wichtige Aufgabe des Statistischen Bundesamtes, die Belange der verschiedenen an der amtlichen Statistik beteiligten und interessierten Gruppen aufeinander abzustimmen. Die institutionellen Voraussetzungen für eine Abstimmung auf nationaler Ebene sind bereits im Kapitel über die Institutionen und ihre Aufgaben dargelegt. Es sei hier nochmals darauf hingewiesen, daß die verschiedenen „Konsumenten“, „Produzenten“ und „Lieferanten“ der Statistik in den Gremien der Bundesstatistik über das Programm sowie über die methodischen und erhebungstechnischen Fragen der amtlichen Statistik beraten. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Kontakte mit anderen nationalen und internationalen Institutionen auf dem Gebiet der Statistik.

Nicht zuletzt wegen dieser Zentralstellung ist die Bundesstatistik als Basisinformation den Grundsätzen der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit verpflichtet. Damit wird gewährleistet, daß die Nutzer von Statistiken bei Untersuchungen und Verhandlungen weitgehend von demselben Zahlenmaterial ausgehen. Dies hat sich vielfach bewährt und trägt zur Versachlichung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Diskussionen bei.

Der Vielfalt der Nutzerkreise und der Verwendungszwecke entspricht die Breite und Vielseitigkeit des Programms der Bundesstatistik (siehe Kapitel 6). Da das Programm der amtlichen Statistik ständig an neue und gewandelte Fragestellungen angepaßt wird, ist es im Laufe der Jahre umfassender und differenzierter geworden, wurde aber auch wiederholt bereinigt. Die Bundesstatistik bietet heute eine Fülle von Daten aus fast allen Lebens- und Tätigkeitsbereichen, die einer quantitativen Erfassung zugänglich sind, und ermöglicht damit – abgesehen von einigen schwer zu schließenden Lücken – eine umfassende Beobachtung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation, ihrer Entwicklungstendenzen und Strukturwandlungen.

5.2 Weiterverarbeitung von statistischen Ergebnissen

Der Weiterverarbeitung statistischer Erhebungsergebnisse zu neuen – berechneten oder geschätzten – Größen kommt steigende Bedeutung zu. Wichtige Beispiele hierfür sind eine Vielzahl von Indexberechnungen, Volumenberechnungen im Außenhandel, Berechnungen von Kaufkraftparitäten, Erstellung von Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung, Ehedauer, Berechnung von Durchschnittszahlen für Erwerbstätige usw. In allen diesen Fällen werden aus Erhebungsergebnissen unter Anwendung vielfältiger Berechnungs- und Schätzverfahren neue statistische Daten gewonnen.

In besonders umfassender Form ist die Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse in den *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* verwirklicht. In diesem geschlossenen System, das umfassend über Struktur und Ablauf der Wirtschaft sowie über die Zusammenhänge im wirtschaftlichen Geschehen informiert, werden nahezu alle verfügbaren wirtschafts- und finanzstatistischen Daten herangezogen. Sie müssen jedoch in der Regel – da primär für andere Zwecke erhoben – umgerechnet werden, um sie auf die Konzepte und Definitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umzustellen, um Doppelzählungen zu bereinigen und sie auf die jeweilige Gesamtheit hochzurechnen. Außerdem müssen die Lücken im Ausgangsmaterial durch Schätzungen ausgefüllt werden.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind zu einem in sich geschlossenen System der Güter-, Einkommens- und Finanzierungsströme ausgebaut worden. Es umfaßt neben den traditionellen Konten für die Sektoren der Volkswirtschaft auch Input-Output-Tabellen, Finanzierungskonten (von der Deutschen Bundesbank bearbeitet) und Angaben über das reproduzierbare Sachvermögen und die Erwerbstätigen. Wichtige Impulse für die Weiterentwicklung des Systems sind von den Arbeiten der internationalen Organisationen ausgegangen, die zur Aufstellung des Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen (SNA)¹⁹⁾ und des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) der Europäischen Gemeinschaften geführt haben. Ab 1999 werden die neuen Bestimmungen des ESGV 95 auch die Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland sein.

Neben Jahresergebnissen werden in zusammengefaßter Form auch Halbjahreszahlen dargestellt. Ferner liegen ab 1968 Vierteljahresergebnisse für wichtige Größen der Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsseite des Inlandsprodukts im früheren Bundesgebiet vor. In regionaler Gliederung berechnen die statistischen Ämter der Länder in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt laufend wichtige Größen des Systems auch für Länder und Kreise.

Seit 1991 werden die wichtigsten Größen der Inlandsproduktsberechnung auch für die neuen Länder und Berlin-Ost sowie Deutschland nachgewiesen. Da die Zuordnung der wirtschaftlichen Leistung auf die Teilgebiete wegen der wachsenden Wirtschaftsverflechtungen immer unsicherer wird, stehen inzwischen (gesamt-)deutsche Ergebnisse im Vordergrund der Darstellung. Für die beiden Teilgebiete werden mittlerweile nur noch ausgewählte aggregierte Größen dargestellt.

Zu einer wesentlichen Erweiterung des Programms der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat die von der Bundesregierung in Auftrag gegebene sektorale Strukturberichterstattung geführt. Für die Erstellung der Strukturberichte durch die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute sind insbesondere nach Wirtschaftsbereichen und Gütergruppen tief gegliederte Ergebnisse zu berechnen, die es u. a. ermöglichen, strukturelle Veränderungen der Nachfrage, der Produktion und der Produktionsfaktoren zu untersuchen und dadurch den Strukturwandel der Wirtschaft und seine Ursachen aufzuhellen.

¹⁹⁾ System of National Accounts.

Bei den weiteren Überlegungen zum Ausbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geht es vor allem darum, den durch die nationalen bzw. internationalen Systeme vorgegebenen Rahmen vollständig auszufüllen und neuen Anforderungen und Fragestellungen soweit wie möglich Rechnung zu tragen. Diesen Bestrebungen sind jedoch durch das verfügbare statistische Basismaterial Grenzen gesetzt. Wünschenswert wäre zum Beispiel eine Verbesserung und Weiterentwicklung der Darstellung der Einkommens- und Finanzierungsvorgänge, der Berechnung in konstanten Preisen sowie der Vermögensrechnungen. Außerdem wird angestrebt, neben dem bisherigen Programm Zusatzsysteme zur umfassenden Behandlung ausgewählter Fragestellungen zu entwickeln. In diesem Zusammenhang sind vor allem die Satellitensysteme zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu sehen. Mit ihnen soll neuen Anforderungen an die Gesamtrechnungen im Hinblick auf umfassende Darstellungen gesellschaftlich bedeutsamer Themenbereiche oder Anliegen – wie beispielsweise Umweltschutz, Gesundheit, Tourismus, Forschung – besser Rechnung getragen werden. In einem Satellitensystem sind quantitative Angaben zu einem Themenbereich nach einem detaillierten, nach einheitlichen Gesichtspunkten strukturierten Darstellungsschema zusammengestellt. Durch die themenbereichsbezogene Darstellung und die Einbeziehung nichtmonetärer Angaben werden in Satellitensystemen weitere Verbindungen zwischen den Gesamtrechnungen und dem statistischen Basismaterial aus Bevölkerungs-, Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftsstatistik hergestellt. Die Satellitensysteme werden dabei so konzipiert, daß eine Verknüpfung mit dem Kernsystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bleibt. Dadurch sind gesamtwirtschaftliche Analysen des speziellen Themenbereichs des Satellitensystems möglich.

Ein weiterer, relativ neuer Ansatz der amtlichen Statistik im Bereich statistischer Gesamtsysteme sind die *Umweltökonomischen Gesamtrechnungen* (UGR). Zielsetzung der UGR ist es, die Konsequenzen von wirtschaftlichem Handeln für die Umwelt zu quantifizieren, das heißt zu ermitteln, welche natürlichen Ressourcen durch die Aktivitäten (Produktion/Konsum) des Menschen in einer Periode verbraucht, zerstört oder wiederhergestellt werden. Als Hauptkategorien, für die im Rahmen der UGR statistische Daten bereitzustellen sind, fungieren die Bereiche Entstehung der Umweltbelastung, Umweltzustand und Umweltschutzmaßnahmen. Die Wahl der Kategorien erfordert, daß nicht allein die vielfältigen Ergebnisse der amtlichen Statistik (z. B. Daten über den Rohstoffverbrauch, das Abfallaufkommen, Umweltschutzinvestitionen usw.) mit einbezogen werden, sondern weitere Datenquellen hinzukommen müssen. Diese können aber oftmals, zum Beispiel aufgrund methodischer Differenzen, nicht einfach integriert werden, vielmehr sind umfangreiche Arbeiten zur Aufbereitung und Zusammenfassung der Daten notwendig. Insbesondere für die Umweltzustandsinformationen und die monetäre Bewertung von Umweltbelastungen sind noch erhebliche Anstrengungen notwendig.

Weitergehende Aussagen zum Aufbau und Entwicklungsstand der UGR finden sich im Abschnitt 6.5.

Seit etlichen Jahren macht sich ferner die Tendenz bemerkbar, *analytische Arbeiten*, die bisher nach gleichen oder ähnlichen Ansätzen mit erheblichem Rechenaufwand

an verschiedenen Stellen durchgeführt wurden, den statistischen Ämtern zu übertragen. Ein Beispiel dafür ist die Zeitreihenanalyse, insbesondere die Berechnung saisonbereinigter Konjunkturindikatoren, wie sie vom Statistischen Bundesamt in monatlichen Abständen veröffentlicht werden. In immer stärkerem Maße werden die statistischen Ämter auch in die Auswertung von Statistiken für Verwaltungszwecke, Prognosen, Modellrechnungen und dergleichen eingeschaltet. Dies zeigt sich vor allem in den Materialzusammenstellungen für Berichte und Planungsvorhaben der Regierungen (im Bereich des Bundes u. a. Agrarbericht; Sozialbericht; Raumordnungs- und Städtebaubericht; Familien-, Jugend-, Bildungsbericht). Auch die enge Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und den Sachverständigenräten zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie für Umweltfragen führt zu einer Beteiligung an Zusammenstellungs- und Auswertungsarbeiten auf den verschiedensten Gebieten.

Das zunehmende Gewicht der Weiterverarbeitung und Auswertung statistischen Originärmaterials zeigt sich auch auf dem Gebiet der Vorausschätzungen und der Modellrechnungen (u. a. der Bevölkerung, der Erwerbstätigen, der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der Steuern, des Bedarfs an öffentlichen Einrichtungen usw.). Prognosen, Projektionen und Planungen sind auf vielen Gebieten zu unentbehrlichen Hilfsmitteln bei der Lösung von Aufgaben im politischen Bereich geworden. Die statistischen Ämter sind in wachsendem Umfang an Vorausschätzungen beteiligt bzw. damit betraut. Dabei erstreckt sich die Mitarbeit von rein beratender Tätigkeit über die Bereitstellung von adäquatem Ausgangsmaterial, die Übernahme von analytischen Vorarbeiten bis zur Beteiligung an der Aufstellung von Prämissen. Eine wichtige Grundlage hierfür bietet das Statistische Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND), über das im Abschnitt 9.3.1 berichtet wird.

Die prinzipielle Grenze müssen Datenanalyse und Prognosetätigkeit dort finden, wo sie mit den Grundsätzen der Neutralität und der wissenschaftlichen Unabhängigkeit der amtlichen Statistik in Konflikt geraten könnten. Die Wahrung dieser Grundsätze hat für die amtliche Statistik höchste Priorität, da hiervon ihre Akzeptanz als zuverlässiger und allseits anerkannter Datenlieferant abhängt. Schon der Verdacht der Verletzung der Unparteilichkeit hätte gravierende Auswirkungen auf die Legitimationsbasis amtlicher Datenerhebung. Wo dies nicht sichergestellt werden kann, dort müssen die statistischen Ämter den Wunsch nach Analyse- und Prognosearbeiten zurückweisen.

5.3 Entwicklung eines statistischen Gesamtbildes

Das statistische Arbeitsprogramm stellt der amtlichen Statistik nicht nur die Aufgabe, für spezielle Verwendungszwecke statistische Ergebnisse zu liefern, sondern – über die einzelnen Erhebungen hinaus – ein fundiertes und abgestimmtes System zur Gesamtdarstellung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Situation, ihrer Strukturen, Entwicklungen und ihrer Zusammenhänge aufzubauen.

Unter diesen Gesichtspunkten wird darauf geachtet,

- die verschiedenen Statistiken in sachlicher, zeitlicher und regionaler Hinsicht so gut wie möglich zu koordinieren,

- die Ergebnisse in zusammengefaßter, problemorientierter bzw. sachgebietsbezogener Form bereitzustellen,
- die Ergebnisse – wenn möglich – zu geschlossenen Gesamtdarstellungen weiterzuverarbeiten und sichtbar gewordene Lücken im Gesamtbild zu füllen.

Die Bestrebungen um *Koordinierung* zielen hauptsächlich auf eine umfassende Abstimmung der Erhebungsbereiche, Darstellungseinheiten, Tatbestände und Merkmale, Definitionen, systematischen Gliederungen, Zuordnungsprinzipien, Periodizitäten usw. Aufgabe ist weiter eine Präzisierung der zu untersuchenden Sachverhalte und eine Abstimmung der Frage- und Tabellenprogramme auf die Bedürfnisse aller Konsumenten und zugleich auf die Beantwortungsmöglichkeiten der Befragten.

Eine wesentliche Grundlage für die Beobachtung und Analyse wirtschaftlicher, sozialer und sonstiger Tatbestände ist das Vorliegen einer verbindlichen Einteilung derartiger Phänomene. Man spricht im Zusammenhang mit der Einteilung von Dingen oder Begriffen, die durch gemeinsame Merkmale miteinander verbunden sind, allgemein von Klassifikationen. Es handelt sich bei Klassifikationen also um Ordnungsschemata, im Gegensatz zu reinen Nummerungssystemen, bei denen die zu beobachtenden Tatbestände lediglich für Identifikationszwecke fortlaufend aufgelistet und durchnumeriert werden.

In der Statistik dienen Klassifikationen dazu, statistische Einheiten aufgrund ihrer Merkmalsausprägungen eindeutig einer Gliederungsposition zuzuordnen. Einheiten mit gleicher Merkmalsausprägung sollen dabei in derselben Gliederungsposition erfaßt werden. Die Zuordnung erfolgt jeweils anhand einer speziellen Ordnungsvorschrift, der Klassifikationsregel. Insofern stellen die Klassifikationen ein wichtiges Instrument für die sachliche Abstimmung der Statistiken untereinander dar.

Für die Abstimmung in zeitlicher Hinsicht ist vor allem die Überlegung maßgebend, die regelmäßig wiederkehrenden Statistiken mit kurzfristiger oder jährlicher Periodizität mit den in längerfristigen Zeitabständen stattfindenden Zählungen zu verzahnen. Auf diese Weise werden die Angaben aus laufenden Statistiken, die ein Bild der kurzfristigen Wirtschafts- und Konjunkturentwicklung und der Bevölkerungsbewegung zeichnen, regelmäßig durch Strukturdaten ergänzt. Eine umfassende Neuordnung, die u. a. diesem Grundgedanken Rechnung trägt, wurde bereits vor einigen Jahren in den Statistiken wichtiger Wirtschaftsbereiche vollzogen. Zu erwähnen sind vor allem die Reform der Agrarstatistik, der Statistiken im Produzierenden Gewerbe und der Handels- und Gastgewerbestatistiken.

Die Koordinierung des statistischen Programms in regionaler Hinsicht gewinnt angesichts des Bedarfs an regionalisierten Daten weiterhin an Bedeutung. Zugenommen hat – neben den Anforderungen der Länder und Kommunen – vor allem das Interesse des Bundes an regional tief gegliederten Daten für administrative (Gemeinden, Kreise usw.) und nichtadministrative (z. B. Arbeitsmarktregionen, Verdichtungsräume) Raumeinheiten. In den letzten Jahren sind auch Anforderungen aus dem Bereich der Europäischen Union hinzugekommen, die entsprechende statistische Daten in regionaler Tiefe für die Datenbanken der Regional- und Strukturfonds benötigen.

Grenzen der Koordinierungsmöglichkeiten ergeben sich insbesondere dadurch, daß viele Statistiken, die an Verwaltungsvorgänge anknüpfen, hinsichtlich der erhobenen Sachverhalte an die vorgegebenen gesetzlichen Definitionen (z. B. des Steuerrechts, des Arbeitsrechts usw.) gebunden sind. Da sich die amtliche Statistik über diese vorgegebenen Definitionen nicht hinwegsetzen kann, bleibt ihr zur Verbesserung der angestrebten Kombinierbarkeit der Ergebnisse aus verschiedenen Statistiken häufig nur der Weg, behelfsweise durch Umrechnungen, Umgruppierungen oder Umschätzungen die Abweichungen zwischen den vorgefundenen und den volkswirtschaftlich erwünschten Begriffen einzuschränken bzw. zu beheben. So werden mit Erfolg Schätzmethode schon seit langem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (einschl. der Aufstellung von Input-Output-Tabellen) angewandt. Für diese Arbeiten werden die Ergebnisse fast aller Statistiken – insbesondere der Wirtschaftsstatistiken – herangezogen, auf die erwünschten Begriffsbestimmungen und Abgrenzungen abgestellt und ergänzt.

Umrechnungen und Umgruppierungen sind meist auch notwendig, wenn kombinierbares Material für die Durchleuchtung anderer Problemkreise zur Verfügung gestellt werden soll. Die ineinandergreifenden Planungen auf den verschiedensten Gebieten machen es erforderlich, aus einer Vielzahl von statistischen Quellen Ergebnisse in problemorientierter Form bereitzustellen. Hierbei werden hohe Anforderungen an die Flexibilität des Datenangebots gestellt, die neben den bereits erwähnten Umrechnungen auch Sonderaufbereitungen des Einzelmaterials erfordern. Zu einigen größeren Themenbereichen hat das Statistische Bundesamt in den letzten Jahren Querschnittsveröffentlichungen herausgegeben (siehe Abschnitt 9.2). Einen wichtigen Beitrag zur nutzergerechten Darbietung leistet auch das Statistische Informationssystem des Bundes STATIS-BUND, das umfangreiches Informationsmaterial der amtlichen Statistik auf Abruf in beliebiger Kombination liefert (siehe Abschnitt 9.3.1).

Als Beispiel für die Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse zu geschlossenen Gesamtdarstellungen seien vor allem die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einschließlich der Input-Output-Tabellen, der Finanzierungsrechnung und der Kapitalstockberechnungen erwähnt (siehe Abschnitt 5.2). Das System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen hat sich zugleich als allgemeiner Orientierungsrahmen für die Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Programms der amtlichen Statistik und für die Abstimmung der einzelnen statistischen Erhebungen untereinander bewährt. Im Rahmen der Arbeiten zur Darstellung des Wirtschaftskreislaufs mit der Abhängigkeit von Produktion und Verwendung, Einkommensentstehung, -verteilung, -umverteilung und -verwendung sowie Vermögensveränderungen und Finanzierung werden Lücken und Unzulänglichkeiten im Datenangebot der Statistik besonders deutlich. Daraus ergeben sich wichtige Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung und Abrundung des Programms der Bundesstatistik.

Die gleiche Bedeutung kommt dem bei den Vereinten Nationen entwickelten Rahmenwerk für die Integration der Bevölkerungs- und Sozialstatistiken (FSDS) zu. Allerdings sind die Voraussetzungen, auch auf diesem Gebiet ein den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vergleichbares geschlossenes System zu schaffen,

ungünstiger, da es bisher keine umfassende, allgemein akzeptierte Theorie der Bevölkerung und ihrer sozialen Entwicklung gibt, die eine Richtschnur für die Ausgestaltung eines solchen Systems bilden könnte. Von Bedeutung sind vor allem die von internationalen Organisationen entwickelten Zusammenstellungen sozialer Indikatoren. Mit ihnen wird ein möglichst umfassender Überblick über die gesellschaftliche Situation und die Lebensbedingungen der Bevölkerung angestrebt.

Wenngleich die Produktion von Informationen aus dem nationalen Bereich im Vordergrund steht, ist es gleichwohl auch die Aufgabe der Bundesstatistik, Statistiken anderer Staaten, der Europäischen Union und internationaler Organisationen zusammenzustellen und ihre Ergebnisse für allgemeine Zwecke darzustellen und zu veröffentlichen. Dieser Informationspflicht kommt das Statistische Bundesamt im Rahmen der Auslandsstatistik nach. Da die Veröffentlichungen weder auf eigenen Erhebungen noch auf sekundärstatistischen Verwaltungsunterlagen basieren, werden Dritte durch die Auslandsstatistik nicht belastet. Die Grundlage der Auslandsstatistik bilden Veröffentlichungen von statistischen Ämtern im Ausland oder von supranationalen Organisationen und Institutionen. Dieses überwiegend aus Daten bestehende Material wird ergänzt durch textliche Hintergrundinformationen.

Mit den Veröffentlichungen der Auslandsstatistik ist in erster Linie beabsichtigt, einen möglichst umfassenden statistischen Überblick zu geben, der in der Darstellungsart eine Vergleichbarkeit der einzelnen Länder untereinander gewährleistet, in regionaler und fachlicher Tiefe jedoch durchaus unterschiedlich ausgestaltet ist.

Die Schwierigkeiten der auslandsstatistischen Berichterstattung liegen in der teilweise erheblichen Problematik in bezug auf Aktualität, Plausibilität und Qualität des Datenmaterials, insbesondere im Bereich der Länder der Dritten Welt und der Transformationsländer des früheren Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Verlaufsbetrachtungen, inhaltliche Quervergleiche, Auswerten verschiedenster Unterlagen, Gespräche mit Länderexperten, aber auch umfassendes Erfahrungswissen führen zu einer qualifizierten Bewertung der Ausgangsdaten. Eigene Berechnungen werden nur zur Bildung von Gliederungs-, Bezugs- oder Indexzahlen vorgenommen, sofern die vorliegenden Daten zuverlässig und widerspruchsfrei sind.

Der aktuelle Bezug wird, wenn die offiziellen Quellen um mehrere Jahre zurückliegende Ergebnisse ausweisen, durch die Einbeziehung von Hinweisen aus zuverlässigen zeitnahen Publikationen angestrebt.

Mit den anderen Stellen in Deutschland, die auf dem Gebiet der Auslandsberichterstattung tätig sind, besteht eine enge Zusammenarbeit. Dies gilt insbesondere für die Bundesstelle für Außenhandelsinformation und die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, die bei ihren Spezialuntersuchungen häufig auf das vom Statistischen Bundesamt bereitgestellte Datenmaterial zurückgreifen. Mit Eurostat findet eine enge Kooperation im Bereich der AKP²⁰⁾-Staaten sowie der Länder Mittel- und Osteuropas statt.

²⁰⁾ Geltungsbereich des Abkommens von Lomé für die mit den Europäischen Gemeinschaften assoziierten Entwicklungsländer in Afrika, der Karibik und im Pazifik.

5.4 Informationsverbreitung

Amtliche Statistik versteht sich heute als Informationsdienstleistung für alle.

Da der Gesetzgeber der Bevölkerung und der Wirtschaft vielfältige Auskunft- und Berichtspflichten auferlegt, sind umfassende Unterrichtung und sachliche Aufklärung unerlässlich. Von den statistischen Ämtern darf nicht nur erwartet werden, daß sie – sozusagen als Gegenleistung für die Bereitstellung von Daten – die Ergebnisse von Erhebungen möglichst nutzergerecht zur Verfügung stellen, sondern auch, daß sie Inhalt, Bedeutung und Notwendigkeit ihrer Arbeit allgemein verständlich und überzeugend darlegen.

Die Pflicht zur detaillierten Unterrichtung der Auskunftgebenden, u. a. über Zweck, Art und Umfang der Erhebungen, ist durch das Bundesstatistikgesetz von 1987 ausdrücklich festgelegt.²¹⁾ Diese Informationen, die den Auskunftgebenden aller Erhebungen zur Verfügung gestellt werden, sollen dazu beitragen, eventuelle Vorbehalte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Ausfüllen von Fragebogen abzubauen und Zweifel an der Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit oder gar Rechtmäßigkeit statistischer Erhebungen zu beseitigen. Außerdem erfordert das geschärfte Bewußtsein der Bevölkerung für den Datenschutz, die traditionell strenge Handhabung der Geheimhaltung statistischer Einzelangaben, insbesondere die verankerten wirksamen Sicherungen, zu verdeutlichen.

Auch die Pflicht zur Veröffentlichung statistischer Ergebnisse wird im Bundesstatistikgesetz ausdrücklich erwähnt. Danach hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der Bundesstatistiken, Statistiken anderer Staaten, der Europäischen Union und internationaler Organisationen sowie Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und sonstige Gesamtsysteme statistischer Daten zusammenzustellen und für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen.²²⁾

Die amtliche Statistik sieht die Veröffentlichung statistischer Ergebnisse jedoch bei weitem nicht nur als die Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht. Denn die wohl überzeugendste Methode, eine positive Einstellung der Öffentlichkeit zur amtlichen Statistik zu erreichen, besteht in der nutzerorientierten Darbietung der Ergebnisse (siehe Kapitel 9). Statistische Befragungen dürften um so weniger als unangenehme Belastung empfunden werden, je mehr die Auskunftgebenden entweder selbst Nutznießer der Ergebnisse sind oder zumindest über wichtige Verwendungsmöglichkeiten der Daten informiert sind.

Gleichzeitig kann die amtliche Statistik durch die Offenlegung ihrer Arbeitsergebnisse und Methoden der Angst vor Datenmißbrauch entgegentreten. Die Darstellung statistischer Ergebnisse in Form von aggregierten Daten zeigt, daß Rückschlüsse auf einzelne oder gar deren Identifizierung nicht möglich sind. Gläserne Menschen oder Unternehmen werden von der amtlichen Statistik nicht produziert.

Durch eine breite Palette von in regelmäßigen oder unregelmäßigen Abständen erscheinenden Publikationen stellt die Bundesstatistik ihre Ergebnisse einem breiten Nutzerkreis zur Verfügung (siehe Abschnitt 7.3, insbesondere aber Kapitel 9).

²¹⁾ Siehe § 17 BStatG vom 22. Januar 1987; siehe auch Kapitel 3.

²²⁾ Siehe § 3 Abs. 1 Nr. 1c, Nr. 7 und Nr. 8 BStatG vom 22. Januar 1987.

Der traditionelle Bereich der gedruckten Veröffentlichungen bietet zur Zeit rund 770 Titel mit 1 500 Ausgaben in unterschiedlicher Erscheinungsfolge, die über einen privaten Verlag bzw. den Buchhandel vertrieben werden. Ergänzt werden diese durch Faltblätter und Kurzbroschüren zu den unterschiedlichsten Themengebieten.

Die ständig wachsenden Möglichkeiten, die sich aus der Entwicklung moderner elektronischer Kommunikations- und Informationstechniken ergeben, werden auch von den statistischen Ämtern genutzt, um Informationen auf eine Art und Weise anzubieten, die auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der einzelnen Nutzergruppen eingeht. Das elektronische Medienangebot reicht von Möglichkeiten für Datenbankabfragen über das Statistische Informationssystem des Bundes STATIS-BUND und dem Abruf von Zeitreihen im Mailbox-Verfahren (BASIS-BUND) bis zur Bereitstellung statistischer Informationen auf Disketten, CD-ROM, im Internet und in T-Online (Btx).

Bei der Verbreitung der statistischen Informationen an die breite Öffentlichkeit fällt den Pressediensten eine zentrale Rolle zu. Durch täglich aktuelle Pressemitteilungen – seit 1996 auch in deutscher und englischer Version im Internet (<http://www.statistik-bund.de>) – informiert das Statistische Bundesamt über die neuesten statistischen Ergebnisse. Durch die Medien kann die Arbeit der amtlichen Statistik damit der Öffentlichkeit wirkungsvoll vorgestellt und zugänglich gemacht werden. Neben der laufenden Presseinformation wird mit wachsendem Erfolg angestrebt, Journalistinnen und Journalisten zur Berichterstattung über Amtsaufgaben und -probleme, über Neuerungen und Besonderheiten des Arbeitsprogramms, Gewährleistung der Geheimhaltung und des Datenschutzes, Fragen der internationalen Zusammenarbeit in der Statistik usw. zu gewinnen. Anstöße hierfür bieten insbesondere Pressekonferenzen, auf denen neue Statistikergebnisse (z. B. Jahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung), methodische Änderungen (z. B. Umstellung des Warenkorbes in der Preisstatistik) oder wichtige Veröffentlichungen (z. B. das „Statistische Jahrbuch“) vorgestellt werden, aber auch wissenschaftliche Kolloquien und Fachtagungen des Statistischen Bundesamtes, zu denen regelmäßig die Fachpresse eingeladen wird. Zahlreiche Interviews und die Bereitstellung und Verteilung von Hintergrundmaterial tragen ebenfalls entscheidend zur Pflege des guten Verhältnisses zu den Medien bei.

Der direkte Kontakt mit an statistischen Informationen interessierten Bürgerinnen und Bürgern ist ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt, die Öffentlichkeit mit der amtlichen Statistik vertraut zu machen. Das Statistische Bundesamt unterhält deshalb einen Auskunfts- und Besucherdienst, der allen Interessierten offen steht. Jeder kann telefonisch oder schriftlich Auskünfte einholen oder sich direkt im Statistischen Bundesamt informieren. Das Statistische Bundesamt präsentiert sich auch mit einem eigenen Stand auf großen Messen und Ausstellungen, um sein Informationsangebot sowohl Fachleuten als auch einem breiten Publikum vorzuführen und im direkten Dialog mit den Nutzerinnen und Nutzern seinen Servicecharakter deutlich zu machen, aber auch Anregungen für eine zielgruppengerechte Gestaltung seiner Veröffentlichungen zu erhalten. Für Interessierte hält das Amt Broschüren, Faltblätter und Kurzinformationen mit Informationen über die Tätigkeit des Statistischen Bundesamtes und Ergebnissen der Bundesstatistik bereit.

Neue und wichtige Entwicklungen auf dem Gebiet der Statistik beleuchtet das Statistische Bundesamt regelmäßig auch in Beiträgen, die zu Veröffentlichungen anderer Stellen, wie zum Beispiel von Ministerien, Verbänden, Kammern und sonstigen Institutionen, beige­steuert werden. Wissenschaftliche Fachzeitschriften, wie zum Beispiel das „Allgemeine Statistische Archiv“ der Deutschen Statistischen Gesellschaft, geben ebenfalls Raum zur Berichterstattung. Auch die Herausgeber von zahlreichen Handbüchern, Sammelwerken und Fachzeitschriften sind an Darstellungen der statistischen Arbeit oder ausgewählter Probleme interessiert. Vorträge bzw. Diskussionsbeiträge von Amtsangehörigen vor wissenschaftlichen Gremien und gesellschaftlichen bzw. wirtschaftlichen Vereinigungen aller Art sind für die Verbreitung und Vertiefung des Wissens über die amtliche Statistik gleichfalls von großer Bedeutung.

Die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit des Statistischen Bundesamtes wird ergänzt durch spezielle Informations- und Werbemaßnahmen, die auf die Besonderheiten einzelner statistischer Erhebungen abgestellt sind. Bei Statistiken, die laufend durchgeführt werden, ist es vor allem Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit, bei den Befragten die Bereitschaft zur fristgerechten, vollständigen und wahrheitsgemäßen Abgabe der Meldungen wachzuhalten. Das gilt insbesondere bei der erstmaligen Heranziehung oder dem Wechsel von Befragten im Rahmen von Stichprobenerhebungen. Hier muß nachvollziehbar dargelegt werden, warum die einen auskunftspflichtig sind, andere hingegen nicht.

Ein spezielles Problem der Öffentlichkeitsarbeit ist die Gewinnung von Auskunftswilligen für Statistiken, die auf freiwilliger Basis durchgeführt werden. Bei Unternehmensbefragungen, wie zum Beispiel den freiwilligen Kostenstrukturerhebungen, tritt das Statistische Bundesamt hauptsächlich an die Verbände heran, die durch entsprechende Aufforderungen an ihre Mitgliedsfirmen die Beteiligung wesentlich fördern können. Bei Haushaltsbefragungen, wie zum Beispiel den Einkommens- und Verbrauchsstichproben, haben sich gezielte Werbeaktionen der statistischen Ämter bei der Bevölkerung bewährt. Auch hier ist die Unterstützung durch die Presse notwendig und hilfreich.

Noch bedeutsamer ist die Öffentlichkeitsarbeit bei der Vorbereitung von größeren Zählungen, wie zum Beispiel Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählungen, Wohnungszählungen, oder bei Bereichszählungen, wie zum Beispiel Handels- und Gaststättenzählungen oder Landwirtschaftszählungen. Bei diesen Bestandsaufnahmen in längerfristigen Abständen kommt es darauf an, die Befragten umfassend über das Vorhaben zu informieren und sie zur Mitarbeit zu gewinnen. Im Mittelpunkt solcher Maßnahmen stehen die Information über das Frageprogramm sowie die Auseinandersetzung mit den Vorbehalten hinsichtlich der Notwendigkeit, des Datenschutzes sowie der Methode der Erhebung.

6 Programm der Bundesstatistik

6.1 Bevölkerungs- und Erwerbstätigkeitsstatistiken

Das System der *Bevölkerungsstatistiken* mit laufenden Statistiken der Bevölkerungsbewegung, Bevölkerungsfortschreibung und jährlichen Mikrozensuserhebungen basiert auf den in größeren Zeitabständen durchgeführten Volkszählungen. Die mit einer Arbeitsstättenzählung verbundene Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung von 1987 hat erstmals seit 1970 wieder die dringend benötigten Grunddaten über den Stand der Bevölkerung, ihre Zusammensetzung nach demographischen und sozialen Merkmalen und ihre regionale Verteilung erbracht. International zeichnet sich der Trend ab, für die künftige Durchführung solcher Erhebungen in stärkerem Maße Register des Einwohnermeldewesens zu nutzen, soweit diese den Qualitätsanforderungen der amtlichen Statistik entsprechen.

Der seit 1957 im früheren Bundesgebiet und seit 1991 auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost durchgeführte Mikrozensus stellt in jährlichem Turnus wichtige Entwicklungen der bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Situation dar. In vierjährlichem Abstand liefert er zusätzliche Erkenntnisse u. a. über berufliche Verhältnisse, gesundheitliche Verhältnisse und die Wohnsituation der Haushalte.

Zur laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes werden die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und Ehescheidungen), die Wanderungsstatistik (Zu- und Fortzüge) und in einigen Bundesländern auch die Einbürgerungsstatistik herangezogen. Außer einer laufenden Beobachtung der Veränderungen in der Bevölkerungszahl und -struktur sowie ihrer räumlichen Verteilung liefern sie auch Grundlagen für Tafelberechnungen (Sterbe- und Heiratstafeln) sowie für Bevölkerungsvorausschätzungen und entsprechende Modellrechnungen. Eine wichtige Ergänzung des bevölkerungsstatistischen Instrumentariums stellt die Ausländerstatistik nach dem Ausländerzentralregister dar.

Über gesellschafts- und sozialpolitische sowie ökonomische Aspekte der *Erwerbstätigkeit* informiert ein dualistisch aufgebautes System von Statistiken, das auf der Befragung von Personen und der Erfassung der Beschäftigten über die Betriebe basiert. Als Bindeglied zwischen beiden Ansätzen fungiert die Beschäftigtenstatistik, in der die aus dem integrierten Meldeverfahren zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – das sind mehr als vier Fünftel aller Erwerbstätigen – anfallenden Daten ausgewertet werden. Ihre besondere Bedeutung für die Beobachtung des Arbeitsmarktes liegt in der Möglichkeit, die Beschäftigungssituation dieses Personenkreises während des gesamten Jahres zu verfolgen, da die Ergebnisse in tiefer wirtschaftlicher Gliederung mit vierteljährlicher Periodizität nachgewiesen werden. Seit Ende der siebziger Jahre stehen neben den demographischen, versicherungsbezogenen und wirtschaftlichen Merkmalen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zusätzlich jährliche Angaben über Entgelte und Beschäftigungsdauer zur Verfügung.

Umfassende Angaben über die Erwerbstätigkeit und ihre langfristigen Veränderungen werden aus der mit der Volkszählung 1987 verbundenen Berufszählung bereitgestellt, die als einzige Erhebung alle *Erwerbspersonen* (Erwerbstätige und Erwerbslose) in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung an ihrem Wohnort nachweist, ergänzt um Angaben zur Untersuchung der Sozialstruktur. Demgegenüber werden in der gleichzeitig durchgeführten Arbeitsstättenzählung, die sich als Rahmenczählung auf alle Wirtschaftsbereiche (mit Ausnahme der Landwirtschaft) erstreckt, die *Beschäftigungsfälle* (d. h. Erwerbstätige mit mehr als einem Arbeitsverhältnis werden mehrfach gezählt) ebenfalls in tiefer fachlicher und regionaler Untergliederung am Arbeitsort erfaßt.

Einblicke in die *Beschäftigungssituation* in einzelnen *Wirtschaftsbereichen* vermitteln die kurzfristigen Bereichsstatistiken, die monatlich oder vierteljährlich – überwiegend auf Stichprobenbasis und zum Teil mit Abschneidegrenzen, die kleinere Unternehmen bzw. Betriebe unberücksichtigt lassen – Informationen über Beschäftigte in den jeweils erfaßten Wirtschaftszweigen bereitstellen, sowie die in größeren Zeitabständen durchgeführten Bereichszählungen, zum Beispiel Handwerks-, Handels- und Gaststätten- oder Landwirtschaftszählungen.

In jährlichen Abständen werden Angaben über die *Erwerbstätigkeit*, unter Einschluß der Selbständigen, mithelfender Familienangehöriger, der Beamtinnen und Beamten und der nicht sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Angaben zur *Erwerbslosigkeit* aus dem Mikrozensus bereitgestellt. Das vielseitige Frageprogramm umfaßt u. a. Angaben zum Beruf, Merkmale der Aus- und Fortbildung, Fragen des Betriebs- und Berufswechsels sowie der Arbeitszeitgestaltung. Wesentliche Hinweise zu den sozialen Aspekten der Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit liefert die Darstellung der Mikrozensusergebnisse im Haushalts- und Familienzusammenhang. Die jährliche Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte der Europäischen Union wird gemeinsam mit dem Mikrozensus durchgeführt. Für den öffentlichen Dienst sind aus den Personalstandstatistiken detaillierte Angaben verfügbar.

Beschäftigtenstatistik, Bereichsstatistiken und Mikrozensus bilden – neben anderen erwerbsstatistischen Datenquellen – die Grundlage für das „integrierte Konzept der Berechnung von Erwerbstätigenzahlen“. Nach den Vorgaben dieses Konzeptes werden ausgehend von den Ergebnissen der Volks- und Arbeitsstättenzählungen Durchschnittsberechnungen zur monatlichen, vierteljährlichen und jährlichen Erwerbstätigkeit durchgeführt. Die Durchschnittsberechnungen zur Erwerbstätigkeit für die neuen Länder und Berlin-Ost erfolgen, zumal hier eine Volks- und Arbeitsstättenzählung als Ausgangsbasis nicht zur Verfügung steht, nach einem gegenüber dem früheren Bundesgebiet geringfügig modifizierten Verfahren.

Sowohl für das frühere Bundesgebiet als auch für die neuen Länder und Berlin-Ost werden die Berechnungen zur Erwerbstätigkeit fachlich differenziert nach Wirtschaftszweigen und Stellung im Beruf durchgeführt. Dabei werden die Erwerbstätigen, ausgehend von den jeweiligen Verwendungszwecken, nach drei grundlegenden Konzepten – dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, dem Konzept der Arbeitsmarktbeobachtung und dem Konzept der Regionalbetrachtung – ab-

gegrenzt. Die nach dem Konzept der Arbeitsmarktbeobachtung abgegrenzten Erwerbstätigenzahlen werden vor allem für die Untersuchung der Zusammenhänge von Bevölkerung und Arbeitskräfteangebot benötigt. Daher wird hier eine Darstellung der Erwerbstätigen am Wohnort (Inländerkonzept) gewählt. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind je nach Verwendungszweck (z. B. Ermittlung von Produktivitäts- oder Pro-Kopf-Einkommensangaben) sowohl wohnort- als auch arbeitsortbezogene Angaben (Inlandskonzept) von Bedeutung. Bei der regionalen Arbeitsmarktbetrachtung erfolgt schließlich zusätzlich eine Differenzierung der globalen arbeitsortbezogenen Erwerbstätigenzahlen nach Bundesländern und Kreisen.

Die Geschäftsstatistiken der Arbeitsverwaltung (Statistik der Arbeitslosen, Arbeitsvermittlungen, Kurzarbeiter und offenen Stellen) vervollständigen das Datenangebot zur Arbeitsmarktberichterstattung.

6.2 Statistiken über die Wirtschaft und ihre Bereiche

Besonders weitgehend wird dem Systemgedanken im Bereich der *Wirtschaftsstatistiken* Rechnung getragen. So gibt es bereits seit langem zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmte Systeme laufender und mehrjähriger Erhebungen in der Landwirtschaft, im Produzierenden Gewerbe, im Handel, Gastgewerbe und bei den Reiseverkehrsstatistiken. Bestrebungen, das Datenangebot über den Dienstleistungsbereich zu verbessern, sind im Gange. Den großen Rahmen für die Ausgestaltung des Programms der einzelnen Erhebungen und die Abstimmung der verschiedenen Statistiken untereinander liefern dabei die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (siehe hierzu Abschnitt 5.2).

Das Informationsschwergewicht liegt im allgemeinen bei den jährlichen und mehrjährigen Erhebungen, die als Quelle für wichtige Strukturzahlen u. a. Material zur Ermittlung der Produktionswerte und wichtiger Wertschöpfungsgrößen, der Zusammensetzung der Wareneingänge und des Handelssortiments sowie zur Feststellung weiterer unentbehrlicher Daten über die Unternehmens- und Betriebsstruktur bereitstellen. Sie werden ergänzt durch monatliche und/oder vierteljährliche Erhebungen, die insbesondere der laufenden Konjunkturbeobachtung dienen. Als wichtige Konjunkturindikatoren sind u. a. Angaben über Beschäftigung, Umsätze, Bruttolohn- und -gehaltsummen sowie Produktions- und Preisindizes, für Teilbereiche auch Auftragseingänge und -bestände, verfügbar. Als Gesamtdarstellungen der wirtschaftlichen Verhältnisse in tiefer regionaler und fachlicher Gliederung und als Hochrechnungsrahmen und Auswahlgrundlage für die verschiedenen Teil- und Repräsentativhebungen sind in größeren Zeitabständen Bereichszählungen unverzichtbar. Als Rahmencählung liefert schließlich die Arbeitsstättenzählung eine umfassende Bestandsaufnahme der gesamten Wirtschaft mit Ausnahme der Landwirtschaft. So hat die Arbeitsstättenzählung 1987 im früheren Bundesgebiet einen Überblick über Zahl und Größe der Arbeitsstätten und Unternehmen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung, und zwar auch in solchen Bereichen, für die keine laufenden Statistiken verfügbar sind, erbracht. Als Beispiele für weitere bereichsübergreifende Erhebungen sind ferner die Umsatzsteuerstatistiken, die Einheitswertstatistiken, die Kosten-

strukturstatistiken und die Statistiken der Kapitalgesellschaften sowie die Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren zu erwähnen.

Innerhalb der verschiedenen Tatbestandskomplexe in den Wirtschaftsstatistiken werden die umfassendsten Angaben über die Produktionsvorgänge und -ergebnisse bereitgestellt, mit Schwergewicht auf den Daten über Produktion und Umsätze. Erheblich verbessert werden konnte in den vergangenen Jahren der Nachweis von Input-Daten (Material- und Wareneingänge und -verbrauch sowie sonstige Vorleistungen), der bisher hinter der Erfassung der Output-Daten zurückstand. Die statistische Durchleuchtung der Produktionsgrundlagen weist demgegenüber noch immer Lücken auf. Hinsichtlich der Institutionen konnte zwar der Nachweis von Angaben über Unternehmen verbessert werden; angesichts der weitreichenden Konzentrationsvorgänge in der Wirtschaft fehlen aber noch Angaben über Unternehmenszusammenschlüsse. Das Material über den Produktionsfaktor Arbeit ist insbesondere hinsichtlich der geleisteten Arbeitszeit bzw. des Arbeitsvolumens ergänzungsbedürftig. Für den Produktionsfaktor Kapital liegen Angaben über Investitionen in verschiedenen Teilbereichen vor. Daten über Unternehmens- und Betriebsergebnisse, die Ausstattung mit Sachkapital, die Vermögens- und Kapitalstruktur und über Finanzierungsvorgänge und dergleichen liegen nur für Teilbereiche der Wirtschaft vor.

Im folgenden wird ein Überblick über die Grundlinien der Weiterentwicklung der Statistiken in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sowie solcher Statistiken gegeben, die sich über größere Teile der Wirtschaft erstrecken, wie die Außenhandelsstatistik oder die Preisstatistik.

Im Bereich der *Landwirtschaft* werden im Rahmen der Agrarberichterstattung die bei der Bodennutzungserhebung, der allgemeinen Viehzählung und der Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft erhobenen Angaben betriebsweise zusammengeführt und um Merkmale der sozialökonomischen Gliederung und Buchführung der Betriebe, der Besitzverhältnisse und der Erwerbs- und Unterhaltsquellen u. a. ergänzt. Das Agrarstatistikgesetz bindet die Landwirtschaftszählungen in dieses Rahmenkonzept ein. Ergänzt werden diese Betriebsstatistiken durch ein abgestimmtes System landwirtschaftlicher Erzeugungs- und Bestandsstatistiken.

Die Flächenerhebung – als selbständiger Teil der Bodennutzungserhebung – wird beginnend 1981 vierjährlich durchgeführt. Neben der Erfassung der tatsächlichen Bodennutzung (Auswertung des Liegenschaftskatasters) wird seit 1989 auch die geplante Nutzung (Auswertung der Flächennutzungspläne der Gemeinden) erfaßt. Die Flächenerhebung 1993 lieferte erstmals Daten zur tatsächlichen Bodennutzung im vereinten Deutschland.

Um dem ständig wachsenden Bedarf an aktuellen bodenbezogenen Daten in kleinräumlicher Gliederung gerecht zu werden, hat das Statistische Bundesamt im Rahmen des Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzwerkes (Environmental Information and Observation Network – EIONET) einen geographischen Datenbestand über die Bodennutzung/-bedeckung (Land cover) im Maßstab 1 : 100 000 aufgebaut. Die Erhebung der Daten basierte auf der visuellen Auswertung von Satellitenbildern. Die Darstellung der erhobenen Daten erfolgt im

Rahmen des Statistischen Informationssystems zur Bodennutzung (STABIS). Gegenwärtig wird an einem Konzept für die regelmäßige Aktualisierung des Datenbestandes gearbeitet.

Das System der Statistik im *Produzierenden Gewerbe* – seit dem 1. Januar 1991 sind auch die neuen Bundesländer vollständig darin einbezogen – hat seit seiner Reform im Jahr 1975 zu einer Abstimmung und Vereinheitlichung verschiedenster Erhebungen u. a. in bezug auf Inhalt, Berichtskreis und Periodizität geführt. Für keinen anderen Wirtschaftssektor gibt es derzeit ein entsprechend ausgebautes und differenziertes System von Statistiken. Maßgeblichen Anteil hieran hat das für diesen Bereich existierende Unternehmens- und Betriebsregister, das aus der Kartei im Produzierenden Gewerbe hervorgegangene Unternehmensregister – System 95, das Grundlage für die Vorbereitung, Durchführung, Aufbereitung und Auswertung von Statistiken bildet und darüber hinaus vielfältige Möglichkeiten zu eigenständigen Untersuchungen bietet. Im Hinblick auf die Entlastung der Wirtschaft konnte auf einige Erhebungen verzichtet werden. So werden seit 1980 Angaben über fachliche Unternehmensteile nicht originär erhoben, sondern im Rahmen eines Zusammenführungs- und Schätzverfahrens erzeugt. Ähnlich wird beim Zensus verfahren, wo man seit 1985 auf die Durchführung als eigenständige Erhebung verzichtet.

Wichtige neue Anforderungen werden im Zuge der fortschreitenden europäischen Integration an die Statistik gestellt. Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes Ende 1992 und die im Maastricht-Vertrag zur Europäischen Union vorgesehene Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion machen insbesondere auch auf dem Gebiet der Wirtschaftsstatistik eine Harmonisierung notwendig; sie haben darüber hinaus einen zusätzlichen Datenbedarf gebracht. Nachdem inzwischen bereits die Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen, die statistischen Einheiten, die Unternehmensregister, die Produktionserhebungen und die Strukturserhebungen durch Verordnungen der EG vereinheitlicht wurden, ist derzeit auch eine Verordnung zur Regelung der Konjunkturindikatoren in Vorbereitung.

Für die Strukturserhebungen bringt die neue Verordnung den Wegfall der bisherigen Abschneidegrenze bei 20 Beschäftigten; künftig müssen die Ergebnisse für alle statistische Einheiten, also auch für die kleinen Unternehmen, repräsentativ sein: Bei der Investitionserhebung sollen künftig nicht nur Investitionen in Sachanlagen, sondern auch in Finanzanlagen und in immaterielle Vermögensgegenstände erfaßt werden; bei der Kostenstrukturserhebung neben den Komponenten des betrieblichen Ergebnisses auch die des finanziellen und des außerordentlichen Ergebnisses. Dabei soll die Erhebbarkeit von Angaben über die finanziellen Aktivitäten der Unternehmen allerdings noch in Pilotstudien geprüft werden. Erstes Berichtsjahr nach der neuen Verordnung ist 1995, wobei jedoch Übergangsfristen von bis zu vier Jahren bei der Umsetzung in Anspruch genommen werden können.

Nachdem die Reform der *Bautätigkeitsstatistik* 1982 abgeschlossen wurde, ist eine umfassende Auswertung und die Führung langer Reihen auf der Grundlage des umfangreichen Erhebungsprogramms gewährleistet worden. Insbesondere als monatliche Konjunkturindikatoren sind die Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik von großer Bedeutung. Die vor sich gehende Vereinfachung baurechtlicher Bestimmungen er-

forderten eine erneute Überarbeitung des Profils der Bautätigkeitsstatistik. Dabei sind auf Grundlage einer Statistikänderungsverordnung ab 1997 Einsparungen im Erhebungsprogramm ermöglicht worden bei gleichzeitiger Wahrung der Kontinuität der Datenbereitstellung für wichtige Erhebungsmerkmale. In den neuen Ländern wurde die Bautätigkeitsstatistik ab Januar 1991 eingeführt. Sowohl die Erhebungsunterlagen als auch insbesondere die neuen Berichtswege beinhalten dabei erhebliche Unterschiede gegenüber Statistiken zum Hochbau in der ehemaligen DDR. Im Jahr 1991 gab es deshalb Anlaufschwierigkeiten. Überlegungen, die bei der Gebäude- und Wohnungszählung von 1987 gewonnenen Basisdaten über die Struktur des Wohnungsbestandes, die Wohnungsversorgung und die Wohnungsmärkte zu vertiefen, sind 1993 mit der bundesweiten Durchführung der 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe (Stichtag: 30. September 1993) umgesetzt worden.

In den neuen Ländern wurde im Jahr 1995 eine Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt, um den dringenden Datenbedarf für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft zu erfüllen.

Auch Handwerkszählungen und darauf aufbauende kurzfristige Erhebungen werden in Zukunft ein in sich konsistentes System bilden. Dies sieht das Gesetz über Statistiken im *Handwerk* vom März 1994 vor, mit dem zugleich – erstmals wieder seit 1977 – für 1995 eine neue Handwerkszählung angeordnet wurde. Neben einem Gesamtüberblick über den Bestand an Handwerksunternehmen in tiefer systematischer und regionaler Untergliederung – als Basis für die nachfolgenden vierteljährlichen Stichprobenerhebungen – zeigte die Zählung auch die langfristige strukturelle und organisatorische Entwicklung im Handwerk auf.

Im *Handel und Gastgewerbe* konnten aus der Handels- und Gaststättenzählung 1993 wieder tiefgegliederte Strukturdaten für den gesamten Bereich und eine neue Auswahlgrundlage für die Stichprobenerhebungen der Teilbereiche bereitgestellt werden. Das Anschriftenmaterial der Zählung wurde für den Aufbau eines Unternehmensregisters im Handel und Gastgewerbe genutzt. Die künftige Ausgestaltung des statistischen Berichtssystems im Handel und Gastgewerbe wird maßgeblich durch die Verordnung des Rates über die strukturelle Unternehmensstatistik bestimmt werden, mit der die Unternehmensstatistiken in den Mitgliedstaaten harmonisiert wurden.

Für den Bereich des *Tourismus* ist nach wie vor die Beherbergungsstatistik die wichtigste amtliche Datenquelle. Dabei kommt der monatlichen Erhebung von Ankünften und Übernachtungen im Beherbergungsgewerbe vor allem die Funktion eines konjunkturellen Indikators für das Fremdenverkehrsgewerbe zu, während die im sechsjährlichen Turnus durchgeführte Kapazitätserhebung die quantitative und qualitative Struktur des Angebots im Beherbergungsbereich widerspiegelt. Diese Erhebung wurde zuletzt im Jahr 1993 durchgeführt und schloß erstmalig die neuen Bundesländer mit ein. Der Wegfall der Zusatzerhebung über Urlaubs- und Erholungsreisen im Rahmen des Mikrozensus im Jahr 1990 hat in das System der amtlichen Tourismusstatistik eine erhebliche Lücke gerissen. Es fehlte seitdem eine Statistik, die über das Reiseverhalten der Bevölkerung informiert. Die Richtlinie 95/57 EG des Rates über die Erhebung statistischer Daten im Bereich des Touris-

mus – verabschiedet am 23. November 1995 – verpflichtet nunmehr die Mitgliedstaaten, Ergebnisse über das Beherbergungsangebot und seine Nutzung sowie die Nachfrage im Tourismus bereitzustellen. Der Merkmalskatalog der Richtlinie, der die Angebotsseite betrifft, deckt sich weitgehend mit den Daten, die in Deutschland bereits im Rahmen der monatlichen Beherbergungsstatistik erhoben werden. Die geforderten Daten zur Nachfrage im Tourismus werden dagegen aus nicht amtlichen Quellen beschafft werden müssen.

Hand in Hand damit gehen die Bemühungen, ein umfassendes und harmonisiertes System aktueller Informationen über *Dienstleistungen* zu erarbeiten, die seit einigen Jahren wegen ihrer wachsenden Bedeutung für den Arbeitsmarkt und ihrer Schlüsselrolle für die internationale Wettbewerbsfähigkeit in den Vordergrund des Interesses gerückt sind. Geplant ist als erstes eine repräsentative Jahreserhebung über die neuen unternehmensbezogenen Dienstleistungen, wie zum Beispiel Datenverarbeitung, Softwareentwicklung, Leasing, Unternehmensberatung usw. In die Kostenstrukturerhebungen wurden über die seit längerem erfaßten Bereiche (Handel, Handwerk, Handelsvertreter und Handelsmakler, Einzelhandel und Gastgewerbe, Verkehrsgewerbe u. a.) hinaus 1990 erstmals Unternehmen von Designern sowie Praxen von Psychologen einbezogen.

Der überwiegende Teil der *Verkehrsstatistiken* befindet sich in einer tiefgreifenden und langwierigen Umbruchphase, ausgelöst durch die Aufhebung von Kontrollen und Zollformalitäten an den deutschen Grenzen zu Nachbarländern der Europäischen Union zum Jahreswechsel 1992/93. Bisherige Erhebungskonzepte mußten aufgegeben und konnten nur teilweise durch andere Verfahren der Datengewinnung ersetzt werden. Betroffen hiervon waren in erster Linie Verkehrsleistungsstatistiken der Straße und der Binnenschifffahrt. Weitere Änderungen, vor allem Ausweitungen der Erhebungsprogramme, ergeben sich aus erweiterten verkehrspolitischen Kompetenzen der Europäischen Kommission. Ende 1995 ist eine europäische Rechtsgrundlage für eine Statistik des Güter- und Personenverkehrs über See in Kraft getreten. Sie wird zur Zeit in nationales Statistikrecht umgesetzt. Überlagert wurden und werden diese Entwicklungen durch politische Maßnahmen zur Deregulierung des Verkehrsmarktes wie die Aufhebung von Tarifen im Güterverkehr, die Abschaffung der Konzessionen im Straßengüterverkehr, die weitgehende Freigabe der Kabotage sowie die Neuordnung des Eisenbahnwesens, die ebenfalls Anpassungen von Statistikkonzepten erfordern. So mußte die bisherige Sekundärstatistik über den Straßengüterverkehr deutscher Lkw (Auswertung der für Tarifüberwachungszwecke vorzulegenden Frachtbriefe) in 1994 durch eine primärstatistische Erhebung, eine Fahr- und Beförderungsleistungs-Stichprobe, ersetzt werden. Eine der Eisenbahnstrukturreform angepaßte Statistik wird vorbereitet. Geändert wurde auch die Straßenverkehrsunfallstatistik. Durch Rückgriff auf Daten des Zentralen Fahrzeugregisters wird die Polizei von statistischen Arbeiten entlastet, außerdem werden Sachschadensunfälle nun deliktorientiert erfaßt.

Mit der Vollendung des Binnenmarktes und dem damit verbundenen Wegfall der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der Europäischen Union entfiel für den Warenverkehr mit Gemeinschaftswaren die bisherige Einbindung des Erhebungsverfahrens der *Außenhandelsstatistik* zwischen den Mitgliedstaaten der EU in die zoll-

und außenwirtschaftsrechtlichen Kontroll- und Anmeldeverfahren. Damit war eine Erfassung des innergemeinschaftlichen Warenverkehrs auf der Grundlage von Zollformularen nicht mehr möglich. Deshalb wurde ein neues Erhebungskonzept (INTRASTAT) entwickelt, in dessen Rahmen die auskunftspflichtigen Unternehmen nunmehr ihre statistischen Angaben direkt an das Statistische Bundesamt liefern.

Aus dem System der *Preisstatistiken* stehen für die wichtigsten Wirtschaftsbereiche bzw. -stufen fundierte und detaillierte Preisindizes zur Verfügung. Noch bestehende Lücken, zum Beispiel hinsichtlich der Preisindizes für den Güterverkehr oder den Dienstleistungssektor, lassen sich angesichts der begrenzten Kapazitäten der statistischen Ämter auf absehbare Zeit nicht schließen.

Neue Anforderungen an die methodische Weiterentwicklung der *Preisstatistiken* ergeben sich insbesondere aus den Harmonisierungsbestrebungen von Eurostat im Zuge der geplanten Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Im Vordergrund steht dabei die Entwicklung eines EU-weit harmonisierten Verbraucherpreisindex. Aber auch andere *Preisstatistiken* – mit Ausnahme der Agrarpreisstatistik, die bereits harmonisiert ist – sind in die Diskussion um einheitliche Methoden und Verfahren einbezogen. Bei der Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes wurden bereits beachtliche Fortschritte erzielt. Die mit Berichtsmonat Januar 1996 eingeführten, vorläufig harmonisierten Verbraucherpreisindizes – „Interimsindizes“ genannt – wurden inzwischen durch echt harmonisierte Verbraucherpreisindizes abgelöst, die zumindest in weiten Teilen nach einheitlichen Konzepten, Methoden und Verfahren berechnet werden. Die Harmonisierungsarbeiten sind damit allerdings noch nicht abgeschlossen; wichtige Methodenfragen, zum Beispiel die Einbeziehung der von den Eigentümern selbst genutzten Wohnungen, sind noch nicht geklärt. Die harmonisierten Indizes sind speziell für internationale Inflationsvergleiche konzipiert und können, zumindest bis auf weiteres, die nationalen Verbraucherpreisindizes nicht ersetzen. Das heißt die Preisindizes für die Lebenshaltung behalten auch künftig unverändert und ungeschmälert ihre Bedeutung für die verschiedenen Verwendungszwecke.

6.3 Statistiken des öffentlichen Bereichs, des Bildungs- und Gesundheitswesens

Die *Finanzstatistiken* ermöglichen auf der Grundlage abgestufter und sich ergänzender Berichtssysteme einen guten Einblick in die gesamte öffentliche Haushaltswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland (Ausgabe- und Einnahmeseite). Aufgrund des großen Gewichtes der öffentlichen Haushalte in der gesamten Volkswirtschaft (Verhältnis von Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt rund 50 %) sind die finanzstatistischen Daten eine außerordentlich wichtige Grundlage für zentrale Entscheidungen der Finanz-, Wirtschafts- und Geldpolitik, aber auch für alle verantwortlichen Stellen der Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie der inneren, äußeren und sozialen Sicherheit. Zugleich stellen sie regelmäßig und aktuell alle notwendigen Informationen zur Ermittlung des „Staatskontos“ im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bereit, die im Zuge der fortschreitenden europäischen Einigung auch immer stärker für Zwecke der internationalen Abstimmung zwischen

den Mitgliedstaaten benötigt werden. Im einzelnen erfassen die Finanzstatistiken die traditionellen Haushalte des Bundes und seiner großen Sondervermögen, der Länder, der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände sowie der gesetzlichen Sozialversicherung. Um bei der zunehmenden Flucht aus den traditionellen Budgets weiterhin ein umfassendes und in sich stimmiges Gesamtbild der öffentlichen Finanzwirtschaft darstellen zu können, muß die Finanzstatistik in zunehmendem Maße auch die Finanzdaten öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem kaufmännischem o. ä. Rechnungswesen erfassen und integrieren.

Im Mittelpunkt der finanzstatistischen Berichterstattung stehen die öffentlichen *Ausgaben* und die zu ihrer Finanzierung benötigten *Einnahmen*. Sie werden grundsätzlich synchron zur Entwicklung der Budgets von der Finanz- bzw. Haushaltsplanung über die vierteljährlichen Kassenabschlüsse bis zur endgültigen Rechnungslegung statistisch erfaßt, aufbereitet und ausgewertet. Einen Ausblick auf die voraussichtliche Haushaltsentwicklung im jeweils folgenden Jahr eröffnet die Haushaltsansatzstatistik bzw. mittelfristig in den nächsten fünf Jahren die – nur für Bund und Länder durchgeführte – Finanzplanungsstatistik. Der aktuellen kurzfristigen Beobachtung wichtiger Ausgabe- und Einnahmeposten dienen die monatliche und vierteljährliche Kassenstatistik. Das Kernstück der finanzstatistischen Berichterstattung bildet die jährliche Rechnungsstatistik mit ihren fachlich und regional tief gegliederten Angaben, die vielfältige Erkenntnisse über die Verwendung von öffentlichen Mitteln nach Arten und Aufgabenbereichen vermitteln. Das umfangreiche Material, das auch die Verflechtung der öffentlichen Haushalte untereinander erkennen läßt, gestattet flexible Auswertungen mit unterschiedlicher Themenstellung. Die Statistik über die Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die ein eigenes – meistens kaufmännisches – Rechnungswesen haben oder in rechtlich selbständiger Form geführt werden, sichert bei der zunehmenden Tendenz zur Ausgliederung von Aufgaben aus den traditionellen Kernhaushalten die Erstellung eines statistischen Gesamtbildes aller öffentlichen Finanzen auch in Zukunft. Sie gibt in der neugefaßten Form auch einen vollständigen Überblick über die Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand, die statistisch bisher nur in Fragmenten beleuchtet war.

Zur Gliederung der finanzstatistischen Ergebnisse werden verschiedene Klassifikationen verwendet. Die traditionelle Gruppierung nach haushaltsmäßigen Zusammenhängen wird durch finanz- und gesamtwirtschaftliche Nachweisungen ergänzt, die es erlauben, die öffentlichen Haushalte als Teil der gesamten Volkswirtschaft darzustellen und die Querverbindung zu den übrigen Sektoren herauszuarbeiten. Die funktional gegliederten Daten der Jahresrechnungsstatistiken geben darüber hinaus Aufschluß, in welchem Umfang den öffentlichen Haushalten für die verschiedenen kommunalen und staatlichen Aufgaben Aufwendungen entstehen, welche Haushalte letztendlich die finanziellen Belastungen zu tragen haben und welche Mittel im einzelnen (spezielle Leistungsentgelte, Zuweisungen und Zuschüsse, allgemeine Haushaltsmittel) zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt werden.

Ergänzend zur laufenden Beobachtung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen tritt die statistische Darstellung des Standes und der Entwicklung der öffentlichen

Schulden in der Gliederung nach Schuldenarten (Gläubiger direkter Darlehen, Formen der Wertpapierverschuldung), Laufzeiten und Fälligkeiten.

Um das verfügbare Datenmaterial für aktuelle Anforderungen noch besser zu erschließen, hat die Finanzstatistik ein System finanzwirtschaftlicher Kennzahlen entwickelt, das noch methodisch verfeinert und ausgebaut wird. Während Belastungs- (z. B. Zinsausgabenquote) und Deckungsquoten (z. B. Zins-Steuer-Quote) für Analysen und Vergleiche von Haushaltsstrukturen bereits generell Anwendung finden, ist die Entwicklung leistungsbezogener Ausgabenindikatoren zur Zeit noch auf wenige öffentliche Aufgabenfelder begrenzt (z. B. Ausgaben je Schülerin bzw. Schüler, Ausgaben je Studentin bzw. Student). Die zunehmende Knappheit öffentlicher Mittel wird jedoch künftig generell einen stärkeren Bezug zwischen Mittelaufwand einerseits und den erbrachten bzw. zu erbringenden Leistungen (Output) andererseits erfordern.

Die *Statistiken über das Personal im öffentlichen Dienst* haben die gleiche Rechtsgrundlage wie die Finanzstatistiken. Die gemeinsame Regelung der beiden Statistikbereiche geht auf den engen Zusammenhang der statistischen Erfassung des aktiven Personals und der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger mit den in der Finanzstatistik nachgewiesenen Personalausgaben zurück. Die Personalstatistiken umfassen deshalb den gleichen Berichtskreis wie die Finanzstatistiken. Die Ergebnisse der Personalstand- und Versorgungsempfängerstatistik dienen als Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamten-, Versorgungs- und öffentlichen Tarifrechts. Außerdem wird das statistische Grundlagenmaterial für Berechnungen über die zukünftige Entwicklung des Personalbedarfs sowie der Versorgungsberechtigten des beamten- und soldatenrechtlichen Alterssicherungssystems und die sich hieraus ergebenden finanziellen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte genutzt. Für die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Beschäftigten ergänzen die Angaben der Personalstandstatistik die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik.

Die für die vielfältigen öffentlichen Aufgaben des Bundes, der Länder und der Gemeinden erforderlichen Finanzmittel werden zu fast drei Viertel durch Steuereinnahmen (1995: 810 Mrd. DM) aufgebracht. Wie stark die Besteuerung des Einkommens, Vermögens, Umsatzes, Verbrauchs usw. in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der einzelnen Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen eingreift, verdeutlicht die Steuerbelastungsquote, das heißt der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt, die Mitte der neunziger Jahre bei etwa 25 % liegt. Wegen der mit diesem staatlichen Eingriff verbundenen weitgehenden Folgen wirtschaftlicher und sozialer Art müssen die für die Steuerpolitik verantwortlichen Stellen aufmerksam die Entwicklung der Belastungswirkungen der Steuern und die Entwicklung des Steueraufkommens verfolgen. Sie stützen sich dabei auf die Ergebnisse der *Steuerstatistiken*, die eine laufende Beobachtung der Steuerquellen und der daraus fließenden Erträge sowie der Steuerbemessungsgrundlagen erlauben.

Bei der Durchführung der Steuerstatistiken ist von besonderer Bedeutung, daß sie als sogenannte Sekundärstatistiken auf die steuerlichen Unterlagen der Finanzbehörden zurückgreifen. Der größte Teil der zu erfassenden Erhebungsmerkmale wird auf direkt maschinell verarbeitbaren Datenträgern aus Voranmeldungen, Veran-

lagungs- und Feststellungsbescheiden entnommen und dadurch kosten- und zeitsparend für die statistische Aufbereitung zur Verfügung gestellt. Somit können ohne zusätzliche Befragung der steuerpflichtigen Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen und unter Wahrung des Steuergeheimnisses einerseits für gesellschafts- und sozialpolitische Überlegungen wichtige, andererseits aber sensible Daten über Umsatz, Einkommen, Vermögen und Verbrauch gewonnen werden.

Im einzelnen werden in unterschiedlicher Periodizität folgende Steuerstatistiken als Bundesstatistiken durchgeführt: Die Statistik über den Steuerhaushalt zeigt auf der Grundlage der kassenmäßigen Steuereingänge ein zusammengefaßtes Bild des Aufkommens aus allen Steuerarten und ihrer Verteilung im Rahmen des Steuerverbundes; über das Kirchgeld-/Kirchensteueraufkommen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften liegen getrennte Angaben vor. Durch einen Realsteuervergleich werden einerseits Angaben über Istaufkommen, Grundbeträge und Hebesätze von Grund- und Gewerbesteuer bereitgestellt, andererseits ein Vergleich der gemeindlichen Steuerkraft unter Berücksichtigung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage ermöglicht.

Die Umsatzsteuerstatistik dient der Beobachtung der steuerbaren Umsätze, wie sie von den Unternehmen beim Umsatzsteuerverfahren vorangemeldet werden. Diese Statistik liefert mit ihren Angaben über die Entwicklung der Umsätze in allen Bereichen der Volkswirtschaft Informationen, die in dieser Vollständigkeit in keiner anderen Bundesstatistik enthalten sind. Dies gilt insbesondere für den Dienstleistungsbereich, für den es bisher keine gleichwertige andere statistische Quelle gibt. Große Bedeutung hat diese Statistik weiterhin für die Abführung von Haushaltsmitteln an die Europäische Union, die Berechnung der Bruttonationalprodukt-Eigenmittel der EU sowie für die Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Die Steuern vom Einkommen (Lohnsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer) treten mit ihren direkten Auswirkungen auf die Besteuernten stärker in das Bewußtsein der Steuerpflichtigen als die indirekten Steuern. Es ist daher erforderlich, gerade bei diesen Steuern ihre Auswirkungen auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Steuerpflichtigen fortlaufend zu beobachten, um ihre zeitgemäße Einordnung in das Steuersystem zu ermöglichen. An den Ergebnissen der Statistiken vom Einkommen sind daher neben der Steuerpolitik die Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die wirtschaftswissenschaftlichen Institute und nicht zuletzt die Verbände und Tarifpartner besonders interessiert. Außerdem werden im Rahmen der Aufbereitung der Lohn- und Einkommensteuerstatistik spezielle finanzpolitische Aufgaben in Verbindung mit dem vertikalen und horizontalen Finanzausgleich durchgeführt: Zum einen handelt es sich um die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Gemeindeanteile an der Lohn- und Einkommensteuer, zum anderen um die Berechnung der v. H.-Anteile zur Zerlegung der Lohnsteuer unter den Bundesländern. Ab 1995 sollen außerdem in Verbindung mit diesen Statistiken zusätzliche Unternehmensangaben zur Berechnung und Fortschreibung eines Schlüssels für die Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer erhoben und aufbereitet werden.

Die regelmäßig in Verbindung mit der Hauptveranlagung zur Vermögensteuer durchgeführte Vermögensteuerstatistik zeigt die Wirkungsweise des Vermögensteuer- und Bewertungsrechts und bildet somit die Grundlage für die Beurteilung von finanz- und steuerpolitischen Fragen auf diesem Gebiet des Steuerrechts. Darüber hinaus gibt sie wertvolle Aufschlüsse über die Vermögenskonzentration speziell für große Vermögen, worüber sonst keine statistischen Ergebnisse vorliegen.

Die Einheitswertstatistiken erfassen die Bewertungsergebnisse der Finanzämter, wie sie im Zuge der in unterschiedlichem Turnus durchgeführten Hauptfeststellungen für die betreffenden wirtschaftlichen Einheiten (Gewerbebetriebe, land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grundvermögen) ermittelt werden. Sie vermitteln einen umfassenden Einblick in die Bemessungsgrundlagen für die Veranlagung zur Vermögen-, Gewerbe- und Grundsteuer sowie zur Erbschaft- und Schenkungsteuer. Sie sind auch Grundlage für entsprechende Planungen auf diesem Gebiet des Steuerrechts und deren finanzielle Auswirkungen. Darüber hinaus liefern sie Informationen für Zwecke der Raumordnung und Landesplanung sowie Strukturdaten über die Vermögenswerte der Gewerbebetriebe, des Grundbesitzes und zur Beurteilung der Eigentumsverhältnisse. Neu- bzw. wieder aufgenommen wurden ab 1995 die Gewerbesteuerstatistik und ab 1997 die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik, um den dringenden Bedarf an Strukturdaten für künftige Reformen dieser Steuerarten abzudecken.

Ergänzt wird das steuerstatistische Programm durch Verbrauchsteuerstatistiken, aus denen sich für Mineralöl, Tabak, Bier, Branntwein und Schaumwein u. a. versteuerte Mengen (Verbrauch) und Steuerbeträge ablesen lassen.

Im Mittelpunkt der *Bildungsstatistiken* stehen die Nachweisungen über Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen. Die auf landesrechtlichen Regelungen beruhende jährliche Schulstatistik bietet umfassende, überregional vergleichbare und tiefgegliederte Daten über Schulen, Klassen, Schülerinnen und Schüler, Schulentlassene und Lehrerinnen und Lehrer. Sie werden für den jährlichen Berufsbildungsbericht der Bundesregierung, für Veröffentlichungen, Auswertungen und Analysen des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie sowie für zahlreiche weitere nationale und internationale Aufgaben benötigt.

Die Berufsbildungsstatistik erhebt jährlich den Stand der betrieblichen Berufsausbildung bei den nach dem Berufsbildungsgesetz für die Berufsausbildung zuständigen Stellen (z. B. den Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern). Es werden Angaben über Auszubildende, Teilnehmende an Prüfungen in der beruflichen Aus- und Fortbildung sowie über Ausbilderinnen und Ausbilder sowie Ausbildungsberaterinnen/-berater ermittelt. Die Ergebnisse zeigen für jeden der etwa 400 Ausbildungsberufe den Bestand an Auszubildenden am Jahresende sowie die im Jahresverlauf vorzeitig gelösten und neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Die Untergliederung der vorzeitigen Lösungen nach dem Zeitpunkt der Lösung und der Neuabschlüsse nach der schulischen Vorbildung und dem Alter der Auszubildenden bei Vertragsabschluß sowie ergänzende Angaben zum Prüfungserfolg liefern der Berufsbildungspolitik und -planung wichtige Informationen über die Rahmenbedingungen der Berufsausbildung. Die Daten über das Personal in der beruflichen

Bildung erlauben Aussagen über die fachliche und pädagogische Eignung der Ausbilder/Ausbilderinnen sowie das Alter und die Vorbildung der Ausbildungsberater/-beraterinnen.

Die Hochschulstatistik informiert ausführlich über die Studierenden, die abgelegten Prüfungen, die Habilitierten, das Hochschulpersonal, die Stellen, den Bestand an Räumen und die Hochschulfinanzen nach Hochschulen, Fachrichtungen sowie nach weiteren individuellen Merkmalen der erfaßten Personengruppen. Ferner liefert die Studenten- und Prüfungsstatistik auch einige studienverlaufsbezogene Daten, wie die Fachstudiendauer bzw. die Verweilzeit an den Hochschulen. Das System der Hochschulstatistiken basiert seit der Novelle des Hochschulstatistikgesetzes zum 1. Juni 1992 ausschließlich auf Verwaltungsmeldungen der Hochschulen und Prüfungsämter; eine direkte Befragung der Studierenden und Prüfungsteilnehmer bzw. des Hochschulpersonals findet nicht mehr statt.

Über die Leistungen für Studierende sowie Schülerinnen und Schüler nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz wird jährlich berichtet. Ab dem Berichtsjahr 1996 wurden außerdem die Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (sog. „Meister-BAföG“) ebenfalls jährlich nachgewiesen.

Einen umfassenden Überblick über den Bildungsstand der Bevölkerung und die Zusammenhänge zwischen Ausbildung und Erwerbstätigkeit lieferte zuletzt die Volkszählung 1987. In Zweijahresabständen (ab dem Berichtsjahr 1996: jährlich) werden außerdem Bildungsfragen im Rahmen des Mikrozensus gestellt, um die wichtigsten Zählungsdaten auf dem jeweils neuesten Stand zu halten. Lücken weist das bildungsstatistische Gesamtsystem im wesentlichen noch im Bereich der Weiterbildung auf, in dem es nicht nur an rechtlichen Regelungen, sondern auch an den organisatorischen Voraussetzungen für die Datenerfassung mangelt. Im Rahmen des FORCE-Programms der Europäischen Union wurden 1993/94 erstmals Unternehmen über die betriebliche Weiterbildung ihrer Beschäftigten befragt.

Mit der Veröffentlichung „Kultur in Deutschland – Zahlen und Fakten“ hat das Statistische Bundesamt 1994 erstmals eine umfassende Arbeit zur *Kulturstatistik* vorgelegt. Diese im Auftrag des Bundesministeriums des Innern erstellte Publikation enthält eine nach systematischen Gesichtspunkten gegliederte Sammlung von kommentierten Zahlen und Fakten für alle Kulturbereiche. Dafür wurde eine Fülle unterschiedlicher und zum Teil schwer zugänglicher Statistiken und Datensammlungen amtlicher, halbamtlicher und verbandsinterner Art ausgewertet.

Bei der *Rechtspflege* konzentriert sich das Interesse auf die Strafverfolgungsstatistik. Sie zeigt die Zahl der wegen Vergehen und Verbrechen Verurteilten nach Alter und Geschlecht, Art der Straftat, Höhe der Strafe und nach eventuellen Vorstrafen. In der Justizvollzugsstatistik werden u. a. die einsitzenden Personen nach demographischen und kriminologischen Merkmalen aufgeschlüsselt. Die Bewährungshilfestatistik informiert über verurteilte Straftäter, deren Strafen ganz oder teilweise zur Bewährung ausgesetzt und die für die Bewährungszeit einem Bewährungshelfer unterstellt wurden. Im Rahmen der Justizgeschäftsstatistik wird über die Tätigkeit der

Gerichte (Zivil- und Strafgerichte, Verwaltungs- und Finanzgerichte) sowie der Staatsanwaltschaften ausführlich berichtet.

Angesichts der zunehmenden Bedeutung gesundheitspolitischer Fragestellungen, sowohl unter dem Aspekt der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung als auch dem der Kostenentwicklung für medizinische Leistungen werden verstärkte Anstrengungen unternommen, das vorhandene statistische Instrumentarium auf dem Gebiet des *Gesundheitswesens* weiterzuentwickeln. Über wichtige Aspekte der gesundheitlichen Situation der Bevölkerung unterrichten die Statistiken über die Erkrankungen an übertragbaren Krankheiten, die Todesursachenstatistik, die Krankenhausdiagnosestatistik und die Statistik der Schwangerschaftsabbrüche. Informationen über die medizinische Versorgung der Bevölkerung liefert insbesondere die Krankenhausstatistik, die u. a. detaillierte Informationen über die Ausstattung, Leistungen und Kosten der Krankenhäuser bereitstellt. Die Statistik der Berufe des Gesundheitswesens berichtet über die ärztliche Versorgung; sie weist aber größere Erfassungslücken beim freiberuflichen nichtärztlichen Personal auf. Angaben über Erkrankte und Unfallverletzte, Vorsorgemaßnahmen und Krankheitsrisiken werden in vierjährigen (bis 1995 dreijährigen) Abständen auf freiwilliger Basis im Mikrozensus erhoben. Im Rahmen des Forschungsvorhabens „Aufbau einer Gesundheitsberichterstattung“ wird derzeit der gesamte Bereich der Gesundheitsstatistiken durchleuchtet und in seinen Aussagen neu auf die Bedürfnisse der Nutzerkreise zugeschnitten. Dabei werden auch bisher nicht abgedeckte Fragestellungen in die amtliche Statistik einbezogen.

Einen umfassenden und tiefgegliederten Überblick über die *Sozialleistungen* und ihre Finanzierung vermittelt das vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung erstellte Sozialbudget, das in enger Verbindung mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen steht. Das Zahlenwerk bietet sowohl Daten für zurückliegende Jahre als auch für einen mittelfristigen Vorausschätzungszeitraum. Weitere Informationen über Sozialleistungen liefern neben den Geschäftsstatistiken der Sozialleistungsträger die Statistiken der Sozialhilfe, der Leistungen für Asylbewerber, der Kriegsopferversorge und der Jugendhilfe sowie die Wohngeldstatistik. Diese Statistiken berichten über Leistungsempfänger sowie Ausgaben und Einnahmen der zuständigen Institutionen, die Statistik der Jugendhilfe außerdem in vierjährigen Abständen über Jugendhilfeeinrichtungen und das dort tätige Personal sowie über die Maßnahmen der Jugendarbeit und deren Teilnehmer. Ferner ist beabsichtigt, im nächsten Jahr Pflegestatistiken einzuführen. Sie sollen über die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, über deren sachliche und personelle Ausstattung sowie über deren sachliche und personelle Ausstattung sowie über die von den Einrichtungen betreuten Pflegebedürftigen berichten. Eine weitere Erhebung soll Informationen über die Empfänger von Pflegegeldleistungen liefern. Im Rahmen der Schwerbehindertenstatistik werden alle zwei Jahre Angaben über die Zahl und Struktur des betroffenen Personenkreises erhoben; zusätzlich können aus dem Mikrozensus in vierjährigen Abständen Angaben über die Zusammenhänge zwischen der Behinderung und anderen Merkmalen, wie zum Beispiel Familie, Versorgung oder Erwerbstätigkeit, bereitgestellt werden.

6.4 Einkommens-, Verbrauchs- und Vermögensstatistiken

Aufgabe der *Einkommensstatistiken* ist es, Informationen über die im Produktionsprozeß entstehenden Einkommen und ihre Verteilung auf die Produktionsfaktoren, die Umverteilung der Einkommen, insbesondere über den Staat, sowie über die Verteilung aller Einkommen der privaten Haushalte (Erwerbs-, Vermögens-, übertragene Einkommen) auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu liefern.

Relativ reichhaltiges Material steht über das Einkommen aus unselbständiger Arbeit zur Verfügung. Die Bruttolohn- und -gehaltsummen und sonstigen Personalkosten werden in den meisten Wirtschaftsbereichen monatlich, vierteljährlich oder jährlich erfaßt bzw. im Rahmen der Bereichszählungen ermittelt. Aktuelle Informationen über die Entwicklung der effektiven Verdienste (und der Arbeitszeiten) werden aus den laufenden Verdiensterhebungen im Produzierenden Gewerbe, im Handel, im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie in der Landwirtschaft bereitgestellt. Im Gegensatz zu dem hier angewandten Summenverfahren, nach dem nur Durchschnittsverdienste für Arbeitnehmergruppen sowie für die Arbeitnehmer insgesamt in den Wirtschaftsbereichen veröffentlicht werden, geht es bei den in größeren Zeitabständen durchzuführenden Sondererhebungen über Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten darum, den Einfluß bestimmter struktureller Faktoren auf die Höhe der Verdienste sowie die Verteilung der Arbeitnehmer nach Verdienstklassen (Schichtungen) aufzuzeigen. Solche Ergebnisse sind nur dann zu gewinnen, wenn man die Erhebungsmerkmale für jeden einzelnen Arbeitnehmer erfaßt (Individualverfahren). Mit der Novellierung des Gesetzes über die Lohnstatistik wurde für diese – zuletzt 1990 (früheres Bundesgebiet) bzw. im Mai 1992 (neue Länder und Berlin-Ost) durchgeführten – Gehalts- und Lohnstrukturhebungen ein fünfjähriger Turnus, beginnend mit dem Berichtsjahr 1990, festgeschrieben. Für 1995 wurde somit die erste gesamtdeutsche Gehalts- und Lohnstrukturhebung durchgeführt. Angaben über die Personalkosten je Arbeitnehmer und je geleisteter Arbeitsstunde der Unternehmen fallen aus den im vierjährigen Turnus durchgeführten Arbeitskostenerhebungen der EU an. Jährlich können schließlich – mit einem time-lag von etwa drei Jahren zum Berichtsjahr – aus der Beschäftigtenstatistik Angaben über die sozialversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgelte je Person und je Beschäftigungsfall nach demographischen, wirtschaftlichen und erwerbsstatistischen Merkmalen in regional tiefer Gliederung bereitgestellt werden.

Einen umfassenden Nachweis der entstandenen Einkommen in der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen und ihrer Verteilung auf Einkommen aus unselbständiger Arbeit einerseits und aus Unternehmertätigkeit und Vermögen andererseits liefern die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Neben einer verbesserten Darstellung der funktionalen Einkommensverteilung und einem detaillierteren Nachweis der Einkommen aus Wohnungsvermietung, werden durch die Untersuchungen über die Einkommensverteilung und -verwendung nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen, gegliedert nach Haushaltsgrößen, erste Schritte in Richtung auf eine Darstellung der sogenannten personellen Einkommensverteilung getan. Neueste Ergebnisse der erweiterten Berichterstattung zur Einkommensverteilung sollen Ende 1997 für Deutschland bis zum Berichtsjahr 1996 vorliegen.

Da es auf diesem Gebiet vielfach noch an aktuellem, tiefgegliedertem statistischen Ausgangsmaterial mangelt, beruhen die Berechnungen in erheblichem Maße auf Schätzungen. Als Quellen für Angaben über das Einkommen der privaten Haushalte sind vor allem die Einkommens- und Verbrauchsstichproben und die Steuerstatistiken zu nennen, die aber nur in mehrjährigen Abständen erhoben werden. Zu berücksichtigen ist auch, daß bei den Einkommens- und Verbrauchsstichproben bestimmte Gruppen von Haushalten, insbesondere Ausländerhaushalte (bis 1988), Haushalte mit höherem Einkommen und Anstaltsbevölkerung, nicht repräsentiert werden. Daneben werden Einkommensangaben für Haushalte auch im Mikrozensus erhoben und die Zusammensetzung der Einkommen bestimmter ausgewählter Haushaltstypen in den laufenden Wirtschaftsrechnungen dargestellt.

Hauptaufgabe der Einkommens- und Verbrauchsstichproben und der laufenden Wirtschaftsrechnungen ist es, einen möglichst umfassenden Einblick in die wirtschaftliche und soziale Lage von privaten Haushalten zu geben. Dazu werden die Einnahmen ermittelt, die Einkommensverwendung nachgewiesen sowie die Ausgaben für den Privaten Verbrauch detailliert dargestellt. Während die in fünfjährigen Abständen, zuletzt 1993, durchzuführenden Einkommens- und Verbrauchsstichproben detaillierte Angaben über Verbrauchsstrukturen und -gewohnheiten der Bevölkerungsgruppen bereitstellen, wird anhand der laufenden monatlichen Wirtschaftsrechnungen die Entwicklung der Verbrauchsverhältnisse bei ausgewählten Haushaltstypen beobachtet. Aus diesen Quellen liegen auch Angaben über die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern sowie über die gekauften Mengen bei Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren vor. Über die Mietbelastung als wichtigem Ausgabeposten fallen ergänzend Informationen aus dem Mikrozensus und den 1 %-Wohnungsstichproben an.

Mit der Neukonzeption des Erhebungsablaufs und des Merkmalumfanges für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 sollen die teilnehmenden Haushalte bei der Führung der Haushaltsbücher erheblich entlastet und Ergebnisse dieser Statistik für die Nutzer früher bereit gestellt werden.

Ein zweiter Weg, die Nachfrage der privaten Haushalte darzustellen, wird im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beschritten, in denen mit Hilfe von Statistiken über die Umsätze des Einzelhandels, des Handwerks und anderer Lieferanten der privaten Haushalte – ergänzend durch Umsatzsteuer-, Kostenstruktur- und Produktionsstatistiken usw. – der Umfang des gesamten Privaten Verbrauchs ermittelt und nach verschiedenen Gesichtspunkten gegliedert wird.

Im Hinblick auf Angaben über die *Umverteilung* der Einkommen, insbesondere über die Sozialleistungen im weitesten Sinne, wurde bereits auf das Sozialbudget der Bundesregierung hingewiesen, das über wichtige Eckdaten mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verknüpft ist. Umfangreiche Daten über die sozialen Leistungen aller Sektoren, über die Sozialbeiträge, über die Steuern und über weitere Umverteilungsvorgänge, wie zum Beispiel die Schadenversicherungstransaktionen, liefern darüber hinaus auch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen selbst.

Eine ähnlich umfassende Darstellung der *Vermögensbildung* und ihrer Finanzierung nach Unternehmensbereichen und Haushaltsgruppen kann angesichts des fehlenden bzw. unvollständigen statistischen Basismaterials derzeit noch nicht geleistet werden. Einige zusätzliche Informationen über das im Rahmen der Produktion eingesetzte Vermögen könnten durch eine Erweiterung der Bilanzstatistik im Zusammenhang mit dem Bilanzrichtliniengesetz gewonnen werden, das u. a. den Kreis der Unternehmen, die ihren Jahresabschluß vollständig veröffentlichen müssen, auf alle großen Kapitalgesellschaften ausdehnt. Nachdem auf die Möglichkeit für eine Erfassung des öffentlichen Vermögens im Rahmen der Finanzstatistik verzichtet wurde, besteht aber auf absehbare Zeit wenig Aussicht, die Lücke einer an den Erfordernissen gesamtwirtschaftlicher Analysen ausgerichteten Vermögensstatistik im öffentlichen Bereich zu schließen.

Verbesserungen beim Nachweis des Vermögens als Produktionsfaktor konnten durch eine weitere Aufgliederung des Anlagevermögens nach Wirtschaftsbereichen erzielt werden. Angesichts der zunehmenden Bedeutung der Leasing-Geschäfte wird an einem Nachweis des Anlagevermögens nach dem Nutzerkonzept gearbeitet.

Wichtigste Quelle zur Darstellung der Vermögenssituation der privaten Haushalte – mit der oben genannten Einschränkung – sind die Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die eine Fülle von Material, u. a. über ausgewählte Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte, die Formen der Vermögensbildung und die Nutzung der staatlichen Sparförderung, bereitstellen. Die Vermögensteuerstatistik kann hier nur in beschränktem Umfang Informationen liefern, da sie wegen der Freigrenzen und Freibeträge nur über die großen Vermögen Auskunft gibt.

Im Rahmen der Vorarbeiten zur Aufstellung von *Vermögensbilanzen*, in denen das gesamtwirtschaftliche oder sektorale Reinvermögen bestimmt werden kann, wurde der Nachweis des Sachvermögens um das Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte erweitert; geprüft wird, ob sich auch der Wert von Grund und Boden ermitteln läßt. Die als nächster Schritt notwendige Zusammenführung der Ergebnisse der Sachvermögensrechnung des Statistischen Bundesamtes mit den Angaben der Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank stößt zur Zeit allerdings noch auf große Schwierigkeiten.

6.5 Umweltberichterstattung

Die *statistischen Erhebungen über die Umwelt* beschränken sich bisher überwiegend auf die Erfassung einiger bei Produktions- und Verbrauchsprozessen entstehender Emissionen sowie deren Behandlung und Beseitigung. So erlauben es die Erhebungen zur Abfallwirtschaft, regelmäßig eine Abfallbilanz zu erstellen, aus der für die Bundesrepublik Deutschland die Entstehung von Abfällen in den einzelnen Wirtschaftssektoren und ihre Beseitigung hervorgehen. Zusätzlich werden eine Reihe von technischen Daten und Ausstattungsmerkmalen der Beseitigungsanlagen ermittelt, die eine Aussage über das Entsorgungsniveau ermöglichen. Die Statistiken der Wasserwirtschaft bieten ebenfalls eine Fülle von Einzelinformationen, die zu wasserwirtschaftlichen Bilanzen zusammengefaßt werden können. Sie geben – eben-

falls für die einzelnen Wirtschaftssektoren – Auskunft über die Entnahme von Wasser aus den natürlichen Ressourcen und die Verwendung von Wasser sowie die Entstehung, Behandlung und Ableitung von Abwasser. Die Daten über die ökonomische Bedeutung von Umweltschutzmaßnahmen beschränken sich bisher auf die Erfassung der Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe.

Durch das neu gefaßte Umweltstatistikgesetz, das am 1. Januar 1997 in Kraft trat, wird dieses umweltstatistische Instrumentarium wesentlich erweitert. Dabei werden zukünftig sowohl der bisher unberücksichtigte Bereich der Luftverunreinigungen in die regelmäßigen Datensammlungen einbezogen als auch im Bereich Abfallwirtschaft die Nachweise über die Verwertung von Abfällen und im Bereich Wasserwirtschaft die Gewinnung und Nutzung von Wasser in der Landwirtschaft neu aufgenommen. Die bestehenden Erhebungen über Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen werden auf weitere Arten des Umgangs mit diesen Stoffen ausgedehnt. Schließlich werden die umweltökonomischen Informationen in Zukunft auch Angaben über die laufenden Aufwendungen für Umweltschutzmaßnahmen in der gewerblichen Wirtschaft und über die Umsätze an Gütern und Dienstleistungen für den Umweltschutz umfassen. Zur Entlastung der Auskunftspflichtigen wird so weit wie möglich auf die statistische Auswertung von Verwaltungsunterlagen abgestellt.

Im Gegensatz zu den genannten Fachstatistiken im Umweltbereich verarbeiten die *Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR)* als Sekundärstatistik in erster Linie vorhandene Daten und zielen in Richtung eines umfassenden umweltökonomischen Berichtssystems. Neben den Daten aus den Umweltstatistiken fließen in die UGR u. a. Ergebnisse aus der Außenhandels-, der Agrar- und der Produktionsstatistik ein. Die enge Verbindung mit der Input-Output-Rechnung innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist von großer Bedeutung. Ein für die amtliche Statistik neues Feld ist außerdem die Nutzung von Fernerkundungsdaten (Luft- und Satellitenbilder) und Geographischen Informationssystemen.

Wie im Abschnitt 5.2 schon kurz erläutert wurde, steht im Zentrum der UGR das Ziel, statistisch zu zeigen, wie durch die Aktivitäten des Menschen die Umwelt verändert wird. Ausgangspunkt des relativ neuen methodischen Konzepts – erste Arbeiten des Statistischen Bundesamtes zu den UGR gehen auf das Jahr 1990 zurück – sind der in der Wirtschaftsstatistik abgebildete Prozeß der ökonomischen Wertschöpfung und die Konsumprozesse. In Anlehnung an die Grundkategorien Umweltbelastung, Umweltzustand und Umweltschutzmaßnahmen ergeben sich fünf *UGR-Themenfelder*, für die statistische Daten bereitzustellen sind:

1. Material- und Energieflußrechnungen, Rohstoffverbrauch und Emittentenstruktur
2. Nutzung von Fläche und Raum (Geoinformationssystem STABIS)
3. Indikatoren des Umweltzustandes
4. Maßnahmen des Umweltschutzes (Umweltschutzausgaben)
5. Unterstellte Vermeidungskosten zur Erreichung von Standards

Wie sich der Einsatz von Rohstoffen, Energie und Bodenflächen auf die Bereiche der Wirtschaft verteilt und im Zeitablauf verändert und welche stofflichen Abgaben an die Umwelt bzw. strukturellen Veränderungen dem gegenüberstehen (Themenbereiche 1 und 2 der UGR), ist für die Beurteilung der Effizienz im Umgang mit natürlichen Ressourcen von grundlegender Bedeutung. Aggregierte Indizes über den Umweltzustand zeigen die qualitativen Veränderungen in einer standardisierten Form an und spiegeln die Wirkungs- und Nutzenseite von Umweltmaßnahmen wider (Themenbereich 3). Ebenso werden die Kosten und die aktuelle Belastung der Wirtschaft durch die zur Schadensverhinderung und -beseitigung durchgeführten Umweltschutzmaßnahmen festgehalten (Themenbereich 4). Vermeidungskosten für zusätzliche präventive Maßnahmen zur Belastungsreduktion runden das Bild ab und unterstützen die Abwägung und Entscheidung zwischen unterschiedlichen „Standards“ (Zielgrößen) für die einzelnen gravierenden Belastungsfaktoren (Themenbereich 5). Der UGR-Darstellungsbereich umfaßt nicht das Setzen von umweltpolitischen Zielgrößen im Sinne von Standards. Die UGR stellen jedoch für den politischen Entscheidungsprozeß Sachdaten über Kosten und Wirkungen alternativer Standards zur Verfügung.

Wegen vielfältiger noch zu lösender Probleme sieht das Konzept der UGR einen stufenweisen Aufbau vor, in dem abgeschlossene Teilprojekte und die Ergebnisse in einzelnen Themenfeldern bereits Antworten auf wirtschafts- und umweltpolitische Fragen geben. Im Laufe der letzten drei Jahre wurden in einzelnen Themenbereichen Forschungsprojekte durchgeführt, bei denen das Statistische Bundesamt von externen Forschungsstellen in erheblichem Umfang unterstützt wurde. Bei den Material- und Energieflußrechnungen, Nutzung von Fläche und Raum und Umweltschutzausgaben liegen Ergebnisse, zum Teil in Form längerer Zeitreihen, schon vor. Um dem umfassenden Anspruch der UGR gerecht werden zu können, bedürfen diese Ergebnisse aber noch der Vertiefung und Erweiterung. Insbesondere die Arbeiten in den Bereichen Umweltzustand und Vermeidungskosten gilt es noch zu vertiefen. Im Themenfeld „Indikatoren des Umweltzustandes“ besteht die Aufgabe im wesentlichen darin, die vorhandenen stofflichen Meß- und Beobachtungsdaten zu geeigneten Indikatoren für eine raumbezogene Zustandsbeschreibung zu verdichten. Eine „ökologische Flächenstichprobe“ dient ferner dazu, Veränderungen in der Diversität von Landschaften, Pflanzen und Tieren auf effiziente Weise zu sammeln und in die Beschreibung der Umweltqualität als dem ökologischen Eckpunkt der UGR zu integrieren. Sukzessive werden die einzelnen Themenfelder der UGR in den nächsten Jahren mit entsprechenden Daten zu füllen sein.

7 Durchführung von Bundesstatistiken

Die Durchführung von Bundesstatistiken vollzieht sich in dem organisatorischen Rahmen, wie er in Kapitel 3 beschrieben wurde. Einen zusammenfassenden Überblick über die einzelnen Ablaufphasen von Bundesstatistiken und die Arbeitsteilung zwischen dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder vermittelt das Schaubild auf S. 92. Danach kann man bei der Durchführung von Bundesstatistiken in der Regel folgende Aufgaben unterscheiden: Zunächst werden die Erhebungen methodisch-technisch vorbereitet und alle wesentlichen Aspekte in einer Rechtsgrundlage kodifiziert. Erst dann kann die sogenannte Feldarbeit, also die eigentliche Datenerhebung beginnen. Nach der Datenerhebung werden die Daten aufbereitet und schließlich den Nutzerinnen und Nutzern zur Verfügung gestellt. Nachdem die Daten bereitgestellt sind, kann die Auswertung und Weiterverarbeitung beginnen.

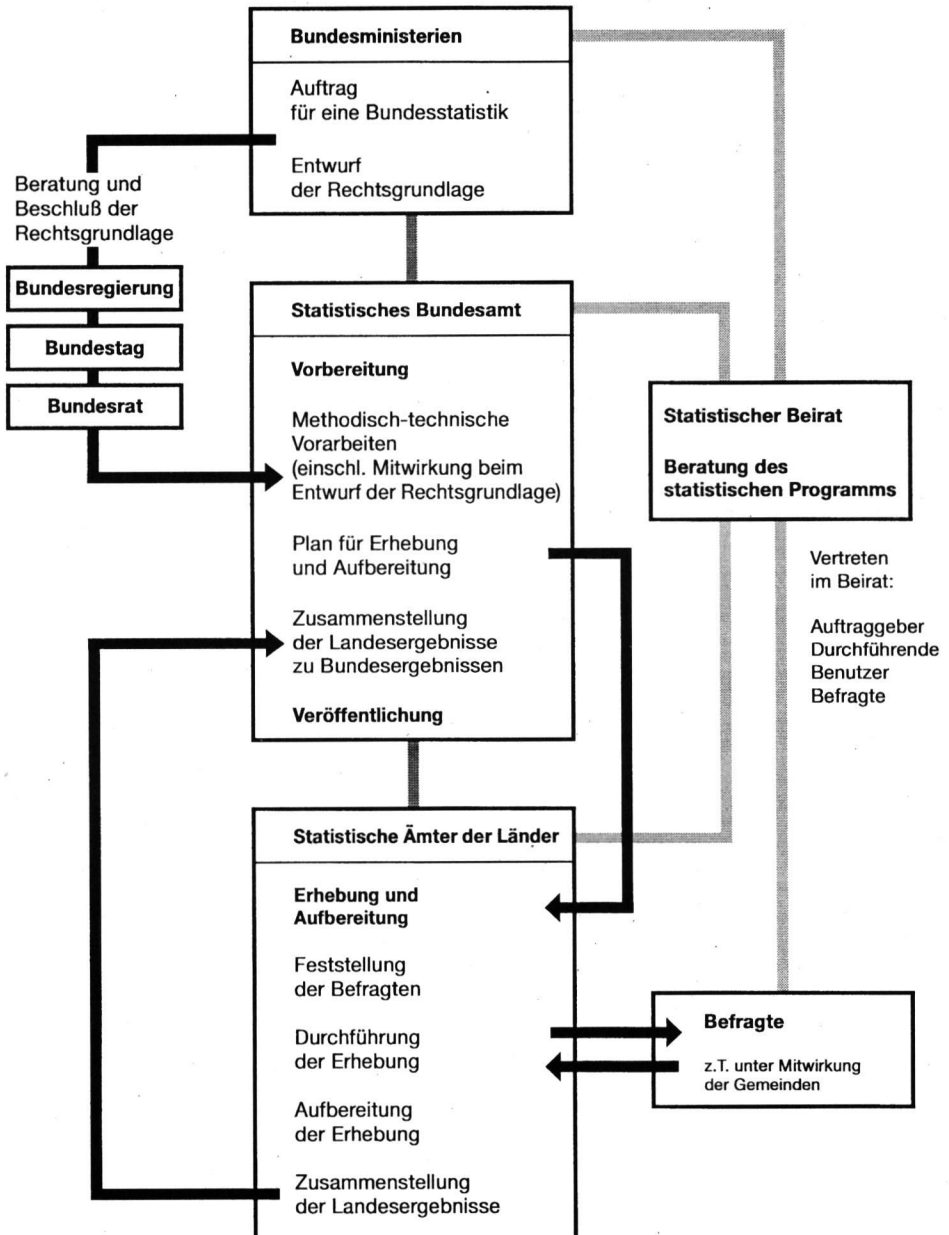
Der gesamte Prozeß von der Vorbereitung bis zur Bereitstellung erfordert eine ständige Koordinierung aller Beteiligten. Die Arbeiten werden von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder in der Regel in Arbeitsteilung erledigt. Bei zentralen Statistiken sind alle Arbeiten – also auch die Erhebung und Aufbereitung – im Statistischen Bundesamt zusammengefaßt. Im Rahmen der Durchführung von Bundesstatistiken spielt die elektronische Datenverarbeitung als Werkzeug der Statistik eine besondere Rolle. Darüber hinaus verdienen neben den einzelnen Arbeitsphasen einer statistischen Erhebung auch die Aspekte Bürgerfreundlichkeit und Schonung der Auskunftgebenden besondere Aufmerksamkeit.

7.1 Vorbereitung

In die Vorbereitungsphase von Statistiken, die bereits mit der Planung einer Rechtsvorschrift beginnt, fällt die Klärung einer Vielzahl von Fragen zur Zielsetzung, zum Konzept und zur Realisierung der Erhebung. Das fachlich zuständige Bundesministerium greift als „Auftraggeber“ der Statistik frühzeitig auf die Erfahrung im Statistischen Bundesamt zurück und läßt sich bei der Konzeption der Erhebung unterstützen. Ferner unterrichtet es bereits im Vorfeld der Überlegungen den Interministeriellen Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik, um dessen grundsätzliche Zustimmung zu dem neuen Projekt einzuholen (siehe Abschnitt 3.3).

Nachdem Ziel und Umfang, einschließlich der zu erfassenden Tatbestände umrissen sind, beginnen die methodisch-technischen Vorarbeiten für die Statistik. Diese gehören zu den zentralen Aufgaben des Statistischen Bundesamtes. Von vornherein wird darauf geachtet, einheitliche Bundesergebnisse sicherzustellen, die sich in ein statistisches Gesamtbild einordnen lassen. Es ist eines der Hauptanliegen des Statistischen Bundesamtes, für alle Bundesstatistiken einheitliche bzw. aufeinander abgestimmte methodische Grundlagen zu schaffen, um mit Hilfe korrespondierender Fragestellungen und Begriffsbestimmungen sowie durch die Verwendung vergleichbarer Klassifikationen usw. die statistischen Bausteine zu einem Gesamtsystem zusammenfügen zu können. Den Ausgangspunkt für solche Überlegungen bilden zum

Ablauf von Bundesstatistiken



Vereinfachte Darstellung. Bei zentral durchgeführten Statistiken übernimmt das Statistische Bundesamt auch die Erhebung und Aufbereitung.

Statistisches Bundesamt 97-3-0772

Beispiel für die Wirtschaftsstatistiken die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Da zu ihrer Erstellung alle Wirtschaftsstatistiken genutzt werden, würden Diskrepanzen sofort erkannt.

Durch den Einsatz der Datenverarbeitung bei der Gewinnung, Verarbeitung, Bereitstellung und Auswertung der Bundesstatistik besteht der Zwang zu einheitlichem Vorgehen auch in technischen Verfahrensfragen. Um die Vorteile moderner Auswertungs- und Analysemethoden nutzen zu können und die Möglichkeiten der Datenverarbeitung zur Rationalisierung der Bundesstatistik ausschöpfen zu können, ist es sehr viel stärker als früher erforderlich, die Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren zu vereinheitlichen.

Die im Rahmen der Vorbereitung von Statistiken erstellten Unterlagen werden vom Statistischen Bundesamt den zuständigen Gremien des Statistischen Beirats zur Beratung zugeleitet (siehe Abschnitt 3.3). Hier findet eine Erörterung zwischen allen an der statistischen Arbeit beteiligten Gruppen, das heißt den Auftraggebern und dem Nutzerkreis, den Vertretern der Befragten und den durchführenden Stellen (insbesondere den statistischen Ämtern der Länder), statt. Zur Vorbereitung größerer oder besonders schwieriger Erhebungen treten die zuständigen Fachausschüsse, Arbeitskreise usw. wiederholt zusammen. Der Statistische Beirat als übergeordnetes Gremium wird über den Fortgang der Arbeiten unterrichtet und erörtert besonders wichtige Punkte auf seinen jährlichen Tagungen.

Im einzelnen gehören zur Vorbereitung von Statistiken folgende größere Arbeiten, die bereits für den Entwurf der Rechtsgrundlage zu leisten sind:

- methodische Untersuchungen zur Auswahl, Definition und Abgrenzung der zu erfassenden Erhebungsverfahren, Erhebungsbereiche, Erhebungseinheiten, Erhebungsmerkmale,
- Vorschläge zur Bestimmung des Kreises der Befragten (Voll- oder Teilerhebung, Stichprobenumfang),
- Vorschläge zur zweckmäßigen Festlegung der Erhebungs- und Berichtszeiten und der Periodizitäten,
- Festlegung von Erhebungs- und Hilfsmerkmalen (Erhebungsmerkmale umfassen Angaben, die zur statistischen Verwendung bestimmt sind; Hilfsmerkmale sind Angaben, die der technischen Durchführung von Bundesstatistiken dienen),
- Regelung der Art der Erhebungs- und Befragungstechnik (Anschriftengewinnung, Stichprobenauswahl, postalische Befragung oder Einsatz von Zählern/Zählerinnen oder Interviewern/Interviewerinnen, Einsatz maschinell lesbarer Bogen, Lieferung von maschinell lesbaren Datenträgern durch die Auskunftspflichtigen usw.),
- Kostenkalkulation.

Sobald die grundsätzlichen methodisch-technischen Fragen einer Statistik beantwortet sind, wird der Entwurf für eine Rechtsvorschrift (Gesetz oder Rechtsverordnung) erstellt. Federführend ist das zuständige Bundesressort, das sich auch hier auf die

Mitwirkung des Statistischen Bundesamtes stützt. Der Gesetzentwurf wird mit einer Begründung versehen, in der Zielsetzung, Art und Umfang der Statistik sowie die einzelnen Vorschriften erläutert und die entstehenden Kosten genannt werden. Die Kostenkalkulation beruht auf Berechnungen, die gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder angestellt werden.

Nach abschließender Begutachtung durch den Interministeriellen Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik sowie den Abteilungsleiterausschuß Statistik wird der Entwurf der Rechtsvorschrift vom federführenden Ministerium dem Bundeskabinett zugeleitet. Nach Verabschiedung durch die Bundesregierung beginnt die parlamentarische Beratung im Bundestag und Bundesrat. Erst nach Erlaß der Rechtsgrundlage sind die statistischen Ämter berechtigt und verpflichtet, die Erhebung durchzuführen (bezüglich der Rechtsgrundlagen der Europäischen Union sei auf die Abschnitte 2.5 und 10.1 verwiesen). In diese Phase der Vorbereitung fallen insbesondere folgende Arbeiten:

- Ausarbeitung und endgültige Abstimmung der bei der Ergebniserstellung zu berücksichtigenden Tatbestandskomplexe, Merkmalskombinationen und Gruppierungen (Klassifikationen, Größenklassengliederungen, regionale Gliederungen usw.),
- Ausarbeitung der Erhebungsunterlagen (Fragebogen und sonstige Erhebungspapiere mit Erläuterungen und Ausfüllungsrichtlinien) bzw. Regelung des Inhalts und Aufbaus der von den Befragten zu liefernden maschinellen Datenträger usw.,
- Aufstellung der bundeseinheitlichen Tabellenprogramme (Arbeits- und Veröffentlichungstabellen),
- Regelung der Art des Aufbereitungsverfahrens (manuelle/maschinelle Aufbereitung, Art der maschinellen Aufbereitung usw.),
- Ausarbeitung der Aufbereitungsunterlagen (Signieranleitungen, Prüfungskataloge für die Vollständigkeits- und Plausibilitätskontrollen, Korrekturanleitungen, Hochrechnungs- und Anpassungsverfahren, Tabellenspezifikationen, Erstellung der EDV-Programme usw.),
- Regelung der Art des Veröffentlichungsverfahrens und der Übernahme von Ergebnissen in das Statistische Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND) sowie Ausarbeitung entsprechender Unterlagen (u. a. Anleitungen zur Wahrung der statistischen Geheimhaltung),
- Aufstellung von Arbeitsablauf- und Terminplänen usw.

Die Bereitstellung von Finanzmitteln in den Haushaltsplänen für die einzelnen Haushaltsjahre beruht auf Anmeldungen der statistischen Ämter. Im Prinzip haben die statistischen Ämter die ihnen übertragenen Aufgaben nur im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel zu erfüllen. Da viele Statistiken (wie z. B. die Volkszählung) längere und aufwendige Vorarbeiten erfordern, setzt dies eine frühzeitige Ab-

stimmung zwischen den Anforderungen und den finanziellen Möglichkeiten zur Durchführung voraus.

7.2 Erhebung und Aufbereitung

Mit der Verkündung der Rechtsgrundlage sind die rechtlichen Voraussetzungen zur Durchführung der Erhebung geschaffen. Einzelheiten regelt der endgültige Erhebungs- und Aufbereitungsplan, der die einheitliche Durchführung der Statistik sichert und der an alle mitwirkenden Stellen verteilt wird. Er enthält u. a. die methodischen Richtlinien, Muster der Erhebungspapiere, nähere Regelungen zum Kreis der Befragten, zum Erhebungsweg sowie zu Art und Umfang der Aufbereitung. Außerdem legt er die Termine und den Rahmen für den zeitlichen Ablauf fest.

Das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder können zur Vorbereitung und Durchführung durch Rechtsvorschrift angeordneter Bundesstatistiken vorab Erhebungen durchführen, welche der Klärung des Kreises der zu Befragenden und deren statistischer Zuordnung sowie der Erprobung der Fragebogen und Erhebungsverfahren auf ihre Zweckmäßigkeit dienen.

Die eigentliche Erhebungs- und Aufbereitungsarbeit liegt – wenn man von der bereits erwähnten Ausnahme der zentralen Statistiken absieht – in der Zuständigkeit der statistischen Ämter der Länder, die hierbei in der Regel von den Landesrechenzentren unterstützt werden.

Im einzelnen erfüllen die statistischen Ämter der Länder in der Erhebungs- und Aufbereitungsphase folgende größere Aufgaben:

- Feststellung der zu Befragenden,
- Druck der Erhebungsunterlagen,
- Schulung von Zählerinnen und Zählern bzw. Interviewerinnen und Interviewern. § 14 BStatG legt besondere Anforderungen an Zähler, Interviewer und andere Erhebungsbeauftragte fest. Die Regelungen sichern insbesondere die Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit dieser Beauftragten und damit die Wahrung des Statistikgeheimnisses.
- Schriftliche Unterrichtungen der zu Befragenden über Zweck, Art und Umfang der Erhebung, die statistische Geheimhaltung und über weitere im Bundesstatistikgesetz genannte Vorschriften zur Durchführung der Erhebung,
- Versand der Erhebungsunterlagen an die Befragten (ggf. an die Gemeinden oder an die Zähler zur weiteren Verteilung) bzw. Einsatz von Interviewerinnen und Interviewern,
- Sammlung der rücklaufenden Erhebungspapiere und Prüfung der Bogen auf Vollständigkeit und Vollständigkeit,
- Mahnverfahren bei säumigen Befragten,

- Prüfung der Bogen auf schlüssige Beantwortung der Fragen (Plausibilitätsprüfung),
- Vorbereitung und Durchführung der Aufbereitung. Hierunter fallen alle Arbeiten, die zur Erstellung von auswertbaren Datensätzen erforderlich sind (Plausibilitätsprüfungen, Hochrechnungen, Fehlerkorrekturen usw.)
- Zusammenstellung der Landesergebnisse,
- Mitteilung der Ergebnisse an das Statistische Bundesamt.

7.3 Veröffentlichung der Ergebnisse

Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse wird die Durchführung von Bundesstatistiken abgeschlossen. Die statistischen Ämter der Länder haben in erster Linie die Aufgabe, Ergebnisse für ihre Länder zusammenzustellen, während die Bereitstellung von Bundesergebnissen in die Zuständigkeit des Statistischen Bundesamtes fällt. Dabei werden Formen der Darbietung angestrebt, die dem vielfältigen Nutzerkreis und den zahlreichen Aufgaben der Bundesstatistik gerecht werden (siehe hierzu Kapitel 9).

Die Bereitstellung der Ergebnisse erfolgt in mehreren Stufen oder Stadien: Zunächst werden die wichtigsten Eckzahlen und Kennzahlen in Pressemitteilungen veröffentlicht. Das Aggregationsniveau der Daten ist hierbei sehr hoch, dafür erfolgt die Veröffentlichung unmittelbar nach ihrem Vorliegen. In weitaus detaillierterer Form werden die statistischen Ergebnisse in den gedruckten Veröffentlichungen, zum Beispiel den Fachserien, bereitgestellt. Parallel dazu wird ein Großteil der Ergebnisse in der Datenbank des Statistischen Informationssystems des Bundes (STATIS-BUND) bereitgehalten. Schließlich erfolgt eine jährliche Zusammenstellung der wichtigsten Ergebnisse aus allen Statistikbereichen, u. a. im Statistischen Jahrbuch.

Gedruckte Veröffentlichungen bilden die wichtigste allgemein zugängliche Informationsquelle des Statistischen Bundesamtes. In nächster Zukunft werden sie wohl ihre zentrale Bedeutung bei der Bereitstellung statistischer Ergebnisse noch behalten. In den letzten Jahren wurden verstärkt Querschnittsveröffentlichungen publiziert, die Daten aus verschiedenen Erhebungen in kommentierter Form, das heißt durch verständliche Texte und entsprechende Graphiken veranschaulicht, beinhalten.

Neben den gedruckten Veröffentlichungen gewinnen neue Arten der Informationsbereitstellung ständig an Bedeutung, mit denen der Zugriff zu den statistischen Daten und die Auswertung des vorhandenen Materials erleichtert werden soll. Der Trend bei der Weiterentwicklung der Bereitstellung statistischer Ergebnisse geht dabei eindeutig in Richtung der elektronischen Medien. Diese Entwicklung ermöglicht eine noch bessere Bereitstellung statistischer Daten, zugeschnitten auf individuelle Nutzererfordernisse. Besonders zu erwähnen ist hier die Entwicklung bei der Darbietung der Ergebnisse auf elektronischen Datenträgern wie Diskette oder CD-ROM, die eine leichte Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse auf dem PC am Arbeitsplatz oder zu Hause ermöglicht. Das neueste Veröffentlichungsmedium für statistische Ergebnisse ist das Internet.

Das Serviceangebot des Statistischen Bundesamtes im Internet enthält unter anderem die Pressemitteilungen, eine Zusammenstellung kurzfristiger Wirtschaftsindikatoren, den Zugang zur statistischen Datenbank STATIS-BUND sowie Basiszahlen aus vielen Bereichen der amtlichen Statistik. Das Angebot ist unter www.statistik-bund.de erreichbar.

7.4 Auswertung der Ergebnisse

Die umfangreichen Ergebnisse der Bundesstatistik stehen allen Interessenten zur Verfügung. Von der Möglichkeit der Auswertung der Daten machen insbesondere die Bundesministerien und andere Bundesstellen, Wissenschaft und Forschungsinstitute, Verbände, Unternehmen, aber auch sonstige Konsumenten Gebrauch. Teilweise wertet auch das Statistische Bundesamt selbst Daten aus oder wird von anderen Stellen um Unterstützung bei deren eigenen Analysen gebeten. Allerdings kann es das Amt nicht als seine Aufgabe betrachten, umfassende Diagnosen oder Prognosen, zum Beispiel zur Wirtschaftsentwicklung, vorzunehmen, da diese sich nicht allein auf das Material der Bundesstatistik stützen können, sondern weitreichende Modellannahmen erfordern. Grenzen bei der Auswertung oder Analyse statistischer Daten sind den statistischen Ämtern dort gegeben, wo der Rahmen der Neutralität und Objektivität verletzt werden könnte (siehe auch Abschnitt 5.2). Entsprechend einer bewährten Arbeitsteilung werden diese Aufgaben jeweils von den Ressorts, der Deutschen Bundesbank, den Sachverständigenräten, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituten, Verbänden und anderen Stellen wahrgenommen. Durch das Statistische Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND) kann das Statistische Bundesamt allerdings Hilfestellung bei der Auswertung von Statistiken leisten.

7.5 Koordinierung der Arbeitsabläufe

Die Aufgabenteilung zwischen dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder wurde bereits in den Abschnitten 7.1 und 7.2 umrissen. Während das Bundesamt u. a. in der Vorbereitungsphase einer Statistik eine gewichtige Rolle spielt, fallen die Arbeiten der Erhebung und Aufbereitung der Daten bis zur Erstellung von Landesergebnissen meist in den Zuständigkeitsbereich der Länder.

Diese dezentrale Erhebungs- und Aufbereitungsorganisation zwingt dazu, die Arbeitsabläufe sachlich und terminlich abzustimmen. Die Lösung von Organisationsfragen und eine vorausschauende Ablaufplanung gehören deshalb zu den Grundvoraussetzungen der Zusammenarbeit zwischen Statistischem Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder. Dabei müssen auch die hauptsächlich aus der unterschiedlichen Größe der Länder resultierenden Unterschiede in der finanziellen, personellen und maschinellen Ausstattung der statistischen Ämter der Länder berücksichtigt werden. Die Mehrzahl der Länder hat Landesrechenzentren (Daten- und Informationszentralen) eingerichtet, denen auch die Verarbeitung statistischer Daten übertragen wurde. Diese Aufteilung der Zuständigkeiten hat dazu geführt, daß die statistischen Arbeiten in Konkurrenz zu anderen termingebundenen Verwaltungsarbeiten treten können. Auch im Bereich der Bereitstellung bzw. Veröffentlichung der Daten muß Koordinierungsarbeit geleistet werden. Abhängig vom regio-

nalen Aggregationsgrad liegen die Zuständigkeiten bei den statistischen Ämtern der Länder oder beim Statistischen Bundesamt, wobei letzterem in erster Linie die Bereitstellung von Bundesergebnissen obliegt.

Den genannten organisatorischen Herausforderungen begegnet die amtliche Statistik durch ein verzahntes System von Gremien. Mit den entsprechenden Grundsatzzproblemen befassen sich vor allem die Amtsleiterkonferenz und der Statistische Beirat, während die Erörterung von Einzelfragen in den Fachausschüssen, Arbeitskreisen und Referentenbesprechungen stattfindet (siehe Abschnitt 3.3). Eine wichtige Koordinierungsfunktion erfüllt in diesem Zusammenhang der Arbeitskreis Informationstechnik (AKIT), der die abgestimmte Einführung neuer Informationstechniken (siehe Abschnitt 7.6) und die Planung von Terminen bei ihrem Einsatz steuert. Aus den Diskussionen in diesem Gremium ergeben sich wertvolle Anregungen für organisatorische Verbesserungen und die Beseitigung von Schwachstellen.

7.6 Datenverarbeitung als Werkzeug der Statistik

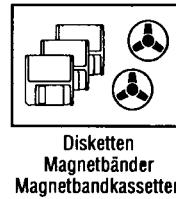
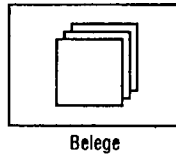
Die Idee von fließenden Daten in vernetzten Strukturen – von der Erhebung bis zur Verbreitung – stellt keine Utopie mehr dar, sondern nimmt durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken immer mehr Gestalt an. Das Ziel, die statistischen Erhebungen effizient und wirtschaftlich durchzuführen und die Lasten der Auskunftgebenden zu minimieren, wird nur mittels modernster Technik erreicht werden können.

Die statistischen Ämter nutzen schon immer leistungsstarke Datenverarbeitungssysteme, um die Aufbereitung vielfältiger Statistiken mit riesigem Datenvolumen zu gewährleisten. Der Weg der Automatisierung in der Statistik führte in den letzten hundert Jahren von den Hollerith- bzw. Lochkarten-/Tabelliermaschinen zu den zentralen Großrechenanlagen innerhalb geschlossener Rechenzentren. Die permanenten informationstechnischen Innovationen, die durch die Entwicklung immer leistungsfähigerer Arbeitsplatzrechner und die Möglichkeiten des Zugriffs auf umfassende Datenbestände über lokale- und Weitverkehrs-Netze ihren aktuellen Ausdruck finden, verlangen die Abkehr von alten Verfahrensabläufen und die Einführung neuer Konzepte und Lösungen. Die Anwendungsarchitektur wird zukünftig stärker dezentralisiert sein und dennoch alle Einheiten integrieren, die am Statistikerstellungsprozeß beteiligt sind.

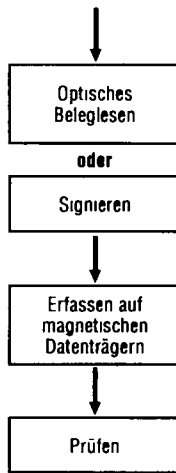
Neuere Untersuchungen lassen den Trend schon heute erkennen. Die Bereitstellung statistischer Daten wird immer öfter funktionaler Bestandteil in Standardsoftwareprodukten der Unternehmen sein müssen. Auch werden die Erhebungsverfahren mittels Laptop und der Nutzung moderner Telefonbefragungsstudios den reinen Austausch mit Papierfragebogen ergänzen (siehe Abschnitt 8.1.2). Neue digitale Kommunikationsnetze werden neben den magnetischen Datenträgern zur schnellen Datenlieferung an die statistischen Ämter genutzt, um die Aufbereitung zeitnah durchführen zu können.

Automatisierte Datenverarbeitung

Datenlieferung



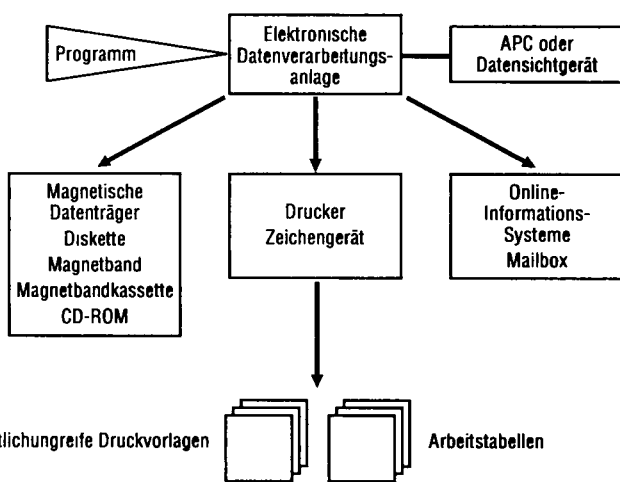
Datenerfassung



Datenverarbeitung



Ergebnisbereitstellung



Die interne Ablauforganisation wird auf der Basis von Client-Server-Technologien (siehe Abschnitt 4.3.1) die Sachbearbeitung stärker technisieren. Mit Hilfe von schnellen lokalen Netzen werden zentrale Server die notwendigen Daten sicher und zuverlässig den intelligenten Endgeräten zur Weiterverarbeitung zur Verfügung stellen. Mit ausgewählter Standardsoftware erfolgt die Aufbereitung und Bereitstellung der Ergebnisse. Die Darstellung statistischer Zahlen erfolgt bereits heute schon zusätzlich zu den Veröffentlichungen auf Papier auch auf den verschiedensten elektronischen und opto-elektronischen Medien. Ebenfalls in diese Architektur werden die Statistischen Informationssysteme des Bundes und der Länder einzubinden sein.

Das Koordinationsgremium der statistischen Ämter des Bundes und der Länder für den Bereich Informationstechnik, der Arbeitskreis Informationstechnik, steuert die Einführung neuer Technologien, damit in einem bundesweit einheitlichen Rahmen die Methoden und Verfahren unter Berücksichtigung der jeweiligen Anforderungen sachgerecht angewendet werden. Dieser Prozeß hat sich unter dem Druck schneller Innovationszyklen in der Datenverarbeitung in den letzten Jahren sehr beschleunigt. Die Entwicklung einer gemeinsamen Programmiersprache, eines neuen gemeinsamen Informationssystems und der Betrieb eines statistischen Datennetzes zeigen die Kompetenz des Verbundes der statistischen Ämter des Bundes und der Länder bei der Einführung von Lösungen mit einem hohen Komplexitätsgrad.

7.6.1 Register, Leitdateien

Die Integration von Registern und Leitdateien in den verschiedenen Arbeitsgängen der Produktion von Statistiken trägt wesentlich zu deren rationeller Durchführung bei. Die Erhebungseinheiten sind mit ihren Adressen und weiteren statistischen Merkmalen in den Datenbankverwaltungssystemen gespeichert und können online am Bildschirm angezeigt, geändert, neu aufgenommen und gelöscht werden. Dies erfordert bei den Fachabteilungen die Bereitstellung von entsprechend geschultem Personal, um den großen Pflegeaufwand, der zwar durch die moderne Technik gemindert wird, zu bewältigen.

In den gemeinsamen Entwicklungsarbeiten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder wurde auf der Basis einer ADABAS/NATURAL-Lösung für die Kartei im Produzierenden Gewerbe eine einheitliche Dialoganwendung erstellt. Dieses Systemkonzept wurde auf andere Bereiche ausgedehnt, so zunächst auf das Betriebsregister in der Landwirtschaft und das Register im Handel und Gastgewerbe. Die Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft zur Statistik setzen zunehmend den Aufbau von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke voraus (siehe Abschnitt 8.2). So wurde beispielsweise ein umfassendes Register über die Teilnehmenden am Intrahandel aufgebaut, das durch die Umstellung des Erhebungsweges notwendig wurde. Es dient in der Intrahandelsstatistik als unverzichtbares Arbeitsmittel. Die Datenlieferungen der Oberfinanzdirektionen über die Umsatzsteuermeldungen der Firmen, die Handel mit Ländern der Europäischen Union treiben, ermöglichen zum Beispiel automatische Verfahren zu Kontroll- oder Vollzähligkeitsprüfungen. Nur durch den Einsatz moderner Software-Entwicklungswerkzeuge konnte das Verfahren unter größtem Zeitdruck erfolgreich implementiert werden.

Die Einsatzmöglichkeiten von Registern sind vielfältig und umfassen zum Beispiel:

- Bestimmung des Berichtskreises,
- Auswahlgrundlage für Stichprobenerhebungen,
- Aufstellung von Rotationsplänen bei Stichproben,
- Hochrechnungsrahmen,
- Eingangskontrolle,
- Rückfragen und Mahnungen,
- statistische Auswertungen.

7.6.2 Datenerfassung

Auch heute, im Zeitalter der Vernetzung, der Datenfernübertragung, werden statistische Daten noch größtenteils per Fragebogen erfaßt, der dann – gegebenenfalls nach einer Vorbearbeitung im Fachbereich – auf „konventionelle“ Weise, das heißt manuell, auf elektronische Datenträger (Disketten, Magnetbänder) übertragen wird. Im Statistischen Bundesamt fallen pro Monat rund 2,6 Mill. Datensätze an. In der Datenerfassung arbeiten noch 100 Beschäftigte; diese können die anstehende Erfassungsarbeit jedoch nicht mehr komplett leisten: Im Amt selbst werden monatlich noch ungefähr 1,3 Mill. Datensätze erfaßt; der Großteil davon (etwa 70 %) entfällt auf die Außenhandelsstatistik, der Rest auf rund 90 verschiedene andere Statistiken. Die übrigen Erfassungsarbeiten werden an externe Erfassungsunternehmen vergeben, momentan im Monatsdurchschnitt etwa 1,3 Mill. Datensätze, was rund 50 % der Gesamterfassung entspricht. Hierbei handelt es sich ausnahmslos um Belege für die Außenhandelsstatistik.

Neben der manuellen Datenerfassung gewinnt die optische Beleglesung eine ständig zunehmende Bedeutung. Sie führt zur Beschleunigung, Vereinfachung und somit zu einer größeren Wirtschaftlichkeit der Arbeitsabläufe in der Datenerfassung. Maschinelle Belegleser werden heute bereits für mehrere Bundesstatistiken sowohl in den statistischen Ämtern der Länder als auch im Statistischen Bundesamt eingesetzt. Beispiel für eine zentrale Bundesstatistik, die in großem Umfang die maschinelle Beleglesung anwendet, ist die Intrahandelsstatistik, bei der Unternehmen, die innerhalb der Europäischen Union Außenhandel betreiben, monatlich ihre Meldungen an das Statistische Bundesamt senden. Für diese Statistik werden monatlich rund 750 000 Datensätze auf etwa 250 000 Belegen maschinell gelesen, das sind mehr als 60 % aller zu erfassenden Intrahandelsdatensätze.

Ein maschineller Belegleser soll im wesentlichen nur die von den Befragten eingetragenen Zeichen wahrnehmen. Andere Inhalte des Fragebogens, wie zum Beispiel Erläuterungen für die Befragten oder Feldeingrenzungen, werden daher in einer Belegleser-Blindfarbe, die von diesem also nicht wahrzunehmen ist, gestaltet.

Einen erheblichen Zuwachs hat die Übermittlung der Meldedaten auf elektronischen Datenträgern zu verzeichnen, wodurch die klassische Datenerfassung in den statistischen Ämtern ganz entfällt. Auch die Übermittlung von Daten durch Datenfern-

übertragung von und zu den statistischen Ämtern der Länder und zu anderen nationalen und internationalen Stellen spielt eine zunehmend größere Rolle, die sich noch weiter verstärken wird.

7.6.3 Datenbereinigung, Plausibilitätskontrollen

Die organisatorischen Konzepte für die Datenbereinigung wurden bisher immer zyklisch ausgelegt: Die Merkmale einer Statistik werden hierbei in einem oder mehreren Plausibilitätsläufen auf den Datenverarbeitungsanlagen geprüft, bis alle Unstimmigkeiten beseitigt sind. Gewöhnlich werden bei jedem Lauf Fehlerlisten erzeugt, auf denen die entsprechenden Korrekturen eingetragen werden. Die Korrekturen werden wieder in der Datenerfassung auf magnetische Datenträger übertragen und der nächsten Phase des Korrekturprozesses zugeführt.

Die moderne Technik verändert diese Abläufe grundlegend: Die streng sequentiellen Arbeitsschritte werden durch interaktive Fehlerbereinigungsverfahren abgelöst, die ein zeitnäheres und gleichmäßigeres Arbeiten erlauben. Die neuen Softwareprodukte gestatten eine Realisation auf allen Datenverarbeitungsplattformen, die in der Statistik Verwendung finden. Als Standardwerkzeug wird im Verbund für die Dialogprogrammierung NATURAL eingesetzt. Die klassische Organisationsform der Plausibilisierung wird durch einen Baustein in der Programmiersprache SPLV (Statistisches Problemlösungsverfahren) unterstützt. Neuere Ansätze verlagern die Plausibilitätsprüfungen bereits in die Erhebungsphase, für welche den Auskunftgebenden entsprechend intelligent gestaltete PC-Programme (elektronische Fragebögen) zur Verfügung gestellt werden. Bei Erhebungen mit Interviewern werden diese mehr und mehr mit Laptop und integrierten Programmen mit kontextabhängiger Fragebogenführung ausgestattet, damit Fehlerbereinigungen ebenfalls vor Ort möglich werden. Zu einem Standardwerkzeug hierfür hat sich BLAISE vom Niederländischen Statistischen Zentralamt etabliert.

Der Übergang von reiner Stapelverarbeitung auf Dialogverfahren führte zu einem starken Anwachsen von auf Magnetplatten zu haltenden Daten. Auch wuchs sprunghaft die Zahl der entsprechenden Endgeräte (PC, Terminal), die über lokale Netze mit den Großrechenanlagen bzw. Daten-Servern den Zugriff auf die Datenbanken gestatten. Die Programmentwicklung wird zukünftig für diese Lösungen verstärkt Standardmodule oder allgemeine Programmrahmen erstellen müssen, um den großen Zuwachs an Aufgaben bewältigen zu können.

Eine Lösung, die speziell für die Korrekturarbeiten bei der Intrahandelsstatistik genutzt wird, setzt Workstations am Arbeitsplatz voraus. Wesentliche Grundlage bilden die Images der Fragebögen, das heißt deren gescannte Abbilder, die beim automatisierten Lesevorgang entstehen und in einer Datenbank jederzeit abrufbereit gespeichert sind. Bei der Korrektur der Meldungen kann jetzt auf Knopfdruck das entsprechende Formular auf dem Bildschirm des Sachbearbeiters als Faksimile angezeigt werden, was zu einer wesentlich beschleunigten Abwicklung der einzelnen Fälle führt.

Ein weiteres Schwergewicht wird zukünftig die Nutzung maschineller Bereinigungsverfahren bilden. Neben sonstigen noch zu automatisierenden Verwaltungsarbeiten helfen auch regelmäßig durchgeführte Vollständigkeits- und Vollzähligkeitskontrollen, die Qualität der Erhebung zu steigern.

7.6.4 Tabellenerstellung

Die Erstellung einheitlich gestalteter Tabellen ist Ausdruck der Gemeinsamkeit der amtlichen Statistik bei Bund und Ländern. Die technischen Voraussetzungen und Softwarewerkzeuge wurden im Bereich der amtlichen Statistik immer aufeinander abgestimmt, so daß einheitliche Aufbereitungsverfahren diese Gemeinsamkeiten garantieren.

Auf der Basis von abgestimmten Organisationskonzepten werden arbeitsteilig DV-Programme entwickelt, die dann in jedem Bundesland zum Einsatz kommen. Für den Bereich der Tabellierung sind portable, das heißt rechnerübergreifende, Entwicklungswerkzeuge (Compiler SPLV und NATURAL) die Grundlage, um auf den verschiedenen Rechnerplattformen den Ablauf der einzelnen Bundesstatistiken zu garantieren. Das Statistische Bundesamt entwickelte für SPLV eine Programmier- und Ablaufumgebung sowohl für UNIX-Systeme als auch für PC mit dem Betriebssystem Windows NT, um neben dem Großrechnersystem auch diese zusätzlich weitverbreiteten Plattformen zu unterstützen.

Neben der Tabellierung sind noch weitere Funktionen zu integrieren, die automatisch in den Ergebniserstellungsprozeß eingebunden werden müssen, wie zum Beispiel Geheimhaltung oder Datenlieferungsschnittstellen für die Statistischen Informationssysteme.

Die bei einer Erhebung vorliegende Datenmenge eröffnet a priori umfassende Auswertungsmöglichkeiten, die jedoch nicht allein durch die Hilfe von Programmierern mit Einzelprogrammen auch tatsächlich realisiert werden. Deshalb wird dieser große Datenumfang den Fachabteilungen in entsprechenden Aggregaten zur Verfügung gestellt, damit diese mit adäquaten Endbenutzersprachen Auswertungen durchführen können. Das Statistische Bundesamt nutzt das auf der Großrechenanlage installierte Statistische Informationssystem des Bundes, um der Fachabteilung vor Ort ein Werkzeug zur schnellen Auswertung im Dialog bereitzustellen. Für diesen Teil der Aufbereitung werden jedoch auch immer mehr PC mit Standardsoftware für Tabellenkalkulation und speziellen Statistikpaketen genutzt.

Eine große Herausforderung besteht in den nächsten Jahren darin, die Daten auf den verschiedensten Rechnersystemen so bereitzustellen, daß die jeweils effektivste Plattform aufgabenadäquat genutzt wird und Datenübergänge, physisch als auch logisch, von System zu System möglich sind.

7.6.5 Analyse und graphische Aufbereitung

Neben der Ergebnisdarstellung in Form von Tabellen werden im Statistischen Bundesamt die Daten der amtlichen Statistik auch mittels mathematisch-statistischer Analyseverfahren ausgewertet und in graphischer Form dargestellt. Bei den zu-

grunde liegenden Daten handelt es sich hauptsächlich um Aggregate (Zeitreihen oder Tabellen). Anwendung finden somit in der Mehrzahl Verfahren aus der Zeitreihenanalyse, der Prognose- und Modellrechnung (Beispiele: Prognose von Ernteerträgen auf der Basis von Witterungsdaten, Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung), der Regressionsrechnung (Beispiel: Schätzung des vorläufigen monatlichen Preisindex), der Ausgleichsrechnung (Beispiel: Allgemeine Sterbetafel) sowie der Regression mit kategorialen Merkmalen Anwendung. Die Ergebnisse werden in periodisch wiederkehrenden Veröffentlichungen oder im Rahmen der Darstellung einmaliger methodischer Untersuchungen oder Ad-hoc-Aufbereitungen publiziert.

Als besonders wichtiges Tätigkeitsfeld im Analysebereich ist die Entwicklung und Anwendung von Verfahren der Zeitreihenanalyse hervorzuheben. Zeitreihenanalysen sind heute unverzichtbar für die aktuelle Konjunkturdiagnose und -prognose. Als Analyseverfahren wird im Statistischen Bundesamt vorrangig das sogenannte Berliner Verfahren, Version 4.0 (BV4), angewendet. Dieses Verfahren hat sich seit längerem für konjunkturdiagnostische Zwecke gut bewährt; seine Analyseergebnisse für viele konjunkturrelevante Zeitreihen werden monatlich u. a. in „Konjunktur aktuell“ veröffentlicht.

Die DV-technische Durchführung der Analysen kann je nach Datenverfügbarkeit, Terminvorgaben und Komplexität der Fragestellung auf drei verschiedene Arten erfolgen. Zum einen werden der Analyseteil des Statistischen Informationssystems des Bundes (STATIS-BUND) (siehe Abschnitt 9.3.1) mit rund 250 im Dialog aufrufbaren Verfahren und dessen Graphikkomponente genutzt. Daneben stehen für spezielle Analysen Großrechnerprogramme zur Verfügung oder werden gegebenenfalls auch neu erstellt.

Drittens ist die Analyse mit Arbeitsplatzcomputern unter Einsatz von statistischen Standardpaketen zu nennen, die zunehmend an Bedeutung gewinnt.

7.7 Bürgerfreundlichkeit und Schonung der Auskunftgebenden

In nahezu allen industrialisierten Ländern nimmt die Öffentlichkeit eine zunehmend kritische Haltung gegenüber Forderungen des Staates ganz allgemein und damit auch gegenüber statistischen Befragungen ein. Da die amtliche Statistik in besonderem Maße auf das Vertrauen der Bevölkerung und die Mitarbeit der Befragten bei statistischen Erhebungen angewiesen ist, gehört es zu den obersten Zielen der statistischen Ämter, die breite Akzeptanz der Statistik durch bürgerfreundliches Verhalten und die Schonung der Auskunftgebenden zu sichern.

Die kritische Haltung gegenüber der Statistik ist meist darauf zurückzuführen, daß die Belastung durch statistische Erhebungen von den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern oder Unternehmen weitaus deutlicher zu spüren ist als der Nutzen statistischer Ergebnisse: Während die Befragten das wenig erfreuliche Ausfüllen statistischer Fragebogen aus eigenem Erleben kennen, ist der Nutzen amtlicher Statistiken – anders als beispielsweise bei einem genehmigten Bauantrag – für die/den einzelnen nicht unmittelbar mit Händen zu greifen. Statistische Informationen tragen eben den Charakter einer Vorleistung, eines „Produktionsfaktors“ für rationale politische

Entscheidungen, für neue wissenschaftliche Erkenntnisse, für eine informative Berichterstattung durch die Medien und für vieles andere mehr. Da sich der indirekte Nutzen statistischer Daten, das heißt der Beitrag des „Produktionsfaktors Information“ zum Endprodukt nur selten unmittelbar erkennen, geschweige denn berechnen läßt, wird die Bedeutung der amtlichen Statistik für die moderne demokratische Gesellschaft häufig übersehen. Es ist daher eine wichtige Aufgabe der statistischen Ämter, den Nutzen statistischer Informationen bewußt zu machen, um so die Befragten für eine bereitwillige Mitarbeit an statistischen Erhebungen zu gewinnen.

Zu einer möglichst breiten Akzeptanz der Statistik soll vor allem das nutzerfreundliche und leicht zugängliche Datenangebot der statistischen Ämter beitragen. Jeder, nicht nur der professionelle Nutzer, sondern auch der statistische Laie, soll die Möglichkeit haben, ohne Mühe statistischen Ergebnisse für seine eigenen Zwecke zu nutzen. Deshalb legen die statistischen Ämter besonderen Wert darauf, ihre Ergebnisse zielgruppenspezifisch anzubieten und allgemeinverständlich zu erläutern. So hat das Statistische Bundesamt sein Angebot an zusammenfassenden Veröffentlichungen erweitert und die speziellen Fachveröffentlichungen durch methodische Erläuterungen und graphische Ergebnisdarstellungen angereichert. Außerdem unterhalten die statistischen Ämter allgemeine Auskunftsdienste, an die sich jedermann schriftlich oder telefonisch wenden kann. Dieser Benutzerservice hilft – in der Regel kostenlos –, die gewünschten Informationen aufzufinden und zusammenzutragen.

Ein zentraler Grundsatz der statistischen Arbeit ist es, die Belastung der Auskunftgebenden so gering wie möglich zu halten. Zu diesem Zweck unternimmt die amtliche Statistik alle Anstrengungen, um Zahl und Umfang der Erhebungen auf ein Minimum zu begrenzen und den Befragten ihre Auskünfte so leicht wie möglich zu machen.

Diesem Ziel dient vor allem die sorgfältige Abstimmung der verschiedenen Erhebungen untereinander, damit sich die einzelnen Statistiken sinnvoll zu einem überschneidungsfreien und vielseitig nutzbaren Gesamtsystem ergänzen. Auf diese Weise lassen sich unnötige Doppelbefragungen vermeiden und viele Fragestellungen beantworten, ohne daß es hierfür zusätzlicher Erhebungen bedarf. Abgesehen von den Anstrengungen zur möglichst effizienten Programmgestaltung (siehe die Abschnitte 7.1 und 7.2) gibt es noch weitere Maßnahmen, mit denen die amtliche Statistik Zahl und Umfang der statistischen Befragungen so weit wie möglich beschränken will. Hierzu zählt u.a. die Nutzung von Verwaltungsunterlagen (siehe Abschnitt 8.2), die Anwendung von Stichprobenverfahren und Abschneidegrenzen und der Austausch der Einheiten in den regelmäßigen Stichprobenerhebungen (siehe Abschnitt 8.3).

Um den Befragten die Arbeit zu erleichtern, achten die statistischen Ämter besonders darauf, daß die Fragebogen bürgerfreundlich gestaltet sind. Oberstes Gebot ist die verständliche und klare Formulierung der Fragen, denn nur eindeutige Fragestellungen gewährleisten vollständige und korrekte Angaben und ermöglichen eine problemlose und wenig aufwendige Beantwortung. Wichtig sind außerdem sorgfältige Erläuterungen zu den Fragebogen, eine folgerichtige Anordnung der Fragen und eine übersichtliche graphische und drucktechnische Gestaltung der Erhebungs-

papiere. Bei der Fragebogengestaltung müssen allerdings auch technische Erfordernisse, wie etwa die Verwendung maschinenlesbarer Belege, berücksichtigt werden. Die statistischen Ämter müssen daher versuchen, die praktischen Anforderungen einer effizienten Datengewinnung mit den Wünschen und Möglichkeiten der Befragten in Einklang zu bringen. Zu diesem Zweck werden im Vorfeld größerer Zählungen mitunter auch Probeerhebungen durchgeführt, um verschiedene Fragebogenentwürfe in der Praxis zu testen.

Bei der Vorbereitung statistischer Erhebungen nutzt das Statistische Bundesamt zunehmend auch externen Sachverstand. So haben an der Vorbereitung der Volkszählung 1987 eine Reihe von Experten aus verschiedenen Fachbereichen mitgewirkt (Markt- und Meinungsforschungsinstitute, Bundesstelle für Büroorganisation und Bürotechnik, Gesellschaft für deutsche Sprache, Akademie für das Graphische Gewerbe), um die Fragebogen möglichst bürgerfreundlich zu gestalten.

Großen Einfluß auf die Auskunftsbereitschaft hat auch die Art der erfragten Sachverhalte. Sensible Fragen, etwa zur Gesundheit oder zu den finanziellen Verhältnissen der Befragten, stoßen naturgemäß auf größere Erhebungswiderstände als offenkundige Merkmale, wie zum Beispiel das Geschlecht. Da auf solche „sensiblen“ Fragen nicht völlig verzichtet werden kann, legen die statistischen Ämter gerade in solchen Fällen ganz besonderen Wert darauf, die Befragten über die strengen Geheimhaltungsvorschriften in der amtlichen Statistik zu informieren und sie davon zu überzeugen, daß ihre persönlichen Angaben nicht an Dritte weitergegeben werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang vor allem die strikte Trennung der Statistik von der übrigen öffentlichen Verwaltung. Die statistischen Ämter können zwar unter bestimmten Bedingungen (siehe Abschnitt 8.2) Daten aus Verwaltungsquellen für statistische Zwecke nutzen, doch dürfen umgekehrt keine Daten, die von der amtlichen Statistik erhoben wurden, an andere Verwaltungsorgane – wie etwa die Steuerbehörden – weitergegeben werden. Dieses Prinzip der „Einbahnstraße der amtlichen Statistik“ garantiert, daß den Befragten keinerlei persönliche Nachteile aus ihren Auskünften bei statistischen Erhebungen entstehen können.

Den Befragten kann viel Mühe erspart werden, wenn sie bei ihren statistischen Meldungen keine speziellen Recherchen oder Berechnungen anstellen müssen, sondern die erbetenen Angaben aus bereits vorhandenen Unterlagen entnehmen können. Da die Unternehmen in ihrer Buchführung bereits über wichtige Informationen verfügen, orientiert sich das Fragenprogramm in den Unternehmensstatistiken soweit wie möglich an den Kategorien des betrieblichen Rechnungswesens. Die allgemein verbreitete Führung des Rechnungswesens mit Hilfe der EDV bietet gleichzeitig die Möglichkeit, moderne Formen der Datenübermittlung – zum Beispiel Datenlieferung auf Diskette oder durch Datenfernübertragung – anzuwenden. Hier liegt ein wesentliches Rationalisierungspotential gegenüber dem manuellen Ausfüllen von Erhebungsbogen (siehe die Abschnitte 7.6.2 und 8.1.2). Inwieweit statistische Angaben direkt aus der EDV von Unternehmen gewonnen und an die statistischen Ämter übermittelt werden können, hängt davon ab, ob in der Software der Unternehmen entsprechende Programme vorhanden sind. Hier arbeitet die amtliche Statistik mit Softwareanbietern zusammen, um entsprechende Standards einzuführen und zu verbreiten.

Trotz aller Vorteile dürfen aber auch die Hindernisse nicht übersehen werden, die einer extensiveren Nutzung bereits vorhandener Daten entgegenstehen: Vorhandene Daten, wie jene aus dem betrieblichen Rechnungswesen, sind primär an anderen Informationszielen ausgerichtet (zum Beispiel steuerlichen Zwecken) als amtliche Statistiken. Infolgedessen gelten oft unterschiedliche Definitionen und Begriffsabgrenzungen, und eine Harmonisierung ist in vielen Fällen nicht oder nur mit erheblichem Aufwand möglich. Auch die Anpassung der Merkmalsinhalte, zum Beispiel aufgrund geänderter Steuerbestimmungen, erschweren eine Nutzung vorhandener Daten für statistische Zwecke, denn von der Statistik wird auch erwartet, daß sie langfristige Entwicklungen durch eine kontinuierliche Erfassung gleicher oder zumindest vergleichbarer Tatbestände sichtbar macht.

Wie diese Auswahl von Maßnahmen zeigt, setzen die statistischen Ämter an vielen Punkten an, um die Belastung durch statistische Befragungen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Geht man den Klagen einzelner Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen über ein angebliches Übermaß an statistischen Erhebungen auf den Grund, so stellt sich in vielen Fällen heraus, daß nicht ausreichend zwischen Auskünften an die amtliche Statistik und Meldungen an andere Stellen differenziert wird. So werden der amtlichen Statistik zu Unrecht auch Auskünfte zu Verbandsstatistiken, Anfragen privater Stellen oder Meldepflichten gegenüber anderen Behörden angelastet.

Einen Überblick über die wirkliche Belastung im Bereich der Wirtschaft gibt die Studie „Unternehmensbelastung durch Bundesstatistiken“, die für das Jahr 1979 vom Bundesministerium des Innern in Zusammenarbeit mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft und dem Statistischen Bundesamt erstellt wurde. Die Untersuchung macht insgesamt deutlich, daß die von den Unternehmen aufgewandte Bearbeitungszeit – obgleich sie je nach Unternehmensgröße und Branche schwankt – im Durchschnitt weniger als ein Promille der gesamten Jahresarbeitszeit ausmacht.

8 Datengewinnung

8.1 Direkte Befragung

8.1.1 Formen der Befragung und ihre Anwendung in der amtlichen Statistik

Die in der Statistik am häufigsten eingesetzte Methode zur Datengewinnung ist die Befragung. Unter dem Oberbegriff Befragung lassen sich eine Reihe unterschiedlicher Befragungsformen oder -typen subsumieren: Nach der Befragungssituation kann man zwischen mündlicher und schriftlicher Befragung trennen. Bei der *mündlichen Befragung*, im allgemeinen Interview genannt, unterscheidet man das Einzelinterview, bei dem der Interviewführende die Befragten aufsucht (im allgemeinen in dessen Wohnung; es kann aber auch seine Arbeitsstelle oder sonst ein Ort sein, z. B. ein landwirtschaftlicher Betrieb oder ein Unternehmen bei Wirtschaftsstatistiken) und das Gruppeninterview, bei dem mehrere Personen anwesend sind und gleichzeitig befragt werden. Der Interviewer bzw. die Interviewerin notiert jeweils die gegebenen Antworten. Eine Sonderform des mündlichen Interviews ist das telefonische Interview.

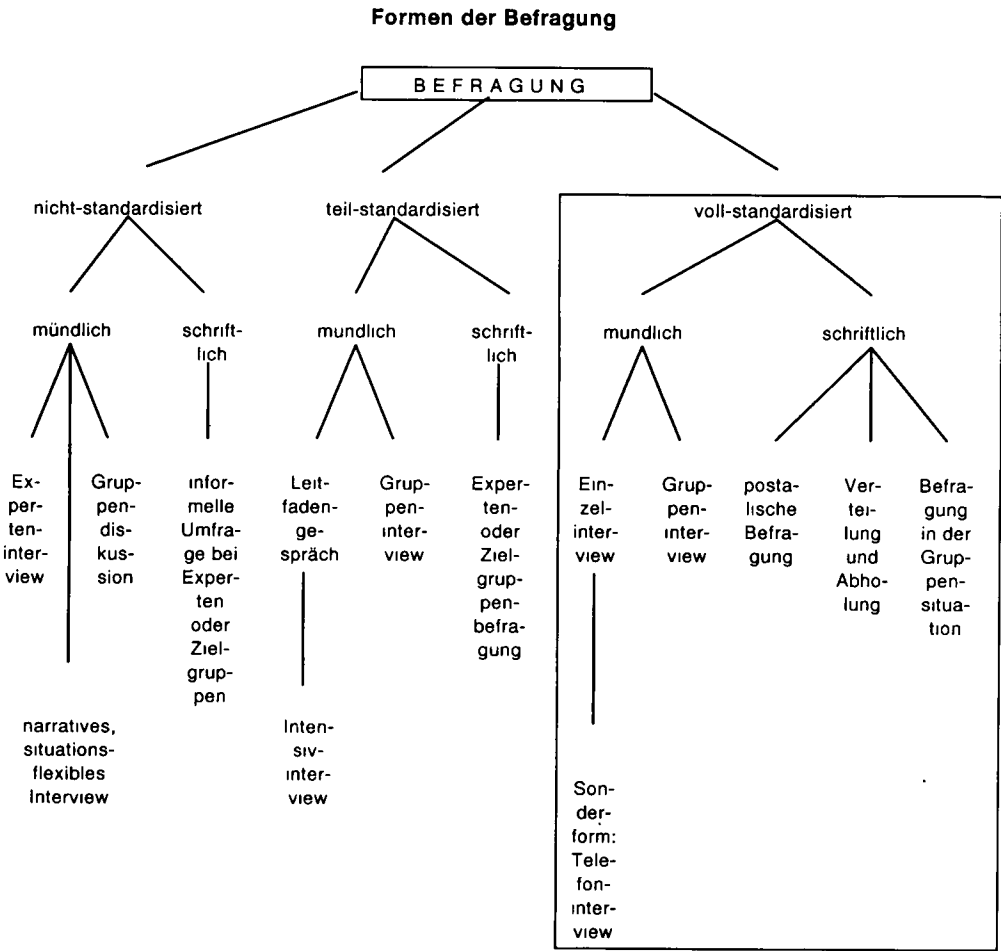
Die *schriftliche Befragung* wird vor allem als postalische Befragung, das heißt durch Zustellung des Fragebogens per Post, durchgeführt. Von den Adressaten wird dabei erwartet, daß sie den Fragebogen ausfüllen und ihn anschließend zurückschicken. Um eine ähnliche Befragungsart handelt es sich, wenn zunächst der Fragebogen durch den Interviewer bzw. die Interviewerin überbracht und nach Erläuterung des Zwecks der Befragung zum Selbstausfüllen im Haushalt gelassen wird. Später holt der Interviewer bzw. die Interviewerin den Fragebogen wieder ab, wobei er ihn auf Vollständigkeit hin überprüft und eventuell ergänzt (z. B. bei der Volkszählung).

Davon zu unterscheiden ist die (schriftliche) Befragung in einer Gruppensituation: Eine ganze Gruppe von zu Befragenden ist gleichzeitig anwesend und füllt gewöhnlich in Anwesenheit eines Erhebungsbeauftragten oder einer Aufsichtsperson den Bogen aus (etwa bei schriftlichen Befragungen von Schulklassen).

Hinsichtlich des Grades an Standardisierung der Befragung kann zwischen voll-standardisierter, teil-standardisierter und nicht-standardisierter Befragung unterschieden werden. Bei der *voll-standardisierten Befragung* sind alle Fragen und Antworten explizit vorformuliert; es ist festgelegt, in welcher Reihenfolge die Fragen zu stellen sind, ob die Fragen „offen“ oder „geschlossen“ gestellt werden. Die Interviewenden haben keinen Spielraum bei der Gestaltung des Gesprächs. Schriftliche Befragungen sind im allgemeinen voll-standardisiert. Beim *teil-standardisierten Fragebogen* handelt es sich dagegen vor allem um ein Fragebogengerüst: In der Hauptsache wird mit offenen Fragen gearbeitet; Sondierungsfragen sind zugelassen; die Interviewenden haben die Möglichkeit, die Befragungssituation selbst mitzustrukturieren. Einzelinterviews mit Hilfe eines solchen Fragebogengerüsts oder Interviewer-Leitfadens werden Leitfadengespräch

bzw. Intensiv- oder Tiefeninterview genannt. Diese Form der Befragung erlaubt es, zu bestimmten Themen genauer nachzufragen, Sachverhalte intensiver oder mehr in die Tiefe gehend zu erfassen. Schriftliche teil-standardisierte Befragungen sind selten. Sie richten sich allenfalls mit eng abgegrenztem Themenbereich an Experten oder spezielle Zielgruppen.

Das *nicht-standardisierte Interview* verzichtet vollständig auf einen Fragebogen. Den Interviewenden sind nur Stichworte oder Themen vorgegeben, die sie anzusprechen haben, und die Befragten können ohne Vorgabe, ohne präzise Einzelfragen dazu Stellung nehmen (etwa bei Experteninterviews). Auch die Gruppendiskussion wird meist in dieser Weise geführt. Die Diskussionsleitung gibt lediglich das Rahmenthema vor und achtet darauf, daß nach Möglichkeit alle Teilnehmenden zu Wort kommen; sie führt zum Thema zurück, wenn die Diskussion abschweift.



In der amtlichen Statistik werden vor allem voll-standardisierte schriftliche oder mündliche Befragungen durchgeführt. Bei Befragungen mit Auskunftspflicht, wie zum Beispiel dem Mikrozensus, der als Interviewerbefragung konzipiert ist, muß nach den Rechtsvorschriften des Bundesstatistikgesetzes zudem sichergestellt werden, daß die Fragen nicht nur mündlich, sondern auch schriftlich beantwortet werden können, wenn die Befragten dies wünschen.

Die Daten für die überwiegende Zahl der Bundesstatistiken werden – vor allem aus Kostengründen – schriftlich gewonnen, als postalische Befragung. Bei komplexeren Erhebungen, wie zum Beispiel der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe oder einigen Landwirtschaftsstatistiken, kann auf die Mithilfe von Erhebungsbeauftragten (Interviewer/-in oder Zähler/-in) bei der Datengewinnung nicht verzichtet werden. Interviewerinnen und Interviewer, die bei der Durchführung einer Bundesstatistik eingesetzt werden, müssen besondere Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten. Sie werden zur Wahrung des Statistikgeheimnisses und zur Geheimhaltung ihrer aus der Befragungstätigkeit gewonnenen Erkenntnisse verpflichtet (siehe die Abschnitte 2.3.3 und 2.3.4).

8.1.2 Neuere Wege der Befragung

Neben den beiden klassischen Methoden der statistischen Datengewinnung über Fragebogen auf Papier

- persönliches Interview mit schriftlicher Eintragung der Antworten in einem Fragebogen und
- schriftliche Erhebung mit postalischer Rücksendung des Fragebogens

gibt es neuere Verfahren des elektronischen Datenaustauschs (EDI – Electronic Data Interchange), von denen in der Bundesstatistik einige bereits angewendet oder getestet werden. Dazu zählen

- auf Diskette oder Magnetband eingesandte Angaben,
- per Datenfernübertragung gelieferte Angaben,
- computergestützte Datengewinnung durch Berichterstatter,
- computergestützte persönliche Interviews (CAPI) und
- computergestützte Telefoninterviews (CATI).

Ziel ist jeweils eine zeitliche Verkürzung der Phase zwischen der Datengewinnung und der Bereitstellung der Erhebungsergebnisse sowie die Entlastung der Befragten; in allen Fällen wird zum Beispiel eine Beschleunigung dadurch erreicht, daß die manuelle Eingabe schriftlich vorliegender Angaben in den Prozeß der elektronischen Datenverarbeitung der statistischen Ämter entfällt.

Auf Diskette oder Magnetband eingesandte Daten

Seit Jahren schon können für bestimmte Bundesstatistiken Daten von den Befragten auch auf Diskette oder Magnetband eingesandt werden. Dies gilt für Statistiken, deren Befragte in der Regel über EDV verfügen, so daß die Angaben von dort direkt auf den einzusendenden elektronischen Datenträger übernommen werden können. Nach Erfassung der gelieferten Angaben in den statistischen Ämtern sind die bespielten Datenträger so zu behandeln, daß die statistische Geheimhaltung gewährleistet bleibt. Dazu müssen die Datenträger an die Auskunftgebenden zurückgesandt, die gespeicherten Dateien zuverlässig gelöscht oder die Datenträger zerstört werden.

Beispiele für diesen Erhebungsweg sind die Diagnosestatistik im Rahmen der Krankenhausstatistik, bei der Krankenhäuser ihre Angaben nach bestimmten Formatvorgaben den statistischen Ämtern der Länder auf Disketten oder Magnetbändern zuschicken können, ferner Statistiken, bei denen Behörden befragt werden, wie die Sozialhilfe- oder Wohngeldstatistik. Im gesamten Bereich der Außenhandelsstatistik bietet das Statistische Bundesamt den auskunftspflichtigen Unternehmen bereits seit 1968 die Möglichkeit, statistische Meldungen auf elektronischen Datenträgern (Magnetband, Magnetbandkassette, Diskette) abzugeben. Diese Art der Datenübermittlung fand bei den Unternehmen viel Anklang, so daß bis Ende 1994 die Anzahl der sogenannten EDV-Anmelder auf etwa 1 500 für den Bereich der Extrahandelsstatistik (Außenhandel über die Europäische Union hinaus) und auf etwa 3 500 für die Meldungen zur Intrahandelsstatistik angestiegen ist.

Aufgrund der technischen Entwicklung der letzten Jahre werden derzeit im Statistischen Bundesamt Überlegungen angestellt, den auskunftspflichtigen Unternehmen zukünftig für den Bereich der Intrahandelsstatistik ein Dialog-Datenerfassungsprogramm anzubieten. Die anzumeldenden Daten können hierbei vom Anwender im Dialogverfahren in eine Dateneingabemaske eingegeben werden, die dem Vordruck aus Papier nachempfunden ist; ferner besteht die Möglichkeit, Daten aus bereits vorhandenen Dateien, zum Beispiel aus der Buchhaltung, zu übernehmen. Die Daten werden einer Vollständigkeits- und Genauigkeitsprüfung unterzogen und anschließend auf Diskette zur Übermittlung an das Statistische Bundesamt überspielt. Erste positive Erfahrungen lieferte bereits ein Praxistest bei auskunftspflichtigen Unternehmen. Das Dialogprogramm soll den Auskunftspflichtigen vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt werden. Zur Hilfestellung bei der Installation des Programms und zur Lösung von Problemen, die bei der Handhabung des Programms auftreten, ist ein spezieller Hotline-Beratungsservice vorgesehen.

Datenlieferung mittels Datenfernübertragung

Weltweit werden immer mehr Geschäfts- und Verwaltungsdaten mit Hilfe elektronischer Datenfernübertragung ausgetauscht.

Vorteil ist neben der sehr kurzen Übermittlungszeit auch die Möglichkeit, die Daten direkt, das heißt ohne Medienbruch, aus der EDV der Versender an die der Empfänger zu liefern, was die Anfälligkeit für Übertragungsfehler reduziert.

Die amtliche Statistik plant, diesen Übertragungsweg auch für die Gewinnung statistischer Daten zu nutzen. Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen etwa führt gegenwärtig entsprechende Tests durch. Für die dezentralen Bundesstatistiken

- Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe,
- Monatsbericht für Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe,
- monatlicher Produktions-Eilbericht und
- vierteljährliche Produktionserhebung

wird den berichtspflichtigen Betrieben und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen seit dem 1. Januar 1995 angeboten, ihre Meldungen über den Mitteilungsdienst Telebox 400 der Telekom zu liefern. Hierzu wurde das Programm EDISTAT entwickelt, das insbesondere folgende Komponenten umfaßt:

- Window-fähiges Online-Modul zur Erfassung und Bearbeitung von Statistikdaten,
- Schnittstelle zum Import von Statistikdaten aus der Anwendungsumgebung der Versender,
- Übermittlungsmodul für den Versand der Daten via Telebox 400 und
- Telebox 400-Zugang mit PC-Box-Software.

Bei erfolgreichem Verlauf des oben genannten Tests ist eine spätere Ausweitung auf andere Statistiken geplant.

Im Bereich der Intrahandelsstatistik soll das vom Statistischen Bundesamt eingesetzte Dialog-Datenerfassungsprogramm ebenfalls um eine Komponente zur Datenfernübertragung erweitert werden.

Verbraucherpreiserhebungen mit tragbaren Computern

Die aktuellen Verbraucherpreise werden monatlich von Preisberichterstatlern der Gemeinden insbesondere bei Unternehmen des Einzelhandels erhoben. Von genau spezifizierten Gütern und Dienstleistungen werden die aktuellen Verkaufspreise abgelesen oder erfragt und handschriftlich in einen Erhebungsbogen eingetragen. Die Gemeinden sammeln die Bogen und schicken sie an das zuständige statistische Landesamt, das sie auf elektronischen Datenträgern erfaßt und auswertet.

Diese fehleranfällige und zeitaufwendige manuelle Erfassung im Landesamt könnte eingespart werden, wenn man die Preise bereits vor Ort in einen tragbaren Rechner eingibt. Statt mit der Post könnten die Daten dann per Datenfernleitung von der Gemeinde an das Landesamt übermittelt werden. Bei diesem Verfahren könnten die aktuellen Verbraucherpreise um einige Tage früher vorliegen, was bei einer monatlichen Statistik ein bedeutender Zeitgewinn ist. Durch recht einfache Plausibilitätskontrollen während der Datengewinnung können außerdem Eingabe- oder Lesefehler der Preisermittler weitgehend korrigiert werden.²³⁾ Dies dürfte auch die Qualität der Daten deutlich steigern.

²³⁾ So z. B., indem der Preisermittler vom Programm darauf aufmerksam gemacht wird, wenn eine Preisveränderung gegenüber dem Vormonat besonders groß ist.

In einem Test wurden unterschiedliche Computertypen auf ihre Eignung für Preiserhebungen überprüft. Die Palette reichte von den recht großen Laptop-Computern über Notebook-Computer und Subnotebook-Computer bis hin zu Handheld-Computern²⁴⁾, die kaum größer als Taschenrechner sind. Eine mögliche Alternative könnten auch Pen-Computer darstellen, bei denen die Eingabe mit einem Stift auf dem Bildschirm erfolgt. Die Anforderungen an den idealen Rechner sind so vielfältig, daß keiner der getesteten Typen alle wird optimal erfüllen können. Der Computer sollte leicht, klein und handlich sein, dabei ein ausreichend großes Display, einen schnellen Prozessor und ausreichende Speicherkapazitäten besitzen, außerdem möglichst lange netzunabhängig betrieben werden können und das bei geringen Anschaffungs- und Betriebskosten. Zusammenfassend ließ sich feststellen, daß Hand-Held-Geräte für die Preisermittlung als geeignet bezeichnet werden können. Als wichtigste Gründe für die nur bedingte Eignung von Notebook- und Subnotebook-Computern wurden Größe und Gewicht der eingesetzten Geräte angesehen. Die Ergebnisse der Tests ergaben, daß die Preiserhebung mit Computer grundsätzlich eine erhebliche Einsparung von Zeit und Kosten insbesondere in den der eigentlichen Erhebungen folgenden Aufbereitungsphase erbringt. Zudem ist die Erhebung weniger fehlerbehaftet, da bereits während der computergestützten Eingabe Plausibilitätsprüfungen durchgeführt werden. Problematisch stellt sich die Akzeptanz gegenüber der computergestützten Erhebung sowohl auf der Seite der Preisermittler, als auch auf der Seite der Befragten dar.

Gegen das neue Verfahren gibt es keine grundsätzlichen datenschutzrechtlichen Bedenken. Doch ist eine besondere Situation gegeben, weil sich nicht nur die erhobenen Daten auf elektronischen Datenträgern, zeitweise außerhalb der statistischen Ämter befinden, sondern auch das das EDV-Programm zum Erfassen der Daten den Kontrollbereich der Behörde verläßt. Um die Daten vor unberechtigtem Zugriff zu schützen, sind daher besondere Vorsichtsmaßnahmen, wie Paßwortschutz und automatische Verschlüsselung der Daten auf der Festplatte notwendig. Bei einem Einsatz von tragbaren Computern muß darüber hinaus die gesamte Erhebungsorganisation umgestaltet werden. Um jeden Preisberichterstatter mit einem Gerät auszustatten, wären zunächst hohe Investitionen notwendig. Die Kosten könnten jedoch besser verteilt werden, wenn die Geräte zusätzlich ausgelastet würden, zum Beispiel als Arbeitsplatz-PC in den Gemeinden oder für Haushaltsbefragungen.

Haushaltsbefragungen mit tragbaren Computern (CAPI)

Bis heute werden Haushaltsbefragungen der amtlichen Statistik, wie beispielsweise der Mikrozensus, mit „Papier und Bleistift“ erhoben, das heißt die Angaben werden handschriftlich in Erhebungsbogen eingetragen und diese dann im zuständigen statistischen Amt manuell auf einem maschinenlesbaren Datenträger erfaßt und ausgewertet.

Zur Zeit wird vom Statistischen Bundesamt zusammen mit den statistischen Ämtern der Länder geprüft, ob der Fragebogen aus Papier durch einen „elektronischen Fragebogen“ ersetzt werden kann. In diesem Fall erhalten alle Interviewenden einen

²⁴⁾ Handheld-Computer sind allerdings nicht DOS-kompatibel.

tragbaren Computer mit einem speziell für die Erhebung konstruierten Erfassungsprogramm. Dieses Programm bringt nacheinander die Fragen auf den Bildschirm, die nach den bisher gemachten Angaben des Auskunftgebenden sinnvoll sind, die Interviewenden werden also durch den Fragebogen geführt.²⁵⁾ Die Antworten der Befragten werden nicht mehr schriftlich erfaßt, sondern in den Computer eingegeben und können dann auf einer Diskette oder via Datenfernleitung an das statistische Amt übermittelt und dort sofort ausgewertet werden.

Auch bei diesem Verfahren, das international CAPI (Computer Assisted Personal Interviewing) genannt wird, entfällt somit die zusätzliche manuelle Erfassung im statistischen Amt. Die Befragungsergebnisse stehen schneller zur Verfügung und Erfassungsfehler im statistischen Amt kommen nicht mehr vor. Erfassungsprogramme sind in der Lage, sofort die Plausibilität der eingegebenen Antworten zu überprüfen.²⁶⁾ Falsche oder unplausible Angaben können dann noch während des Interviews geklärt werden. So kann die manuelle Plausibilitätskontrolle im statistischen Amt entfallen und die maschinelle Überprüfung dort stark vereinfacht werden. Ein weiterer Vorteil der computergestützten Befragung ist die bereits angesprochene Steuerung des Interviewers durch den Fragebogen. Durch einen Wechsel der Reihenfolge der Fragen und der Antwortkategorien können außerdem Einflüsse der Fragebogengestaltung vermindert werden. Der Einsatz von CAPI verspricht also in erster Linie eine schnellere Bereitstellung der Erhebungsergebnisse, zugleich aber auch eine Verbesserung der Datenqualität.

CAPI ist in der privaten Umfrageforschung und in der internationalen amtlichen Statistik bereits recht weit verbreitet. Um zu untersuchen, ob Laptop-Computer auch in amtlichen Haushaltsbefragungen in Deutschland eingesetzt werden können, wurde 1991 im Auftrag von Eurostat eine Testerhebung mit dem Fragenprogramm des Mikrozensus und der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Gemeinschaften durchgeführt. Untersuchungsschwerpunkte waren dabei die Akzeptanz des Verfahrens durch die Befragten und durch die Interviewer, die Eignung der gewählten Hard- und Software, organisatorische Anforderungen, Zeitbedarf, Datenqualität und Fragen des Datenschutzes.

Die Ergebnisse waren ausgesprochen positiv. Der größte Teil der Befragten zog ein computergestütztes Interview einer Befragung mit Hilfe eines Fragebogens aus Papier vor. Diese positive Einstellung war bei solchen Personen besonders ausgeprägt, die technisch interessiert waren oder Laptops bereits kannten. Die zunehmende Verbreitung derartiger Geräte dürfte die Bereitschaft zu Interviews per Computer in Zukunft noch weiter erhöhen. Auch hinsichtlich der anderen Untersuchungsaspekte waren die Ergebnisse der Testerhebung durchweg positiv. Insgesamt sind die dabei gemachten Erfahrungen so vielversprechend, daß die Bundesstatistik in ihrem Bereich weitere Einsatzmöglichkeiten prüft. So werden zur Zeit in einigen statistischen Ämtern der Länder tragbare Computer in den Mikrozensususerhebungen in begrenztem Umfang probeweise eingesetzt.

²⁵⁾ Beispielsweise wird bei einer Vierjährigen nicht danach gefragt, ob sie verheiratet ist.

²⁶⁾ Z. B. kann das Programm bei entsprechender Programmierung einen Konsistenzfehler melden, wenn ein Zwanzigjähriger angibt, seit mehr als zehn Jahren verheiratet zu sein.

Computergestützte Telefoninterviews (CATI)

Bei CATI, wie die Abkürzung für dieses Verfahren nach der englischen Bezeichnung „Computer Assisted Telephone Interviewing“ heißt, lesen Telefoninterviewer die Fragen von einem Bildschirm ab. Auf dem Erfassungsprogramm wird immer die Frage angezeigt, die aufgrund der bisherigen Antworten des Befragten sinnvoll ist, wobei auch auf Antworten und Informationen zurückgegriffen werden kann, die weit in der Befragung zurückliegen. Die Interviewer geben die Antworten in den Rechner ein, so daß die Daten sofort nach ihrer Gewinnung für Auswertungen zur Verfügung stehen. Da das Erfassungsprogramm zudem – wie bei CAPI – Plausibilitätskontrollen ermöglicht und dadurch inkonsistente Antworten sofort auffallen, können entsprechende Rückfragen schon während des Interviews geklärt werden. Daneben besteht die Möglichkeit, die Interviewer im Telefonstudio zentral durch Experten, sogenannte Supervisor, fachlich und organisatorisch zu begleiten und dadurch die Zuverlässigkeit der gewonnenen Daten zu erhöhen. Außerdem entfallen gegenüber CAPI Interviewerreisen.

CATI wird in der privaten Markt- und Meinungsforschung und von anderen nationalen statistischen Ämtern bereits häufig eingesetzt. Dagegen bilden in der Bundesstatistik telefonische Befragungen noch die Ausnahme. 1992 wurde CATI im Rahmen der Methodenstudie „Tourismusstichprobe“ eingesetzt, wobei die Interviews zum Teil von einem privaten Institut und zum Teil vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen durchgeführt wurden.

8.2 Nutzung von Verwaltungsunterlagen und Adreßdateien

Die weitaus wichtigste Quelle für die Beschaffung statistischer Angaben sind eigene Erhebungen der amtlichen Statistik. Daneben hatte die Nutzung von Verwaltungsunterlagen schon immer große Bedeutung. Hierbei handelt es sich um eine besonders rationelle Form der Informationsbeschaffung, die direkte Befragungen entbehrlich machen kann und die damit wesentlich dazu beiträgt, Anforderungen durch Auskunftssuchen zu verringern. Grundsätzlich ist festzustellen, daß Verwaltungsunterlagen als Datenquelle für die Bundesstatistik ständig an Bedeutung gewinnen. Der zunehmende Einsatz der Datenverarbeitung kann zusätzlich zur rationellen Datengewinnung beitragen.

Bei der Auswertung von Daten aus dem Verwaltungsvollzug ist zu unterscheiden zwischen Statistiken nach § 8 BStatG, bei denen dem Statistischen Bundesamt die Aufbereitung der Daten übertragen werden kann, und sogenannten Sekundärstatistiken.

Nach § 8 Abs. 1 BStatG kann die statistische Aufbereitung von Daten, die bei den Verwaltungsstellen des Bundes entweder aufgrund nicht-statistischer Rechts- oder Verwaltungsvorschriften oder auf andere Weise anfallen, dem Statistischen Bundesamt übertragen werden. Dabei werden Verwaltungsunterlagen, die im Geschäftsgang von Bundesbehörden anfallen, zum Teil einer statistischen Auswertung im Rahmen der amtlichen Statistik zugänglich gemacht.

Sekundärstatistiken sind gesetzlich angeordnete Statistiken, bei denen die Angaben aus vorhandenen Verwaltungsunterlagen entnommen werden können. Erwähnt seien die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung und die Wanderungsstatistik, die aus Unterlagen der Standesämter und der Einwohnermeldeämter erstellt werden. Die Arbeitsmarktstatistiken stützen sich überwiegend auf Geschäftsunterlagen der Arbeitsämter. Mit den Meldungen zur Sozialversicherung wird eine laufende Beschäftigten- und Entgeltstatistik erstellt; ebenso basieren die Statistiken des Kraftfahrzeugbestandes auf Auszählungen der Register beim Kraftfahrt-Bundesamt. Die Finanz-, Personal- und Steuerstatistiken beruhen zum größten Teil auf Unterlagen der Haushalts- und Besoldungsstellen bzw. der Finanzverwaltungen.

Daneben besteht auch die Möglichkeit, auf der Grundlage des § 5 Abs. 5 BStatG Bundesstatistiken aus Angaben zu erstellen, die aus allgemein zugänglichen Quellen, oder – sofern den statistischen Ämtern durch Rechtsvorschrift ein besonderes Zugangsrecht gewährt ist – aus öffentlichen Registern entnommen werden. Die Erschließung dieser Datenquellen kann die Bundesstatistik bei wachsenden automatisierten Datenbeständen in vielen Bereichen rationeller und flexibler gestalten. Positiv wirkt sich dabei auch die Vereinheitlichung des Basismaterials und die Zentralisierung der Datensammlung aus, die im allgemeinen mit dem Einsatz der Datenverarbeitung verbunden sind.

Eine effiziente Nutzung von Verwaltungsunterlagen für statistische Zwecke macht es notwendig, daß die von den Verwaltungen gespeicherten Daten inhaltlich und technisch den Bedürfnissen der amtlichen Statistik möglichst weitgehend entsprechen. Daher ist die frühzeitige Mitwirkung des Statistischen Bundesamtes bei der Planung bzw. Durchführung von Automationsvorhaben auf allen staatlichen Ebenen vorgesehen, soweit der Bund eingeschaltet ist²⁷⁾. Hierdurch soll gewährleistet werden, daß bei den Beratungen über den zu automatisierenden Datenbestand und seine statistische Aufbereitung die Belange der amtlichen Statistik und ihrer Benutzer gebührend berücksichtigt werden. Dabei geht es nicht nur um organisatorisch-technische Probleme, wie zum Beispiel die Registerführung und den Zugriff zu den Daten, sondern auch um die Frage der Einpassung dieser Daten in das statistische Gesamtbild. Insbesondere wenn direkte Befragungen durch solche Auswertungen ersetzt werden sollen, muß nicht nur die rationelle Ermittlung dieser Statistikergebnisse und die Vermeidung zusätzlicher Belastungen der zu Befragenden beachtet, sondern auch die Qualität der zu gewinnenden Ergebnisse sichergestellt werden.

Als Beispiel für die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der Nutzung von Verwaltungsunterlagen sei der Aufbau der laufenden Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer erwähnt, die auf der Einführung des Meldeverfahrens zur Sozialversicherung und dem Datenverbund zwischen den Sozialversicherungsträgern und der Bundesanstalt für Arbeit basiert. Die Angaben aus dieser Quelle haben die Datenbasis über die Beschäftigten wesentlich verbessert. Da diese Statistik aber nur die der Sozialversicherungspflicht unterliegenden Arbeitnehmer

²⁷⁾ § 3 Abs. 1 Nr. 9 BStatG.

einbezieht, muß zur Gewinnung eines Gesamtbildes der Beschäftigung ergänzendes Material aus anderen Erhebungen herangezogen werden.

Neben der Nutzung von Verwaltungsunterlagen für die amtliche Statistik sind Entlastungen der Befragten im Bereich der Wirtschafts- und Umweltstatistiken dadurch vorgesehen, daß den statistischen Ämtern die laufende Führung von Adreßdateien ermöglicht ist²⁸⁾. Die in diesen Dateien enthaltenen, gesetzlich vorgegebenen Angaben können zur Aufbereitung und Auswertung von Bundesstatistiken genutzt werden. Nach § 13 a BStatG können darüber hinaus Angaben aus verschiedenen Statistiken zusammengeführt und somit zusätzliche Ergebnisse aus vorhandenen Statistiken gewonnen werden. Dadurch werden neue Erhebungen und weitere Belastungen der Befragten vermieden.

Auch auf europäischer Ebene wird der Aufbau von Registern für die Statistik vorangetrieben. So müssen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Unternehmens-) Register für statistische Verwendungszwecke aufbauen, führen und aktualisieren²⁹⁾. In den Registern für statistische Verwendungszwecke sind grundsätzlich alle Unternehmen, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, die zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt, zu erfassen, weiterhin alle rechtlichen Einheiten, die für sie verantwortlich sind, und alle örtlichen Einheiten, die von ihnen abhängen. Die in den Registern zu erfassenden Angaben sind den laufenden statistischen Erhebungen oder den in den Gebieten der Mitgliedstaaten bestehenden administrativen oder gerichtlichen Registern oder Dateien zu entnehmen, zu denen die nationalen statistischen Ämter nach Maßgabe des nationalen Rechts Zugang haben. Ein Bundesgesetz zur Regelung des Zugangs der statistischen Ämter des Bundes und der Länder zu solchen Registern und Dateien ist in Vorbereitung.

Unternehmensregister für statistische Verwendungszwecke sind ein universell einsetzbares Werkzeug zur Vorbereitung und Durchführung aller statistischen Erhebungen bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten, u. a. um Berichtskreise von Erhebungen anhand von Wirtschaftszweig-, Größen- oder anderen Angaben zu bestimmen und um Stichproben mit periodischem, teilweisem Austausch der Auskunftgebenden zu ziehen. Weiterhin können Daten derselben Einheiten aus vorliegenden Erhebungen zu einer neuen Statistik zusammengeführt werden, anstatt diese zusätzlich bei den Unternehmen zu erheben. Unternehmensregister erlauben eine Verbesserung der Akzeptanz durch konsequente Gleichbehandlung der Auskunftgebenden.

Außerdem sollen die Unternehmensregister selbst statistisch ausgewertet werden. Dadurch werden weitere Belastungen der zu Befragenden durch neue Erhebungen vermieden. So ermöglichen sie die Bereitstellung von Angaben über den Bestand sowie die Zugänge und Abgänge aller Unternehmen und örtlichen Einheiten in der Gliederung nach Regionen, Wirtschaftszweigen und Rechtsformen. Dadurch besteht

²⁸⁾ § 13 BStatG.

²⁹⁾ Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke.

die Möglichkeit, strukturelle Veränderungen der Wirtschaft kontinuierlich zu verfolgen sowie die Entwicklung der Gründungen und der Schließungen als wichtigen Konjunkturindikator zu beobachten, auch hinsichtlich der Auswirkungen von wirtschaftspolitischen Förderungsmaßnahmen.

Von besonderer Bedeutung sind die Gewährleistung der einheitlichen wirtschaftszweigsystematischen Zuordnung desselben Unternehmens in allen Wirtschaftsstatistiken und das Erkennen und Beseitigen von Mehrfacherfassungen in verschiedenen Statistiken sowie von Lücken in der Erfassung von Unternehmen. Damit stellen Unternehmensregister für statistische Verwendungszwecke eines der Instrumente dar, mit deren Hilfe sich die gegensätzlichen Forderungen nach mehr Informationen über die Unternehmen und nach statistischer Entlastung der Unternehmen in Einklang bringen lassen. Von dieser Entlastung profitieren vor allem die kleinen und mittelgroßen Unternehmen, wenn Informationen aus administrativen oder gerichtlichen Registern und Dateien statistisch ausgewertet werden können.

Trotz der oben aufgezeigten Möglichkeiten im Hinblick auf Arbeitserleichterung und Rationalisierung werden aber die primärstatistischen Erhebungen ihre Bedeutung als Datenquelle der amtlichen Statistik nicht verlieren. Das gilt vor allem für Tatbestände, die sich auch weiterhin nur durch spezielle statistische Befragungen erfassen lassen bzw. für die Fälle, bei denen die Zuverlässigkeit bzw. Aktualität der Daten in den Verwaltungsunterlagen für statistische Zwecke nicht ausreicht.

8.3 Anwendung von Stichprobenverfahren

8.3.1 Teilstatistiken

Während in Vollerhebungen alle Einheiten der zu untersuchenden Gesamtheit vollständig erfaßt und aufbereitet werden müssen, ermöglicht es die Durchführung von Teilerhebungen, den Umfang der zu bearbeitenden Massen herabzusetzen. Für das Ziehen der Teilmasse aus der jeweils untersuchten Gesamtheit können verschiedene Auswahlverfahren angewandt werden³⁰⁾. Grundsätzlich sind zwei Gruppen zu unterscheiden: die auf dem Zufallsprinzip beruhenden Auswahlverfahren und die Verfahren, die nicht – oder nicht ausschließlich – auf dem Zufallsprinzip aufgebaut sind. Die letzteren erfordern stets an irgendeiner Stelle der Auswahl subjektive Entscheidungen. Das Ziehen von Zufallsstichproben ist dagegen frei von subjektiven Einflüssen. Dies hat den entscheidenden Vorteil, daß die gesamte Auswahl den Gesetzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung unterworfen und die Güte der Ergebnisse abschätzbar ist.

In der amtlichen Statistik werden, von einigen Ausnahmen abgesehen, Zufallsstichproben eingesetzt. Nichtzufällige Auswahlverfahren werden nur bei solchen Teilerhebungen angewendet, bei denen die Durchführung einer Zufallsstichprobe aus methodischen, organisatorischen oder Aufwandsgründen nicht realisierbar ist. Folgende

³⁰⁾ Siehe Krug/Nourney/Schmidt: „Wirtschafts- und Sozialstatistik, Gewinnung von Daten“, 4. Auflage 1996, Oldenbourg-Verlag.

nichtzufällige Auswahlverfahren werden in der amtlichen Statistik eingesetzt: Quotenauswahl, typische Auswahl und das Abschneideverfahren.

Bei der *Quotenauswahl* wird die Zusammensetzung der Teilerhebung dadurch gesteuert, daß für bestimmte Merkmalsgliederungen Quoten, das heißt Anteilswerte des Stichprobenumfangs, vorgeschrieben werden, die zu erfüllen sind. Die Auswahl der Erhebungseinheiten in den Gliederungsgruppen, für die die Erfassungsquoten vorgegeben werden, erfolgt meist ad hoc und ist nicht willkürfrei. Dieses Auswahlverfahren kommt in der amtlichen Statistik nur für solche Teilerhebungen in Betracht, die ohne Auskunftspflicht durchgeführt werden und bei denen sich darüber hinaus eine zufallsgesteuerte Auswahl nicht mit vertretbarem Aufwand in die Praxis umsetzen läßt, wie zum Beispiel bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

Bei der *typischen Auswahl* werden solche Einheiten der Gesamtheit in die Auswahl genommen, die subjektiv für typisch gehalten werden, also zum Beispiel näherungsweise dem Durchschnitt entsprechen oder einen für wesentlich gehaltenen Teil der Gesamtheit einschließen. Ihr einziger Anwendungsfall in der amtlichen Statistik ist die Preisstatistik. Da nicht sämtliche Waren und Dienstleistungen ständig beobachtet werden können, wird der Preisindex aufgrund der Preisnotierungen typischer Waren ermittelt. An diesem Beispiel wird deutlich, daß typische Einheiten wechseln können und nicht immer typisch bleiben.

Dem sogenannten *Abschneideverfahren* liegt eine Auswahl nach dem Konzentrationsprinzip zugrunde. Es beruht darauf, nur die „großen“ Einheiten der Gesamtheit in die Erhebung zu nehmen, das heißt diejenigen, die den größten Beitrag zu den Aufbereitungsmerkmalen liefern, dagegen die zahlreichen „kleinen“ Einheiten aber wegzulassen. Bei der kurzfristigen Berichterstattung im Produzierenden Gewerbe werden zum Beispiel im wesentlichen nur Unternehmen mit einer Mindestzahl von Beschäftigten in die monatliche Erhebung und Aufbereitung einbezogen. Das Abschneideverfahren ist einfach anwendbar, hat aber den Nachteil, daß es Sonderentwicklungen bei den kleinen Einheiten nicht erfaßt. Um von Zeit zu Zeit einen Gesamtüberblick zu gewinnen, werden deshalb auch die Einheiten unterhalb der Abschneidegrenze im allgemeinen in größeren Zeitabständen vollständig in Zählungen erfaßt. Bei Ergebnissen aus Teilerhebungen mit Abschneidegrenze besteht prinzipiell ein Interpretationsproblem: Die Ergebnisse sind im strengen methodischen Sinne nicht „repräsentativ“ für die Gesamtheit, da die Teilstatistik nicht auf einer Zufallsauswahl beruht.

Im folgenden werden die auf einer *Zufallsauswahl* aufgebauten Teilerhebungen behandelt, die als (Zufalls-)Stichprobenstatistiken bezeichnet werden und in ihrer Verallgemeinerungsfähigkeit nicht wie die übrigen Teilerhebungen beschränkt sind.

8.3.2 Vorzüge und Grenzen des Stichprobenverfahrens

Das Stichprobenverfahren wird mit gutem Erfolg bei der Erhebung und Aufbereitung amtlicher Statistiken angewandt. Sein vielseitiger Einsatz beruht auf einer Reihe von Vorzügen: Die Beschränkung auf eine Teilmasse (Stichprobe) ermöglicht es, den Umfang der zu bearbeitenden Masse herabzusetzen. Das bedeutet weniger Befra-

gungen, geringere Kosten bei Erhebung und Aufbereitung sowie schnellere Fertigstellung der Ergebnisse. Das Stichprobenverfahren führt also zu einer erheblichen Rationalisierung der statistischen Arbeit. Außerdem kann bei einer Stichprobenstatistik mehr Sorgfalt auf jeden einzelnen Fall verwandt werden, als dies im allgemeinen bei einer Vollerhebung möglich ist. Infolgedessen können Fehler, die auf mangelhaften Angaben in den Erhebungsbogen beruhen oder durch die Aufbereitung hervorgerufen werden, bei Stichprobenstatistiken oft in engeren Grenzen gehalten werden als bei Vollerhebungen. Bei manchen Aufgabenstellungen ist es von vornherein notwendig, ein Stichprobenverfahren anzuwenden, weil eine vollständige Erfassung der statistischen Masse technisch ausgeschlossen ist (Beispiel: Besondere Ernteermittlung), oder weil die Fragen aus sachlichen Gründen so schwierig sind, daß richtige Antworten nur durch den Einsatz besonders geschulter Zähler/-innen oder Interviewer/-innen gesichert werden können (Beispiel: Mikrozensus). Stichprobenverfahren können außerdem vorteilhaft eingesetzt werden bei der Vorwegaufbereitung wichtiger Eckzahlen von Vollerhebungen (Beispiel: Repräsentative Vorwegaufbereitung der totalen Viehzählung), der repräsentativen Aufbereitung von sekundärstatistischem Material (Beispiel: Wohngeldstatistik) und bei Nachprüfungen zur Kontrolle der Datenqualität vorhergehender Erhebungen (Beispiel: Wiederholungsbefragung zur Volkszählung 1987).

Selbstverständlich sind aber auch der Anwendung des Stichprobenverfahrens Grenzen gesetzt. Für viele statistische Aufgaben sind Vollerhebungen unentbehrlich. Das gilt für alle Vorhaben, bei denen eine sehr tiefe sachliche und regionale Gliederung erforderlich ist, zum Beispiel bei vielen Merkmalen in Volkszählungen. Darüber hinaus werden Vollerhebungen als Auswahlgrundlage für das Ziehen nachfolgender Stichproben sowie im Bedarfsfall als Basis für die Durchführung gebundener Hochrechnungen gebraucht.

Die Nachteile von Stichprobenstatistiken, die man in Kauf nehmen muß, um ihre Vorteile nutzen zu können, sind die sogenannten Stichprobenzufallsfehler. Die Ergebnisse von Stichprobenstatistiken stimmen fast nie genau mit den Ergebnissen einer entsprechenden idealen Vollerhebung überein, sondern weichen davon zufallsbedingt mehr oder weniger stark ab. Bei der praktischen Verwendung von Stichprobenergebnissen muß deshalb stets ihr Fehlerbereich berücksichtigt werden. Bei Stichproben, die nach dem Zufallsprinzip gezogen worden sind, läßt sich mathematisch die Breite des Fehlerbereichs berechnen, in dem mit einer angebbaren Wahrscheinlichkeit der „wahre“ Wert liegt.

Für das Ziehen von Zufallsstichproben stehen in der amtlichen Statistik verschiedene Auswahltechniken zur Verfügung. Am häufigsten angewandt wird ein maschinelles Auswahlverfahren, das die Vorzüge der reinen Zufallsauswahl und der systematischen Auswahl verknüpft. Das Verfahren gliedert die nach Bedarf sortierten Einheiten der Auswahlgesamtheit zu Gruppen gleichen Umfangs und bestimmt je Gruppe die Stichprobeneinheiten nach dem Zufallsprinzip.

Einen aktuellen Überblick über die wichtigsten Stichprobenstatistiken gibt die synoptische Übersicht auf S. 312 ff.

8.3.3 Aufbau eines Stichprobenplans

Stichprobenstatistiken erfordern stets eine sehr gründliche Planung und Vorbereitung. Dabei müssen die einzelnen Schritte von der Auswahl der Stichprobenfälle bis zur Errechnung der Ergebnisse aufeinander abgestimmt und mit den Zielsetzungen und Bedürfnissen der jeweiligen Statistik in Einklang gebracht werden. Allgemein gilt der Grundsatz, daß unter den gegebenen Voraussetzungen die Ergebnisse der Stichprobenstatistik möglichst rationell und möglichst genau erstellt werden sollen. Die detaillierte Beschreibung des Stichprobenverfahrens zur Durchführung einer Stichprobenstatistik wird als *Stichprobenplan* bezeichnet. Zur Erstellung eines Stichprobenplans sind meist umfangreiche stichprobenmethodische Untersuchungen erforderlich.

Der Stichprobenplan für eine Statistik hängt vor allem von folgenden Einflußgrößen ab:

- vom Tabellenprogramm der Statistik,
- von der Eigenart der Fragestellung und von der Erhebungstechnik,
- von den verfügbaren Unterlagen für die Planung und die Auswahl,
- von der Variabilität der zu erfassenden Merkmale,
- vom Stichprobenumfang bzw. Auswahlatz,
- von den Genauigkeitsanforderungen oder -vorstellungen,
- von den Kosten der Statistik,
- von der verfügbaren Zeit.

Diese Einflußgrößen sind zwar grundsätzlich als Plandaten vorgegeben, können jedoch zum Teil schon während der Planung oder noch im Verlauf der Aufbereitung durch stichprobenmethodische Erfordernisse modifiziert werden. Vor allem ist zu beachten, daß sich diese Größen bis zu einem gewissen Grade auch gegenseitig beeinflussen und deshalb nicht isoliert betrachtet werden dürfen.

Ein Stichprobenplan besteht aus folgenden drei Hauptteilen:

- Auswahlverfahren,
- Verfahren zur Hochrechnung oder Umrechnung der Stichprobenwerte,
- Verfahren zur Beurteilung der Genauigkeit der Ergebnisse.

Bei der Auswahl der Stichprobe soll ein Miniaturbild der Gesamtheit entstehen. Diese Aufgabe kann auf sehr unterschiedliche Weise gelöst werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Festlegung der Auswahlseinheiten, das heißt der Einheiten, die einem Auswahlvorgang zugrunde liegen. Im Gegensatz zu den Erhebungseinheiten, die sich nach Gesichtspunkten der Erhebungsorganisation ergeben, und den Aufbereitungseinheiten, die durch das Tabellenprogramm bestimmt sind, werden die Auswahlseinheiten ausschließlich nach methodischen Gesichtspunkten festgelegt. Bei sogenannten mehrstufigen Auswahlverfahren werden mehrere Zufallsauswahlen mit verschiedenen hierarchisch geordneten Auswahlseinheiten hintereinander geschaltet. Beim Mikrozensus waren zum Beispiel vor 1962 Gemeinden

und Wohnungen die Auswahlseinheiten erster und zweiter Stufe, dagegen Haushalte die Erhebungs- und Personen die Aufbereitungseinheiten. Vielfach – vor allem im Bereich der Wirtschaftsstatistiken – sind die Erhebungseinheiten gleichzeitig auch Auswahlseinheiten. Gelegentlich werden die Auswahlseinheiten so bestimmt, daß sie mehrere Aufbereitungseinheiten einschließen. Eine solche *Klumpenauswahl* liegt zum Beispiel beim aktuellen Mikrozensus vor, bei dem ein oder mehrere Gebäude bzw. Gebäudeteile als Auswahlbezirke dienen und alle Haushalte und Personen in den Auswahlbezirken, die zur Stichprobe gehören, erfaßt werden.

Durch eine Schichtung und/oder Anordnung der Einheiten vor der Auswahl ist es möglich, die Stichprobenzufallsfehler der Ergebnisse, die sogenannte Präzision der Ergebnisse, zu verbessern, ohne das Zufallsprinzip zu verletzen. Bei einer *Schichtung* wird die Gesamtheit in Teile zerlegt und aus jeder so gebildeten Schicht gesondert eine Stichprobe gezogen; die Auswahlsätze können dabei von Schicht zu Schicht verschieden sein. Häufig kann die Präzision auch durch eine günstige *Anordnung* der Auswahlseinheiten in Verbindung mit einem systematischen Auswahlverfahren erheblich gesteigert werden. Großen praktischen Wert hat auch die Kombination von Schichtung und Anordnung. Die Präzision der Stichprobenergebnisse und die Kosten der Statistik werden wesentlich durch den Stichprobenumfang bestimmt, das heißt durch die Anzahl der in die Stichprobe einbezogenen Einheiten. Kleinere Stichproben liefern bei sonst gleichem Stichprobenplan weniger präzise Ergebnisse als größere Stichproben. Für die Präzision ist der Umfang der Stichprobe im allgemeinen von größerer Bedeutung als der Auswahlatz, das heißt der Anteil der erfaßten Auswahlseinheiten.

Das bei der Auswahl verkleinerte Bild der untersuchten Gesamtheit muß bei der Aufbereitung wieder auf die ursprüngliche Größe gebracht werden. Dieser Vorgang wird *Hochrechnung* der Stichprobenwerte genannt. Bei der *freien* Hochrechnung werden die Stichprobenwerte mit dem reziproken Wert des Auswahlatzes der betreffenden Schicht multipliziert. Unter gewissen Voraussetzungen kann die Präzision der Stichprobenergebnisse mit Hilfe der gebundenen Hochrechnung beträchtlich gesteigert werden. Bei diesen Verfahren (Verhältnis-, Differenzen-, Regressions-Schätzung) werden – im Gegensatz zur freien Hochrechnung – zusätzliche Informationen über die Grundgesamtheit zur Verbesserung der Präzision ausgenutzt. Bei Strukturerhebungen tritt an die Stelle der Hochrechnung meist eine *Umrechnung* der Stichprobenwerte zu Anteilswerten und anderen Verhältniszahlen.

Die dritte wichtige Komponente des Stichprobenplans ist das Verfahren zur Beurteilung der Genauigkeit der Ergebnisse. Bei jeder Statistik – also auch bei einer Vollerhebung – unterscheiden sich die Ergebnisse von den „wahren Werten“ um gewisse Fehler. Bei Stichprobenstatistiken werden zwei Arten von Fehlern unterschieden: *Stichprobenzufallsfehler* sind Abweichungen, die darauf zurückzuführen sind, daß nicht alle Einheiten der Gesamtheit, sondern nur die nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Einheiten für die Statistik herangezogen werden. Die Größenordnung der Zufallsfehler, das heißt die Präzision der Schätzwerte, wird mit Hilfe von Standardfehlern abgeschätzt, die sich aus der vorliegenden Stichprobe berechnen lassen. *Systematische Fehler* heißen alle Abweichungen, die nicht auf die Auswahl, sondern

auf andere Einflüsse zurückzuführen sind, zum Beispiel auf eine unzutreffende Abgrenzung der Grundgesamtheit, unklare Fragestellung, unzutreffende Angaben der Befragten, Antwortverweigerungen, Fehler bei der Aufbereitung usw.

Aus Zufallsfehlern oder systematischen Fehlern allein können keine vollständigen Aussagen über die Zuverlässigkeit der statistischen Ergebnisse getroffen werden. Entscheidend für die Beurteilung der Genauigkeit ist in jeder Statistik der *Gesamtfehler*, der sich aus beiden Komponenten zusammensetzt. Es sollte nach Möglichkeit erreicht werden, daß beide Fehlerarten in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Denn falls in einer Statistik mit ziemlich großen systematischen Fehlern gerechnet werden muß, die durch Kontrollen oder eine intensivere Bearbeitung des Erhebungsmaterials nicht entscheidend vermindert werden können, wäre es im Hinblick auf den Gesamtfehler ohne nennenswerten Nutzen, durch einen hohen Stichprobenumfang oder durch besondere Auswahl- und Hochrechnungsverfahren den Standardfehler so weit zu verringern, daß er kleiner als etwa die Hälfte des systematischen Fehlers wird. Eine ähnliche Überlegung gilt auch für das Verhältnis von Voll- zu Teilerhebung: Sind die zu erwartenden systematischen Fehler einer Vollerhebung hoch, dann ist es – abgesehen von besonderen Anforderungen an die Gliederungstiefe der Ergebnisse – oft zweckmäßiger, nur einen zufällig ausgewählten Teil der Erhebungsgesamtheit zu erfassen. Die leichte Vergrößerung des Gesamtfehlers, die durch das Hinzukommen von Zufallsfehlern entsteht, kann möglicherweise sogar wieder aufgehoben werden durch eine entsprechende Verminderung des systematischen Fehlers, die sich mit Hilfe von gründlicheren Feststellungen für die Teilerhebung erreichen läßt.

Während für die Abschätzung wichtiger systematischer Fehlerkomponenten Kontrollerhebungen notwendig sind, kann die Präzision – wie erwähnt – mit Hilfe einer Fehlerrechnung der Größenordnung nach abgeschätzt werden, ohne daß zusätzliches Material benötigt wird.

Diese Tatsache verleitet dazu, an die Stelle der Ermittlung des Gesamtfehlers lediglich eine Abschätzung des Zufallsfehlers zu setzen. Es sollte aber stets darauf geachtet werden, daß eine ergänzende Betrachtung über die Größenordnung der systematischen Fehler erforderlich ist.

Die Bedeutung der Fehlerrechnung liegt nicht allein darin, daß sie einen objektiven Maßstab zur Beurteilung der Ergebnisse liefert; sie ermöglicht darüber hinaus auch künftige Verbesserungen des Stichprobenplans und läßt erkennen, in welchen Fällen das Stichprobenverfahren nicht mehr rationell ist.

8.3.4 Weiterentwicklung des Stichprobenverfahrens

Bei laufenden Stichprobenerhebungen spielt nach wie vor das Problem des planmäßigen Auswechslens von Stichprobeneinheiten, der sogenannten Rotation der Stichprobe eine wichtige Rolle. Hierbei sind insbesondere rechtliche, erhebungstechnische und stichprobenmethodische Gesichtspunkte gegeneinander abzuwägen. Die Stichprobenplanung wird in zunehmendem Maße dazu verpflichtet, ausgewogene und begründete Lösungen für diesen Problembereich zu entwickeln und in die Praxis umzusetzen.

Zu jeder Veröffentlichung statistischer Ergebnisse gehören im Prinzip auch Angaben über ihre Genauigkeit. Diesen Anspruch kann die amtliche Statistik inzwischen bezüglich Zufallsfehlerabschätzungen bei Stichprobenergebnissen u. a. durch den Einsatz ihres in den letzten Jahren weiterentwickelten Programms zur Standardfehlerrechnung weitgehend erfüllen. Bei gleichzeitiger Anwendung verschiedener stichprobenmethodischer Optimierungsmöglichkeiten der Stichprobenplanung, wie zum Beispiel Schichtung, Klumpung, Mehrstufigkeit, Anordnung und gebundener Hochrechnung, stellt sich aber verstärkt das methodische Problem, eine Fehlerrechnung zur Ermittlung der Präzision der Stichprobenergebnisse durchzuführen, die es gestattet, alle methodischen Elemente der Stichprobenplanung zu berücksichtigen. Ein Lösungsansatz für dieses Problem könnten die sogenannten Unterstichprobenverfahren sein, wie zum Beispiel die Jackknife-Methode und das Bootstrap-Verfahren. Bei allen diesen Verfahren werden aus der Stichprobe mehrere Unterstichproben gezogen, auf die Gesamtheit hochgerechnet und anhand der Varianz der Unterstichproben-Schätzwerte der Standardfehler für die Gesamtstichprobe geschätzt. Auf diese Weise können alle Informationen über das Stichprobendesign bei der Standardfehlerschätzung berücksichtigt werden.

Ein weites stichprobenmethodisches Aufgabenfeld stellt sich durch den wachsenden Einsatz von Erhebungen ohne Auskunftspflicht in der amtlichen Statistik. Hierfür sind adäquate Auswahl- und Hochrechnungsverfahren zu entwickeln. Bei der Gütebeurteilung von Stichprobenergebnissen aus solchen Erhebungen kommt den Fehlerbeiträgen systematischer Art, die durch Antwortausfälle bedingt sind, eine besondere Bedeutung zu. Die Abschätzung von Ergebnisverzerrungen durch Antwortausfälle sowie Maßnahmen zur Reduzierung solcher systematischer Fehler stehen dabei im Mittelpunkt des Interesses.

9 Information und Veröffentlichung

Nach der Aufgabenteilung innerhalb der amtlichen Statistik zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist es Aufgabe des Statistischen Bundesamtes, „die Ergebnisse der Bundesstatistiken in der erforderlichen sachlichen und regionalen Gliederung für den Bund zusammenzustellen sowie für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen“. ³¹⁾ Bei der Erfüllung seiner Informationspflicht bedient sich das Statistische Bundesamt zunehmend auch moderner Kommunikations- und Informationstechniken einschließlich des Internets, denn hieraus eröffnen sich neue Möglichkeiten, „die zentrale Aufgabe der Veröffentlichung und Darstellung der Ergebnisse der Bundesstatistik in einer Form wahrzunehmen, die dem vielfältigen Benutzerkreis und den zahlreichen Aufgaben der Bundesstatistik gerecht wird.“ ³²⁾ Diese neuen Möglichkeiten liegen insbesondere in einer höheren Übermittlungsgeschwindigkeit der Daten sowie in erweiterten Anwendungsmöglichkeiten.

Die Veröffentlichung statistischer Ergebnisse ist jedoch mehr als die Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht. Durch die Offenlegung ihrer Arbeitsergebnisse und Methoden kann die amtliche Statistik der Angst vor Datenmißbrauch, die in der Vision des „gläsernen Menschen“ ihren Höhepunkt erfahren hat, am besten entgegentreten. Durch umfassende – und möglichst bürgernahe – Veröffentlichungen erfahren die Befragten am ehesten, was mit den erhobenen Daten geschieht. So wird das Vertrauen in die Arbeit der amtlichen Statistik gefördert. Mit wachsendem Vertrauen steigt die Auskunftsbereitschaft der Befragten, was wiederum die Zuverlässigkeit der Ergebnisse steigert.

Für die Verbreitung der Ergebnisse der Statistik steht eine ganze Palette von Möglichkeiten zur Verfügung:

Die Pressemitteilungen sind die erste Form der Veröffentlichung statistischer Ergebnisse, die auf diese Weise unmittelbar nach Vorliegen der breiten Öffentlichkeit über die Medien und zusätzlich im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes bekanntgegeben werden. Im Bereich der gedruckten Veröffentlichungen (siehe Abschnitt 9.2) erstreckt sich das Angebot des Statistischen Bundesamtes auf mehr als 770 lieferbare Titel sowie Faltblätter und Broschüren. Das elektronische Informationsangebot (siehe Abschnitt 9.3) umfaßt Möglichkeiten für Datenbankabfragen über das Statistische Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND), die Bereitstellung statistischer Informationen auf elektronischen Datenträgern sowie im Internet und in T-Online (Btx). Presse-, Auskunfts- und Besucherdienste sowie Ausstellungen und Messeveranstaltungen runden das Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes ab (siehe Abschnitt 9.1).

Trotz umfangreichem und breit gefächertem Angebot können nicht alle Ergebnisse der amtlichen Statistik veröffentlicht werden. Soweit die Vorschriften über die Ge-

³¹⁾ § 3 Abs. 1 Nr. 1c des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565).

³²⁾ Siehe „Entwurf eines Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke – Begründung“ in Bundesratsdrucksache Nr. 19/86 vom 10. Januar 1986, S.13.

heimhaltung statistischer Angaben es zulassen, werden Anforderungen, die über den Datenbedarf für allgemeine Zwecke hinausgehen, im Rahmen der Berichterstattung an Ministerien oder – in vertretbarem Umfang – auch durch die Auskunftsdienste erfüllt.

Einen ersten Zugang zum Informationsangebot der Bundesstatistik schafft das jährlich erscheinende „Verzeichnis der Veröffentlichungen“, das auch in englischer Sprache herausgebracht und kostenlos abgegeben wird. Neuerscheinungen werden im „Bundesanzeiger“ sowie im „Statistischen Wochendienst“ und in der Monatszeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ angekündigt.

Die gedruckten Veröffentlichungen beinhalten Tabellen, Texte und gegebenenfalls auch Graphiken. Im Sinne einer möglichst aktuellen statistischen Berichterstattung haben tabellarische Darstellungen mit kurzen Erläuterungen das größte Gewicht. Auch bei der Nutzung neuer Kommunikations- und Informationstechniken – wie Internet und T-Online (Btx) – können statistische Veröffentlichungen in Form von Tabellen und Graphiken mit kurzen textlichen Erläuterungen sehr rasch übermittelt werden.

Statistische Veröffentlichungen werden nicht nur vom Statistischen Bundesamt, sondern auch von anderen staatlichen Stellen, wie zum Beispiel den statistischen Ämtern der Länder, Bundesministerien und anderen Bundesbehörden (z. B. Deutsche Bundesbank, Bundesanstalt für Arbeit) herausgegeben. Besonders mit den statistischen Ämtern der Länder bestehen Vereinbarungen, nach denen das Statistische Bundesamt die Ergebnisse sachlich sehr differenziert, regional demgegenüber weniger tief gegliedert, bereitstellt. Dagegen veröffentlichen die statistischen Ämter der Länder regional häufig sehr tief gegliederte Ergebnisse (z. B. Kreise, kreisfreie Städte teilweise bis zur Gemeindeebene), deren sachliche Differenzierung weniger ausgeprägt ist.

In gemeinsamen Arbeits- und Projektgruppen informieren sich die statistischen Ämter der Länder und das Statistische Bundesamt gegenseitig über ihre Veröffentlichungen. Für gedruckte Veröffentlichungen wurden Vereinbarungen über ein Mindestveröffentlichungsprogramm für statistische Berichte getroffen. Bei den elektronischen Medien wurde zum Beispiel ein gemeinsamer Grundstandard für die Online-Angebote von Bund und Ländern im Internet festgelegt und gemeinsame Projekte, wie die Herausgabe des Diskettenpakets „Statistik regional“ usw., erarbeitet. Im Rahmen des Projekts „Gemeinsames neues Statistisches Informationssystem des Bundes und der Länder“ (GENESIS) wurde ein zukunftsorientiertes Konzept für ein einheitliches Informationssystem entwickelt. Auch untereinander haben sich die statistischen Ämter der Länder auf ein abgestimmtes Veröffentlichungsprogramm geeinigt. Bei den Printmedien ist dies im Gesamtverzeichnis „Statistische Berichte der Statistischen Landesämter“ dokumentiert (letzte Ausgabe: 1997). Darüber hinaus gibt es auf internationaler Ebene vergleichbare Projekt- und Arbeitsgruppen unter Leitung des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat). „EUROPROMS“ ist eine CD-ROM mit europäischen Produktions- und Außenhandelsdaten, die als Gemeinschaftsveröffentlichung von Eurostat und den nationalen statistischen Ämtern der EU-Mitgliedstaaten herausgegeben wird. Weitere ge-

meinsam herausgegebene Produkte sind in Vorbereitung. Die Kooperation mit Eurostat bei der Bereitstellung statistischer Ergebnisse vollzieht sich zusätzlich in Form der sogenannten „Eurostat-Data-shops“, dezentralen Vertriebsstellen für die Veröffentlichungen Eurostats, die in den statistischen Ämtern der EU-Mitgliedstaaten eingerichtet werden. Sowohl Eurostat als auch die statistischen Ämter der Länder geben für ihren Bereich eigene Veröffentlichungsverzeichnisse bzw. -nachweise heraus. Aufgrund der engen Zusammenarbeit ist das Statistische Bundesamt nicht nur über die Veröffentlichungen der statistischen Ämter der Länder, sondern auch über das statistische Datenangebot der Bundesministerien und anderer Bundesbehörden gut unterrichtet. Interessierte können daher umfassend über das Datenangebot der amtlichen Statistik informiert werden.

9.1 Presse- und Auskunftsdienste

Die amtliche Statistik ist heute eine unentbehrliche Serviceeinrichtung für alle. Die Presse- und Auskunftsdienste des Statistischen Bundesamtes sind in besonderer Weise geeignet, die Leistung der amtlichen Statistik in der „informationellen Infrastruktur“ unserer Gesellschaft herauszustellen und im öffentlichen Bewußtsein zu verankern. Die Demonstration der Leistungsfähigkeit und Vielseitigkeit der statistischen Dienste und die Verlässlichkeit der Daten ist gleichzeitig der wohl am besten geeignete Weg, mit welchem die amtliche Statistik um Verständnis für ihre Tätigkeit werben kann.

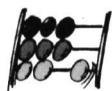
Dem *Pressedienst* fällt bei der Verbreitung statistischer Informationen an die breite Öffentlichkeit eine zentrale Rolle zu. Für eine aktive Darstellung der statistischen Arbeit ist die Kontaktpflege zu Nachrichtenagenturen, Presse, Hörfunk und Fernsehen von besonderer Bedeutung. Die Wichtigkeit dieser Kontakte liegt auf der Hand: Sie gewährleisten eine schnelle Verbreitung statistischer Ergebnisse an ein breites Publikum. Das Statistische Bundesamt bedient sich in seiner Pressearbeit vielfältiger Instrumente:

Durch täglich aktuelle „Pressemitteilungen“ wird die Öffentlichkeit über die aktuellsten Ergebnisse aus laufenden oder neuen Statistiken, über neue Verfahren und Methoden, aber auch über Themen, die jeweils in der öffentlichen Diskussion stehen, informiert. Jährlich werden etwa 500 Pressemitteilungen herausgegeben.

Für die breite Öffentlichkeit besonders interessante Themen werden jeden Dienstag in leicht verständlicher Form schlagwortartig als „Zahl der Woche“ veröffentlicht.

Die monatliche vierseitige Presseinformation „Zahlen-Fakten-Trends“ ist ein Artikelservice für Journalistinnen und Journalisten, in dem statistische Ergebnisse publizistisch aufbereitet und graphisch veranschaulicht dargestellt werden. Darüber hinaus wird die Presse über aktuelle Entwicklungen der amtlichen Statistik, Veröffentlichungen und Veranstaltungen des Statistischen Bundesamtes informiert.

Definitionen und Erläuterungen statistischer Grundbegriffe, Methoden und Verfahren werden monatlich in „Statistik von A – Z“, sozusagen einem „werdenden“ Lexikon für die Presse herausgegeben.



Mitteilung für die Presse

164/97

Wiesbaden, 11. Juni 1997

1996 kamen in Deutschland mehr Kinder zur Welt als 1995

Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes wurden 1996 796 000 Kinder lebend geboren, 4,0 % mehr als 1995. Damit nahmen zum ersten Mal seit 1990 die Geburtenzahlen wieder zu.

Zu diesem Anstieg trugen sowohl die deutsche als auch die ausländische Bevölkerung bei. Die Zahl der Lebendgeborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit (d.h. mindestens ein Elternteil ist deutsch) stieg um 3,6 % auf 689 800 an. Für die Lebendgeborenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit wurde mit 106 200 eine Zunahme um 6,5 % registriert. Damit waren von 100 Kindern, die 1996 in Deutschland geboren wurden, 13 ausländische und 87 deutsche Kinder. In den beiden Jahren zuvor hatte es sowohl bei der deutschen als auch der ausländischen Bevölkerung Geburtenrückgänge gegeben.

1996 sind in Deutschland 882 800 Menschen gestorben, 0,2 % weniger als 1995. Über 98 % der Gestorbenen waren Deutsche (869 400, 0,3 % weniger als 1995). Die verhältnismäßig geringe Zahl an Ausländern und Ausländerinnen, die 1996 starben (13 400, 4,6 % mehr als 1995), ist vor allem auf die insgesamt deutlich jüngere Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung zurückzuführen.

1996 wurden 86 800 weniger Kinder geboren, als Menschen starben. Da im Vergleich zu 1995 mehr Kinder geboren wurden und weniger Personen starben, fiel der Sterbeüberschuß geringer aus als 1995 (119 400). Der Überschuß der Gestorbenen über die Geborenen beruht auf der demographischen Entwicklung der deutschen Bevölkerung. Für die deutsche Bevölkerung ergab sich 1996 ein Sterbeüberschuß von 179 600, während die ausländische Bevölkerung ein Geburtenüberschuß von 92 800 aufwies.

Trotz des Geburtenanstiegs 1996 werden in Deutschland - auf Dauer gesehen - zu wenig Kinder geboren, um den Bevölkerungsstand aufrechtzuerhalten. Um dies zu gewährleisten, müßten etwa 50 % mehr Kinder geboren werden, als es tatsächlich der Fall ist.

Wenn sich bei den Geburten keine grundlegenden Veränderungen ergeben, kann - bei weiter steigender Lebenserwartung und weiterem Zuzug von Personen aus dem Ausland - in etwa zehn Jahren der jährliche Sterbefallüberschuß eine Größenordnung von 300 000 erreichen.

Bei Rückfragen bitte Telefon: (0611) 75-2708.

Die laufenden Presseinformationen werden per Telefax und Post an die Nachrichtenagenturen, Redaktionen und freie Journalistinnen und Journalisten gesandt und von diesen mit sehr guter Resonanz aufgegriffen und in aktuelle Berichte umgesetzt. Seit 1996 werden alle Pressemitteilungen, tagesaktuell in deutsch und englisch auch im Internet (<http://www.statistik-bund.de>) veröffentlicht. Darüber hinaus werden die Pressedienste des Statistischen Bundesamtes aber auch in großem Umfang von anderen Stellen, wie zum Beispiel Unternehmen, Verbänden, Banken und Instituten nachgefragt. Zur gezielten Information bietet das Statistische Bundesamt dabei für den Bezug der Pressedienste eine Selektion nach 70 Themengruppen an.

Neben den laufenden Presseinformationen sind regelmäßige Pressekonferenzen über neue Ergebnisse (z. B. Bruttoinlandsprodukt, Preise), methodische Änderungen (z. B. Umstellung des Warenkorbes in der Preisstatistik) oder Veröffentlichungen (z. B. Statistisches Jahrbuch, Datenreport) ein wichtiges und erfolgreiches Element der Pressearbeit des Statistischen Bundesamtes. Das Echo auf Pressekonferenzen, die der Presse den direkten Informationsaustausch mit den Fachleuten des Amtes ermöglichen, ist bundesweit sehr groß.

Um Journalistinnen und Journalisten nicht nur aktuelle Ergebnisse der Statistik bekanntzugeben, sondern sie auch intensiver über Amtsaufgaben und -probleme, Neuerungen und Besonderheiten des statistischen Programms, Harmonisierungen der Statistiken im europäischen Kontext usw. zu informieren, werden Journalisten-seminare und Workshops durchgeführt. Auch zu wissenschaftlichen Kolloquien und Fachtagungen werden regelmäßig Vertreter der Fachpresse eingeladen.

Ein ganz wesentliches Element der Pressedienste ist der umfassende Informationsservice des Amtes für die Medien. Individuell und schnell werden sowohl telefonische als auch schriftliche Anfragen für journalistische Recherchen beantwortet.

Zahlreiche Interviews zu aktuellen Themen, Redaktionsbesuche, die Teilnahme an Fremdveranstaltungen, die Bereitstellung und Verteilung von Hintergrundmaterialien sowie PR-Artikel runden das Spektrum der Pressearbeit des Amtes ab und tragen ebenfalls zur Pflege des guten Verhältnisses zu den Medien bei.

Am stärksten auf individuelle Wünsche ausgerichtet ist die Arbeit der *Auskunftsdienste* in den statistischen Ämtern. Sie bieten die Möglichkeit, sich auf unterschiedliche Anforderungen einzustellen und sie gezielt zu erfüllen. Alle an statistischen Informationen Interessierten können sich telefonisch oder schriftlich Auskünfte bei den statistischen Ämtern einholen oder sich vor Ort informieren. Allein im Statistischen Bundesamt werden jährlich rund 200 000 telefonische und annähernd 30 000 schriftliche Anfragen registriert, darunter etwa 6 000, die zum Teil umfangreiche Materialzusammenstellungen beim Zentralen Auskunftsdienst des Amtes erfordern.

Als weiteren wichtigen Ansatzpunkt der Darstellung seiner Arbeit unterhält das Amt einen *Besucherdienst*, der allen Interessierten offensteht. Insbesondere die zunehmende internationale Zusammenarbeit hat dazu geführt, daß neben der Unterrich-

tung von Schulklassen und Studentengruppen, verschiedenen Berufszweigen und Interessenverbänden auch Fachkolleginnen und -kollegen ausländischer Behörden und Institute betreut werden und zum Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch zusammentreffen.

Gelegenheit zu direktem Kontakt mit den an Statistik interessierten Bürgerinnen und Bürgern bieten ausgewählte *Messen* und *Ausstellungen*, die das Statistische Bundesamt dazu nutzt, sich mit einem eigenen Stand zu präsentieren, um sein Informationsangebot sowohl Fachleuten als auch einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Dabei wird versucht, im direkten Dialog mit den Nutzerinnen und Nutzern Hinweise und Anregungen für eine zielgruppenorientierte Gestaltung der amtlichen Veröffentlichungen zu erhalten und den Servicecharakter des Amtes deutlich zu machen.

9.2 Gedruckte Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes

Der größte Nutzerkreis wird durch gedruckte Veröffentlichungen erreicht. Es sind mehr als 770 Titel mit 1 500 Ausgaben in unterschiedlicher Erscheinungsfolge lieferbar. Insgesamt erscheinen jedes Jahr etwa 300 Titel mit rund 850 Ausgaben und einer Gesamtauflage von über 1 Mill. Exemplaren. Hinzu kommen jährlich rund 10 bis 15 Faltblätter und Kurzbroschüren mit einer Auflage von insgesamt etwa 200 000 Exemplaren, die vorwiegend im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit kostenlos verteilt oder an interessierte Großabnehmer verkauft werden.

Die gedruckten Publikationen des Statistischen Bundesamtes sind in drei große Kategorien gegliedert, und zwar

- Zusammenfassende Veröffentlichungen,
- Fachserien,
- Klassifikationen.

Ergänzt werden diese durch Veröffentlichungen zur Auslandsstatistik, fremdsprachige Publikationen sowie Broschüren und Faltblätter.

Zusammenfassende Veröffentlichungen enthalten Ergebnisse aus mehreren oder allen Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik. Dabei lassen sich Querschnittsveröffentlichungen, Thematische Veröffentlichungen, Schriftenreihen zu Methodenfragen, Veröffentlichungen zu Organisations- und Methodenfragen sowie Projektberichte und Materialbände unterscheiden.

Mit den *Querschnittsveröffentlichungen* und den Thematischen Veröffentlichungen wird dem Bedarf an problemorientierter Darbietung entsprochen und es werden Daten aus verschiedenen Erhebungen „mundgerecht“ präsentiert, was den Leserinnen und Lesern eigene Recherchearbeit erspart. Hier müssen allerdings Abstriche am Anspruch auf höchste Aktualität gemacht werden, da die Veröffentlichungen erst erscheinen können, wenn alle Ergebnisse aus den verschiedenen Quellen vorliegen. Sie liefern – häufig sehr ausführliche – Darstellungen und Ergebnisse wissenschaftlicher Diskussionen.

Die Querschnittsveröffentlichungen liefern als Panorama aller Arbeitsgebiete die Eckzahlen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Das umfangreichste Werk dieses Systems, das einen umfassenden Überblick über das Zahlenangebot der amtlichen Statistik in Deutschland liefert, ist das „Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland“ und das „Statistische Jahrbuch für das Ausland“. Beide Bände der Statistischen Jahrbücher sind seit 1994 auch gemeinsam als CD-ROM erhältlich. Der gleichzeitig erscheinende „Zahlenkompaß“, ein statistisches Taschenbuch, ist demgegenüber besonders für Interessierte gedacht, die keine speziellen statistischen Fachkenntnisse besitzen. Ausgewählte Ergebnisse und Entwicklungen in Deutschland werden textlich erläutert und in Tabellen und Graphiken dargestellt.

Zeitschriften ermöglichen eine hohe Aktualität bei der Veröffentlichung. „Wirtschaft und Statistik“ berichtet monatlich mit Textbeiträgen über neu erhobene Ergebnisse und Entwicklungen der Statistik; Kernstück des Tabellenteils sind die statistischen Monatszahlen. In der Monatszeitschrift „Konjunktur aktuell“ werden die wichtigsten Konjunkturindikatoren tabellarisch und textlich erläutert. Der „Statistische Wochen dienst“ ist für einen Nutzerkreis konzipiert, der unmittelbar nach Vorliegen der Zahlen im Statistischen Bundesamt informiert sein will.

Eine besonders erfolgreiche Publikation des Statistischen Bundesamtes ist der „Datenreport“, in dem Zahlen und Fakten aus allen Gebieten der amtlichen Statistik leicht verständlich kommentiert und durch zahlreiche Graphiken veranschaulicht werden. Er enthält neben dem statistischen einen zweiten, vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung sowie dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim, bearbeiteten Teil, der die objektiven Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden der Menschen analysiert. Die Publikation wird in zweijährigem Turnus in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben.

Thematische Veröffentlichungen bieten Daten über bestimmte Bereiche oder Personengruppen. Sie fassen zum Beispiel in der Schriftenreihe „Im Blickpunkt“ Angaben aus verschiedenen Statistiken zu einem Schwerpunktthema, wie „Ältere Menschen in der Europäischen Gemeinschaft“, „Familien heute“, „Ausländische Bevölkerung in Deutschland“ oder „Kultur in Deutschland“ zusammen. Andere thematische Reihen behandeln Fragen über die Lage der Bauwirtschaft, den Tourismus, das Bildungswesen oder die Energiewirtschaft usw.

Eine Diskussionsplattform für Fachleute aus der amtlichen Statistik sowie aus Forschung und Wissenschaft bieten die *Schriftenreihen zu Methodenfragen*. „Forum der Bundesstatistik“ behandelt Fragen, die über die Tagesarbeit hinausreichen und in statistisches Neuland vordringen, beispielsweise die inhaltliche und methodische Gestaltung des Mikrozensus oder die Statistik in den neuen Ländern im Übergang zur Marktwirtschaft. In „Spektrum Bundesstatistik“ werden methodisch orientierte Informationen zu den Konzepten der Erhebungs-, Aufbereitungs- und Darstellungssysteme in den verschiedenen Bereichen der amtlichen Statistik publiziert, zum Beispiel das Konzept der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen.

Ebenfalls unter die zusammenfassenden Veröffentlichungen fallen Publikationen zu *Organisations- und Methodenfragen*, zum Beispiel das hier vorliegende Handbuch „Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik“ sowie der „Katalog zum Arbeitsgebiet der Bundesstatistik“, der einen Überblick über sämtliche Statistiken und die daraus verfügbaren Ergebnisse vermittelt. Als „Methodenbrief“ ist der in halbjährlichem Abstand erscheinende Informationsdienst „Methoden ... Verfahren ... Entwicklungen“, der auch in englischer Übersetzung erscheint, zu betrachten. Hier wird mit kurzen Beiträgen auf neue Arbeiten und Projekte der amtlichen Statistik aufmerksam gemacht.

In der Kategorie *Projektberichte und Materialienbände* werden Methoden und Ergebnisse statistischer Erhebungen und Untersuchungen aufgeführt, die als Sonderprojekte im Rahmen von Forschungsaufträgen oder für besondere Zwecke nach § 7 des Bundesstatistikgesetzes durchgeführt werden.

Die 19 *Fachserien* des Statistischen Bundesamtes bilden das Grundsystem der Printmedien. Sie dienen der Berichterstattung nach fachlich tiefgegliederten Merkmalen und werden direkt nach Aufbereitung der jeweiligen Statistik ohne größere Kommentierung veröffentlicht. Damit wird dem Wunsch nach möglichst aktuellen Zahlen entsprochen. In rund 350 Titeln jährlich enthalten sie die neuesten Zahlen aus nahezu allen Themenbereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Ob Angaben über Produktionsbranchen, Bevölkerungsentwicklung oder Erwerbstätigkeit verlangt werden – in den Fachserien sind die jeweils aktuellsten Daten tabellarisch aufgeführt.

Einen weiteren Grundpfeiler des Veröffentlichungssystems bilden die *Klassifikationen*. Sie dienen als Hilfsmittel für die einheitliche Zuordnung von Tatbeständen in den Statistiken und für eine dem Erhebungs- und Darstellungszweck entsprechende Gliederung der Ergebnisse. Die auflagenstärkste dieser Publikationen ist das jährlich erscheinende „Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik.“

Im Rahmen der *Auslandsstatistik* ist insbesondere das „Statistische Jahrbuch für das Ausland“, das seit einigen Jahren als eigener Band aus dem nationalen Statistischen Jahrbuch ausgegliedert ist, zu nennen. Daneben werden zum Beispiel im Rahmen der Fachserien eigene Publikationen mit statistischen Daten zu Preisen sowie Löhnen und Gehältern, Arbeitskosten im Ländervergleich herausgegeben.

Eine sehr populäre Form der zusammenfassenden Veröffentlichungen stellen die *Kurzbroschüren* dar. Sie bieten einen allgemeinen Überblick über wichtige Lebensbereiche und die Wirtschaftsentwicklung. Titel wie „Haushaltsgeld: woher – wohin?“ sind in erster Linie für Laien gedacht. An diese Gruppe richten sich auch die *Faltblätter*, die in hohen Stückzahlen herausgebracht werden. Sie geben zum Beispiel einen knappen Überblick über Deutschland, die EU, die Umweltsituation oder über das Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes.

Die *fremdsprachigen Ausgaben* runden das Angebot an Printmedien ab. Dazu zählen zum Beispiel die auszugsweise Übersetzung des Zahlenkompaß in englische,

französische, spanische und russische Sprache, oder eine Reihe mit zweisprachigen Veröffentlichungen, die interessante Eckdaten aus den Bereichen Wirtschaft und Soziales für Deutschland einem Vergleichsland gegenüberstellen. Erschienen sind bisher Broschüren, in denen Deutschland Frankreich, der Russischen Föderation oder Tschechien vergleichend gegenübergestellt wird. Zudem wird die Schriftenreihe „Statistische Beiträge des Europäischen Fortbildungszentrums“ in russischer Sprache herausgegeben. Die Schriftenreihe behandelt Themen, zu denen das Europäische Fortbildungszentrum des Statistischen Bundesamtes im Rahmen eines Projektes der Europäischen Union zur Fortbildung von Statistikern aus der ehemaligen Sowjetunion Lehrveranstaltungen durchgeführt hat.

Die Einbindung der deutschen in die europäische Statistik manifestiert sich u. a. im regelmäßigen Austausch von Veröffentlichungen im Rahmen von Eurostat oder in der Erstellung von Gemeinschaftsveröffentlichungen mit einem anderen EU-Partnerland. Darüber hinaus werden vom Statistischen Bundesamt errechnete Zeitreihen in europäische Prognosen einbezogen. Für die Arbeit an Veröffentlichungen im internationalen Bereich sind die von Eurostat zur Verfügung gestellten Ergebnisse unverzichtbar.

9.3 Elektronische Informationsangebote

Die Nutzung neuer Kommunikations- und Informationstechnologien eröffnet vielfältige Möglichkeiten, die zentrale Aufgabe der Veröffentlichung und der Darstellung der Ergebnisse der Bundesstatistik in einer Form wahrzunehmen, die den wachsenden Anforderungen gerecht wird, direkt auf statistische Daten zuzugreifen oder sie auf elektronisch weiterverarbeitbaren Medien bereitzustellen.

Ein großer Teil des elektronischen Informationsangebotes des Statistischen Bundesamtes wird durch die vielfachen Nutzungsmöglichkeiten des Statistischen Informationssystems des Bundes und durch das Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes abgedeckt. Es wird unter anderem ergänzt durch Daten, die auf Diskette, Magnetbandkassette oder auf CD-ROM zur Verfügung gestellt werden.

9.3.1 Statistisches Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND)

Anforderungen und Ziele

Wirtschaft, öffentliche Verwaltung und Wissenschaft benötigen für wechselnde Aufgabenstellungen immer umfangreichere und auf ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnittene Informationen, auf die möglichst schnell und nutzergerecht zugegriffen werden kann. Mit der Verbreitung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien ist außerdem der Bedarf an maschinell übertrag-, speicher- und verarbeitbaren statistischen Daten spürbar gestiegen. Dies spiegelt sich in einer Vielzahl von Anfragen nach statistischen Ergebnissen auf Magnetband oder Diskette, der Online-Abrufmöglichkeit statistischer Daten, nach benutzerspezifischen Auswertungen oder Zusammenfassungen von Daten sowie nach mathematisch-statistischen Analysen wider, die letztlich nur mit den Mitteln eines leistungsstarken Informationssystems befriedigt werden können. Dies hat auch der Gesetzgeber dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er in § 3 Abs. 1 Nr. 8 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565) das Statistische Bundesamt mit der Führung eines Statistischen Informationssystems des Bundes beauftragt hat.

Für die Führung und den weiteren Ausbau dieses Informationssystems ist u. a. auch die Erkenntnis maßgebend, daß durch die Konzentration statistischer Informationen an einer Stelle Mehrfacharbeiten vermieden werden können und eine einheitliche Darbietung statistischer Ergebnisse gewährleistet wird.

Mit dem Statistischen Informationssystem des Bundes bietet das Statistische Bundesamt seit Ende der siebziger Jahre ein vielseitiges Instrument zur Verbesserung und Rationalisierung der Bereitstellung und Auswertung statistischer Ergebnisse.

Aufgabe von STATIS-BUND ist es, für einen größeren Benutzerkreis den Zugriff auf die gespeicherten Daten sowie die Auswertung von statistischen Materialien zu erleichtern und zu verbessern. Dies setzt die Speicherung und Bereitstellung zahlreicher statistischer Ergebnisse unterschiedlichen Umfangs aus verschiedenen Quellen und Berichtsperioden voraus. Das Material muß soweit wie möglich vergleichbar sein, um schnell und in beliebiger Kombination Berechnungen für Zwecke der Analyse, Prognose und Planung durchführen zu können.

Dies macht deutlich, daß STATIS-BUND drei Schwerpunkte hat. Zum einen erlaubt STATIS-BUND den direkten Zugriff auf umfangreiche statistische Angaben in gut strukturierter und dokumentierter Form. Außerdem enthält das System vielfältige flexible Werkzeuge für Auswertungen, Analysen und mathematisch-statistische Berechnungen der verschiedensten Art, mit denen aus den gespeicherten Daten völlig neue, in dieser Form vorher nicht vorhandene Informationen durch Berechnungen gewonnen werden. Zum Dritten ist STATIS-BUND eine Datenbank, durch die zahlreiche sich ergänzende Serviceleistungen für Datenlieferungen an Nutzer der amtlichen Statistik erfüllt werden, die nicht über einen Direkt-Anschluß verfügen, so zum Beispiel der Zeitreihenservice im Internet oder der Diskettenservice.

Datenbasis

Mit STATIS-BUND steht für Auswertungen und Analysen eine umfangreiche und breit gefächerte Auswahl wichtiger statistischer Ergebnisse in Form von Zeitreihen zur Verfügung. Zusätzlich zu den Daten aus amtlichen Statistiken der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind auch Angaben anderer Stellen, wie Daten aus den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit und der Deutschen Bundesbank, gespeichert. Die allgemein zugänglichen Daten sind fachlich umfassend dokumentiert. Die Datenbasis enthält zur Zeit statistische Ergebnisse aus etwa 280 verschiedenen Statistiken. Die mehr als 1,2 Mill. Zeitreihen wurden vor allem unter dem Blickpunkt ausgewählt, aktuelles Grundlagenmaterial für die Konjunkturanalyse und -prognose bereitzustellen. Diese Daten mit überwiegend monatlicher und vierteljährlicher Periodizität sind zum Teil bereits ab 1960 in der Datenbasis enthalten. Das Datenangebot von langen statistischen Zeitreihen mit überwiegend jährlichen Angaben, die teilweise bis 1950 zurückreichen, umfaßt in erster Linie Ausgangsmaterial für Globalanalysen, -prognosen, -projektionen und -planungen in mittel- und langfristiger Sicht. Der überwiegende Teil der gespeicherten Daten stammt aus Statistiken des Produzierenden Gewerbes, der Erwerbstätigkeit, der Preise und den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Daten sind in übersichtlicher und leicht zugänglicher Form gespeichert. Alle Zeitreihendaten sind auf Magnetplatte verfügbar und können somit jederzeit im Direktzugriff weiterverarbeitet werden.

Die Akzeptanz einer Zeitreihendatenbank hängt entscheidend davon ab, wie schnell die Zeitreihen nach Vorliegen der Ergebnisse aus der statistischen Aufbereitung aktualisiert werden und somit verfügbar sind. Der größte Teil der Zeitreihen wird automatisch, das heißt direkt aus der maschinellen Aufbereitung der Basisstatistiken, aktualisiert.

Datendokumentation und Datensuche

Für die gezielte Datensuche und zur sachgerechten Verwendung der statistischen Daten wird eine umfassende Beschreibung der Daten benötigt. Sie wird in STATIS-BUND ebenfalls maschinell geführt und gibt auch nach Jahren noch vollständige Auskünfte über alle Daten aus zurückliegenden Erhebungsperioden und über die in der Zwischenzeit eingetretenen Änderungen.

Diese Datendokumentation umfaßt die allgemeine Beschreibung der statistischen Quellen, aus denen die Daten stammen, sowie zahlreiche Angaben zur Darstellung und zum schnellen Aufsuchen der Daten. Die Benutzerinnen und Benutzer werden bei der Online-Nutzung im Dialog am Bildschirm schrittweise über Stichworte an die Informationen herangeführt. Die komplette Datendokumentation von STATIS-BUND steht im Internet kostenfrei für alle Interessierten zur Verfügung. Darüber hinaus ist die Datendokumentation auszugsweise auch in schriftlicher Form erhältlich. Das Statistische Bundesamt gibt dazu regelmäßig gedruckte Verzeichnisse über den verfügbaren Datenbestand des Statistischen Informationssystems des Bundes heraus. Ein Definitionskatalog mit detaillierten Angaben zur begrifflichen Abgrenzung der gespeicherten Daten ist in gedruckter Fassung, über Internet und auf Diskette verfügbar.

Online-Nutzung: Auswertung und Analyse

Das Statistische Informationssystem des Bundes wird in allen Fachabteilungen des Statistischen Bundesamts intensiv als Arbeitsumgebung für die Auswertung von Daten verwendet. Darüber hinaus richtet es sich als Online-System an einen Nutzerkreis, der sich häufig mit der Auswertung von Statistiken befaßt. Im wesentlichen sind dies zur Zeit Parlament, Ministerien, Bundes- und Länderverwaltungen, Institute, Unternehmen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie andere öffentliche und private Organisationen.

Die Nutzung des großrechnergestützten Statistischen Informationssystems ist dialogorientiert. Die Benutzerinnen und Benutzer haben die Möglichkeit, entweder von ihrem Arbeitsplatz aus mittels Datenstation oder Arbeitsplatzcomputer (APC) über Datenfernübertragungseinrichtungen direkt auf die volldokumentierte Datenbasis und die Auswertungsprogramme zuzugreifen. Der Dialog kann mit Hilfe einer Formularoberfläche oder kommandoorientiert durchgeführt werden. Bei der kommandoorientierten Nutzung von STATIS-BUND können auf einfache Art und Weise verschiedene Arbeitsschritte als Prozeduren zusammengefaßt werden, durch die komplexe Arbeitsabläufe weitgehend automatisiert werden können.

Für die Beratung zur Nutzung von STATIS-BUND steht ein Team des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden und in dem insbesondere für Bundesbehörden in Bonn eingerichteten Verbindungsbüro zur Verfügung. Alle, die unmittelbar mit dem Statistischen Informationssystem des Bundes arbeiten wollen, werden ausführlich geschult. Spezielle Benutzerkurse informieren über den Datenbestand und den Datenzugriff, die verfügbaren Methoden, die Auswertungsmöglichkeiten und die systemeigene Benutzersprache.

STATIS-BUND stellt ein umfangreiches Instrumentarium an Auswertungs- und Analyseverfahren bereit, mit dem unterschiedliche und auf den Benutzerbedarf zugeschnittene Berechnungen für Zwecke der Analyse, Prognose und Planung durchgeführt werden können. Für die graphische Darstellung von Ergebnissen steht ein vielfältig verwendbares graphisches Ausgabesystem zur Verfügung.

Im *Auswertungssystem* werden unter anderem Verfahren für das Erstellen neuer Tabellen, für Rechenoperationen auf Tabellen, zum Sortieren von Daten sowie zur Druckaufbereitung der erzeugten Tabellen angeboten. Die für eine Tabellenerstellung benötigten Spezifikationen und Tabellenbeschreibungen werden in einer zweckmäßigen, dem Sprachgebrauch in der Statistik angepaßten Sprache durchgeführt. Die Tabellen können mit Texten auf Bildschirm oder über Drucker ausgegeben werden. Spezifikationen, Tabellenbeschreibungen und die Beschreibung des Druckbildes werden im System gespeichert und können bei Bedarf wieder verwendet werden.

Zur Durchführung mathematisch-statistischer Untersuchungen kann im *Analyse-system* auf ablauffähige Methoden zurückgegriffen werden. Sie umfassen eine Vielzahl der in der Statistik üblichen Verfahren und reichen von der Berechnung einfacher statistischer Kenngrößen wie Mittelwerten bis zu anspruchsvollen Verfahren wie zum Beispiel Zeitreihen-, Varianz- oder Diskriminanzanalysen und log-linearen Modellen. Weiter können mit dem System Modellrechnungen für unterschiedlichste Zwecke durchgeführt werden, beispielsweise auf dem Gebiet der Bevölkerungsentwicklung. Neben der Verwendung fertiger Methoden besteht die Möglichkeit, vorhandene Bausteine mittels einer Verknüpfungssprache zu eigenen Methoden zu verbinden.

Mit dem statistischen Auswertungs- und dem mathematisch-statistischen Analyse-system können nicht nur die Daten der Datenbasis, sondern auch benutzereigene Daten, zum Beispiel Daten aus der Statistikproduktion, zum Teil auch Einzelmateriale, verarbeitet werden. Diese Daten werden besonders gesichert und nur legitimen Personen auf den benutzereigenen Datenbereichen zur Verfügung gestellt.

Die Graphikkomponente von STATIS-BUND erzeugt die in statistischen Veröffentlichungen üblichen graphischen Darstellungen. Sie ist voll in das Auswertungs- und Analysesystem integriert, so daß alle anderen Komponenten des Informationssystems zur Anfertigung von Zeichnungen mitverwendet werden können. Von Vorteil ist insbesondere der direkte Zugang zu den Daten. Es können einerseits für beliebige Zeitreihen der Datenbank fest vordefinierte Standardzeichnungen erstellt und andererseits in der datenbankeigenen Benutzersprache auch sehr komplexe Graphiken spezifiziert werden.

Bereitstellung der Daten im Internet und in Form von Offline-Medien

Vielen geht es an Stelle einer Online-Nutzung von STATIS-BUND um die Übernahme von Daten in ihr eigenes DV-System, um diese dann kombiniert mit Daten aus anderen Quellen darzustellen und auszuwerten. Um diesem Kundenkreis gerecht zu werden, sind auf Grundlage des STATIS-BUND-Systems verschiedene, sich ergänzende Serviceleistungen aufgebaut worden.

Ein sehr komfortables Angebot, Daten aus STATIS-BUND zu beziehen, ist durch den Zeitreihenservice im Internet gegeben. Dieser Zeitreihenservice ist in das allgemeine Internet-Angebot des Statistischen Bundesamts integriert (<http://www.statistik-bund.de>) und ermöglicht den Zugriff auf die komplette Datenbasis von STATIS-










BUND. Das Datenbestandsverzeichnis, die Dokumentation der Datenbasis und der Definitionskatalog sind zu einem komfortablen HTML-basierten Dokumentations- und Retrievalsystem zusammengefügt worden. Über Sachgebiete und Untersuchgebiete oder über Stichworte, die für eine Volltextsuche in der Datendokumentation verwendet werden, wird zu den gesuchten Informationen geführt. Zusatzinformationen, zum Beispiel tagesgenaue Aktualisierungsinformationen, unterstützen bei der Nutzung dieses Dienstes.


Der Bezug von Daten durch den Zeitreihenservice ist möglich, wenn Interessierte sich über das Internet registrieren lassen und ein Nutzervertrag mit dem Statistischen Bundesamt abgeschlossen wird. Durch Ankreuzen in den Dokumentationen der Zeitreihen, bzw. durch das Ausfüllen eines Formulars können dann Pakete von individuell zusammengestellten Zeitreihen bestellt werden. Der Zeitreihenservice ermöglicht aus Sicherheitsgründen keinen direkten Zugang zu STATIS-BUND, das heißt zwischen dem Bestellen und Abholen eines gewünschten Datenpakets liegt eine Wartezeit. Abgeholte Daten können nach einer entsprechenden Konvertierung problemlos in die gängigen PC-Tabellenkalkulationsprogramme eingelesen und dort weiterverarbeitet werden.

Der Zeitreihenservice im Internet ist eine Weiterentwicklung des BASIS-BUND-Dienstes, durch den seit einigen Jahren mit Hilfe eines Modems über das öffentliche Telefonnetz Daten aus STATIS-BUND über einen Bestell- und Abholvorgang bezogen werden können. Der BASIS-BUND-Dienst wird voraussichtlich im Jahre 1998 vollständig durch den Zeitreihenservice im Internet ersetzt.



Zeitreihenservice

Dokumentationen, Recherche	Zeitreihen	Informationen
 <u>Datenbestand</u>  <u>Suchen</u>  <u>Segmentverzeichnis</u>  <u>Definitionen</u>	<input checked="" type="checkbox"/> <u>Bestellen</u>  <u>Abholen</u>  <u>Abrechnungen</u>  <u>Registrierung</u>	 <u>Allgemein</u> <u>Datenbestand</u> <u>Preise</u>  <u>Neue Werte</u>  <u>Neues</u>


Über das Logo des Zeitreihenservice  kommen Sie jederzeit auf diese Seite zurück.


Aus technischen Gründen können Sie **vorläufig** bestimmte Funktionen (Bestellen, Abholen, Abrechnungen) nur mit Netscape Navigator (ab Version 2.0) nutzen ([Erläuterungen](#)).


Wenn Sie einen anderen Browser verwenden und Probleme haben, benutzen Sie stattdessen [diese Homepage](#).

 [Impressum](#)

 [Suchen](#)

 [Fachliche Fragen](#)

 [Technische Fragen, Kritik, Anregungen](#)

 [Home](#)

Statistisches Bundesamt 97-3-0774

Alle, die den Zeitreihenservice im Internet oder BASIS-BUND nicht nutzen möchten – Gründe könnten in fehlender technischer Ausstattung oder in der Menge der benötigten Daten liegen – können individuell zusammengestellte Datenpakete aus STATIS-BUND als Diskettenlieferung oder in Form von Magnetbandkassetten, bzw. Magnetbändern erhalten. Zur Bestellung oder Änderung des Datenbezugs erfolgt eine intensive Beratung über das vorhandene Datenangebot und die adäquate Datenauswahl durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes. Bei Bedarf erhalten Interessierte detaillierte Datendokumentationen in gedruckter Form.

Eine besondere Serviceleistung ist der monatlich gedruckt erscheinende Branchendienst mit Daten aus STATIS-BUND. Diese Kurzinformation gibt einen schnellen und aktuellen Überblick über einzelne Branchen. Sie enthält die neuesten für die Beobachtung der Branchenentwicklung wesentlichen Konjunkturdaten sowie eine Monatsgraphik.

Die Datenbasis von STATIS-BUND wird zukünftig auch über CD-ROM angeboten werden (siehe Abschnitt 9.3.2).

Ausbau und Weiterentwicklung

STATIS-BUND ist so konzipiert, daß es ständig erweitert und verbessert werden kann. Unter Berücksichtigung der Benutzeranforderungen und eigener systematischer Untersuchungen werden ständig neue Daten übernommen sowie bei Bedarf neue mathematisch-statistische Analyseverfahren und weitere Methoden für statistische Sonderauswertungen in das System eingebracht.

Neben der Realisierung einer Formularoberfläche für STATIS-BUND spielt für die Weiterentwicklung der Nutzungsmöglichkeiten von STATIS-BUND die Komponente STATIS-BUND-PC eine wichtige Rolle. Durch dieses unter Windows ablauffähige Programm wird die integrierte Nutzung von Arbeitsplatzcomputern und dem Anwendungssystem STATIS-BUND auf Großrechner unterstützt. Zum einen ermöglicht es der BS2000-Anwendung die Nutzung der an den Arbeitsplätzen vorhandenen PC-Peripheriegeräten (Laserdrucker, graphischer Bildschirm), zum Beispiel für Graphikausgaben oder Tabellenausgaben, zum anderen stellt sie die für eine wechselseitige Nutzung der Datenbestände notwendigen Funktionen zur Verfügung. So können nun APC-Datenbestände mit STATIS-BUND-Funktionen und STATIS-BUND-Datenbestände mit Software des PC, zum Beispiel Standardpaketen wie EXCEL, WORD usw. bearbeitet werden. Die Komponente STATIS-BUND-PC wird in Zukunft weiter so ausgebaut, daß am PC als integriertem statistischen Arbeitsplatz ein komfortables kombiniertes Arbeiten mit PC, STATIS-BUND und weiteren im Statistischen Bundesamt existierenden Systemen möglich ist.

Auch die auf STATIS-BUND aufbauenden Dienste werden weiterentwickelt. Dies betrifft für Externe vor allem den Zeitreihenservice im Internet. Außer der Verbesserung des Dokumentations- und Retrievalsystems und des Bestell-/Abhol-Systems könnte hier an die Bereitstellung ausgewählter Analyseergebnisse gedacht werden.

9.3.2 Weitere elektronische Informationsangebote

Standardprodukte auf Diskette

Zur Weiterbearbeitung am PC sind bei kleinen Datenmengen Disketten ein besonders gut geeignetes Medium. Sie ermöglichen den Statistiknutzern eine Datenauswertung mit eigenen Programmen.

Das gemeinsam von den Statistischen Ämtern der Länder und des Bundes herausgegebene Diskettenpaket *Statistik regional* bietet die Möglichkeit, wirtschaftliche und soziale Fakten aus der amtlichen Statistik für Kreise und kreisfreie Städte, Regierungsbezirke, Länder und den Bund zu recherchieren und zu Tabellen zusammenzustellen. Von Bevölkerung über Umwelt bis zu Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liefert das Diskettenpaket Regionaldaten aus zahlreichen Bereichen der amtlichen Statistik.

Ebenfalls auf Disketten werden verschiedenen *Klassifikationen* bereitgestellt, wie zum Beispiel die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93), das Systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995 (GP 95) oder das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WVZ 96).

CD-ROM

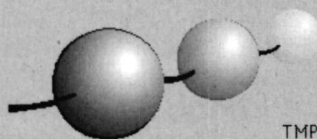
Bei größeren Datenmengen bietet sich als Medium für den Datentransfer die CD-ROM-Technik an, die im Statistischen Bundesamt erstmals 1994 für die Verbreitung des kompletten Statistischen Jahrbuches (In- und Ausland) eingesetzt wurde. Mittlerweile sind drei Jahrgänge dieses Kompendiums auf diese Weise – zusätzlich zur gedruckten Version – veröffentlicht worden.

Ebenfalls auf CD-ROM liegen *Daten zur Bodenbedeckung für die neuen Länder und Berlin* vor. Das Statistische Bundesamt leistet damit den nationalen Beitrag Deutschlands zur Realisierung eines europaweiten Vorhabens, dessen Ziel die Bereitstellung einheitlicher und vergleichbarer Bodenbedeckungsdaten für das Gebiet der Europäischen Union ist. Der Aufbau des auf der CD-ROM enthaltenen Datenbestandes basiert auf der Auswertung von Satellitenbildern aus den Jahren 1989 bis 1992. Nach Abschluß der Datenerhebung für die alten Bundesländer werden die Daten für Gesamtdeutschland 1997 auf einer weiteren CD veröffentlicht.

Aus den Zeitreihen in STATIS-BUND wird ab Herbst 1997 eine Serie von fünf CD-ROM hergestellt, deren jeweilige thematischen Schwerpunkte im Bereich Bevölkerung, Finanzen, Gewerbe und Konjunktur liegen werden und deren Erscheinungsweise sowohl jährliche als auch vierteljährliche und monatliche Auslieferungen vorsieht.

Online-Dienste

Seit März 1996 ist das Statistische Bundesamt als Informationsanbieter im *Internet* vertreten. Unter der Adresse <http://www.statistik-bund.de> steht ein umfangreiches Informationsangebot in deutscher und englischer Sprache zur Verfügung. Das Internet ist für die Verbreitung statistischer Informationen besonders geeignet, da damit aktuell und kostengünstig Texte, Tabellen und Grafiken weltweit beliebig vielen Empfängern gleichzeitig zur Verfügung gestellt sowie Verknüpfungen zu anderen Anbie-



Suche nach:

Suche starten

Web user survey – Ihre Teilnahme hilft uns, unser Angebot zu verbessern

This page is also available in English language

Inhaltsübersicht

- **About us** – das Statistische Bundesamt stellt sich vor
- **Hot News** – Pressedienste
- **Helpline** – Kontakte zu uns
- **Indicators** – Kurzfristige Wirtschaftsindikatoren
- **Basics** – Statistische Grundzahlen aus vielen Bereichen
- **Science** – Methoden ... Verfahren ... Entwicklungen
- **Time Series** – Zeitreihen des Statistischen Informationssystems
- **Bookstore** – Wichtige Veröffentlichungen des Amtes
- **Mediastore** – Mailboxservice/Diskettenangebote/CD-ROM
- **Statlink** – Statistik im Internet
- **Events** – Nachrichten aus der Welt der Statistik
- **Feedback** – Web-Service des Statistischen Bundesamtes



[Impressum](#)



[Web-Service](#)

Statistisches Bundesamt 97-3-0775

tern hergestellt werden können. Damit wird ein selbst bestimmter, schneller Zugriff auf die Informationen der Wahl und deren Weiterverarbeitung am eigenen PC ermöglicht.

Es kann entweder per „Mausklick“ auf den gewünschten Menüpunkt des Angebots, das auf der „homepage“ erscheint, oder nach Angabe eines oder mehrerer Stichworte über eine „Suchmaschine“ auf die betreffenden Informationsbestandteile zugegriffen werden. Von Pressediensten über Basiszahlen und Konjunkturindikatoren bis hin zu tiefgegliederten Zeitreihen steht ein vielfältiges Zahlenangebot zur Verfügung, das um Serviceseiten, wie zum Beispiel einen Veranstaltungskalender für fachspezifische Tagungen und Messen ergänzt wird. Durch Hyperlinks wird der Übergang zu Informationsprogrammen anderer statistischer Ämter und ausgewählter Institutionen im In- und Ausland unmittelbar ermöglicht. Das Internetprogramm, das auf eine hohe Akzeptanz stößt, wird ständig weiterentwickelt und an die Bedürfnisse der Anwender angepaßt.

Über *T-Online* kann unter der Leitseite *48484# das Bildschirmtext (Btx)-Informationsprogramm des Statistischen Bundesamtes abgerufen werden. Es ist sozusagen der nationale Vorläufer des Internetangebots. Allerdings wird aufgrund seiner schnelleren Verbreitung und seiner universelleren Werkzeuge das Internet das maßgebliche Medium der Informationsverbreitung der Zukunft sein. Da die T-Online-Dienste auch einen Zugang zum Internet anbieten, ist geplant, den T-Online-Kundenstamm auf entsprechende Internetangebote zu verweisen und die Pflege des T-Online-Informationsprogramms zugunsten eines weiteren Ausbaus des Internetangebots zurückzufahren.

10 Internationale Zusammenarbeit

Politische, wirtschaftliche, ökologische und soziale Entscheidungen können nicht mehr ausschließlich nach nationalen Gesichtspunkten getroffen werden. Vielmehr sind über Ländergrenzen hinweg vergleichbare Daten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens zur unverzichtbaren Entscheidungsbasis für Handlungsträger in Politik und Wirtschaft geworden.

Von den statistischen Ämtern in aller Welt werden daher seit jeher alle Aktivitäten gefördert, die auf eine Verbesserung der internationalen Vergleichbarkeit von Statistiken gerichtet sind. Bereits im Jahr 1885 schlossen sich Statistiker aus zahlreichen Staaten zum Internationalen Statistischen Institut (ISI) zusammen, das als private wissenschaftliche Fachvereinigung zum Vorläufer internationaler amtlicher Organisationen wurde, die heute auf dem Gebiet der Statistik tätig sind.

Die internationale Zusammenarbeit wird maßgeblich durch die Statistikabteilungen der inter- und supranationalen Organisationen und die ihnen zugeordneten Fach- und Lenkungsorgane geprägt. Diese Organisationen beschränken sich nicht allein darauf, für ihre Zwecke Material aus nationalen Quellen zusammenzutragen, sie bemühen sich auch um eine bessere Vergleichbarkeit der Ergebnisse und die Angleichung der Methoden. Über einen intensiven Gedanken- und Erfahrungsaustausch, über die Aufstellung von Leitlinien und Empfehlungen sowie über Abkommen und andere Regelungen ist es ihnen gelungen, den Aufbau der internationalen Statistik entscheidend zu fördern. Zugleich haben sich aus der internationalen Zusammenarbeit vielfältige Anregungen für die Statistik in den Mitgliedsländern ergeben. Die Zusammenarbeit mit den internationalen Statistikorganisationen und die Mitwirkung in ihren Gremien ist ein Schwerpunkt der internationalen Aktivitäten des Statistischen Bundesamtes (siehe die Übersicht auf S. 153).

Die Mitarbeit reicht von der Bereitstellung von Zahlen über die Teilnahme an Sitzungen, die Ausarbeitung von Vorschlägen und Abgabe von Stellungnahmen bis zur Entsendung von Sachverständigen und zur Beteiligung an Ausbildungsmaßnahmen für Statistikerinnen und Statistiker aus dem Ausland, insbesondere aus Mittel- und Osteuropa, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und der Volksrepublik China. Darüber hinaus unterhält das Statistische Bundesamt Verbindungen zu zahlreichen ausländischen statistischen Zentralämtern. Im folgenden wird über die Aktivitäten der wichtigsten internationalen Organisationen, die auf dem Gebiet der Statistik tätig sind, und ihre Auswirkungen auf die Arbeit des Statistischen Bundesamtes berichtet. Anschließend wird ein Überblick über die Schwerpunkte der bilateralen Kontakte des Statistischen Bundesamtes mit statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) gegeben sowie über die technische Zusammenarbeit mit statistischen Ämtern Mittel- und Osteuropas, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und der Volksrepublik China.

10.1 Europäische Union

Nach dem Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 stützt sich die europäische Einigung künftig auf drei Säulen: Die wichtigste Säule bildet die Europäische Gemeinschaft, in der die bisher gültigen Bestimmungen zur Europäischen

Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) umfassend fortgeschrieben werden. Die beiden anderen Pfeiler bestehen in der Intensivierung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Erweiterung der Kompetenzen der Union auf den Gebieten der Innen- und Rechtspolitik. Eine wichtige Ergänzung des Unionsvertrages ist ein Stufenplan, nach dem bis Ende der neunziger Jahre der Übergang zu einer Wirtschafts- und Währungsunion erfolgen soll.

Aufgrund der bereits in den Gründungsverträgen der Europäischen Gemeinschaften, den Römischen Verträgen, festgelegten Vollmachten kann die Europäische Union die Statistik in den Mitgliedstaaten sehr viel nachhaltiger beeinflussen, als es internationalen Organisationen möglich ist. Der Europäischen Union, die als supranationale Organisation mit hoheitsrechtlichen Befugnissen ausgestattet ist, steht das Recht zu, durch Erlass von Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen direkten Einfluß auf die nationalen statistischen Arbeiten zu nehmen. Während Verordnungen in den Mitgliedstaaten unmittelbar geltendes Recht setzen, sind Richtlinien nur hinsichtlich der darin enthaltenen Ziele verbindlich. Entscheidungen sind wie Verordnungen in allen ihren Teilen verbindlich, verpflichten jedoch nur die von ihnen bezeichneten Empfänger (siehe die Abschnitte 2.2 und 2.5). Mit dem Inkrafttreten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zum 1. Januar 1994 haben die Staaten der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA) Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Österreich und Schweden die meisten Bestimmungen der Europäischen Gemeinschaft zur Schaffung eines Binnenmarktes übernommen³³⁾. Insbesondere gelten die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes, nämlich freier Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Selbständigen nunmehr im gesamten EWR. Entsprechend werden von den EWR-EFTA-Staaten³⁴⁾ sämtliche für den Binnenmarkt relevanten europäischen Statistiken, das sind etwa 80 %, gemäß den EG-Vorgaben durchgeführt. Gleichzeitig sind Teilnehmer der statistischen Ämter der EWR-EFTA-Staaten nunmehr in fast allen Eurostat-Arbeitsgremien vertreten. Als statistische Dienststelle der Europäischen Kommission ist bereits 1958 das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) eingerichtet worden, das seinen Sitz in Luxemburg hat.

Auf der Grundlage von Rechtsakten des Rates der Europäischen Union ist es Aufgabe Eurostats, auf ein leistungsfähiges europäisches Statistiksystern hinzuwirken, das die Voraussetzungen für die Entscheidungsfindung, Implementierung und Kontrolle im Zusammenhang mit den Unionspolitiken bildet.

Die Europäische Union besitzt in den verschiedenen Politikbereichen unterschiedlich weitreichende Kompetenzen. Entsprechend unterschiedlich sind die Aufgaben ihrer Organe, so auch Eurostats. Dessen Aufgaben reichen von der bloßen Sammlung in den Mitgliedstaaten vorhandener Daten bis hin zur vollständigen EU-weiten Harmo-

³³⁾ Die Schweiz hat nach einem ablehnenden Volksentscheid das EWR-Abkommen nicht ratifiziert. Sie gehört daher als einziges EFTA-Land nicht dem EWR an.

³⁴⁾ Finnland, Österreich und Schweden sind inzwischen Mitgliedstaaten der EU.

nisierung von Statistiken in solchen Bereichen, in denen die Organe der EU mit besonders weitreichenden Kompetenzen ausgestattet wurden, wie zum Beispiel im Agrarsektor.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben verfügt Eurostat über einen Personalbestand von inzwischen mehr als 600 Beschäftigten, der sowohl Beamtinnen und Beamte als auch nationale Expertinnen und Experten auf Zeit umfaßt.

Eurostat gliedert sich in sechs dem Generaldirektor unterstellte Direktionen, die zuständig sind für die Bereiche

- Informationsverbreitung und Öffentlichkeitsarbeit, Informationsverarbeitung; Beziehungen zu AKP-Staaten³⁵⁾,
- Wirtschaftsstatistik, Wirtschafts- und Währungskonvergenz,
- Allgemeine Angelegenheiten, internationale und interinstitutionelle Beziehungen, Außenhandelsstatistik und Statistik des innergemeinschaftlichen Handels,
- Unternehmens- und Energiestatistik, Forschung und Entwicklung, statistische Methoden,
- Sozial- und Regionalstatistik, Strukturpläne,
- Statistik der Landwirtschaft, der Fischerei und der Umwelt.

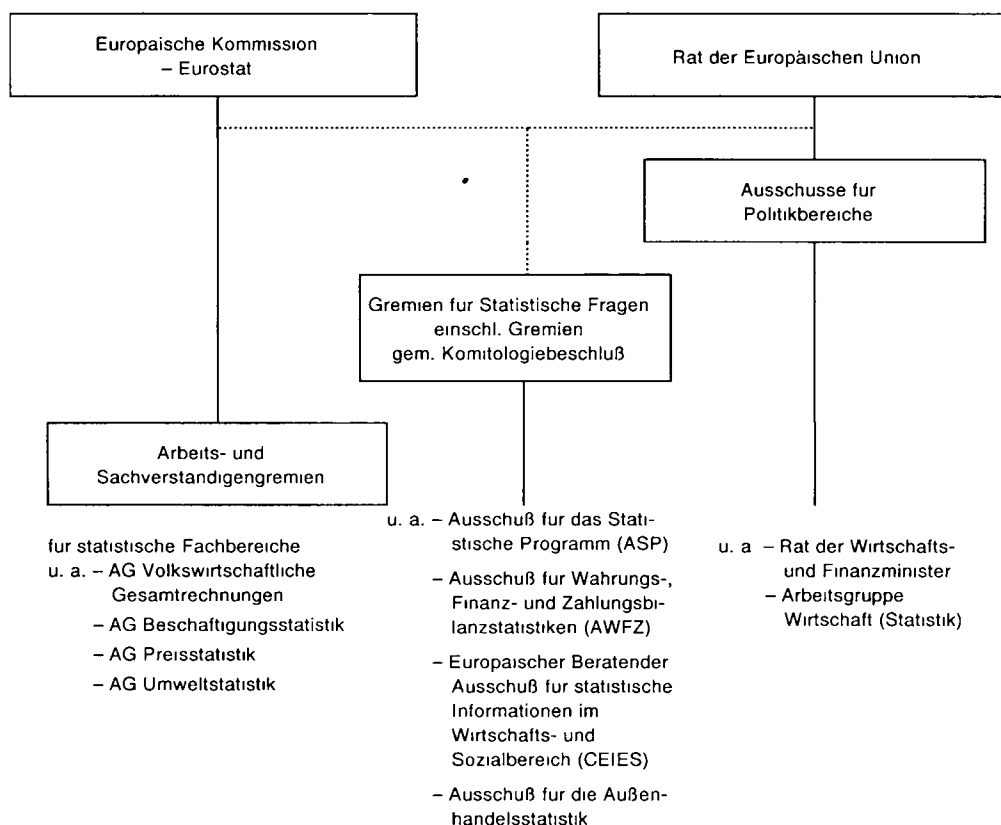
Grundlage der mittelfristigen statistischen Arbeitsplanung in der Europäischen Union ist das statistische Rahmenprogramm, das von Eurostat jeweils für eine Zeitdauer von vier bis fünf Jahren aufgestellt wird. In ihm werden die Leitlinien des künftigen Statistikprogramms festgelegt, die in jährlichen Arbeitsprogrammen anhand von detailliert beschriebenen Einzelmaßnahmen konkretisiert werden. Das Rahmenprogramm wird von Eurostat in Zusammenarbeit mit den betroffenen Generaldirektionen der Europäischen Kommission erarbeitet und nach eingehender Prüfung durch die Leiter der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten dem Rat der Europäischen Union zur formellen Billigung vorgelegt. Für das Rahmenprogramm für prioritäre Maßnahmen im Bereich der statistischen Information 1993 bis 1997 wurde erstmalig die Rechtsform einer Entscheidung des Rates gewählt, die seinen im Vergleich zu vorhergehenden Programmen stärkeren Aufforderungscharakter betont.

Die Festlegung der jährlichen Arbeitsprogramme erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den nationalen statistischen Ämtern: Mit dem Rahmenprogramm 1993 bis 1997, das mehr als 230 Einzelvorhaben umfaßt, wurde die Zusammenarbeit in einem mehrstufigen Programmplanungsverfahren institutionalisiert, in dessen Verlauf technische und grundsätzliche Aspekte des Jahresprogramms mehrfach auf Arbeitsgruppen- und Amtsleitererebene erörtert werden, bevor eine endgültige Stellungnahme der Leiter der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten zu den Prioritäten des jährlichen Arbeitsprogramms am Ende des Vorjahres erfolgt.

³⁵⁾ Geltungsbereich des Abkommens von Lomé für die mit den Europäischen Gemeinschaften assoziierten Entwicklungslander in Afrika, der Karibik und im Pazifik.

In insgesamt rund 100 Arbeitsgremien vollzieht sich die Zusammenarbeit und Koordination des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften mit den nationalen statistischen Ämtern. Auf fast allen Fachgebieten der Statistik bestehen – ähnlich wie im nationalen Bereich (siehe Abschnitt 3.3) – Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen, die von Eurostat zu technischen und inhaltlichen Fragen bei der Vorbereitung und Implementierung von Rechtsakten eingerichtet werden. Den formal wichtigsten Beitrag zur Entscheidungsfindung bei der Vorbereitung von Rechtsakten und der Umsetzung beschlossener Maßnahmen leisten die vom Rat eingesetzten Ausschüsse. Als bedeutendster Ausschuß ist der Ausschuß für das Statistische Programm (ASP) zu nennen, in dem die Leiter der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten viermal jährlich Grundsatzfragen und ausgewählte Fachfragen sowie die bereits erwähnten jährlichen und mittelfristigen Statistikprogramme erörtern. Im Rahmen der einmal pro Jahr als Seminar durchgeführten Konferenz der Leiter der nationalen Statistischen Zentralämter werden darüber hinaus statistikpolitische Themen diskutiert und Perspektiven eines europäischen Statistiksystems entworfen.

Gremien des Europäischen Statistischen Systems



Der Ausschuß für Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken (AWFZ) setzt sich aus Vertretern der Europäischen Kommission, Eurostats, den Zentralbanken oder anderer für diesen Statistikbereich zuständigen Stellen der Mitgliedstaaten zusammen, die Eurostat bei der Ausarbeitung, Koordinierung und Umsetzung des Statistischen Programms im Bereich der Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken unterstützen.

Der Europäische Beratende Ausschuss für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES) nimmt unter Berücksichtigung des Bedarfs und der den Auskunftgebenden entstehenden Kosten zu den Schwerpunkten der statistischen Arbeitsprogramme Stellung. Der Ausschuß setzt sich zusammen aus Vertretern Eurostats, des AWFZ, den Leitern der nationalen statistischen Ämter sowie aus jedem Mitgliedstaat zwei Repräsentanten der verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Gruppen und der Wissenschaft, die für je vier Jahre vom Rat ernannt werden.

Einen Überblick über die Gremien des Europäischen Statistischen Systems gibt die nebenstehende Übersicht.

Eine umfassende Regelung der Grundsätze der Zusammenarbeit von Eurostat mit den statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten ist in der Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates vom 17. Februar 1997 über die Gemeinschaftsstatistiken erfolgt, die nach mehrjährigen Diskussionen nunmehr verabschiedet wurde. Gegenstand der Verordnung sind die Mitwirkung der Mitgliedstaaten bei der Programmplanung, der Arbeitsschnitt zwischen Eurostat und den nationalen statistischen Ämtern bei der Durchführung und Verbreitung von europäischen Statistiken auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips sowie Vereinbarungen zur statistischen Geheimhaltung. Um ein möglichst hohes Qualitätsniveau der europäischen Statistik zu gewährleisten, werden auch Prinzipien der statistischen Arbeit definiert, wie zum Beispiel die Überparteilichkeit, Zuverlässigkeit, statistische Vertraulichkeit und Transparenz.

Eine zentrale Stellung im statistischen Programm der EU nimmt die Entwicklung und Harmonisierung von statistischen Normen, Methoden und Instrumenten ein, die die Voraussetzung für vergleichbare und kohärente Statistiken darstellen. Die wichtigsten sollen hier vorgestellt werden:

Im Bereich der Klassifikationen wurden 1990 und 1991 die revidierte Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1) und die Liste von Produkten für eine europäische Produktionsstatistik (PRODCOM) in Verbindung mit der EU-weiten jährlichen Produktionserhebung durch Verordnung in allen Mitgliedstaaten verbindlich eingeführt. Hinzu kommt als Bindeglied die 1993 verabschiedete Verordnung über die Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (CPA), die eine bessere Vergleichbarkeit der statistischen Ergebnisse (z. B. in den Bereichen Produktion, Außenhandel und Preise) ermöglichen soll. Für die Beobachtung und Analyse der europäischen Wirtschaft wurden 1993 per Verordnung einheitliche Bezeichnungen und Definitionen für bestimmte statistische Einheiten verbindlich festgelegt, die einen wichtigen Bestandteil des künftigen Systems der europäischen Unternehmensstatistik bilden. Ein weiteres Grundelement stellt die Einrichtung har-

monisierter Unternehmensregister in den Mitgliedstaaten dar, die eine wichtige Voraussetzung für die effiziente Gewinnung wirtschaftsstatistischer Daten sind und gleichzeitig eine schonende und gleichmäßigere Behandlung der Auskunftgebenden ermöglichen. Die Einrichtung der Register soll gemäß der Verordnung über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern in den Mitgliedstaaten grundsätzlich bis 1996 erfolgen.

Die Entwicklung und Harmonisierung einer europäischen informationstechnischen Infrastruktur stehen im Mittelpunkt der Projekte zur Normierung, elektronischen Erfassung, Fernübertragung und Verbreitung von Daten sowie – langfristig – zur Vernetzung in transeuropäischen Netzwerken. Sowohl ihre großzügige Ausstattung mit Gemeinschaftsmitteln als auch ihre langfristige Ausrichtung lassen den hohen Stellenwert erkennen, der diesen Projekten im Rahmen der europäischen Statistik beigemessen wird. Ein Schwerpunkt der Arbeiten lag bisher auf der technischen Unterstützung der Statistiken des Warenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten (Intrahandelsstatistik), die aus der Abschaffung der Warenkontrollen an den Binnengrenzen im Zuge der Errichtung eines europäischen Gemeinsamen Marktes hervorgingen und die bisherigen Erhebungsverfahren in diesem Bereich abgelöst haben.

Von besonderer Bedeutung im Rahmen der europäischen Statistik sind die Arbeiten zur Weiterentwicklung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Sie stehen in engem Zusammenhang mit vertraglichen Be-



stimmungen zur Harmonisierung der Sozialproduktsberechnungen im Hinblick auf die Berechnung der Eigenmittel der Europäischen Union einerseits und den Konvergenzkriterien zur Vorbereitung einer Wirtschafts- und Währungsunion andererseits. Auf der Basis des 1993 verabschiedeten revidierten Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen (SNA) (siehe dazu auch Abschnitt 10.2) wurde auf europäischer Ebene eine grundlegende Revision des ESVG vorgenommen. Die Anwendung wird den Mitgliedstaaten auf dem Verordnungswege verbindlich vorgeschrieben.

Zwei Gründe erfordern die Berechnung eines EU-weit harmonisierten Verbraucherpreisindex: zum einen die Wahl des Parameters Inflationsrate im Vertrag über die Europäische Union als Kriterium für die Konvergenz der Mitgliedstaaten zur Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion und zum anderen auch bereits die Koordinierung der Geldpolitiken durch das Europäische Währungsinstitut. Auch hier wurde die Harmonisierung durch eine entsprechende Ratsverordnung vorbereitet.

Seit einigen Jahren bemüht sich Eurostat um den Aufbau eines kohärenten Berichtssystems im Bereich der Unternehmensstatistiken. Ein Grunddatenprogramm für alle Bereiche der Wirtschaft soll durch sektorspezifische Strukturerhebungen der Industrie und des Handels ergänzt werden. Auch kleine und mittlere Unternehmen sollen einbezogen werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Entwicklung der Dienstleistungsstatistiken, die angesichts der Bedeutung dieses Sektors in der europäischen Wirtschaft noch erhebliche Informationslücken aufweisen. Methodische Arbeiten zur Erfassung der nicht marktbestimmten Dienstleistungen sowie der Finanz-, Versicherungs- und audiovisuellen Dienstleistungen stehen im Mittelpunkt des Statistikprogramms für diesen Arbeitsbereich.

Auf der Basis von Rechtsakten für den Luft-, See- und Güterkraftverkehr soll das Informationssystem für den Verkehr konsolidiert und sein Geltungsbereich auf alle EWR-Staaten erweitert werden. Die Harmonisierung der Erhebungssysteme in den Mitgliedstaaten ist Gegenstand der Gemeinschaftsinitiative zur Tourismusstatistik. Mittelfristig soll die Tourismusstatistik EU-weit einheitlich erhoben und veröffentlicht werden.

Die Weiterentwicklung der Abfallstatistik, Wasserstatistik und der Statistiken über Umweltausgaben im Rahmen des Europäischen Systems zur Sammlung wirtschaftlicher Informationen über die Umwelt (SERIEE) bilden gemeinsam mit methodischen Arbeiten zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen die Informationsbasis für eine europäische Umweltpolitik.

Vor dem Hintergrund der Maßnahmen der Europäischen Union zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts zwischen den Mitgliedstaaten und zum Abbau regionaler Disparitäten erweitert Eurostat sein sozialstatistisches Arbeitsprogramm, insbesondere im Hinblick auf die Arbeitskräfteerhebung, das Europäische Haushaltspanel, die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte, einen Europäischen Arbeitskostenindex und die Sozialschutzstatistiken.

10.2 Vereinte Nationen

Den Vereinten Nationen (UN) – als weltumspannende internationale Organisation – fällt auch im statistischen Bereich eine führende Rolle zu. Verantwortlich für die Fortentwicklung der internationalen Statistik in ihrem Bereich ist der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC). Unterstützt wird er von der Statistischen Kommission, der die Statistische Abteilung der Vereinten Nationen (UNSTAT) als ausführendes Organ zur Seite steht. UNSTAT (mit Sitz in New York) unterhält enge Verbindungen zu den statistischen Ämtern aller Länder sowie den statistischen Abteilungen anderer internationaler Organisationen. Sie liefern der Abteilung auch Material für seine statistischen Veröffentlichungen (z. B. Statistical Yearbook, Demographic Yearbook, Monthly Bulletin of Statistics) mit Angaben über fast alle Staaten der Erde.

Das Statistische Bundesamt unterhält seit nahezu vier Jahrzehnten enge Kontakte zu UNSTAT und vertritt die Bundesrepublik Deutschland in der Statistischen Kommission der UN, dem höchsten statistischen Gremium auf Weltebene. Seit 1986 wurde die Bundesrepublik Deutschland bereits zum dritten Mal für vier Jahre zum Mitglied dieser Fachkommission gewählt.

Mit der Diskussion statistisch-methodischer Fragen verfolgen die Vereinten Nationen das Ziel, schrittweise die Statistiken der Mitgliedstaaten vergleichbar zu machen und dabei das fachliche und methodische Niveau der Statistik auf Weltebene fortzuentwickeln. Wegen der großen Unterschiede im Entwicklungsniveau und in der Wirtschafts- und Sozialordnung der Mitgliedsländer stellen allerdings die Empfehlungen der Vereinten Nationen zur Statistik im Prinzip Minimalprogramme aus der Sicht der Staaten mit hochentwickelten statistischen Systemen dar. Gleichzeitig sind sie – insbesondere für weniger entwickelte Länder – eine wertvolle Hilfe für den Auf- und Ausbau einer statistischen Organisation. Im Hinblick auf die Umstrukturierung ihrer Statistiksysteme bietet die statistische Zusammenarbeit auf UN-Ebene für die ehemals zentralplanwirtschaftlich geleiteten Länder ein wertvolles Forum für die Koordinierung zum Beispiel von technischen oder personellen Unterstützungsmaßnahmen sowie für den Erfahrungsaustausch der Länder untereinander.

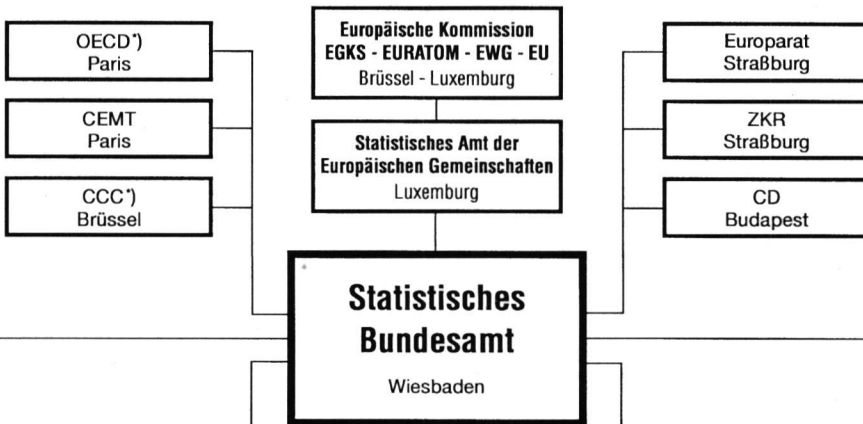
Die statistische Zusammenarbeit der internationalen Organisationen untereinander und mit Eurostat hat sich, insbesondere in den letzten Jahren, durch ein verstärktes Maß an Koordinierung, Transparenz und Arbeitsteilung ausgezeichnet. Dadurch werden Doppelarbeiten vermieden und die Belastungen für die Mitgliedstaaten reduziert. In die gleiche Richtung zielen Bestrebungen auf UN-Ebene zur Straffung und übersichtlicheren Darstellung ihrer Statistikprogramme.

Ein Meilenstein der statistischen Arbeit der Vereinten Nationen wurde mit der Verabschiedung des revidierten Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (SNA) durch die Statistische Kommission der Vereinten Nationen am 23. Februar 1993 gesetzt. Das SNA bildet weltweit die Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und wurde bereits bei seiner Konzeption auf eine flexible Anpassung an länderspezifische Bedürfnisse sowie eine Erweiterung um besondere Themenkomplexe, wie zum Beispiel die Umwelt, die Haushaltsproduktion, das Gesundheitswesen oder Forschung und Entwicklung anhand von Satellitensystemen, ausgerichtet.

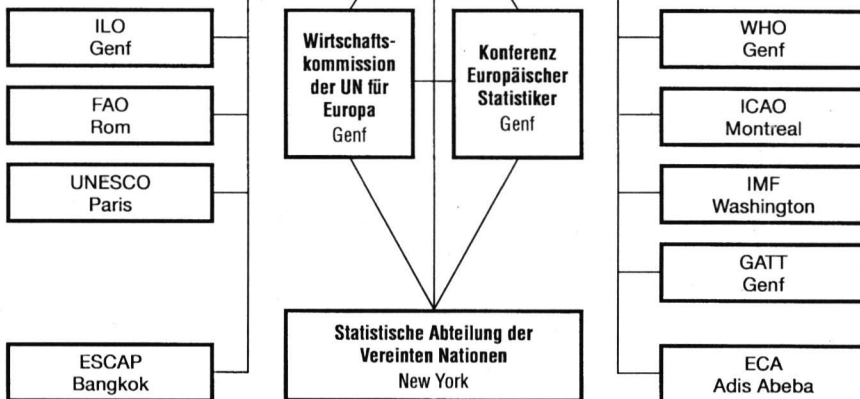
Internationale Zusammenarbeit

Organisationen, mit denen das Statistische Bundesamt zusammenarbeitet

Amtliche europäische Organisationen



Amtliche weltweite Organisationen



Nichtamtliche internationale Organisationen



*) Zu den Mitgliedstaaten zählen auch außereuropäische Staaten.

**) Halbamtliche internationale Organisationen.

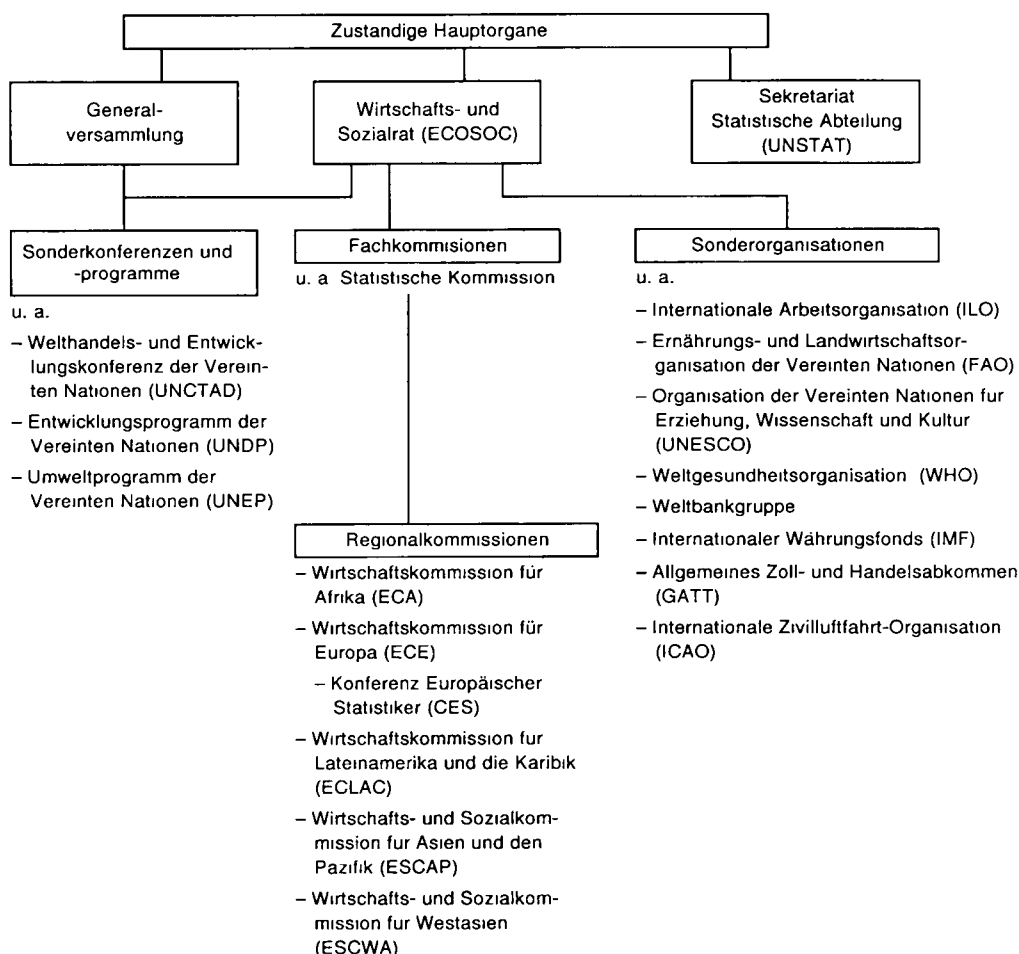
Statistisches Bundesamt 97-3-0776

Die Schwerpunkte im statistischen Weltprogramm der UN werden von den regionalen Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen den besonderen Gegebenheiten in den einzelnen Erdteilen angepaßt. Die UN-Wirtschaftskommissionen haben für diese Aufgabe ständige Statistikerkonferenzen als Beratungs- und Koordinierungsorgane eingesetzt, zu denen auch die nachstehend erwähnte Konferenz Europäischer Statistiker bei der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa gehört. Einen Überblick über das statistische System der Vereinten Nationen gibt die nachstehende Übersicht.

10.2.1 Regionale Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen

Die Wirtschaftskommissionen der UN für Europa, Afrika, für Lateinamerika und die Karibik sowie die Wirtschafts- und Sozialkommissionen für Asien und den Pazifik und für Westasien haben eigene Statistikabteilungen und Statistikergremien.

Organisationen der Vereinten Nationen und ihr statistisches System



Von besonderer Bedeutung für die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes, neben seiner Mitarbeit auf dem Gebiet der Statistik der Europäischen Union, ist die Tätigkeit der Konferenz Europäischer Statistiker bei der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) in Genf.

Die Konferenz Europäischer Statistiker (CES) bei der ECE hat ähnliche, allerdings auf die ECE-Region bezogene Aufgaben wie die Statistische Kommission der UN. Sie berät in ihren jährlichen Sitzungen vor allem über das Statistische Arbeitsprogramm der ECE. Seit Anfang der 90er Jahre hat die CES ihre Programmplanung stärker auf eine möglichst effiziente und arbeitsteilige Zusammenarbeit mit den europäischen Statistikorganisationen ausgerichtet, indem sie ihr Programm den Arbeiten anderer internationaler Organisationen, Eurostats und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (siehe Abschnitt 10.3) gegenüberstellt. Entsprechend nehmen Koordinierungsaufgaben im von der Konferenz Europäischer Statistiker entwickelten mittelfristigen Arbeitsprogramm der ECE einen besonders hohen Stellenwert ein.

Der Konferenz Europäischer Statistiker gehören die Leiter der statistischen Ämter aller europäischen Länder, der asiatischen Länder der ehemaligen Sowjetunion sowie der Vereinigten Staaten und Kanadas an. Damit ist dieses Gremium ein wichtiges Forum für Gespräche zwischen West und Ost und für den Brückenschlag zwischen unterschiedlich entwickelten und strukturierten statistischen Systemen. Eine Schlüsselrolle fällt ihr im Hinblick auf die technische Zusammenarbeit mit Statistikern aus den Staaten Mittel- und Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zu. Neben der Durchführung eigener Projekte bemüht sie sich insbesondere um Transparenz der verschiedenen Maßnahmen und um einen verstärkten Dialog der beteiligten Staaten und internationalen Organisationen (siehe hierzu Abschnitt 10.4).

Einen weiteren Schwerpunkt setzt die CES im Bereich der Weiterentwicklung von statistischen Klassifikationen und Standards auf dem Gebiet des elektronischen Datenaustausches. Hier orientiert sie sich stark an den jeweiligen Arbeiten Eurostats, das aufgrund seiner Kapazitäten und Erfahrungen in diesem Bereich eine Führungsrolle einnimmt.

Im Vordergrund der Arbeiten der ECE auf dem Sektor der Wirtschaftsstatistiken stehen die Einführung des revidierten Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen von 1993, methodische Arbeiten zu einem europaweiten Kaufkraftvergleich sowie die Weiterentwicklung der Umweltstatistiken. Das Umweltstatistische Programm der ECE umfaßt neben methodischen Arbeiten, zum Beispiel zur Entwicklung von Klassifikationen im Umweltbereich, Pilotstudien zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen sowie die Entwicklung und Verbreitung einer Umweltdatenbank.

10.2.2 Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

Schon vor ihrer Aufnahme in die Vereinten Nationen im Jahr 1972 war die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, denen die UN u. a. die Betreuung bestimmter statistischer Fachgebiete übertragen hat. Beispielhaft genannt seien insbesondere die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO),

für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO), der Internationale Währungsfonds (IMF) und das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT).

Das Statistische Bundesamt unterhält langjährige enge Verbindungen zu diesen Organisationen und beteiligt sich an ihren statistischen Arbeiten. In den Zuständigkeitsbereich der ILO fallen vor allem Arbeiten im Zusammenhang mit der von ihr aufgestellten Internationalen Standardklassifikation der Berufe (ISCO) und die Beschäftigung mit Fragen der Wirtschaftsrechnungen, der Statistiken der Erwerbstätigkeit, der sozialen Sicherheit sowie der Produktivitätsstatistiken. Die FAO bemüht sich vor allem um die Entwicklung von Programmen für Landwirtschaftszählungen und laufende Agrarstatistiken. Die WHO ist insbesondere für den Aufbau eines Systems von Gesundheitsstatistiken und die Aktualisierung der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) verantwortlich, deren 10. Revision in Deutschland voraussichtlich ab 1998 zur Anwendung kommt. Die UNESCO bemüht sich hauptsächlich um die Standardisierung der Statistiken über das Bildungswesen, die Wissenschaft und die technische Forschung und die ICAO um die Vereinheitlichung der Luftfahrtstatistiken. Im Rahmen seiner Aktivitäten zur Förderung der Vergleichbarkeit, Aktualität und Transparenz von Wirtschafts- und Finanzdaten hat der Internationale Währungsfonds einen Katalog von Veröffentlichungs- und Qualitätskriterien für ausgewählte Wirtschafts-, Währungs- und finanzstatistische Eckdaten als IMF-Standard verabschiedet. Die IMF-Mitgliedstaaten wurden eingeladen, dem Standard beizutreten und ihn bis zum Ablauf der Übergangsperiode Ende 1998 vollständig zu erfüllen. Der Beitritt Deutschlands ist 1996 erfolgt. Die nach dem Standard geforderten Angaben der Mitgliedstaaten zu den einzelnen Statistikbereichen werden vom IMF im Internet veröffentlicht.

Alle Sonderorganisationen der Vereinten Nationen berichten der Statistischen Kommission der UN laufend über den Fortgang der Arbeiten. Damit sind die Voraussetzungen für eine enge Abstimmung der Aktivitäten innerhalb der UN gegeben.

10.3 Andere internationale Organisationen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist aus dem Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) hervorgegangen, der ursprünglich zur Verteilung der Hilfen aus dem Marshallplan gegründet worden war. Nach Abschluß dieser Maßnahmen hat sie sich neuen Aufgaben zugewandt und durch den Beitritt wichtiger außereuropäischer Industriestaaten ihren regionalen Wirkungskreis erheblich ausgeweitet.

Auf dem Gebiet der Statistik hat sich die OECD besondere Verdienste durch ihre Mitarbeit bei der Entwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie durch ihre Tätigkeit im Bereich der Statistik der Forschungsausgaben (Frascati-Handbuch) erworben. Wertvoll sind auch ihre Anregungen zum Ausbau der Industriestatistik, die grundlegenden Arbeiten zur internationalen Produktivitätsstatistik und zur statistischen Erfassung multinationaler Unternehmen. Pionierarbeit geleistet hat sie ferner bei der Entwicklung der Statistiken über den Handel mit Dienstleistungen, im Bereich der Bildungsindikatoren sowie beim Aufbau von Statistiken der Technologie und Innovation.

Unter den nichtamtlichen Organisationen hat das Internationale Statistische Institut (ISI), auch nachdem seine ursprünglichen Aufgaben teilweise vom Völkerbund und später von den Vereinten Nationen übernommen worden sind, seine Bedeutung als wissenschaftliches Diskussionsforum für Statistikerinnen und Statistiker aller Fachrichtungen behalten. Das ISI ist bestrebt, seine Tätigkeit stärker auf die praxisbezogene Weiterentwicklung der Statistik in den einzelnen Fachbereichen auszurichten und hat zu diesem Zweck im Jahr 1985 als besondere Sektion die Internationale Gesellschaft für amtliche Statistik (IAOS) geschaffen.

Sie ergänzt die Aktivitäten der Internationalen Vereinigung für automatisierte Datenverarbeitung (IASC) und der Internationalen Vereinigung der Erhebungsstatistiker (IASS), die sich um die Förderung moderner Datenverarbeitungsverfahren in der Statistik bzw. um die Weiterentwicklung von Stichprobenerhebungen und Zählungen in Theorie und Praxis bemühen. Daneben wurde 1991 die Internationale Vereinigung für Aus- und Fortbildung von Statistikern (IASE) mit dem Ziel gegründet, die Aus- und Fortbildung in Entwicklungsregionen auf allen Bildungsebenen zu fördern.

10.4 Bilaterale Kooperationen

Die Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes mit den statistischen Ämtern zahlreicher europäischer Staaten erstreckt sich auf den Informations- und Erfahrungsaustausch, gemeinsame fachstatistische Vorhaben bis hin zu bilateralen Kontakten auf Amtsleitersebene.

Dazu kommen verstärkt Kooperationsvorhaben mit mittel- und osteuropäischen Staaten, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und der Volksrepublik China, die ihre Statistiksysteme derzeit umstrukturieren, indem sie stärker auf die Bedürfnisse einer Marktwirtschaft ausgerichtet werden.

In den folgenden Abschnitten werden die genannten Kooperationsbereiche ausführlich dargestellt.

10.4.1 Statistische Zusammenarbeit mit Staaten der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraumes

Seit einigen Jahren unterhält das Statistische Bundesamt enge Beziehungen zu anderen statistischen Ämtern von Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Im Vordergrund dieser bilateralen Kontakte stehen Treffen der Amtsleiter, die oft den Anstoß für die Weiterentwicklung des europäischen Statistischen Systems geben sowie gemeinsame Projekte in einzelnen Statistikbereichen. Besonders intensive Kontakte bestehen zu den Statistischen Zentralämtern der Niederlande, Großbritannien und Nordirlands sowie Frankreichs, mit dem zum Beispiel auch ein Austausch von Personal vereinbart wurde.

Darüber hinaus bestehen enge Beziehungen zu den statistischen Ämtern der deutschsprachigen Länder des Europäischen Wirtschaftsraumes. Mit den Statistischen Zentralämtern Österreichs und der Schweiz werden regelmäßig Erfahrungen (z. B. auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der Preisstatistik und der Regionalstatistik) ausgetauscht.

10.4.2 Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa

Im Zusammenhang mit dem politischen und wirtschaftlichen Umbruch in Mittel- und Osteuropa haben sich für das Statistische Bundesamt neue Aufgaben und Anforderungen gestellt. Die Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern in diesen Ländern, eingebunden in Konzepte der Bundesregierung und Programme der Europäischen Union (EU), ist in den letzten Jahren ein fester Bestandteil der internationalen Arbeit geworden. Dabei kann das Statistische Bundesamt sich auf die Erfahrungen stützen, die es bei der Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern gesammelt hat. Auch die russischen Sprachkenntnisse der aus dem ehemaligen Statistischen Amt der DDR übernommenen Beschäftigten sind für die Zusammenarbeit von großem Vorteil. Damit eröffnete sich dem Amt die Möglichkeit zu einem schnelleren Kontakt zu den statistischen Ämtern der Staaten Mittel- und Osteuropas. Übergreifendes Ziel aller Beratungs- und Fortbildungsaktivitäten durch das Statistische Bundesamt ist die Unterstützung der jeweiligen nationalen Anstrengungen zur Erneuerung der amtlichen Statistik, die Hilfe zur Selbsthilfe, die Befähigung der Partner aus den statistischen Ämtern Mittel- und Osteuropas zur Bewältigung ihrer Probleme durch flexible Anwendung des erworbenen Wissens sowie Umsetzung und Weitergabe der gewonnenen Informationen entsprechend den jeweiligen örtlichen Bedingungen zur Umgestaltung der Statistiksysteme auf marktwirtschaftliche Erfordernisse.

Zur Durchführung dieser Aktivitäten wurde Ende 1991 in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes das „Zentrum Mittel- und Osteuropa“ eingerichtet, welches später auch Aufgaben als „Fortbildungszentrum Berlin“ für Statistikerinnen und Statistiker aus der ehemaligen Sowjetunion übernahm.

Die Zusammenarbeit erfolgt im Rahmen verschiedener internationaler und nationaler Kooperationsprogramme. Neben dem seit Mitte 1990 laufenden Hilfsprogramm der EU zur Umgestaltung der Wirtschaft in Polen und Ungarn (PHARE), das mittlerweile auf nahezu alle Staaten Mittel- und Südosteuropas ausgedehnt wurde, beteiligt sich das Statistische Bundesamt insbesondere am Programm der EU zur „Technischen Unterstützung für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (TACIS)“. Auch im Rahmen nationaler Programme werden umfangreiche Aktivitäten geplant und gemeinsam mit Fachleuten aus dem Statistischen Bundesamt und aus den statistischen Ämtern der Länder sowie externen Partnern aus Wirtschaftsinstituten und Hochschulen realisiert. Die Schwerpunkte und Einzelaktivitäten der Zusammenarbeit werden regelmäßig mit den statistischen Ämtern der EU-Mitgliedsländer, Eurostat und anderen internationalen Partnern im Einsatz in den Staaten Mittel- und Osteuropas abgestimmt. Von 1992 bis 1996 wurden rund 440 Maßnahmen der Beratung und Fortbildung für etwa 2 000 Beschäftigte im statistischen Dienst der Staaten Mittel- und Osteuropas und der Länder der ehemaligen Sowjetunion durchgeführt.

Anfänglich richtete sich die Tätigkeit des „Zentrums Mittel- und Osteuropa/ Fortbildungszentrum Berlin“ auf die Fortsetzung der 1990 vom Statistischen Bundesamt begonnenen technischen Zusammenarbeit mit Polen, Ungarn und der ehemaligen Tschechoslowakei im Rahmen des PHARE-Programms, die Umsetzung bilateraler Programme mit Ungarn, den baltischen Staaten, Slowenien und Kroatien sowie die Durchführung von Seminaren für Statistiker aus Mittel- und Osteuropa.

Entsprechend dem jeweiligen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung der Übergangsländer und den damit verbundenen Anforderungen an die Statistik arbeitet das Statistische Bundesamt schwerpunktmäßig – teilweise auf der Basis langfristiger bilateraler Vereinbarungen – auch mit der Russischen Föderation, der Ukraine, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgistan und dem Zwischenstaatlichen Statistischen Komitee der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sowie den baltischen Staaten eng zusammen. Kooperationsvereinbarungen wurden bisher mit dem Staatlichen Komitee für Statistik und Analyse der Russischen Föderation (1993), dem Zwischenstaatlichen Statistischen Komitee der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (1994), dem Ministerium für Statistik der Ukraine (1994) und dem Ministerium für Statistik und Analyse der Republik Belarus (1995) abgeschlossen.

Zunehmende Bedeutung gewinnen ferner Kooperationsprogramme regionaler bzw. kommunaler statistischer Ämter, darunter insbesondere in der „Euroregion“, das sind Grenzregionen mit Polen und der Tschechischen Republik sowie zwischen den Haupt- und Partnerstädten.

Die technische Zusammenarbeit erfolgt überwiegend in Form aufeinander abgestimmter Kurzzeitmaßnahmen wie

- Studienaufenthalte von statistischem Personal der Übergangsländer in Deutschland,
- Einsatz von deutschen Kurzzeitexpertinnen und -experten mit Beratungsauftrag in den statistischen Ämtern der Übergangsländer vor Ort,
- Seminare im In- und Ausland zu ausgewählten wirtschaftsstatistischen Fachgebieten sowie zur Publikationstätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit,
- Deutsch-Aufbaukurse mit fachstatistischer Ausrichtung,
- Bereitstellung und Übersetzung von Unterlagen, Dokumenten und Abhandlungen.

Ein neuer Schwerpunkt der Zusammenarbeit ist die gemeinsame Durchführung von wissenschaftlichen Untersuchungen und Publikation der Ergebnisse.

1995 ist erstmals ein deutsches Fachbuch zur Wirtschaftsstatistik in einer gemeinsam erstellten russischsprachigen Fassung in Staaten der ehemaligen Sowjetunion erschienen. Fachliche Schwerpunkte der Zusammenarbeit betreffen seit 1994 die Statistiken im Produzierenden Gewerbe, insbesondere die Konjunkturstatistiken und die Binnenhandelsstatistik sowie die Außenhandelsstatistik, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Agrarstatistik. Zunehmend wird zur Bearbeitung von Projektpaketen mit aufeinander aufbauenden Einzelmaßnahmen übergegangen.

Innerhalb der Fortbildungsmaßnahmen der EU im Rahmen des TACIS-Programms für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten auf dem Gebiet der Statistik führte das Statistische Bundesamt ein Projekt zur Ausbildung von statistischem Personal aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu sogenannten Multiplikatoren durch. Die Idee, Wissensmultiplikatoren auszubilden, beruht darauf, daß einem sehr hohen

Fortbildungsbedarf in den Staaten Mittel- und Osteuropas eine vergleichsweise nur geringe Lehrkapazität auf der westlichen Seite gegenübersteht. Es bot sich deshalb die Anwendung des Prinzips „Ausbildung von Ausbildern“ im Rahmen längerfristiger Kurse in Deutschland und daran anschließender Folgekurse zur gleichen Thematik durch die ausgebildeten Ausbilder vor Ort an.

Das auf zwei Jahre ausgerichtete EU-Fortbildungsprojekt startete in Form eines sechswöchigen Pilotkurses „Preisstatistik“ im April 1993, der den Auftakt zu einer Reihe von vier- bis sechswöchigen Multiplikatorenkursen in Berlin sowie fachlich daran anschließenden zweiwöchigen Folgekursen auf dem Gebiet der Wirtschaftsstatistiken bildete.

In einem allgemeinen Ausbildungsteil machten sich die Teilnehmenden mit den Prinzipien und Methoden des marktwirtschaftlichen Systems sowie dem Aufbau und der Organisation eines Systems der amtlichen Statistik unter marktwirtschaftlichen Bedingungen vertraut. In der anschließenden Fachausbildung wurden die Multiplikatoren in jeweils verschiedenen Bereichen der amtlichen Statistik weitergebildet. In Vorbereitung auf ihre spätere Ausbildungstätigkeit wurde ein didaktischer Teil über Lehr- und Präsentationstechniken in das Kursprogramm aufgenommen.

An den Multiplikatorenkursen nahmen jeweils etwa 20 Statistikerinnen und Statistiker aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten teil, die in ihren Heimatländern als Dozenten eingesetzt werden und damit einen Multiplikatoreffekt des Wissenstransfers auslösen.

Schwerpunkthemen waren hier neben der Preisstatistik bisher Unternehmens-, Finanz-, Agrar- und Arbeitsmarktstatistiken sowie die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Hierzu hielten Fachleute aus den statistischen Ämtern der EU, aus wissenschaftlichen Instituten, Ministerien oder anderen Einrichtungen westlicher Länder Vorträge und führten Übungen und Fallstudien durch.

Die Folgekurse in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion hatten einerseits zum Ziel, die Multiplikatoren zusammen mit Dozenten aus den Multiplikatorenkursen im Hinblick auf ihre spätere Ausbildungstätigkeit zum Einsatz kommen zu lassen und andererseits den Multiplikatoreffekt anzustoßen. Im Ergebnis wurde damit die Zahl der insgesamt von dem Programm erreichten Personen auf mehrere Tausend vervielfacht. Inhaltlich wurden hierbei Themen der vorangegangenen Multiplikatorenkurse ausgewählt. Für alle Kurse erhielten die Teilnehmenden ausgearbeitete, ins Russische übersetzte Vortragsunterlagen, mit deren Hilfe sie sich am Arbeitsplatz und in ihrer Ausbildungsfunktion weiterbilden können.

Ein weiterer Multiplikatoreffekt wird dadurch erzielt, daß einem breiteren Interessenkreis diese Materialien nach gründlicher fachlicher und sprachlicher Überarbeitung zugänglich gemacht werden. In der Schriftenreihe „Statistische Beiträge“ werden in Zusammenarbeit mit Eurostat sukzessive Bände zu den Themen der Lehrveranstaltungen herausgegeben.

10.4.3 Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China

Im November 1993 haben das Statistische Bundesamt und das Chinesische Statistische Zentralamt eine Kooperationsvereinbarung geschlossen, auf deren Grundlage eine Reihe von Maßnahmen zur Anpassung der chinesischen Statistik an die Erfordernisse einer im Aufbau begriffenen marktwirtschaftlich geprägten Wirtschaftsstruktur geplant sind. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit liegt bei der Fortbildung chinesischer Statistikerinnen und Statistiker aus allen Fachbereichen durch Hospitationsaufenthalte im Statistischen Bundesamt und bei statistischen Ämtern der Länder sowie durch die Veranstaltung von Seminaren und Workshops zu statistischen Fachfragen durch Fachleute aus dem Statistischen Bundesamt in China.

Teil II

Materialien und Übersichten

1 Verzeichnis der Statistiken

Das nachfolgende Verzeichnis gibt in zusammengefaßter Form einen Überblick über alle Bundesstatistiken, unabhängig davon, ob sie von den statistischen Ämtern, den obersten Bundesbehörden und ihren nachgeordneten Dienststellen, der Deutschen Bundesbank oder der Bundesanstalt für Arbeit bearbeitet werden. Nachgewiesen werden ferner die Statistiken der Europäischen Union und die vom Statistischen Bundesamt koordinierten Länderstatistiken. Ausgenommen sind lediglich die verhältnismäßig wenigen Bundesstatistiken, deren Ergebnisse nur zum Dienstgebrauch bestimmt sind, also nicht zur Veröffentlichung gelangen.

Dargestellt sind alle in regelmäßigen Zeitabständen zu wiederholenden Statistiken mit Stand Februar 1997. Wegen ihrer besonderen Bedeutung sind auch die jeweils letzten Zählungen im Katalog enthalten. Von den sonstigen einmaligen oder unregelmäßigen Erhebungen sind in der Regel nur die seit dem Erscheinen des letzten Bandes (1988) durchgeführten verzeichnet. Angaben über die vor 1988 abgeschlossenen Statistiken können früheren Ausgaben dieses Bandes entnommen werden.

Das Verzeichnis enthält kurzgefaßte Aussagen zur Periodizität, zur Methodik und zum Merkmalskatalog der einzelnen Statistiken und – soweit erforderlich – auch über die durchführenden Stellen. Alle, die an ausführlicheren Informationen interessiert sind, seien auf den detaillierten „Katalog der Statistiken zum Arbeitsgebiet der Bundesstatistik“ verwiesen, der als Loseblattsammlung erscheint (letzte Ausgabe Dezember 1992).

1.1 Bevölkerung

1.1.1 Volkszählung

In Übereinstimmung mit Empfehlungen der Vereinten Nationen und der Europäischen Gemeinschaften wurden bisher in der Bundesrepublik Deutschland Volkszählungen in ungefähr zehnjährigen Abständen jeweils zusammen mit einer Arbeitsstättenzählung (siehe Abschnitt 1.4.1) durchgeführt. Nach 1950, 1961 und 1970 war die nächste Zählung ursprünglich für Mai 1981 geplant. Diese Zählung mußte jedoch mehrfach verschoben werden und konnte erst nach der Verabschiedung des Volkszählungsgesetzes 1987, in dem alle verfassungsrechtlichen Bedenken ausgeräumt worden waren, zum Stichtag 25. Mai 1987 durchgeführt werden. Als totale Bestandsaufnahmen der Bevölkerung vermitteln Volkszählungen demographische sowie erwerbs- und bildungsstatistische Strukturdaten in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung. Die Ergebnisse sind zugleich Auswahlgrundlage für nachfolgende Stichprobenerhebungen, insbesondere den Mikrozensus (siehe Abschnitt 1.1.2), sowie Ausgangsbasis für die laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zwischen den Zählungen und für Bevölkerungsvorausberechnungen (siehe Abschnitt 1.1.3).

Zu den wichtigsten *bevölkerungsstatistischen* Grunddaten, die in Volkszählungen erfaßt werden, gehören u. a. Geschlecht, Alter, Familienstand, Religionszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit. Ferner liefert die Zählung einen Nachweis über die Ein-

kommensquelle, aus der der überwiegende Lebensunterhalt bestritten wird. Die Angaben über Ehepaare, Frauen und Kinder geben Aufschluß über die Zusammensetzung der Haushalte. Darüber hinaus fallen Angaben über die Beteiligung am Erwerbsleben und über Art und Dauer der Ausbildung an. (Erwerbsstatistische Angaben der Volkszählung, siehe Abschnitt 1.3.1.)

1.1.2 Mikrozensus

Der Mikrozensus wird als Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt jährlich mit einem Auswahlatz von 1 % der Bevölkerung durchgeführt. Die nachgewiesenen Angaben beziehen sich üblicherweise auf die letzte feiertagsfreie Woche im April. An bevölkerungsstatistischen Informationen werden jährlich u. a. Geschlecht, Alter, Familienstand, allgemeine und berufliche Ausbildung, Quellen des Lebensunterhalts, persönliches Nettoeinkommen und Haushaltsnettoeinkommen sowie Altersvorsorge der Bevölkerung erhoben. Außerdem fallen Angaben über Haushalte, Familien, Frauen und Kinder sowie über Ausländer an. Im Abstand von vier Jahren werden u. a. Daten zum Pendlergeschehen, zum Krankenversicherungsschutz und zur privaten und betrieblichen Altersvorsorge (Auswahlatz bis 0,5 %) sowie zur Behinderung (bis 0,5 %) erhoben. Darüber hinaus können für die Jahre 1996 bis 1998 jährlich und ab 1999 in vierjährlichem Abstand Angaben zur Pflegeversicherung (1 %) und zur Pflegebedürftigkeit (bis 0,5 %) bereitgestellt werden. (Zu weiteren Angaben des Mikrozensus siehe die Abschnitte 1.3.2, 1.14.6.)

1.1.3 Gebietsstand, Bevölkerungsstand, Bevölkerungsvorausberechnungen

Der *Gebietsstand* wird jährlich aufgrund von Meldungen der zuständigen Behörden zusammengestellt.

Die monatliche Fortschreibung des *Bevölkerungsstandes* wird – ausgehend von den Ergebnissen der jeweils letzten Volkszählung (siehe Abschnitt 1.1.1) – unter Heranziehung der Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (siehe Abschnitt 1.1.6) und der Wanderungsstatistik (siehe Abschnitt 1.1.7) durchgeführt.

Bevölkerungsvorausberechnungen werden im Statistischen Bundesamt unter alternativen Annahmen über die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit, die Zu- und Abwanderung über die Grenzen Deutschlands sowie die Einbürgerungen aufgestellt (zuletzt bis zum Jahr 2040).

1.1.4 Einbürgerungsstatistik

Die *Einbürgerungsstatistik* weist jährlich die eingebürgerten Personen nach der Einbürgerungsart und wichtigen demographischen Merkmalen nach.

1.1.5 Ausländerstatistik

Die *Ausländerstatistik* basiert auf der Auswertung von Datensätzen des Ausländerzentralregisters beim Bundesverwaltungsamt. Nachgewiesen werden jährlich wichtige Strukturdaten über Ausländer wie Geschlecht, Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer. Weitere Angaben über Ausländer fallen aus zahlreichen anderen Statistiken an.

1.1.6 Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Unter Auswertung der Meldungen der Standesämter berichtet die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung in monatlicher, vierteljährlicher und jährlicher Periodizität über *Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle*. Eheschließungen werden u. a. nach Alter, bisherigem Familienstand, Kinderzahl, Religionszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit der Ehegatten nachgewiesen, Geburten nach Geschlecht, Legitimität, Körpergewicht, Körperlänge, Geburtenfolge, Alter, Religionszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit der Mutter bzw. des Vaters. (Die Erhebung erkennbarer Fehlbildungen in der Geburtenstatistik ist durch Artikel 11 der Statistikänderungsverordnung vom 20. November 1996 ausgesetzt. Diese Bestimmung tritt am 30. Juni 2000 außer Kraft.) Sterbefälle werden nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Wohnort, Religionszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit aufbereitet. Außerdem werden *Tafelberechnungen* in Form von Heiratsstafeln und Sterbetafeln aufgestellt, in der Vergangenheit auch Ehedauertafeln.

Die jährliche Statistik der *rechtskräftigen Urteile in Ehesachen* wertet die Zählkarten der Familiengerichte aus und differenziert nach der Art der Entscheidung sowie bei geschiedenen Ehen nach Merkmalen zur Person der Ehegatten und der Kinder aus diesen Ehen.

1.1.7 Wanderungsstatistik

Die Angaben der Einwohnermeldeämter über Zu- und Fortzüge werden monatlich, vierteljährlich und jährlich nach Wanderungen innerhalb Deutschlands (Binnenwanderung) und über die Grenzen Deutschlands (Außenwanderung) aufbereitet, und zwar hauptsächlich nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit sowie nach Herkunfts- und Zielgebieten. Außerdem wird nach Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen unterschieden.

1.2 Wahlen

1.2.1 Bundestagswahlstatistik

Diese Statistik zählt jeweils im Zusammenhang mit der – in der Regel alle vier Jahre stattfindenden – Bundestagswahl Wahlberechtigte, Wähler sowie abgegebene Stimmen aus und errechnet Wahlbeteiligung und Verteilung der Stimmen. Kandidaten und Gewählte werden nach persönlichen Merkmalen ausgewiesen. Darüber hinaus wird eine *repräsentative* Wahlstatistik durchgeführt. Sie erfaßt Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter der Wahlberechtigten und Wähler sowie nach Art der Kombination der Erst- und Zweitstimmen. Die repräsentative Wahlstatistik ist durch Gesetz zur Aussetzung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik für die Wahl zum 13. Deutschen Bundestag vom 28. September 1994 (BGBl. I S. 2734) ausgesetzt worden.

1.2.2 Europawahlstatistik

Die Europawahlstatistik findet in fünfjährigen Abständen (erstmal 1979) in Verbindung mit der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundes-

republik Deutschland statt. Analog zur Bundestagswahlstatistik (siehe Abschnitt 1.2.1) werden Wahlberechtigte, Wähler, Wahlbeteiligung und abgegebene Stimmen ermittelt und die Verteilung der Stimmen auf eine Liste für ein Land und eine gemeinsame Liste für alle Länder vorgenommen. Kandidaten und Gewählte werden nach verschiedenen persönlichen Merkmalen ausgewiesen. Die *repräsentative* Wahlstatistik wertet Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter der Wahlberechtigten und Wähler aus.

1.3 Erwerbstätigkeit

1.3.1 Volks- und Berufszählung

Die bisher in ungefähr zehnjährigen Abständen, zuletzt im Mai 1987 durchgeführte Volkszählung vermittelt auch ein umfassendes Bild der Erwerbstätigkeit. An *erwerbsstatistischen* Angaben erfaßt sie insbesondere die Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben und den überwiegenden Lebensunterhalt, Erwerbstätige nach Geschlecht, Alter, Familienstand, ausgeübter Tätigkeit, Stellung im Beruf, sozioökonomischen Gruppen, Wochenarbeitszeit, Nebenerwerbstätigkeit, benutztes Verkehrsmittel und Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte, Art und Dauer der Ausbildung usw. Außerdem weist sie die Bevölkerung in Haushalten sowie in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften, Ausländer, Frauen, in Ausbildung befindliche Personen sowie Pendler nach. (Bevölkerungsstatistische Angaben der Volkszählung siehe Abschnitt 1.1.1.)

1.3.2 Mikrozensus

Der Mikrozensus wird als Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt jährlich mit einem Auswahlsatz von 1 % der Bevölkerung durchgeführt. Die nachgewiesenen Angaben beziehen sich üblicherweise auf die letzte feiertagsfreie Woche im April. Dabei werden auch wichtige erwerbsstatistische Daten erhoben. Hierzu zählen in jährlicher Periodizität u. a. Geschlecht, Alter, Familienstand, beruflicher Ausbildungsabschluß, ausgeübter Beruf, Stellung im Beruf, Arbeitszeit, Wirtschaftszweig des Betriebs/der Firma usw., in der die Tätigkeit ausgeübt wird, überwiegender Lebensunterhalt, Altersvorsorge sowie Einkommen der Erwerbstätigen bzw. der Erwerbspersonen. Außerdem fallen Angaben über erwerbstätige Frauen und Ausländer nach verschiedenen Gliederungsmerkmalen, auch im Haushalts- und Familienzusammenhang, an. Vierjährlich werden insbesondere die überwiegend ausgeübte Tätigkeit, die Stellung im Betrieb, die Betriebs-/Werksabteilung sowie Pendler nach benutztem Verkehrsmittel sowie Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte nachgewiesen. (Bevölkerungsstatistische Angaben des Mikrozensus siehe Abschnitt 1.1.2, weitere Angaben des Mikrozensus siehe Abschnitt 1.14.6.)

1.3.3 Beschäftigtenstatistik

Diese Statistik basiert auf der Auswertung der Versicherungsnachweise für sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Sie wird von der Bundesanstalt für

Arbeit aufbereitet und gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder ausgewertet. Vierteljährlich fallen Angaben über beschäftigte Arbeitnehmer u. a. nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Wirtschaftszweig, Stellung im Beruf, Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung und Ausbildung an, jährlich Angaben auch nach Beschäftigungsdauer und beitragspflichtigem Arbeitsentgelt.

1.3.4 Durchschnittsberechnungen zur Erwerbstätigkeit

Im Rahmen eines auf die jeweiligen Verwendungszwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Arbeitsmarktbeobachtung abgestimmten integrierten Konzeptes berechnet die amtliche Statistik unter Berücksichtigung aller vorhandenen erwerbsstatistischen Informationen (u. a. Mikrozensus, Beschäftigtenstatistik, Bereichsstatistiken) monatliche, viertel- und halbjährliche sowie jährliche Durchschnittsergebnisse zur Erwerbstätigkeit. Dabei bilden die Ergebnisse der Volks- und Arbeitsstättenzählungen die Ausgangsbasis der Berechnungen für das frühere Bundesgebiet, in den neuen Ländern und Berlin-Ost sind dies die Berufstätigenerhebungen. Die Ergebnisse der Monatsberechnungen werden als Globalzahl sowohl für die Erwerbstätigen am Wohnort (Inländerkonzept) als auch für die Erwerbstätigen am Arbeitsort (Inlandskonzept) ausgewiesen. Die viertel- und halbjährlichen Durchschnittsergebnisse zur Erwerbstätigkeit fallen zusätzlich in einer Untergliederung nach vier (Inländerkonzept) bzw. fünf (Inlandskonzept) Wirtschaftsbereichen und differenziert nach der Stellung im Beruf an. Im Rahmen der Jahresdurchschnittsberechnungen erfolgt eine weitere Differenzierung in wirtschaftsfachlicher Hinsicht. Die in der Abgrenzung der Erwerbstätigen nach dem Inländerkonzept errechneten Jahresdurchschnittsergebnisse werden für zehn Wirtschaftsabteilungen ausgewiesen, die Ergebnisse nach dem Inlandskonzept für 62 Wirtschaftszweige. Neben der Gliederung nach der Stellung im Beruf wird bei den nach dem Inländerkonzept abgegrenzten Erwerbstätigenzahlen zusätzlich eine Differenzierung nach dem Geschlecht vorgenommen. Ausgehend von den Ergebnissen der Jahresdurchschnittsberechnungen zur Erwerbstätigkeit für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder und Berlin-Ost werden darüber hinaus Regionalberechnungen (Bundesländer und Kreise) durchgeführt. Die Jahresdurchschnittsergebnisse der Kreisberechnungen werden für die Erwerbstätigen am Arbeitsort, untergliedert nach fünf Wirtschaftsbereichen, ausgewiesen. Berücksichtigt werden hierbei auch Erwerbstätige, die bei ausländischen Missionen sowie als zivile Beschäftigte bei ausländischen Streitkräften tätig sind (modifiziertes Inlandskonzept), da diese Gruppe von Erwerbstätigen in einzelnen Kreisen einen bedeutenden Anteil an der Gesamtbeschäftigung einnimmt.

1.3.5 Arbeitsmarktstatistiken

Die Arbeitsmarktstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit bieten in monatlichem bis jährlichem Turnus Angaben über Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung – insbesondere über Arbeitslose und offene Stellen –, Berufsberatung, Förderung der beruflichen Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, berufliche Rehabilitation, Kurzarbeit, Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft, Maßnahmen zur

Arbeitsbeschaffung, Arbeitnehmerüberlassung, Anzeigen gemäß § 13 Abs. 2 des Schwerbehindertengesetzes und beschäftigte ausländische Arbeitnehmer.

1.3.6 Statistik der Streiks und Aussperrungen

Vierteljährlich werden Statistiken über die von Streiks betroffenen oder an Aussperrungen beteiligten Betriebe erstellt. Berichtet wird über beteiligte bzw. betroffene Arbeitnehmer, Dauer der Arbeitskämpfe und verlorene Tage nach Wirtschaftsgruppen.

1.3.7 Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Gemeinschaft

Diese seit 1983 jährlichen Erhebungen der Europäischen Gemeinschaft, die in der Bundesrepublik Deutschland in den Mikrozensus (siehe die Abschnitte 1.1.2 und 1.3.2) integriert sind, dienen vor allem der Erfassung wichtiger Strukturmerkmale der Erwerbspersonen (u. a. Angaben zur Person, Beteiligung am Erwerbsleben, ausgeübter Beruf, Wirtschaftszweig, Arbeitszeit, Arbeitsuche, Arbeitslosigkeit, Bezug von Arbeitslosenunterstützung).

1.3.8 EG-Statistik Ausländische Arbeitnehmer

Jeweils Ende März werden durch das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften Daten über beschäftigte ausländische Arbeitnehmer nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und Wirtschaftszweig erhoben. Die Bundesrepublik Deutschland erfüllt diese Anforderungen aus dem Material der Beschäftigtenstatistik (siehe Abschnitt 1.3.3).

1.4 Unternehmen und Arbeitsstätten

1.4.1 Arbeitsstättenzählung

Arbeitsstättenzählungen erstrecken sich als totale Bestandsaufnahmen auf sämtliche Wirtschaftsbereiche (mit Ausnahme des nicht gewerblichen Teils der Landwirtschaft) und erbringen wichtige Strukturdaten über Unternehmen, Arbeitsstätten und Beschäftigte in tiefer branchenmäßiger und regionaler Gliederung. Sie beziehen auch solche Bereiche ein, die durch andere Statistiken nur unvollständig oder überhaupt nicht abgedeckt werden (z. B. Dienstleistungsgewerbe, Freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung). Bei einem in der Regel zehnjährlichen Erhebungsturnus wurden Arbeitsstättenzählungen in der Vergangenheit meist gemeinsam mit Volkszählungen (siehe die Abschnitte 1.1.1 und 1.3.1) durchgeführt. Stichtag der letzten Zählung war der 25. Mai 1987. Erfasst wurden u. a. Zahl und Art der Arbeitsstätten und Unternehmen, Rechtsform der Unternehmen, wirtschaftliche Tätigkeit, Eröffnungsjahr, Zahl der tätigen Personen nach Geschlecht und Stellung im Betrieb, Teilzeitbeschäftigte und ausländische Arbeitnehmer nach Geschlecht sowie Bruttolohn- und -gehaltsumme des Vorjahres. Außerdem wurden die wirtschaftssystematischen und regionalen Zusammenhänge zwischen den Unternehmen und ihren Niederlassungen nachgewiesen.

1.4.2 Kostenstrukturstatistik

Kostenstrukturstatistiken mit freiwilliger Auskunftserteilung werden vom Statistischen Bundesamt als Stichprobenerhebungen mit einem durchschnittlichen Repräsentationsgrad von 5 % aller Unternehmen in vierjährlichem Turnus abwechselnd für das Handwerk (zuletzt 1995 für 1994), Großhandel, Buch- und ähnliche Verlage, Handelsvertreter und Handelsmakler (zuletzt 1993 für 1992), Einzelhandel und Gastgewerbe (zuletzt 1994 für 1993), Verkehrsgewerbe (zuletzt 1996 für 1995) und Freie Berufe und weitere Dienstleistungsunternehmen (zuletzt 1996 für 1995 und 1995 für 1994) durchgeführt. Ferner ordnet das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe jährliche Kostenstrukturerhebungen mit Auskunftspflicht bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes, des Baugewerbes und bei Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung sowie der Wasserversorgung an (siehe die Abschnitte 1.6.2, 1.6.5 und 1.6.7).

Ermittelt werden im Rahmen der Kostenstrukturstatistiken u. a. Gesamtleistung bzw. Einnahmen (z. B. bei Freien Berufen), Umsatz, Bestandsveränderung an Erzeugnissen eigener Produktion, Wert der selbsterstellten Anlagen, Nettoproduktion, Rohertrag, Kosten untergliedert nach Kostenarten (Verbrauch an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Wareneinsatz, Kosten für Dienstleistungen, Mieten und Pachten, Steuern, Löhne und Gehälter, Sozialkosten, steuerliche Abschreibungen, Fremdkapitalzinsen usw.).

1.4.3 Statistik der Kapitalgesellschaften

Die Statistik der Kapitalgesellschaften beruht auf der Auswertung von Bekanntmachungen im Bundesanzeiger. Sie berichtet jährlich über Zahl und Nominalkapital der Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung) und über Zu- und Abgänge nach Arten der Veränderung. Dreijährlich wird ferner eine Gliederung nach Größenklassen des Nominalkapitals vorgenommen. Für die Jahre 1994 und 1995 ist die Statistik im Rahmen von Einsparmaßnahmen ausgesetzt und ab dem Jahr 1996 gemäß Verordnung zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (Statistikänderungsverordnung – StatÄndvo) vom 20.11.96 (BGBl. I S. 1804) endgültig eingestellt.

1.4.4 Bilanzstatistik

Die Bilanzstatistik des Statistischen Bundesamtes wertet die Jahresabschlüsse von *Unternehmen und Konzernen* aus, die aufgrund des Aktiengesetzes bzw. des Publizitätsgesetzes zur Veröffentlichung ihrer Jahresrechnung verpflichtet sind. Die Statistik der Finanzen der *öffentlichen Wirtschaftsunternehmen und der Zweckverbände mit wirtschaftlichen Aufgaben* erfaßt die Jahresabschlüsse dieser Institutionen in den Bereichen Versorgung und Verkehr sowie Entsorgung. Nachgewiesen werden jeweils die Posten der Jahresabschlüsse (Bilanz mit Entwicklung der Sachanlagen, Gewinn- und Verlustrechnung, Finanzierungsrechnung, Struktur der Bilanz und der Erfolgsrechnung). Für die Jahre 1994 und 1995 ist die Statistik im Rahmen von Einsparmaßnahmen ausgesetzt und ab dem Jahr 1996 gemäß Verordnung zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (Statistikänderungsverordnung – StatÄndvo) vom 20.11.96 (BGBl. I S. 1804) endgültig eingestellt.

1.4.5 Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren

Unter Auswertung der Meldungen der Amtsgerichte berichtet diese Statistik monatlich über die eröffneten und mangels Masse abgelehnten Konkurs- bzw. Gesamtvollstreckungsverfahren sowie über die eröffneten Vergleichsverfahren. Die finanziellen Ergebnisse der eröffneten Verfahren werden jährlich zusammengestellt. In beiden Fällen wird nach Wirtschaftszweigen, Rechtsform und Alter der Unternehmen sowie nach Art der Gemeinschaftsdner gegliedert.

1.5 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

1.5.1 Betriebe und Arbeitskräfte

1.5.1.1 Agrarberichterstattung

Durch Einführung der Agrarberichterstattung im Jahre 1975 wurde eine bessere Ausnutzung bereits vorhandener statistischer Unterlagen und zugleich eine Entlastung der Landwirtschaftszählungen (siehe Abschnitt 1.5.1.2) erreicht. Den Kern der Agrarberichterstattung bildet das *Grundprogramm*, das die Angaben aus der Bodennutzungshaupterhebung (siehe Abschnitt 1.5.2.1), der Viehzählung (siehe Abschnitt 1.5.3.1) und der Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft (siehe Abschnitt 1.5.1.5) betriebsweise zusammenführt und auswertet. Das *Ergänzungsprogramm* enthält wichtige Merkmale zur Kennzeichnung, zur Rechtsstellung und zu sozialökonomischen Verhältnissen der Betriebe (zweijährlich abwechselnd allgemein³⁶⁾ und repräsentativ) sowie über Besitzverhältnisse, Pachtentgelte, Erwerbs- und Unterhaltsquellen (zweijährlich repräsentativ). Mit dem *Zusatzprogramm* wurden 1987 einmalig repräsentativ bei Betriebsinhabern, die 45 Jahre und älter sind, die Hofnachfolger nach Alter, Geschlecht, Ausbildung und Tätigkeit erhoben; 1989 wurden im Rahmen des Zusatzprogramms Merkmale über landwirtschaftliche Maschinen und Berufsbildung des Betriebsinhabers/-leiters erfragt.

1.5.1.2 Landwirtschaftszählung

Bis 1971 waren die in etwa zehnjährigen Abständen stattfindenden Landwirtschaftszählungen nahezu die einzige Quelle für Strukturdaten über die Betriebsverhältnisse und Produktionsgrundlagen im Agrarbereich. Dies hat sich erst mit Einführung der Agrarberichterstattung (siehe Abschnitt 1.5.1.1) geändert. Die Angaben zur *Haupterhebung* der Landwirtschaftszählung 1991, die sich in einen allgemeinen und einen repräsentativen Teil gliedert, ergänzen im wesentlichen die Angaben zur Agrarberichterstattung 1991. Die allgemeine Erhebung erstreckte sich auf die landwirtschaftlichen Betriebe mit mindestens 1 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche oder vergleichbarer Marktproduktion und auf die Forstbetriebe mit mindestens 1 Hektar Waldfläche und wurde 1991 erstmalig auch in den neuen Ländern mit einem nur geringfügig gekürzten Erhebungsprogramm durchgeführt. Erhoben wurden Angaben über den Betriebsinhaber und seine Familienangehörigen sowie die familienfremden

³⁶⁾ Unter „allgemeiner“ Erhebung wird nachfolgend jeweils eine „totale“ Erhebung mit unteren Abschnidegrenzen verstanden.

Arbeitskräfte, ferner über Besitzverhältnisse, Pachtentgelte, sozialökonomische Verhältnisse, Art und Wirtschaftszweig der außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit, Hofnachfolge, Buchführung, Vermietung von Unterkünften, Referenzmenge Milch sowie Festmist und Gülle. Im Rahmen der Repräsentativerhebung, in die nur die landwirtschaftlichen Betriebe mit vorstehender Abgrenzung einbezogen waren, wurden Fragen nach der sozialen Sicherung, außerbetrieblichen Erwerbs- und Unterhaltsquellen, Höhe des außerbetrieblichen Einkommens, Berufsbildung, Erzeugergemeinschaften, -organisationen, Ausstattung mit Schleppern, Maschinen und Melkmaschinenanlagen und nach vertraglichen Bindungen bei Erzeugergemeinschaften gestellt.

In zeitlichem Zusammenhang zur Haupterhebung wurden drei Einzelerhebungen in speziellen Produktionsbereichen durchgeführt. Die *Weinbauerhebung* 1990/91 erstreckte sich auf alle Betriebe mit einer Rebfläche von mindestens 10 Ar sowie alle Betriebe, die Weinbauerzeugnisse zum Verkauf herstellen, und erbrachte Angaben u. a. über Betriebs-, Besitz- und Arbeitsverhältnisse, Flächennutzung und Absatzwege. Analog war auch der Merkmalskatalog der *Gartenbauerhebung* 1994 angelegt, der sich an alle Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen zum Verkauf wandte, die eine Nutzfläche von mindestens 15 Ar bzw. Flächen unter Glas oder Kunststoff bewirtschaften. Außerdem wurden Merkmale über die Gewächshäuser, die Bewässerungsanlagen, Lagerräume und die sozialökonomischen Verhältnisse des Betriebes erfragt. Die Binnenfischereierhebung 1994 bei Betrieben der Fluß- und Seenfischerei, Teichwirtschaft und Fischzucht erbrachte Angaben über Arbeitskräfte, die Gewässer und ihre Bewirtschaftung sowie die Fischerzeugung.

1.5.1.3 Erhebung der EU über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe

Die Anforderungen der Europäischen Union werden in der Bundesrepublik Deutschland durch das Erhebungsprogramm der Agrarberichterstattung (siehe Abschnitt 1.5.1.1) weitestgehend abgedeckt. Erfragt wurden bei der in zweijährlicher Periodizität stattfindenden Erhebung (zuletzt 1995) Rechtsform, Bodennutzung, Besitzverhältnisse, Viehhaltung, Arbeitskräfte sowie außerbetriebliche Tätigkeit des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen.

1.5.1.4 Feststellung der betrieblichen Einheiten (Betriebsgrößenstruktur)

Im Rahmen dieser Erhebung werden jährlich bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ab 1 Hektar Fläche bzw. mit vergleichbarer Marktproduktion Merkmale zur Kennzeichnung des Betriebes nach ihrer Größe erhoben.

1.5.1.5 Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Diese Stichprobenerhebung wurde bis einschließlich 1993 jährlich, danach alle 2 Jahre, 1994 nur in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost, im April bei Betrieben der Landwirtschaft (einschl. Gartenbau) durchgeführt. Ermittelt werden u. a. Angaben über Betriebsinhaber, die Familienangehörigen nach der Beschäftigung innerhalb und außerhalb des Betriebes sowie über die familienfremden Arbeitskräfte.

1.5.1.6 Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz

Mit dieser Statistik werden jährlich Angaben über veräußerte landwirtschaftliche Flächen, durchschnittliche Kaufwerte je Hektar nach Größenklassen der Flächen und nach Klassen der Ertragsmeßzahlen bereitgestellt. Die Angaben resultieren aus der Auswertung der Kaufverträge durch die Finanzämter bzw. die Gutachterausschüsse für die Wertermittlung von Grundstücken.

1.5.1.7 Sonderstatistiken

Vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird die jährliche *Buchführungsstatistik* für Betriebe der Landwirtschaft, des Garten- und Weinbaus sowie der Forst- und Fischereiwirtschaft durchgeführt, die Daten über Produktionsgrundlagen, Arbeits-, Rentabilitäts-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse erbringt. Die jährliche *Berichterstattung über Flurbereinigung* des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erstreckt sich auf Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz und wertet sie unter verschiedenen statistischen Gesichtspunkten aus. Über *berufliche Bildung und Wirtschaftsberatung* in der Landwirtschaft berichten die Landwirtschaftskammern jährlich an das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

1.5.2 Bodennutzung und Ernte

1.5.2.1 Bodennutzungserhebung

Die *Flächenerhebung nach der Art der tatsächlichen Nutzung* wurde ab 1981 im früheren Bundesgebiet und ab 1993 auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost vierjährlich durchgeführt. Sie basiert auf einer Auswertung der Liegenschaftskataster und gliedert die Bodenflächen nach Nutzungsarten entsprechend dem Nutzungsartenverzeichnis der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen Deutschlands. Die Flächenerhebung 1993 lieferte erstmals gesamtdeutsche Ergebnisse in einheitlicher Gliederung.

Die *Flächenerhebung nach der Art der geplanten Nutzung* wurde ab 1989 im früheren Bundesgebiet vierjährlich durchgeführt. Dabei werden auf der Grundlage der Flächennutzungspläne der Gemeinden die vorgesehenen (geplanten) Nutzungen der Bodenflächen erfaßt. Die erste gesamtdeutsche Erfassung erfolgt 1997.

Die *Bodennutzungshaupterhebung* ermittelt jährlich im Rahmen einer allgemeinen Erhebung bei den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Betriebsfläche, die landwirtschaftlich genutzte Fläche, die Waldfläche und den Rechtsgrund des Besitzes sowie vierjährlich ebenfalls allgemein und in den Zwischenjahren repräsentativ die Nutzung der Betriebsfläche nach Hauptnutzungs- und Kulturarten und die Nutzung des Ackerlandes nach Fruchtarten.

Die *Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung* findet in vierjährlichem Turnus als allgemeine Erhebung statt; in allen übrigen Jahren wird für Gemüse und Erdbeeren eine Stichprobenerhebung durchgeführt. Berichtspflichtig sind Inhaber von Flächen, auf denen Gemüse, Erdbeeren oder Zierpflanzen oder deren jeweilige Jungpflanzen für den Verkauf angebaut werden.

Die *Baumschulerhebung* erfaßt beginnend ab 1996 allgemein alle vier Jahre die Baumschulflächen und die Bestände an Forstpflanzen sowie Obst- und Ziergehölzen.

Obstanbauerhebungen werden fünfjährlich allgemein durchgeführt. Die Baumobstflächen, die der Erzeugung von Kern- und Steinobst dienen, werden dabei nach Merkmalen der Bewirtschaftungsintensität, zum Teil auch nach Sorten, untergliedert.

1.5.2.2 Ernteberichterstattung

Die Ernteberichterstattung erfaßt während der Wachstumsperiode monatlich den *Wachstumsstand* und die *Erträge* der landwirtschaftlichen Feldfrüchte und des Grünlandes, von Gemüse, Erdbeeren und von anderem Obst, ferner den Wachstumsstand der Reben und die Weinmosterträge aufgrund von Schätzungen ehrenamtlicher Ernteberichterstatter. Zusätzlich werden Erntevorausschätzungen auf der Grundlage von Witterungsdaten für Getreide, Zuckerrüben und Kartoffeln durchgeführt. Zur Absicherung der Ertragsschätzungen werden ferner jährliche repräsentative Ertragsfeststellungen bei maximal vier ausgewählten Feldfrucht-, Gemüse- und Obstsorten sowie Weinmost getroffen. Die Weinmosternte wird in zunehmendem Umfang auf sekundärstatistischem Weg durch Nutzung der nach Landesrecht auf Grund von Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaft zu führenden Weinbaukartei festgestellt.

Außerdem werden für bestimmte Getreidearten und Kartoffelsorten (Reifegruppen) jährlich *Besondere Ernteermittlungen* mittels Probeschnitten und Volldruschen bzw. Proberodungen durchgeführt. Die Ergebnisse werden auch zur Überprüfung und gegebenenfalls Berichtigung der Ertragsschätzungen der übrigen Getreidearten und Kartoffelsorten herangezogen.

1.5.2.3 Weinwirtschaftsstatistiken

Das auf Veranlassung der Europäischen Gemeinschaften im Jahr 1964 eingerichtete *Weinbaukataster*, das in zehnjährigen Abständen (erstmal 1979/80) eine vollständige Neufeststellung der Rebflächen sowie eine jährliche Fortführung vorsieht, ermöglicht eine statistische Erfassung der Weinbaubetriebe und ihrer Rebflächen sowie der Zu- und Abgänge an Rebflächen.

Die Statistik der *Weinerzeugung* erfaßt jährlich die Weinerzeugung der Weinbaubetriebe mit einer Rebfläche von 10 Ar und mehr, bei Marktbeförderung auch Betriebe mit einer Rebfläche unter 10 Ar. Jährlich werden außerdem die lagernden Mengen an Wein und Most erhoben.

Datenquelle der Weinwirtschaftsstatistiken ist zunehmend die auf der Grundlage von Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaft in den Ländern nach Landesrecht zu führende Weinbaukartei, deren Angaben über Rebflächen, über die Weinerzeugung und -bestände sekundärstatistisch genutzt werden.

1.5.2.4 Holzstatistik

Diese halbjährliche Erhebung berichtet über den Holzeinschlag in Erzeugerbetrieben, ferner über Zugänge, Abgänge und Bestände an Rohholz sowie an Erzeugnissen des holzbearbeitenden Gewerbes in Herstellerbetrieben.

1.5.3 Viehwirtschaft und Fischerei

1.5.3.1 Viehzählungen

Seit 1980 wird die Viehzählung für Rinder, Schweine, Schafe, Pferde und Geflügel zweijährlich allgemein und in den Zwischenjahren repräsentativ für Rinder, Schweine und Schafe durchgeführt. Sie ermittelt den Viehbestand nach Nutzungskategorien und zweijährlich nach Bestandsgrößenklassen. Repräsentative *Viehwischenzählungen* für Schweine werden jährlich im April und im August sowie für Rinder und Schafe jeweils im Juni durchgeführt.

1.5.3.2 Geflügelstatistik

Die Geflügelstatistik mit monatlichen und jährlichen Erhebungen bei Brütereien, Schlachtereien und Betrieben der Hennenhaltung berichtet über eingelegte Bruteier und erzeugte Küken für Hausgeflügel, über Schlachtkapazitäten und die Menge des geschlachteten Geflügels sowie über vorhandene Hennenhaltungsplätze, die Zahl der legenden Hennen und der erzeugten Eier.

1.5.3.3 Statistik der Schlachtungen

Die *Schlachtungsstatistik* erfaßt monatlich die amtlich untersuchten Schlachttiere in der Gliederung nach gewerblichen Schlachtungen und Hausschlachtungen sowie Tierarten.

Die *Schlachtgewichtsstatistik* ermittelt ebenfalls monatlich die durchschnittlichen Schlachtgewichte und die Gesamtschlachtmenge aus gewerblichen Schlachtungen.

1.5.3.4 Veterinärstatistiken

Die Statistik über die Schlachttier- und Fleischuntersuchung sowie über die Schlachtgeflügel- und Geflügelfleischuntersuchung wertet einmal jährlich die Ergebnisse der amtlichen Untersuchungen gemäß den Vorschriften des Fleisch- und Geflügelfleischhygienerechts aus.

Die *Tierseuchenstatistik* des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erfaßt monatlich die anzeigepflichtigen Tierseuchen.

1.5.3.5 Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik

Diese Statistik erbringt monatlich Angaben über die Erzeugung von Kuhmilch und ihre Verwendung sowie über die Milchleistung je Kuh.

1.5.3.6 Fischereistatistik

Im Rahmen dieser Statistik wird vierteljährlich über die Anlandeergebnisse der Hochsee- und Küstenfischerei berichtet.

1.5.4 Ernährungswirtschaft

Diese Erhebungen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gliedern sich in eine Berichterstattung über Getreide-, Stärke- und Futtermittelwirtschaft, über Zuckerwirtschaft, über Fettwirtschaft (Nahrungsfette) und über Molkereiwirtschaft – jeweils monatlich – sowie über Vieh- und Fleischwirtschaft (wöchentlich). Sie bringen vor allem Angaben über Erzeugung, Absatz und Bestände.

1.6 Produzierendes Gewerbe

Das Produzierende Gewerbe umfaßt die Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, die Energie- und Wasserversorgung sowie das Baugewerbe; eingeschlossen ist jeweils das Produzierende Handwerk. Das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1980 (BGBl. I S. 641), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 26. März 1991 (BGBl. I S. 846), faßt die Statistiken in diesem Bereich zusammen und vereinheitlicht sie u. a. in bezug auf Inhalt, Berichtskreis und Periodizität. Die Ergebnisse der aufeinander abgestimmten monatlichen, jährlichen und mehrjährigen Betriebs- und Unternehmenserhebungen ergeben ein geschlossenes Bild des Produzierenden Gewerbes und seiner Teilbereiche.

Der Berichtskreis umfaßt bislang grundsätzlich alle Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (einschl. Produzierendes Handwerk) und deren Betriebe sowie produzierende Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr der anderen Unternehmen. Die neue Verordnung der Europäischen Gemeinschaft für die Strukturerhebungen im Unternehmensbereich schreibt jedoch vor, daß künftig die Ergebnisse für alle statistischen Einheiten, also auch für die kleinen Unternehmen, repräsentativ sein müssen. Die Zuordnung der Unternehmen zu den Wirtschaftszweigen erfolgt nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit.

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

1.6.1 Betriebserhebungen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden

Die *Monatserhebungen* umfassen den Monatsbericht (einschl. Auftragseingangserhebung) und den Produktions-Eilbericht. Der Monatsbericht bringt für Betriebe Angaben über Beschäftigte, geleistete Arbeiterstunden, Bruttolohn- und -gehaltssumme, Umsatz, Stromversorgung, Bestand an und Verbrauch von Brennstoffen (seit 1985 vierteljährlich), Bezug und Verbrauch sowie Erzeugung und Abgabe von Elektrizität. Für fachliche Betriebsteile werden Auftragseingang sowie Beschäftigte und Umsatz nachgewiesen. Der *Produktions-Eilbericht* gibt Auskunft über die Produktion von 1 000 ausgewählten Warenarten. Diese Angaben werden hauptsächlich zur Berechnung der Produktionsindizes herangezogen. Berechnet werden Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe, der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe, der Bruttonproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter und der Index der Arbeitsproduktivität für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe.

Die *vierteljährlichen Produktionserhebungen* liefern Daten über die Produktion nach Menge und Wert sowie über Reparatur- und Instandhaltungs-, Montage- und Installations- sowie über Veredlungsarbeiten für rund 6 400 Güterarten. Aus diesen Ergebnissen werden ab 1995 die Angaben für rund 5 600 Positionen der europäischen Produktionsstatistik (PRODCOM) abgeleitet.

Zu den *Jahreserhebungen* gehören die Investitionserhebung und die Erhebung für Kleinbetriebe im September mit Angaben über Beschäftigte und Umsatz für die im Monatsbericht für Betriebe nicht erfaßten Industriebetriebe.

Bei dem *Betriebszensus* (weggefallen durch das 1. Statistikbereinigungsgesetz vom März 1980) handelt es sich um keine originäre Erhebung. Entsprechende Ergebnisse werden durch die Nachaufbereitung kurz- und mittelfristiger Statistiken (Monatsbericht und Investitionserhebung für Betriebe, Kostenstrukturerhebung für Unternehmen) gewonnen bzw. geschätzt. Ermittelt werden Angaben über Betriebe, Beschäftigte, Bruttolohn- und -gehaltssumme, Investitionen sowie Nettoproduktionswert (geschätzt) nach Wirtschaftszweigen. Eine entsprechende Auswertung wurde zuletzt für 1991 vorgenommen.

1.6.2 Unternehmenserhebungen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden

Mit *monatlicher* Periodizität werden bzw. wurden bei Unternehmen der Monatsbericht und die Statistik über den Auftragsbestand (mit Wirkung vom 30. September 1984 ausgesetzt) durchgeführt. Aus dem Monatsbericht fallen u. a. Angaben über Unternehmen, Beschäftigte, Bruttolohn- und -gehaltssumme und Umsatz nach Wirtschaftszweigen an. Die Statistik über den Auftragsbestand wurde vor allem zur Berechnung des Index des Auftragsbestandes für das Verarbeitende Gewerbe herangezogen.

Zum *jährlichen* Erhebungsprogramm gehören die Investitionserhebung mit einer Erfassung der Investitionen und Material- und Warenbestände sowie die zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Kostenstrukturerhebung.

Als *mehrfährliche* Erhebung wird die vierjährliche Material- und Wareneingangserhebung durchgeführt (zuletzt für 1994). Der Unternehmenszensus, der – wie der Betriebszensus – sechsjährlich geplant war und zuletzt 1980 für 1979 als Erhebung durchgeführt wurde, wird aufgrund der Verordnung über die Aussetzung des Zensus im Produzierenden Gewerbe vom 8. Oktober 1985 seit dem Berichtsjahr 1985 nicht mehr als Erhebung durchgeführt. Angaben über Nettoproduktionswerte werden nunmehr aus der Kostenstrukturerhebung, der Investitionserhebung und dem Monatsbericht für Unternehmen ermittelt bzw. geschätzt (zuletzt für 1991).

1.6.3 Fachstatistiken für einzelne Zweige des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden

Diese Statistiken berichten monatlich und zum Teil auch vierteljährlich und jährlich über die Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige. Die Eisen- und Stahlstatistik wird von der Außenstelle Düsseldorf des Statistischen Bundesamtes durchgeführt. Das Bundesamt für Wirtschaft ist mit der Durchführung der Nichteisen- und Edelmetallstatistik sowie der Mineralölstatistik betraut. Die Düngemittelstatistik fällt in die Zuständigkeit des Statistischen Bundesamtes. Die Textilstatistik wurde nur bis 1984 durchgeführt.

Baugewerbe

1.6.4 Betriebserhebungen im Baugewerbe

Der Monatsbericht im Bereich Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe) einschl. Auftragseingangserhebung und der vierteljährliche Bericht im Bereich Bauinstallation, Sonstiges Baugewerbe erbringen Angaben über Beschäftigte, Arbeitsstunden, Bruttolohn- und -gehaltsumme sowie Umsatz für Betriebe. Für den Bereich Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau wird auch der Auftragseingang erhoben. Ferner werden Indizes des Auftragseingangs und der Produktion für den Bereich Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau berechnet.

Vierteljährlich wird die Statistik über den Auftragsbestand im Bereich Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe) durchgeführt. Außerdem werden Indizes des Auftragsbestands für den Bereich Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau und der Produktion für das Baugewerbe aufgestellt.

Jahreserhebungen sind die Totalerhebung im Bereich Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe) und die Zusatzerhebung im Bereich Bauinstallation, Sonstiges Baugewerbe (Ausbaugewerbe), die jeweils für Betriebe über Beschäftigte, Arbeitsstunden, Bruttolohn- und -gehaltsumme und Umsatz berichten.

1.6.5 Unternehmenserhebungen im Baugewerbe

Die *Jahreserhebung* einschließlich Investitionserhebung im Baugewerbe stellt u. a. Angaben über Beschäftigte, Bruttolohn- und -gehaltsumme, Umsatz, Investitionen, Material- und Warenbestände zur Verfügung. Die jährlich als Stichprobe zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Kostenstrukturserhebung im Baugewerbe erbringt Strukturdaten für Unternehmen.

Als *mehrfährliche* Erhebungen wurden der Unternehmenszensus (zuletzt 1980 für 1979) und die Statistik über den Material- und Wareneingang (zuletzt 1983 für 1982) im Baugewerbe durchgeführt; zur Zeit sind beide Erhebungen ausgesetzt.

Energie- und Wasserversorgung

1.6.6 Betriebserhebungen in der Energie- und Wasserversorgung

Der Monatsbericht enthält Angaben über Beschäftigte (auch für fachliche Betriebsteile), Arbeiterstunden, Bruttolohn- und -gehaltsumme.

Die *Jahreserhebung* (Investitionserhebung) berichtet u. a. über Investitionen sowie Material- und Warenbestände.

1.6.7 Unternehmenserhebungen in der Energie- und Wasserversorgung

Die *Monatserhebungen* gliedern sich in die Monatsberichte über die Elektrizitäts- und die Gasversorgung. Im Rahmen dieser Statistiken werden vom zuständigen Bundesministerium für Wirtschaft jeweils für fachliche Betriebsteile Angaben über Erzeugung (Gewinnung), Bezug und Abgabe von Strom bzw. Gas ermittelt.

Zum *jährlichen* Erhebungsprogramm gehören die Jahreserhebung und die Investitionserhebung bei Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärme- sowie der Wasserversorgung, die jährliche Kostenstrukturerhebung in diesem Bereich, die Erhebung bei den Elektrizitätsversorgungsunternehmen über Stromabsatz und Erlöse und die Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen über Abgabe, Ein- und Ausfuhr von Gas sowie Erlöse.

Mehrfährlich wurden im Zensus für Unternehmen (zuletzt 1980 für 1979, zur Zeit ausgesetzt) u. a. der Material- und Wareneingang, für fachliche Unternehmensteile der Materialverbrauch und Wareneinsatz erhoben.

1.6.8 Sonderstatistiken in der Energie- und Wasserversorgung

Die Sonderstatistiken, die zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt werden, umfassen Erhebungen über Stromerzeugungsanlagen bei Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes (jährlich), über brennbare Gase bei Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes (jährlich), über Erdgas und Erdölgas (monatlich und jährlich), über Flüssiggas, Raffineriegas (einschl. Normgas) (monatlich), über Flüssiggas (monatlich und jährlich), über Klärgas (jährlich) sowie über Investitionen bei Unternehmen, die Erdgas bzw. Erdölgas gewinnen oder Erdgas- bzw. Erdölgasleitungen erstellen oder betreiben (jährlich), jeweils mit Angaben über Gewinnung, Verwendung, Abgabe sowie über Anlagen.

Handwerk

1.6.9 Handwerkszählung

Strukturdaten über das gesamte Handwerk – auch soweit es nicht zum Produzieren des Gewerbes gehört – werden in unregelmäßigen Abständen in Handwerkszählungen ermittelt. Aus dieser Quelle fallen u. a. Angaben über die Zahl der Handwerksunternehmen, ihre Rechtsform, Beschäftigte nach ihrer Stellung im Unternehmen, Löhne, Gehälter, gesetzliche Sozialkosten sowie über die Zusammensetzung des Umsatzes und die Absatzrichtung an. Die letzte Handwerkszählung wurde zum Stichtag 31. März 1995 durchgeführt.

1.6.10 Vierteljährliche Handwerksberichterstattung

Angaben über die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten und des Umsatzes im Handwerk können der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung entnommen werden. In diese Stichprobenerhebung bei Unternehmen selbständiger Handwerker, die in die Handwerksrolle eingetragen sind, werden auch die Angaben für diejenigen Handwerksunternehmen und -betriebe eingesteuert, die bereits im Rahmen der Berichterstattung für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe, für das Baugewerbe oder den Handel und das Gastgewerbe anfallen. Damit wird eine Doppelbelastung der betroffenen Handwerksunternehmen vermieden.

1.7 Bautätigkeit und Wohnungen

1.7.1 Bautätigkeitsstatistiken

Die Statistik der *Baugenehmigungen* und die Statistik der *Baufertigstellungen* berichten monatlich sowie jährlich über genehmigte bzw. fertiggestellte Hochbauten. Auskunftspflichtig sind die Bauherren und die Bauaufsichtsbehörden. Ermittelt werden jeweils u. a. Angaben über Gebäude, Rauminhalt, Wohnungen, Wohnräume, Wohn- bzw. Nutzfläche, veranschlagte Kosten und Bauherrengruppen. Außerdem werden zum Beispiel konstruktive Merkmale für das Bauvorhaben erfragt.

Über genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Baumaßnahmen berichtet jährlich die Statistik des *Bauüberhangs*. Die Feststellungen hierzu werden von den Gemeinden und Bauaufsichtsbehörden getroffen.

Die jährliche *Abgangserhebung* erfaßt Abgänge und Nutzungsänderungen von Gebäuden und Wohnungen, u. a. nach Fläche, Baualter und Abgangsursache.

1.7.2 Statistik über die Finanzierung des Wohnungsbaus

In der Berichterstattung über die *Finanzierung durch Kapitalsammelstellen* berichten die Sparkassen, Pfandbriefinstitute, Lebensversicherungsunternehmen und Bau-sparkassen über ihre Verbände an das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau monatlich bzw. vierteljährlich über Zusagen und Auszahlungen von Wohnungsbaukrediten.

Die Statistik der *Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau* erbringt jährlich Angaben über die von den Bewilligungsstellen der Länder durch Mittel für den sozialen Wohnungsbau geförderten Bauvorhaben nach Förderungswegen sowie wichtige Merkmale der geförderten Objekte, Finanzierungs- und Förderungsmittel.

1.7.3 Gebäude- und Wohnungszählung

Zählungen der Gebäude und Wohnungen werden in unregelmäßigen Abständen, üblicherweise im Zusammenhang mit der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (siehe die Abschnitte 1.1.1, 1.3.1 und 1.4.1) durchgeführt. Die letzte Erhebung einiger gebäude- und wohnungsstatistischer Grunddaten in den alten Bundesländern fand im Mai 1987 statt. Erfragt wurden u. a. Art und Baujahr der Gebäude, Beheizung und Energieart. Für Wohnungen wurden u. a. Größe, Ausstattung, Zahl der Räume und Mietpreis erhoben. Mit Stichtag 30. September 1995 wurde ausschließlich für die neuen Länder und Berlin-Ost eine Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt.

1.7.4 Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes

Die bei der letzten Gebäude- und Wohnungszählung festgestellten Bestandszahlen über Wohngebäude und Wohnungen werden von den statistischen Ämtern der Länder unter Verwendung der Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistiken (siehe Abschnitt 1.7.1) jährlich fortgeschrieben.

1.7.5 Wohnungsstichprobe

Wohnungsstichproben mit einem Auswahlatz von 1 % der Haushalte werden nach Wohnungszählungen zur Ergänzung und Vertiefung der Ergebnisse sowie danach in Abständen von vier bis sechs Jahren zwischen den Wohnungszählungen durchgeführt. Die letzte repräsentative Untersuchung fand 1993 statt. Neben dem Bestand von Gebäuden, Unterkünften und Wohnungen wurden zusätzlich Angaben von besonderer aktueller Bedeutung, wie zum Beispiel Modernisierungsmaßnahmen, erhoben.

1.8 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

1.8.1 Handels- und Gaststättenzählung

Handels- und Gaststättenzählungen werden im Regelfall alle zehn Jahre, bei Bedarf auch in kürzeren Abständen, durchgeführt (zuletzt 1993). Zum Kreis der Befragten gehören Unternehmen und Arbeitsstätten von Unternehmen des Großhandels, der Handelsvermittlung, des Einzelhandels und des Gastgewerbes. Die Totalzählung erbringt u. a. Angaben über Unternehmen und Arbeitsstätten, tätige Personen, Umsatz sowie für die einzelnen Teilbereiche Angaben zur Kennzeichnung der Betriebs- und Absatzformen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung. Im Gastgewerbe werden außerdem Fremdenzimmer, Fremdenbetten, Ferienhäuser und Ferienwohnungen erfaßt.

1.8.2 Großhandelsstatistik

Diese zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Stichprobenerhebung weist absolute Werte und Meßzahlen bzw. Veränderungsraten nach, und zwar monatlich über Umsatz, Voll- und Teilzeitbeschäftigte, jährlich über tätige Personen, Waren- und Materialeingänge und -bestände, Investitionen, Bruttolohn- und -gehaltssumme und Umsatz. Mehrjährig fallen im Rahmen der Ergänzungserhebung Angaben über die Zusammensetzung des Warensortiments an.

1.8.3 Handelsvermittlungsstatistik

Die Handelsvermittlungsstatistik wurde ausgesetzt. Durch die Verabschiedung der Verordnung des Rates über die strukturelle Unternehmensstatistik wird jedoch spätestens nach Ablauf der Übergangsfristen die jährliche Bereitstellung von Ergebnissen über diesen Bereich wieder erforderlich werden.

1.8.4 Einzelhandelsstatistik

Hinsichtlich Periodizität und Merkmalskatalog ist die Einzelhandelsstatistik mit der Großhandelsstatistik (siehe Abschnitt 1.8.2) nahezu identisch. Der Berichtsweg dieser Stichprobenerhebung läuft allerdings über die statistischen Ämter der Länder.

1.8.5 Gastgewerbestatistik

Die Gastgewerbestatistik erbringt für ihren Bereich dieselben Angaben wie die laufenden Statistiken im Groß- und Einzelhandel (siehe die Abschnitte 1.8.2 und 1.8.4). Es werden monatliche, zweijährliche und mehrjährliche Stichprobenerhebungen durchgeführt.

1.8.6 Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr

Die Beherbergungsstatistik wird bei allen Beherbergungsstätten, die neun oder mehr Gäste gleichzeitig beherbergen können, durchgeführt und berichtet monatlich über Ankünfte, Übernachtungen und Aufenthaltsdauer von Gästen sowie über die Zahl der Fremdenbetten und die Auslastung der Bettenkapazität jeweils nach Betriebsarten (Hotels, Gasthöfe, Pensionen usw.). Außerdem wird nach Betriebs- und Gemeindegrößenklassen und Gemeindegruppen differenziert. Ausländische Gäste werden in der Gliederung nach ihrem Herkunftsland nachgewiesen.

In sechsjährlichem Turnus werden im Rahmen der Kapazitätserhebung Daten über Beherbergungsstätten und -einheiten sowie Fremdenbetten unter anderem nach Betriebsarten, Ausstattungs- und Preisklassen erhoben. Ebenso wird die Zahl der Stellplätze auf Campingplätzen sowie deren Ausstattung mit Ver-/Entsorgungs- bzw. Sport- und Freizeiteinrichtungen erfaßt.

1.8.7 Statistik des innerdeutschen Warenverkehrs

Diese Statistik des Statistischen Bundesamtes wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft ausgeführt. Erfaßt wurden Warenströme (Lieferungen und Bezüge) von im früheren Bundesgebiet ansässigen Unternehmen mit Unternehmen des Beitrittsgebietes einschließlich Berlin-Ost. Nachgewiesen wurden monatlich und jährlich Warensendungen nach Warengruppen, Gewicht und Wert.

Vor der deutschen Vereinigung wertete die Statistik die bei den innerdeutschen Zolldienststellen anfallenden Warenbegleitscheine aus. Mit dem Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion mußte der Berichtsweg der Statistik umgestellt werden auf meldepflichtige Unternehmen. Die Statistik des innerdeutschen Warenverkehrs wurde mit Ablauf des Berichtsmonats März 1995 eingestellt.

1.9 Außenhandel

1.9.1 Außenhandelsstatistik

Die Außenhandelsstatistik Deutschlands erfaßt laufend den grenzüberschreitenden Warenverkehr mit dem Ausland, auch soweit es sich um unentgeltliche oder vorübergehende Warenlieferungen bzw. -bezüge handelt. Aufgrund unterschiedlicher Erhebungskonzepte unterscheidet man seit 1993 zwischen Warenverkehren mit Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Intrahandel) und Warenverkehren mit der übrigen Welt (Extrahandel).

Aus technischen und organisatorischen Gründen wird die Außenhandelsstatistik zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt. Den Ergebnissen liegen im allgemeinen die Angaben der Aus- und Einführer zugrunde.

Für die Ein- und Ausfuhr werden Mengen und Werte in tiefer fachlicher Gliederung nach Ursprungs-, Einkaufs-, Versendungs- und Zielland bzw. Bestimmungs-, und Ursprungsland unter Angaben der Ein- und Ausfuhrarten (z. B. freier Verkehr, Veredelungsverkehr, Lagerverkehr) in der Darstellung als Spezialhandel und Generalhandel nachgewiesen.

1.9.2 Statistik der eingeführten festen Brennstoffe

Im Rahmen dieser Statistik werden monatlich vom Bundesamt für Wirtschaft Lieferungen und Bestände eingeführter fester Brennstoffe nachgewiesen.

1.10 Verkehr

1.10.1 Eisenbahnstatistik

Die Eisenbahnstatistik umfaßt die *Bestandsstatistik* (jährliche Nachweisung von Strecken- und Gleislängen, Fahrzeugbeständen, Bahneinrichtungen und Personalbestand), die *Verkehrsstatistik* (monatliche Erfassung der Verkehrseinnahmen durch Beförderungsleistungen im Personen- und Güterverkehr sowie jährliche Darstellung des Güterverkehrs nach Entfernungsstufen, Gütergruppen und regionalen Merkmalen) und die *Statistik der Bahnbetriebsunfälle* (jährliche Aufbereitung).

1.10.2 Statistiken des Straßenverkehrs

1.10.2.1 Statistik der Straßen des überörtlichen Verkehrs

Die vom Bundesministerium für Verkehr durchgeführte Statistik der *Straßen des überörtlichen Verkehrs* gliedert sich in eine Straßenbestandsaufnahme in fünfjährigen Abständen, die jährliche Straßenlängenstatistik, die Verkehrszählungen, die über automatische Registriergeräte bzw. in fünfjährigen Abständen manuell durchgeführt werden und Angaben über das Verkehrsaufkommen erbringen, sowie die zweijährliche Statistik der Bundesautobahn-Knoten, -Nebenanlagen und -Nebenbetriebe.

1.10.2.2 Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes und seiner Veränderungen

Vom Kraftfahrt-Bundesamt werden aus Meldungen der Kraftfahrzeug-Zulassungsstellen Statistiken über den Bestand an Kraftfahrzeugen und Anhängern (halbjährlich und jährlich), Neuzulassungen (monatlich bis zweijährlich), Besitzumschreibungen (monatlich bis fünfjährlich) und Löschungen (jährlich) durchgeführt. Nachgewiesen werden u. a. Merkmale der Fahrzeuge und zum Teil auch der Halter.

1.10.2.3 Fahrerlaubnisstatistiken

Anhand der Meldungen der zuständigen Stellen stellt das Kraftfahrt-Bundesamt halbjährlich bzw. jährlich Statistiken über das Ergebnis der Prüfungen zur Erlangung einer Fahr- und Fahrlehrerlaubnis, über Erteilungen sowie Entziehungen und Versagungen von Fahr- und Fahrlehrerlaubnissen zusammen.

1.10.2.4 Statistik der Fahrerlaubnis auf Probe (FaP)

Das Kraftfahrt-Bundesamt führt ein Register über die Inhaber einer Fahrerlaubnis auf Probe. Auf dieser Grundlage wird vierteljährlich eine Statistik über Bestände und Zugänge an Personen mit FaP, deren Eintragungen im Verkehrszentralregister sowie die Unterrichtung der zuständigen Fahrerlaubnisbehörden während der zweijährigen Probezeit veröffentlicht.

1.10.2.5 Verkehrszentralregister-Statistik

Diese Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes erfaßt laufend und tabelliert halbjährlich die Eintragungen, Tilgungen und Auskünfte des Verkehrszentralregisters nach personen- und eintragungsbezogenen Merkmalen.

1.10.2.6 Fahrzeugmängelstatistik

Basierend auf den Meldungen der technischen Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr berichtet diese Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes halbjährlich über Betriebserlaubnisprüfungen und Fahrzeuguntersuchungen und ihre Ergebnisse.

1.10.2.7 Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr

Die jährliche Unternehmensstatistik berichtet u. a. über Fahrzeugbestand, Beschäftigte, Länge des Liniennetzes und Umsätze im Straßenpersonenverkehr, die Verkehrsstatistik in vierteljährlicher Periodizität über Verkehrsleistungen und Einnahmen in diesem Bereich.

1.10.2.8 Statistiken des Straßengüterverkehrs

Im Bereich des Straßengüterverkehrs mußten im Jahr 1994 als Folge von Deregulierungsmaßnahmen im Verkehrssektor, insbesondere der Aufhebung von Tarifen und Tarifüberwachungen, einige der bisherigen Sekundärstatistiken durch Primärerhebungen ersetzt werden.

Die bisher als Karteiauszahlungen in mehrjährigen Abständen durchgeführten Unternehmens- und Fahrzeugstatistiken im gewerblichen Güterfern- und -nahverkehr, Umzugsverkehr und im Werkfernverkehr sind durch jährliche Stichprobenerhebungen in den genannten Wirtschaftssektoren ersetzt worden. Die neuen *Unternehmensstatistiken im Straßengüterverkehr* liefern Ergebnisse zur Kennzeichnung der Unternehmen, zu den Beschäftigten und zum Fuhrpark für den funktional abgegrenzten Berichtskreis sowie zusätzlich zu Umsätzen, Investitionen und Aufwendungen für Sachanlagen für den Berichtskreis in institutioneller Abgrenzung nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt im Straßengüterverkehr.

Ebenfalls abgelöst wurde 1994 die bisherige Monatsstatistik zu den Verkehrsleistungen im Straßengüterfernverkehr und im Werkfernverkehr, die durch Auswertung von Frachtbriefen im Rahmen der Tarifkontrollen und der Monatsübersichten im Werkfernverkehr erstellt worden war, durch eine als permanente Stichprobe konzipierte *Fahr- und Beförderungsleistungsstatistik im Straßengüterverkehr*. Die neue Statistik, die um den gewerblichen Güternahverkehr und Werknahverkehr ausgeweitet wurde, ersetzt auch die früher in unregelmäßigen Zeitabständen (zuletzt 1978) zentral vom Statistischen Bundesamt erhobene Statistik im Güterkraftverkehr. Weiterhin nicht einbezogen wird der vom Güterkraftverkehrsgesetz freigestellte Güterverkehr. Erhebungseinheiten sind LKW ab 3,5 t Nutzlast bzw. 6 t zulässigem Gesamtgewicht, die in Form einer geschichteten Stichprobe aus dem Zentralen Fahrzeugregister des Kraftfahrt-Bundesamtes ausgewählt werden. Der Merkmalskatalog ist stark ausgeweitet worden. Neben bereits bisher erfaßten Merkmalen wie beförderte Güter nach Art und Gewicht sowie Be- und Entladeorten werden u. a. Angaben zu Last- und Leerfahrten, zur Betankung, zur Teilnahme am kombinierten

Verkehr sowie zu Gefahrguttransporten erhoben und fahrzeugtechnische Merkmale aus dem Zentralen Fahrzeugregister hinzugefügt. Es werden monatlich Eckzahlen und darüber hinaus tiefgegliederte Jahresergebnisse veröffentlicht.

Die Statistik der Fahr- und Beförderungsleistungen im Straßengüterverkehr wird vom Bundesamt für Güterverkehr (bis 1993: Bundesanstalt für den Güterfernverkehr), zuständig für den gewerblichen Verkehr, und vom Kraftfahrt-Bundesamt, zuständig für den Werkverkehr, durchgeführt. Für die Unternehmensstatistiken ist das Bundesamt für Güterverkehr zuständig.

1.10.2.9 Statistik des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Kraftfahrzeugen

Das Kraftfahrt-Bundesamt stellt aufgrund der Meldungen der Grenzzollstellen sowie ausgewählter Landesämter für Straßenwesen und der Bundesanstalt für Straßenwesen eine Statistik des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Personenkraftfahrzeugen sowie des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs in monatlicher und jährlicher Periodizität zusammen.

1.10.2.10 Statistik der Straßenverkehrsunfälle

Diese Statistik, die anhand der Verkehrsunfallanzeigen der Polizei zusammengestellt wird, bietet monatliche Angaben über Straßenverkehrsunfälle, Beteiligte, Verunglückte, Fehlverhalten der Beteiligten und technische Mängel sowie allgemeine Unfallursachen. Jährlich werden zusätzlich tiefer gegliederte Auswertungen durchgeführt.

1.10.3 Statistiken der Binnen- und Seeschifffahrt

1.10.3.1 Binnenschifffahrtsstatistik

Die Binnenschifffahrtsstatistik umfaßt die halbjährliche Fortschreibung des *Bestandes* an Binnenschiffen, die zentral vom Statistischen Bundesamt aufbereitete jährliche *Unternehmensstatistik* mit Angaben über Art und Tätigkeit der Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz und Kapazität der verfügbaren Binnenschiffe sowie die Statistik des *Schiffs- und Güterverkehrs* auf den Binnenwasserstraßen, in der monatlich der Verkehr deutscher und ausländischer Schiffe auf den Binnenwasserstraßen des Bundesgebietes und jährlich außerdem der Güterverkehr in regionaler Verflechtung nachgewiesen werden. Die jährliche Statistik der *Unfälle* auf den Binnenwasserstraßen greift auf die Meldungen der Wasserschutzpolizei zurück.

1.10.3.2 Seeschifffahrtsstatistik

Zur Seeschifffahrtsstatistik gehören die monatlich und jährlich zusammengestellte Statistik des *Bestandes* an Seeschiffen, die *Seemannsstatistik* mit einem jährlichen Nachweis der Besatzungsmitglieder der Seeschiffe nach Berufs- und Altersgruppen sowie die *Seeverkehrsstatistik* (monatliche und jährliche Periodizität), gegliedert in die Erfassung des Schiffs- und Güterverkehrs über See und auf dem Nord-Ostsee-Kanal.

1.10.4 Luftfahrtstatistik

Die folgenden Erhebungen werden vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet. Die *Luftfahrtunternehmensstatistik* erfaßt jährlich Angaben über Art und Tätigkeit deutscher Luftfahrtunternehmen, Anzahl und Art der verfügbaren Luftfahrzeuge, Beschäftigte und Umsätze. Die Statistik des *gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen* beobachtet fortlaufend den Verkehr deutscher und ausländischer Luftfahrzeuge auf den Flugplätzen Deutschlands und veröffentlicht monatliche bzw. jährliche Angaben über Luftfahrzeugbewegungen sowie den Personen- und Güterverkehr in der Verkehrsverflechtung nach Herkunfts- und Zielflugplätzen. In der Statistik des *gewerblichen Luftverkehrs auf sonstigen Flugplätzen* werden monatlich die Anzahl der Flüge nach Flugzeugtypen sowie die Einsteiger auf den kleineren Flugplätzen einbezogen, während die Statistik des *nichtgewerblichen Luftverkehrs auf allen Flugplätzen* jährliche Angaben über die Flugbewegungen der Motor- und Segelflugzeuge liefert. Die Statistik der *Luftverkehrsunfälle* greift jährlich auf Meldungen des Luftfahrt-Bundesamtes zurück und umfaßt Flugbetriebsunfälle in der Zivilluftfahrt gegliedert nach Flug- und Unfallart.

1.10.5 Rohrfernleitungsstatistik

Im Rahmen dieser Statistik wird monatlich, vierteljährlich und jährlich über den Durchsatz von rohem Erdöl sowie die durch Rohrfernleitungen eingeführten Mineralölprodukte berichtet.

1.10.6 Statistik des Deutschen Wetterdienstes

Aufgrund von Meldungen der haupt- und nebenamtlichen Beobachtungsstationen werden meteorologische Daten ausgewertet und in Form von Tabellen, Diagrammen und Karten zusammengestellt. Die Ergebnisse werden – teilweise mit Textbeschreibungen – für Tage, Wochen, Monate, Jahreszeiten und Jahre veröffentlicht.

1.11 Geld und Kredit, Versicherungen

Geld und Kredit

Sofern nicht anders vermerkt, werden die Statistiken dieses Bereichs von der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, bearbeitet.

1.11.1 Bankstatistische Gesamtrechnungen

1.11.1.1 Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

Für die Konsolidierte Bilanz des Bankensystems werden die Ergebnisse der bilanzstatistischen Erhebungen bei den Kreditinstituten mit dem Ausweis der Deutschen Bundesbank monatlich zu einer Gesamtübersicht über die inländische monetäre Entwicklung zusammengefaßt.

1.11.1.2 Statistische Daten zum Geldvolumen

Die monatlich, vierteljährlich und jährlich ausgewiesenen Daten zum Geldvolumen vermitteln einen Überblick über die Entwicklung der inländischen Geldversorgung und der hierfür relevanten Positionen der Konsolidierten Bilanz des Bankensystems (siehe Abschnitt 1.11.1.1).

1.11.1.3 Statistische Daten zur Bankenliquidität

Diese monatliche, vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung berichtet über den Zentralbankgeldbedarf der Banken und liquiditätspolitische Maßnahmen der Deutschen Bundesbank.

1.11.2 Deutsche Bundesbank

1.11.2.1 Ausweis der Deutschen Bundesbank

Der bankwöchentliche Ausweis enthält Angaben über Aktiva und Passiva der Deutschen Bundesbank und den Bargeldumlauf.

1.11.2.2 Angaben zur Auslandsposition der Deutschen Bundesbank

Monatlich stellt die Deutsche Bundesbank Angaben über ihre Währungsreserven, Kredite und sonstigen Forderungen an das Ausland sowie über ihre Auslandsverbindlichkeiten zusammen.

1.11.2.3 Mindestreservestatistik

Aus dieser Quelle fallen monatlich Angaben über die Reservehaltung der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank nach Bankengruppen an.

1.11.3 Kreditinstitute

Ab Dezember 1985 sind auch die kleineren Kreditgenossenschaften berichtspflichtig, die bis dahin von der Meldepflicht freigestellt waren; ab Juli 1990 sind auch die ostdeutschen Kreditinstitute eingeschlossen.

1.11.3.1 Zwischenbilanzstatistik

Aufgrund der monatlichen Meldungen der Kreditinstitute stellt die Deutsche Bundesbank in der Zwischenbilanzstatistik die Aktiva und Passiva der Kreditinstitute nach Bankengruppen zusammen, ab Juni 1986 auch bilanzunwirksame Geschäfte. Für Bausparkassen werden Sonderangaben nachgewiesen.

1.11.3.2 Kreditstatistik

Diese Statistik berichtet monatlich über die Kredite der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen an Nichtbanken (Unternehmen, Selbständige, Privatpersonen, öffentliche Haushalte) und an andere Banken nach Befristung und Arten sowie vierteljährlich über die Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen nach Kreditnehmern und über die Kredite für den Wohnungsbau. Für Bausparkassen werden außerdem monatlich Auszahlungen und Tilgungen von Bauspardarlehen nachgewiesen.

1.11.3.3 Kreditzusagenstatistik

Durch monatliche Auswertung der Meldungen der Kreditinstitute ergibt sich aus dieser Statistik ein Bild über Stand und Entwicklung der Zusagen für Darlehen mit festem Betrag und fester Laufzeit.

1.11.3.4 Statistik der Wertpapierbestände

Diese Statistik erfaßt monatlich die Bestände der Kreditinstitute (ohne Bausparkassen) an in- und ausländischen Wertpapieren.

1.11.3.5 Statistik der Einlagen und aufgenommenen Kredite

Die Einlagen und aufgenommenen Kredite der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen von Nichtbanken (Unternehmen, Privatpersonen, öffentliche Haushalte) und von anderen Banken werden in dieser monatlichen Statistik u. a. nach Befristung und Arten untergliedert. Zusätzlich werden die Umsätze im Sparverkehr nachgewiesen.

1.11.3.6 Statistik der Wertpapier-Kundendepots

Die jährliche Auswertung von Meldungen der Kreditinstitute vermittelt Angaben über Zahl, Höhe und Zusammensetzung der Wertpapier-Kundendepots nach Wertpapierarten und Depotinhabern.

1.11.3.7 Zwischenbilanzstatistik der Auslandsfilialen deutscher Kreditinstitute

Im Rahmen dieser monatlichen Statistik fallen Angaben über Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen deutscher Kreditinstitute, untergliedert nach ausländischen und deutschen Geschäftspartnern, an, ab Juni 1986 auch bilanzunwirksame Geschäfte.

1.11.3.8 Zwischenbilanzstatistik der ausländischen Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz deutscher Kreditinstitute

Die Statistik erbringt monatlich Angaben über Aktiva und Passiva der Auslandstöchter deutscher Kreditinstitute, untergliedert nach Positionen mit Geschäftspartnern in der Bundesrepublik Deutschland und außerhalb der Bundesrepublik, ab Juni 1986 auch bilanzunwirksame Geschäfte.

1.11.3.9 Statistik der Gewinn- und Verlustrechnungen der Kreditinstitute

Die bei der Deutschen Bundesbank vorliegenden Gewinn- und Verlustrechnungen der Kreditinstitute werden jährlich nach Einzelpositionen und zu den wichtigsten Komponenten zusammengefaßt ausgewertet und in Relation zum Geschäftsvolumen dargestellt.

1.11.3.10 Statistik der Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute gegenüber dem Ausland

Durch monatliche Auswertung der Meldungen der Kreditinstitute zum Auslandsstatus werden Angaben über kurz- und langfristige Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern gewonnen, u. a. untergliedert nach Fristigkeiten, Wirtschaftssektoren, nach Währungen sowie nach Ländern.

1.11.3.11 Statistik der Forderungen und Verbindlichkeiten der Auslandsfilialen inländischer Kreditinstitute gegenüber dem Ausland

Durch monatliche Auswertung der Meldungen der Kreditinstitute zum Auslandsstatus der Auslandsfilialen werden Angaben über kurz- oder langfristige Forderungen und Verbindlichkeiten der Auslandsfilialen gegenüber Ausländern gewonnen, u. a. untergliedert nach Fristigkeiten, Wirtschaftssektoren, nach Währungen sowie nach Ländern.

1.11.3.12 Statistik der Forderungen und Verbindlichkeiten der Auslandsstöchter inländischer Kreditinstitute gegenüber Geschäftspartnern außerhalb der Bundesrepublik Deutschland

Durch monatliche Auswertung der Meldungen der Kreditinstitute zum Status der Auslandstöchter gegenüber Geschäftspartnern außerhalb der Bundesrepublik Deutschland werden Angaben über kurz- oder langfristige Forderungen und Verbindlichkeiten der Auslandstöchter gegenüber Geschäftspartnern außerhalb der Bundesrepublik Deutschland gewonnen, u. a. untergliedert nach Fristigkeiten, Wirtschaftssektoren, nach Währungen sowie nach Ländern.

1.11.3.13 Statistik der Bausparkassen

Die privaten und öffentlichen Bausparkassen berichten über ihre Verbände monatlich, vierteljährlich und jährlich an das Statistische Bundesamt über das Vertragsgeschäft, Ein- und Auszahlungen, Zuteilungen sowie den Bestand an Bauspareinlagen und Baudarlehen.

1.11.4 Wertpapiermärkte

1.11.4.1 Emissionsstatistik

Diese monatliche Statistik erbringt Angaben zum Absatz und Umlauf von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren, hierbei auch Tilgung und Nettoabsatz.

1.11.4.2 Kurs- und Renditenstatistik festverzinslicher Wertpapiere

Diese Statistik erbringt börsentägliche bzw. monatliche Angaben über die Durchschnittskurse und Renditen tarifbesteufter festverzinslicher Wertpapiere nach Wertpapierarten und Nominalzinssätzen bzw. Restlaufzeiten.

1.11.4.3 Börsenumsatzstatistik

Die Deutsche Börse AG veröffentlicht monatlich die Börsenumsätze in Wertpapieren, Angaben über getätigte Optionsgeschäfte an den Wertpapierbörsen sowie über Futures und Optionen an der Deutschen Terminbörse (DTB).

1.11.4.4 Investmentstatistik

Die Meldungen der Kapitalanlagegesellschaften bilden die Grundlage dieser monatlichen Statistik über das Fondsvermögen und seine Zusammensetzung sowie über umlaufende Anteile und das Mittelaufkommen.

1.11.5 Zinsen und Währungen

1.11.5.1 Statistik der Devisenkurse

Die Deutsche Bundesbank berichtet monatlich bzw. vierteljährlich anhand verschiedener Quellen über Devisenkurse in Deutschland, Währungen und Devisenkurse in anderen Ländern sowie über den Außenwert der D-Mark und fremder Währungen.

1.11.5.2 Statistik der Zinssätze

Diese Statistik enthält u. a. eine tägliche Zusammenstellung der Geldmarktsätze und monatliche Übersichten über die Entwicklung der Soll- und Habenzinsen.

Versicherungen

1.11.6 Statistiken der Versicherungswirtschaft

Die in diesem Abschnitt aufgeführten Statistiken werden vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin, erstellt.

1.11.6.1 Statistiken der Versicherungswirtschaft insgesamt

Diese Statistik umfaßt im wesentlichen eine jährliche Statistik über Unternehmensstrukturdaten sowie eine vierteljährliche und jährliche Statistik über die Entwicklung und Zusammensetzung der Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen insgesamt sowie nach Sparten.

1.11.6.2 Statistik der Lebensversicherung

Diese Statistik umfaßt eine jährliche Statistik über die Bilanzen, die Kapitalanlagen, das Eigenkapital, die versicherungstechnischen Rückstellungen, ausgewählte Posten der Gewinn- und Verlustrechnung und den Versicherungsbestand der Lebensversicherungsunternehmen insgesamt sowie ausgewählte Einzelangaben über die größten Lebensversicherungsunternehmen.

1.11.6.3 Statistik der Pensionskassen

Diese Statistik umfaßt eine jährliche Statistik über die Bilanzen, die Kapitalanlagen, das Eigenkapital, die versicherungstechnischen Rückstellungen, ausgewählte Posten der Gewinn- und Verlustrechnung und den Versicherungsbestand der Pensionskassen insgesamt sowie ausgewählte Einzelangaben über die größten Pensionskassen.

1.11.6.4 Statistik der Sterbekassen

Diese Statistik umfaßt eine jährliche Statistik über die Bilanzen, die Kapitalanlagen, das Eigenkapital, die versicherungstechnischen Rückstellungen, ausgewählte Posten der Gewinn- und Verlustrechnung und den Versicherungsbestand der Sterbekassen insgesamt sowie ausgewählte Einzelangaben über die größten Sterbekassen.

1.11.6.5 Statistik der Krankenversicherung

Diese Statistik umfaßt eine jährliche Statistik über die Bilanzen, die Kapitalanlagen, das Eigenkapital, die versicherungstechnischen Rückstellungen, ausgewählte Posten der Gewinn- und Verlustrechnung und den Versicherungsbestand der Krankenver-

sicherungsunternehmen insgesamt sowie ausgewählte Einzelangaben über die größten Krankenversicherungsunternehmen.

1.11.6.6 Statistik der Schaden- und Unfallversicherung

Diese Statistik umfaßt eine jährliche Statistik über die Bilanzen, die Kapitalanlagen, das Eigenkapital, die versicherungstechnischen Rückstellungen, ausgewählte Posten der Gewinn- und Verlustrechnung und den Versicherungsbestand der Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen insgesamt sowie ausgewählte Einzelangaben über die größten Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen. Die Statistik über die versicherungstechnischen Rückstellungen und ausgewählte Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sowie die ausgewählten Einzelangaben umfassen das Gesamtgeschäft, das selbst abgeschlossene und das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft sowie die einzelnen Versicherungszweige.

1.11.6.7 Statistik der Rückversicherung

Diese Statistik umfaßt eine jährliche Statistik über die Bilanzen, die Kapitalanlagen, das Eigenkapital, die versicherungstechnischen Rückstellungen und ausgewählte Posten der Gewinn- und Verlustrechnung der Rückversicherungsunternehmen insgesamt sowie ausgewählte Einzelangaben über die Rückversicherungsunternehmen. Die Statistik über die versicherungstechnischen Rückstellungen und ausgewählte Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sowie die ausgewählten Einzelangaben umfassen das Gesamtgeschäft und die einzelnen Versicherungszweige.

1.12 Rechtspflege

1.12.1 Justizgeschäftsstatistik

Die Statistiken über die Zahl der *Gerichte* und über das Personal der Rechtspflege, die vom Bundesministerium der Justiz bzw. von der Bundesrechtsanwalts- und der Bundesnotarkammer durchgeführt werden, erbringen jährlich bzw. zweijährlich entsprechende Daten zusammen mit Angaben über die Bevölkerung in den Gerichtsbezirken.

Die Statistiken des *Geschäftsarfs* bei den Gerichten werden jährlich für Zivilgerichte (einschl. Familiengerichte), Strafgerichte, Staatsanwaltschaften, Verwaltungsgerichte und Finanzgerichte von den statistischen Ämtern aufbereitet, für die Arbeits- und Sozialgerichte von den Arbeitsministerien.

1.12.2 Polizeiliche Kriminalstatistik

Das Bundeskriminalamt veröffentlicht in dieser Statistik jährlich Angaben über bekanntgewordene und aufgeklärte Straftaten sowie über Tatverdächtige, jeweils für einzelne Deliktarten und ergänzende kriminologische Merkmale.

1.12.3 Strafverfolgungsstatistik

In dieser Statistik werden jährlich Angaben über abgeurteilte und verurteilte Personen nach persönlichen Merkmalen, Art der Straftat und Art der Entscheidung erfaßt. Außerdem werden eventuelle Vorstrafen sowie Grund und Dauer der Untersuchungshaft festgestellt.

1.12.4 Justizvollzugsstatistik

Jährlich zum Stichtag 31. März werden die Strafgefangenen nach ihrer demographischen und kriminologischen Struktur nachgewiesen. Außerdem zeigt die Statistik die Zahl und Art der Justizvollzugsanstalten sowie deren Belegungsfähigkeit und tatsächliche Belegung auf.

1.12.5 Bewährungshilfestatistik

Diese jährliche Statistik enthält Angaben über bestehende Unterstellungen sowie beendete Bewährungsaufsichten von verurteilten Personen, die einem Bewährungshelfer unterstellt waren. Dabei werden die Art der Straftat, der Unterstellungs- bzw. Beendigungsgrund sowie persönliche Merkmale unterschieden.

1.12.6 Auslieferungsstatistik

In dieser jährlichen Statistik des Bundesministeriums der Justiz werden Zahl und Inhalt der Ersuche um Ein-, Aus- und Durchlieferung und ihre Erledigung nachgewiesen.

1.13 Bildung und Kultur

1.13.1 Statistik der allgemeinbildenden Schulen

Diese jährliche Statistik enthält Angaben über Schulen, Klassen, Schüler und Schulabgänger sowie über Lehrer und Unterrichtsstunden an allgemeinbildenden Schulen (Vorklassen, Schulkindergärten, Grundschulen, schulartunabhängige Orientierungsstufen, Hauptschulen, Integrierte Klassen für Haupt- und Realschüler, Realschulen, Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen, Freie Waldorfschulen, Sonderschulen, Abendhauptschulen, Abendrealschulen, Abendgymnasien, Kollegs).

1.13.2 Statistik der beruflichen Schulen

Diese jährliche Statistik liefert Angaben über Schulen, Klassen, Schüler und Schulabgänger sowie Lehrer und Unterrichtsstunden an beruflichen Schulen (Berufsschulen, Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Fachgymnasien, Fachschulen, Kollegs, Berufsoberschulen/Technische Oberschulen, Fachakademien/Berufsakademien). Außerdem werden Angaben über die Schulen des Gesundheitswesens erhoben.

1.13.3 Berufsbildungsstatistik

Im Rahmen dieser jährlichen Statistik werden bei den für die Berufsausbildung zuständigen Stellen (in der Regel Kammern) u. a. Angaben über Auszubildende, Ausbilder, Prüfungsteilnehmer und Ausbildungsberater erfragt.

1.13.4 Hochschulstatistik

Die *Studentenstatistik*, die an Hochschulen (Universitäten, Gesamthochschulen, pädagogischen Hochschulen, theologischen Hochschulen, Kunsthochschulen, Fach-

hochschulen und Verwaltungsfachhochschulen) durchgeführt wird, bietet jährlich zum Wintersemester Angaben u. a. über den Zeitpunkt und die Art des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung, die besuchte Hochschule, die Studienfächer und die angestrebten Abschlußprüfungen sowie die Semesterzahl aller eingeschriebenen Studierenden. Außerdem werden jährlich Informationen zu den Gasthörern und den Besuchern des Studienkollegs für ausländische Studierende bereitgestellt. Die Studienanfänger sowie die Exmatrikulierten werden semesterweise erhoben.

Daneben wird ebenfalls halbjährlich eine Statistik über die *Abschlußprüfungen* an Hochschulen auf der Grundlage von Verwaltungsmeldungen der Prüfungsämter durchgeführt. Ferner findet jährlich bei den Hochschulverwaltungen eine Erhebung des *wissenschaftlichen und künstlerischen* sowie des *Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personals* statt. Ebenfalls jährlich wird eine Erhebung der Habilitierten durchgeführt. Der *Raumbestand* an Hochschulen wird gleichfalls jährlich erfaßt. Die *Hochschulfinanzstatistik* bietet jährlich Informationen über die Ist-Ausgaben und -Einnahmen in haushaltsmäßiger und fachlicher Gliederung.

1.13.5 Statistik der Ausbildungsförderung

Diese jährliche Statistik basiert auf einer Auswertung der Daten, die von den mit der Berechnung der Förderungsbeträge beauftragten Landesrechenzentren zur Verfügung gestellt werden. Das Material wird u. a. nach Merkmalen der Geförderten, ihrer Ehegatten und Eltern sowie der Förderung ausgewertet.

1.13.6 Statistik der Aufstiegsfortbildungsförderung

Diese jährliche Statistik beruht auf einer Auswertung der Daten, die von den mit der Berechnung der Förderungsbeträge beauftragten Landesrechenzentren zur Verfügung gestellt werden. In den Ergebnissen werden u. a. Merkmale der Geförderten und zum Teil ihrer Ehegatten sowie Art und Höhe der Förderung nachgewiesen.

1.14 Gesundheitswesen

1.14.1 Statistik der meldepflichtigen Krankheiten

Die Statistik der meldepflichtigen Krankheiten basiert auf den Meldungen der Gesundheitsämter.

In der Statistik der *Geschlechtskrankheiten* werden jährlich die Erkrankten nach Geschlecht, Alter sowie nach Art der Erkrankung erfaßt.

Die jährliche *Tuberkulosestatistik* gliedert sich in eine Erfassung der Zugänge von Erkrankungen an aktiver Tuberkulose der Atmungsorgane und anderer Organe nach Geschlecht, Alter, Ausländereigenschaft und Diagnosegruppen.

Die Statistik der *sonstigen meldepflichtigen Krankheiten* erstreckt sich auf Erkrankungs- und Sterbefälle an den nach dem Bundes-Seuchengesetz meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten und wird jährlich zusammengestellt.

1.14.2 Statistik der Schwangerschaftsabbrüche

Diese vom Statistischen Bundesamt zentral durchgeführte Bundesstatistik greift vierteljährlich auf die Angaben der Inhaber der Arztpraxen und der Leiter der Krankenhäuser zurück, die Schwangerschaftsabbrüche unter den Voraussetzungen des § 218 a Abs. 1 bis 3 StGB vornehmen. Neben Angaben zur Person der Schwangeren (Familienstand, Alter der Schwangeren, Zahl ihrer Kinder) werden Angaben zum Schwangerschaftsabbruch (Beratungsregelung oder Indikationsstellung, Schwangerschaftsdauer, Art und Ort des Eingriffs, Komplikationen) vierteljährlich und jährlich zusammengestellt. Fehlanzeigen sind ebenfalls dem Statistischen Bundesamt vierteljährlich zum jeweiligen Quartalsende mitzuteilen.

1.14.3 Todesursachenstatistik

Diese Statistik wertet die Todesbescheinigungen der Ärzte und die Sterbefallzählkarten der Standesämter aus und erbringt monatlich und vierteljährlich Angaben über die Gestorbenen nach ausgewählten Todesursachen und Geschlecht. Jährlich werden außerdem u. a. Nachweisungen über die Mütter- und Säuglingssterblichkeit zusammengestellt.

1.14.4 Statistik der Berufe des Gesundheitswesens

Diese jährliche Statistik enthält Angaben über die im Gesundheitswesen tätigen Personen nach Geschlecht und Berufen sowie über erteilte Approbationen, Apotheken und das Personal der Gesundheitsämter.

1.14.5 Krankenhausstatistik

Aus dieser Quelle fallen jährlich Angaben über Zahl, Art und Träger der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, Bettenkapazität und -ausnutzung, Personal, Krankenzugang und Kosten der Krankenhäuser sowie seit 1993 Diagnosen der Krankenhauspatienten usw. an.

1.14.6 Fragen zur Gesundheit

Im Rahmen des Mikrozensus-Grundprogramms (siehe die Abschnitte 1.1.2, 1.3.2) werden in vierjährlichem (bis 1995 dreijährlich) Turnus mit einem Auswahlatz von 0,5 % Fragen zur Gesundheit gestellt. Die Beantwortung ist freiwillig. Erhoben werden Dauer einer Krankheit oder Unfallverletzung, Art des Unfalls, Art der Behandlung, Dauer einer Arbeitsunfähigkeit, Vorsorge gegen Krankheiten (ab 1995 Impfschutz) und Krankheitsrisiken (ab 1999 Rauchgewohnheiten, Körpergröße und Gewicht). Außerdem werden die amtlich anerkannte Behinderteneigenschaft und der Grad der Behinderung erfaßt.

1.14.7 Krankheitsartenstatistik der gesetzlichen Krankenversicherung

Diese vom Bundesministerium für Gesundheit durchgeführte Statistik erbringt jährlich aufgrund der Meldungen der gesetzlichen Krankenkassen Angaben über Arbeitsunfähigkeitsfälle und -tage sowie Krankenhausaufenthalte und -tage nach Krankheitsarten, zum Teil auch nach Alter und Geschlecht der Erkrankten.

1.15 Sozialleistungen

1.15.1 Statistik der gesetzlichen Rentenversicherung

Die Berichterstattung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung greift auf die Unterlagen der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten, knappschaftliche Rentenversicherung und Altershilfe für Landwirte) zurück. In jährlicher Periodizität werden Rentenanträge und ihre Erledigung, Rentenbestand und -zahlung, Einnahmen sowie Ausgaben nachgewiesen. Jährlich sind außerdem Angaben über Versicherte, abgeschlossene Rehabilitationsmaßnahmen, Vermögen und Personal verfügbar.

1.15.2 Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung

In monatlicher bis jährlicher Periodizität erbringt diese Statistik des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung Angaben über Mitglieder, Krankenstand, Beitragssätze und -einnahmen, Ausgaben, Vermögen, Personal und Leistungsfälle der gesetzlichen Krankenversicherung.

1.15.3 Statistik der gesetzlichen Unfallversicherung

Ausgehend von den Meldungen der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung fallen aus dieser Statistik des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung jährlich Angaben über Versicherte, Schadens- und Leistungsfälle, Ausgaben, Einnahmen und Vermögen an.

1.15.4 Statistiken der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe

Die von der Bundesanstalt für Arbeit monatlich und jährlich durchgeführten Statistiken werten Unterlagen der Betriebe, der Arbeitsämter und der Krankenkassen aus. Die einzelnen Statistiken enthalten im wesentlichen Angaben über die Beitragspflichtigen, Empfänger von Arbeitslosengeld und -hilfe sowie von Konkursausfallgeld, Kurzarbeit und Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.

1.15.5 Statistik der Kriegsoferversorgung

Diese Statistik wird vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung anhand der Angaben der Versorgungsämter zusammengestellt und erbringt jährlich Daten über anerkannte Versorgungsberechtigte sowie über orthopädisch Versorgte, Versorgungsanträge, Ausgaben und die Tätigkeit der orthopädischen Versorgungsstellen.

1.15.6 Statistik über den Lastenausgleich

Diese in vierteljährlichem bis jährlichem Turnus durchgeführte Statistik des Bundesausgleichsamtes enthält Angaben über Leistungen an Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte sowie an Reparations-, Restitutions- und Rückerstattungsgeschädigte.

1.15.7 Statistik der Sozialhilfe

Die Statistik der Sozialhilfe erfaßt jährlich die Empfänger von Sozialhilfe u. a. nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Art der erhaltenen Hilfe sowie die Ausgaben der Sozialhilfe und ihre Einnahmen. Bei den Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt wird zusätzlich zur Jahresstatistik eine vierteljährliche Zugangs- und Abgangsstatistik durchgeführt.

1.15.8 Asylbewerberleistungsstatistik

Diese Statistik liefert Daten über die Zahl und Struktur der Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Jahresbestände) und deren Entwicklung (vierteljährliche Zugänge und Abgänge). Darüber hinaus werden auch jährlich die Ausgaben und Einnahmen erhoben, die infolge dieses Leistungsgesetzes anfallen.

1.15.9 Statistik der Kriegsoferfürsorge

Diese jährliche Statistik weist die Empfänger laufender und einmaliger Leistungen der Kriegsoferfürsorge nach Hilfearten sowie die Ausgaben und Einnahmen nach.

1.15.10 Pflegestatistiken

Ab 1998 sollen jährlich Daten über ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen sowie über die häusliche Pflege erhoben werden. Die Statistik der Pflegeeinrichtungen beinhalten Angaben über deren sachliche und personelle Ausstattung sowie über die von den Einrichtungen betreuten Pflegebedürftigen. Neben den Einrichtungen liefern die Pflegekassen bzw. privaten Versicherungsunternehmen statistische Angaben über die Empfänger von Pflegegeldleistungen.

1.15.11 Statistik der Jugendhilfe

Die Statistiken über die *Hilfe zur Erziehung* berichten jährlich über deren Empfänger oder Maßnahmen in den folgenden Bereichen: Institutionelle Beratung (insbesondere Erziehungsberatung), Einzelbetreuung junger Menschen, sozialpädagogische Familienhilfe, Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses (z. B. Heimerziehung und Vollzeitpflege), Adoptionen sowie Vaterschaftsfeststellungen, Sorgerechts- und andere Maßnahmen.

Ab 1995 werden jährlich zusätzlich im Rahmen der Statistiken über die *Hilfe zur Erziehung* Angaben über vorläufige Schutzmaßnahmen (Inobhutnahme bzw. Herausnahme von Kindern und Jugendlichen) erhoben.

Die jährliche *Aufwandsstatistik* weist die Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen, Jugendhilfeeinrichtungen und Jugendhilfeverwaltung sowie die erzielten Einnahmen aus.

Alle vier Jahre werden die mit öffentlichen Mitteln geförderten *Maßnahmen der Jugendarbeit* (Kinder- und Jugenderholung, außerschulische Jugendbildung, internationale Jugendarbeit und Mitarbeiterbildung freier Träger) erhoben.

Im gleichen Turnus werden auch die verschiedenen *Einrichtungen der Jugendhilfe* – einschließlich der Jugendbehörden – sowie die dort tätigen Personen in der Gliederung nach Alter, Geschlecht, Berufsausbildungsabschluß und Arbeitsbereich nachgewiesen.

Ferner berichtet die ab 1994 in vierjährigem Abstand durchzuführende Erhebung der *Kindertageseinrichtungen* über die Zahl und Art der Einrichtungen, über Halbtags- und Ganztagsplätze, über die Platzverteilung nach dem Alter der Kinder sowie über die Plätze für behinderte Kinder. Ebenso liefert die Statistik Angaben über die dort beschäftigten Personen.

1.15.12 Statistik der Schwerbehinderten

Diese alle zwei Jahre durchgeführte Statistik weist Schwerbehinderte mit gültigem Ausweis nach Geschlecht, Altersgruppen, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Art, Ursache und Grad der Behinderung aus.

1.15.13 Statistik über Kindergeld

In dieser monatlichen Statistik der Bundesanstalt für Arbeit werden die Anträge auf Kindergeld sowie die Leistungsempfänger nach Staatsangehörigkeit und Kinderzahl nachgewiesen.

1.15.14 Empfänger von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub

Das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend führt jährlich über die gestellten Anträge auf Erziehungsgeld bzw. Erziehungsurlaub eine Statistik durch. Nachgewiesen werden die Bezieher nach dem Geschlecht und der Staatsangehörigkeit sowie der Beteiligung am Erwerbsleben, ferner die familiäre Situation und die Zahl der Kinder.

1.15.15 Wohngeldstatistik

Diese Statistik erfaßt vierteljährlich bzw. jährlich die Anträge auf Wohngeld und liefert Angaben über die soziale Struktur und die Wohnverhältnisse der Wohngeldempfänger sowie über deren Wohnkosten, Einkommen und Wohngeldansprüche.

1.15.16 Heime nach § 1 Heimgesetz

Diese Heimstatistik des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erfaßt jährlich die Alten- und Behinderteneinrichtungen und deren verfügbare Plätze.

1.15.17 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz

In jährlicher Periodizität führt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Statistik über die Leistungsempfänger und Ausgaben nach dem Unterhaltsvorschußgesetz durch.

1.16 Finanzen und Steuern

Öffentliche Haushalte

1.16.1 Statistik der Haushaltswirtschaft

Die jährliche *Finanzplanungsstatistik* erstreckt sich auf die mittelfristigen fünfjährigen Finanzplanungen des Bundes und der Länder, differenziert nach Ausgabe- und Einnahmearten.

Die *Haushaltsansatzstatistik* berichtet jährlich über die Haushaltsansätze des Bundes (einschl. Lastenausgleichsfonds, Sondervermögen des Europäischen Wiederaufbauprogramms [ERP], Kreditabwicklungsfonds [bis 1994] und Fonds „Deutsche Einheit“ [bis 1994]) und der Länder sowie der Gemeinden mit 3 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände in einer Gliederung nach Ausgabe-/Einnahmearten sowie Aufgabenbereichen.

Die *Kassenstatistik* gibt vierteljährlich einen Überblick über die Kassenergebnisse des Bundes, der Sozialversicherung (ohne Träger der gesetzlichen Unfallversicherung), der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich der Sondervermögen, die die Haushaltssystematik von Bund und Ländern anwenden. Nachgewiesen werden die kassenmäßigen Ausgaben und Einnahmen nach Arten sowie die Bauausgaben nach Aufgabenbereichen.

Die jährliche *Rechnungsstatistik* enthält Angaben über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Zweckverbände, der Sozialversicherung, der rechtlich selbständigen Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, die aus Zuwendungen öffentlicher Stellen finanziert werden, sowie künftig auch der staatlichen und kommunalen Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen (Sonderrechnungen).

Die Statistik der *kassenmäßigen Entwicklung des Bundeshaushalts* wird monatlich von der Deutschen Bundesbank durch Auswertung der Kassentransaktionen des Bundes auf den bei ihr unterhaltenen Konten zusammengestellt.

1.16.2 Statistik über den Steuerhaushalt

Aus dieser Quelle fallen monatlich Angaben über die kassenmäßigen Steuereinnahmen des Bundes und der Länder und vierteljährlich über die entsprechenden Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände an.

1.16.3 Statistik über Schulden

Die *Vierteljahresstatistik* weist die Schulden des Bundes, der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich der Sondervermögen, die die Haushaltssystematik von Bund und Ländern anwenden, nach Schuldarten nach.

Die *Jahresstatistik* berichtet über Stand und Veränderung (Aufnahme, Tilgung, Sonstiges) von Schulden der Gebietskörperschaften einschließlich der Zweckverbände sowie künftig der staatlichen und kommunalen Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen mit Sonderrechnung nach Schuldarten und Fälligkeiten sowie über gewährte Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen.

In jährlicher Periodizität führt die Deutsche Bundesbank ferner aufgrund von Angaben der Schuldenverwaltungen eine Statistik der *Ausgleichsforderungen*.

1.16.4 Personalstatistiken

In der *Personalstandstatistik* wird jährlich zum Stichtag 30. Juni das Personal des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Zweckverbände, des Bundeseisenbahnvermögens, der Bundesanstalt für Arbeit, der Deutschen Bundesbank, der Sozialversicherungsträger, der rechtlich selbständigen Anstalten,

Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Dienstherrnfähigkeit, der rechtlich selbständigen Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung und der rechtlich selbständigen öffentlichen Unternehmen erfaßt. Die Beschäftigten werden in der Gliederung nach Alter, Geschlecht, Art, Umfang und Dauer des Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnisses, Laufbahngruppe, Einstufung, Dienst- oder Lebensaltersstufe, Ortszuschlagsstufe, Dienst- oder Arbeitsort, Einzelplan, Kapitel und Aufgabenbereich nachgewiesen.

Die *Versorgungsempfängerstatistik* erhebt jährlich zum Stichtag 1. Januar die Empfänger von Versorgungsbezügen nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht sowie beamtenrechtlichen Grundsätzen. Für die Leistungsbezieher fallen Angaben über Alter, Geschlecht, Familienstand, Art des früheren Dienstverhältnisses, Rechtsgrundlage der Versorgung, Art des Versorgungsanspruchs, Laufbahngruppe, Besoldungsgruppe, Wohnort, Ruhegehaltssatz, Zu- und Abgänge, Grund für den Eintritt des Versorgungsfalls und letzter Aufgabenbereich an. Außerdem werden die Brutto-bezüge des Vorjahres sowie im Berichtsmonat erfaßt.

Die *Sonderversorgungsempfängerstatistik* weist Angaben über die Empfänger von Versorgungsleistungen (Vorruhestandsleistungen und Teilrenten, die nicht in die gesetzliche Rentenversicherung überführt wurden) der in der ehemaligen DDR vorhandenen Sonderversorgungssysteme für die Angehörigen der Nationalen Volksarmee, der Deutschen Volkspolizei nebst den Organen der Feuerwehr und des Strafvollzugs, der Zollverwaltung und des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit aus. Die Erhebung wird ebenfalls jährlich zum Stichtag 1. Januar durchgeführt.

1.16.5 Statistiken über die Steuern vom Einkommen

Die dreijährliche *Lohnsteuerstatistik* wird überwiegend anhand von Magnetbändern mit Daten aus der maschinellen Arbeitnehmer-Veranlagung durchgeführt, die den statistischen Ämtern der Länder von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden. Sie berichtet über Bruttolohn und Lohnsteuer der Lohnsteuerpflichtigen nach Steuerklassen (-kombinationen), sozialer Gliederung, Größenklassen des Bruttolohns, der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit und des zu versteuernden Einkommens sowie über Steuerfälle und Bruttolohn nach den gleichen Merkmalen (zuzüglich Geschlecht) gegliedert.

Die *Einkommensteuerstatistik*, basierend auf einer Auswertung von Magnetbändern mit Daten aus der maschinellen Einkommensteuerveranlagung, erbringt in dreijährlicher Periodizität für unbeschränkt Steuerpflichtige, darunter veranlagte Lohnsteuerpflichtige, für beschränkt Steuerpflichtige sowie für Personengesellschaften/Gemeinschaften Angaben über Einkünfte sowie über zahlreiche andere steuerrechtlich relevante Merkmale.

Die Statistik der *steuerlichen Einkommensentwicklung* wird jährlich – im gleitenden Zweijahresvergleich – vom Bundesamt für Finanzen anhand von Magnetbändern aus der Einkommensteuerveranlagung aufbereitet und vom Statistischen Bundesamt ausgewertet. Sie enthält Nachweisungen über unbeschränkt Steuerpflichtige, Einkünfte, zu versteuernde Einkommensbeträge, festgesetzte Einkommensteuer und Steuerabzugsbeträge.

Die *Körperschaftsteuerstatistik* greift zum Teil noch auf die Durchschriften der Körperschaftsteuerbescheide und deren Anlagen sowie zum Teil auf Magnetbänder aus der maschinellen Körperschaftsteuerveranlagung zurück. In der Differenzierung nach unbeschränkt und beschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen fallen aus dieser Quelle dreijährlich u. a. Angaben über die Rechtsform, über Einkünfte, Einkommen und festgesetzte Körperschaftsteuer sowie über die Entwicklung des zu versteuern- den Einkommens aus dem Bilanzgewinn/-verlust an. Besondere Nachweisungen werden für Organgesellschaften getroffen.

1.16.6 Vermögensteuerstatistik

Basierend auf Durchschriften der Vermögensteuerbescheide bzw. Magnetbändern (bei maschineller Veranlagung) erbringt diese in der Regel dreijährliche Statistik für unbeschränkt bzw. beschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche und nichtnatürliche Personen Angaben über Vermögensarten, Rohvermögen, Schulden und sonstige Abzüge, Gesamtvermögen, steuerpflichtiges Vermögen, Steuerschuld usw., die u. a. nach der Höhe des Gesamtvermögens und bei unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen auch nach der Haushaltsgröße und Art der Erwerbstätigkeit gegliedert werden.

1.16.7 Einheitswertstatistik

Diese Statistiken werden anhand von Durchschriften der Einheitswertbescheide (bei maschineller Feststellung: Magnetbänder) durchgeführt, die den statistischen Ämtern der Länder von der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellt werden. Sie gliedern sich in die Statistik der Einheitswerte der Gewerbebetriebe (in der Regel dreijährliche Periodizität), des Grundbesitzes (grundsätzlich sechsjährlich) und der letztmals zum 1. Januar 1989 aufbereiteten Einheitswerte der Mineralgewinnungsrechte (sechsjährlich), für die künftig keine Feststellungen mehr durchgeführt werden.

Die Einheitswertstatistik der *Gewerbebetriebe* weist das Anlage-, Umlauf- und Rohbetriebsvermögen, die Schulden und sonstige Abzüge sowie den Einheitswert der Betriebe gegliedert nach der Höhe des Einheitswerts, der Rechtsform und nach Wirtschaftszweigen nach.

Die Statistik der Einheitswerte des *Grundbesitzes* differenziert nach land- und forstwirtschaftlichem Vermögen (einschließlich Betriebsgrundstücken) und Grundvermögen und erbringt hauptsächlich Angaben über Fläche und Einheitswert in der Untergliederung nach verschiedenen Merkmalen.

Die Statistik der Einheitswerte der *Mineralgewinnungsrechte* berichtet u. a. über den Einheitswert nach Bodenschätzen, bergrechtlichen Verhältnissen sowie nach Vermögensarten und Rechtsform der Eigentümer.

1.16.8 Umsatzsteuerstatistik

Die Statistik enthält Daten von allen Unternehmen, die zur Abgabe von Umsatzsteuer-Voranmeldungen verpflichtet sind und deren steuerbare Umsätze mehr als 25 000 DM betragen. Sie berichtet bis 1994 zweijährlich, ab 1996 jährlich über

Steuerpflichtige, steuerbaren Umsatz, Umsatzsteuer, abziehbare Vorsteuer und steuerbaren Vorjahresumsatz eines identischen Personenkreises sowie für Organkreise. Außerdem werden Gründungen und Auflösungen (ab 1988) sowie steuerfreie Umsätze nachgewiesen. Die nach Umsatzgrößenklassen und Wirtschaftszweigen gegliederten Ergebnisse liegen auch nach Rechtsformen vor.

1.16.9 Verbrauchsteuerstatistiken

In unterschiedlicher Periodizität werden Statistiken über Verbrauchsteuern durchgeführt, und zwar für Tabak, Bier, Mineralöl, Branntwein und Schaumwein. Nachgewiesen werden im allgemeinen die Herstellungsbetriebe, die zu versteuernden Mengen, die Steuersollbeträge sowie weitere steuerspezifische Angaben.

1.16.10 Realsteuervergleich

Das Statistische Bundesamt stellt jährlich aufgrund von Meldungen der Gemeinden Angaben über das Ist-Aufkommen an Realsteuern, die Grundbeträge und Hebesätze zusammen und berechnet Realsteuerkraft und -anspannung sowie gemeindliche Steuerkraft.

1.16.11 Gewerbesteuerstatistik

Analog den übrigen Steuerstatistiken, welche aus den Veranlagungsdaten der Finanzverwaltung erstellt werden, liefert diese Statistik nach 25-jähriger Unterbrechung künftig alle 3 Jahre wieder Ergebnisse über die Komponenten der einheitlichen Steuermessbeträge und ggf. deren Zerlegung auf die hebeberechtigten Gemeinden.

1.16.12 Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik

Nachdem die vorangegangene Statistik nach 1978 eingestellt worden war, wird die mit verändertem Erhebungs- und Aufbereitungskonzept ab 1997 wieder eingeführte statistische Aufbereitung der Erbschaft- und Schenkungsteuerveranlagungen alle 5 Jahre sowohl den Datenbedarf der Finanzverwaltung bei Gesetzesplanungen decken als auch Informationslücken über Höhe und Struktur der Vermögensübertragungen schließen.

1.17 Wirtschaftsrechnungen

1.17.1 Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte

Die Wirtschaftsrechnungen basieren auf den monatlichen Anschreibungen aus gewählter Haushalte in Haushaltungsbüchern. Seit 1991 werden die Erhebungen auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost durchgeführt. Einbezogen werden monatlich bis zu knapp 2 000 Haushalte, davon ca. 1 000 im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin-West) und ca. 1 000 in den neuen Ländern und Berlin-Ost. In beiden Erhebungsgebieten werden die an den Erhebungen teilnehmenden Haushalte nach jeweils drei definitorisch klar abgegrenzten Haushaltstypen unterschieden: (Zwei-)Personen-Haushalte von Rentenempfängern mit geringem Einkommen,

(Vier-)Personen-Haushalte von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen und (Vier-)Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen. Die Nachweisungen erstrecken sich auf das vollständige monatliche Haushaltsbudget, die Zusammensetzung der Haushalte und ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, die Einnahmen der Haushalte nach Quellen, ihre Ausgaben nach Arten und nach Verwendungszwecken für den Privaten Verbrauch sowie auf die Ausstattung mit hochwertigen langlebigen Gebrauchsgütern.

1.17.2 Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben werden fünfjährig (zuletzt 1993) durchgeführt. Bis 1988 wurden Haushalte aller Größen, sozialen Schichten und Einkommensgruppen, mit Ausnahme der Haushalte mit besonders hohem Einkommen (1988 lag die Obergrenze für das monatliche Haushaltsnettoeinkommen bei 25 000 DM, 1993 bei 35 000 DM), Ausländerhaushalte und der Anstaltsbevölkerung, in die Erhebung einbezogen. Mit der 1993 erstmals im vereinten Deutschland durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wurden auch die Haushalte von Ausländern in den Berichtskreis aufgenommen. Die Stichprobe darf maximal 0,3 % aller privaten Haushalte umfassen (1993 waren dies rund 56 000 Haushalte), die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig. Die Ergebnisse liefern Angaben über die Zusammensetzung sowie die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Haushalte, ihre Einnahmen nach Quellen und Ausgaben nach Arten und Verwendungszweck. Ferner werden Informationen über die Ausstattung der Haushalte mit hochwertigen langlebigen Gebrauchsgütern, die Wohnverhältnisse und über Vermögensformen, -bestände und Schulden erhoben.

1988 und 1993 wurden einige Fragen zur subjektiven Beurteilung der ökonomischen Situation des Haushalts aufgenommen, die zu einem Projekt des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften über Armut gehören.

Im Jahr 1993 wurden beim erfaßten Geldvermögen der Haushalte erstmals Guthaben bei Versicherungsunternehmen berücksichtigt. Ferner wurde das Grundvermögen nicht nur, wie bisher, mit den steuerlichen Einheitswerten bewertet, sondern mit den von den Eigentümerhaushalten geschätzten Verkehrswerten. So konnte erstmals ein auf Verkehrswerten basierendes Gesamtvermögen (Geld- und Grundvermögen) der privaten Haushalte berechnet werden.

1.18 Löhne und Gehälter

1.18.1 Laufende Verdienststatistiken

Die Verdiensterhebung in der *Landwirtschaft* ist als Stichprobenerhebung angelegt. Sie erbringt jährlich für den Monat September Angaben über durchschnittliche Bruttolohnstundenverdienste und durchschnittlich bezahlte Stunden der Arbeiter im Stundenlohn sowie durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im Monatslohn nach Wirtschaftsbereichen und Qualifikation.

Für die Monate Januar, April, Juli und Oktober liefert eine laufende Stichprobenerhebung durchschnittliche Bruttostunden- und -wochenverdienste sowie bezahlte Wochenstunden der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe und Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe in der Gliederung nach wichtigen Strukturmerkmalen. Für die genannten Angaben werden auch Indizes mit konstantem Gewichtungsschema errechnet. Außerdem melden die Berichtsbetriebe dieser Erhebung laufend die Brutt Jahresverdienste der angeführten Arbeitnehmergruppen.

Die repräsentative Verdiensterhebung im *Handwerk* wird jährlich für den Monat Mai bei Handwerksbetrieben der nach der Anzahl der Beschäftigten neun größten Gewerbebezüge durchgeführt. Erhoben werden durchschnittliche Bruttowochen- und Bruttostundenverdienste sowie durchschnittlich bezahlte Wochenstunden der Arbeiter und (ab Berichtsmonat Mai 1997) der Arbeiterinnen jeweils in der Gliederung nach Gewerbebezüge sowie Strukturmerkmalen.

1.18.2 Erhebungen über die Arbeitskosten

Erhebungen über die Arbeitskosten basieren auf Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften. Diese seit Mitte der sechziger Jahre zunächst in dreijährlichem und ab 1984 in vierjährlichem Turnus durchgeführten Stichprobenerhebungen im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich erbringen u. a. Angaben über die Personalkosten insgesamt, je vollbeschäftigten Arbeitnehmer und je geleistete Arbeitsstunde nach Wirtschaftszweigen und Unternehmensgrößenklassen. Im Jahr 1997 wird eine Erhebung für das Jahr 1996 durchgeführt. Erste Ergebnisse werden voraussichtlich Mitte 1998 vorliegen.

1.18.3 Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich

In fünfjähriger Periodizität – zuletzt für 1995 – berichtet diese Stichprobenerhebung, getrennt für Arbeiter und Angestellte sowie Voll- und Teilzeitbeschäftigte, über die Brutto- und Nettoverdienste sowie Arbeitszeiten. Dabei wird nach verschiedenen Merkmalen der Beschäftigten und des Arbeitsverhältnisses differenziert (Geschlecht, Alter, Qualifikation, Lohnform, Wirtschaftszweig, Unternehmensgrößenklassen usw.). Bei dieser Erhebung lassen sich außer den Durchschnittswerten auch Verteilungen (z. B. Zahl der Arbeitnehmer nach Bruttomonatsverdienstklassen) darstellen.

1.18.4 Statistik der Tariflöhne und -gehälter

Diese Statistik wird im Statistischen Bundesamt anhand der vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und von den Sozialpartnern überlassenen Tarifverträge halbjährlich für die Monate April und Oktober zusammengestellt. Nachgewiesen werden die tariflichen Lohnsätze, die tariflichen Anfangs- und Endgehälter sowie wichtige tarifliche Regelungen, wie Arbeitszeit, Urlaub, Bezahlung bei Krankheit, Zuschläge für Überstunden u. ä., für Arbeiter und Angestellte.

Berechnet werden ferner vierteljährlich für die Monate Januar, April, Juli und Oktober *Indizes* der tariflichen Wochenarbeitszeiten und der Tariflöhne und -gehälter in der gewerblichen Wirtschaft sowie bei Gebietskörperschaften. Außerdem berichtet die Deutsche Bundesbank monatlich über das Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft und im Produzierenden Gewerbe (einschl. Baugewerbe) auf Stunden- und auf Monatsbasis.

1.18.5 Statistik der betrieblichen Altersversorgung

In den Jahren 1973 und 1976 wurden bei Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs Stichprobenerhebungen über Art und Umfang der betrieblichen Altersversorgung, über ihre Verbreitung bei Unternehmen und Arbeitnehmern, die Höhe der zugesagten Versorgungsleistungen und die Aufwendungen hierfür, durchgeführt. Zur Gewinnung einer aktuellen und vertieften Informationsbasis erfolgte 1990 eine weitere Befragung für das frühere Bundesgebiet. Hierzu wurden zwei aufeinander aufbauende Stichprobenerhebungen durchgeführt, die zusätzliche Angaben – zum Beispiel gezahlte Versorgungsleistungen, gebundene Deckungsmittel und Betriebsrenten der im Jahr 1990 aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Arbeitnehmer – liefern.

1.19 Preise

1.19.1 Statistik der Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise

Die Erzeugerabsatzpreise für 2 250 gewerbliche Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren und 340 land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse sowie die Großhandelsverkaufspreise für 801 Waren werden monatlich erhoben. Sie bilden die Grundlage für die Berechnung von *Indizes* der Erzeugerpreise gewerblicher, land- und forstwirtschaftlicher Produkte und der Großhandelsverkaufspreise sowie des Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes.

1.19.2 Statistik der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

Die vierteljährlichen Erhebungen erstrecken sich auf die Einkaufspreise für 225 landwirtschaftliche Betriebsmittel und Dienstleistungen. Hieraus wird der *Index* der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel errechnet.

1.19.3 Statistik der Außenhandelspreise

Im Rahmen dieser monatlichen Statistik werden die Einfuhrpreise für 7 640 Preisrepräsentanten und die Ausfuhrpreise für 7 110 Preisrepräsentanten erhoben und zur Berechnung der *Indizes* der Ein- und Ausfuhrpreise herangezogen.

1.19.4 Statistik der Kaufwerte für Bauland

Diese Statistik erbringt vierteljährlich und jährlich durch Auswertung der Kaufverträge für unbebaute Grundstücke durch die Finanzämter bzw. die Gutachterausschüsse für die Wertermittlung von Grundstücken, Angaben über durchschnittliche Kaufwerte je m² Bauland u. a. nach Baulandarten, Baugebieten, Gemeindegrößen, Grundstücksgrößen, Veräußerern, Erwerbern und Preisgruppen.

1.19.5 Statistik der Baupreise

Die Statistik der Baupreise umfaßt die Berechnung von Meßzahlen für Bauleistungspreise und von Preisindizes für Neubau und Instandhaltung verschiedener Bauwerksarten. Für rund 220 Bauleistungen werden vierteljährlich Preise erhoben. Hieraus werden die Preisindizes für den Neubau von zur Zeit acht – teilweise untergliederten – Bauwerksarten von Wohn- und Nichtwohngebäuden und sonstigen Bauwerken sowie für die Instandhaltung von Wohngebäuden abgeleitet. Der Preisindex für Einfamiliengebäude in vorgefertigter Bauart basiert auf einer halbjährlichen Erhebung von Preisen für ganze Häuser.

1.19.6 Statistik der Verbraucherpreise

Die Statistik der Verbraucherpreise wird monatlich für rund 750 Waren und Leistungen und vierteljährlich für Wohnungsmieten durchgeführt. Befragt werden ausgewählte Unternehmen des Einzelhandels, des Handwerks, des Dienstleistungsbereichs, des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes, der öffentlichen Versorgung sowie die Vertragsparteien ausgewählter Mietwohnungen in 118 Gemeinden im früheren Bundesgebiet und in 72 Gemeinden in den neuen Bundesländern. Die Preise werden in den Berichtsstellen durch Ermittler festgestellt. Die Erhebung der im Bundesgebiet einheitlich geltenden Preise, Tarife usw. erfolgt durch das Statistische Bundesamt.

Die Preisangaben gehen in die Berechnung des *Index* der Einzelhandelspreise (Verkaufspreise) ein. Außerdem werden sie für die Berechnung der Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, von (Vier-)Personen-Haushalten von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen, (Vier-)Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen sowie (Zwei-)Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen herangezogen.

1.19.7 Statistik der Verkehrspreise

Vom Statistischen Bundesamt werden aus Angaben von Anbietern von Verkehrsdienstleistungen sowie Dienstleistungen der Nachrichtenübermittlung *Indizes* der Seefrachtraten für Linienfahrt, Tramp-Trockenfahrt und Tramp-Tankerfahrt, Preisindizes für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen sowie Preisindizes für die Personenbeförderung im Schienen- und Luftverkehr berechnet.

1.20 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen werden vom Statistischen Bundesamt auf der Grundlage von Ergebnissen aus praktisch allen Gebieten der Wirtschafts- und Finanzstatistik sowie verwandter Statistikbereiche aufgestellt. Das wirtschaftliche Geschehen wird in Form eines geschlossenen Kontensystems und in einer Reihe ergänzender Tabellen (Standardtabellen, Input-Output-Tabellen, Tabellen zum Einkommen nach Haushaltsgruppen) dargestellt. Ferner werden im Rahmen der Vermögensrechnung die Bestände an Sachvermögen und im Rahmen der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank die Bestände an Geldvermögen und Verpflichtungen ermittelt.

Für die Darstellung der Tatbestände in den *Konten* (jährlich) und *Standardtabellen* (jährlich und für ausgewählte Tatbestände der Inlandsproduktsberechnung auch halb- und vierteljährlich) werden die wirtschaftlichen Einheiten (Unternehmen, Körperschaften des Staatssektors, private Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte) zu Sektoren zusammengefaßt. Für diese Sektoren werden die folgenden Konten (1 bis 7) aufgestellt und um die beiden zusammengefaßten Konten 0 und 8 ergänzt:

Konto 0: Zusammengefaßtes Güterkonto der Volkswirtschaft

Kontengruppe 1: Produktionskonten der Sektoren

Kontengruppe 2: Einkommensentstehungskonten der Sektoren

Kontengruppe 3: Einkommensverteilungskonten der Sektoren

Kontengruppe 4: Einkommensumverteilungskonten der Sektoren

Kontengruppe 5: Einkommensverwendungskonten der Sektoren

Kontengruppe 6: Vermögensveränderungskonten der Sektoren

Kontengruppe 7: Finanzierungskonten der Sektoren

Konto 8: Zusammengefaßtes Konto der übrigen Welt

In den Tabellen zum Inlandsprodukt und anderen Standardtabellen werden – zum Teil in tiefer Gliederung nach Wirtschaftsbereichen, Gütergruppen u. ä. – nachgewiesen: Entstehung des Inlandsprodukts, Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens, Verfügbares Einkommen, Ersparnis und Vermögensbildung, Einkommen der privaten Haushalte (einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck) und seine Verwendung, Einnahmen und Ausgaben des Staates, wirtschaftliche Vorgänge mit der übrigen Welt.

Input-Output-Tabellen ergänzen die Entstehungs- und Verwendungsrechnung des Inlandsprodukts um die Darstellung der güter- und produktionsmäßigen Verflechtung in der Volkswirtschaft. Sie wurden zuletzt für das Jahr 1991 aufgestellt. Gezeigt werden die Verteilung des Gesamtaufkommens an Gütern (Waren und Dienstleistungen) aus inländischer Produktion und Einfuhr auf einzelne Gütergruppen, die Verwendung der Güter als Vorleistungen der Produktionsbereiche, als letzter Verbrauch, Investitionen und Ausfuhr sowie die im Zuge der inländischen Produktion in den einzelnen Produktionsbereichen entstandenen Einkommen. Die 58 Produktionsbereiche der Input-Output-Tabellen sind unter streng fachlichen Gesichtspunkten gebildet. Sie umfassen Produktionseinheiten, die ausschließlich und je Produktionsbereich vollständig die Güter einer Gütergruppe produzieren.

Das *Einkommen nach Haushaltsgruppen* wird in unregelmäßigen Abständen ermittelt. Der Nachweis der Verteilung und Verwendung der Einkommen der privaten Haushalte nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen, nach Einkommensgrößenklassen, nach der Haushaltsgröße, nach dem Geschlecht der Bezugspersonen und eventuell weiteren Merkmalen ergänzt die aggregierte Einkommensdarstellung für den Sektor „Private Haushalte“ in den Konten und Standardtabellen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Vermögensrechnungen werden jährlich aufgestellt. Bisher liegen vom Statistischen Bundesamt Angaben über die Bestände an reproduzierbarem Sachvermögen (in der Produktion eingesetztes reproduzierbares Anlagevermögen – ohne Grund und Boden – sowie Vorratsbestände) und – im Rahmen der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank – über die Bestände an Geldvermögen und Verpflichtungen vor. Außerdem wurde das Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte berechnet.

Die halbjährlich und jährlich von der Deutschen Bundesbank zusammengestellte *Finanzierungsrechnung* enthält Angaben über die Veränderung der Forderungen und Verpflichtungen, jeweils gegliedert nach finanziellen und nichtfinanziellen Sektoren und nach wichtigen Formen der Geldvermögensbildung bzw. Kreditaufnahme sowie über den Bestand an Geldvermögen und Verpflichtungen. Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden nur die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten nachgewiesen.

Außerdem werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *Indizes* und *Meßzahlen* berechnet.

1.21 Zahlungsbilanz

1.21.1 Zahlungsbilanzstatistik

Mit der Aufstellung der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland ist die Deutsche Bundesbank beauftragt. Die Zahlungsbilanz besteht aus drei Teilbilanzen: der „Leistungsbilanz“, der „Kapitalbilanz“ und der „Devisenbilanz“ (Veränderung der Auslandsposition der Deutschen Bundesbank). Sie ist eine systematische Darstellung aller wirtschaftlichen Transaktionen des Inlands mit dem Ausland bzw. zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden in einem bestimmten Zeitraum (monatlich, vierteljährlich bzw. jährlich). Dabei wird eine Vielzahl von Statistiken ausgewertet. Neben dem vom Statistischen Bundesamt erfaßten Außenhandel werden hauptsächlich von inländischen Wirtschaftssubjekten, das heißt von Nichtbanken und Banken, gemeldete Transaktionen und Bestände zugrunde gelegt. Teilweise werden die Meldedaten durch Zusatzrechnungen und Schätzungen ergänzt. Veröffentlicht wird die Zahlungsbilanz in ausführlicher sachlicher und regionaler Gliederung. Die Definition der einzelnen Komponenten (Warenhandel, Dienstleistungen und Faktoreinkommen, Übertragungen, Direkt- und Portfolioinvestitionen, Kredite und Darlehen) beruht auf den vom Internationalen Währungsfonds (IMF) herausgegebenen Richtlinien.

1.21.2 Auslandsvermögensstatistik

Die Auslandsvermögensstatistik der Deutschen Bundesbank umfaßt mehrere außenwirtschaftliche Bestandsstatistiken. Die Statistik über den Auslandsstatus der Kreditinstitute liefert monatliche Angaben über den Stand der Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute gegenüber dem Ausland, gegliedert nach Art, Fristigkeit, Ländern sowie nach der Währungseinheit. Die Statistik über den

Auslandsstatus der Unternehmen umfaßt monatliche Bestände an Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Unternehmen (ohne Kreditinstitute) aus Finanzbeziehungen sowie aus Handelskrediten, ebenfalls gegliedert nach Fristigkeit, ausländischen Partnern und nach Währungen. Die jährliche Statistik über die Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland enthält Angaben über deutsche Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland nach Anlage- bzw. Herkunftsländern und nach Wirtschaftszweigen. Diese Bestandsstatistiken werden ergänzt (u. a. durch teilweise geschätzte Angaben über Wertpapierbestände) und zusammengeführt zum halbjährlich ermittelten Vermögensstatus der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland. Die dort ausgewiesenen Aktiva und Passiva sind gegliedert nach der Währungseinheit, nach Fristigkeit und nach inländischen Sektoren.

1.22 Umwelt

1.22.1 Statistiken zur Abfallwirtschaft

Die Statistiken zur Abfallwirtschaft gliedern sich ab 1996 in eine jährliche Erhebung der Abfälle nach Art und Menge bei den Betreibern von öffentlich zugänglichen Entsorgungsanlagen und bei Abfallerzeugern, die eigene Entsorgungsanlagen unterhalten, einen jährlichen detaillierten Nachweis über die Art und Menge der besonders überwachungsbedürftigen Abfälle sowie der Ein- und Ausfuhr von Abfällen und über das Sammeln und Verwerten von Verpackungen, eine zweijährliche Erhebung über die Ausstattung der Entsorgungsanlagen und das Sammeln von ausgewählten Abfällen sowie die Verwertung von bestimmten Abfallgruppen wie Bauabfälle, Altöl, Altkunststoffe, Altglas und Altpapier und schließlich alle vier Jahre eine Erhebung über das Sammeln von Abfällen in privaten Haushalten.

1.22.2 Statistiken zur Wasserwirtschaft

Im Abstand von drei Jahren, erstmals 1998, werden Erhebungen über die Gewinnung, Behandlung, Beschaffenheit und Abgabe von Wasser in der öffentlichen Wasserversorgung, die Sammlung, Behandlung, Beschaffenheit und der Verbleib von Abwasser in der öffentlichen Abwasserbeseitigung, die Wassergewinnung und Abwasserbeseitigung bei Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit eigenen Gewinnungsanlagen oder Abwasserbehandlungsanlagen, die Wassergewinnung und Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung sowie die Wassergewinnung und Verwendung für Bewässerungszwecke in der Landwirtschaft durchgeführt.

1.22.3 Statistik der Unfälle bei Umgang und Transport wassergefährdender Stoffe

Die jährliche Statistik der Unfälle bei Umgang und Transport wassergefährdender Stoffe enthält Angaben über Art des Behälters bzw. Beförderungsmittels, Art und Menge des wassergefährdenden Stoffes, Art, Ort, Zeit und Ursache des Unfalls sowie Unfallfolgen.

1.22.4 Statistiken zur Luftreinhaltung

Die Datensammlung über Luftverunreinigungen umfaßt einerseits eine Auswertung der Emissionserklärungen, die alle vier Jahre von den Betreibern emittierender Anlagen über die Art der Anlage, die eingesetzten und emittierenden Stoffe abzugeben sind, und andererseits eine jährliche Erhebung über die Erzeugung und Verwendung bestimmter ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe.

1.22.5 Umweltökonomische Statistiken

Neben der bisherigen jährlichen Statistik der Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe werden ab 1996 jährlich auch Erhebungen über die laufenden Aufwendungen für Umweltschutzmaßnahmen in diesem Wirtschaftssektor (ohne Baugewerbe) bei einer Stichprobe von höchstens 15 000 Unternehmen durchgeführt. Das Datenangebot wird durch den statistischen Nachweis der in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungssektor erstellten Umweltschutzgüter und -dienstleistungen ergänzt.

1.22.6 Umweltökonomische Gesamtrechnungen

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) haben zum Ziel, die Beziehung zwischen den wirtschaftlichen Aktivitäten des Menschen und seiner natürlichen Umwelt sowie Daten über den Zustand der Umwelt statistisch zu erfassen und in ihrer Entwicklung abzubilden. Als Hauptkategorien, für die Daten bereitzustellen sind, fungieren die Bereiche Entstehung der Umweltbelastung, Umweltzustand und Umweltschutzmaßnahmen. Die UGR sind grundsätzlich keine Primärstatistik, sondern ihre Ergebnisse und Datensammlungen basieren in erster Linie auf vorhandenen Daten der amtlichen Statistik. Aufgrund der umfangreichen Aufgaben und der noch vielfältigen empirischen Probleme können die UGR nur stufenweise aufgebaut werden, wobei Zwischenschritte bereits Antworten auf wirtschafts- und umweltpolitische Fragen geben.

Aktuell liegen sekundärstatistische Daten für die nachfolgenden Themenfelder der UGR vor:

- Material- und Energieflußrechnungen, Rohstoffverbrauch und Emittentenstruktur in der Bundesrepublik Deutschland.
- Umweltschutzmaßnahmen, Anlagevermögen und laufende Ausgaben für den Umweltschutz,
- Daten zur Bodenbedeckung für die Bundesrepublik Deutschland.

1.23 Auslandsstatistik

Die im Rahmen der Auslandsstatistik veröffentlichten Informationen basieren hauptsächlich auf Angaben nationaler und internationaler statistischer Ämter oder anderer offizieller Institutionen im Ausland. Die von diesen Ämtern herausgegebenen Daten sowie ausführliche Hintergrundinformationen aus internationalen wissenschaftlichen und diversen anderen seriösen Publikationen bilden die Grundlage der Berichterstattung.

Über die Arbeitsweise der Auslandsstatistik wird in Teil I dieser Veröffentlichung auf Seite 67 ff berichtet.

Die auslandsstatistischen Daten werden in erster Linie in zwei unterschiedlichen Veröffentlichungsreihen publiziert:

1.23.1 Länderübergreifende Darstellungen

In diesen Veröffentlichungen steht der Ländervergleich hinsichtlich wichtiger statistischer Indikatoren im Vordergrund.

Das statistische Jahrbuch für das Ausland bildet den Schwerpunkt der länderübergreifenden Veröffentlichungen. Es enthält neben einem besonderen Abschnitt über die Länder der Europäischen Union einen ausführlichen internationalen Teil, der sich mit einer Vielzahl wichtiger demographischer, sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Themen im weltweiten Ländervergleich befaßt. Darüber hinaus erfolgt die Herausgabe auslandsstatistischer Sonderveröffentlichungen wie z. B. Statistischer Faltblätter zu einzelnen Wirtschaftsgemeinschaften bzw. Staatengruppen (z. B. Faltblatt „Die EU in Zahlen“) und Ländervergleichsbroschüren, die Deutschland anderen bedeutenden Partnerstaaten auf statistischer Grundlage gegenüberstellen (z. B. „Deutschland und Russische Föderation in Kürze 1996/97“).

1.23.2 Auslandsstatistische Fachserien

Nachweisungen zu ausgewählten Tatbeständen im Ländervergleich sind in die unter dem Abschnitt 1.23.1 genannten Veröffentlichungen integriert bzw. als Tabellen in verschiedenen Fachserien des Statistischen Bundesamtes (zum Beispiel Außenhandel, Verkehrsunfälle, Preise für die Lebenshaltung, Eisen und Stahl) enthalten. Gesonderte auslandsstatistische Fachserien bieten fachspezifische Informationen in sehr tiefer Untergliederung (Löhne und Gehälter, Preise).

2 **Rechtsgrundlagen**

2.1 **Bestimmungen des Grundgesetzes und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft**

2.1.1 **Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland**

in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. November 1995 (BGBl. I S. 1492)

Auszug

.
.
.

Artikel 20

.
.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

.
.
.

Artikel 73

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über:

.
.
.

11. die Statistik für Bundeszwecke.

.
.
.

Artikel 80

(1) Durch Gesetz können die Bundesregierung, ein Bundesminister oder die Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen. Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung im Gesetz bestimmt werden. Die Rechtsgrundlage ist in der Verordnung anzugeben. Ist durch Gesetz vorge-

sehen, daß eine Ermächtigung weiter übertragen werden kann, so bedarf es zur Übertragung der Ermächtigung einer Rechtsverordnung.

Artikel 83

Die Länder führen die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt oder zuläßt.

Artikel 84

(1) Führen die Länder die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, so regeln sie die Einrichtung der Behörden und das Verwaltungsverfahren, soweit nicht Bundesgesetze mit Zustimmung des Bundesrates etwas anderes bestimmen.

(2) Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates allgemeine Verwaltungsvorschriften erlassen.

(3) Die Bundesregierung übt die Aufsicht darüber aus, daß die Länder die Bundesgesetze dem geltenden Recht gemäß ausführen. Die Bundesregierung kann zu diesem Zwecke Beauftragte zu den obersten Landesbehörden entsenden, mit deren Zustimmung und, falls diese Zustimmung versagt wird, mit Zustimmung des Bundesrates auch zu den nachgeordneten Behörden.

(4) Werden Mängel, die die Bundesregierung bei der Ausführung der Bundesgesetze in den Ländern festgestellt hat, nicht beseitigt, so beschließt auf Antrag der Bundesregierung oder des Landes der Bundesrat, ob das Land das Recht verletzt hat. Gegen den Beschluß des Bundesrates kann das Bundesverfassungsgericht angerufen werden.

(5) Der Bundesregierung kann durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zur Ausführung von Bundesgesetzen die Befugnis verliehen werden, für besondere Fälle Einzelweisungen zu erteilen. Sie sind, außer wenn die Bundesregierung den Fall für dringlich erachtet, an die obersten Landesbehörden zu richten.

Artikel 87

(3) Außerdem können für Angelegenheiten, für die dem Bunde die Gesetzgebung zusteht, selbständige Bundesoberbehörden und neue bundesunmittelbare Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechtes durch Bundesgesetz errichtet werden.

2.1.2 Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft

**vom 25. März 1957 (BGBl. II S. 766), zuletzt geändert durch Vertrag
vom 7. Februar 1992 (BGBl. II S. 1253)**

Auszug

.
.
.

Artikel 2

Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch die Durchführung der in den Artikeln 3 und 3a genannten gemeinsamen Politiken oder Maßnahmen eine harmonische und ausgewogene Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, ein beständiges, nichtinflationäres und umweltverträgliches Wachstum, einen hohen Grad an Konvergenz der Wirtschaftsleistungen, ein hohes Beschäftigungsniveau, ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.

.
.
.

Artikel 4

(1) Die der Gemeinschaft zugewiesenen Aufgaben werden durch folgende Organe wahrgenommen:

- ein Europäisches Parlament,
- einen Rat,
- eine Kommission,
- einen Gerichtshof,
- einen Rechnungshof.

Jedes Organ handelt nach Maßgabe der ihm in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse.

.
.
.

Artikel 189

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben und nach Maßgabe dieses Vertrags erlassen das Europäische Parlament und der Rat gemeinsam, der Rat und die Kommission Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen, sprechen Empfehlungen aus oder geben Stellungnahmen ab.

Die Verordnung hat allgemeine Geltung. Sie ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Die Richtlinie ist für jeden Mitgliedstaat, an den sie gerichtet wird, hinsichtlich des zu erreichenden Zieles verbindlich, überläßt jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel.

Die Entscheidung ist in allen ihren Teilen für diejenigen verbindlich, die sie bezeichnet.

Die Empfehlungen und Stellungnahmen sind nicht verbindlich.

·
·
·

Artikel 213

Zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben kann die Kommission alle erforderlichen Auskünfte einholen und alle erforderlichen Nachprüfungen vornehmen; der Rahmen und die nähere Maßgabe hierfür werden vom Rat gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags festgelegt.

2.2 Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke

**(Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987
(BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 2
des Gesetzes vom 17. Januar 1996 (BGBl. I S. 34)**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1 Statistik für Bundeszwecke

Die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistik) hat im föderativ gegliederten Gesamtsystem der amtlichen Statistik die Aufgabe, laufend Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren. Für sie gelten die Grundsätze der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit. Sie gewinnt die Daten unter Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und unter Einsatz der jeweils sachgerechten Methoden und Informationstechniken. Durch die Ergebnisse der Bundesstatistik werden gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge für Bund, Länder einschließlich Gemeinden und Gemeindeverbänden, Gesellschaft, Wissenschaft und Forschung aufgeschlüsselt. Die Bundesstatistik ist Voraussetzung für eine am Sozialstaatsprinzip ausgerichtete Politik. Die für die Bundesstatistik erhobenen Einzelangaben dienen ausschließlich den durch dieses Gesetz oder eine andere eine Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift festgelegten Zwecken.

§ 2 Statistisches Bundesamt

- (1) Das Statistische Bundesamt ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern.
- (2) Der Präsident des Statistischen Bundesamtes wird vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung ernannt.
- (3) Das Statistische Bundesamt führt seine Aufgaben nach den Anforderungen der fachlich zuständigen Bundesminister im Rahmen eines mit der Finanzplanung abgestimmten Aufgabenprogramms und der verfügbaren Haushaltsmittel auf der Grundlage der jeweils sachgerechten Methoden durch.

§ 3 Aufgaben des Statistischen Bundesamtes

(1) Aufgabe des Statistischen Bundesamtes ist es, vorbehaltlich der Regelung in § 26 Abs. 1 oder sonstiger Rechtsvorschriften,

1.
 - a) Statistiken für Bundeszwecke (Bundesstatistiken) methodisch und technisch im Benehmen mit den statistischen Ämtern der Länder vorzubereiten und weiterzuentwickeln,
 - b) auf die einheitliche und termingemäße Durchführung der Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme von Bundesstatistiken durch die Länder hinzuwirken,
 - c) die Ergebnisse der Bundesstatistiken in der erforderlichen sachlichen und regionalen Gliederung für den Bund zusammenzustellen sowie für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen,
2.
 - a) Bundesstatistiken zu erheben und aufzubereiten, wenn und soweit es in diesem oder einem sonstigen Bundesgesetz bestimmt ist oder die beteiligten Länder zustimmen sowie
 - b) Zusatzaufbereitungen für Bundeszwecke und Sonderaufbereitungen durchzuführen, soweit die statistischen Ämter der Länder diese Aufbereitung nicht selbst durchführen,
3. im Auftrag oberster Bundesbehörden Statistiken nach § 8 zu erstellen,
4. Statistiken anderer Staaten, der Europäischen Gemeinschaften und internationaler Organisationen zusammenzustellen und ihre Ergebnisse für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen,
5. auf die sachliche, zeitliche und räumliche Abstimmung der Statistiken oder statistischen Aufbereitungen hinzuwirken, die in den Nummern 1 bis 3 und in den §§ 8 und 26 Abs. 1 genannt sind,
6. an der Vorbereitung des Programms der Bundesstatistik und der Rechts- und allgemeinen Verwaltungsvorschriften des Bundes, die die Bundesstatistik betreffen, mitzuwirken,
7. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und sonstige Gesamtsysteme statistischer Daten für Bundeszwecke aufzustellen sowie sie für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen,

8. das Statistische Informationssystem des Bundes zu führen sowie an der Koordinierung von speziellen Datenbanken anderer Stellen des Bundes mitzuwirken; das gleiche gilt, soweit der Bund in entsprechende Vorhaben außerhalb der Bundesverwaltung eingeschaltet wird,
9. zur Vereinfachung und Verbesserung der Datengewinnung und -verarbeitung für Zwecke der Bundesstatistik an Nummerungsvorhaben und Bestrebungen des Bundes zur Automation von Verwaltungsvorgängen und Gerichtsverfahren mitzuwirken; das gleiche gilt, soweit der Bund in entsprechende Vorhaben außerhalb der Bundesverwaltung eingeschaltet wird,
10. die Bundesbehörden bei der Vergabe von Forschungsaufträgen bezüglich der Gewinnung und Bereitstellung statistischer Daten zu beraten sowie im Auftrag der obersten Bundesbehörden auf dem Gebiet der Bundesstatistik Forschungsaufträge auszuführen, Gutachten zu erstellen und sonstige Arbeiten statistischer und ähnlicher Art durchzuführen.

(2) Die statistischen Ämter der Länder und die sonstigen mit der Durchführung von Bundesstatistiken betrauten Stellen leiten dem Statistischen Bundesamt auf Anforderung Einzelangaben zu, soweit dies für die methodische und technische Vorbereitung von Bundesstatistiken und die Weiterentwicklung nach Absatz 1 Nr. 1 Buchstabe a oder die Durchführung von Aufbereitungen nach Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b erforderlich ist; das gleiche gilt für die Erfüllung der entsprechenden Aufgaben des Bundesamtes im supra- und internationalen Bereich.

(3) Bei Landesstatistiken, an deren bundeseinheitlicher Zusammenstellung ein Bundesinteresse besteht, kann das Statistische Bundesamt die Aufgaben nach Absatz 1 Nr. 1 wahrnehmen, soweit die beteiligten Länder zustimmen.

§ 4 Statistischer Beirat

- (1) Beim Statistischen Bundesamt besteht ein Statistischer Beirat.
- (2) Der Statistische Beirat hat die Aufgabe, das Statistische Bundesamt in Grundsatfragen zu beraten.
- (3) Der Statistische Beirat setzt sich zusammen aus
 1. je einem Vertreter der Bundesministerien, des Bundesrechnungshofes und der Deutschen Bundesbank,
 2. den Leitern der statistischen Ämter der Länder,
 3. dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz,
 4. je einem Vertreter der kommunalen Spitzenverbände,
 5. sieben Vertretern der gewerblichen Wirtschaft und einem Vertreter der Arbeitgeberverbände,
 6. drei Vertretern der Gewerkschaften,
 7. zwei Vertretern der Landwirtschaft,

8. zwei Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Institute,

9. zwei Vertretern der Hochschulen.

Die Geschäftsführung des Statistischen Beirats obliegt dem Statistischen Bundesamt. Der Statistische Beirat tagt unter Vorsitz des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes und die unter den Nummern 1 bis 3 genannten Mitglieder haben im Falle der Beschlußfassung nur beratende Stimmen.

(4) Der Statistische Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung.

(5) Die Landesregierungen sind zu den Sitzungen des Statistischen Beirats zu laden. Ihre Vertreter müssen jederzeit gehört werden.

(6) Die Mitglieder nach Absatz 3 Nr. 4 bis 9 sind durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes auf Vorschlag der in Frage kommenden Verbände und Einrichtungen zu berufen; der zuständige Bundesminister bestimmt die vorschlagsberechtigten Verbände und Einrichtungen.

(7) Der Statistische Beirat kann für bestimmte Sachgebiete Fachausschüsse oder Arbeitskreise einsetzen. Zu den Sitzungen des Statistischen Beirats, der Fachausschüsse und der Arbeitskreise können Sachverständige hinzugezogen werden. Zu den Sitzungen der Fachausschüsse und Arbeitskreise sind die Bundesministerien zu laden und jederzeit zu hören.

(8) Die Tätigkeit im Statistischen Beirat, in den Fachausschüssen und in den Arbeitskreisen ist ehrenamtlich.

§ 5 Anordnung von Bundesstatistiken

(1) Die Bundesstatistiken werden, soweit in diesem Gesetz oder in einer sonstigen Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist, durch Gesetz angeordnet. Die Rechtsvorschrift soll auch das Informationsbedürfnis der Länder berücksichtigen.

(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, Wirtschafts- und Umweltstatistiken bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten sowie sonstige Statistiken, die als Bundesstatistiken durchgeführt werden, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates mit einer Geltungsdauer bis zu drei Jahren anzuordnen, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

1. Die Ergebnisse der Bundesstatistiken müssen zur Erfüllung bestimmter, im Zeitpunkt der Erhebung schon festliegender Bundeszwecke erforderlich sein,
2. die Bundesstatistiken dürfen nur einen beschränkten Personenkreis erfassen,
3. die voraussichtlichen Kosten der jeweiligen Bundesstatistik ohne die Kosten für die Veröffentlichung dürfen beim Bund und bei den Ländern einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen zwei Millionen Deutsche Mark für die Erhebungen innerhalb eines Jahres nicht übersteigen.

Wirtschafts- und Umweltstatistiken dürfen mit Auskunftspflicht, sonstige Statistiken dürfen nur ohne Auskunftspflicht angeordnet werden.

(3) Die Bundesregierung erstattet dem Deutschen Bundestag alle zwei Jahre, erstmals im Jahr 1988, einen Bericht über die nach Absatz 2 angeordneten Statistiken sowie über die Statistiken nach § 7. Dabei sind die geschätzten Kosten darzulegen, die dem Bund und den Ländern einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände entstehen. Ferner soll auf die Belastung der zu Befragenden eingegangen werden.

(4) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bis zu vier Jahren die Durchführung einer Bundesstatistik oder die Erhebung einzelner Merkmale auszusetzen, die Periodizität zu verlängern, Erhebungstermine zu verschieben sowie den Kreis der zu Befragenden einzuschränken, wenn die Ergebnisse nicht mehr oder nicht mehr in der ursprünglich vorgesehenen Ausführlichkeit oder Häufigkeit benötigt werden oder wenn tatsächliche Voraussetzungen für eine Bundesstatistik entfallen sind oder sich wesentlich geändert haben. Die Bundesregierung wird außerdem ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bis zu vier Jahren von der in einer Rechtsvorschrift vorgesehenen Befragung mit Auskunftspflicht zu einer Befragung ohne Auskunftspflicht überzugehen, wenn und soweit ausreichende Ergebnisse einer Bundesstatistik auch durch Befragung ohne Auskunftspflicht erreicht werden können.

(5) Bundesstatistiken, bei denen Angaben ausschließlich aus allgemein zugänglichen Quellen verwendet werden, bedürfen keiner Anordnung durch Gesetz oder Rechtsverordnung. Das gleiche gilt für Bundesstatistiken, bei denen Angaben ausschließlich aus öffentlichen Registern verwendet werden, soweit dem Statistischen Bundesamt oder den statistischen Ämtern der Länder in einer Rechtsvorschrift ein besonderes Zugangsrecht zu diesen Registern gewährt wird.

§ 6 Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken

(1) Das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder können zur Vorbereitung und Durchführung durch Rechtsvorschrift angeordneter Bundesstatistiken

1. zur Klärung des Kreises der zu Befragenden und deren statistischer Zuordnung Angaben erheben,
2. Fragebogen und Erhebungsverfahren auf ihre Zweckmäßigkeit erproben.

Bei Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht besteht auch für die Angaben nach Nummern 1 und 2 keine Auskunftspflicht. Bei Bundesstatistiken mit Auskunftspflicht gilt dies nur für die Angaben nach Nummer 2. Die Angaben nach Nummern 1 und 2 sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu löschen, die Angaben nach Nummer 1 spätestens nachdem die entsprechenden im Rahmen der Durchführung der jeweiligen Bundesstatistik zu erhebenden Angaben auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit überprüft worden sind, die Angaben nach Nummer 2 spätestens drei Jahre nach Durchführung der Erprobung. Bei den Angaben nach Nummer 2 sind Name und Anschrift von den übrigen Angaben zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu trennen und gesondert aufzubewahren.

(2) Das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder können auch zur Vorbereitung einer eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift

1. zur Bestimmung des Kreises der zu Befragenden und deren statistischer Zuordnung Angaben erheben,
2. Fragebogen und Erhebungsverfahren auf ihre Zweckmäßigkeit erproben.

Für die Angaben nach Nummern 1 und 2 besteht keine Auskunftspflicht. Sie sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu löschen, die Angaben nach Nummer 2 spätestens drei Jahre nach Durchführung der Erprobung. Bei den Angaben nach Nummer 2 sind Name und Anschrift von den übrigen Angaben zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu trennen und gesondert aufzubewahren.

§ 7 Erhebungen für besondere Zwecke

(1) Zur Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs für Zwecke der Vorbereitung und Begründung anstehender Entscheidungen oberster Bundesbehörden dürfen Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht durchgeführt werden, wenn eine oberste Bundesbehörde eine solche Bundesstatistik fordert.

(2) Zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen auf dem Gebiet der Statistik dürfen Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht durchgeführt werden.

(3) Das Statistische Bundesamt ist berechtigt, die Bundesstatistiken nach den Absätzen 1 und 2 durchzuführen, soweit dies in den Fällen des Absatzes 1 nicht von den statistischen Ämtern der Länder innerhalb der von den obersten Bundesbehörden gesetzten Fristen und in den Fällen des Absatzes 2 nicht von den statistischen Ämtern der Länder selbst erfolgt.

(4) Bundesstatistiken nach den Absätzen 1 und 2 dürfen jeweils höchstens zehntausend Befragte erfassen.

(5) Wiederholungsbefragungen sind auch zum Zweck der Darstellung eines Verlaufs bis zu fünf Jahren nach der ersten Befragung zulässig.

§ 8 Aufbereitung von Daten aus dem Verwaltungsvollzug

(1) Soweit Verwaltungsstellen des Bundes aufgrund nicht-statistischer Rechts- oder Verwaltungsvorschriften Daten erheben oder bei ihnen Daten auf sonstige Weise anfallen, kann die statistische Aufbereitung dieser Daten ganz oder teilweise dem Statistischen Bundesamt übertragen werden. Das Statistische Bundesamt ist mit Einwilligung der auftraggebenden Stelle berechtigt, aus den aufbereiteten Daten statistische Ergebnisse für allgemeine Zwecke darzustellen und zu veröffentlichen.

(2) Besondere Regelungen in einer eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift bleiben unberührt.

§ 9 Regelungsumfang bundesstatistischer Rechtsvorschriften

(1) Die eine Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift muß die Erhebungsmerkmale, die Hilfsmerkmale, die Art der Erhebung, den Berichtszeitraum, den Berichtszeitpunkt, die Periodizität und den Kreis der zu Befragenden bestimmen.

(2) Laufende Nummern und Ordnungsnummern zur Durchführung von Bundesstatistiken bedürfen einer Bestimmung in der eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift nur insoweit, als sie Angaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse enthalten, die über die Erhebungs- und Hilfsmerkmale hinausgehen.

§ 10 Erhebungs- und Hilfsmerkmale

(1) Bundesstatistiken werden auf der Grundlage von Erhebungs- und Hilfsmerkmalen erstellt. Erhebungsmerkmale umfassen Angaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die zur statistischen Verwendung bestimmt sind. Hilfsmerkmale sind Angaben, die der technischen Durchführung von Bundesstatistiken dienen. Für andere Zwecke dürfen sie nur verwendet werden, soweit Absatz 2 oder ein sonstiges Gesetz es zulassen.

(2) Der Name der Gemeinde und die Blockseite dürfen für die regionale Zuordnung der Erhebungsmerkmale genutzt werden. Die übrigen Teile der Anschrift dürfen für die Zuordnung zu Blockseiten für einen Zeitraum bis zu vier Jahren nach Abschluß der jeweiligen Erhebung genutzt werden. Besondere Regelungen in einer eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift bleiben unberührt.

(3) Blockseite ist innerhalb eines Gemeindegebiets die Seite mit gleicher Straßenbezeichnung von der durch Straßeneinmündungen oder vergleichbare Begrenzungen umschlossenen Fläche.

§ 11 Erhebungsvordrucke

(1) Sind Erhebungsvordrucke durch den zu Befragenden auszufüllen, so sind die Antworten auf den Erhebungsvordrucken in der vorgegebenen Form zu erteilen.

(2) Die Richtigkeit der Angaben ist durch Unterschrift zu bestätigen, soweit es in den Erhebungsvordrucken vorgesehen ist.

(3) Die Erhebungsvordrucke können maschinenlesbar gestaltet werden. Sie dürfen keine Fragen über persönliche oder sachliche Verhältnisse enthalten, die über die Erhebungs- und Hilfsmerkmale hinausgehen.

(4) Die Rechtsgrundlage der jeweiligen Bundesstatistik und die bei ihrer Durchführung verwendeten Hilfsmerkmale sind auf den Erhebungsvordrucken anzugeben.

§ 11 a Computergestützte Erhebungsverfahren

(1) Bundesstatistiken können mit computergestützten Erhebungsverfahren durchgeführt werden.

(2) Werden Bundesstatistiken computergestützt durchgeführt, können die Antworten auch schriftlich erteilt werden, soweit in einer besonderen Regelung in einer eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist.

§ 12 Trennung und Löschung der Hilfsmerkmale

(1) Hilfsmerkmale sind, soweit Absatz 2, § 10 Abs. 2, § 13 oder eine sonstige Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmen, zu löschen, sobald bei den statistischen Ämtern die Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit abgeschlossen ist. Sie sind von den Erhebungsmerkmalen zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu trennen und gesondert aufzubewahren.

(2) Bei periodischen Erhebungen für Zwecke der Bundesstatistik dürfen die zur Bestimmung des Kreises der zu Befragenden erforderlichen Hilfsmerkmale, soweit sie für nachfolgende Erhebungen benötigt werden, gesondert aufbewahrt werden. Nach Beendigung des Zeitraumes der wiederkehrenden Erhebungen sind sie zu löschen.

§ 13 Adreßdateien

(1) Das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder führen in ihrem Zuständigkeitsbereich Adreßdateien, soweit sie Wirtschafts- und Umweltstatistiken bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten betreffen und erforderlich sind

1. bei der Vorbereitung von Bundesstatistiken
 - a) zum Nachweis der Erhebungseinheiten,
 - b) zur Auswahl der in Stichproben nach mathematischen Verfahren einzubeziehenden Erhebungseinheiten,
 - c) zur Aufstellung von Rotationsplänen und zur Begrenzung der Belastung zu Befragender,
2. bei der Erhebung von Bundesstatistiken für
 - a) den Versand der Fragebögen,
 - b) die Eingangskontrolle und für Rückfragen bei den Befragten,
3. zur Aufbereitung von Bundesstatistiken für
 - a) die Überprüfung der Ergebnisse auf ihre Richtigkeit,
 - b) statistische Zuordnungen und Auswertungen,
 - c) Hochrechnungen bei Stichproben.

(2) Zur Führung der Adreßdateien nach Absatz 1 dürfen folgende Hilfs- und Erhebungsmerkmale aus Wirtschafts- und Umweltstatistiken bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten verwendet werden:

1. Namen und Anschriften der Erhebungseinheiten, bei Unternehmen auch ihrer Teile, bei Betrieben auch des Unternehmenssitzes und der Hauptverwaltung sowie Namen der Inhaber oder Leiter der Betriebe,
2. Rechtsform bei Unternehmen,
3. Wirtschaftszweig, Eintragungen in die Handwerksrolle und Art der ausgeübten Tätigkeiten,

4. Zahl der tätigen Personen,
5. Kennzeichnung der Statistiken, zu denen das Unternehmen oder der Betrieb meldet,
6. Datum der Aufnahme in die Adreßdatei.

Für jede Erhebungseinheit wird eine Kennnummer vergeben. Sie darf keine Namen nach Satz 1 Nr. 1 und keine über Satz 1 Nr. 1 bis 6 hinausgehenden Merkmale enthalten.

(3) Das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder teilen sich die Merkmale nach Absatz 2 Satz 1 sowie die Kennnummern nach Satz 2 und die jeweiligen Änderungen mit, soweit in ihrem Zuständigkeitsbereich Adreßdateien geführt werden.

(4) Die Merkmale nach Absatz 2 Satz 1 und die Kennnummern nach Absatz 2 Satz 2 sowie die Kennnummern in den Datensätzen mit den Erhebungsmerkmalen der Erhebungseinheiten werden jeweils gelöscht, sobald sie für die in Absatz 1 genannten Zwecke nicht mehr benötigt werden.

(5) Die eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschriften, die die Führung von Dateien vorsehen, bleiben unberührt.

§ 13 a Zusammenführungen aus verschiedenen Bundesstatistiken

(1) Zusammenführungen von Datensätzen aus Statistiken nach § 13 Abs. 1, die auf verschiedenen Rechtsvorschriften beruhen, dürfen durchgeführt werden, soweit es zur Gewinnung von Informationen ohne zusätzliche statistische Erhebungen erforderlich ist. Hierfür sind Nummern zu verwenden, die einen Rückgriff auf die Kennnummern nach § 13 Abs. 2 Satz 2 ausschließen. Die Datensätze der gleichen Erhebungseinheiten erhalten jeweils die gleiche Nummer. Die Entscheidung über die Zusammenführungen nach Satz 1 treffen der Präsident des Statistischen Bundesamtes und die Leiter der statistischen Ämter der Länder für ihren Zuständigkeitsbereich.

(2) In dem von der Bundesregierung nach § 5 Abs. 3 zu erstattenden Bericht ist zusätzlich über die vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder durchgeführten Zusammenführungen nach Absatz 1 Satz 1 zu unterrichten.

§ 14 Erhebungsbeauftragte

(1) Werden bei der Durchführung einer Bundesstatistik Erhebungsbeauftragte eingesetzt, müssen sie die Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten. Erhebungsbeauftragte dürfen nicht eingesetzt werden, wenn aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder aus anderen Gründen Anlaß zur Besorgnis besteht, daß Erkenntnisse aus der Tätigkeit als Erhebungsbeauftragte zu Lasten der Auskunftspflichtigen genutzt werden.

(2) Erhebungsbeauftragte dürfen die aus ihrer Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse nicht in anderen Verfahren oder für andere Zwecke verwenden. Sie sind auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses nach § 16 und zur Geheimhaltung auch solcher Erkenntnisse schriftlich zu verpflichten, die gelegentlich ihrer Tätigkeit gewonnen werden. Die Verpflichtung gilt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit.

(3) Erhebungsbeauftragte sind verpflichtet, die Anweisungen der Erhebungsstellen zu befolgen. Bei der Ausübung ihrer Tätigkeit haben sie sich auszuweisen.

(4) Erhebungsbeauftragte sind über ihre Rechte und Pflichten zu belehren.

§ 15 Auskunftspflicht

(1) Die eine Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift hat festzulegen, ob und in welchem Umfang die Erhebung mit oder ohne Auskunftspflicht erfolgen soll. Ist eine Auskunftspflicht festgelegt, sind alle natürlichen und juristischen Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Personenvereinigungen, Behörden des Bundes und der Länder sowie Gemeinden und Gemeindeverbände zur Beantwortung der ordnungsgemäß gestellten Fragen verpflichtet.

(2) Die Auskunftspflicht besteht gegenüber den mit der Durchführung der Bundesstatistiken amtlich betrauten Stellen und Personen.

(3) Die Antwort ist wahrheitsgemäß, vollständig und innerhalb der von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gesetzten Fristen zu erteilen. Bei schriftlicher Auskunftserteilung ist die Antwort erst erteilt, wenn die ordnungsgemäß ausgefüllten Erhebungsvordrucke der Erhebungsstelle zugegangen sind. Die Antwort ist, soweit in einer Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist, für den Empfänger kosten- und portofrei zu erteilen.

(4) Werden Erhebungsbeauftragte eingesetzt, können die in den Erhebungsvordrucken enthaltenen Fragen mündlich oder schriftlich beantwortet werden.

(5) In den Fällen des Absatzes 4 sind bei schriftlicher Auskunftserteilung die ausgefüllten Erhebungsvordrucke den Erhebungsbeauftragten auszuhändigen oder in verschlossenem Umschlag zu übergeben oder bei der Erhebungsstelle abzugeben oder dorthin zu übersenden.

(6) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung haben keine aufschiebende Wirkung.

§ 16 Geheimhaltung

(1) Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die für eine Bundesstatistik gemacht werden, sind von den Amtsträgern und für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten, die mit der Durchführung von Bundesstatistiken betraut sind, geheimzuhalten, soweit durch besondere Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist. Dies gilt nicht für

1. Einzelangaben, in deren Übermittlung oder Veröffentlichung der Befragte schriftlich eingewilligt hat,
2. Einzelangaben aus allgemein zugänglichen Quellen, wenn sie sich auf die in § 15 Abs. 1 genannten öffentlichen Stellen beziehen, auch soweit eine Auskunftspflicht aufgrund einer Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift besteht,
3. Einzelangaben, die vom Statistischen Bundesamt oder den statistischen Ämtern der Länder mit den Einzelangaben anderer Befragter zusammengefaßt und in statistischen Ergebnissen dargestellt sind,
4. Einzelangaben, wenn sie dem Befragten oder Betroffenen nicht zuzuordnen sind.

Die §§ 93, 97, 105 Abs. 1, § 111 Abs. 5 in Verbindung mit § 105 Abs. 1 sowie § 116 Abs. 1 der Abgabenordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 613; 1977 I S. 269), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2436), gelten nicht für Personen und Stellen, soweit sie mit der Durchführung von Bundes-, Landes- oder Kommunalstatistiken betraut sind.

(2) Die Übermittlung von Einzelangaben zwischen den mit der Durchführung einer Bundesstatistik betrauten Personen und Stellen ist zulässig, soweit dies zur Erstellung der Bundesstatistik erforderlich ist.

(3) Das Statistische Bundesamt darf an die statistischen Ämter der Länder die ihren jeweiligen Erhebungsbereich betreffenden Einzelangaben für Sonderaufbereitungen auf regionaler Ebene übermitteln. Für die Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder dürfen sich das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder untereinander Einzelangaben aus Bundesstatistiken übermitteln.

(4) Für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, dürfen den obersten Bundes- oder Landesbehörden vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder Tabellen mit statistischen Ergebnissen übermittelt werden, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen. Die Übermittlung nach Satz 1 ist nur zulässig, soweit in den eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschriften die Übermittlung von Einzelangaben an oberste Bundes- oder Landesbehörden zugelassen ist.

(5) Für ausschließlich statistische Zwecke dürfen vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder Einzelangaben an die zur Durchführung statistischer Aufgaben zuständigen Stellen der Gemeinden und Gemeindeverbände übermittelt werden, wenn die Übermittlung in einem eine Bundesstatistik anordnenden Gesetz vorgesehen ist sowie Art und Umfang der zu übermittelnden Einzelangaben bestimmt sind. Die Übermittlung ist nur zulässig, wenn durch Landesgesetz eine Trennung dieser Stellen von anderen kommunalen Verwaltungsstellen sichergestellt und das Statistikgeheimnis durch Organisation und Verfahren gewährleistet ist.

(6) Für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben dürfen vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder Einzelangaben an Hochschulen oder sonstige Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung übermittelt werden, wenn die Einzelangaben nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft zugeordnet werden können und die Empfänger Amtsträger, für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete oder Verpflichtete nach Absatz 7 sind.

(7) Personen, die Einzelangaben nach Absatz 6 erhalten sollen, sind vor der Übermittlung zur Geheimhaltung besonders zu verpflichten, soweit sie nicht Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete sind. § 1 Abs. 2, 3 und 4 Nr. 2 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, Artikel 42), das durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942) geändert worden ist, gilt entsprechend. Personen, die nach Satz 1 besonders verpflichtet worden sind, stehen für die Anwendung der Vorschriften des Strafgesetzbuches über die Verletzung von Privatgeheimnissen (§ 203 Abs. 2, 4, 5, §§ 204, 205) und des Dienstgeheimnisses (§ 353 b Abs. 1) den für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten gleich.

(8) Die aufgrund einer besonderen Rechtsvorschrift oder der Absätze 4, 5 oder 6 übermittelten Einzelangaben dürfen nur für die Zwecke verwendet werden, für die sie übermittelt wurden. In den Fällen des Absatzes 6 sind sie zu löschen, sobald das wissenschaftliche Vorhaben durchgeführt ist. Bei den Stellen, denen Einzelangaben übermittelt werden, muß durch organisatorische und technische Maßnahmen sichergestellt sein, daß nur Amtsträger, für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete oder Verpflichtete nach Absatz 7 Satz 1 Empfänger von Einzelangaben sind.

(9) Die Übermittlung aufgrund einer besonderen Rechtsvorschrift oder nach den Absätzen 4, 5 oder 6 ist nach Inhalt, Stelle, der übermittelt wird, Datum und Zweck der Weitergabe von den statistischen Ämtern aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen sind mindestens fünf Jahre aufzubewahren.

(10) Die Pflicht zur Geheimhaltung nach Absatz 1 besteht auch für die Personen, die Empfänger von Einzelangaben aufgrund einer besonderen Rechtsvorschrift, nach den Absätzen 5, 6 oder von Tabellen nach Absatz 4 sind. Dies gilt nicht für offenkundige Tatsachen bei einer Übermittlung nach Absatz 4.

§ 17 Unterrichtung

Die zu Befragenden sind schriftlich zu unterrichten über

1. Zweck, Art und Umfang der Erhebung,
2. die statistische Geheimhaltung (§ 16),
3. die Auskunftspflicht oder die Freiwilligkeit der Auskunftserteilung (§ 5 Abs. 2 und § 15),
4. die Trennung und Löschung (§ 12),

5. die Rechte und Pflichten der Erhebungsbeauftragten (§ 14),
6. den Ausschluß der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung (§ 15 Abs. 6),
7. die Hilfs- und Erhebungsmerkmale zur Führung von Adreßdateien (§ 13 Abs. 2),
8. die Bedeutung und den Inhalt von laufenden Nummern und Ordnungsnummern (§ 9 Abs. 2).

§ 18 Statistische Erhebungen der Europäischen Gemeinschaften

(1) Die Bundesstatistiken betreffenden Vorschriften dieses Gesetzes finden vorbehaltlich der Regelungen in Absatz 2 entsprechende Anwendung auf die durch unmittelbar geltende Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften angeordneten Erhebungen, soweit sich aus den Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaften nichts anderes ergibt.

(2) Soweit die Merkmale der durch unmittelbar geltende Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften angeordneten Erhebungen nicht mit den Merkmalen einer Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift übereinstimmen oder diesen Merkmalen gleichgestellt sind, sind die Auskünfte freiwillig, es sei denn, die Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften sehen eine Auskunftspflicht ausdrücklich vor.

§ 19 Supra- und internationale Aufgaben des Statistischen Bundesamtes

Im supra- und internationalen Bereich hat das Statistische Bundesamt insbesondere die Aufgabe, an der Vorbereitung von statistischen Programmen und Rechtsvorschriften sowie an der methodischen und technischen Vorbereitung und Harmonisierung von Statistiken sowie der Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und sonstiger Gesamtsysteme statistischer Daten für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften und internationaler Organisationen mitzuwirken und die Ergebnisse an die Europäischen Gemeinschaften und internationalen Organisationen weiterzuleiten.

§ 20 Kosten der Bundesstatistik

Die Kosten der Bundesstatistik werden, soweit sie bei den Bundesbehörden entstehen, vom Bund, im übrigen von den Ländern getragen.

§ 21 Verbot der Reidentifizierung

Eine Zusammenführung von Einzelangaben aus Bundesstatistiken oder solcher Einzelangaben mit anderen Angaben zum Zwecke der Herstellung eines Personen-, Unternehmens-, Betriebs- oder Arbeitsstättenbezugs außerhalb der Aufgabenstellung dieses Gesetzes oder der eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift ist untersagt.

§ 22 Strafvorschrift

Wer entgegen § 21 Einzelangaben aus Bundesstatistiken oder solche Einzelangaben mit anderen Angaben zusammenführt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 23 Bußgeldvorschrift

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 15 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3 Satz 1 eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt.
- (2) Ordnungswidrig handelt auch, wer entgegen § 11 Abs. 1 die Antworten nicht auf den Erhebungsvordrucken in der vorgegebenen Form erteilt.
- (3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden.

§ 24 Verwaltungsbehörde im Sinne des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG)

Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist das Statistische Bundesamt, soweit es Bundesstatistiken

1. nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a in Verbindung mit § 6 Abs. 1 vorbereitet oder
2. nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a, auch in Verbindung mit § 5 Abs. 2 und § 6 Abs. 1 erhebt oder
3. aufgrund dieses oder eines sonstigen Bundesgesetzes aufbereitet.

Das gleiche gilt, soweit dem Statistischen Bundesamt entsprechende Aufgaben bei der Durchführung der Erhebungen nach § 18 obliegen.

§ 25 Aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage bei Landes- und Kommunalstatistiken

Durch Landesgesetz kann bestimmt werden, daß Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung bei der Durchführung von Landes- und Kommunalstatistiken, die durch Rechtsvorschrift angeordnet sind, keine aufschiebende Wirkung haben.

§ 26 Überleitungsvorschrift

- (1) Soweit die Bundesregierung einen Bundesminister oder eine von ihm bestimmte Stelle ermächtigt hat, für bestimmte Bundesstatistiken die Aufgaben des § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2 ganz oder zum Teil wahrzunehmen, besteht die Ermächtigung nur fort, wenn bei der beauftragten Stelle die Trennung der mit der Durchführung statistischer Aufgaben befaßten Organisationseinheit von den anderen Aufgabenbereichen sichergestellt und das Statistikgeheimnis durch Organisation und Verfahren gewährleistet ist.
- (2) Soweit Erhebungen aufgrund bereits geltender eine Bundesstatistik anordnender Rechtsvorschriften durchgeführt werden, dürfen die Angaben als Hilfsmerkmale erfragt werden, die zur technischen Durchführung erforderlich sind und folgende Zweckbestimmung haben:

1. Feststellung der Identität der zu Befragenden und Durchführung erforderlicher Rückfragen sowie Bestimmung der Anschrift für das Auskunftersuchen, wie Namen und Anschriften, Telefon- und Telexnummern,
2. statistische Zuordnung der zu Befragenden, wie die Zugehörigkeit zum Kreis der zu Befragenden und zur Art der wirtschaftlichen Tätigkeit,
3. Zuordnung und Bewertung der Erhebungsmerkmale,
4. Kennzeichnung des Betroffenen.

Kennzeichnungen nach Nummer 4 sind vorbehaltlich besonderer Rechtsvorschrift nur zulässig, soweit sie von den statistischen Ämtern des Bundes oder der Länder den Betroffenen nicht zugeordnet werden können.

(3) Soweit in Rechtsvorschriften, die eine Bundesstatistik anordnen und die vor dem 31. Dezember 1984 in Kraft getreten sind, eine über § 16 Abs. 4 Satz 1 oder Abs. 6 hinausgehende Übermittlung von Einzelangaben vorgesehen ist, treten diese Regelungen spätestens vier Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes außer Kraft.

(4) Eine Auskunftspflicht ist nach § 15 Abs. 1 Satz 2 auch festgelegt, soweit Erhebungen aufgrund bereits geltender eine Bundesstatistik anordnender Rechtsvorschriften durchgeführt werden und die Antwort nicht ausdrücklich freigestellt ist. Die Bundesregierung erstattet dem Deutschen Bundestag bis zum 1. Januar 1988 einen Bericht zu der Frage, bei welchen Statistiken eine gesetzliche Auskunftspflicht der zu Befragenden besteht und in welchem Umfang sie unter Bewertung des Zwecks der Statistik, der Interessen ihrer Nutzer und der Belastung der zu Befragenden fortbestehen sollte. Darüber hinaus ist in dem Bericht darzulegen, ob und inwieweit der mit diesem Gesetz verfolgte Zweck zu weiteren Änderungen einzelstatistischer Rechtsvorschriften Anlaß geben kann.

§ 27 Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die aufgrund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 28 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des § 26 Abs. 1 am Tage nach der Verkündung in Kraft. § 26 Abs. 1 tritt am 1. Januar 1989 in Kraft. Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes treten

1. das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289),
2. die Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Statistik für Bundeszwecke vom 20. Dezember 1968 (BGBl. I S. 1410)

außer Kraft.

2.3 Fundstellennachweis statistischer Gesetze und Verordnungen 1996

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
A. Allgemeine Bestimmungen		
Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertragsgesetz – und der Vereinbarung vom 18. September 1990 vom 23. September 1990	BGBI. II S. 885, 1239	–
Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 1990, § 24 c	BGBI. I S. 235	–
Telekommunikationsgesetz (TKG) vom 25. Juli 1996, § 84	BGBI. I S. 1120	BRDrucksache Nr. 80/96 vom 9. Februar 1996
Statistikanpassungsverordnung (StatAV) vom 26. März 1991	BGBI. I S. 846	–
Verordnung zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (Statistikänderungsverordnung – StatÄndV) vom 20. November 1996	BGBI. I S. 1804	BRDrucksache Nr. 446/96 vom 13. Juni 1996
Verordnung (EURATOM, EWG) Nr. 1588/90 des Rates vom 11. Juni 1990 über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften	ABl. EG Nr. L 151 S. 1	BRDrucksache Nr. 176/89 vom 30. März 1989
Gesetz zur Gewährleistung der Geheimhaltung der dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften übermittelten vertraulichen Daten (SAEG-Übermittlungsschutzgesetz) vom 16. März 1993	BGBI. I S. 336	BRDrucksache Nr. 64/92 vom 31. Januar 1992

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates vom 9. Oktober 1990 betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft	ABl. EG Nr. L 293 S. 1	–
Verordnung (EWG) Nr. 3696/93 des Rates vom 29. Oktober 1993 betreffend die statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	ABl. EG Nr. L 342 S. 1	–
Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft	ABl. EG Nr. L 76 S. 1	BRDrucksache Nr. 661/92 vom 29. September 1992
Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke	ABl. EG Nr. L 196 S. 1	BRDrucksache Nr. 660/92 vom 29. September 1992
Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft	ABl. EG Nr. L 310 S. 1	BRDrucksache Nr. 80/95 vom 1. Februar 1995

B. Gesetze und Verordnungen für die einzelnen statistischen Erhebungen

Bevölkerung

Gesetz über gebäude- und wohnungsstatistische Erhebungen (Wohnungsstatistikgesetz – WoStatG) vom 18. März 1993

BGBl. I
S. 337

BTDrucksache
Nr. 12/3043
vom 16. Juli 1992

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980

BGBl. I
S. 308

BTDrucksache
Nr. 3005
vom 12. Dezember
1956

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz) vom 10. Juni 1985	BGBI. I S. 955	BTDrucksache Nr. 10/2600 vom 10. Dezember 1984
Verordnung zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusverordnung) vom 14. Juni 1985	BGBI. I S. 967	BRDrucksache Nr. 211/85 vom 14. Mai 1985
Gesetz über das Ausländerzentralregister (AZR-Gesetz) vom 2. September 1994	BGBI. I S. 2265	BRDrucksache Nr. 217/94 vom 18. März 1994
Wahlen		
Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993, § 51	BGBI. I S. 1288, 1594	–
Bundeswahlordnung (BWO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1994, § 85	BGBI. I S. 495	–
Europawahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1994, § 25	BGBI. I S. 423, 555	BTDrucksache Nr. 8/361 vom 6. Mai 1977
Europawahlordnung (EuWO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Mai 1994, § 78	BGBI. I S. 957	–
Erwerbstätigkeit		
Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz) vom 10. Juni 1985	BGBI. I S. 955	BTDrucksache Nr. 10/2 600 vom 10. Dezember 1984
Verordnung zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusverordnung) vom 14. Juni 1985	BGBI. I S. 967	BRDrucksache Nr. 211/85 vom 14. Mai 1985
Verordnung (EWG) Nr. 3711/91 des Rates vom 16. Dezember 1991 zur Durchführung einer jährlichen Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft	ABl. EG Nr. L 351 S. 1	BRDrucksache Nr. 331/91 vom 23. Mai 1991

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Verordnung (EWG) Nr. 311/76 des Rates vom 9. Februar 1976 über die Erstellung von Statistiken über ausländische Arbeitnehmer	ABl. EG Nr. L 39 S. 1	–
Verordnung über die Meldung statistischer Daten der privaten Arbeitsvermittlung (Private Arbeitsvermittlungs-Statistik-Verordnung – PrAVV) vom 1. August 1994	BGBl. I S. 1949	–
Gesetz zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern (Zweites Gleichberechtigungsgesetz – 2. GleibG), § 5	BGBl. I S. 1406, 2103	BTDrucksache Nr. 12/5468 vom 21. Juli 1993
Unternehmen und Arbeitsstätten Gesetz über Kostenstrukturstatistik (KoStrukStatG) vom 12. Mai 1959	BGBl. III Gliederungs- Nr. 708-3	BTDrucksache Nr. 770 vom 5. Januar 1959
Verordnung zur Abänderung der Reihenfolge der Kostenstrukturerhebungen vom 20. August 1986	BGBl. I S. 1333	–
Verordnung zum Gesetz über Kostenstrukturstatistik (KoStrukStatV) vom 13. Oktober 1994	BGBl. I S. 2971	BRDrucksache Nr. 547/94 vom 6. Juni 1994
Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Januar 1987, § 14 Abs. 8a	BGBl. I S. 425/ BGBl. I 1994 S. 3475	BRDrucksache Nr. 369/93 vom 9. Juli 1993
Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 über die strukturelle Unternehmensstatistik	ABl. EG Nr. L 14 S. 1	BRDrucksache Nr. 539/95 vom 28. August 1995
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1992	BGBl. I S. 1632	BTDrucksache Nr. 11/2851 vom 1. September 1988

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe im Zeitraum 1988 bis 1997	ABl. EG Nr. L 56 S. 1	BRDrucksache Nr. 283/87 vom 29. Juni 1987
Verordnung (EWG) Nr. 837/90 des Rates vom 26. März 1990 über die von den Mitgliedstaaten zu liefernden statistischen Informationen über die Getreideerzeugung	ABl. EG Nr. L 88 S. 1	—
Verordnung (EWG) Nr. 959/93 des Rates vom 5. April 1993 über die von den Mitgliedstaaten zu liefernden statistischen Informationen über pflanzliche Erzeugnisse außer Getreide	ABl. EG Nr. L 98 S. 1	—
Weingesetz vom 8. Juli 1994, § 34	BGBI. I S. 1467	—
Verordnung zur Durchführung des Weinwirtschaftsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Januar 1994	BGBI. I S. 101	—
Verordnung (EWG) Nr. 2392/86 des Rates vom 24. Juli 1986 zur Einführung der gemeinschaftlichen Weinbaukartei	ABl. EG Nr. L 208 S. 1	BRDrucksache Nr. 14/86 vom 13. Januar 1986
Verordnung (EWG) Nr. 649/87 der Kommission vom 3. März 1987 mit Durchführungsbestimmungen zur Einführung der gemeinschaftlichen Weinbaukartei	ABl. EG Nr. L 62 S. 10	—
Verordnung (EWG) Nr. 3929/87 der Kommission vom 17. Dezember 1987 über die Ernte-, Erzeugungs- und Bestandsmeldungen für Erzeugnisse des Weinsektors	ABl. EG Nr. L 369 S. 59	—
Verordnung (EWG) Nr. 357/79 des Rates vom 5. Februar 1979 über statistische Erhebungen der Rebflächen	ABl. EG Nr. L 54 S. 124	BRDrucksache Nr. 628/77 vom 13. Dezember 1977

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Verordnung (EWG) Nr. 991/79 der Kommission vom 17. Mai 1979 zur Festlegung eines Tabellenprogramms und Definitionen in statistischen Grunderhebungen der Rebflächen und zur Aufhebung der Verordnungen Nr. 143 und Nr. 26/64/EWG der Kommission	ABl. EG Nr. L 129 S. 1	–
Richtlinie 96/16/EG des Rates vom 19. März 1996 betreffend die statistischen Erhebungen über Milch und Milcherzeugnisse	ABl. EG Nr. L 78 S. 27	–
Verordnung (EWG) Nr. 2782/75 des Rates vom 29. Dezember 1975 über die Erzeugung von und den Verkehr mit Bruteiern und Küken von Hausgeflügel	ABl. EG Nr. L 282 S. 100	BRDrucksache Nr. 140/75 vom 12. März 1975
Fleischhygienegesetz (FIHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juli 1993, § 27	BGBl. I S. 1189	–
Geflügelfleischhygienegesetz (GFIHG) vom 17. Juli 1996	BGBl. I S. 991	BRDrucksache Nr. 13/118 vom 21. Dezember 1994
Verordnung über die Durchführung der Fleischschau- und Geflügelfleischhygienestatistik (Fleischhygiene-Statistik-Verordnung – FISTv) vom 20. Dezember 1976	BGBl. I S. 3615, 3839	BRDrucksache Nr. 669/76 vom 10. November 1976
Verordnung (EWG) Nr. 1382/91 des Rates vom 21. Mai 1991 betreffend die Übermittlung von Daten über die Anlandungen von Fischereierzeugnissen in den Mitgliedstaaten	ABl. EG Nr. L 133 S. 1	–
Verordnung (EWG) Nr. 2018/93 des Rates vom 30. Juni 1993 über die Vorlage von Statistiken über die Fänge und die Fischereitätigkeit der Mitgliedstaaten, die im Nordwestatlantik Fischfang betreiben	ABl. EG Nr. L 186 S. 1	–

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Verordnung (EWG) Nr. 3880/91 des Rates vom 17. Dezember 1991 über die Vorlage von Fangstatistiken durch die Mitgliedstaaten, die im Nordostatlantik Fischfang betreiben	ABl. EG Nr. L 365 S. 1	–
Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 zur Einführung einer Kontrollregelung für die gemeinsame Fischereipolitik	ABl. EG Nr. L 261 S. 1	–
Verordnung (EWG) Nr. 2807/83 der Kommission vom 22. September 1983 zur Festlegung der Einzelheiten der Aufzeichnung von Informationen über den Fischfang durch die Mitgliedstaaten	ABl. EG Nr. L 276 S. 1	–
Verordnung (EG) Nr. 788/96 des Rates vom 22. April 1996 über die Vorlage von Statistiken über die Aquakulturproduktion durch die Mitgliedstaaten	ABl. EG Nr. L 108 S. 1	BRDrucksache Nr. 727/95 vom 27. Oktober 1995
Produzierendes Gewerbe		
Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1980	BGBI. I S. 641	BTDrucksache Nr. 7/3372 vom 17. März 1975
Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige (Rohstoffstatistikgesetz – RohstoffStatG) vom 15. Dezember 1989	BGBI. I S. 2201	BRDrucksache Nr. 125/89 vom 10. März 1989
Verordnung zum Rohstoffstatistikgesetz vom 28. Oktober 1993	BGBI. I S. 1856	–
Zweite Verordnung zum Rohstoffstatistikgesetz (2. RohstoffStatGV) vom 30. April 1996	BGBI. I S. 667	–
Gesetz über die Erhebung von Meldungen in der Mineralölwirtschaft (Mineralöldatengesetz – MinÖlDatG) vom 20. Dezember 1988	BGBI. I S. 2353	BTDrucksache Nr. 11/2043 vom 23. März 1988

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Gesetz über die statistische Erfassung der in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbrachten festen Brennstoffe vom 29. November 1994	BGBI. I S. 3345	BTDrucksache Nr. 7/2350 vom 5. Juli 1974
Verordnung (EWG) Nr. 3924/91 des Rates vom 19. Dezember 1991 zur Einführung einer Gemeinschaftserhebung über die Produktion von Gütern	ABl. EG Nr. L 374 S. 1	BRDrucksache Nr. 190/91 vom 20. März 1991
Gesetz über Statistiken im Handwerk (Handwerkstatistikgesetz – HwStatG) vom 7. März 1994	BGBI. I S. 736	BRDrucksache Nr. 12/5833 vom 5. Oktober 1993
Verordnung zur Durchführung einer Zählung im handwerksähnlichen Gewerbe (Handwerksähnliches Gewerbe-Zählungs-Verordnung – HwäGewZV) vom 19. Mai 1995	BGBI. I S. 736	BRDrucksache Nr. 12/5833 vom 5. Oktober 1993
Bautätigkeit und Wohnungen		
Zweites Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Gebäudebestandes (2. BauStatG) vom 27. Juli 1978	BGBI. I S. 1118	BRDrucksache Nr. 141/77 vom 25. März 1977
Zweites Wohnungsbaugesetz (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz – II. WoBauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. August 1994, § 32 (Bewilligungsstatistik)	BGBI. I S. 2137	BRDrucksache Nr. 141/73 vom 9. Februar 1973
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr		
Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz - HdlStatG) vom 10. November 1978	BGBI. I S. 1733	BTDrucksache Nr. 8/1766 vom 2. Mai 1978
Gesetz über die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungsstatistikgesetz - BeherbStatG) vom 14. Juli 1980	BGBI. I S. 953	BTDrucksache Nr. 8/3623 vom 28. Januar 1980

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Richtlinie 95/57/EG des Rates vom 23. November 1995 über die Erhebung statistischer Daten im Bereich des Tourismus	ABl. EG Nr. L 291 S. 32	BRDrucksache Nr. 71/95 vom 3. Februar 1995
Außenhandel Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistikgesetz – AHStatGes) vom 1. Mai 1957	BGBI. III Gliederungs- Nr. 7402-1	BTDrucksache Nr. 2658 vom 8. August 1956
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistik-Durchführungsverordnung – AHStatDV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 1994	BGBI. I S. 1993	BRDrucksache Nr. 518/94 vom 26. Mai 1994
Verordnung (EG) Nr. 1172/95 des Rates vom 22. Mai 1995 über die Statistiken des Warenverkehrs der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten mit Drittländern	ABl. EG Nr. L 118 S. 10	BRDrucksache Nr. 60/94 vom 17. Januar 1994
Verordnung (EG) Nr. 840/96 der Kommission vom 7. Mai 1996 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1172/95 des Rates hinsichtlich der Außenhandelsstatistik	ABl. EG Nr. L 114 S. 7	–
Verordnung (EWG) Nr. 3330/91 des Rates vom 7. November 1991 über die Statistiken des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten	ABl. EG Nr. L 316 S. 1	–
Verordnung (EWG) Nr. 3046/92 der Kommission vom 22. Oktober 1992 zur Festlegung der Durchführungsvorschriften für die Verordnung (EWG) Nr. 3330/91 des Rates über die Statistiken des Warenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten und zur Änderung dieser Verordnung	ABl. EG Nr. L 307 S. 27	–

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Verordnung (EWG) Nr. 3590/92 der Kommission vom 11. Dezember 1992 betreffend die Datenträger für die statistischen Informationen der Statistik des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	ABl. EG Nr. L 364 S. 32	—
Merkblatt zu den Intrastat-Vordrucken (Artikel 2 der Verordnung [EWG] Nr. 3590/92 der Kommission)	ABl. EG Nr. C 349 S. 1	—
Verordnung (EWG) Nr. 854/93 des Rates vom 5. April 1993 über die Durchfuhrstatistik und die Statistik des Lagerverkehrs im Warenverkehr zwischen Mitgliedstaaten	ABl. EG Nr. L 90 S. 1	—
Verordnung (EWG) Nr. 2256/92 der Kommission vom 31. Juli 1992 über die statistischen Schwellen der Statistik des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	ABl. EG Nr. L 219 S. 40, 1993 ABl. EG Nr. L 170 S. 32	—
Verordnung (EG) Nr. 2820/94 der Kommission vom 21. November 1994 zur Festlegung einer Schwelle je Geschäft im Rahmen der Statistik des Handels zwischen Mitgliedstaaten	ABl. EG Nr. L 299 S. 1	—
Verordnung (EG) Nr. 1125/94 der Kommission vom 17. Mai 1994 betreffend die Übermittlungsfristen für die Ergebnisse der Statistik des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	ABl. EG Nr. L 124 S. 1	—
Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften	ABl. EG Nr. L 302 S. 1	—
Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 02. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften	ABl. EG Nr. L 253 S. 1	—

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif	ABl. EG Nr. L 256 S. 1	–
Verkehr		
Gesetz zur Durchführung einer Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 1980	BGBI. I S. 865	BTDrucksache Nr. V/3202 vom 14. August 1968
Gesetz über eine Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs vom 21. Dezember 1973	BGBI. I S. 1987	BRDrucksache Nr. 77/73 vom 12. Januar 1973
Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 1993, §§ 58 und 59	BGBI. I S. 1839, 1992	–
Verordnung über die Statistiken des Straßengüterverkehrs vom 30. März 1994	BGBI. I S. 677	–
Gesetz über die Statistik der Straßenverkehrsunfälle (Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz – StVUnfStatG) vom 15. Juni 1990	BGBI. I S. 1078	BTDrucksache Nr. 11/5 464 vom 25. Oktober 1989
Verordnung zur näheren Bestimmung des schwerwiegenden Unfalls mit Sachschaden im Sinne des Straßenverkehrsunfallstatistikgesetzes vom 21. Dezember 1994	BGBI. I S. 3970	–
Entscheidung des Rates vom 30. November 1993 über die Einrichtung einer gemeinschaftlichen Datenbank über Straßenverkehrsunfälle	ABl. EG Nr. L 329 S. 63	–
Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) vom 27. Dezember 1993, § 24	BGBI. I S. 2396, 1994 I S. 2439	BRDrucksache Nr. 131/93 vom 26. März 1993

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Verordnung über eine Eisenbahnstatistik vom 8. August 1965	BGBI. I S. 749	BRDrucksache Nr. 348/65 vom 22. Juni 1965
Gesetz über die Statistik der Binnenschifffahrt vom 26. Juli 1957	BGBI. III Gliederungs- Nr. 9500-5	BTDrucksache Nr. 2924 vom 28. November 1956
Gesetz über die Statistik der Seeschifffahrt vom 26. Juli 1957	BGBI. III Gliederungs- Nr. 9510-4	BTDrucksache Nr. 3162 vom 4. Februar 1957
Verordnung über die Meldestellen für die Seeverkehrsstatistik vom 24. April 1958	BAnz. Nr. 80 S. 1	–
Richtlinie 95/64/EG des Rates vom 8. Dezember 1995 über die statistische Erfassung des Güter- und Personenseeverkehrs	ABl. EG Nr. L 320 S. 25	BRDrucksache Nr. 777/94 vom 8. August 1994
Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1967	BGBI. I S. 1053	BTDrucksache Nr. V/1702 vom 11. Mai 1967
Verordnung zum Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1967	BGBI. I S. 1056	–
Zweite Verordnung zum Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 24. Juli 1968	BGBI. I S. 866	–
Dritte Verordnung zum Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 28. Juni 1982	BGBI. I S. 915	–
Rechtspflege		
Gesetz über das Zentralregister und das Erziehungsregister (Bundeszentralregistergesetz – BZRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1984, § 21	BGBI. I S. 1229, 1985 BGBI. I S. 195	–

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Bildung und Kultur		
Gesetz über die Statistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz – HStatG) vom 2. November 1990	BGBI. I S. 2414	BTDrucksache Nr. 11/5832 vom 27. November 1989
Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juni 1983, § 55	BGBI. I S. 645, 1680	BTDrucksache VI/1975 vom 18. März 1971
Berufsbildungsförderungsgesetz (BerBiFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Januar 1994	BGBI. I S. 78	BRDrucksache Nr. 28/81 vom 30. Januar 1981
Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz – AFBG) vom 23. April 1996, § 27	BGBI. I S. 623	BRDrucksache Nr. 13/2490 vom 19. September 1995
Gesetz über eine Pressestatistik vom 1. April 1975	BGBI. I S. 777	BTDrucksache Nr. 7/2407 vom 18. Juli 1974
Gesundheitswesen		
Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen (Bundes-Seuchengesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1979, §§ 3, 5 a und 8	BGBI. I S. 2262, 1980 BGBI. I S.151	–
Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 23. Juli 1953, § 11 a	BGBI. III Gliederungs- Nr. 2126-4	BTDrucksache V/3615 vom 6. Dezember 1968
Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten (Schwangerschaftskonfliktgesetz – SchKG), §§ 15 bis 18	BGBI. I S. 1398	BTDrucksache Nr. 13/285 vom 24. Januar 1995

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz) vom 10. Juni 1985	BGBl. I S. 955	BTDrucksache Nr. 10/2600 vom 10. Dezember 1984
Verordnung zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusverordnung) vom 14. Juni 1985	BGBl. I S. 967	BRDrucksache Nr. 211/85 vom 14. Mai 1985
Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980, hier § 1 Nr. 1 (Todesursachenstatistik)	BGBl. I S. 308	BTDrucksache Nr. 3005 vom 12. Dezember 1956
Sozialleistungen		
Sozialgesetzbuch (SGB) Achstes Buch (VIII) Kinder- und Jugendhilfe in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 1996, §§ 98 bis 103	BGBl. I S. 477	BRDrucksache Nr. 503/89 vom 29. September 1989
Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Kinder- und Jugendhilfegesetz – KJHG) vom 26. Juni 1990, Artikel 15	BGBl. I S. 1163	BRDrucksache Nr. 503/89 vom 29. September 1989
Bundessozialhilfegesetz (BSHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1994, §§ 127 bis 134 Sozialhilfestatistik	BGBl. I S. 646	—
Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) vom 30. Juni 1993, § 12	BGBl. I S. 1074	BTDrucksache Nr. 12/5008 vom 24. Mai 1993
Sozialgesetzbuch (SGB) Elftes Buch (XI) Soziale Pflegeversicherung vom 24. Mai 1994, § 109	BGBl. I S. 1015	—

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Kriegsopferversorgung vom 15. Januar 1963	BGBI. III Gliederungs- Nr. 2170-3	BTDrucksache Nr. 615 vom 20. August 1962
Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Schwerbehindertengesetz – SchwbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 1986, § 53	BGBI. I S. 1421, 1550	BRDrucksache Nr. 431/84 vom 14. September 1984
Wohngeldgesetz (WoGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 1993, §§ 35, 36 und 42	BGBI. I S. 183	BTDrucksache Nr. 11/6930 vom 23. April 1990
Gesetz über Sondervorschriften für die vereinfachte Gewährung von Wohngeld in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Wohngeldsondergesetz – WoGSoG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1992, § 23 (Wohngeld-Statistik)	BGBI. I S. 2406	–
Finanzen, Steuern und Versicherungen Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG) vom 21. Dezember 1992	BGBI. I S. 2119	BTDrucksache Nr. 12/3256 vom 15. September 1992
Gesetz über die Statistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz – HStatG) vom 2. November 1990 hier § 3 Abs. 1 Nr. 6 (Hochschulfinanzstatistik)	BGBI. I S. 2414	BTDrucksache Nr. 11/5832 vom 27. November 1989
Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz – KHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1991, § 28	BGBI. I S. 886	BTDrucksache Nr. 9/570 vom 12. Juni 1981

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Verordnung über die Bundesstatistik für Krankenhäuser (Krankenhausstatistik-Verordnung – KHStatV) vom 10. April 1990	BGBI. I S. 730	BRDrucksache Nr. 704/89 vom 7. Dezember 1989
Gesetz über Steuerstatistiken (StSatG) vom 11. Oktober 1995	BGBI. I S. 1250, 1409	BTDrucksache Nr. 13/901 vom 27. März 1995
Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter (Pflichtversicherungsgesetz) vom 5. April 1965, §§ 9 bis 11	BGBI. I S. 213	BTDrucksache Nr. 12/6959 vom 4. März 1994
Wirtschaftsrechnungen		
Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961	BGBI. III Gliederungs- Nr. 708-6	BTDrucksache Nr. 1623 vom 16. Februar 1960
Löhne und Gehälter		
Gesetz zu dem Übereinkommen Nr. 160 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 25. Juni 1985 über Arbeitsstatistiken vom 7. Januar 1991	BGBI. II S. 306, 724	BRDrucksache Nr. 373/89 vom 11. August 1989
Gesetz über die Lohnstatistik in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. April 1996	BGBI. I S. 598	BTDrucksache Nr. 1994 vom 30. Dezember 1995
Verordnung (EG) Nr. 23/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 zur Statistik über Höhe und Struktur der Arbeitskosten	ABl. EG Nr. L 6 S. 1	BRDrucksache Nr. 860/96 vom 13. November 1996
Verordnung (EG) Nr. 2744/95 des Rates vom 27. November 1995 zu den Statistiken über Struktur und Verteilung der Verdienste	ABl. EG Nr. L 287 S. 3	BRDrucksache Nr. 758/95 vom 6. November 1995

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Preise		
Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958	BGBI. III Gliederungs- Nr. 720-9	BTDrucksache Nr. 44 vom 30. November 1957
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959	BAnz. Nr. 104 S. 1	–
Fünfte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 5. Juni 1967	BAnz. Nr. 103 S. 1	Entw. BMWi Stand: 1. Februar 1967
Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates vom 23. Oktober 1995 über harmonisierte Verbraucherpreisindizes	ABl. EG Nr. L 257 S. 1	BRDrucksache Nr. 66/95 vom 6. Februar 1995
Verordnung (EG) Nr. 1749/96 der Kommission vom 9. September 1996 über anfängliche Maßnahmen zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates über harmonisierte Verbraucherpreisindizes	ABl. EG Nr. L 229 S. 31	–
Verordnung (EG) Nr. 2214/96 der Kommission vom 20. November 1996 über harmonisierte Verbraucherpreisindizes: Übermittlung und Verbreitung von Teilindizes des HVPI	ABl. EG Nr. L 296 S. 8	–
Dienstleistungen		
Verordnung zur Durchführung einer Bundesstatistik im Dienstleistungsbereich in dem in Art. 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Dienstleistungsstatistikverordnung) vom 18. Oktober 1991	BGBI. I S. 2034	–

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/ Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Umweltschutz		
Gesetz über Umweltstatistiken in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980	BGBl. I S. 311	BRDrucksache Nr. 332/73 vom 4. Mai 1973
Gesetz über Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz – UStatG) vom 21. September 1994 (ab 1.1.1997)	BGBl. I S. 2530	BTDrucksache Nr. 12/6754 vom 3. Februar 1994

3 Klassifikationen

Ziel der Gruppierung ökonomischer, sozialer und sonstiger Tatbestände durch Klassifikationen ist es, die Analyse statistischer Ergebnisse zu erleichtern bzw. erst möglich zu machen. Nur die verbindliche Anwendung einer bestimmten Klassifikation und deren Klassifikationsregeln stellt die für eine systematische Untersuchung von Massenerscheinungen im Rahmen der Statistik erforderliche Vergleichbarkeit her. Bei der Beobachtung von Massenerscheinungen fällt stets eine Fülle von Daten an, die notwendigerweise auf geeignete Art reduziert werden muß. Durch die Vorgabe einer Klassifikation als verbindlicher Richtschnur wird unter anderem erreicht, daß Einzeldaten – abgesehen davon, daß diese aus Geheimhaltungsgründen, stichprobentheoretischen Überlegungen oder aufgrund anderer Ursachen gar nicht zugänglich gemacht werden können – von den verschiedenen Nutzern statistischer Angaben einheitlich gruppiert werden. Auch Kostengründe und die größere Erfahrung bei der Konzeption von Klassifikationen sprechen für die Bereitstellung von Standardgruppierungen. Andererseits führt eine solche standardisierte Aggregation von Daten dazu, daß der Nutzer die statistischen Ergebnisse nicht bzw. nur eingeschränkt nach individuellen Bedürfnissen gliedern und zusammenfassen kann. Allerdings wird diese Beschränkung der Analysemöglichkeiten schon im Rahmen der von der amtlichen Statistik entwickelten Klassifikationen weitgehend ausgeglichen. Zur Untersuchung der gleichen Tatbestände wird nämlich nicht nur eine einzige Klassifikation benutzt, sondern es finden mehrere, auf die unterschiedlichen Fragestellungen in idealer Weise abgestimmte Klassifikationen Anwendung. Immer wieder angestellte Überlegungen, die zu einer einzigen, alle Nutzerwünsche befriedigenden Standardklassifikation führen sollen, haben bisher noch kein zufriedenstellendes Ergebnis gebracht. Es darf auch bezweifelt werden, daß es jemals gelingen wird, eine derartige Klassifikation zu schaffen, die in der Praxis auch handhabbar ist.

Ihre Aufgabe kann eine Klassifikation nur dann erfüllen, wenn sie so aufgebaut ist, daß sie die zu untersuchende Realität wirklichkeitsgetreu widerspiegelt. Damit ist die Notwendigkeit verbunden, Klassifikationen von Zeit zu Zeit zu revidieren oder sogar durch eine völlig neue Gliederung zu ersetzen. Solche Änderungen unterbrechen aber zwangsläufig die Kontinuität von Zeitreihen und erschweren oder verhindern damit die langfristige Analyse struktureller Veränderungen. Es gilt also, die Vorteile einer solchen Revision – Anpassung an die ökonomische Entwicklung, den sozialen oder gesellschaftlichen Wandel oder den technischen Fortschritt – und deren Nachteile – Bruch von Zeitreihen sowie Umstellungsarbeit und -kosten bei der Erhebung, Aufbereitung und Veröffentlichung statistischer Daten – gegeneinander abzuwägen. Je häufiger Änderungen an den Klassifikationen durchgeführt werden, um so schwerer wiegen im allgemeinen die Nachteile. Das trifft selbst bei kleineren Revisionen, erst recht aber bei umfassenden, strukturellen Veränderungen der Klassifikationen zu. Zwar lassen sich die Zeitreihenbrüche durch Rückrechnungen – zum Beispiel auf der Grundlage von Doppelaufbereitungen oder Umsteigeschlüsseln – mildern, doch ist das mit großem Aufwand verbunden und häufig nur näherungsweise möglich.

Bei der Aufstellung von Klassifikationen muß stets ein Zielkonflikt zwischen der Beachtung diverser Restriktionen und der Erfüllung der an die amtliche Statistik gestell-

ten Anforderungen gelöst werden. In den sehr unterschiedlichen Anforderungen kommt zum Ausdruck, welche vielfältigen Interessenlagen bei den an der Vorbereitung einer Klassifikation beteiligten Institutionen existieren. Ein wesentlicher Zielkonflikt ist der Wunsch nach einem möglichst großen Detaillierungsgrad von Klassifikationen auf der einen Seite und dem Zwang zu einer sinnvollen Beschränkung andererseits. Verbände, die Marketing-Abteilungen von Unternehmen, Institutionen der Wissenschaft und Forschung, aber zum Teil auch die Verwaltung haben meist ein Interesse an sehr detaillierten Informationen. Die Auskunftgebenden Stellen von Unternehmen und Behörden verweisen demgegenüber auf den Belastungs- und damit Kostenaspekt. Es gilt, die Belastung der Auskunftgebenden so gering wie möglich zu halten. Die zu meldenden Daten sollen also weitgehend aus vorhandenen Unterlagen entnommen werden können oder leicht zu ermitteln sein. Aber auch für die Statistischen Ämter steigen mit dem Detaillierungsgrad einer Klassifikation die Kosten für die Erhebung, Aufbereitung und Veröffentlichung der Daten sowie der Aktualisierungsbedarf. Außerdem ist zu beachten, daß eine Klassifikation nicht so tief gegliedert sein sollte, daß die Durchführung von Stichprobenerhebungen sinnlos wird. Nicht zuletzt sind bereits die Gliederungen von Klassifikationen dem strengen Maßstab der Geheimhaltungsbestimmungen unterworfen.

Formal müssen Klassifikationen so aufgestellt werden, daß sie eine vollständige und überschneidungsfreie Erfassung aller zu beobachtenden Tatbestände zulassen. Das bedingt auch die Schaffung von – meist sehr heterogenen – Restpositionen, die dann mit „andere“, „sonstige“ oder ähnlichen Bezeichnungen gekennzeichnet sind. Eine Klassifikation ist in der Regel hierarchisch aufgebaut. Welche Rolle die Hierarchie spielt, hängt davon ab, ob – ausgehend von einer höheren Gliederungsebene – eine tiefergehende Aufteilung erfolgt („Top-down“-Ansatz) oder ob die tiefste Ebene der Klassifikation zu höheren Aggregaten zusammengefaßt wird („Bottom-up“-Ansatz).

Es läßt sich feststellen, daß erst die Anwendung einheitlicher systematischer Gliederungen in den verschiedenen Statistiken es ermöglicht, ein statistisches Gesamtbild der Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln, das zur Beurteilung der aktuellen Lage und der Entwicklung, aber auch für einen internationalen Vergleich unbedingte Voraussetzung ist.

3.1 Harmonisierung von Klassifikationen

Das System von Klassifikationen, die im Rahmen der Bundesstatistik Verwendung finden, umfaßt

- Klassifikationen wirtschaftlicher Tatbestände,
- Klassifikationen sozialer oder sozioökonomischer Phänomene und
- Klassifikationen anderer Sachverhalte, zum Beispiel Gebietsgliederungen.

Eine wesentliche Anforderung an moderne Klassifikationen ist ihre Harmonisierung untereinander. Dabei sind mindestens drei Aspekte von Bedeutung:

Der erste Aspekt bezieht sich auf die Harmonisierung zwischen verschiedenen Klassifikationen, die aber gleiche Arten von zu klassifizierenden Elementen, zum Beispiel Güter, enthalten. Harmonisierung wird erreicht, wenn die Elemente einer Klassifikation mit denen einer anderen vergleichbar sind, also eine *Definitions-klassifikation* darstellen.

Ein zweiter Aspekt betrifft die Harmonisierung zwischen verschiedenen Klassifikationen, die unterschiedliche Arten von Elementen, zum Beispiel Güter einerseits und Wirtschaftszweige andererseits, beinhalten. Diese Art der Harmonisierung bedeutet nicht Zusammenfassung oder Aufgliederung, sondern die Herstellung einer konzeptionellen Beziehung im Sinne einer *Beschreibungsklassifikation*. So kann zum Beispiel ein Wirtschaftszweig durch die in ihm produzierten Güter beschrieben und abgegrenzt werden.

Der dritte Aspekt erstreckt sich auf die zunehmend wichtiger werdende internationale Harmonisierung. Je stärker die einzelnen Volkswirtschaften bzw. Gesellschaften miteinander verflochten sind, desto größer ist der Bedarf an international vergleichbaren statistischen Daten. Dabei muß eine Harmonisierung sowohl zwischen den Klassifikationen der verschiedenen internationalen Organisationen untereinander als auch denen ihrer Mitgliedstaaten erreicht werden.

Am weitesten fortgeschritten sind die Bemühungen um eine internationale Harmonisierung im Bereich der Wirtschaftsklassifikationen. Die hier erfolgte Harmonisierung soll im folgenden erläutert werden: Bereits in den siebziger Jahren setzte sich die Statistische Kommission der Vereinten Nationen das Ziel, ihre eigenen Klassifikationen untereinander und mit denen anderer internationaler Organisationen, namentlich mit denen der damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG), abzustimmen. Auch der Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens (RZZ) begann zu dieser Zeit, seine Warenklassifikation zu überarbeiten. Aus diesen Initiativen entstand auf Weltebene ein System von Klassifikationen, das im wesentlichen aus den folgenden Bausteinen besteht (siehe Übersicht auf S. 245):

- „Harmonisiertes System zur Bezeichnung und Codierung der Waren“ (HS), das 1983 vom RZZ angenommen wurde und 1988 in der EG in Kraft trat; eine revidierte Fassung findet seit Anfang 1996 Anwendung. Es erfüllt vorrangig zolltarifliche Zwecke, ist aber auch die Basis des statistischen Nachweises von Außenhandelsdaten. In letzter Zeit entwickelte sich das HS immer mehr zu einer Definitions- und Beschreibungsklassifikation für verschiedene Wirtschaftsklassifikationen.
- „Zentrale Güterklassifikation“ – Central Product Classification (CPC) – der Vereinten Nationen (UN), die der Klassifizierung von Gütern dient und erstmals neben den transportierbaren Waren auch den Dienstleistungsbereich abdeckt. Sie wurde 1989 von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen in einer vorläufigen Fassung verabschiedet. Inzwischen liegt eine Version 1.0 der CPC vor, die voraussichtlich in Kürze veröffentlicht werden wird.
- „Internationale Systematik der Wirtschaftszweige“ – International Standard Industrial Classification (ISIC Rev. 3) –, die ebenfalls 1989 angenommen wurde. Auf ihrer Grundlage werden wirtschaftliche Einheiten, das heißt Unternehmen, Betriebe usw., klassifiziert.

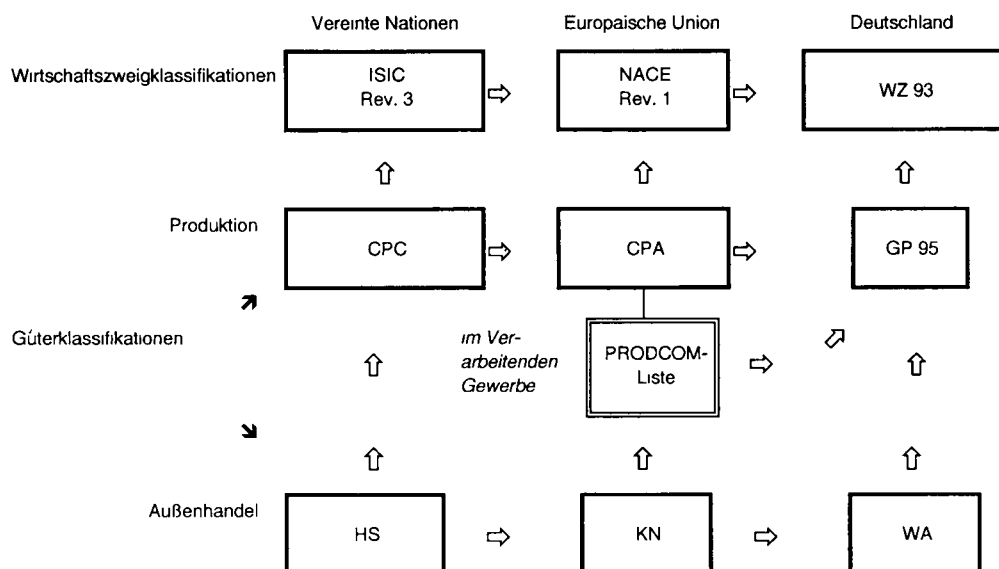
Ausgehend von den vorgenannten, auf Weltebene miteinander verbundenen Gliederungen wirtschaftlicher Tatbestände wurde in den letzten Jahren ein System von Klassifikationen für die heutige Europäische Union (EU) geschaffen, das folgendes Aussehen hat:

- „Kombinierte Nomenklatur“ (KN), die 1988 für zolltarifliche und außenhandelsstatistische Zwecke der EG und ihrer Mitgliedstaaten eingeführt und seither jährlich geändert wurde. Wie das HS, auf dem sie aufbaut, hat auch die KN über ihren ursprünglichen Zweck hinaus zunehmend Bedeutung als Definitions- und Beschreibungsklassifikation erlangt.
- „Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ – Classification of Products by Activity (CPA) –, die durch Umgruppierung der Unterteilungen nach dem Kriterium des wirtschaftlichen Ursprungs aus der CPC abgeleitet und für europäische Zwecke zum Teil tiefergehend gegliedert wurde. Dabei werden die Unterteilungen der CPA im Warenbereich durch die Gliederungspositionen von HS und KN definiert.
- „Liste von Produkten für eine europäische Produktionsstatistik“ – Production Communautaire (PRODCOM) –, die durch die Positionen des HS und der KN definiert wird und im Verarbeitenden Gewerbe eine tiefere Untergliederung der CPA bildet. Nach diesem Gliederungsschema sind seit 1995 auch produktionsstatistische Ergebnisse an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften zu liefern.
- „Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft“ – Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés européennes (NACE Rev. 1) –, die auf der ISIC Rev. 3 aufbaut, indem sie deren Unterteilungen entweder unverändert übernimmt oder entsprechend den europäischen Bedürfnissen weiter aufgliedert. Beschrieben werden die Unterteilungen der NACE Rev. 1 durch die Gliederungspositionen der CPA.

Dieses System von Klassifikationen in der EU wird in Deutschland nicht unmittelbar verwendet. Den Erhebungen liegen vielmehr nationale Fassungen zugrunde, die auf diesen europäischen Klassifikationen aufbauen, aber nationale Besonderheiten berücksichtigen:

- „Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik“ (WA), das bis einschließlich 1992 eine über die KN hinausgehende Gliederungsebene enthielt. Im Rahmen der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes wurde aber seit 1993 darauf verzichtet; nur bei der Erfassung besonderer Warenverkehrsvorgänge werden noch nationale Unterteilungen verwendet.
- „Systematisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995“ (GP 95), das eine tiefere Untergliederung der PRODCOM-Liste darstellt und durch die Positionen des WA definiert wird. Seit 1995 bildet es die Grundlage für die Durchführung der Produktionsstatistik in der Bundesrepublik Deutschland.
- „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993“ (WZ 93), die allgemein seit 1995 der statistischen Erfassung wirtschaftlicher Tätigkeiten dient. Die WZ 93 wurde – aufbauend auf der NACE Rev. 1 – durch Bildung einer zusätzlichen Gliederungsebene geschaffen. Beschrieben werden die Unterteilungen der WZ 93 für das Verarbeitende Gewerbe durch Gliederungspositionen des GP 95.

Internationales System von Klassifikationen in den 90er Jahren



Die vorstehenden Ausführungen beziehen sich auf Klassifikationen der wirtschaftlichen Tätigkeiten und Güter. Auf die Beziehungen der anderen nationalen zu den entsprechenden internationalen Klassifikationen wird in den jeweiligen Abschnitten eingegangen.

3.2 Klassifikationen der wirtschaftlichen Tätigkeiten

Wirtschaftliche Tätigkeiten werden im Rahmen der Bundesstatistik unter verschiedenen Gesichtspunkten beobachtet und analysiert. So unterliegen beispielsweise die Erhebungen über Produktionsprozesse anderen Fragestellungen als die finanzstatistische Berichterstattung oder die laufenden Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte. Dementsprechend gibt es auch verschiedene Klassifikationen zur Erfassung wirtschaftlicher Tätigkeiten, die im folgenden näher beschrieben werden.

3.2.1 Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979

Bis zum Berichtsjahr 1994 basierten die statistischen Erhebungen, die eine Gliederung nach Wirtschaftszweigen zum Gegenstand haben, in der Regel auf der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979 (WZ 79). Als oberstes Einteilungsprinzip berücksichtigt sie die großen Sektoren der Volkswirtschaft, und zwar „Unternehmen“, „Organisationen ohne Erwerbszweck und Private Haushalte“ sowie „Gebietskörperschaften und Sozialversicherung“. Diese Gliederung trägt den verschiedenen

wirtschaftlichen Funktionen der Sektoren, ihrer unterschiedlichen Stellung zum Markt und – damit verbunden – den voneinander abweichenden Finanzierungsformen Rechnung. Innerhalb des Sektors „Unternehmen“ erfolgt eine weitergehende Aufteilung nach den Bereichen Warenproduktion, Warenverteilung (Handel und Verkehr) und Dienstleistungen. Dabei stehen innerhalb der Warenproduktion Gruppierungen nach produktionswirtschaftlichen Zusammenhängen im Vordergrund. Für die Gliederung im Handel ist das Warensortiment, für den Dienstleistungsbereich die Art der erbrachten Leistungen maßgebend.

Bei der Schaffung von Unterteilungen in der WZ 79 haben institutionelle Gesichtspunkte eine wichtige Rolle gespielt. Soweit möglich ist auch die Verbandsstruktur der deutschen Wirtschaft abgebildet worden, die ihrerseits die oben genannten produktionswirtschaftlichen Zusammenhänge widerspiegelt. Nicht berücksichtigt wurden dagegen beispielsweise Einteilungen nach der Rechtsform, nach vertraglichen Bindungen, nach soziologischen Gesichtspunkten und nach der Eintragung in bestimmte Register (zum Beispiel die Handwerksrolle).

Um bestimmte Anstalten und Einrichtungen, wie Schulen, Heime, Krankenhäuser usw., nicht nur im sektoralen Zusammenhang, sondern auch entsprechend ihrer eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit darstellen zu können, enthält die WZ 79 verschiedene Sonderschlüssel zur Einordnung dieser Anstalten und Einrichtungen. Die Sonderschlüssel erlauben es, Anstalten und Einrichtungen mit gleicher Tätigkeit, deren Träger Unternehmen, Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften oder die Sozialversicherung sind, für bestimmte Darstellungszwecke zusammenzufassen.

Außer nach Sektoren ist die WZ 79 – nach dem Dezimalsystem – in 10 Abteilungen, 40 Unterabteilungen, 209 Gruppen, 612 Untergruppen und 1 064 Klassen aufgliedert. Hierin enthalten sind drei Unterabteilungen, die zugleich Gruppen sind, 55 Gruppen, die gleichzeitig Untergruppen bilden und 370 Untergruppen, die zugleich Klassen darstellen.

Die WZ 79 wurde den Erhebungen über wirtschaftliche Tätigkeiten allerdings meist nicht unmittelbar, sondern in Form von – insgesamt sechzehn – abgeleiteten Fassungen zugrunde gelegt. Die abgeleiteten Fassungen verwenden zwar die einzelnen Bausteine der WZ 79, gruppieren und aggregieren diese jedoch entsprechend der spezifischen Fragestellung, für die sie konzipiert wurden – auch unter Veränderung der Grundstruktur der WZ 79. Zu diesen abgeleiteten Fassungen, die teilweise die Kodierung ihrer Basisklassifikation, also der WZ 79, übernehmen, teilweise aber auch ein eigenes Kodierungssystem verwenden, gehören zum Beispiel die Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO), die Fassung für Umweltstatistiken (SYUM), die Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und die Systematik der Produktionsbereiche in Input-Output-Rechnungen (SIO). Diese Fassungen tragen zwar dem speziellen Erkenntniszweck sowie dem verfügbaren statistischen Ausgangsmaterial der jeweiligen Erhebung in idealer Weise Rechnung,

erschweren andererseits durch ihre unterschiedliche Gliederung aber den Vergleich von Ergebnissen verschiedener Statistiken oder machen ihn gänzlich unmöglich.

Weitere Einzelheiten zur WZ 79 und den von ihr abgeleiteten Fassungen enthält die Veröffentlichung „Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik 1988“.

3.2.2 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993

Der Übergang auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93), der - abgesehen von einer einzigen, in mehrjährigen Abständen durchgeführten Großerhebung, die schon 1993 auf Basis der neuen Gliederung durchgeführt wurde - im Rahmen der Bundesstatistik zum 1. Januar 1995, bei Erhebungen mit mehrjähriger Periodizität entsprechend später, vollzogen wurde, bringt eine Reihe wesentlicher Neuerungen mit sich. Zum einen ist die WZ 93 sehr viel enger mit internationalen Klassifikationen verknüpft als die WZ 79. Die Grundlage der WZ 93 stellt, wie schon erwähnt, die NACE Rev. 1 dar, deren alphanumerisches Kodierungssystem unverändert übernommen wurde. Somit handelt es sich bei der WZ 93 um eine reine, durch Hinzufügen einer zusätzlichen Gliederungsebene, den Unterklassen, geschaffene Erweiterung der mittels einer Ratsverordnung für alle Mitgliedstaaten der EU verbindlich vorgeschriebenen europäischen Wirtschaftszweigklassifikation. Die NACE Rev. 1 wiederum basiert auf der weiter vorn beschriebenen ISIC Rev. 3 der Vereinten Nationen, stimmt mit letzterer aber nur bis zur Ebene der zweistellig numerisch verschlüsselten Abteilungen überein. Die Gruppen (Dreisteller) und Klassen (Viersteller) der ISIC Rev. 3 wurden in der NACE Rev. 1 dagegen den europäischen Bedürfnissen entsprechend unterteilt. Allerdings können die Gruppen und Klassen der NACE Rev. 1 stets zu den Gruppen und Klassen der ISIC Rev. 3, aus denen sie entstanden sind, aggregiert werden.

Das Gliederungsschema der WZ 93 ist noch stärker tätigkeitsorientiert als das der WZ 79. Dementsprechend treten institutionelle Aspekte in den Hintergrund, die Sektorengliederung der Wirtschaft fehlt in der WZ 93 ganz. Mit dem Übergang von der WZ 79 auf die WZ 93 ist außerdem eine Reihe struktureller Veränderungen verbunden. Dadurch werden Tätigkeiten nun unter Umständen in völlig anderen Teilen der Wirtschaftszweigklassifikation erfaßt als früher, was auch Auswirkungen auf das Berichtssystem der amtlichen Statistik mit sich bringt. Darüber hinaus gibt es noch eine Fülle von bereichsinternen Strukturveränderungen. Mit der Einführung der WZ 93 in der Bundesstatistik ist also zwangsläufig ein Bruch in den statistischen Zeitreihen verbunden, der durch die Bereitstellung von Umsteigeschlüsseln in seinen Auswirkungen nur gemildert, aber nicht beseitigt werden kann. Dieser Bruch in den Zeitreihen, der unvermeidliche Umstellungsaufwand sowie der notwendige Verzicht auf einige nationale Besonderheiten in der WZ 93 dürften aber durch die erfolgte Anpassung an die seit dem Abschluß der WZ 79 eingetretene und in nächster Zukunft noch zu erwartende ökonomische und technologische Entwicklung einerseits sowie die Möglichkeit der Gewinnung international vergleichbarer statistischer Informationen andererseits mehr als gerechtfertigt sein.

Die folgende Übersicht zeigt den formalen Aufbau der drei oben genannten Wirtschaftszweigklassifikationen und ihre Gliederungstiefe auf den einzelnen Hierarchieebenen:

Gliederungsebene	ISIC Rev. 3	NACE Rev. 1	WZ 93	Kodierung
Abschnitte	17	17	17	A - Q
Unterabschnitte*)	–	31	31	AA - QA
Abteilungen	60	60	60	01 - 99
Gruppen	159	222	222	01.1 - 99.0
Klassen	292	503	503	01.11 - 99.00
Unterklassen	–	–	1 062	01.11.1 - 99.00.3

*) In der NACE Rev. 1 sind nur 16 der 31 Unterabschnitte durch einen zweistelligen Buchstabenkode besonders gekennzeichnet, die übrigen Unterabschnitte sind nicht ausdrücklich hervorgehoben worden.

Ebenso wie in der WZ 79 sind die Wirtschaftszweige der WZ 93 auf den verschiedenen Ebenen nicht in jedem Fall weiter aufgegliedert. So beinhalten nur zwei der 17 Abschnitte mehr als einen Unterabschnitt. In 15 Fällen stimmen die Unterabschnitte mit den Abteilungen überein, 10 Abteilungen stellen zugleich Gruppen dar, 117 Gruppen sind gleichzeitig Klassen und 273 Klassen werden auf Unterklassenebene nicht weiter differenziert. Es kommt sogar vor, daß Unterteilungen über mehrere Gliederungsebenen hinweg identisch sind. Über die NACE Rev. 1 hinausgehende Aufteilungen wurden insbesondere vorgenommen, um die spezifischen Wirtschafts- und damit Verbandsstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland widerspiegeln und das besondere Informationsbedürfnis von Öffentlichkeit und Verwaltung befriedigen zu können, soweit es nicht gelungen ist, diese Anforderungen bereits in der NACE Rev. 1 selbst umzusetzen.

Die WZ 93 wird den Erhebungen in ihrer vollen Tiefengliederung oder bei Bedarf – abhängig von den konkreten Fragestellungen der jeweiligen Statistik – in gekürzter Form zugrunde gelegt. Dabei variiert die gewählte Gliederungstiefe zum Teil von Bereich zu Bereich. Zusammenfassungen, welche die Struktur der NACE Rev. 1 verändern, durften jedoch nicht vorgenommen werden.

Die WZ 93 findet u. a. Anwendung in der Statistik im Produzierenden Gewerbe, in den Verdiensterhebungen, in der Insolvenzstatistik, in der Bilanzstatistik, in der Statistik der Tariflöhne und -gehälter, im Mikrozensus, in der Statistik der Kapitalgesellschaften, in den Steuerstatistiken sowie in den Großzählungen.

Für die Zuordnung statistischer Einheiten (Unternehmen, Betriebe usw.) zur WZ 93 gelten bestimmte Regeln. Diese besagen, daß die Einheit entsprechend ihrer Haupttätigkeit – vorzugsweise an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten gemessen – zu erfassen ist (sog. Schwerpunktprinzip). Auf die Einzelheiten der anzuwendenden Klassifikationsregeln wird hier nicht weiter eingegangen.

3.3 Systematiken der öffentlichen Haushalte

Die Systematiken der öffentlichen Haushalte bilden die Grundlage für die finanzstatistische Berichterstattung.

Die Vereinten Nationen und die Europäische Union verwenden zur Darstellung der Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte die

– **Klassifikation der Ausgaben des Staates nach dem Verwendungszweck –
Classification of the Functions of Government (COFOG),**

wie sie im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen – System of National Accounts (SNA) 1993 – abgedruckt ist.

Drei Systematiken der öffentlichen Haushalte sind in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit in Gebrauch:

– **Funktionen- und Gruppierungsplan für die staatlichen Haushalte (Bund, Länder)**

Im Rahmen der Haushaltsreform 1969 hat das Haushaltsgrundsätzegesetz³⁷⁾ einheitliche Grundsätze für das staatliche Haushaltsrecht aufgestellt, die ihren Niederschlag in den Haushaltsordnungen des Bundes³⁸⁾ und der Länder gefunden haben. Für alle staatlichen Haushalte ist seither ein verbindlicher Funktionen- und Gruppierungsplan eingeführt, der die Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen und finanzwirtschaftlichen Arten bzw. nach Funktionen (Aufgabenbereichen) ordnet.

Die Ausgabe- und Einnahmedaten der Sozialversicherungsträger, der Bundesanstalt für Arbeit, der Träger der öffentlichen Zusatzversorgung, der öffentlichen Krankenhäuser und Hochschulkliniken sowie der früher in den Kernhaushalten nachgewiesenen staatlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen werden – soweit sie nicht einem kameralen, sondern einem kaufmännischen Rechnungswesen entnommen sind – statistisch auf die Ausgabe- und Einnahmeartengliederung der staatlichen Haushalte umgeschlüsselt und mit diesen integriert.

– **Gliederungs- und Gruppierungsplan für die kommunalen Haushalte**

Für Gemeinden, Gemeindeverbände, kommunale Zweckverbände und andere juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit (soweit nicht Einrichtungen und Unternehmen mit kaufmännischem Rechnungswesen) haben die Bundesländer durch verbindliche Verwaltungsvorschriften ab 1974 – für einige Länder ab 1975 – eine neue, weitgehend einheitliche Haushaltssystematik in Kraft gesetzt. Ebenso wie die staatliche Haushaltssystematik sieht sie eine Einteilung der Ausgaben und Einnahmen nach Arten und Aufgabenbereichen vor. Die *funktionale* Gliederung für die kommunalen Haushalte (Gliederungsplan) und die staatlichen Haushalte (Funktionenplan) stimmen dabei sowohl in ihrer Grundstruktur als auch bei vielen

³⁷⁾ BGBl. I 1969 S. 1273.

³⁸⁾ BGBl. I 1969 S. 1284.

Einzelpositionen überein, so daß sich die statistischen Ergebnisse nach Aufgabenbereichen relativ gut vergleichen lassen.

Der Gruppierungsplan für die Systematisierung der kommunalen Ausgaben und Einnahmen *nach Arten* ist bei einer Reihe von Einzelpositionen (Steuerarten, Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Sachinvestitionen) ebenfalls mit dem Gruppierungsplan für die staatlichen Haushalte vergleichbar. Durch die Berücksichtigung kalkulatorischer Abschreibungen und Zinsen sowie die grundsätzliche Unterscheidung aller Ausgaben und Einnahmen nach Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt ermöglicht der kommunale Gruppierungsplan darüber hinaus für spezifisch kommunale Leistungsbereiche auch einen betriebswirtschaftlich orientierten Haushalts- und Vermögensnachweis. Für den Vergleich mit den Finanzen der staatlichen Haushalte und die Zusammenfassung zum öffentlichen Gesamthaushalt werden diese Unterschiede bereinigt.

Die gesonderte Darstellung der kommunalen Ausgaben und Einnahmen erfolgt in den finanzstatistischen Veröffentlichungen zum Zweck eines durchgängigen Vergleichs auf Bundes- und Landesebene entsprechend dem einheitlichen kommunalen Statistikrahmen (Gliederungsplan, Gruppierungsplan). Die Ausgaben und Einnahmen der früher in den Kernhaushalten nachgewiesenen kommunalen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen werden – soweit sie nicht einem kameraleen, sondern einem kaufmännischen Rechnungswesen entnommen sind – in der Bilanzstatistik nachgewiesen.

– Schlüssel für die Zusammenfassung der Staats- und Kommunalfinanzen

Dieser Schlüssel faßt den Funktionen- und Gruppierungsplan für die staatlichen Haushalte und den Gliederungs- und Gruppierungsplan für die kommunalen Haushalte zusammen. Die Ergebnisse des öffentlichen Gesamthaushaltes werden auf zwei verschiedene Weisen dargestellt, die sich durch die unterschiedliche Zusammenfassung einzelner Ausgabe- und Einnahmearten zu homogenen Gruppen unterscheiden. Für eine gesamtwirtschaftliche Auswertung der Haushalte insgesamt, das heißt ohne Differenzierung nach Aufgabenbereichen, werden die Ausgaben und Einnahmen nach „laufender Rechnung“, „Kapitalrechnung“ und „besonderen Finanzierungsvorgängen“ zusammengefaßt. Der Analyse von Aufgabenbereichen dient die Zusammenfassung der Ausgaben und Einnahmen nach finanzwirtschaftlichen Kategorien. Neben den „unmittelbaren Ausgaben“ der öffentlichen Haushalte für Personal, laufenden Sachaufwand, Investitionen und Übertragungen an den nichtöffentlichen Sektor (= anderer Bereich) zeigt diese Darstellungsform auch die Zahlungsbeziehungen der öffentlichen Haushalte untereinander (Zahlungen an öffentliche Bereiche) sowie die Zusammenhänge zwischen Aufgabenerfüllung (bereinigte Ausgaben) und Aufgabenfinanzierung (Nettoausgaben) auf.

Der Nachweis über die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen (kaufmännische Buchführung) erfolgt im Rahmen der bilanzstatistischen Veröffentlichungen. Soweit diese Institutionen früher auf Grund der Umstellung auf kaufmännisches Rechnungswesen aus den Kernhaushalten ausgegliedert wurden (sog. „Budgetflüchtlinge“), werden sie

wieder in die Finanzstatistik auf der Grundlage des Zusammenfassungsschlüssels integriert, um eine lückenlose, durchgängig vergleichbare Darstellung aller öffentlichen Finanzen unabhängig vom jeweiligen Rechnungswesen zu sichern.

3.4 Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte

Für die Erfassung der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte wird in der amtlichen Statistik die „Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983“ (SEA) verwendet.

Sie ist eine Zusammenfassung von Klassifikationen unter einem einheitlichen Nummernsystem und besteht aus der

– **Systematik der Einnahmen der privaten Haushalte**

und der

– **Systematik der Ausgaben der privaten Haushalte,**

die sich wiederum in das Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch und die Systematik der Ausgaben der privaten Haushalte (ohne Privater Verbrauch) untergliedern läßt.

Im Aufbau und in der Abgrenzung der einzelnen Positionen lehnt sich die Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte eng an die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angewandten Gliederungskriterien an. Die Einnahmen werden insbesondere nach Quellen und Arten gegliedert. Sie setzen sich zusammen aus Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, Einnahmen aus Übertragungen, Einnahmen aus Untervermietung und aus dem Verkauf von Waren, Einnahmen aus der Auflösung von Sach- und von Geldvermögen, Einnahmen aus Kreditaufnahme sowie sonstigen Einnahmen. Die Ausgaben gliedern sich in Ausgaben für den Privaten Verbrauch, Steuern, Beiträge zur Sozialversicherung und Arbeitsförderung, Prämien und Beiträge für private Versicherungen und Pensionskassen, Beiträge, Geldspenden und sonstige Übertragungen, Tilgung und Verzinsung von Krediten, Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen, Ausgaben für die Unterhaltung von Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen, Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen sowie sonstige Ausgaben. Die Ausgaben für den Privaten Verbrauch werden nach dem Verwendungszweck sowie nach der Dauerhaftigkeit und dem Wert der gekauften Güter, sämtliche Ausgaben außerdem nach Arten gegliedert. Der Gruppierung der Ausgaben für den Privaten Verbrauch liegt das „Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, Ausgabe 1983“ zugrunde (siehe Abschnitt 3.5.6).

Die Systematik der Einnahmen der privaten Haushalte umfaßt neun Gruppen (Zweisteller), 35 Klassen (Dreisteller) und 92 Arten (Viersteller), die Systematik der Ausgaben der privaten Haushalte (ohne Privater Verbrauch) umfaßt neun Gruppen (Zweisteller), 36 Klassen (Dreisteller) und 81 Arten (Viersteller).

Im Zuge der EU-weiten Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes und der laufenden Wirtschaftsrechnungen wird die Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte unter Berücksichtigung europäischer Belange grundlegend überarbeitet. Hierbei wird für die Ausgaben der privaten Haushalte die Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualverbrauchs – Classification of Individual Consumption by Purpose (COICOP) –, wie sie im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen (SNA) verwendet wird, zugrunde gelegt.

Anwendungsgebiete der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte sind die laufenden Wirtschaftsrechnungen und die Einkommens- und Verbrauchsstichproben; das Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch wird außerdem für die Gliederung des Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (Verbraucherpreisindizes) herangezogen. Schließlich wird die SEA in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Gliederung der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte verwendet.

3.5 Güterklassifikationen

In der amtlichen Statistik werden verschiedenartige Güterklassifikationen verwendet, die hinsichtlich ihrer Gliederungskriterien in erster Linie nach der statistischen Erfassung des jeweiligen Stadiums des Warenflusses – zum Beispiel Produktion, Ein- und Ausfuhr, Binnenhandel, Verkehr, letzte Verwendung der privaten Haushalte – gegliedert sind. So sind für die Gruppierung der Produktion in erster Linie produktionswirtschaftliche Zusammenhänge maßgebend, in die Warengliederung für den Außenhandel fließen u. a. auch zolltarifliche Gesichtspunkte ein, im Binnenhandel ist das Sortiment ausschlaggebend, für den Verkehr überwiegt die Transporteigenschaft der Waren und für den Privaten Verbrauch ist der Verwendungszweck vorrangig.

Eine Güterklassifikation, die gleichzeitig allen diesen Gesichtspunkten gerecht werden wollte, müßte wegen der Vielzahl der Gliederungskriterien sehr tief gegliedert sein und würde in der Struktur im Hinblick auf die meisten Kriterien – sofern sie nicht in einer oberen Gruppierung berücksichtigt werden – wenig übersichtlich und damit nicht handhabbar sein.

Ungeachtet dieser grundsätzlichen Schwierigkeiten sind in den letzten Jahren weltweit Anstrengungen unternommen worden, zumindest die Produktions- und Außenhandelsnomenklaturen zu harmonisieren. Auf der internationalen Ebene und der Ebene der EU wurden zu diesem Zweck Güterklassifikationen erarbeitet, die internationale Vergleiche verschiedener Arten von statistischen Angaben über Waren, Dienstleistungen und auch Anlagevermögen erlauben.

– Zentrale Güterklassifikation - Central Product Classification (CPC)

Die CPC wurde in einer ersten vorläufigen Fassung 1989 von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen verabschiedet. Sie umfaßt alle Güter, die Gegenstand einer Transaktion sein können. Dabei werden diese nicht nur als Output einer wirtschaftlichen Tätigkeit, zum Beispiel transportierbare und nichttransportierbare Waren und Dienstleistungen, erfaßt, sondern auch als materielle Vermögens-

werte, zum Beispiel Grund und Boden (siehe Abschnitt 3.5.7), aber auch als immaterielle Vermögenswerte, zum Beispiel Patente, Lizenzen, Copyrights usw. Die CPC ist damit weltweit die erste Klassifikation, die auch den gesamten Bereich der Dienstleistungen umfaßt. Eine Version 1.0 der CPC wurde inzwischen in der sogenannten „Voorburg-Gruppe“ erarbeitet und von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen während ihrer 29. Sitzung vom 11. bis 14. Februar 1997 gebilligt.

– **Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft - Classification of Products by Activity (CPA)**

Aufbauend auf der CPC, jedoch zugeschnitten auf die technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der EU wurde in Zusammenarbeit zwischen den nationalen statistischen Ämtern und dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften eine Güterklassifikation, die eng mit den Wirtschaftszweigen der NACE Rev. 1 verknüpft ist, entwickelt. Sie spielt seit 1995 eine zentrale Rolle als Erhebungs- und Darstellungsklassifikation in vielfältigen statistischen Anwendungen.

Anders als bei der CPC, bei der als Gliederungskriterium vor allem die Eigenschaften der Waren im Vordergrund stehen, ist bei der CPA der Hauptgrundsatz für die Klassifizierung das Kriterium des industriellen Ursprungs. So wird jedes Produkt dem Wirtschaftszweig zugeordnet, in dem dieses Produkt charakteristischerweise hergestellt wird, wobei die Tätigkeiten nach der NACE Rev. 1 definiert sind. Daher besitzen die Elemente der CPA eine andere strukturelle Ordnung als die der CPC, lassen sich aber durch Umgruppierung jederzeit eindeutig in die CPC überführen.

Die folgende Übersicht zeigt die Gliederungstiefe der beiden Güterklassifikationen:

Code	CPC	CPA
Einsteller	10 Abschnitte	–
Buchstabe	–	17 Abschnitte
Doppelbuchstabe	–	31 Unterabschnitte
Zweisteller	69 Abteilungen	60 Abteilungen
Dreisteller	293 Gruppen	220 Gruppen
Viersteller	1 050 Klassen	492 Klassen
Fünfsteller	1 811 Unterklassen	946 Kategorien
Sechsteller	–	2 303 Unterkategorien

Eine überarbeitete Fassung der CPA wird derzeit vorbereitet. Dabei erfährt die Gliederung der Klassifikation nur geringe Änderungen, die Überarbeitung bezieht sich fast ausschließlich auf redaktionelle Aspekte und auf die Referenzen zum revidierten HS.

3.5.1 Warenklassifikationen des Außenhandels

Bereits in den siebziger Jahren begann der Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens (RZZ), eine Klassifikation für den grenzüberschreitenden Warenverkehr zu entwickeln.

– Harmonisiertes System für die Bezeichnung und Codierung der Waren (HS)

Das HS ist in erster Linie von grundlegender und weltweiter Bedeutung für außenhandelsstatistische Nomenklaturen und für Zolltarife, da die HS-Konvention eine Verpflichtung der Vertragsparteien beinhaltet, ihre diesbezüglichen Verzeichnisse auf das HS umzustellen.

– Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel - Standard International Trade Classification (SITC)

Als Grundlage für die Zolltarife mancher Entwicklungsländer, die ihre Tarife noch nicht auf das HS umgestellt haben, behält diese Außenhandelsklassifikation noch eine gewisse Bedeutung.

Die SITC Rev. 3 ist nichts anderes als eine Umgruppierung des HS, da die kleinsten Einheiten durch HS-Unterpositionen definiert sind. Auf verschiedenen Aggregationsstufen sind dabei wirtschaftszweig- und produktionstechnische Zusammenhänge eher als beim HS berücksichtigt.

– Kombinierte Nomenklatur (KN)

Mit der Fertigstellung des HS machte man sich auch in den damaligen EG-Mitgliedstaaten Gedanken, die bisherigen Zoll- und Außenhandelsnomenklaturen zu vereinheitlichen und an das HS anzupassen. Durch Verfeinerung der sechsstelligen HS-Nummern in achtsellige Unterpositionen entstand die KN.

– Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA)

Das deutsche Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik stimmt im wesentlichen mit der Kombinierten Nomenklatur überein, die auf dem Harmonisierten System zur Bezeichnung und Codierung der Waren aufbaut. Es wird jährlich an die jeweils zum 1. Januar eines Jahres in Kraft tretende veränderte KN angepaßt, die ihrerseits außerdem in größeren Zeitabständen (das nächste Mal im Jahr 2000) der Revision des HS folgt.

Das WA, Ausgabe 1997, enthält 21 Abschnitte (I-XXI), 96 Kapitel (01-76 und 78-97) in den Abschnitten I-XXI sowie zwei Kapitel (98 und 99) im Anhang, 1 241 Positionen (Viersteller), 5 113 Unterpositionen (Sechsteller) und rund 10 606 Warennummern (Achtsteller).

In den Abschnitten I-XXI (Kapitel 01-97) entspricht die Gliederung des WA vollkommen der KN, darunter bis zum Sechsteller gleichzeitig dem HS.

Im Kapitel 98 sind die Waren (vollständige Fabrikationsanlagen) für nationale Belange teilweise nach ihrem Verwendungszweck tiefer gegliedert. Das Kapitel 99 ent-

hält Warennummern (Achtsteller) für Zusammenstellungen bestimmter Waren auf der Grundlage nationaler Regelungen.

Das WA wird in der Außenhandelsstatistik in seiner Gliederung nach achtstelligen Warennummern einheitlich für die Statistik des Handels mit den Mitgliedstaaten der EU (Intrahandelsstatistik) und des Handels mit Drittländern (Extrahandelsstatistik) und außerdem in ausgewählten Preisstatistiken verwendet.

Die große Zahl von Warennummern des WA erlaubt außerdem eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Außenhandelsstatistik nach Warengruppen und Untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft. Innerhalb der Gewerblichen Wirtschaft werden nach dem Verarbeitungsgrad Rohstoffe, Halbwaren, Fertigwarenvorerzeugnisse und Enderzeugnisse unterschieden.

3.5.2 Systematisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken

Das „Systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995“ (GP 95) trat am 1. Januar 1995 in Kraft; es ersetzt die Ausgabe 1989. Im Gegensatz zu den bisherigen in mehrjährigen Abständen erfolgten Revisionen der Güterverzeichnisse, bei denen die Berücksichtigung neuer technologischer und wirtschaftlicher Gegebenheiten im Vordergrund stand, handelt es sich bei dem Übergang auf die neue Güterklassifikation um eine völlig neue Strukturierung. Diese ist in einem engen Zusammenhang mit der Harmonisierung von Normen und Methoden innerhalb der EU zu sehen, bei der ein für alle Mitgliedstaaten verbindliches System von Klassifikationen eingeführt wurde.

Wie bereits erwähnt, baut das GP 95 auf der

– PRODCOM-Liste

(PRODCOM = Production Communautaire) auf. Zur Definition und Abgrenzung der Positionen dieser Liste wurden das Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren (HS) und die Kombinierte Nomenklatur (KN) des Außenhandels herangezogen. Damit sind zukünftig unmittelbare Vergleiche zwischen der Produktion und dem Außenhandel möglich.

In Verwirklichung des Aspekts der Harmonisierung der konzeptionellen Beziehungen folgt die Gliederung des GP 95 konsequent bis zur Ebene der Klassen (Viersteller) der Gliederung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, WZ 93 (siehe Abschnitt 3.2.2). Dies kommt auch in der grundsätzlich identischen Kodierung in den ersten vier Ziffern zum Ausdruck. In den ersten sechs Stellen sind die Kodierung und auch der Beschreibungstext identisch mit den entsprechenden Positionen aus der „Statistischen Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (CPA), der EU-weit verbindlichen zentralen Güterklassifikation für alle Wirtschaftsbereiche. Die ersten acht Stellen entsprechen dem achtstelligen Kode aus der PRODCOM-Liste, die neunte Stelle ist für nationale Unterteilungen vorbehalten: Eine Ziffer ungleich 0 in der neunten Stelle bedeutet, daß die PRODCOM-Position für nationale Zwecke in wenigstens zwei, höchstens neun weitere Teile aufgegliedert wurde.

Durch seine enge Bindung an die KN bzw. an das HS ist das WA Definitionsklassifikation für das Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995 (GP 95). Die gravierenden strukturellen Unterschiede zwischen dem WA und den Vorläufern des GP 95 sind durch die neue Struktur des GP überwunden, so daß die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik und der Produktionsstatistik künftig besser vergleichbar sind.

Im GP erfolgt der Nachweis eines Gutes grundsätzlich nur an einer Stelle und unter einer Meldenummer, und zwar unabhängig von der Möglichkeit, daß Unternehmen oder Betriebe verschiedener Branchen diese produzieren können. Waren, die zur Produktion mehrerer Wirtschaftszweige gehören können, werden möglichst der Warengruppe zugeordnet, die dem Wirtschaftszweig entspricht, in dem die jeweilige Ware überwiegend hergestellt wird.

Im Bereich des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) umfaßt das GP 95 30 Güterabteilungen (Zweisteller), 120 Gütergruppen (Dreisteller), 250 Güterklassen (Viersteller), 596 Güterkategorien (Fünfsteller), 1 438 Güterunterkategorien (Sechsteller) und 6 431 Güterarten (neunstellige Meldenummern).

Das GP 95 wird als Erhebungsklassifikation in der Vierteljährlichen Produktionserhebung angewendet. Für den monatlichen Produktions-Eilbericht wird eine Auswahl und/oder Zusammenfassung von Positionen des GP 95 in Form einer Erzeugnisliste den berichtspflichtigen Betrieben vorgelegt. Für die Statistik des innerdeutschen Warenverkehrs, die mit Ablauf des Monats März 1995 eingestellt wurde, sowie für ausgewählte Preisstatistiken wurde auch 1995 noch das „Systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1989“ (GP 89) verwendet. Weitere Einzelheiten zum GP 89 enthält die Veröffentlichung „Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik 1988“.

3.5.3 Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe

Das „Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe“ (WE) von 1978 wurde für die seit 1978 alle vier Jahre stattfindende „Erhebung über die Zusammensetzung des Material- und Wareneingangs nach Warenarten in Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes“ entwickelt. Es enthält alle im Produzierenden Gewerbe als Input vorkommenden Materialien und Waren und folgt in seiner Gliederung in großen Zügen dem Aufbau und der Numerierung des „Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975“ (WI) und des „Güterverzeichnisses für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Ausgabe 1978“ (GÜLA). Bei der Gruppierung nach Warengruppen, -zweigen, -klassen und -arten dominieren im WE insbesondere die Gliederungskriterien „Verwendungszweck“ und „Art des Rohstoffs bzw. anderer Vorprodukte“.

Das Verzeichnis umfaßt 40 Warengruppen (Zweisteller), 154 Warenzweige (Dreisteller), 346 Warenklassen (Viersteller) und 584 Warenarten (Fünfsteller). Es bildet zur Zeit die Erhebungsklassifikation bei der Erhebung über die Zusammensetzung des Material- und Wareneingangs in Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes.

Im Zuge der Harmonisierung aller Güterklassifikationen auf der Basis der „Statistischen Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (CPA) wird das Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe derzeit grundlegend überarbeitet. Die Neufassung des Verzeichnisses soll erstmalig in der Material- und Wareneingangserhebung 1998 zur Anwendung kommen.

3.5.4 Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik

Das „Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik“ (WB) wurde erstmalig 1978 herausgegeben. Es ist für den gesamten Binnenhandel (Großhandel, Handelsvermittlung, Einzelhandel) aufgestellt worden. Es umfaßt alle im Binnenhandel vorkommenden Waren und folgt weitgehend der Sortimentsstruktur des Handels.

Um den unterschiedlichen Sortimenten im Groß- und Einzelhandel und in der Handelsvermittlung gerecht zu werden, ist bei der Abgrenzung und Gliederung der Waren davon ausgegangen worden, in welcher Handelsstufe sie ihren Schwerpunkt haben: So sind insbesondere Rohstoffe, Vorerzeugnisse und Investitionsgüter entsprechend der Sortimentsstruktur im Großhandel, Konsumgüter dagegen entsprechend der Sortimentsstruktur des Einzelhandels abgegrenzt und gegliedert.

Wie im „Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken“ (siehe Abschnitt 3.5.2) gilt auch für das WB der Grundsatz, daß die einzelnen Waren unabhängig von den Sortimenten der einzelnen Branchen nur an einer Stelle des Verzeichnisses nachgewiesen werden. Dabei wurde vom Konzept der sogenannten Kernsortimente ausgegangen, demzufolge in dem für einen Wirtschaftszweig vorgesehenen Bereich des WB nur die Waren eingruppiert sind, die von diesem Wirtschaftszweig schwerpunktmäßig abgesetzt werden.

Das Verzeichnis umfaßt 91 Warengruppen (Zweisteller), 712 Warenklassen (Dreisteller) und 3 861 Warenarten (Viersteller). Es wird in den Statistiken im Handel und Gastgewerbe sowie bei ausgewählten Preisstatistiken angewendet.

Im Zuge der Harmonisierung aller Güterklassifikationen auf der Basis der „Statistischen Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (CPA) ist eine Überarbeitung des Warenzeichnisses für die Binnenhandelsstatistik für die nächste Zukunft vorgesehen.

3.5.5 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik

Das „Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik“ (GV) bildet die nationale Fassung des von den Europäischen Gemeinschaften aufgestellten

– Einheitlichen Güterverzeichnisses für die Verkehrsstatistik – (NST).

Nomenclature uniforme des marchandises pour les statistiques de transport

Die Verwendung der NST als Darstellungsklassifikation ist in Statistikrichtlinien der Europäischen Gemeinschaften über den Straßengüterverkehr sowie über den Güterverkehr mit der Eisenbahn und in der Binnenschifffahrt verbindlich vorgeschrieben. Die NST wurde in sehr enger Anlehnung an Güterklassifikationen für den Außenhandel erstellt. Aufgrund der vergleichsweise geringen Gliederungstiefe der NST konnte die hohe Übereinstimmung auch nach der Umstellung des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik aufrechterhalten werden. Die derzeit verwendete Ausgabe der NST stammt aus dem Jahr 1968. Zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen in der Struktur der transportierbaren Güter erfordern eine Überarbeitung der Klassifikation. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften beabsichtigt, die Neufassung der NST mit einer Anpassung an das in den vergangenen Jahren geschaffene harmonisierte System der Güterklassifikationen zu verbinden.

Das Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik umfaßt 10 Abteilungen (Einsteller), 52 Hauptgruppen (Zweisteller) und 175 Gruppen (Dreisteller).

Die deutsche amtliche Verkehrsstatistik setzt das Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik als Erhebungsklassifikation ein, und zwar auch in Statistiken wie der Seeverkehrsstatistik, für die derzeit noch keine europäische Rechtsgrundlage besteht. Als Darstellungsklassifikation wird das Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik bzw. die NST auch in der Außenhandelsstatistik verwendet.

3.5.6 Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch

Das Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch ist ein integraler Bestandteil der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (siehe Abschnitt 3.4). Es berücksichtigt als Gliederungsgesichtspunkte einerseits den Verwendungszweck und andererseits die Dauerhaftigkeit und den Wert der Güter. Außerdem sind Dienstleistungen als eigenständige Gliederungskategorie ausgewiesen. Die Problematik einer Gliederung nach dem Verwendungszweck liegt darin, daß Käufe als Vorstufe des tatsächlichen Verbrauchs zu ordnen sind, verschiedene Gruppen von gekauften Gütern, die einen mehrfachen Verwendungszweck haben, aber nicht entsprechend aufgeteilt werden können. Bei der Gliederung der Güter nach der Dauerhaftigkeit und dem Wert wird zwischen Verbrauchsgütern, Gebrauchsgütern von mittlerer Lebensdauer und/oder begrenztem Wert und langlebigen, hochwertigen Gebrauchsgütern unterschieden. Bei den Dienstleistungen sind die Reparaturen und die mit dem Kauf und der Inbetriebnahme von Gebrauchsgütern verbundenen Dienstleistungen (z. B. Installationen) als gesonderte Kategorien aufgeführt.

Das Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch umfaßt 8 Hauptgruppen (Einsteller), 56 Gruppen (Zweisteller), 274 Klassen (Dreisteller) und 901 Arten (Viersteller).

Es dient der Gliederung der von privaten Haushalten gekauften Waren und Dienstleistungen und wird insbesondere für den Nachweis des Privaten Verbrauchs in den

Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die Darstellung der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die Gliederung des Preisindex für die Lebenshaltung sowie die laufenden Wirtschaftsrechnungen verwendet.

Im Rahmen der Harmonisierung der zuvor genannten Statistiken, die u.a. die Ausgabenstruktur privater Haushalte zum Gegenstand haben (siehe Abschnitt 3.4), wird das Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch derzeit grundlegend überarbeitet.

3.5.7 Systematik der Bauwerke

Die „Systematik der Bauwerke“ (SB) wurde bereits 1978 herausgegeben und zwar mit dem Ziel, zur Vereinheitlichung der in den Bau- und Wohnungsstatistiken verwendeten Begriffe und Bauwerksgliederungen beizutragen. Die Bauwerke werden in dieser Klassifikation nach Hoch- und Tiefbauten (Bauwerksgruppen) gegliedert. Innerhalb dieser Kategorien werden die Bauwerke in erster Linie nach der durch den Verwendungszweck bedingten bautechnischen Gestaltung und weiter – speziell bei Gebäuden – nach der Hauptnutzung gruppiert. Die Lage eines Bauwerks und die Eigentumsverhältnisse sind für die Einordnung in der Regel bedeutungslos und bis auf wenige Ausnahmen in der Klassifikation unberücksichtigt geblieben. Weitere Gliederungsgesichtspunkte, die insbesondere die technische Ausstattung und die Konstruktionsart des Bauwerks betreffen, sind ebenso in einem der Systematik beigefügten Zusatzschlüssel enthalten wie ein Verzeichnis ausgewählter Infrastrukturbauten im Hochbau.

Die Gliederungsstruktur der Klassifikation umfaßt zwei Gruppen (Zweisteller), zehn Untergruppen (Dreisteller), 33 Klassen (Viersteller), 74 Unterklassen (Fünfsteller) und 120 Arten (Sechsteller).

Die Systematik der Bauwerke wird vor allem in den Bautätigkeitsstatistiken angewandt. Sie dient außerdem als Orientierungsrahmen für die Statistik der Baupreise sowie die Gebäude- und Wohnungszählungen.

In der noch vorläufigen Zentralen Güterklassifikation – Central Product Classification (CPC) – der Vereinten Nationen werden Bauwerke in der Abteilung 52 „Constructions“ abgehandelt. Die Gliederung unterscheidet zwei dreistellige Hauptgruppen („Buildings“ und „Civil Engineering Works“), die inhaltlich weitgehend mit den Bauwerksgruppen „Hochbauten“ und „Tiefbauten“ der deutschen Systematik der Bauwerke (siehe unten) korrespondieren. Die beiden CPC-Dreisteller sind nach 10 Vierstellern und 31 Fünfstellern untergliedert.

Auf der Basis der vorliegenden CPC-Fassung wird vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften derzeit eine harmonisierte Klassifikation der Bauwerke vorbereitet. Hierbei gehen die Überlegungen insbesondere dahin, die relativ grobe Gliederungsstruktur der CPC für europäische Zwecke zu verfeinern sowie Zuordnungs- und Abgrenzungsgrundsätze zu präzisieren. Die Klassifikation der Bauwerke soll vor allem eingesetzt werden zur Definition und Abgrenzung der in Bautätigkeitsstatistiken verwendeten Bauwerkskategorien sowie für Ausschreibungszwecke baulicher Vorhaben seitens der EU-Kommission.

3.6 Personenklassifikationen

Für die Gruppierung von Personen nach wichtigen Merkmalen und Tatbeständen – vor allem in den Statistiken der Bevölkerung und des Erwerbslebens – sind folgende spezielle Klassifikationen von Bedeutung:

3.6.1 Klassifizierung der Berufe

Auf der internationalen Ebene wird die

– Internationale Standardklassifikation der Berufe – International Standard Classification of Occupations (ISCO)

verwendet. Die Ausgabe 1988 wurde von der Internationalen Arbeitsorganisation (Genf) herausgegeben. Die ISCO-88 hat im wesentlichen zwei Ziele: Sie soll die internationale Vergleichbarkeit beruflich gegliederter Statistiken ermöglichen sowie als Muster für die Entwicklung oder Überarbeitung nationaler Berufsklassifikationen dienen.

Für Zwecke der Europäischen Union wurde die ISCO-88 überarbeitet. Die abgeleitete europäische Version, die in ihrer Gliederungsstruktur weitgehend der ISCO-88 entspricht, wird unter der Bezeichnung

– ISCO-88 COM

vor allem für die Übermittlung und den Vergleich berufsstruktureller Daten der EU-Mitgliedsländer eingesetzt.

Im Gegensatz zu den weiter oben erwähnten Wirtschaftsklassifikationen, deren Gliederungsstruktur auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene weitgehend harmonisiert ist, genießt die deutsche

– Klassifizierung der Berufe (KIdB)

noch immer ihre gliederungsstrukturelle Eigenständigkeit. Die hierarchische Gliederung der Ausgabe 1992 umfaßt fünf unterschiedlich stark aggregierte Gliederungsebenen. Die oberste Ebene bilden sechs Berufsbereiche, die in Anlehnung an die traditionelle Dreiteilung nach primärem, sekundärem und tertiärem Sektor geschaffen wurden. Die weitere Untergliederung nach Berufsabschnitten und Berufsgruppen orientiert sich an verschiedenen Bestimmungsfaktoren für Art und Grad der beruflichen Verwandtschaft, z. B. Besonderheiten des zu verarbeitenden Materials, Gemeinsamkeiten im Berufsmilieu, in der Berufsaufgabe oder im Objekt der Berufstätigkeit. Die Berufsordnungen, als statistische Basiseinheiten definiert, umfassen in der Regel Berufe mit abgrenzbarem, eigenständigem Charakter (zum Beispiel Gärtner/-innen, Altenpfleger/-innen), während die Berufsklassen Spezialisierungsformen bzw. Fachrichtungen in einem Beruf mit breitem Tätigkeitsspektrum vorbehalten sind und vorrangig im Bereich der Arbeitsverwaltung Verwendung finden. Die Berufsbenennungen schließlich sind als kleinste Bausteine der Klassifikation anzusehen, die allerdings keine eigene Gliederungsebene bilden.

Als Abgrenzungsmerkmal für die einzelnen Berufe wird in der Berufsklassifizierung die ausgeübte Tätigkeit verwendet. Andere Bestimmungsfaktoren, zum Beispiel die

formale Schul- oder Berufsausbildung, die Stellung im Beruf oder im Betrieb, bleiben berufssystematisch außer Betracht.

Die Klassifizierung der Berufe ist sowohl mit der Internationalen Standardklassifikation der Berufe (ISCO-88) als auch mit deren abgeleiteter europäischer Version (ISCO-88 COM) abgestimmt. Der Vergleich läßt sich am besten auf der Ebene der KldB-Berufsordnungen (Dreisteller), die den Berufsgattungen (Viersteller) der ISCO-88 entsprechen, durchführen.

Gliederungstiefe der Berufsklassifikationen

Vereinte Nationen	Europäische Union	Deutschland
ISCO-88	ISCO-88 COM	KldB 1992
10 Hauptgruppen	10 Hauptgruppen	6 Bereiche
28 Gruppen	27 Gruppen	33 Abschnitte
116 Untergruppen	111 Untergruppen	88 Gruppen
390 Gattungen	372 Gattungen	369 Ordnungen
		2 287 Klassen

Die KldB wird insbesondere verwendet für die Kodierung und Aufbereitung berufsbezogener Fragen in den Volks- und Berufszählungen, in Mikrozensus und EU-Arbeitskräftestichprobe, in der Berufsbildungs- und Beschäftigtenstatistik sowie in einer Reihe von Arbeitsmarktstatistiken.

Die vorgesehene Einführung der KldB 1992 in der Bundesanstalt für Arbeit (BA) hat sich verzögert. Die BA benutzt noch die KldB 1975 in einer modifizierten Form, das heißt mit einer überarbeiteten Fassung der Berufsklassen (Viersteller), denen die Berufsbenennungen zugeordnet wurden.

Auf der systematischen Basis der Klassifizierung der Berufe 1992 wurde ein sechsstelliges Schlüsselverzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe, Behinderten-Ausbildungsberufe, Fortbildungs- und Umschulungsberufe bzw. -prüfungen erstellt. Es dient speziellen Zwecken der Berufsbildungsstatistik und wurde so angelegt, daß alle in dieser Statistik erfaßten Berufe und Prüfungsnachweise eindeutig identifizierbar sind und neue Aus- und Fortbildungs- sowie Umschulungsberufe bzw. -prüfungen jederzeit systemgerecht integriert werden können.

Für die Signierung der Berufsangaben im Mikrozensus und in der EU-Arbeitskräftestichprobe wurde ein von der KldB 1992 abgeleitetes Schlüsselverzeichnis der Berufsbenennungen erstellt. Die Übermittlung der berufsbezogenen Daten aus der EU-Arbeitskräftestichprobe an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften erfolgt nach dem Gliederungssystem der ISCO-88 COM. Dazu bedarf es eines detaillierten Umsteigeschlüssels, mit dessen Hilfe die auf der systematischen Basis der KldB 1992 aufbereiteten Berufsdaten mit hohem Genauigkeitsgrad auf das Gliederungsschema der ISCO-88 COM übertragen werden können.

3.6.2 Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen

In der Todesursachenstatistik werden die Krankheiten und Unfälle, die zum Tode geführt haben, nach der vierstelligen „Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen – International Classification of Diseases, Injuries and Causes of Death (ICD) –, 1979, 9. Revision“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO), verschlüsselt. Die Todesursachenstatistik erlaubt nur eine unikausale Auswertung, da bei mehreren angegebenen Krankheitsdiagnosen nur das sogenannte Grundleiden in die statistische Aufbereitung einbezogen wird.

Die 10. Revision der ICD wurde inzwischen von der WHO verabschiedet; sie wird zur Zeit übersetzt und soll voraussichtlich ab 1998 zur Anwendung kommen.

Die Ausgabe 1979 der ICD umfaßt 17 Kapitel (römische Ziffern), 124 Hauptgruppen (zusammengefaßte Dreisteller), 913 Gruppen (Dreisteller) und rund 8 400 Positionen (Viersteller).

Die Krankenhausstatistik enthält ab dem Berichtsjahr 1993 Angaben zu den Krankheitsdiagnosen, die nach der dreistelligen ICD verschlüsselt sind. Auch die Träger der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung sowie ein Teil der Unternehmen der privaten Krankenversicherung verwenden die ICD zur Verschlüsselung der Krankheitsdiagnosen. In der Behindertenstatistik und in der Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen finden Signierschlüssel Verwendung, die auf der ICD basieren.

3.6.3 Staatsangehörigkeits- und Gebietsschlüssel

Hier wird die Schlüsselnummer für die Signierung der Staatsangehörigkeit und der Herkunfts- und Zielgebiete bei Zuzügen und Fortzügen über die Grenzen des Bundesgebietes nachgewiesen.

Die Ausgabe 1992 umfaßt sechs Einsteller und 199 Dreisteller. Das Verzeichnis dient der Verwendung einheitlicher Schlüsselnummern sowohl in der amtlichen Statistik als auch in der übrigen Verwaltung. Ferner ist es insbesondere im Ausländer- und Meldewesen sowie in der Wirtschaft eine wichtige Arbeitshilfe.

3.7 Regionalklassifikationen

Die wichtigsten Gliederungsmerkmale in regionaler Hinsicht für die amtliche Statistik sind die sogenannten administrativen Gebietseinheiten, insbesondere Bundesländer, Regierungsbezirke, Kreise (Landkreise und kreisfreie Städte) und Gemeinden. Daneben existieren auch Ansätze für nichtadministrative Gliederungen, die sich aus mehreren Gemeinden und Kreisen zusammensetzen können, zum Beispiel Raumordnungsregionen oder Arbeitsmarktreionen. Grundlage für die systematische regionale Gliederung sind mehrere Verzeichnisse, die im folgenden vorgestellt werden.

– Amtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland

In diesem Verzeichnis findet man Angaben über den Gebiets- und Bevölkerungsstand zum Stichtag (25. Mai) der Volkszählung 1987. Das Gemeindeverzeichnis, Ausgabe 1987, unterscheidet 11 Länder (Zweisteller), 26 Regierungs- und Verwaltungsbezirke (Dreisteller), 91 kreisfreie Städte und 237 Landkreise (Fünfsteller) sowie 8 505 Gemeinden (Achtsteller).

– Amtliche Schlüsselnummern und Bevölkerungsdaten der Gemeinden und Verwaltungsbezirke in der Bundesrepublik Deutschland

Dieses Verzeichnis wird jährlich erstellt. Es wird zur Feststellung des Gebiets- und Bevölkerungsstandes verwendet und enthält eine Auflistung aller Gemeinden, Gemeindeverbände und Kreise mit deren Fläche und Bevölkerung. Hinzu kommen Aufstellungen nach Postleiteinheiten sowie ein Nachweis der Gemeinden, kreisfreien Städte und Landkreise nach bestimmten Größenklassenmerkmalen. Außerdem stehen auf maschinellm Datenträger vierteljährlich aktualisierte systematische Angaben über die Gemeinden (Schlüsselnummer, Postleitzahl, Zugehörigkeit zu Arbeitsamtsbezirken, Amtsgerichten und weiteren administrativen Einheiten), zusätzlich jeweils zum Stichtag 31. Dezember des Vorjahres die Fläche und Bevölkerungszahl, zur Verfügung.

Die Ausgabe 1996 untergliedert nach 16 Ländern (Zweisteller), 32 Regierungsbezirken (Dreisteller), 116 kreisfreien Städten und 323 Landkreisen (Fünfsteller) sowie 14 561 Gemeinden (Achtsteller).

– Kennziffern der Gemeinden und Verwaltungsbezirke in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland

Dieses EDV-gestützte Verzeichnis dient der Feststellung des Gebietsstandes. Es wird seit 1976 vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS-NW) geführt und enthält alle Gemeinden und Verwaltungsbezirke des Bundesgebietes in systematischer und alphabetischer Ordnung mit dem in der amtlichen Statistik verwendeten Gemeindeschlüssel (statistische Kennziffern) sowie die Postleitzahlen der Gemeinden. Der Bestand wird jeweils quartalsweise auf den neuesten Stand fortgeschrieben. Das Verzeichnis kann als Arbeitsliste oder als Diskette vom LDS-NW bezogen werden.

Das Verzeichnis (Stand: 1. Juli 1997) ist untergliedert nach 16 Ländern (Zweisteller), 32 Regierungsbezirken (Dreisteller), 114 kreisfreien Städten und 323 Landkreisen (Fünfsteller) sowie 14 403 kreisangehörige Gemeinden (Achtsteller).

– Historisches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland

Es enthält Namens-, Grenz- und Schlüsselnummernänderungen bei Gemeinden, Verwaltungsbezirken und Ländern in der Zeit vom 25. Mai 1970 bis 31. Dezember 1982 sowie deren Auswirkungen auf die Bevölkerung der betroffenen Verwaltungseinheiten am Stichtag der Volkszählungen 1961 und 1970.

– Länderverzeichnisse

Für die Statistik des Außenhandels der Europäischen Gemeinschaften und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten wird gemäß EG-Verordnung ein spezielles Länderverzeichnis, die

– Geonomenklatur

verwendet. Die Geonomenklatur wird von der Europäischen Kommission jährlich dem aktuellen Stand der Entwicklung angepaßt. Ihre Gliederung erfolgt hauptsächlich nach Kontinenten und großen Regionen und im Innern jeder Region nach der geographischen Lage jedes Landes und Territoriums.

Der Geonomenklatur entspricht das deutsche

– Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik

sowohl in seinem Aufbau als auch in der Bezeichnung und Kodierung der Länder. Es wird in der Außenhandelsstatistik (Intra- und Extrahandelsstatistik) sowie in ausgewählten Preisstatistiken verwendet.

Die Ausgabe 1997 unterscheidet 222 Länderpositionen (Dreisteller).

– Verzeichnis der Verkehrsbezirke und Häfen

Dieses Verzeichnis wird hauptsächlich für Ergebnisdarstellungen zum Güterverkehr in regionaler Verflechtung, sogenannte Quelle-Ziel-Matrizen, verwendet. In die Ausgabe 1995 sind Gebietsreformen in den neuen Bundesländern sowie politische Veränderungen in Mittel- und Osteuropa eingearbeitet worden. Wegen nicht mehr vorhandener Übereinstimmung mit den von der Europäischen Union für Verkehrsstatistiken vorgesehenen Gebietsklassifikationen soll mittelfristig das Verzeichnis der Verkehrsgebiete und Häfen aufgegeben und auch in der Verkehrsstatistik auf administrative Regionalklassifikationen (Gemeindeverzeichnis und Geonomenklatur) übergegangen werden.

Die Ausgabe 1995 dieses Verzeichnisses enthält 78 Verkehrsgebiete (Zweisteller), darunter 27 im Inland, sowie 362 Verkehrsbezirke (Dreisteller), darunter 100 im Inland.

– Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik – (NUTS) Nomenclature des unités territoriales statistiques

Grundlage für eine regionalisierte Aufbereitung und Darbietung statistischer Daten für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist die Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS).

Sie unterteilt das Gebiet der einzelnen Mitgliedstaaten in hierarchisch aufgebaute Gebietseinheiten und besteht ausschließlich aus administrativen Gebieten. In Deutschland entspricht die Ebene NUTS 1 den Bundesländern, die Ebene NUTS 2 den Regierungsbezirken, die Ebene NUTS 3 den Kreisen (kreisfreie Städte und

Landkreise). Für die regionale Ebene unterhalb der Kreise wird vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) die sogenannte LOC-Nomenklatur³⁹⁾ verwendet, wobei in Deutschland zur Zeit nur die LOC 2-Ebene (= Gemeinden) besetzt ist. Für die Ebene LOC 1 kämen aber zum Beispiel die in einigen Bundesländern unter verschiedenen Bezeichnungen vorhandenen Gemeindeverbände in Frage. Eurostat plant, die Systematik NUTS zu erweitern, wobei die derzeitige LOC 1- und LOC 2-Ebene in NUTS 4 und NUTS 5 umbenannt werden sollen.

Im Gegensatz zum deutschen Gemeindeschlüssel ist der zur Zeit zur Kodifizierung verwendete Gemeinschaftsschlüssel alphanumerisch.

3.8 Sonstige Klassifikationen

– Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens – International Standard Classification of Education (ISCED)

Diese von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) herausgegebene Klassifikation wird sowohl personenbezogen (zum Beispiel Bildungsstand) als auch für den Nachweis von Bildungseinrichtungen und anderer bildungsrelevanter Merkmale verwendet.

Der Aufbau der ISCED erfolgt nach einem Stufensystem, das von der Vorschule bis zur Hochschule reicht und schulische sowie außerschulische Bildungsgänge, allgemein- und berufsbildende Aktivitäten, Aus- und Fortbildungsprogramme einschließlich Erwachsenenbildung umfaßt.

Die ISCED Ausgabe 1976 unterscheidet auf der obersten Hierarchieebene die folgenden acht Bildungsstufen („levels“): Elementarbereich, Primarbereich, Sekundarbereich I, Sekundarbereich II, nicht-universitärer Tertiärbereich, universitärer Tertiärbereich (erstes Niveau), universitärer Tertiärbereich (zweites Niveau) sowie nicht-stufenbezogene Bildungsprogramme. Innerhalb der einzelnen Bildungsstufen (Einsteller) wird nach insgesamt 107 dreistelligen Bildungsfeldern („fields“) untergliedert, die fachlichen Gesichtspunkten Rechnung tragen. Die unterste Gliederungsebene bilden 520 fünfstellige Bildungsprogramme („programmes“) bzw. -programmgruppen („programme groups“).

– Weitere Klassifikationen und Verzeichnisse

Verschiedene statistische Klassifikationen dienen einem speziellen Erhebungszweck. Dazu zählen u. a. das „Verzeichnis der Krankenhäuser und der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland“ (Stand: 31. Dezember 1995), die zahlreichen Zuordnungsverzeichnisse für die Statistiken des allgemeinen und beruflichen Schulwesens sowie die Fachrichtungs- und Fächerschlüssel der Hochschulstatistik.

³⁹⁾ LOC = Local.

Beispiele für Klassifikationen, nach denen die Ergebnisse einiger Rechtspflegestatistiken gegliedert werden, sind das Straftatenverzeichnis für die Statistiken der Strafrechtspflege sowie die Systematik der Sachgebiete in der Justizgeschäftsstatistik der Verwaltungsgerichte.

3.9 Auszüge aus wichtigen Klassifikationen

Zum Abschluß noch ein Überblick über den Aufbau der wichtigsten Klassifikationen. Es handelt sich dabei um Auszüge aus den folgenden Klassifikationen, die aus Platzgründen maximal bis zur Gliederungsebene der Dreisteller wiedergegeben werden:

- Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979 (WZ 79)
- Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
- Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)
- Staatliche Haushaltssystematik
- Kommunale Haushaltssystematik
- Zusammenfassung der Staats- und Kommunalfinanzen
- Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983
- Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (CPA), Ausgabe 1993
- Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, Ausgabe 1995 (WA)
- Systematisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995 (GP 95)
- Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe, Ausgabe 1978 (WE)
- Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik, Ausgabe 1978 (WB)
- Güterverzeichnis für Verkehrsstatistik, Ausgabe 1969 (GV)
- Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, Ausgabe 1983
- Systematik der Bauwerke, Ausgabe 1978 (SB)
- Internationale Standardklassifikation der Berufe, Ausgabe 1988 (ISCO)
- Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992 (KIdB)
- Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen, 9. Revision, 1979 (ICD)

Systematik der Wirtschaftszweige (WZ 79)*

Ausgabe 1979

Abteilungen, Unterabteilungen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
0	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	103	Gasversorgung
01	Landwirtschaft	105	Fernwärmeversorgung
011	Allgemeine Landwirtschaft	107	Wasserversorgung
014	Allgemeiner Gartenbau	11	Bergbau
017	Dienstleistungen auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe	110	Steinkohlenbergbau und -brikettherstellung, Kokerei
03	Gewerbliche Gärtnerei, gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege	111	Braunkohlenbergbau und -brikettherstellung
031	Gewerbliche Gärtnerei	113	Erzbergbau
034	Gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege	114	Gewinnung von spalt- und brutstoffhaltigen Erzen
037	Gewerbliche Jagd	115	Kali- und Steinsalzbergbau, Salinen
05	Forstwirtschaft	116	Gewinnung von Erdöl, Erdgas
	Forstwirtschaft (ohne Dienstleistungen auf der forstwirtschaftlichen Erzeugerstufe)	118	Sonstiger Bergbau, Torfgewinnung
	Dienstleistungen auf der forstwirtschaftlichen Erzeugerstufe	2	Verarbeitendes Gewerbe
07	Fischerei, Fischzucht	20	Chemische Industrie, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen, Mineralölverarbeitung
071	Hochsee- und Küstenfischerei	200	Chemische Industrie
074	Binnenfischerei, Fischzucht	201	Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen
077	Dienstleistungen auf der fischwirtschaftlichen Erzeugerstufe	205	Mineralölverarbeitung
1	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	21	Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren
10	Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	210	Herstellung von Kunststoffwaren
100	Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung ⁴⁰⁾	213	Herstellung von Gummiwaren
101	Elektrizitätsversorgung	216	Runderneuerung und Reparatur von Bereifungen
		22	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik, Glasgewerbe

Fußnoten siehe S. 281.

Systematik der Wirtschaftszweige (WZ 79)*

Ausgabe 1979

Abteilungen, Unterabteilungen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
221	Gewinnung von Steinen und Erden	243	Herstellung von Buromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
222	Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Grobkeramik, Herstellung von Schleifmitteln)	244	Herstellung von Kraftwagen und deren Teilen
223	Grobkeramik	245	Straßenfahrzeugbau (ohne Herstellung von Kraftwagen)
224	Feinkeramik	246	Schiffbau
226	Herstellung von Schleifmitteln	247	Schienenfahrzeugbau
227	Herstellung und Verarbeitung von Glas	248	Luft- und Raumfahrzeugbau
23	Metallerzeugung und -bearbeitung	249	Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern, Haushaltsnäh- und Schreibmaschinen
230-232	Eisenschaffende Industrie	25	Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik; Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Schmuck; Foto- und Filmlabors
230	Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke (ohne Herstellung von Stahlrohren)	250	Elektrotechnik
231	Herstellung von Stahlrohren	252	Feinmechanik, Optik
232	Schmiede-, Preß- und Hammerwerke	254	Herstellung von Uhren
233	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	256	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren
234	Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	257	Herstellung von Fullhaltern u. a., Stempeln; Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Foto- und Filmlabors
236	NE-Metallgießerei	258	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. a.
237	Ziehereien, Kaltwalzwerke	259	Reparatur von Gebrauchsgütern aus der Unterabteilung 25
238	Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Hartung	26	Holz-, Papier- und Druckgewerbe
239	Mechanik, a.n.g.		
24	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau; Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen		
240	Herstellung von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen, Weichenbau		
241	Kessel- und Behälterbau		
242	Maschinenbau		

Fußnoten siehe S. 281.

Systematik der Wirtschaftszweige (WZ 79)*

Ausgabe 1979

Abteilungen, Unterabteilungen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
260	Holzbearbeitung	289	Herstellung von Speiseöl, Margarine u. ä. Nahrungsfetten
261	Holzverarbeitung	291	Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe), Fleischverarbeitung
264	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	292	Fischverarbeitung
265	Papier- und Pappeverarbeitung	293	Brauerei, Mälzerei
268	Druckerei, Vervielfältigung	294	Alkoholbrennerei, Herstellung von Spirituosen, Weinherstellung und -verarbeitung
269	Reparatur von Gebrauchsgutern aus Holz u. a.	295	Mineralbrunnen, Herstellung von Mineralwasser, Limonaden
27	Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	296	Sonstiges Ernährungsgewerbe (ohne Herstellung von Futtermitteln)
270	Ledererzeugung	297	Herstellung von Futtermitteln
271	Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	299	Tabakverarbeitung
272	Herstellung von Schuhen	3	Baugewerbe
275	Textilgewerbe	30	Bauhauptgewerbe
276	Bekleidungsgewerbe	300	Hoch- und Tiefbau
279	Reparatur von Schuhen, Gebrauchsgutern aus Leder u. ä., Schirmen	302	Spezialbau
28/29	Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	305	Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei
281	Mahl- und Schalmühlen	308	Zimmerei, Dachdeckerei
282	Herstellung von Stärke, Stärkeerzeugnissen	31	Ausbaugewerbe
283	Herstellung von Teigwaren	310	Bauinstallation
284	Herstellung von Backwaren	316	Ausbaugewerbe (ohne Bauinstallation)
285	Zuckerindustrie	4	Handel
286	Obst- und Gemüseverarbeitung	40/41	Großhandel
287	Herstellung von Süßwaren (ohne Dauerbackwaren)	401	Großhandel mit Getreide, Saaten, Pflanzen-, Futter- und Düngemitteln, lebenden Tieren
288	Milchverwertung		

Fußnoten siehe S. 281

Systematik der Wirtschaftszweige (WZ 79)*)

Ausgabe 1979

Abteilungen, Unterabteilungen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
402	Großhandel mit textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten, Fellen, Leder, Rohtabak	421	Vermittlung von landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebenden Tieren, textilen Rohstoffen und Halbwaren
404	Großhandel mit technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	422	Vermittlung von technischen Chemikalien, Brennstoffen, Mineralerzeugnissen, Erzen, Holz, Baustoffen
405	Großhandel mit festen Brennstoffen, Mineralerzeugnissen	423	Vermittlung von Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren
406	Großhandel mit Erzen, Stahl, NE-Metallen, Stahl- und NE-Metallhalbzeug	424	Vermittlung von Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren
407	Großhandel mit Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	425	Vermittlung von Eisen- und Metallwaren, Möbeln, Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen
408	Großhandel mit Altmaterial, Reststoffen	426	Vermittlung von feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck, Spielwaren, Sportartikeln
411	Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	427	Vermittlung von Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf
412	Großhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	428	Vermittlung von sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ⁴⁰⁾
413	Großhandel mit Eisen- und Metallwaren, Möbeln, Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen	429	Versandhandelsvertretung
414	Großhandel mit feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck, Spielwaren, Sportartikeln	43	Einzelhandel
416	Großhandel mit Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	431	Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren
418	Großhandel mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, Laborbedarf, medizinischen Artikeln, Reinigungsmitteln	432	Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren
419	Großhandel mit Papier, Schreibwaren, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art ⁴⁰⁾	433	Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische und Haushaltsgroßgeräte)
42	Handelsvermittlung	434	Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten

Fußnoten siehe S. 281.

Systematik der Wirtschaftszweige (WZ 79)*)

Ausgabe 1979

Abteilungen, Unterabteilungen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
435	Einzelhandel mit Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	602	Institute des Sparkassenwesens (ohne Post- und Bausparkassen)
436	Einzelhandel mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, medizinischen Artikeln, Reinigungsmitteln, Anstrichbedarf	603	Genossenschaftliche Kreditinstitute
437	Einzelhandel mit Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen)	604	Realkreditinstitute
438	Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	605	Teilzahlungskreditinstitute
439	Einzelhandel mit sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	606	Kreditinstitute mit Sonderaufgaben
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	607	Postscheck- und Postsparkassenämter
51	Verkehr, Nachrichtenübermittlung (ohne Spedition, Lagerei, Verkehrsvermittlung)	608	Bausparkassen
511	Eisenbahnen	609	Sonstige Kreditinstitute
512	Straßenverkehr, Parkplätze und -häuser	61	Versicherungsgewerbe
513	Binnenschifffahrt, -wasserstraßen und -häfen	611	Lebensversicherung, Pensions- und Sterbekassen
514	See- und Kustenschifffahrt, Seehäfen	612	Krankenversicherung
515	Luftfahrt, Flugplätze	614	Schaden- und Unfallversicherung
516	Transport in Rohrleitungen	616	Rückversicherung
517	Deutsche Bundespost	65	Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten
55	Spedition, Lagerei, Verkehrsvermittlung	651	Finanzierungs-Leasing
551	Spedition, Lagerei	653	Leihhäuser
555	Verkehrsvermittlung	655	Effektenbörsen, Vermittlung von Bank- und Effektengeschäften
6	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	657	Vermittlung von Versicherungen
60	Kreditinstitute	7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht
600	Deutsche Bundesbank	71	Gastgewerbe
601	Kreditbanken	711	Beherbergungsgewerbe
		713	Gaststättengewerbe
		715	Kantinen

Fußnoten siehe S. 281

Systematik der Wirtschaftszweige (WZ 79)*)

Ausgabe 1979

Abteilungen, Unterabteilungen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
717	Schlaf- und Speisewagenbetriebe	77	Gesundheits- und Veterinärwesen
72	Heime (ohne Fremden-, Erholungs- und Ferienheime)	771	Gesundheitswesen
721	Wohnheime (ohne Wohnheime für Behinderte)	774	Veterinärwesen
723	Heime für Säuglinge, Kinder und Jugendliche (ohne Erziehungs-, Erholungs- und Ferienheime)	78	Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung, technische Beratung und Planung, Werbung, Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.
725	Einrichtungen zur Eingliederung und Pflege Behinderter, Wohnheime für Behinderte	781	Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung
727	Altenpflege- und -krankenheime	784	Technische Beratung und Planung
728	Tagesheime	787	Werbung
73	Wascherei, Körperpflege, Fotoateliers u. a. persönliche Dienstleistungen	789	Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.
731	Wäscherei, Reinigung	79	Dienstleistungen, a.n.g.
735	Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe	791	Vermietung beweglicher Sachen (ohne Buch-, Zeitschriften- und Filmverleih)
739	Sonstige persönliche Dienstleistungen	794	Grundstücks- und Wohnungswesen
74	Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u. a. hygienische Einrichtungen	797	Beteiligungsgesellschaften (ohne Kapitalanlagegesellschaften)
741	Reinigung von Gebäuden, Räumen, Inventar (ohne Fassadenreinigung)	799	Sonstige Dienstleistungen, a.n.g.
745	Abfall- und Abwasserbeseitigung, sonstige hygienische Einrichtungen	8	Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte
75	Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Unterhaltung	81	Organisationen ohne Erwerbszweck, nicht für Unternehmen tätig
751	Wissenschaft, Forschung, Unterricht	811	Christliche Kirchen, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen
755	Kultur, Kunst, Sport, Unterhaltung	812	Organisationen der freien Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe
76	Verlagsgewerbe	813	Organisationen der Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
760	zugleich Gruppe	814	Organisationen des Sports und Gesundheitswesens

Fußnoten siehe S. 281

Systematik der Wirtschaftszweige (WZ 79)*)

Ausgabe 1979

Abteilungen, Unterabteilungen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
815	Gewerkschaften	9 4	Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur
816	Kommunale Spitzen- und Regionalverbände, Verbände der Sozialversicherungsträger	9 5	Sozialhilfe, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung
817	Politische Parteien, sonstige Organisationen ohne Erwerbszweck, nicht für Unternehmen tätig	9.6	Sport, Gesundheitswesen
83	Organisationen ohne Erwerbszweck, für Unternehmen tätig	9.7	Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht
831	Arbeitgeberverbände	9.8	Abfall- und Abwasserbeseitigung, sonstige hygienische Einrichtungen
834	Wirtschaftsverbände und Berufsorganisationen (ohne öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen)	9.9	Verschiedene kommunale Anstalten und Einrichtungen
837	Öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen	98	Sozialversicherung, Arbeitsförderung
85	Private Haushalte	981	Gesetzliche Rentenversicherung (ohne knappschaftliche Rentenversicherung), Zusatzversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes
850	zugleich Gruppe	982	Gesetzliche Krankenversicherung (ohne knappschaftliche Krankenversicherung)
9	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	984	Knappschaftsversicherung
9 ⁴¹⁾	Gebietskörperschaften	986	Gesetzliche Unfallversicherung
9.0	Politische Führung, zentrale Verwaltung, Auslandsvertretungen	989	Arbeitsförderung
9 1	Verteidigungstreitkräfte	99	Vertretungen fremder Staaten, Stationierungstreitkräfte, inter- und supranationale Organisationen mit Behördencharakter
9.2	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	990	zugleich Gruppe
9.3	Rechtsschutz		

*) Enthält 10 Abteilungen (Einsteller), 40 Unterabteilungen (Zweisteller), 209 Gruppen (Dreisteller), 612 Untergruppen (Viersteller) und 1 064 Klassen (Fünfsteller), darunter 18 Vier- und 18 Fünfsteller in den Abteilungen 8 und 9, die durch Verknüpfung mit dem „Sonderschlüssel zum Nachweis bestimmter Anstalten und Einrichtungen“, der 5 Viersteller und 32 Fünfsteller enthält, erweitert werden können. – ⁴²⁾ Ohne ausgeprägten Schwerpunkt. – ⁴¹⁾ Bei den Gebietskörperschaften wird für die zweite Stelle folgender Schlüssel angewendet: 0 = Gebietskörperschaften insgesamt, 1 = Bund; 2 = Länder, 3 = Kreisfreie Städte, 4 = Landkreise, 5 = Kreisangehörige Gemeinden, Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden, 6 = Bezirksverbände; 7 = Zweckverbände.

Systematik der Wirtschaftszweige (WZ)*)

Ausgabe 1979

Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Wirtschaftsbereich	Nummer ⁴²⁾	Wirtschaftsbereich	Nummer ⁴²⁾
Unternehmen	0-7, 83, ex 9.0 39, ex 9.7 11	Herstellung und Verarbeitung von Glas	227
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0	Eisenschaffende Industrie	230-232
Landwirtschaft	01	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	233
Gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung, Forstwirtschaft, Fischerei	03-07	Gießerei	234-236
Produzierendes Gewerbe⁴³⁾	1-3, ex 9.0 39	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.	237-239
Energie- und Wasserver- sorgung, Bergbau	1	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	240-241, 247
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	10	Maschinenbau	242
Elektrizitäts- und Fern- wärmeversorgung usw.	100-101, 105	Herstellung von Büro- maschinen, ADV-Geräten und -einrichtungen	243
Gasversorgung	103	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraft- fahrzeugen usw.	244-245, 249 1
Wasserversorgung	107	Schiffbau	246
Bergbau	11	Luft- und Raumfahrzeugbau	248
Kohlenbergbau	110-111	Elektrotechnik; Reparatur von Haushaltsgeräten	250, 259 1
Übriger Bergbau	113-118	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	252-254
Verarbeitendes Gewerbe ⁴³⁾	2, ex 9.0 39	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	256
Chemische Industrie, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	200-201	Herstellung von Musik- instrumenten, Spielwaren, Fullhaltern usw.	257-258
Mineralölverarbeitung	205	Holzbearbeitung	260
Herstellung von Kunst- stoffwaren	210	Holzverarbeitung	261
Gummiverarbeitung	213-216	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	264
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	221-223, 226	Papier- und Pappever- arbeitung	265
Feinkeramik	224	Druckerei, Vervielfältigung	268

Fußnoten siehe S. 283.

Systematik der Wirtschaftszweige (WZ) *)

Ausgabe 1979

Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Wirtschaftsbereich	Nr. der Systematik ⁴²⁾	Wirtschaftsbereich	Nr. der Systematik ⁴²⁾
Ledergewerbe	270-272	Kreditinstitute ⁴⁴⁾ , Versicherungsunternehmen	60-61
Textilgewerbe	275		
Bekleidungsgewerbe	276	Kreditinstitute ⁴⁴⁾	60
Ernährungsgewerbe (ohne Getränkeherstellung)	28/29 (oh. 293-295, 299)	Versicherungsunternehmen	61
Getränkeherstellung	293-295, ex 9.0 39	Wohnungsvermietung	ex 794 11
Tabakverarbeitung	299	Sonstige Dienstleistungsunternehmen	65, 7 (oh. ex 794 11), 83 (oh. ex 834 10)
Baugewerbe	3		
Bauhauptgewerbe	30	Gastgewerbe, Heime	71-72
Ausbaugewerbe	31	Bildung, Wissenschaft, Kultur usw., Verlagsgewerbe	75-76
Handel und Verkehr⁴⁴⁾	4, 5, ex 834 10, ex 9.7 11	Gesundheits- und Veterinärwesen	77
Handel	4, ex 834 10, ex 9.7 11	Übrige Dienstleistungsunternehmen	65, 73-74, 78-79 (oh. ex 794 11), 83 (oh. ex 834 10)
Großhandel, Handelsvermittlung	40/41-42, ex 834 10, ex 9.7 11	Staat⁴⁵⁾	9 (oh. ex 9.0 39, ex 9.7 11, 99)
Einzelhandel	43	Gebietskörperschaften ⁴⁵⁾	9 (oh. ex 9.0 39, ex 9.7 11)
Verkehr, Nachrichtenübermittlung ⁴⁴⁾	5	Sozialversicherung	98
Eisenbahnen	511		
Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen	513-514	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	81, 85
Deutsche Bundespost	517		
Übriger Verkehr	512, 515-516, 55	Private Haushalte	85
Dienstleistungsunternehmen	6-7, 83 (oh. ex 834 10)	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	81

*) Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Juni 1985. – Der Bereich „Landwirtschaft“ umfaßt auch die landwirtschaftlichen Tätigkeiten in Einheiten, die nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit anderen Bereichen zugeordnet sind, sowie die landwirtschaftliche Produktion in Hausgärten. Der den Dienstleistungsunternehmen zugeordnete Bereich „Wohnungsvermietung“ umfaßt außer der gewerblichen Wohnungsvermietung (Vermietung von eigenen Wohnungen – ex WZ 794 11) die gewerbliche Wohnungsvermietung von Einheiten, die nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit anderen Bereichen zugeordnet sind, sowie die nichtgewerbliche Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen – ⁴²⁾ Ex = Teil aus. – ⁴³⁾ „Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte für den Haushalt)“ – WZ 249 5, 259 (ohne 259 1), 269, 279 – wird nicht gesondert dargestellt. Die Werte sind in den Angaben derjenigen Wirtschaftsbereiche enthalten, die diese Güter herstellen. – ⁴⁴⁾ Post giro- und Postsparkassenämter bis 1989 bei der Deutschen Bundespost, ab 1990 als Postbank bei den Kreditinstituten – ⁴⁵⁾ Ohne Unternehmen im Eigentum der Gebietskörperschaften

Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93)*

Ausgabe 1993

Abschnitte, Unterabschnitte, Abteilungen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
A	Land- und Forstwirtschaft	11.2	Erbringung von Dienstleistungen bei der Gewinnung von Erdöl und Erdgas
01	Landwirtschaft, gewerbliche Jagd	12	Bergbau auf Uran- und Thoriumerze
01.1	Pflanzenbau	CB	Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau
01.2	Tierhaltung	13	Erzbergbau
01.3	Gemischte Landwirtschaft	13.1	Eisenerzbergbau
01.4	Erbringung von Dienstleistungen auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe sowie von gärtnerischen Dienstleistungen	13.2	NE-Metallerzbergbau (ohne Bergbau auf Uran- und Thoriumerze)
01.5	Gewerbliche Jagd	14	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau
02	Forstwirtschaft	14.1	Gewinnung von Natursteinen
B	Fischerei und Fischzucht	14.2	Gewinnung von Kies, Sand, Ton und Kaolin
05	Fischerei und Fischzucht	14.3	Bergbau auf chemische und Dungemittelminerale
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	14.4	Gewinnung von Salz
CA	Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Bergbau auf Uran- und Thoriumerze	14.5	Gewinnung von Steinen und Erden a.n.g., sonstiger Bergbau
10	Kohlenbergbau, Torfgewinnung	D	Verarbeitendes Gewerbe
10.1	Steinkohlenbergbau und -brikettherstellung	DA	Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung
10.2	Braunkohlenbergbau und -brikettherstellung	15	Ernährungsgewerbe
10.3	Torfgewinnung und -veredlung	15.1	Schlachten und Fleischverarbeitung
11	Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Erbringung damit verbundener Dienstleistungen	15.2	Fischverarbeitung
11.1	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	15.3	Obst- und Gemuseverarbeitung
		15.4	Herstellung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten

Fußnoten siehe S. 292.

Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93)*)

Ausgabe 1993

Abschnitte, Unterabschnitte, Abteilungen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
15.5	Milchverarbeitung	19.2	Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Lederbekleidung und Schuhen)
15.6	Mahl- und Schälmuhlen, Herstellung von Stärke und Stärkeerzeugnissen	19.3	Herstellung von Schuhen
15.7	Herstellung von Futtermitteln	DD	Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
15.8	Sonstiges Ernährungsgewerbe (ohne Getränkeherstellung)	20	Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
15.9	Getränkeherstellung	20.1	Sage-, Hobel- und Holzimprägnierwerke
16	Tabakverarbeitung	20.2	Furnier-, Sperrholz-, Holzfaserplatten- und Holzspanplattenwerke
DB	Textil- und Bekleidungsgewerbe	20.3	Herstellung von Konstruktionsteilen, Fertigbauteilen, Ausbauelementen und Fertigteilbauten aus Holz
17	Textilgewerbe	20.4	Herstellung von Verpackungsmitteln und Lagerbehältern aus Holz
17.1	Spinnstoffaufbereitung und Spinnerei	20.5	Herstellung von Holzwaren a.n.g. sowie von Kork-, Flecht- und Korbwaren
17.2	Weberei	DE	Papier-, Verlags- und Druckgewerbe
17.3	Textilveredlung	21	Papiergewerbe
17.4	Herstellung von konfektionierten Textilwaren (ohne Bekleidung)	21.1	Herstellung von Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe
17.5	Sonstiges Textilgewerbe (ohne Herstellung von Maschenware)	21.2	Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung
17.6	Herstellung von gewirktem und gestricktem Stoff	22	Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern
17.7	Herstellung von gewirkten und gestrickten Fertigerzeugnissen	22.1	Verlagsgewerbe
18	Bekleidungsgewerbe	22.2	Druckgewerbe
18.1	Herstellung von Lederbekleidung	22.3	Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern
18.2	Herstellung von Bekleidung (ohne Lederbekleidung)		
18.3	Zurichtung und Färben von Fellen, Herstellung von Pelzwaren		
DC	Ledergewerbe		
19	Ledergewerbe		
19.1	Ledererzeugung		

Fußnoten siehe S. 292.

Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93)*)

Ausgabe 1993

Abschnitte, Unterabschnitte, Abteilungen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
DF	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden
23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	26	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden
23.1	Kokerei	26.1	Herstellung und Verarbeitung von Glas
23.2	Mineralölverarbeitung	26.2	Keramik (ohne Ziegelei und Baukeramik)
23.3	Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	26.3	Herstellung von keramischen Wand- und Bodenfliesen und -platten
DG	Chemische Industrie	26.4	Ziegelei, Herstellung von sonstiger Baukeramik
24	Chemische Industrie	26.5	Herstellung von Zement, Kalk und gebranntem Gips
24.1	Herstellung von chemischen Grundstoffen	26.6	Herstellung von Erzeugnissen aus Beton, Zement und Gips
24.2	Herstellung von Schädlingsbekämpfungs- und Pflanzenschutzmitteln	26.7	Be- und Verarbeitung von Natursteinen a.n.g.
24.3	Herstellung von Anstrichmitteln, Druckfarben und Kitten	26.8	Herstellung von sonstigen Mineralerzeugnissen
24.4	Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	DJ	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen
24.5	Herstellung von Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Körperpflegemitteln	27	Metallerzeugung und -bearbeitung
24.6	Herstellung von sonstigen chemischen Erzeugnissen	27.1	Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen (EGKS)
24.7	Herstellung von Chemiefasern	27.2	Herstellung von Rohren
DH	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	27.3	Sonstige erste Bearbeitung von Eisen und Stahl, Herstellung von Ferrolegierungen (nicht EGKS)
25	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	27.4	Erzeugung und erste Bearbeitung von NE-Metallen
25.1	Herstellung von Gummiwaren	27.5	Gießereiindustrie
25.2	Herstellung von Kunststoffwaren	28	Herstellung von Metallerzeugnissen
		28.1	Stahl- und Leichtmetallbau

Fußnoten siehe S. 292.

Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93)*

Ausgabe 1993

Abschnitte, Unterabschnitte, Abteilungen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
28.2	Kessel- und Behälterbau (ohne Herstellung von Dampfkesseln)	DL	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik
28.3	Herstellung von Dampfkesseln (ohne Zentralheizungskessel)	30	Herstellung von Buromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
28.4	Herstellung von Schmiede-, Preß-, Zieh- und Stanzteilen, gewalzten Ringen und pulvermetallurgischen Erzeugnissen	31	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.
28.5	Oberflächenveredlung, Wärmebehandlung und Mechanik a.n.g.	31.1	Herstellung von Elektromotoren, Generatoren und Transformatoren
28.6	Herstellung von Schneidwaren, Werkzeugen, Schlössern und Beschlägen	31.2	Herstellung von Elektrizitätsverteilungs- und -schalteneinrichtungen
28.7	Herstellung von sonstigen Eisen-, Blech- und Metallwaren	31.3	Herstellung von isolierten Elektrokabeln, -leitungen und -drähten
DK	Maschinenbau	31.4	Herstellung von Akkumulatoren und Batterien
29	Maschinenbau	31.5	Herstellung von elektrischen Lampen und Leuchten
29.1	Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßenfahrzeuge)	31.6	Herstellung von elektrischen Ausrüstungen a.n.g.
29.2	Herstellung von sonstigen Maschinen für unspezifische Verwendung	32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik
29.3	Herstellung von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen	32.1	Herstellung von elektronischen Bauelementen
29.4	Herstellung von Werkzeugmaschinen	32.2	Herstellung von nachrichtentechnischen Geräten und Einrichtungen
29.5	Herstellung von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige	32.3	Herstellung von Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie phono- und videotechnischen Geräten
29.6	Herstellung von Waffen und Munition	33	Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik
29.7	Herstellung von Haushaltsgeräten a.n.g.	33.1	Herstellung von medizinischen Geräten und orthopädischen Vorrichtungen

Fußnoten siehe S. 292.

Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93)*)

Ausgabe 1993

Abschnitte, Unterabschnitte, Abteilungen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
33.2	Herstellung von Meß-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen	36.1	Herstellung von Möbeln
33.3	Herstellung von industriellen Prozeßsteuerungsanlagen	36.2	Herstellung von Schmuck und ähnlichen Erzeugnissen
33.4	Herstellung von optischen und fotografischen Geräten	36.3	Herstellung von Musikinstrumenten
33.5	Herstellung von Uhren	36.4	Herstellung von Sportgeräten
DM	Fahrzeugbau	36.5	Herstellung von Spielwaren
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	36.6	Herstellung von sonstigen Erzeugnissen
34.1	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren	37	Recycling
34.2	Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern	37.1	Recycling von Schrott
34.3	Herstellung von Teilen und Zubehör für Kraftwagen und Kraftwagenmotoren	37.2	Recycling von nichtmetallischen Altmaterialien und Reststoffen
35	Sonstiger Fahrzeugbau	E	Energie- und Wasserversorgung
35.1	Schiffbau	40	Energieversorgung
35.2	Schienenfahrzeugbau	40.1	Elektrizitätsversorgung
35.3	Luft- und Raumfahrzeugbau	40.2	Gasversorgung
35.4	Herstellung von Krafträdern, Fahrrädern und Behindertenfahrzeugen	40.3	Fernwärmeversorgung
35.5	Fahrzeugbau a n g.	41	Wasserversorgung
DN	Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Recycling	F	Baugewerbe
36	Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	45	Baugewerbe
		45.1	Vorbereitende Baustellenarbeiten
		45.2	Hoch- und Tiefbau
		45.3	Bauinstallation
		45.4	Sonstiges Baugewerbe
		45.5	Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal
		G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern
		50	Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Tankstellen

Fußnoten siehe S. 292.

Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93)*

Ausgabe 1993

Abschnitte, Unterabschnitte, Abteilungen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
50.1	Handel mit Kraftwagen	52 3	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen)
50.2	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	52.4	Sonstiger Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen)
50.3	Handel mit Kraftwagenteilen und Zubehör	52 5	Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchtwaren (in Verkaufsräumen)
50.4	Handel mit Kraftradern, Teilen und Zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Kraftradern	52 6	Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)
50.5	Tankstellen	52.7	Reparatur von Gebrauchsgutern
51	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	H	Gastgewerbe
51.1	Handelsvermittlung	55	Gastgewerbe
51.2	Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	55.1	Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis
51.3	Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	55.2	Sonstiges Beherbergungsgewerbe
51.4	Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgutern	55.3	Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen
51.5	Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	55.4	Sonstiges Gaststättengewerbe
51.6	Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	55.5	Kantinen und Caterer
51.7	Sonstiger Großhandel	I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
52	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgutern	60	Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen
52.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	60 1	Eisenbahnen
52.2	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	60.2	Sonstiger Landverkehr
		60.3	Transport in Rohrfernleitungen
		61	Schifffahrt
		61.1	See- und Küstenschifffahrt
		61.2	Binnenschifffahrt
		62	Luftfahrt
		62.1	Linienflugverkehr
		62.2	Gelegenheitsflugverkehr

Fußnoten siehe S. 292.

Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93)*

Ausgabe 1993

Abschnitte, Unterabschnitte, Abteilungen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
62.3	Raumtransport	70.2	Vermietung und Verpachtung von eigenen Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen
63	Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung	70.3	Vermittlung und Verwaltung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen
63.1	Frachttumschlag und Lagerei	71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal
63.2	Sonstige Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr	71.1	Vermietung von Kraftwagen bis 3,5 t Gesamtgewicht
63.3	Reisebüros und Reiseveranstalter	71.2	Vermietung von sonstigen Verkehrsmitteln
63.4	Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung	71.3	Vermietung von Maschinen und Geräten
64	Nachrichtenübermittlung	71.4	Vermietung von Gebrauchsgütern a.n.g.
64.1	Postdienste und private Kurierdienste	72	Datenverarbeitung und Datenbanken
64.2	Fernmeldedienste	72.1	Hardwareberatung
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	72.2	Softwarehäuser
65	Kreditgewerbe	72.3	Datenverarbeitungsdienste
65.1	Zentralbanken und Kreditinstitute	72.4	Datenbanken
65.2	Sonstige Finanzierungsinstitutionen	72.5	Instandhaltung und Reparatur von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
66	Versicherungsgewerbe	72.6	Sonstige mit der Datenverarbeitung verbundene Tätigkeiten
67	Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten	73	Forschung und Entwicklung
67.1	Mit dem Kreditgewerbe verbundene Tätigkeiten	73.1	Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin
67.2	Mit dem Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten	73.2	Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen		
70	Grundstücks- und Wohnungswesen		
70.1	Erschließung, Kauf und Verkauf von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen		

Fußnoten siehe S. 292.

Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93)*)

Ausgabe 1993

Abschnitte, Unterabschnitte, Abteilungen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
74	Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	80.4	Erwachsenenbildung und sonstiger Unterricht
74.1	Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Beteiligungsgesellschaften	N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen
74.2	Architektur- und Ingenieurbüros	85	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen
74.3	Technische, physikalische und chemische Untersuchung	85.1	Gesundheitswesen
74.4	Werbung	85.2	Veterinärwesen
74.5	Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	85.3	Sozialwesen
74.6	Detekteien und Schutzdienste	O	Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen
74.7	Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	90	Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung
74.8	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	91	Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)
L	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	91.1	Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen
75	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	91.2	Gewerkschaften
75.1	Öffentliche Verwaltung	91.3	Sonstige Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)
75.2	Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Rechtsschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung	92	Kultur, Sport und Unterhaltung
75.3	Sozialversicherung und Arbeitsförderung	92.1	Film- und Videofilmherstellung, -verleih und -vertrieb, Filmtheater
M	Erziehung und Unterricht	92.2	Hörfunk- und Fernsehanstalten, Herstellung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen
80	Erziehung und Unterricht	92.3	Erbringung von sonstigen kulturellen und unterhaltenden Leistungen
80.1	Kindergärten, Vor- und Grundschulen	92.4	Korrespondenz- und Nachrichtenbüros sowie selbständige Journalisten
80.2	Weiterführende Schulen		
80.3	Hochschulen		

Fußnoten siehe S. 292.

Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93)*)

Ausgabe 1993

Abschnitte, Unterabschnitte, Abteilungen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
92.5	Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten	P	Private Haushalte
92.6	Sport	95	Private Haushalte
92.7	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für Unterhaltung, Erholung und Freizeit	Q	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften
93	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	99	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften

*) Enthält 17 Abschnitte (A-Q), 31 Unterabschnitte (CA-DN), 60 Abteilungen (Zweisteller), 222 Gruppen (Dreisteller), 503 Klassen (Viersteller) und 1062 Unterklassen (Fünfsteller)

Staatliche Haushaltssystematik

Funktionenplan		Gruppierungsplan	
Fkt. Ziff.	Hauptfunktionen	Gruppe Ziff.	Hauptgruppen
0	Allgemeine Dienste	0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen (mit Ausnahme für Investitionen)
3	Gesundheit, Sport und Erholung	3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	4	Personalausgaben
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5	Sachliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse (mit Ausnahme für Investitionen)
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7	Baumaßnahmen
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	9	Besondere Finanzierungsausgaben

Kommunale Haushaltssystematik

Gliederungsplan		Gruppierungsplan	
Glied. Nr.	Einzelpläne	Gruppe Nr.	Hauptgruppen
0	Allgemeine Verwaltung	0	Steuern, Allgemeine Zuweisungen
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb
2	Schulen	2	Sonstige Finanzeinnahmen
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	3	Einnahmen des Vermögenshaushalts
4	Soziale Sicherung	4	Personalausgaben
5	Gesundheit, Sport, Erholung	5/6	Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr		
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	7	Zuweisungen und Zuschüsse (nicht für Investitionen)
8	Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen	8	Sonstige Finanzausgaben
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	9	Ausgaben des Vermögenshaushalts

Zusammenfassung der Staats- und Kommunalfinanzen

1 Gesamtwirtschaftliche Darstellung

Ausgaben

Personalausgaben
 Laufender Sachaufwand
 Zinsausgaben
 an öffentlichen Bereich
 an andere Bereiche
 Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
 an öffentlichen Bereich
 an andere Bereiche
 Renten, Unterstützungen u. a.
 sonstige Zahlungen an andere Bereiche
 Schuldendiensthilfen
 an öffentlichen Bereich
 an andere Bereiche
 ./ Zahlungen von gleicher Ebene
 Ausgaben der laufenden Rechnung
 Baumaßnahmen
 Erwerb von unbeweglichem Sachvermögen
 Erwerb von beweglichem Sachvermögen
 Vermögensübertragungen
 an öffentlichen Bereich
 an andere Bereiche
 Darlehen
 an öffentlichen Bereich
 an andere Bereiche
 Erwerb von Beteiligungen
 Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich
 ./ Zahlungen von gleicher Ebene
 Ausgaben der Kapitalrechnung
 Bereinigte Ausgaben

Einnahmen

Steuern
 Steuerähnliche Abgaben
 Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit
 Zinseinnahmen
 vom öffentlichen Bereich
 von anderen Bereichen
 Lfd. Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen
 vom öffentlichen Bereich
 von anderen Bereichen
 Gebühren, sonstige Entgelte
 Sonstige laufende Einnahmen
 ./ Zahlungen von gleicher Ebene
 Einnahmen der laufenden Rechnung
 Veräußerung von Sachvermögen
 Vermögensübertragungen
 vom öffentlichen Bereich
 von anderen Bereichen
 Darlehensrückflüsse
 vom öffentlichen Bereich
 von anderen Bereichen
 Veräußerung von Beteiligungen
 Schuldenaufnahmen vom öffentlichen Bereich
 ./ Zahlungen von gleicher Ebene
 Einnahmen der Kapitalrechnung
 Bereinigte Einnahmen
 Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen

 Finanzierungssaldo
 Besondere Finanzierungsvorgänge
 Ausgaben
 Schuldentilgungen am Kreditmarkt
 Rückzahlungen innerer Darlehen
 Zuführungen an Rücklagen
 Deckung von Vorjahresfehlbeträgen
 Einnahmen
 Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt
 Innere Darlehen
 Entnahmen aus Rücklagen
 Überschüsse aus Vorjahren
 Münzeinnahmen
 Ist-Überschuß, Ist-Fehlbetrag (-)

2 Finanzwirtschaftliche Darstellung

Vorbemerkung: In der tabellanschen Darstellung der Ergebnisse werden für die unter Ziffer 1 aufgezählten Aufgabenbereiche der öffentlichen Haushalte jeweils die unter Ziffer 2 angegebenen finanzwirtschaftlich wichtigen Ausgabe- und Einnahmearten nachgewiesen.

2.1 Aufgabenbereiche

Insgesamt	Kulturelle Angelegenheiten
Politische Führung und zentrale Verwaltung	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung
Auswärtige Angelegenheiten	Gesundheit, Sport und Erholung
Verteidigung	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	Wirtschaftsförderung
Rechtsschutz	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen
Schulen und vorschulische Bildung	Verkehrs- und Nachrichtenwesen
Hochschulen	Wirtschaftsunternehmen
Förderung des Bildungswesens	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen
Sonstiges Bildungswesen	Allgemeine Finanzwirtschaft
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen (ohne Forschung der Verteidigung)	

2.2 Ausgabe- und Einnahmearten

Ausgaben

Personalausgaben

Aufw. f. Abgeordnete u. ehrenamtl. Tätige
Beamtenbezüge
Angestelltenvergütungen
Arbeiterlöhne
Beschäftigungsentgelte u. a.
Beihilfen, Unterstützungen u. a.
Personalbezogene Sachausgaben
Versorgungsbezüge u. ä.

Laufender Sachaufwand

Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen
Bewirtschaftung der Grundstücke
Mieten und Pachten
Sonstige sachliche Verwaltungsausgaben
Sonstiger laufender Sachaufwand

Sachinvestitionen

Baumaßnahmen
Erwerb von unbeweglichem Sachvermögen
Erwerb von beweglichem Sachvermögen

Erwerb von Beteiligungen

Zahlungen an andere Bereiche

Zinsausgaben an Kreditmarkt
Renten, Unterstützungen u. a.
Lfd. Zuschüsse an Unternehmen
Lfd. Zuschüsse an soz. oder ähnl. Einricht.
Lfd. Zuschüsse an übrige Welt
Schuldendiensthilfen
Investitionszuschüsse
Sonstige Vermögensübertragungen
Darlehen

Unmittelbare Ausgaben

Zahlungen an öffentlichen Bereich

Zinsausgaben
Allgemeine Zuweisungen und Umlagen
Sonstige Zuweisungen für lfd. Zwecke
Schuldendiensthilfen
Investitionszuweisungen
Sonstige Vermögensübertragungen
Darlehen
Tilgungsausgaben

Bruttoausgaben

./ . Zahlungen von gleicher Ebene

Bereinigte Ausgaben

./ . Zahlungen von anderen Ebenen

Nettoausgaben

Einnahmen

Steuern

Steuerähnliche Abgaben

Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Mieten und Pachten
Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen
Konzessionsabgaben
Sonstige

Gebühren, sonstige Entgelte

Sonstige laufende Einnahmen

Veräußerung von Vermögen

unbewegliche Sachen
bewegliche Sachen
Beteiligungen

Zahlungen von anderen Bereichen

Zinseinnahmen
Zuschüsse für laufende Zwecke
Schuldendiensthilfen
Investitionszuschüsse
Sonstige Vermögensübertragungen
Darlehensrückflüsse

Unmittelbare Einnahmen

Zahlungen vom öffentlichen Bereich

Zinseinnahmen
Allgemeine Zuweisungen und Umlagen
Sonst. Zuweisungen für lfd. Zwecke
Schuldendiensthilfen
Investitionszuweisungen
Sonstige Vermögensübertragungen
Darlehensrückflüsse
Schuldenaufnahme

Bruttoeinnahmen

./ . Zahlungen von gleicher Ebene

Bereinigte Einnahmen

./ . Zahlungen von anderen Ebenen

Nettoeinnahmen

Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte*)

Ausgabe 1983

Gruppen, Klassen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
0	Einnahmen	036	Laufende Übertragungen der Gebietskörperschaften für Familien-, Sozial- und Jugendhilfe
01	Einkommen aus Erwerbstätigkeit	037	Laufende Übertragungen der Gebietskörperschaften (ohne Familien-, Sozial- und Jugendhilfe)
011	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	038	Öffentliche Pensionen und Pensionen der öffentlichen Unternehmen
013	Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit im land- und forstwirtschaftlichen Betrieb	039	Sonstige laufende Übertragungen
015	Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit im Gewerbebetrieb	04	Einnahmen aus einmaligen und unregelmäßigen Übertragungen
017	Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit (ohne im land- und forstwirtschaftlichen und Gewerbebetrieb)	041	Einmalige und unregelmäßige Übertragungen der Sozialversicherung, Arbeitsförderung
02	Einnahmen aus Vermögen	043	Einmalige und unregelmäßige Übertragungen der Gebietskörperschaften
021	Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen	045	Einmalige und unregelmäßige Übertragungen der privaten Versicherungen und Pensionskassen
025	Einnahmen aus Geldvermögen	049	Sonstige einmalige und unregelmäßige Übertragungen
03	Einnahmen aus laufenden Übertragungen	05	Einnahmen aus Untervermietung und aus dem Verkauf von Waren
031	Renten der gesetzlichen Rentenversicherung	051	Einnahmen aus Untervermietung
032	Renten der Zusatzversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes	055	Einnahmen aus dem Verkauf von Waren
033	Renten der gesetzlichen Unfallversicherung	06	Einnahmen aus der Auflösung von Sachvermögen
034	Krankengeld der gesetzlichen Krankenversicherung	061	Verkauf von Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen
035	Laufende Übertragungen der Arbeitsförderung	064	Veraußerung des Betriebsvermögens
		067	Verkauf von Gold u. a. Edelmetall

Fußnoten siehe S. 301.

Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte*)

Ausgabe 1983

Gruppen, Klassen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
07	Einnahmen aus der Auflösung von Geldvermögen	915	Steuern (ohne Grundsteuer, Einkommen- und Vermögensteuer)
071	Abhebungen von Sparbüchern	92	Beiträge zur Sozialversicherung, Arbeitsförderung
072	Abhebungen von Termingeldkonten	921	Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, Arbeitsförderung
073	Auszahlungen von Guthaben bei Bausparkassen	925	Freiwillige Beiträge zur Sozialversicherung
075	Verkauf von Wertpapieren und Geschäftsanteilen	93	Prämien und Beiträge für private Versicherungen und Pensionskassen (ohne Lebens-, Ausbildungs-, Aussteuer- und Sterbegeldversicherung, Versicherungen im Zusammenhang mit Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen)
077	Einnahmen aus Lebens-, Ausbildungs-, Aussteuer- und Sterbegeldversicherung	931	Beiträge für Pensions-, Alters- und Sterbekassen
078	Einnahmen aus der Rückzahlung von an Dritte ausgeliehenen Geldern	933	Prämien für private Krankenversicherung
08	Einnahmen aus Kreditaufnahme	935	Prämien für Kraftfahrzeugversicherung (ohne Rechtsschutzversicherung)
081	Aufnahme von Hypotheken, Grundschulden und sonstigen Baudarlehen	937	Prämien für sonstige Schaden- und Unfallversicherung (ohne Versicherungen im Zusammenhang mit Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen)
085	Aufnahme von Teilzahlungs-, Klein- u. ä. Krediten	94	Beiträge, Geldspenden und sonstige Übertragungen
09	Sonstige Einnahmen	941	Mitgliedsbeiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck
091	Erstattung von Ausgaben für geschäftliche und dienstliche Zwecke	942	Geldspenden und sonstige unregelmäßige Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck
095	Rückvergütung auf Warenkäufe	943	Übertragungen an andere private Haushalte
099	Sonstige Einnahmen, a. n. g.	945	Verwaltungsgebühren
1-8	Ausgaben für den Privaten Verbrauch (Gliederung siehe Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch)		
9	Ausgaben (ohne Privater Verbrauch)		
91	Steuern (ohne Grundsteuer)		
911	Einkommen- und Vermögensteuern		

Fußnoten siehe S. 301.

Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte*)

Ausgabe 1983

Gruppen, Klassen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
947	Spieleinsätze	97	Ausgaben für die Unterhaltung von Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen (ohne Schönheitsreparaturen an Eigentümerwohnungen, Reparaturen auf Kosten des Mieters sowie ohne Ausgaben für die Gartenpflege)
949	Sonstige geleistete Übertragungen		
95	Tilgung und Verzinsung von Krediten		
951	Tilgung und Verzinsung von Hypotheken, Grundschulden und sonstigen Baudarlehen von Kreditinstituten (ohne Bausparkassen)	971	Grundsteuer
953	Tilgung und Verzinsung von Hypotheken, Grundschulden und sonstigen Baudarlehen von Bausparkassen	973	Pramien für Schadenversicherung im Zusammenhang mit Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen
955	Tilgung und Verzinsung von Hypotheken, Grundschulden und sonstigen Baudarlehen von sonstigen Kreditgebern	975	Ausgaben für die Instandhaltung von Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen (ohne Schönheitsreparaturen an Eigentümerwohnungen, Reparaturen auf Kosten des Mieters sowie ohne Ausgaben für die Gartenpflege)
957	Tilgung und Verzinsung von Teilzahlungs-, Klein- u. ä. Krediten von Kreditinstituten		
958	Tilgung und Verzinsung von Teilzahlungs-, Klein- u. ä. Krediten von sonstigen Kreditgebern	979	Sonstige Ausgaben für die Unterhaltung von Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen (ohne Schönheitsreparaturen an Eigentümerwohnungen, Reparaturen auf Kosten des Mieters sowie ohne Ausgaben für die Gartenpflege)
96	Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	98	Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen
961	Kauf von Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen, Ausgaben für Hausbau u. ä.	981	Einzahlungen auf Spargbücher
963	Ausgaben für werterhöhende bauliche Maßnahmen an Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen	982	Einzahlungen auf Termingeldkonten
965	Nichtentnommene Gewinne u. ä.	983	Einzahlungen auf Bausparverträge
967	Kauf von Gold u. a. Edelmetall		

Fußnoten siehe S.301.

Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte*)

Ausgabe 1983

Gruppen, Klassen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
985	Kauf von Wertpapieren und Geschäftsanteilen	99	Sonstige Ausgaben
987	Prämien für Lebens-, Ausbildungs-, Aussteuer- und Sterbegeldversicherung	991	Ausgaben für geschäftliche und dienstliche Zwecke
988	Ausleihung von Geldern an Dritte	995	Pachten für Gärten
		999	Sonstige Ausgaben, a. n. g.

*) Enthält Einnahmen = 9 Gruppen (Zweisteller), 35 Klassen (Dreisteller), 92 Arten (Viersteller), Ausgaben (ohne Privater Verbrauch) = 9 Gruppen (Zweisteller), 36 Klassen (Dreisteller), 81 Arten (Viersteller)

**Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen
in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (CPA)*)**

Ausgabe 1993

Abschnitte, Unterabschnitte, Abteilungen**)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
A	Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd und Forstwirtschaft	DJ	Eisen und Stahl, NE-Metalle; Metallerzeugnisse
01	Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd	DK	Maschinen
02	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse und Dienstleistungen	DL	Buromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen; Elektrotechnik; Feinmechanik und Optik
B	Fische	DN	Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse; Sekundärrohstoffe
05	Fische und Fischereierzeugnisse, Dienstleistungen der Fischerei	E	Energie und Wasser
C	Mineralische Rohstoffe	F	Bauleistungen
CA	Kohle und Torf; rohes Erdöl und Erdgas; Uran- und Thoriumerze	45	Bauleistungen
CB	Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	G	Leistungen des Handels; Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern
D	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	50	Leistungen des Kraftfahrzeughandels, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kraftfahrzeugen; Betrieb von Tankstellen
DA	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes; Tabakerzeugnisse	51	Leistungen der Handelsvermittlung und des Großhandels (ohne Leistungen des Handels mit Kraftfahrzeugen)
DB	Textilien und Bekleidung	52	Leistungen des Einzelhandels (ohne Leistungen des Handels mit Kraftfahrzeugen und ohne Leistungen beim Betrieb von Tankstellen), Reparaturarbeiten an Gebrauchsgütern
DC	Leder und Lederwaren	H	Dienstleistungen des Gastgewerbes
DD	Holz und Holzwaren (ohne Möbel)	55	Dienstleistungen des Gastgewerbes
DE	Papier, Karton, Pappe und daraus hergestellte Waren; Verlags- und Druckerzeugnisse; bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	I	Dienstleistungen des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung
DF	Koks, Mineralölerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe	60	Dienstleistungen des Landverkehrs und des Transports in Rohrfernleitungen
DG	Chemische Erzeugnisse	61	Dienstleistungen der Schifffahrt
DH	Gummi- und Kunststoffwaren		
DI	Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden		

Fußnoten siehe S. 303.

Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen
in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (CPA)*)

Ausgabe 1993

Abschnitte, Unterabschnitte, Abteilungen**)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
62	Dienstleistungen der Luftfahrt	L	Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung, der Verteidigung und der Sozialversicherung
63	Dienstleistungen im Rahmen von Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Dienstleistungen im Rahmen der Verkehrsvermittlung	75	Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung, der Verteidigung und der Sozialversicherung
64	Dienstleistungen der Nachrichtenübermittlung	M	Dienstleistungen des Bereichs Erziehung und Unterricht
J	Dienstleistungen des Kredit- und Versicherungsgewerbes	80	Dienstleistungen des Bereichs Erziehung und Unterricht
65	Dienstleistungen des Kreditgewerbes	N	Dienstleistungen des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens
66	Dienstleistungen des Versicherungsgewerbes	85	Dienstleistungen des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens
67	Mit der Ausübung des Kredit- und Versicherungsgewerbes verbundene Dienstleistungen	O	Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen
K	Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens und bei der Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	90	Dienstleistungen im Rahmen der Abwasser- und Abfallbeseitigung und der sonstigen Entsorgung
70	Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	91	Dienstleistungen von Interessenvertretungen sowie kirchlichen und sonstigen religiösen Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)
71	Dienstleistungen bei der Vermietung beweglicher Sachen (ohne Bedienungspersonal)	92	Dienstleistungen in den Bereichen Kultur, Sport und Unterhaltung
72	Dienstleistungen der Datenverarbeitung und von Datenbanken	93	Sonstige Dienstleistungen
73	Dienstleistungen der Forschung und Entwicklung	P	Dienstleistungen privater Haushalte
74	Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	95	Dienstleistungen privater Haushalte
		Q	Dienstleistungen extraterritorialer Organisationen und Körperschaften
		99	Dienstleistungen extraterritorialer Organisationen und Körperschaften

*) Enthält 17 Abschnitte (A – Q), 31 Unterabschnitte (CA – DN), 60 Abteilungen (Zweisteller), 220 Gruppen (Dreisteller), 492 Klassen (Viersteller), 946 Kategorien (Fünfsteller) und 2303 Unterkategorien (Sechssteller).

**) In den Abschnitten C bis E ist die CPA bis zur Ebene der Unterkategorien identisch mit dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995 (GP 95).

Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA)*)

Ausgabe 1995

Abschnitte, Kapitel

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
I	Lebende Tiere und Waren tierischen Ursprungs	14	Flechtstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs, anderweitig weder genannt noch inbegriffen
1	Lebende Tiere	III	Tierische und pflanzliche Fette und Öle; Erzeugnisse ihrer Spaltung; genießbare verarbeitete Fette; Wachse tierischen und pflanzlichen Ursprungs
2	Fleisch und genießbare Schlachtnebenzeugnisse	15	Tierische und pflanzliche Fette und Öle; Erzeugnisse ihrer Spaltung; genießbare verarbeitete Fette; Wachse tierischen und pflanzlichen Ursprungs
3	Fische und Krebstiere, Weichtiere und andere wirbellose Wassertiere	IV	Waren der Lebensmittelindustrie; Getränke, alkoholhaltige Flüssigkeiten und Essig; Tabak und verarbeitete Tabakersatzstoffe
4	Milch und Milcherzeugnisse; Vogeleier; natürlicher Honig; genießbare Waren tierischen Ursprungs, anderweitig weder genannt noch inbegriffen	16	Zubereitungen von Fleisch, Fischen oder von Krebstieren, Weichtieren und anderen wirbellosen Wassertieren
5	Andere Waren tierischen Ursprungs, anderweitig weder genannt noch inbegriffen	17	Zucker und Zuckerwaren
II	Waren pflanzlichen Ursprungs	18	Kakao und Zubereitungen aus Kakao
6	Lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels	19	Zubereitungen aus Getreide, Mehl, Stärke oder Milch, Backwaren
7	Gemüse, Pflanzen, Wurzeln und Knollen, die zu Ernährungszwecken verwendet werden	20	Zubereitungen von Gemüse, Früchten und anderen Pflanzenteilen
8	Genießbare Früchte und Nüsse; Schalen von Zitrusfrüchten oder von Melonen	21	Verschiedene Lebensmittelzubereitungen
9	Kaffee, Tee, Mate und Gewürze	22	Getränke, alkoholhaltige Flüssigkeiten und Essig
10	Getreide	23	Rückstände und Abfälle der Lebensmittelindustrie; zubereitetes Futter
11	Müllereierzeugnisse; Malz, Stärke; Inulin; Kleber von Weizen	24	Tabak und verarbeitete Tabakersatzstoffe
12	Olisaaten und ölhaltige Früchte; verschiedene Samen und Früchte; Pflanzen zum Gewerbe- oder Heilgebrauch; Stroh und Futter	V	Mineralische Stoffe
13	Schellack; Gummien, Harze und andere Pflanzensäfte und Pflanzenauszüge	25	Salz; Schwefel; Steine und Erden; Gips, Kalk und Zement
		26	Erze sowie Schlacken und Aschen

Fußnoten siehe S. 308.

Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA)*)

Ausgabe 1995

Abschnitte, Kapitel

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
27	Mineralische Brennstoffe; Mineralöle und Erzeugnisse ihrer Destillation; bituminöse Stoffe; Mineralwache	37	Erzeugnisse zu photographischen und kinematographischen Zwecken
VI	Erzeugnisse der chemischen Industrie und verwandter Industrien	38	Verschiedene Erzeugnisse der chemischen Industrie
28	Anorganische chemische Erzeugnisse; anorganische oder organische Verbindungen von Edelmetallen, von Seltenerdmetallen, von radioaktiven Elementen oder von Isotopen	VII	Kunststoffe und Waren daraus; Kautschuk und Waren daraus
29	Organische chemische Erzeugnisse	39	Kunststoffe und Waren daraus
30	Pharmazeutische Erzeugnisse	40	Kautschuk und Waren daraus
31	Düngemittel	VIII	Häute, Felle, Leder, Pelzfelle und Waren daraus; Sattlerwaren; Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse; Waren aus Därmen
32	Gerb- und Farbstoffauszüge; Tannine und ihre Derivate; Farbstoffe, Pigmente und andere Farbmittel; Anstrichfarben und Lacke; Kitte; Tinten	41	Häute, Felle (andere als Pelzfelle) und Leder
33	Etherische Öle und Resinoide; zubereitete Riech-, Körperpflege- oder Schönheitsmittel	42	Lederwaren; Sattlerwaren; Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse; Waren aus Därmen
34	Seifen; organische grenzflächenaktive Stoffe; zubereitete Waschmittel, zubereitete Schmiermittel, künstliche Wachse, zubereitete Wachse, Schuhcreme, Scheuerpulver und dergleichen, Kerzen und ähnliche Erzeugnisse, Modelliermassen, "Dentalwachs" und Zubereitungen für zahnärztliche Zwecke auf der Grundlage von Gips	43	Pelzfelle und kunstliches Pelzwerk; Waren daraus
35	Eiweißstoffe, modifizierte Stärke, Klebstoffe; Enzyme	IX	Holz und Holzwaren; Holzkohle; Kork und Korkwaren; Flechtwaren und Korbmacherwaren
36	Pulver und Sprengstoffe; pyrotechnische Artikel, Zundhölzer; Zündmetalllegierungen; leicht entzündliche Stoffe	44	Holz und Holzwaren; Holzkohle
		45	Kork und Korkwaren
		46	Flechtwaren und Korbmacherwaren
		X	Halbstoffe aus Holz oder anderen cellulosehaltigen Faserstoffen; Abfälle und Ausschuß von Papier oder Pappe; Papier, Pappe und Waren daraus
		47	Halbstoffe aus Holz oder anderen cellulosehaltigen Faserstoffen; Abfälle und Ausschuß von Papier oder Pappe
		48	Papiere und Pappe; Waren aus Papierhalbstoff, Papier oder Pappe

Fußnoten siehe S. 308.

Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA)*)

Ausgabe 1995

Abschnitte, Kapitel

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
49	Bücher, Zeitungen, Bilddrucke und andere Erzeugnisse des graphischen Gewerbes; hand- oder maschinengeschriebene Schriftstücke und Pläne	XII	Schuhe, Kopfbedeckungen, Regen- und Sonnenschirme, Gehstöcke, Sitzstöcke, Peitschen, Reitpeitschen und Teile davon; zugerichtete Federn und Waren aus Federn; künstliche Blumen; Waren aus Menschenhaaren
XI	Spinnstoffe und Waren daraus		
50	Seide	64	Schuhe, Gamaschen und ähnliche Waren; Teile davon
51	Wolle, feine und grobe Tierhaare; Garne und Gewebe aus Roßhaar	65	Kopfbedeckungen und Teile davon
52	Baumwolle	66	Regenschirme, Sonnenschirme, Gehstöcke, Sitzstöcke, Peitschen und Reitpeitschen und Teile davon
53	Andere pflanzliche Spinnstoffe; Papiergarne und Gewebe aus Papiergarnen	67	Zugerichtete Federn und Daunen und Waren aus Federn oder Daunen; künstliche Blumen; Waren aus Menschenhaaren
54	Synthetische oder künstliche Filamente	XIII	Waren aus Steinen, Gips, Zement, Asbest, Glimmer oder ähnlichen Stoffen; keramische Waren; Glas und Glaswaren
55	Synthetische oder künstliche Spinnfasern	68	Waren aus Steinen, Gips, Zement, Asbest, Glimmer oder ähnlichen Stoffen
56	Watte, Filze und Vliesstoffe; Spezialgarne; Bindfäden, Seile und Taue; Seilerwaren	69	Keramische Waren
57	Teppiche und andere Fußbodenbeläge, aus Spinnstoffen	70	Glas und Glaswaren
58	Spezialgewebe, getuftete Spinnstoffzeugnisse; Spitzen; Tapisserien; Posamentierwaren; Stickereien	XIV	Echte Perlen oder Zuchtperlen, Edelsteine oder Schmucksteine, Edelmetalle, Edelmetallplattierungen und Waren daraus; Phantasieschmuck; Münzen
59	Getränkte, bestrichene, überzogene oder mit Lagen versehene Gewebe; Waren des technischen Bedarfs, aus Spinnstoffen	71	Echte Perlen oder Zuchtperlen, Edelsteine oder Schmucksteine, Edelmetalle, Edelmetallplattierungen und Waren daraus; Phantasieschmuck; Münzen
60	Gewirke und Gestricke	XV	Uedle Metalle und Waren daraus
61	Bekleidung und Bekleidungszubehör, aus Gewirken oder Gestricken	72	Eisen und Stahl
62	Bekleidung und Bekleidungszubehör, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken	73	Waren aus Eisen oder Stahl
63	Andere konfektionierte Spinnstoffwaren; Warenzusammenstellungen; Altwaren und Lumpen		

Fußnoten siehe S. 308.

Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA)*)

Ausgabe 1995

Abschnitte, Kapitel

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
74	Kupfer und Waren daraus	XVII	Beförderungsmittel
75	Nickel und Waren daraus	86	Schienenfahrzeuge und ortsfestes Gleismaterial, Teile davon; mechanische (auch elektromechanische) Signalgeräte für Verkehrswege
76	Aluminium und Waren daraus	87	Zugmaschinen, Kraftwagen, Krafträder, Fahrräder und andere nicht schienengebundene Landfahrzeuge, Teile davon und Zubehör
77	(z. Z. nicht besetzt)	88	Luftfahrzeuge und Raumfahrzeuge, Teile davon
78	Blei und Waren daraus	89	Wasserfahrzeuge und schwimmende Vorrichtungen
79	Zink und Waren daraus	XVIII	Optische, photographische oder kinematographische Instrumente, Apparate und Geräte; Meß-, Prüf- oder Präzisionsinstrumente, -apparate und -geräte; medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte; Uhrmacherwaren; Musikinstrumente; Teile und Zubehör für diese Instrumente, Apparate und Geräte
80	Zinn und Waren daraus	90	Optische, photographische oder kinematographische Instrumente, Apparate und Geräte; Meß-, Prüf- oder Präzisionsinstrumente, -apparate und -geräte; medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte; Teile und Zubehör für diese Instrumente, Apparate und Geräte
81	Andere unedle Metalle; Cermets; Waren daraus	91	Uhrmacherwaren
82	Werkzeuge, Schneidwaren und Eßbestecke, aus unedlen Metallen; Teile davon, aus unedlen Metallen	92	Musikinstrumente; Teile und Zubehör für diese Instrumente
83	Verschiedene Waren aus unedlen Metallen		
XVI	Maschinen, Apparate, mechanische Geräte und elektrotechnische Waren, Teile davon; Tonaufnahme- oder Tonwiedergabegeräte, Fernseh-Bild- und -Tonaufzeichnungsgeräte oder Fernseh-Bild- und -Tonwiedergabegeräte, Teile und Zubehör für diese Geräte		
84	Kernreaktoren, Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte; Teile davon		
85	Elektrische Maschinen, Apparate, Geräte und andere elektrotechnische Waren, Teile davon; Tonaufnahme- oder Tonwiedergabegeräte, Bild- und Tonaufzeichnungs- oder -wiedergabegeräte, für das Fernsehen, Teile und Zubehör für diese Geräte		

Fußnoten siehe S. 308.

Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA)*)

Ausgabe 1995

Abschnitte, Kapitel

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
XIX	Waffen und Munition; Teile davon und Zubehör	95	Spielzeug, Spiele, Unterhaltungsartikel und Sportgeräte; Teile davon und Zubehör
93	Waffen und Munition, Teile davon und Zubehör	96	Verschiedene Waren
XX	Verschiedene Waren	XXI	Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten
94	Möbel; medizinisch-chirurgische Möbel; Bettenausstattungen und ähnliche Waren; Beleuchtungskörper, anderweitig weder genannt noch inbegriffen, Reklameleuchten, Leuchtschilder, beleuchtete Namensschilder und dergleichen; vorgefertigte Gebäude	97	Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten
		98	Vollständige Fabrikationsanlagen in der Ausfuhr
		99	Zusammenstellungen verschiedener Waren

*) Enthält 21 Abschnitte (I – XXI), 96 Kapitel (1 – 76 und 78 – 97), 1241 Positionen (Viersteller), 5018 Unterpositionen (Sechssteller) und ca 10 400 Warennummern (Achtsteller). Die zusätzlichen Kapitel 98 und 99 enthalten verschiedene Sonder-Warennummern

Systematisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP 95)*)

Ausgabe 1995

Abteilungen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
10	Kohle und Torf	26	Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden
11	Erdöl und Erdgas; Dienstleistungen bei der Gewinnung von Erdöl und Erdgas	27	Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse
12	Uran- und Thoriumerze	28	Metallerzeugnisse
13	Erze	29	Maschinen
14	Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	30	Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen
15	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	31	Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. a.
16	Tabakerzeugnisse	32	Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente
17	Textilien	33	Medizin-, meß-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren
18	Bekleidung	34	Kraftwagen und Kraftwagenteile
19	Leder und Lederwaren	35	Sonstige Fahrzeuge
20	Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel)	36	Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse
21	Papier	37	Sekundärrohstoffe
22	Verlags- und Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	40	Energie
23	Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe	41	Erzeugnisse und Dienstleistungen der Wasserversorgung
24	Chemische Erzeugnisse		
25	Gummi- und Kunststoffwaren		

*) Enthält 30 Abteilungen (Zweisteller), 120 Gruppen (Dreisteller), 251 Klassen (Viersteller), 596 Kategorien (Fünfsteller), 1438 Unterkategorien (Sechssteller) und 6 431 Arten (Neunsteller).

Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe (WE)*

Ausgabe 1978

Warengruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
01	Pflanzliche Erzeugnisse der Landwirtschaft und der gewerblichen Gärtnerei	33	Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper) (einschl. Teile)
02	Lebende Tiere und tierische Erzeugnisse der Landwirtschaft und der gewerblichen Tierhaltung (ohne Fischereierzeugnisse)	34	Wasserfahrzeuge (einschl. schiffbauliche Einzelteile)
05	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	35	Luft- und Raumfahrzeuge (einschl. Teile)
07	Fischereierzeugnisse	36	Elektrotechnische Erzeugnisse
10	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser	37	Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren
21	Kohle, Erze, Kali- u. a. natürliche Salze, Erdöl, Flußspat und verwandte Erzeugnisse (ohne Gase)	38	Eisen-, Blech- und Metallwaren
22	Mineralölerzeugnisse (ohne Flüssiggas u. a. Raffineriegase)	39	Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Fullhalter u. ä.
24	Spalt- und Brutstoffe	40	Chemische Erzeugnisse
25	Steine und Erden (einschl. mineralische Baustoffe und rohe natürliche Edel- und Schmucksteine), Asbestwaren, Schleifmittel	50	Buromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen (einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile)
27	Eisen und Stahl	51	Feinkeramische Erzeugnisse
28	NE-Metalle, -halbzeug, -formguß (einschl. Edelmetalle, -halbzeug, -formguß, ohne NE-Metallfolien)	52	Glas und Glaswaren (einschl. Glasfasern und Waren daraus)
29	Eisen-, Stahl- und Temperguß	53	Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz
30	Kalt gezogene und kalt gewalzte Erzeugnisse sowie Erzeugnisse der Stahlverformung	54	Holzwaren
31	Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	55	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe
32	Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper)	56	Papier- und Pappwaren
		57	Druckereierzeugnisse, Lichtpaus- und verwandte Waren
		58	Kunststofferzeugnisse (Halbzeug, Einzelteile, Fertigerzeugnisse)
		59	Gummiwaren
		61	Leder
		62	Lederwaren und Schuhe

Fußnoten siehe S. 311.

Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe (WE)*)

Ausgabe 1978

Warengruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
63	Textilien	68	Nahrungs- und Genußmittel (ohne Tabakwaren)
64	Bekleidung, auch gewirkt oder gestrickt (einschl. Wäsche, textile Bettartikel, veredelte Pelzfelle und Pelzwaren, Planen, Zelte, Segel)	69	Tabakwaren
		70	Fertigteilbauten im Hochbau zur Vollmontage vorgesehen

*) Enthält 40 Warengruppen (Zweisteller), 154 Warenzweige (Dreisteller), 346 Warenklassen (Viersteller) und 584 Warenarten (Fünfteller)

Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik (WB)*)

Ausgabe 1978

Warengruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
00	Fleisch, Wurst, Fische, Fischerzeugnisse (ohne tiefgefrorene, gefrorene, diätetische und Konserven)	15	Wasch-, Putz- und Reinigungsmittel (ohne Industriereiniger, -seifen und Autopflegemittel)
01	Obst, Gemüse (ohne tiefgefrorenes, diätetisches und Konserven)	16	Hygieneartikel, Verbandstoffe, Sauglings- und Kinderkörperpflegemittel, Kerzen
02	Milch, Käse, Speisefette und -ole, Eier (ohne tiefgefrorene und diätetische)	17	Feinseifen, Desodorantien, Haut-, Mund- und Haarpflegemittel, Rasiermittel (ohne Säuglings- und Kinderkörperpflegemittel)
03	Tiefgefrorene und gefrorene Erzeugnisse, Speiseeis	18	Sonstige Körperpflegemittel, mechanische Körperpflegegeräte
04	Nährmittel (ohne Suppen, tiefgefrorene und diätetische)	19	Haus-, Tisch- und Bettwäsche, Bettwaren
05	Suppen, Gewürze, Brotaufstrich (ohne diätetische und Speisefette), Zucker	20	Heimtextilien (ohne Bodenbeläge)
06-	Fleisch-, Wurst- und Fischkonserven, Marinaden, Konservenfertiggerichte (ohne diätetische)	21	Bodenbeläge
07	Obst- und Gemüsekonserven (ohne diätetische und Konservenfertiggerichte)	22	Meterware für Bekleidung
08	Süßwaren (einschl. Dauerbackwaren, aber ohne Kakaopulver und diätetische Süßwaren)	23	Herrenoberbekleidung ab Größe 38 (ohne Pullover u. ä., Pelz- und Sportbekleidung)
09	Diätetische Nahrungsmittel und Getränke (einschl. Säuglings- und Kleinkindernahrung, ohne tiefgefrorene)	24	Damenoberbekleidung ab Größe 34 (ohne Pullover u. ä., Pelz- und Sportbekleidung)
10	Weine, Schaumweine (ohne solche für Diabetiker), Spirituosen	25	Kinderoberbekleidung ab Größe 104 bis einschl. 176 (ohne Pullover u. a., Säuglings-, Pelz- und Sportbekleidung)
11	Biere, alkoholfreie Getränke (ohne tiefgefrorene und diätetische)	26	Pullover, Westen u. ä., gewirkt oder gestrickt, Säuglingsbekleidung
12	Kaffee, Tee, Kakao, Tabakwaren	27	Herren-, Damen- und Kinderwäsche, Miederwaren (ohne Säuglingswäsche)
13	Backwaren (ohne tiefgefrorene, diätetische und Dauerbackwaren)	28	Kurzwaren, Handarbeiten
		29	Strumpfwaren, Bekleidungszubehör, Schirme, Stöcke (ohne Säuglingsartikel)
		30	Pelzwaren
		31	Herrenschuhe (ohne Sportschuhe)
		32	Damenschuhe (ohne Sportschuhe)
		33	Kinderschuhe (ohne Sportschuhe), Schuhzubehör

Fußnoten siehe S. 314.

Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik (WB)*)

Ausgabe 1978

Warengruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
34	Leder- und Taschenerwaren, a.n.g.	53	Papier- und Pappwaren, a.n.g., sowie verwandte Erzeugnisse
35	Bilderrahmen, Devotionalien, Raucherartikel u. a. Galanteriewaren, a.n.g.	54	Schreib-, Zeichen- und Malgeräte, Lernmittel, a.n.g. (ohne Druckereierzeugnisse), Zeichenmaschinen
36	Sportbekleidung, Sportschuhe (ohne Straßenschuhe)	55	Unterrichts- und Künstlerfarben (einschl. Malhilfsmittel, a.n.g.)
37	Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnische Geräte	56	Druckereierzeugnisse (ohne Musikalien, bedruckte Behälter)
38	Geräte und Einrichtungen der Elektrizitätserzeugung, -umwandlung und -verteilung	57	Büroorganisationsmittel und -kleinartikel (ohne Druckereierzeugnisse)
39	Elektrotechnische Erzeugnisse, a.n.g.	58	Buromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Büromöbel
40	Foto- und Kinogeräte, fototechnisches und -chemisches Material	59	Eisenerze, Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug, Gußeisen
41	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, a.n.g.	60	NE-Metallerze, NE-Metalle, NE-Metallhalbzeug, NE-Metallguß, Edelmetalle, Edelmetallhalbzeug
42	Uhren (ohne Armaturbrettuhr und Uhrenradios, elektrische Zeitdienst- und -schaltgeräte)	61	Werkzeuge, a.n.g.
43	Schmuck, Gold- und Silberschmiedewaren, Perlen, Edel-, Schmucksteine u. ä. (ohne Uhren, Antiquitäten, Kunstgegenstände, Galanteriewaren aus unedlen Stoffen)	62	Maschinen- und Präzisionswerkzeuge, a.n.g. (ohne Sageblätter, Maschinenmesser, Hartmetall- und Diamantwerkzeuge), Elektrowerkzeuge, Werkstatteinrichtungen, Baugeräte, Gerüste, Leitern, Handtransportgeräte, Behälter, a.n.g.
45	Spielwaren, Fest- und Scherzartikel, a.n.g.	63	Beschläge und Schlösser, Eisenkurzwaren
47	Musikinstrumente (ohne phonotechnische Geräte und Musikspielwaren), Musikalien	64	Garten-, Landwirtschafts- und Forstwirtschaftsgeräte u. ä., Ketten, Drahtgeflechte (ohne Landmaschinen und deren Zusatzgeräte)
49	Schulmöbel, Ladeneinrichtungen u. ä., Wohn- und Küchenmöbel (ohne Korb-, Garten- und Campingmöbel)	65	Spielplatzgeräte, Camping- und Sportartikel, Handelswaffen, Bastelsätze
50	Kunstgegenstände, Sammlungsstücke, Antiquitäten	66	Tafel-, Kuchen- u. ä. Haushaltsgeräte (ohne elektrische)
51	Holz-, Korb-, Flecht-, Schnitz- und Formstoffwaren, a.n.g., Kinderwagen		
52	Papier, Pappe		

Fußnoten siehe S. 314.

Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik (WB)*)

Ausgabe 1978

Warengruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
67	Heiz- und Kochgeräte, Kühl-, Gefriermöbel, Wasch- und Geschirrspulmaschinen für den Haushalt	83	Technischer Spezialbedarf verschiedener Wirtschaftszweige; Verpackungsmittel aus Metall, Kunststoff, Keramik, Glas
68	Installationsgeräte und -material für Wasser, Gas und Heizung	84	Sonstiger technischer Bedarf, a.n.g.; chemisch-technische Erzeugnisse, a.n.g.
69	Holz, Bauelemente aus Holz, Metall und Kunststoff	85	Orthopädische und medizinische Erzeugnisse (ohne orthopädische Schuhe), Dentalbedarf, Laborgeräte, Krankenpflegeartikel
70	Baustoffe, mineralische Bauelemente, Flachglas, Fertigteilebauten u. ä.	87	Arzneimittel und sonstige pharmazeutische Erzeugnisse, a.n.g.
72	Anstrichfarben (ohne Unterrichts-, Künstlerfarben, Lacke und Lackfarben)	90	Chemische Grundstoffe und Chemikalien
73	Klebstoffe, Klebemörtel, Bodenspachtel, Tapetentrennmittel	91	Kunststoffe, Stein-, Hutten- und Salinensalz, a.n.g., Rohdrogen, Kautschuk, rohe pflanzliche und tierische Fette und Öle für technische Zwecke
74	Lacke und Lackfarben (einschl. Polituren und Mattierungen)	92	Feste Brennstoffe, Mineralerzeugnisse
75	Sonstige Anstrichstoffe, Malerpinselfarben und -bürsten (ohne Unterrichts-, Künstlerfarben und -malmittel)	93	Textile Rohstoffe und Vorerzeugnisse, a.n.g., Häute, Felle, Leder, Lederfaserstoffe
76	Tapeten (einschl. Wand- und Deckenbeläge)	94	Gebrauchsgüter, Schrott, Altmaterial, a.n.g.
77	Kraftwagen, Kraftwagenteile und -zubehör, a.n.g., Bereifungen, a.n.g.	95	Lebendes Vieh und Geflügel
78	Zweiräder, Zweiradteile und -zubehör, a.n.g.	96	Heim- und Kleintierfutter, zoologische Artikel, lebende Tiere, a.n.g.
79	Sonstige Fahrzeuge, deren Teile und Zubehör, a.n.g.	97	Pflanzen (einschl. Baumschulerzeugnisse)
80	Landmaschinen	98	Saaten, Rohstoffe und Vorerzeugnisse pflanzlichen und tierischen Ursprungs für Nahrungsmittel und Getränke; Futter- und Düngemittel
81	Werkzeug-, Bau-, Textil- und Nähmaschinen		
82	Maschinen, a.n.g.		

*) Enthält 91 Warengruppen (Zweisteller), 712 Warenklassen (Dreisteller) und 3861 Warenarten (Viersteller).

Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (GV)*

Ausgabe 1969

Abteilungen, Hauptgruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
0	Land-, forstwirtschaftliche und verwandte Erzeugnisse (einschl. lebende Tiere)	3	Erdöl, Mineralölzeugnisse, Gase
00	Lebende Tiere	31	Rohes Erdöl
01	Getreide	32	Kraftstoffe und Heizöl
02	Kartoffeln	33	Natur-, Raffinerie- und verwandte Gase
03	Frische Früchte, frisches und gefrorenes Gemüse	34	Mineralölzeugnisse, a.n.g.
04	Spinnstoffe und textile Abfälle	4	Erze und Metallabfälle
05	Holz und Kork	41	Eisenerze (ausgenommen Schwefelkiesabbrände)
06	Zuckerruben	45	NE-Metallerze, -abfälle und -schrott
09	Sonstige pflanzliche, tierische und verwandte Rohstoffe	46	Eisen- und Stahlabfälle und -schrott, Schwefelkiesabbrände
1	Andere Nahrungs- und Futtermittel	5	Eisen, Stahl und NE-Metalle (einschl. Halbzeug)
11	Zucker	51	Roheisen, Ferrolegierungen, Rohstahl
12	Getranke	52	Stahlhalbzeug
13	Genußmittel und Nahrungsmittelzubereitungen, a.n.g.	53	Stab- und Formstahl, Draht, Eisenbahnoberbaumaterial
14	Fleisch, Fische, Fleisch- und Fischwaren, Eier, Milch und Milcherzeugnisse, Speisefette	54	Stahlbleche, Bandstahl, Weißblech und -band
16	Getreide-, Obst- und Gemüseerzeugnisse, Hopfen	55	Rohre u. ä. aus Stahl; rohe Gießereierzeugnisse und Schmiedestücke aus Eisen und Stahl
17	Futtermittel	56	NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug
18	Ölsaaten, Ölfrüchte, pflanzliche und tierische Öle und Fette (ausgenommen Speisefette)	6	Steine und Erden (einschl. Baustoffe)
2	Feste mineralische Brennstoffe	61	Sand, Kies, Bims, Ton, Schlacken
21	Steinkohle und Steinkohlenbriketts	62	Salz, Schwefelkies, Schwefel
22	Braunkohle, Braunkohlenbriketts und Torf	63	Sonstige Steine, Erden und verwandte Rohmineralien
23	Steinkohlen- und Braunkohlenkoks	64	Zement und Kalk
		65	Gips
		69	Sonstige mineralische Baustoffe u. ä. (ausgenommen Glas)

Fußnoten siehe S. 316.

Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (GV)*)

Ausgabe 1969

Abteilungen, Hauptgruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
7	Düngemittel	9	Fahrzeuge, Maschinen, sonstige Halb- und Fertigwaren, besondere Transportgüter
71	Natürliche Düngemittel		
72	Chemische Düngemittel	91	Fahrzeuge
8	Chemische Erzeugnisse	92	Landwirtschaftliche Maschinen
81	Chemische Grundstoffe (ausgenommen Aluminiumoxyd und -hydroxyd)	93	Elektrotechnische Erzeugnisse, andere Maschinen
82	Aluminiumoxyd und -hydroxyd	94	Baukonstruktionen aus Metall; EBM-Waren
83	Benzol, Teere u. a. Destillationserzeugnisse	95	Glas, Glaswaren, feinkeramische u. ä. mineralische Erzeugnisse
84	Zellstoff und Altpapier	96	Leder, Lederwaren, Textilien, Bekleidung
89	Sonstige chemische Erzeugnisse (einschl. Starke)	97	Sonstige Halb- und Fertigwaren
		99	Besondere Transportgüter (einschl. Sammel- und Stuckgut)

*) Enthält 10 Abteilungen (Einsteller), 52 Hauptgruppen (Zweisteller) und 175 Gruppen (Dreisteller).

Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch

Ausgabe 1983

Hauptgruppen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
1	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	29	Fremde Änderungen und Reparaturen an Bekleidung und Schuhen, Miete für Bekleidung und Schuhe
11	Fleisch, Fleischerzeugnisse, Fische, Fischerzeugnisse	3	Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)
12	Milch, Milcherzeugnisse, Eier, Speisefette und -ole	31	Wohnungsmieten (auch Mietwerte der Eigentümerwohnungen u. a.)
13	Obst, Obsterzeugnisse (ohne Getränke und Marmelade)	32	Energie (ohne Kraftstoffe)
14	Kartoffeln, Gemüse, Kartoffel- und Gemüserzeugnisse (ohne Getränke)	4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung
15	Brot und andere Backwaren	41	Möbel
16	Zucker, Süßwaren, Marmelade	42	Bodenbeläge, Heimtextilien, Haushaltswäsche
17	Andere Nahrungsmittel (einschl. Fertiggerichten)	43	Heiz- und Kochgeräte, andere elektrische Haushaltsgeräte (einschl. Leuchten)
18	Getränke, Tabakwaren	44	Geschirr und andere Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung
19	Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen, Gaststätten u. ä.	45	Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung
2	Bekleidung, Schuhe	47	Dienstleistungen für die Haushaltsführung (einschl. Hauslicher Dienste), fremde Reparaturen und Installationen von Gebrauchsgütern für die Haushaltsführung
21	Herrenoberbekleidung (ohne Sportbekleidung)	49	Tapeten, Anstrichfarben, Baustoffe, fremde Reparaturen an der Wohnung
22	Damenoberbekleidung (ohne Sportbekleidung)	5	Güter für die Gesundheits- und Körperpflege
23	Knabenoberbekleidung (ohne Sportbekleidung)	51	Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege
24	Mädchenoberbekleidung (ohne Sportbekleidung)	52	Gebrauchsgüter für die Gesundheitspflege
25	Sportbekleidung	53	Dienstleistungen von Ärzten und anderen medizinischen Fachkräften, fremde Reparaturen an Gebrauchsgütern für die Gesundheitspflege
26	Herren-, Damen- und Kinderwäsche, Säuglingsbekleidung	54	Dienstleistungen der Krankenhäuser, Sanatorien, Pflegeheime u. ä. (stationäre Behandlung)
27	Strumpfwaren, Kopfbedeckungen, Bekleidungszubehör und -stoffe, Kurzwaren		
28	Schuhe		

Fußnoten siehe S. 318.

Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch*)

Ausgabe 1983

Hauptgruppen, Gruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
56	Verbrauchsgüter für die Körperpflege	73	Bücher, Zeitungen, Zeitschriften
57	Gebrauchsgüter für die Körperpflege	74	Verbrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit
58	Dienstleistungen für die Körperpflege, fremde Reparaturen an Gebrauchsgütern für die Körperpflege	75	Unterrichtsleistungen (ohne Fahrschule)
6	Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	76	Dienstleistungen für Bildung, Unterhaltung, Freizeit (ohne solche des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes und Unterrichtsleistungen)
61	Kraftfahrzeuge und Fahrräder	77	Pflanzen, Güter für die Gartenpflege
62	Gebrauchsgüter für Kraftfahrzeuge und Fahrräder	78	Tiere, Güter für die Tierhaltung
63	Kraftstoffe	79	Fremde Installationen und Reparaturen an Gebrauchsgütern für Bildung, Unterhaltung, Freizeit
64	Verbrauchsgüter für Kraftfahrzeuge und Fahrräder (ohne Kraftstoffe)	8	Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
65	Fremde Reparaturen an Kraftfahrzeugen und Fahrrädern, andere Dienstleistungen für Kraftfahrzeuge und Fahrräder	81	Güter für die persönliche Ausstattung
67	Fremde Verkehrsleistungen (ohne Pauschalreisen)	82	Begräbnisartikel
69	Nachrichtenübermittlung	83	Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes (ohne Pauschalreisen)
7	Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit (ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes)	85	Pauschalreisen
71	Fernsehempfangs-, Rundfunkempfangs-, Phono-, Foto- und Kinogeräte	87	Dienstleistungen der Kreditinstitute und Versicherungen
72	Andere Gebrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit (ohne Bücher, Zeitungen, Zeitschriften)	89	Dienstleistungen und fremde Reparaturen sonstiger Art

*) Enthält 8 Hauptgruppen (Einsteller), 56 Gruppen (Zweisteller), 274 Klassen (Dreisteller) und 901 Arten (Viersteller).

Systematik der Bauwerke (SB)*)

Ausgabe 1978

Gruppen, Untergruppen, Klassen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
71	Hochbauten	7514	Tunnel
711	Wohngebäude	7515	Brücken (einschl. Hochstraßen und Hochbahnkonstruktionen)
7111	Wohngebäude (ohne Wohnheime)	7516	Start- und Landebahnen für Flugzeuge
7117	Wohnheime	7517	Wasserstraßen und Hafen
713	Unterkünfte	7519	Fernmeldeleitungen, Fernmelde-, Radar- und Fernsehmasten u. a. Tiefbauten der Nachrichtenübermittlung
7130	zugleich Bauwerksklasse	753	Tiefbauten für die Energie- und Wasserwirtschaft
715	Nichtwohngebäude	7531	Tiefbauten für die Elektrizitätsgewinnung
7151	Anstaltsgebäude	7532	Tiefbauten für die Elektrizitätsverteilung
7153	Büro- und Verwaltungsgebäude	7533	Rohrleitungen für den Transport von Erdöl und flüssigen Mineralölerzeugnissen
7155	Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	7534	Rohrleitungen für den Transport und die Verteilung von Gas
7157	Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	7535	Rohrleitungen für den Transport und die Verteilung von Fernwärme
7159	Sonstige Nichtwohngebäude	7536	Unterirdische Kraftstofflager und Gasbehälter
717	Behelfsmäßige Nichtwohnbauten	7537	Tiefbauten für Wasserversorgungsanlagen
7170	zugleich Bauwerksklasse	7539	Tiefbauten für Abwasseranlagen
719	Freistehende selbständige Konstruktionen	755	Landeskulturbauten
7190	zugleich Bauwerksklasse	7551	Tiefbauten an nicht schiffbaren Gewässern
75	Tiefbauten	7553	Küstenschutz-, Landgewinnungs- u. ä. Tiefbauten
751	Tiefbauten für Verkehr und Nachrichtenübermittlung (ohne Rohrleitungsbauten)	7555	Landwirtschaftliche Wasserbauten
7511	Straßen und Wege	7557	Andere Landeskulturbauten
7512	Park- und Abstellplätze		
7513	Bahnkörper u. a. Tiefbauten für Schienenbahnen (ohne Tunnel, Brücken, Hochbahnkonstruktionen)		

Fußnoten siehe S. 320.

Systematik der Bauwerke (SB)*)

Ausgabe 1978

Gruppen, Untergruppen, Klassen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
757	Sportplätze, Freibäder u. a. Tiefbauten für Sport- und Freizeit Zwecke	7575	Tiefbauten für andere Freizeit Zwecke
		759	Sonstige Tiefbauten, a.n.g.
7571	Sportplätze, Freibäder u. a. Tiefbauten für Sport Zwecke	7590	zugleich Bauwerksklasse

*) Enthält 2 Gruppen (Zweisteller), 10 Untergruppen (Dreisteller), 33 Klassen (Viersteller), 74 Unterklassen (Fünfsteller) und 120 Arten (Sechssteller).

Internationale Standardklassifikation der Berufe (ISCO)*)

Ausgabe 1988

Berufshauptgruppen, Berufsgruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
1	Angehörige gesetzgebender Körperschaften, leitende Verwaltungsbedienstete und Führungskräfte in der Privatwirtschaft	52	Modelle, Verkäufer und Vorführer
11	Angehörige gesetzgebender Körperschaften und leitende Verwaltungsbedienstete	6	Fachkräfte in der Landwirtschaft und Fischerei
12	Geschäftsleiter und Geschäftsbereichsleiter in großen Unternehmen	61	Fachkräfte in der Landwirtschaft und Fischerei (Marktproduktion)
13	Leiter kleiner Unternehmen	62	Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und Fischerei (Eigenbedarfsproduktion)
2	Wissenschaftler	7	Handwerks- und verwandte Berufe
21	Physiker, Mathematiker und Ingenieurwissenschaftler	71	Mineralgewinnungs- und Bauberufe
22	Biowissenschaftler und Mediziner	72	Metallarbeiter, Mechaniker und verwandte Berufe
23	Wissenschaftliche Lehrkräfte	73	Präzisionsarbeiter, Kunsthandwerker, Drucker und verwandte Berufe
24	Sonstige Wissenschaftler und verwandte Berufe	74	Sonstige Handwerks- und verwandte Berufe
3	Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe	8	Anlagen- und Maschinenbediener sowie Montierer
31	Technische Fachkräfte	81	Bediener stationärer und verwandter Anlagen
32	Biowissenschaftliche- und Gesundheitsfachkräfte	82	Maschinenbediener und Montierer
33	Nicht-wissenschaftliche Lehrkräfte	83	Fahrzeugführer und Bediener mobiler Anlagen
34	Sonstige Fachkräfte (mittlere Qualifikationsebene)	9	Hilfsarbeitskräfte
4	Bürokräfte, kaufmännische Angestellte	91	Verkaufs- und Dienstleistungshilfskräfte
41	Büroangestellte ohne Kundenkontakt	92	Landwirtschaftliche, Fischerei- und verwandte Hilfsarbeiter
42	Büroangestellte mit Kundenkontakt	93	Hilfsarbeiter im Bergbau, Baugewerbe, Verarbeitenden Gewerbe und Transportwesen
5	Dienstleistungsberufe, Verkäufer in Geschäften und auf Märkten	0	Soldaten
51	Personenbezogene Dienstleistungsberufe und Sicherheitsbedienstete	01	Soldaten

*) Enthält 10 Berufshauptgruppen (Einsteller), 28 Berufsgruppen (Zweisteller), 116 Berufsuntergruppen (Dreisteller) und 390 Berufsgattungen (Viersteller)

Klassifizierung der Berufe (KIdB)*)

Ausgabe 1992

Berufsbereiche, Berufsabschnitte, Berufsgruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
I	Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau	16	Papierherstellungs-, Papierverarbeitungsberufe
I a	Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau	17	Druck- und Druckweiterverarbeitungsberufe
01	Landwirtschaftliche Berufe	III e	Berufe in der Holzbearbeitung, Holz- und Flechtwarenherstellung
02	Tierwirtschaftliche Berufe	18	Berufe in der Holzbearbeitung, Holz- und Flechtwarenherstellung
03	Verwaltungs-, Beratungs- und technische Fachkräfte in der Land- und Tierwirtschaft	III f	Berufe in der Metallerzeugung und -bearbeitung
05	Gartenbauberufe	19	Berufe in der Hütten- und Halbzeugindustrie
06	Forst-, Jagdberufe	20	Gießereiberufe
II	Bergleute, Mineralgewinner	21	Berufe in der spanlosen Metallverformung
II a	Bergleute, Mineralgewinner, -aufbereiter	22	Berufe in der spanenden Metallverformung
07	Bergleute	23	Berufe in der Metalloberflächenveredlung und Metallvergütung
08	Mineralgewinner, -aufbereiter	24	Metallverbindungsberufe
III	Fertigungsberufe	III g	Metall-, Maschinenbau- und verwandte Berufe
III a	Berufe in der Steinbearbeitung und Baustoffherstellung	25	Metall- und Anlagenbauberufe
10	Steinbearbeiter/Steinbearbeiterinnen	26	Blechkonstruktions- und Installationsberufe
11	Baustoffhersteller/Baustoffherstellerinnen	27	Maschinenbau- und -wartungsberufe
III b	Keramik-, Glasberufe	28	Fahr-, Flugzeugbau- und -wartungsberufe
12	Keramiker/Keramikerinnen	29	Werkzeug- und Formenbauberufe
13	Berufe in der Glasherstellung und -bearbeitung	30	Feinwerktechnische und verwandte Berufe
III c	Chemie-, Kunststoffberufe	III h	Elektroberufe
14	Chemieberufe	31	Elektroberufe
15	Kunststoffberufe		
III d	Berufe in der Papierherstellung, -verarbeitung und im Druck		

Fußnoten siehe S. 325.

Klassifizierung der Berufe (KIdB)*)

Ausgabe 1992

Berufsbereiche, Berufsabschnitte, Berufsgruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
III i	Montierer/Montiererinnen und Metallberufe, a.n.g.	III p	Berufe in der Holz- und Kunststoffverarbeitung
32	Montierer/Montiererinnen und Metallberufe, a.n.g.	50	Berufe in der Holz- und Kunststoffverarbeitung
III k	Textil- und Bekleidungsberufe	III q	Maler/Malerinnen, Lackierer/Lackiererinnen und verwandte Berufe
33	Spinnberufe	51	Maler/Malerinnen, Lackierer/Lackiererinnen und verwandte Berufe
34	Berufe in der Textilherstellung	III r	Warenprüfer/Warenprüferinnen, Versandfertigmacher/Versandfertigmacherinnen
35	Berufe in der Textilverarbeitung	52	Warenprüfer/Warenprüferinnen, Versandfertigmacher/ Versandfertigmacherinnen
36	Textilveredler/Textilveredlerinnen	III s	Hilfsarbeiter/Hilfsarbeiterinnen ohne nähere Tätigkeitsangabe
III l	Berufe in der Lederherstellung, Leder- und Fellverarbeitung	53	Hilfsarbeiter/Hilfsarbeiterinnen ohne nähere Tätigkeitsangabe
37	Berufe in der Lederherstellung, Leder- und Fellverarbeitung	III t	Maschinisten/Maschinistinnen und zugehörige Berufe, a.n.g.
III m	Ernährungsberufe	54	Maschinen-, Anlagenführer und -führerinnen, a.n.g.
39	Berufe in der Back-, Konditor-, Süßwarenherstellung	55	Maschineneinrichter/Maschineneinrichterinnen, a.n.g.
40	Fleischer/Fleischerinnen	IV	Technische Berufe
41	Köche/Köchinnen	IV a	Ingenieure/Ingenieurinnen, Chemiker/Chemikerinnen, Physiker/Physikerinnen, Mathematiker/Mathematikerinnen
42	Berufe in der Getränke-, Genußmittelherstellung	60	Ingenieure/Ingenieurinnen, a.n.g.
43	Übrige Ernährungsberufe	61	Chemiker/Chemikerinnen, Physiker/Physikerinnen, Mathematiker/Mathematikerinnen
III n	Hoch-, Tiefbauberufe	IV b	Techniker/Technikerinnen, Technische Sonderfachkräfte
44	Hochbauberufe	62	Techniker/Technikerinnen, a.n.g.
46	Tiefbauberufe		
47	Bauhilfsarbeiter		
III o	Ausbauberufe, Polsterer/Polsterinnen		
48	Ausbauberufe		
49	Raumausstatter/Raumausstatterinnen, Polsterer/Polsterinnen		

Fußnoten siehe S. 325.

Klassifizierung der Berufe (KldB)*)

Ausgabe 1992

Berufsbereiche, Berufsabschnitte, Berufsgruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
63	Technische Sonderfachkräfte	77	Rechnungskaufleute, Informatiker/Informatikerinnen
64	Technische Zeichner/Zeichnerinnen und verwandte Berufe	78	Büroberufe, Kaufmannische Angestellte, a.n.g.
65	Industrie-, Werk-, Ausbildungsmeister und -meisterinnen	V e	Ordnungs- und Sicherheitsberufe
V	Dienstleistungsberufe	79	Dienst-, Wachberufe
V a	Warenkaufleute	80	Sicherheitsberufe, a.n.g.
66	Verkaufspersonal	81	Berufe im Rechts- und Vollstreckungswesen
67	Groß- und Einzelhandelskaufleute, Ein- und Verkaufsfachleute	V f	Schriftwerkschaffende, -ordnende und künstlerische Berufe
68	Warenkaufleute, a.n.g., Vertreter/Vertreterinnen	82	Publizistische, Übersetzungs-, Bibliotheks- und verwandte Berufe
V b	Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	83	Künstlerische und zugeordnete Berufe
69	Bank-, Bausparkassen-, Versicherungsfachleute	V g	Gesundheitsdienstberufe
70	Andere Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	84	Ärzte/Ärztinnen, Apotheker/Apothekerinnen
V c	Verkehrsberufe	85	Ubrige Gesundheitsdienstberufe
71	Berufe des Landverkehrs	V h	Sozial- und Erziehungsberufe, anderweitig nicht genannte geistes- und naturwissenschaftliche Berufe
72	Berufe des Wasser- und Luftverkehrs	86	Soziale Berufe
73	Berufe des Nachrichtenverkehrs	87	Lehrer/Lehrerinnen
74	Lagerverwalter/Lagerverwalterinnen, Lager-, Transportarbeiter und -arbeiterinnen	88	Geistes- und naturwissenschaftliche Berufe, a.n.g.
V d	Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	89	Berufe in der Seelsorge
75	Berufe in der Unternehmensleitung, -beratung und -prüfung	V i	Sonstige Dienstleistungsberufe
76	Abgeordnete, administrativ entscheidende Berufstätige	90	Berufe in der Körperpflege
		91	Hotel- und Gaststättenberufe

Fußnoten siehe S. 325.

Klassifizierung der Berufe (KldB)*)

Ausgabe 1992

Berufsbereiche, Berufsabschnitte, Berufsgruppen

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
92	Haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe	97	Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Landwirtschaft, a.n g
93	Reinigungs- und Entsorgungsberufe	98	Arbeitskräfte mit (noch) nicht bestimmtem Beruf
VI	Sonstige Arbeitskräfte	99	Arbeitskräfte ohne nähere Tätigkeitsangabe
VI a	Sonstige Arbeitskräfte		

*) Enthält 6 Berufsbereiche (römische Ziffern), 33 Berufsabschnitte (römische Ziffern und Buchstaben), 88 Berufsgruppen (Zweisteller), 369 Berufsordnungen (Dreisteller), 2287 Berufsklassen (Viersteller).

Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD)*

9. Revision, 1979

– Systematisches Verzeichnis –

Kapitel (römische Ziffern), Hauptgruppen (zusammengefaßte Dreisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
I.	Infektiöse und parasitäre Krankheiten	150-159	Bösartige Neubildungen der Verdauungsorgane und des Bauchfells
001-009	Infektiöse Krankheiten des Verdauungssystems	160-165	Bösartige Neubildungen der Atmungs- und intrathorakalen Organe
010-018	Tuberkulose	170-175	Bösartige Neubildungen der Knochen, des Bindegewebes der Haut und der Brustdrüse
020-027	Zoonosen durch Bakterien	179-189	Bösartige Neubildungen der Harn- und Geschlechtsorgane
030-041	Sonstige bakterielle Krankheiten	190-199	Bösartige Neubildungen sonstiger und nicht näher bezeichneter Sitze
042-044	HIV-Infektionen	200-208	Bösartige Neubildungen des lymphatischen und hämatopoetischen Gewebes
045-049	Poliomyelitis und sonstige nicht durch Arbo-Viren hervorgerufene Viruskrankheiten des Zentralnervensystems	210-229	Gutartige Neubildungen
050-057	Viruskrankheiten mit Exanthem	230-234	Carcinoma in situ
060-066	Durch Arthropoden übertragene Viruskrankheiten	235-238	Neubildungen unsicheren Verhaltens
070-079	Sonstige durch Viren und Chlamydien übertragene Krankheiten	239	Neubildung unbekannten Charakters
080-088	Rickettsiosen und sonstige Infektionskrankheiten, durch Arthropoden übertragen	III.	Endokrinopathien, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten sowie Störungen im Immunitätssystem
090-099	Syphilis (Lues) und sonstige Geschlechtskrankheiten	240-246	Krankheiten der Schilddrüse
100-104	Sonstige Spirochätenkrankheiten	250-259	Krankheiten sonstiger endokriner Drüsen
110-118	Mykosen	260-269	Ernährungsmangelkrankheiten
120-129	Helminthosen	270-279	Sonstige Stoffwechselkrankheiten und Störungen im Immunitätssystem
130-136	Sonstige infektiöse und parasitäre Krankheiten	IV.	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe
137-139	Spätfolgen von infektiösen und parasitären Krankheiten	280-289	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe
II.	Neubildungen		
140-149	Bösartige Neubildungen der Lippe, der Mundhöhle und des Rachens		

Fußnoten siehe S. 330

Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD)*)

9. Revision, 1979

– Systematisches Verzeichnis –

Kapitel (römische Ziffern), Hauptgruppen (zusammengefaßte Dreisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
V.	Psychiatrische Krankheiten	440-448	Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren
290-294	Organische Psychosen	451-459	Krankheiten der Venen und Lymphgefäße sowie sonstige Krankheiten des Kreislaufsystems
295-299	Andere Psychosen	VIII.	Krankheiten der Atmungsorgane
300-316	Neurosen, Persönlichkeitsstörungen (Psychopathien) und andere nicht-psychotische psychische Störungen	460-466	Akute Infektionen der Atmungsorgane
317-319	Oligophrenien	470-478	Sonstige Krankheiten der oberen Luftwege
VI.	Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	480-487	Pneumonie und Grippe
320-326	Entzündliche Krankheiten des Zentralnervensystems	490-496	Chronische obstruktive Lungenkrankheiten und verwandte Affektionen
330-337	Hereditäre und degenerative Krankheiten des Zentralnervensystems	500-508	Pneumokoniosen und sonstige Lungenkrankheiten durch äußere Wirkstoffe
340-349	Sonstige Krankheiten des Zentralnervensystems	510-519	Sonstige Krankheiten der Atmungsorgane
350-359	Affektionen des peripheren Nervensystems	IX.	Krankheiten der Verdauungsorgane
360-379	Affektionen des Auges und seiner Anhangsgebilde	520-529	Krankheiten der Mundhöhle, der Speicheldrüsen und der Kiefer
380-389	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	530-537	Krankheiten der Speiseröhre, des Magens und des Zwölffingerdarmes
VII.	Krankheiten des Kreislaufsystems	540-543	Appendizitis
390-392	Akutes rheumatisches Fieber	550-553	Eingeweidebrüche
393-398	Chronische rheumatische Herzkrankheiten	555-558	Nichtinfektiöse Enteritis und Kolitis
401-405	Hypertonie und Hochdruckkrankheiten	560-569	Sonstige Krankheiten des Darmes und Bauchfells
410-414	Ischämische Herzkrankheiten	570-579	Sonstige Krankheiten der Verdauungsorgane
415-417	Krankheiten des Lungenkreislaufs		
420-429	Sonstige Formen von Herzkrankheiten		
430-438	Krankheiten des zerebrovaskulären Systems		

Fußnoten siehe S. 330.

Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD)*)

9. Revision, 1979

– Systematisches Verzeichnis –

Kapitel (römische Ziffern), Hauptgruppen (zusammengefaßte Dreisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
X.	Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane	690-698	Sonstige entzündliche Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes
580-589	Nephritis, Nephrotisches Syndrom und Nephrose	700-709	Sonstige Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes
590-599	Sonstige Krankheiten der Harnorgane	XIII.	Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes
600-608	Krankheiten der männlichen Geschlechtsorgane	710-719	Arthropathien und verwandte Affektionen
610-611	Krankheiten der Brustdrüse	720-724	Dorsopathien
614-616	Entzündliche Krankheiten der weiblichen Beckenorgane	725-729	Rheumatismus, ausgenommen des Rückens
617-629	Sonstige Affektionen der weiblichen Geschlechtsorgane	730-739	Osteopathien, Chondropathien und erworbene Deformaten des Muskelskelettsystems
XI.	Komplikationen der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett	XIV.	Kongenitale Anomalien
630-639	Schwangerschaft mit nachfolgender Fehlgeburt	740-759	Kongenitale Anomalien
640-648	Komplikationen, die hauptsächlich im Zusammenhang mit der Schwangerschaft auftreten	XV.	Bestimmte Affektionen, die ihren Ursprung in der Perinatalzeit haben
650-659	Normale Entbindung sowie andere Indikationen zur Behandlung während der Schwangerschaft, bei Wehen und Entbindung	760-779	Bestimmte Affektionen, die ihren Ursprung in der Perinatalzeit haben
660-669	Komplikationen, die hauptsächlich im Verlauf der Wehen und der Entbindung auftreten	XVI.	Symptome und schlecht bezeichnete Affektionen
670-676	Komplikationen im Wochenbett	780-789	Symptome
XII.	Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes	790-796	Unspezifische Befunde
680-686	Infektionen der Haut und des Unterhautzellgewebes	797-799	Schlecht bezeichnete und unbekannte Krankheits- und Todesursachen
		XVII.	Verletzungen und Vergiftungen
		800-804	Schadelfraktur
		805-809	Fraktur der Wirbelsäule und des Rumpfskeletts
		810-819	Frakturen der oberen Extremitäten

Fußnoten siehe S. 330.

Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD)*)

9. Revision, 1979

– Systematisches Verzeichnis –

Kapitel (römische Ziffern), Hauptgruppen (zusammengefaßte Dreisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
820-829	Frakturen der unteren Extremitäten	980-989	Toxische Wirkungen von medizinisch nichtgebräuchlichen Substanzen
830-839	Luxationen	990-995	Sonstige und nicht näher bezeichnete Schädigungen durch äußere Einflüsse
840-848	Verstauchungen, Gelenk- und Muskelzerrungen	996-999	Komplikationen nach chirurgischen Eingriffen und ärztlicher Behandlung, anderweitig nicht klassifizierbar
850-854	Intrakranielle Verletzungen (ausgenommen solche mit Schädelbruch)		Zusatzklassifikationen der äußeren Ursachen bei Verletzungen und Vergiftungen
860-869	Innere Verletzungen der Brust, des Bauches und des Beckens	E800-E807	Eisenbahnunfälle
870-879	Offene Wunden des Kopfes, des Halses und des Rumpfes	E810-E819	Kraftfahrzeugunfälle im Verkehr
880-887	Offene Wunden der oberen Extremitäten	E820-E825	Kraftfahrzeugunfälle außerhalb des Verkehrs
890-897	Offene Wunden der unteren Extremitäten	E826-E829	Unfälle von sonstigen Straßenfahrzeugen
900-904	Verletzungen der Blutgefäße	E830-E838	Wasserverkehrsunfälle
905-909	Spatfolgen von Verletzungen, Vergiftungen und sonstigen äußeren Einwirkungen	E840-E845	Verkehrsunfälle in der Luft- und Raumschiffahrt
910-919	Oberflächliche Verletzungen	E846-E848	Fahrzeugunfälle, anderweitig nicht klassifizierbar
920-924	Prellungen ohne Hautverletzungen	E850-E858	Vergiftungen (Unfälle) durch Drogen, Arzneimittel und biologische Präparate
925-929	Quetschungen	E860-E869	Vergiftungen (Unfälle) durch sonstige feste und flussige Substanzen, Gase und Dämpfe
930-939	Folgen des Eindringens von Fremdkörpern in Körperöffnungen	E870-E876	Zwischenfälle bei Patienten während chirurgischer und medizinischer Behandlung
940-949	Verbrennungen	E878-E879	Chirurgische und medizinische Maßnahmen als Ursache abnormer Reaktion oder späterer Komplikation, ohne Angabe eines Zwischenfalls zur Zeit der Behandlung
950-957	Nerven- und Rückenmarksverletzungen	E880-E888	Unfälle durch Sturz
958-959	Bestimmte Komplikationen nach Verletzung und nicht näher bezeichnete Verletzungen	E890-E899	Unfälle durch Feuer und Flammen
960-979	Vergiftung durch Drogen, Medikamente, Seren und Impfstoffe		

Fußnoten siehe S. 330.

Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD)*)

9. Revision, 1979

– Systematisches Verzeichnis –

Kapitel (römische Ziffern), Hauptgruppen (zusammengefaßte Dreisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
E900-E909	Unfälle durch Natur- und Umwelteinflüsse	E950-E959	Selbstmord und Selbstbeschädigung
E910-E915	Unfälle durch Untergehen, Ersticken und Fremdkörper	E960-E969	Mord, Totschlag und vorsätzliche Verletzungen durch eine andere Person
E916-E928	Sonstige Unfälle	E970-E978	Verletzungen durch gesetzliche Maßnahmen
E929	Spätfolgen von Unfallverletzungen		
E930-E949	Schadliche Wirkung durch Drogen, Arzneimittel und biologische Substanzen bei therapeutischer Anwendung	E980-E989	Verletzungen, unbestimmt ob unbeabsichtigt oder vorsätzlich
		E990-E999	Schadenfälle bei Kriegshandlungen

*) Herausgegeben vom Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.

4 Methodische Grundzüge

Sachgebiet Statistik	Grundlagen der Statistik		Aus
	Erhebungseinheit	Aufbereitungseinheit	Auswahleinheit ⁴⁶⁾
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit			
Mikrozensus 1 %-Erhebung 0,5 %-Erhebung 0,25 %-Erhebung 0,1 %-Erhebung	Haushalt	Person, Haushalt	Auswahlbezirk
EU-Arbeitskräftestichprobe ⁴⁹⁾	Haushalt	Person	Auswahlbezirk ⁴⁸⁾
Wahlen			
Repräsentative Bundestagswahlstatistik (1994 ausgesetzt)	Wahlberechtigter bzw. Wähler	Wahlberechtigter bzw. Stimmzettel	Wahlbezirk ⁵⁰⁾
Repräsentative Europawahlstatistik 1994	Wahlberechtigter bzw. Wähler	Wahlberechtigter bzw. Stimmzettel	Wahlbezirk ⁵⁰⁾
Land- und Forstwirtschaft			
Agrarberichterstattung	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb, Person	Landw. Betrieb
Repräsentativteil der Haupterhebung zur Landwirtschaftszählung 1991	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb, Person	Landw. Betrieb
Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft	Landw. Betrieb	Person	Landw. Betrieb
Bodennutzungserhebung Bodennutzungshaupterhebung	Landw. Betrieb, Forstw. Betrieb	Landw. Betrieb, Forstw. Betrieb	Landw. Betrieb, Forstw. Betrieb

Fußnoten siehe S. 340 f.

der Stichprobenstatistiken

wahlverfahren			Hochrechnungsverfahren
Umfang der Stichprobe	Schichtungsmerkmale ⁴⁷⁾ (Zahl der Schichten)	Durchschnittlicher Auswahlsatz	
<div> <div>ca. 40 000</div> <div>ca. 20 000⁴⁸⁾</div> <div>ca. 10 000⁴⁸⁾</div> <div>ca. 4 000⁴⁸⁾</div> </div>	<div> <div>Bundesland (16) – Kreis (je nach Größe auch Zusammenfassungen bzw. Teile von Kreisen [203]) – Gebäudeart und -größe (5)</div> </div>	<div> <div>1 %</div> <div>0,5 %</div> <div>0,25 %</div> <div>0,1 %</div> </div>	<div> <div>Anpassung an die „Fortgeschriebene Wohnbevölkerung“ nach 6 Klassen auf der Ebene von „Anpassungsschichten“ (Zusammenfassung von regionalen Schichten)</div> </div>
ca. 18 000 ⁴⁸⁾	wie Mikrozensus	0,45 %	wie Mikrozensus
2 800	Bundesland (16) – Anordnung nach Klassen der Wahlbezirksgröße (2 bis 4) und Stimmanteilen bestimmter Parteien (2 bis 5)	3,7 %	Anpassung an die Zahl der Wahlberechtigten (für die Wahlbeteiligung) und der Wähler (für die Stimmabgabe) jeweils für Bundesländer
ca. 96 000	Bundesland (16) – Viehbestand (2), Anbaufläche von Sonderkulturen (4), landwirtschaftlich genutzte Fläche im Bereich Gartenbau (5) und in der übrigen Landwirtschaft (9)	ca. 15 %	Freie Hochrechnung
ca. 88 000	Bundesland (11) – sonst wie bei der Agrarberichterstattung	ca. 13 %	Freie Hochrechnung
ca. 96 000	wie Agrarberichterstattung	ca. 15 %	Freie Hochrechnung
ca. 100 000	wie Agrarberichterstattung – zusätzlich: Hauptproduktionsrichtung Forstwirtschaft (1), landwirtschaftliche Kleinbetriebe (1)	ca. 14 %	Freie Hochrechnung

4 Methodische Grundzüge

Sachgebiet Statistik	Grundlagen der Statistik		Aus
	Erhebungseinheit	Aufbereitungseinheit	Auswahleinheit ⁴⁶⁾
Gemüseanbauerhebung ⁵¹⁾	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb	Gemeinde, Landw. Betrieb
Besondere Ernteermittlung ⁵¹⁾ Probeschnitte und Proberodungen	Probestück	Feld	Betrieb, Feld der Fruchtart, Probestück
Volldrusche	Feld	Feld	Betrieb, Feld der Fruchtart ⁵³⁾
Repräsentative Viehzählungen im April und August	Viehhaltung	Viehhaltung	Viehhaltung
im Juni	Viehhaltung	Viehhaltung	Viehhaltung
im Dezember	Viehhaltung	Viehhaltung	Viehhaltung
Produzierendes Gewerbe Kostenstrukturerhebung im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Material- und Wareneingangserhebung im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen

Fußnoten siehe S. 340 f.

der Stichprobenstatistiken

wahlverfahren			Hochrechnungsverfahren
Umfang der Stichprobe	Schichtungsmerkmale ⁴⁷⁾ (Zahl der Schichten)	Durchschnittlicher Auswahlsatz	
ca. 11 000 Betriebe	Bundesland (14) – Anbauflächen von Gemüse und Erdbeeren und Flächen von Unterglasanlagen je Gemeinde (max. 6) – Anbauflächen von verschiedenen Gemüsearten und Erdbeeren und Flächen von Unterglasanlagen je Betrieb (max. 7)	ca. 47 % der Betriebe	Verhältnisschätzung bzw. freie Hochrechnung
ca. 6 000 Betriebe bzw. Felder bzw. Probestücke	Bundesland (13) – Fruchtart (6)	ca. 0,0001 % der Fläche ⁵²⁾	Durchschnittlicher Hektarertrag wird als gewichteter Mittelwert der auf den Probestücken ermittelten Erträge bestimmt
ca. 4 000 Betriebe bzw. Felder	Bundesland (13) – Fruchtart (6)	ca. 1 % der Fläche ⁵²⁾	Berechnung von Korrektiven ⁵⁴⁾
ca. 39 000	Bundesland (13) – Art und Größe der Schweinehaltung (10), Neuzugänge (5)	ca. 12 %	Freie Hochrechnung, Verhältnis- und Regressionsschätzung
ca. 40 000	Bundesland (13) – Art und Größe der Rinderhaltung (10), Größe der Schafhaltung (5)	ca. 10 %	Freie Hochrechnung, Verhältnis- und Regressionsschätzung
ca. 71 000	Bundesland (13) – Art und Größe der Schweine- und Rinderhaltung (20), Größe der Schafhaltung (5)	ca. 13 %	Freie Hochrechnung, Verhältnis- und Regressionsschätzung
ca. 18 000	WZ 93-4-Steller (257) – Gebietsteile (2) – Zahl der Beschäftigten (5)	ca. 48 %	Freie Hochrechnung mit Anpassung an Eckwerte
ca. 18 000	WZ 93-4-Steller (257) – Gebietsteile (2) – Zahl der Beschäftigten (5)	ca. 48 %	Freie Hochrechnung mit Anpassung an Eckwerte

4 Methodische Grundzüge

Sachgebiet Statistik	Grundlagen der Statistik		Aus
	Erhebungseinheit	Aufbereitungseinheit	Auswahleinheit ⁴⁶⁾
Kostenstrukturhebung im Baugewerbe	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Handwerksberichterstattung	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Wohnungen			
Wohnungsstichprobe 1993	Gebäude, Wohnungen, Haushalte	Gebäude, Wohnungen, Haushalte	Auswahlbezirk ⁵⁶⁾
Handel			
Großhandelsstatistik	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Einzelhandelsstatistik	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Gastgewerbestatistik	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Verkehr			
Statistik des Straßengüterverkehrs 1994 (Leistungsstatistik)	Lastkraftfahrzeug	Lastkraftfahrzeug, Fahrt	Halbwoche eines Lastkraftfahrzeugs

⁴⁶⁾ Fußnoten siehe S. 340 f.

der Stichprobenstatistiken

wahlverfahren			Hochrechnungsverfahren
Umfang der Stichprobe	Schichtungsmerkmale ⁴⁷⁾ (Zahl der Schichten)	Durchschnittlicher Auswahlsatz	
ca. 6 000	Gebiet (2) – WZ 93-5-Steller (43) – Zahl der Beschäftigten (5)	ca. 25 %	Freie Hochrechnung mit Anpassung an Eckwerte
ca. 50 000	Bundesland (11) – Firmenkreisgruppe (3) – Wirtschaftszweige (45) – Zahl der Beschäftigten (max. 5)	ca. 10 % ⁵⁵⁾	Teils freie Hochrechnung, teils kombinierte Verhältnisschätzung mit Zuschätzung
ca. 40 000	wie Mikrozensus	1 %	Früheres Bundesgebiet: Anpassung an Eckzahlen aus der Wohnungsfortschreibung für Anpassungsschichten. – Neue Länder und Berlin-Ost: Freie Hochrechnung
ca. 13 000	Bundesland (16) – Zusammengefaßte Wirtschaftsklassen (12) – Umsatzgrößenklasse (max. 5)	ca. 11 %	Verhältnisschätzung
ca. 33 000	Bundesland (16) – Zusammengefaßte Wirtschaftsklassen (13) – Umsatzgrößenklasse (max. 5)	ca. 8 %	Verhältnisschätzung
ca. 11 000	Bundesland (16) – Wirtschaftsgruppe (5) – Umsatzgrößenklasse (max. 5)	ca. 5 %	Verhältnisschätzung
ca. 212 000 ⁵⁷⁾	Zusammengefaßte Aufbauarten und Haltergruppen (bei Lkw 5, bei Sattelzugmaschinen 2) – Verkehrsregion (27) – Nutzlastklasse bei Lkw (4), Klasse des zulässigen Gesamtgewichts bei Sattelzugmaschinen (4)	0,41 %	Freie Hochrechnung mit Anpassung an Bestandszahlen

4 Methodische Grundzüge

Sachgebiet Statistik	Grundlagen der Statistik		Aus
	Erhebungseinheit	Aufbereitungseinheit	Auswahleinheit ⁴⁶⁾
Sozialleistungen			
Nachweis der Empfänger von Sozialhilfe 1994	Bedarfsgemeinschaft	Hilfeempfänger, Bedarfsgemeinschaft	Bedarfsgemeinschaft
Wohngeldstatistik 1994	Haushalt	Haushalt	Haushalt
Wirtschaftsrechnungen			
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993	Haushalt	Haushalt	Haushalt
Löhne und Gehälter			
Verdiensterhebung in der Landwirtschaft ab September 1993 Früheres Bundesgebiet ⁵⁸⁾	Landw. Betrieb ⁵⁸⁾	Arbeiter ⁵⁹⁾	<div> <div></div> <div>Landw. Betrieb⁵⁸⁾</div> <div>Arbeiter</div> </div>
ab September 1992 Neue Länder und Berlin-Ost ⁵⁸⁾	Landw. Betrieb ⁵⁸⁾	Arbeiter ⁵⁹⁾	
			<div> <div></div> <div>Landw. Betrieb⁵⁸⁾</div> <div>Arbeiter⁵⁹⁾</div> </div>
in Industrie und Handel ab Oktober 1995 Früheres Bundesgebiet	Betrieb (bzw. Arbeitsstätte)	Betrieb	Betrieb (bzw. Arbeitsstätte)
ab Oktober 1995 Neue Länder und Berlin-Ost	Betrieb (bzw. Arbeitsstätte)	Betrieb	Betrieb (bzw. Arbeitsstätte)
im Handwerk ab Mai 1997	Betrieb	Betrieb	Unternehmen

Fußnoten siehe S. 340 f.

der Stichprobenstatistiken

wahlverfahren			Hochrechnungsverfahren
Umfang der Stichprobe	Schichtungsmerkmale ⁴⁷⁾ (Zahl der Schichten)	Durchschnittlicher Auswahlsatz	
ca. 325 000		25 %	Freie Hochrechnung
ca. 950 000	Art des Zuschusses (2) – Haushaltsgröße (2) – Sozialer Status (5)	25 %	Freie Hochrechnung
ca. 56 000	(siehe Mikrozensus; zusätzlich Haushaltsgröße, Stellung im Beruf, Einkommensklasse)	0,16 %	Freie Hochrechnung mit Anpassung an Mikrozensus-Haushalte
1 098	Bundesland (7) – Betriebssystem (2), Beschäftigtengrößenklasse (4)	6,8 %	Freie Hochrechnung
3 654	–		
469	Bundesland (5) – Betriebssystem (2), Beschäftigtengrößenklasse (8)	10,0 %	Freie Hochrechnung
3 536	–	1,8 %	Freie Hochrechnung
27 700	Bundesland (11) – Wirtschaftszweig (95) – Beschäftigtengrößenklasse (6)	9,7 %	Freie Hochrechnung von Zähler und Nenner der Verhältniswerte
11 300	Bundesland (6) – Wirtschaftszweig (15) – Beschäftigtengrößenklasse (6)	26,1 %	Freie Hochrechnung von Zähler und Nenner der Verhältniswerte
27 000	Bundesland (16) – Handwerkszweig (10) – Beschäftigtengrößenklasse (5)	10,8 %	Freie Hochrechnung von Zähler und Nenner der Verhältniswerte

4 Methodische Grundzüge

Sachgebiet Statistik	Grundlagen der Statistik		Aus
	Erhebungseinheit	Aufbereitungseinheit	Auswahleinheit ⁴⁶⁾
Arbeitskostenerhebung 1996	Unternehmen	Unternehmen und Betrieb	Unternehmen
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1995	Betrieb	Arbeitnehmer (Tätigkeitsfall)	<div> Betrieb </div> <div> Arbeitnehmer </div>
Statistik der betrieblichen Altersversorgung 1990 – Früheres Bundesgebiet	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Umwelt			
Erhebung über laufende Aufwendungen für den Umweltschutz	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen

⁴⁶⁾ Die in Betracht kommenden Auswahleinheiten sind beim mehrstufigen Auswahlverfahren nach Stufenfolge untereinander aufgeführt – ⁴⁷⁾ Hierarchisch geordnete Schichtungsmerkmale sind durch Querstrich (–) gegeneinander abgesetzt. – ⁴⁸⁾ Auswahl zweite Phase aus der 1%-Erhebung des Mikrozensus. – ⁴⁹⁾ Für Zwecke der Europäischen Union – ⁵⁰⁾ Wahlbezirke mit weniger als 300 Wahlberechtigten nicht in Stichprobe einbezogen; Ersatz durch größere, die in der Summe der Wahlberechtigten und bezüglich des Wahlverhaltens annähernd den ersetzten Bezirken entsprechen – ⁵¹⁾ Länderspezifische Stichprobenpläne. – ⁵²⁾ Gesamtauswahlsatz. – Je Fruchtart – ⁵³⁾ Auswahl

der Stichprobenstatistiken

wahlverfahren			Hochrechnungsverfahren
Umfang der Stichprobe	Schichtungsmerkmale ⁴⁷⁾ (Zahl der Schichten)	Durchschnittlicher Auswahlsatz	
32 023	Bundesland (16) – Wirtschaftszweig (37) – Beschäftigtengrößenklasse (7)	14,6 %	Freie Hochrechnung
25 000	Bundesland (16) – Wirtschaftsgruppe und -klasse (45), Betriebsgrößenklasse (6)	10,8 %	Freie Hochrechnung
ca. 1 047 000	–	7,5 %	Freie Hochrechnung
52 000	Bundesland (11) – Wirtschaftszweig (40) – Beschäftigtengrößenklasse (9)	5 %	Freie Hochrechnung
ca. 15 000	WZ 93-4-Steller (261) – Größenklassen (6) bezüglich Abfall- und Abwassermengen bzw. bezüglich der Zahl der Beschäftigten	ca. 35 %	voraussichtlich: freie Hochrechnung mit Anpassung an Eckwerte

zweite Phase aus der Feldstichprobe der Probeschnitte – 54) Verhältniswerte zur Umrechnung der mit Probeschnitten ermittelten Ertragswerte auf geerntete Erträge. – 55) Handwerksunternehmen, die zum Monatsbericht des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes melden, dem Bauhauptgewerbe angehören oder an der Monatershebung des Ausbaugewerbes beteiligt sind, sind hierin nicht enthalten – 56) Gleicher Auswahlplan wie für den Mikrozensus. – 57) Bei Lkw nur Halbwochen von Fahrzeugen mit 3,5 t Nutzlast oder mehr – 58) Mit familienfremden Arbeitskräften – 59) Familienfremde Arbeitskräfte.

5 Berechnungsgrundlage von Indizes bzw. Maßzahlen*)

Bezeichnung	Periodizität	Basisjahr = 100	Gliederung ⁶⁰⁾	Reihen	Gewichtung	Methode in WiSta
Produzierendes Gewerbe						
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe	mtl.	1991	Hauptgruppen, Wirtschaftsgruppen, Wirtschaftszweige	393	Auftragseingänge bzw. Umsätze des Jahres 1991	3/95
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe	mtl.	1991	Hauptgruppen, Wirtschaftsgruppen, Wirtschaftszweige	1053	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Jahres 1991	3/95
Index der Arbeitsproduktivität für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe (Produktionsergebnis je Beschäftigten, je Beschäftigtenstunde, je Arbeiter und je Arbeiterstunde)	mtl. ⁶¹⁾	1985	Hauptgruppen, Wirtschaftsgruppen, Wirtschaftszweige	4	Census value added des Jahres 1985	3/88
Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe	mtl.	1991	Hoch- und Tiefbau	13	Auftragseingänge des Jahres 1991	8/89
Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe	vj.	1991	Hoch- und Tiefbau	13	Auftragsbestände des Jahres 1991	8/89
Binnenhandel, Gastgewerbe						
Maßzahlen des Umsatzes und der Beschäftigten						
im Großhandel	mtl.	1995	7 Gruppen und ca. 96 Zweige des Großhandels sowie 9 Arten und Absatzformen des Großhandels	max. 13 500 Unternehmen	—	10/84
im Einzelhandel	mtl.	1995	7 Gruppen und ca. 63 Zweige des Einzelhandels	max. 35 000 Unternehmen	—	10/84
im Gastgewerbe	mtl.	1995	ca. 11 Zweige des Beherbergungs- und ca. 11 Zweige des Gaststättengewerbes	max. 11 500 Unternehmen	—	10/84

Fußnoten siehe S. 349.

5 Berechnungsgrundlage von Indizes bzw. Meßzahlen*)

Bezeichnung	Periodizität	Basis-jahr = 100	Gliederung ⁶⁰⁾	Reihen	Gewichtung	Methode in WiSta
Außenhandel						
Indizes der Ein- und Ausfuhr						
Index der tatsächlichen Werte	} mtl.	1980 ⁶²⁾	<div style="border-left: 1px solid black; border-right: 1px solid black; padding: 5px;"> 8 Warengruppen und 215 Warenuntergruppen der Außenhandelsstatistik. 10 Teile des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel. 52 Gütergruppen bzw. -zweige des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken sowie 11 Investitions- und 8 Verbrauchsgütergruppen </div>	} ca. 10000 Waren	<div style="border-left: 1px solid black; border-right: 1px solid black; padding: 5px;"> Durchschnittswerte des Jahres 1980. Mengen der Berichtsmonate bzw. -jahre </div>	2/84
Index des Volumens						
Index der Durchschnittswerte						
Löhne und Gehälter						
Indizes der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden und der durchschnittlichen Bruttostunden- und -wochenverdienste der Arbeiter in der Industrie	vj.	1991	7 Wirtschaftsbe- reiche, 40 Wirt- schaftsgruppen, jeweils getrennt nach Geschlecht, für alle Bereiche zusätzlich nach Leistungsgruppen	3732	Beschäftigten- zahlen	4/59; 12/61; 1/66; 7/72; 12/79; 8/85
Index der durchschnittlichen Bruttomonatsver- dienste der Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe	vj.	1991	8 Wirtschaftsbe- reiche, 44 Wirt- schaftsgruppen, jeweils getrennt nach Beschäfti- gungsart und Ge- schlecht, für alle Bereiche zusätzlich nach Leistungs- gruppen	1288	Beschäftigten- zahlen	2/62; 1/66; 7/72; 12/79; 8/85

Fußnoten siehe S. 349.

5 Berechnungsgrundlage von Indizes bzw. Meßzahlen*)

Bezeichnung	Periodizität	Basisjahr = 100	Gliederung ⁶⁰⁾	Reihen	Gewichtung	Methode in WiSta
Indizes der tariflichen Wochenarbeitszeiten und der Tarifröhne und -gehalter in der gewerblichen Wirtschaft sowie bei Gebietskörperschaften						
Tarifliche Wochenarbeitszeiten der Arbeiter und Angestellten	vj.	1991	11 Wirtschaftsbe- reiche und 45 Wirtschaftsgruppen bei Arbeitern; 10 Wirtschafts- bereiche und 48 Wirtschaftsgruppen bei Angestellten	375 Tarife für Arbeiter; 325 Tarife für Ange- stellte	Beschäftigten- zahlen	8/60; 12/61; 1/66; 11/74; 12/79; 8/85
Tarifliche Stunden- löhne und Wochen- löhne der Arbeiter	vj.	1991	11 Wirtschaftsbe- reiche und 45 Wirtschaftsgruppen	3743 Lohn- reihen aus 375 Lohnta- rifen	Beschäftigten- zahlen	9/58; 12/61, 1/66, 11/74; 12/79; 8/85
Tarifliche Monatsge- halter der Angestellten	vj.	1991	10 Wirtschaftsbe- reiche und 458 Wirtschaftsgruppen	5130 Gehalts- reihen aus 325 Tarifver- trägen	Beschäftigten- zahlen	9/58; 4/59; 1/62; 1/66; 11/74; 12/79; 8/85
Index der Tarifröhne in der Landwirtschaft	vj.	1991	7 Gruppen, unter- schieden nach Qualifikation und Entlohnungsform	90 Lohn- reihen aus 11 Tarifver- trägen	Beschäftigten- zahlen	11/58; 12/64
Preise						
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	mtl.	1991	34 Gütergruppen in weiterer Unter- teilung nach Guter- zweigen und -klassen	18500 Preis- reihen für 2250 Waren	Umsatzwerte des Produzierenden Gewerbes (Inlandsabsatz) 1991	3/94
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Pro- dukte	mtl.	1991	17 Warengruppen pflanzlicher und tierischer Produkte	1619 Preis- reihen für 241 Waren	Verkaufserlose der Landwirt- schaft 1991	3/97

Fußnoten siehe S. 349.

5 Berechnungsgrundlage von Indizes bzw. Meßzahlen*)

Bezeichnung	Periodizität	Basisjahr = 100	Gliederung ⁶⁰⁾	Reihen	Gewichtung	Methode in WiSta
Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	mtl. bzw. J	1991	2 Sorten Rohholz	886 Preisreihen für 99 Waren	Verkaufserlöse der Forstwirtschaft 1991	4/97
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes (Erzeuger-, Großhandelsverkaufs- und Einfuhrpreise)	mtl.	1985	34 Gütergruppen (Gliederung nach der Herkunft, dem Grad der Bearbeitung und dem vorwiegenden Verwendungszweck) 26 Inputpreisindizes ausgewählter Produktionsbereiche	–	Input-Output-Tabellen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	12/90
Index der Großhandelsverkaufspreise	mtl.	1991	14 Wirtschaftsgruppen und 84 -klassen (Gliederung nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979), 10 Hauptbereiche und 77 Warengruppen (Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik, Ausgabe 1978). 35 Gütergruppen in weiterer Unterteilung nach Guterzweigen und -klassen (Gliederung nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1989)	6742 Preisreihen für 801 Waren	Umsatzwerte des Großhandels 1991	12/95
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	vj.	1991	11 Warengruppen in weiterer Unterteilung nach Warenzweigen	6097 Preisreihen für 225 Waren u Leistungen	Betriebsausgaben der Landwirtschaft 1991	2/90

Fußnoten siehe S. 349.

5 Berechnungsgrundlage von Indizes bzw. Meßzahlen*)

Bezeichnung	Periodizität	Basis-jahr = 100	Gliederung ⁶⁰⁾	Reihen	Gewichtung	Methode in WiSta
Index der Einfuhrpreise	mtl.	1991	8 Warengruppen der Ernährungs-wirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft nach EG- und Drittländern Gilt für Ein- u. Aus-fuhrpreisindizes	7640 Preis-reihen	Einfuhrwerte 1991	3/95
Index der Ausfuhrpreise	mtl.	1991	4 Warengruppen gegliedert nach der vorwiegenden Verwendungsart	7110 Preis-reihen	Ausfuhrwerte 1991	
			36 Gütergruppen in weiterer Unter-teilung nach Guterzweigen, -klassen und -arten (Gliederung nach dem Systema-tischen Güterver-zeichnis für Produktions-statistiken, Ausgabe 1989)			
			10 Warengruppen in weiterer Unter-teilung nach Ab-schnitten (Glie-de-rung nach dem In-ternationalen Wa-renverzeichnis für den Außenhandel (SITC-Rev. 3), Ausgabe 1986)			
Preisindizes für Bauwerke	vj.	1991	Neubau – konven-tionell: Bauleistun-gen am Bauwerk mit 2 Bauabschnit-ten und bis zu 39 Bauarbeiten für Wohngebäude, Nichtwohngebäude, Sonstige Bauwerke	35000 Preis-reihen für rd. 200 Leistun-gen	Herstellun-gskosten von Bau-werken 1991	

*) Fußnoten siehe S. 349.

5 Berechnungsgrundlage von Indizes bzw. Meßzahlen*)

Bezeichnung	Periodizität	Basis-jahr = 100	Gliederung ⁶⁰⁾	Reihen	Gewichtung	Methode in WiSta
Preisindizes für Bauwerke	hj.	1991	Neubau – vorgefertigt: Einfamilien-Fertighäuser mit und ohne Unterkellerung	200 Preisreihen	Fertighausumsätze 1991	1/95
	vj.	1991	Instandhaltung: Wohngebäude, 3 Arten mit bis zu 11 Bauarbeiten	2000 Preisreihen für rd. 20 Leistungen	Kosten von Instandhaltungen an Wohngebäuden	1/95
Index der Einzelhandelspreise (Verkaufspreise)	mtl.	1991	9 Wirtschaftsgruppen sowie -untergruppen und -klassen (Gliederung nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993), 10 Hauptbereiche sowie Warengruppen (Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik, Ausgabe 1978), 8 Hauptgruppen sowie Gruppen und Untergruppen (Gliederung nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983)	über 400000 Preisreihen für insgesamt rd. 750 Waren und Leistungen	Umsatzwerte des Einzelhandels 1992	11/95
Preisindizes für die Lebenshaltung						11/95
Alle privaten Haushalte	mtl.	1991		Über 400 000 Preisreihen für insgesamt rd. 750 Waren und Leistungen	Ausgaben für die Lebenshaltung 1988 auf 1991 fortgerechnet	

5 Berechnungsgrundlage von Indizes bzw. Maßzahlen*)

Bezeichnung	Periodizität	Basisjahr = 100	Gliederung ⁶⁰⁾	Reihen	Gewichtung	Methode in WiSta
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	mtl.	1991	8 Hauptgruppen sowie Gruppen und Untergruppen (Gliederung nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 bzw. nach Dauerhaftigkeit und Wert der Güter)	}	Ausgaben für die Lebenshaltung 1991	
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	mtl.	1991				
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	mtl.	1991				
Preisindizes für Post-, Postbank- und Telekommunikationsdienstleistungen	⁶³⁾	1991	4 Leistungsbereiche in weiterer Unterteilung nach Leistungsarten	214 Reihen	Einnahmen für Leistungen der Deutschen Bundespost 1985	–
Indizes der Seefrachten						
Linienfahrt	mtl.	1991	3 Hauptgruppen (für Container, Stuckgut und Massengut); jeweils für einkommende und ausgehende Fahrt	640 Preisreihen	Frachterlöse 1991	–
Tramp-Trockenfahrt	mtl.	1991	6 Schiffsgroßenklassen	variabel	Frachterlöse 1991	–
Tramp-Tankerfahrt	mtl.	WORLDSCALE ⁶⁴⁾	2 Hauptgruppen (für Rohöl und Ölprodukte); in der Rohölfahrt nach 3 Schiffsgroßenklassen untergliedert	variabel	Frachtab-schlüsse 1991	–
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen						
Preisindizes in der Inlandsproduktsberechnung	vj. bzw. j.	1991	Bruttoinlandsprodukt, gegliedert nach Verwendungsarten	–	Warenkorb des jeweiligen Berichts-jahres	1/63

*) Nur die vom Statistischen Bundesamt berechneten Indizes und Maßzahlen. – ⁶⁰⁾ Nach den entsprechenden Klassifikationen –

⁶¹⁾ Für „Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt“ und für Hauptgruppen monatlich, für Wirtschaftszweige jährlich. –

⁶²⁾ Es ist geplant, im Laufe des Jahres 1997 auf die Basis 1991 umzustellen – ⁶³⁾ Bei Preisänderungen. – ⁶⁴⁾ Tariffschema „WORLDSCALE“ nach der jeweils zum 1. Januar eines Jahres revidierten Fassung = 100.

6 Veröffentlichungsnachweis

6.1 Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes

Die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes sind über SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, zu beziehen. Einzelheiten zu Inhalt, Erscheinungsfolge und Preis sind dem „Verzeichnis der Veröffentlichungen“ des Statistischen Bundesamtes zu entnehmen, das jährlich aktualisiert wird und alle lieferbaren Titel nachweist.

6.1.1 Gedruckte Informationsangebote

6.1.1.1 Zusammenfassende Veröffentlichungen

Querschnittsveröffentlichungen

Jahrbücher

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland

Das Statistische Jahrbuch bietet den umfassendsten Überblick über das Zahlenangebot der amtlichen Statistik. Mit seinen auf knapp 800 Seiten angebotenen Daten aus fast allen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ist es ein unverzichtbares Nachschlagewerk für Wirtschaft und Wissenschaft, für Politik und Verwaltung, aber auch für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger. Zuverlässig, objektiv und übersichtlich stellt es die aktuell verfügbaren Informationen bereit.

Statistisches Jahrbuch für das Ausland

Das Statistische Jahrbuch für das Ausland gibt im ersten Teil eine Vielzahl wichtiger Strukturdaten und Entwicklungsreihen wieder, die eine vergleichende Gegenüberstellung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ermöglichen. Der zweite Teil gewährt Einblicke in die vielschichtigen bevölkerungspolitischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme für nahezu alle Staaten der Erde.

Statistisches Jahrbuch auf CD-ROM

Ab der Ausgabe 1994 wird das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland und für das Ausland auch auf CD-ROM herausgegeben.

Zahlenkompaß

Der jährlich erscheinende Zahlenkompaß präsentiert eine Auswahl der wichtigsten Eckzahlen aus allen Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik mit Vergleichsdaten für Länder der EU und für andere wichtige Industriestaaten. Verfügbar ist auch eine englische, französische, spanische und russische Ausgabe.

Periodika

Wirtschaft und Statistik

Die Monatszeitschrift enthält grundlegende Aufsätze zu Fragen des statistischen Programms, den Rechtsgrundlagen, Klassifikationen und statistischen Methoden

sowie Kommentierungen der Ergebnisse neuer Statistiken und wichtiger laufender Erhebungen. Kernstück des Tabellenteils sind die Statistischen Monatszahlen, die über wichtige Eckdaten und ihre Veränderungen im Zeitablauf informieren, ferner ausgewählte Tabellen über interessante Ergebnisse aus im Berichtsmonat aktuell anfallenden Statistiken und Zahlennachweisungen zum Textteil.

Statistischer Wochendienst

Diese besonders aktuelle Veröffentlichung enthält alle in der Berichtswoche neu angefallenen Ergebnisse kurzfristiger Statistiken sowie Vergleichszahlen für vorangegangene Zeiträume für Deutschland, das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost.

Konjunktur aktuell

In dieser monatlich erscheinenden Veröffentlichung werden die wichtigsten Konjunkturindikatoren, in Form von Tabellen, Graphiken und Texten, mit Angaben für Deutschland, das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost ausgewiesen.

Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer

Diese zweijährlich erscheinende Veröffentlichung enthält schwerpunktmäßig Zahlenmaterial über Bevölkerung und Wirtschaft der einzelnen Bundesländer mit besonderem Gewicht auf der langfristigen Entwicklung dieser Daten.

Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung

Die zweijährlich erscheinende Veröffentlichung enthält eine Zusammenstellung von Zeitreihen ab dem Jahr 1950 mit Daten der Bevölkerungs- und Erwerbstätigkeitsstatistiken, den wichtigsten Ergebnissen der laufenden Wirtschaftsstatistiken einschließlich der Preis- und Lohnstatistiken sowie Angaben aus den Finanz- und Steuerstatistiken und den Statistiken über Geld, Kredit und Sozialleistungen.

Datenreport

Diese Veröffentlichung bietet Zahlen und Fakten über Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland sowie eine Analyse der objektiven Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger.

Thematische Veröffentlichungen

Schriftenreihe „Im Blickpunkt“

Diese Schriftenreihe präsentiert Themenbereiche, zum Beispiel bestimmte Bevölkerungsgruppen oder sachbezogene Themen, die im aktuellen öffentlichen Interesse stehen.

Im Blickpunkt: Ausländische Bevölkerung in Deutschland

Die Veröffentlichung enthält ein reichhaltiges Informationsangebot aus vielen Bereichen der amtlichen Statistik, die Zahlen über die ausländische Bevölkerung in Deutschland ausweisen. Der Band enthält neben Informationen zu demographischen und Familienstrukturen sowie Zu- und Fortzügen auch Angaben über Wohnverhältnisse, Bildungsstruktur, Erwerbstätigkeit, Sozialhilfe, Strafverfolgung, Schwerbehinderte, Einbürgerungen und die Entwicklung der Zahl der Asylanträge. (Erschienen 1995)

Im Blickpunkt: Familien heute

Die in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung erarbeitete Veröffentlichung stellt in einem ersten Hauptteil die Haushaltsstrukturen, die soziale Lage der Familien sowie familienbezogene Verlaufsdaten über Deutschland dar und bietet in einem zweiten Teil entsprechende europäische Vergleichsdaten. Darüber hinaus sind auch Angaben der Bevölkerungsvorausschätzung enthalten. (Erschienen 1994)

Im Blickpunkt: Ältere Menschen

Das Buch zeigt die älteren Menschen in der Bundesrepublik Deutschland im Spiegel der Statistik. Ausgehend von den Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung werden die familiären Bindungen sowie die häuslichen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse der älteren Menschen detailliert beschrieben und ihre Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben aus dem Blickwinkel der Statistik beleuchtet. (Erschienen 1991)

Im Blickpunkt: Ältere Menschen in der Europäischen Gemeinschaft

Die Veröffentlichung bietet – ähnlich der auf die Bundesrepublik Deutschland bezogenen Ausgabe „Im Blickpunkt: Ältere Menschen“ – ausführlich kommentiertes Material u.a. über Altersstruktur, Lebensbedingungen und Lebensformen älterer Menschen in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Über die Darstellung der objektiven Faktoren hinaus ist auch der subjektiven Einschätzung der persönlichen Situation (finanzielle Ausstattung, soziale Kontakte) ein eigenes Kapitel gewidmet. (Erschienen 1994)

Im Blickpunkt: Kultur in Deutschland

– Zahlen und Fakten –

Als Auswertung einer Vielzahl von Datenquellen bei Instituten, Verbänden, Verwertungsgesellschaften sowie statistischen Ämtern und anderen Behörden gibt die Veröffentlichung einen umfassenden Überblick über die vielen kulturellen Aktivitäten zwischen sogenannter „Hochkultur“ und „Soziokultur“, über Museen und Archive, Literatur, Musik, darstellende und bildende Kunst, Film und Video, Hörfunk und Fernsehen. (Erschienen 1994)

Folgende Bände sind in Vorbereitung:

Im Blickpunkt: Leben und Arbeiten in Deutschland

– 40 Jahre Mikrozensus –

Im Blickpunkt: Zeitverwendung in Deutschland

– Beruf, Familie, Freizeit –

Im Blickpunkt: Bevölkerungsvorausberechnungen im europäischen Vergleich

Im Blickpunkt: Jugend in Deutschland

Im Blickpunkt: Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft

Thematische Reihen

Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft

Diese monatliche Veröffentlichung (Dezember mit Jahresergebnis) führt Angaben aus der Bauberichterstattung (u. a. Beschäftigte, Umsatz, Auftragseingang und -bestand) sowie aus den Statistiken der Bautätigkeit (Baugenehmigungen und Baufertigstellungen) zusammen und ergänzt sie durch ausgewählte Ergebnisse anderer, für die Bauwirtschaft relevanter Statistiken (u. a. Preis-, Lohn-, Arbeitsmarktstatistik).

Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft

Die monatliche Veröffentlichung (Dezember mit Jahresergebnis) liefert aktuelle Daten zur Energiewirtschaft für alle 16 Bundesländer. Für die einzelnen Energieträger werden Angaben über Aufkommen und Verwendung, Ein- und Ausfuhr, Preisindizes und Preise sowie über Betriebe, Beschäftigung und Produktionsindizes nachgewiesen.

Bildung im Zahlenspiegel

Diese jährliche Veröffentlichung bereitet die für den Bildungssektor wichtigsten Daten aus dem vorhandenen statistischen Material auf und ergänzt sie um Angaben für den vorschulischen Bereich, die Weiterbildung, die öffentlichen Ausgaben für Bildung und Wissenschaft sowie die Ausbildungsförderung und einige internationale Übersichten.

Tourismus in Zahlen

Die jährliche Veröffentlichung umfaßt tourismusspezifische Daten aus dem gesamten Arbeitsbereich der amtlichen Statistik, die durch Angaben anderer nationaler und internationaler Stellen ergänzt wurden.

Strukturdaten über die ausländische Bevölkerung

Diese Veröffentlichung enthält aktuelle Zahlen über die ausländische Bevölkerung in Form einer Tabellensammlung. Sie dokumentiert demographische und Familienstrukturen der Ausländerinnen und Ausländer, Zu- und Fortzüge, Wohnverhältnisse,

Bildungsstruktur, Erwerbstätigkeit, Sozialhilfebezug, Strafverfolgung, Einbürgerungen und die Entwicklung der Zahl der Asylanträge.

Verkehr aktuell

In dieser monatlichen Publikation sind wichtige aktuelle Monats- und Jahresergebnisse der amtlichen Statistik aus vielen Bereichen des Verkehrs in Zeitreihenform und einheitlicher Gliederung zusammengefaßt.

Güter- und Personenbeförderung auf der Straße, im Schienenverkehr, in der Schifffahrt und im Luftverkehr sowie Bestand und Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen bilden die Schwerpunkte von Verkehr aktuell.

Außerdem enthalten sind Eckdaten über Straßenverkehrsunfälle, verkehrsbezogene Indizes zu Verbraucherpreisen und Seefrachtraten sowie Angaben zu Unternehmensinsolvenzen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verkehr.

Kreiszahlen

– Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland –

„Kreiszahlen“ ist eine Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Die jährlich erscheinende Publikation enthält für alle Landkreise und kreisfreien Städte und aggregiert für alle Verwaltungsebenen oberhalb der Kreise (Regierungsbezirke, Länder, Bund) die wichtigsten Daten zu 10 statistischen Bereichen, wie z. B. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Industrie, Bauwirtschaft, Tourismus, Bruttowertschöpfung und Bundestagswahl.

Sonstige Veröffentlichungen

Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplätze im Wandel der Zeit

Diese Veröffentlichung enthält eine Darstellung, Analyse und Einschätzung der Entwicklung des Strukturwandels und seine unmittelbaren Auswirkungen auf die Beschäftigung in Deutschland. (Erschienen 1994)

Von den zwanziger zu den achtziger Jahren

– Ein Vergleich der Lebensverhältnisse der Menschen –

Der Wandel in den Lebensverhältnissen der Menschen während der letzten zwei bis drei Generationen wird anhand der amtlichen Statistik aus der Mitte der zwanziger, der fünfziger und der achtziger Jahre unseres Jahrhunderts dargestellt. (Erschienen 1987)

Im Zug der Zeit

– Ein Bilderbogen durch vier Jahrzehnte –

Dieses Buch will der tagtäglichen Wirklichkeit im Leben der Normalfrau und des Durchschnittsmannes nachspüren und die Auswirkungen der technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen eines halben Jahrhunderts auf das Leben der Menschen beleuchten. (Erschienen 1989)

Im Trabi durch die Zeit – 40 Jahre Leben in der DDR

Der Band schildert – ähnlich seinem „westlichen“ Pendant „Im Zug der Zeit – ein Bilderbogen durch vier Jahrzehnte“ – das Leben in einer sozialistisch geregelten Gesellschaftsordnung, die Probleme der Menschen im anderen Teil Deutschlands, aber auch ihre Wünsche und Hoffnungen. (Erschienen 1992)

DDR 1990

– Zahlen und Fakten –

Mit dieser auf der Grundlage von Daten des ehemaligen Statistischen Amtes der DDR erstellten Veröffentlichung berichtete das Statistische Bundesamt erstmals umfassend über die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Gebiet der ehemaligen DDR. (Erschienen 1990)

Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR

– Originalergebnisse –

Statistische Übersichten mit langen Reihen über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der ehemaligen DDR werden in den folgenden Ausgaben geboten.

Heft 1: Entwicklung der Industrie nach Wirtschaftszweigen 1975 bis 1989

Heft 2: Wohnungsbau und Wohnungsbestand 1970 bis 1990

Heft 3: Bevölkerungsstatistische Übersichten 1946 bis 1989 (Teil I)

Heft 4: Produktion ausgewählter Erzeugnisse des Produzierenden Gewerbes 1980 bis 1990

Heft 5: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 1985 bis 1990

Heft 6: Handwerk nach Gewerbegruppen, Gewerbebranchen und Ländern 1988 und 1989

Heft 7: Kultur in Übersichten 1970 bis 1989 (Teil 1)

Heft 8: Ausgewählte Zahlen zur Agrarwirtschaft 1949 bis 1989

Heft 9: Umsätze im Außenhandel 1975 und 1980 bis 1990

Heft 10: Rechtspflege, Gerichte, Verfahrensstatistik 1971 bis 1990

Heft 11: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 1975 bis 1984

Heft 12: Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts 1970 bis 1989

Heft 13: Hochschulen 1980 bis 1990

Heft 14: Erwerbstätige 1950 bis 1989

Heft 15: Ausgewählte Zahlen der Volks- und Berufszählungen und Gebäude- und Wohnungszählungen 1950 bis 1981

Heft 16: Kultur in Übersichten (Teil 2)

Heft 17: Gesundheits- und Sozialwesen in Übersichten (Teil 1)

Heft 18: Verkehrsstatistische Übersichten 1950 bis 1989 (Teil I)

Heft 19: Unternehmensbezogene Merkmale des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) 1985 bis 1990

Heft 20: Wohnungsbau nach Räumen und Wohnflächen 1980 bis 1990

Heft 21: Ausgewählte Zahlen zum Binnenhandel 1985, 1988 und 1989

Heft 22: Fachschulen 1980 und 1985 bis 1990

Heft 23: Rechtspflege – Arbeitsrechtsverfahren der Konfliktkommission –
1972 bis 1988

Heft 24: Gesundheits- und Sozialwesen in Übersichten (Teil 2)

Heft 25: Gesundheits- und Sozialwesen in Übersichten (Teil 3)

Heft 26: Die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft 1949 bis 1989

Heft 27: Gesundheits- und Sozialwesen in Übersichten (Teil 4)

Heft 28: Bevölkerungsstatistische Übersichten 1946 bis 1989 (Teil II)

Heft 29: Verkehrsstatistische Übersichten 1947 bis 1989 (Teil II)

Heft 30: Bevölkerungsstatistische Übersichten 1946 bis 1989 (Teil III)

Schriftenreihen zu Methodenfragen

Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“

Mit dieser Reihe hat das Statistische Bundesamt ein Podium für die Diskussion wichtiger Probleme der amtlichen Statistik geschaffen. Neben Fachleuten aus den statistischen Ämtern äußern sich in ihnen auch Sachverständige aus Wissenschaft und Forschung zu statistischen Fragen fachlicher, organisatorischer und insbesondere methodischer Art.

Band 1: Bundesstatistik in Kontinuität und Wandel

– Festschrift für Hildegard Bartels zu ihrem 70. Geburtstag –

In dieser, der ehemaligen Präsidentin des Statistischen Bundesamtes gewidmeten Festschrift werden Aufbau und Weiterentwicklung der Erhebungs- und Aufbereitungssysteme sowie künftige Anforderungen an die amtliche Statistik dargestellt. (Erschienen 1984)

Band 2: Darstellungskonzepte der amtlichen Statistik

Beiträge zum 4. Starnberger Kolloquium vom 16. bis 18. Dezember 1982 zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. (Erschienen 1984)

Band 3: Datennotstand und Datenschutz

– Die amtliche Statistik nach dem Volkszählungsurteil –

Ergebnisse des 1. Wiesbadener Gesprächs am 30./31. Oktober 1984 mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über die Situation der amtlichen Statistik nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz 1983. (Erschienen 1985)

Band 4: Internationale Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

– Revision und Erweiterungen –

Beiträge zum 5. Starnberger Kolloquium vom 10. bis 12. Dezember 1984 zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. (Erschienen 1986)

Band 5: Nutzung von anonymisierten Einzelangaben aus Daten der amtlichen Statistik

– Bedingungen und Möglichkeiten –

Beiträge zu einem wissenschaftlichen Kolloquium Anfang März 1986 in Wiesbaden über den aktuellen Stand der Forschung auf dem Gebiet der Anonymisierung von Einzelangaben und der Umsetzung der theoretischen Erkenntnisse in die Praxis. (Erschienen 1987)

Band 6: Satellitensysteme zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Satellitensysteme als Erweiterung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liefern zusätzliche Informationen über spezifische Politikbereiche wie Umwelt, Gesundheit u. ä. (Die meisten der abgedruckten Beiträge wurden auf dem 6. Starnberger Kolloquium zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgetragen, das vom 2. bis 4. Dezember 1985 stattfand.) (Erschienen 1988)

Band 7: Statistische Umweltberichterstattung

Ergebnisse des 2. Wiesbadener Gesprächs am 12./13. November 1986. (Erschienen 1987)

Band 8: Statistische Erfassung von Unternehmensgründungen

– Umfang, Ursachen, Wirkungen –

Beiträge zu einem wissenschaftlichen Kolloquium am 9./10. März 1987 über die Entwicklung eines Konzepts zur statistischen Erfassung des Umfangs, der Ursachen und der Wirkungen von Unternehmensgründungen. (Erschienen 1988)

Band 9: Zum Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke

Dieser Band enthält ausgewählte Dokumente und Stellungnahmen aus Wissenschaft und amtlicher Statistik zur Novellierung des Bundesstatistikgesetzes. (Erschienen 1988)

Band 10: Informations- und Kommunikationstechnologien in Wirtschaft und Gesellschaft

– Konzepte ihrer statistischen Erfassung –

Beiträge zu einem wissenschaftlichen Kolloquium am 7./8. März 1988 über Konzepte und Methodik einer zielgerichteten statistischen Erfassung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Wirtschaft und Gesellschaft. (Erschienen 1988)

Band 11: Mikrozensus im Wandel

– Untersuchungen und Empfehlungen zur inhaltlichen und methodischen Gestaltung –

Bericht des Wissenschaftlichen Beirates für Mikrozensus und Volkszählung zum Problem der (teilweisen) Aufhebung der Auskunftspflicht bei Mikrozensususerhebungen. (Erschienen 1989)

Band 12: Volkszählung, Volkszählungsprotest und Bürgerverhalten

– Ergebnisse der Begleituntersuchung zur Volkszählung 1987 –

Ergebnisse der Begleituntersuchung zur Volkszählung von 1987 zur Ermittlung der Bestimmungsgründe für das Teilnahmeverhalten und deren Veränderung während der Durchführung. (Erschienen 1989)

Band 13: Zeitbudgeterhebungen

– Ziele, Methoden und neue Konzepte –

Tagung am 27./28. Februar 1989 über ein Konzept für eine allgemeine repräsentative Zeitbudgeterhebung zur Information über die Zeitverwendung der Bevölkerung. (Erschienen 1990)

Band 14: Leben und Arbeiten 2000

– Herausforderung an den Mikrozensus –

3. Wiesbadener Gespräch im November 1989 über inhaltliche und methodische Anforderungen an den Mikrozensus vor dem Hintergrund der Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland und Europa. (Erschienen 1990)

Band 15: Historische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland

Wissenschaftliches Kolloquium im November 1989 über Notwendigkeit und Bedeutung historischer Statistikdaten sowie Perspektiven einer zukünftigen Entwicklung der Historischen Statistik. (Erschienen 1991)

Band 16: Wege zu einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung

Grundüberlegungen zur Zielsetzung einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung, zu den Einsatzmöglichkeiten des raumbezogenen Informationssystems STABIS sowie zur Ableitung von „Öko-Margen“. (Erschienen 1991)

Band 17: Tourismus in der Gesamtwirtschaft

Beiträge zum 4. Wiesbadener Gespräch im März 1990 über die ökonomische Bedeutung des Tourismus, Funktion des Tourismus für die regionale Entwicklung sowie Wechselwirkungen von Tourismus und Umwelt und daraus resultierende Anforderungen für die Statistik. (Erschienen 1991)

Band 18: Statistik im Übergang zur Marktwirtschaft

– Probleme und Lösungsansätze –

Workshop vom 15. bis 19. Oktober 1990 in Budapest über die Auswirkungen des Übergangs von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft in den Ländern Osteuropas auf die amtliche Statistik. (Erschienen 1991)

Band 19: Die faktische Anonymität von Mikrodaten

Das Problem der Übermittlung von Einzelangaben aus der amtlichen Statistik an die Wissenschaft: Die faktische Anonymität von Mikrodaten im Bereich der Sozialwissenschaften und deren praktische Umsetzung. (Erschienen 1991)

Band 20: Neue Wege raumbezogener Statistik

Kolloquium am 25./26. September 1990 über Grundsatzfragen und -ansätze zur Erfassung und Darstellung von Raumstrukturen und räumlich disaggregierten Daten. (Erschienen 1992)

Band 21: Volkszählung 2000 - oder was sonst?

5. Wiesbadener Gespräch am 14./15. November 1991 über die amtliche Statistik in der Zukunft: Alternativen zur bisherigen Form der Volkszählung. (Erschienen 1992)

Band 22: Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern

Der Band schildert ausführlich die Erfahrungen bei der Umstellung eines an der zentralen Planwirtschaft orientierten Statistiksystems einschließlich der erforderlichen Institutionen auf die Anforderungen der Marktwirtschaft. (Erschienen 1993)

Band 23: Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern

Diese Veröffentlichung ist die russische Übersetzung von Band 22. (Erschienen 1993)

Band 24: Rückrechnungen gesamtwirtschaftlicher Daten für die ehemalige DDR

Expertentagung am 25./26. Mai 1992 über die Rückrechnung (Aufbereitung) statistischer Daten aus der ehemaligen DDR mit den Methoden der Bundesstatistik: Anforderungen, Möglichkeiten und Grenzen. (Erschienen 1993)

Band 25: Qualität statistischer Daten

Wissenschaftliches Kolloquium am 12./13. November 1992 über Qualitätskriterien und -gewichtungen statistischer Daten aus der Sicht von Datennutzern und -produzenten. (Erschienen 1993)

Band 26: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Bewährte Praxis - Neue Perspektiven

Wissenschaftliches Kolloquium am 11./12. November 1993 über Aspekte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), u. a. regionale VGR, VGR-Revisionen im internationalen Rahmen, Forderungen der Europäischen Gemeinschaften an VGR-Konzepte, theoretische Grundsätze der VGR, Satellitensysteme zu den VGR sowie Möglichkeiten und Grenzen der VGR in Bezug auf Wohlfahrtsmessungen. (Erschienen 1994)

Band 27: Statistik 2000 – Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik

– Festschrift für Hildegard Bartels zu ihrem 80. Geburtstag –

In dieser der ehemaligen Präsidentin des Statistischen Bundesamtes gewidmeten Festschrift werden von Amtsleitung und leitenden Mitarbeitern in 13 Beiträgen wichtige Entwicklungslinien der amtlichen Statistik aufgegriffen. (Erschienen 1994)

Band 28: Indizes – Status quo und europäische Zukunft

In diesem Band werden schwerpunktmäßig Fragen zur Harmonisierung von Indizes im Rahmen der Europäischen Union (EU) erörtert. (Erschienen 1995)

Band 29: Wohlfahrtsmessung – Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel

Dieser Band enthält die Referate zum wissenschaftlichen Kolloquium am 16./17. November 1995. Sie behandeln das Thema „Wohlfahrtsmessung“ unter verschiedenen Aspekten. (Erschienen 1996)

Band 30: Statistische Informationen zum Arbeitsmarkt – Konzepte und Kritik, Anwendung und Auslegung

Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 14./15. November 1996. (Erschienen 1997)

Schriftenreihe „Spektrum Bundesstatistik“

In der Schriftenreihe „Spektrum Bundesstatistik“ werden methodisch orientierte Informationen zu den Konzepten der Erhebungs-, Aufbereitungs- und Darstellungssysteme in den verschiedenen Bereichen der amtlichen Statistik publiziert.

Band 1: Internationaler Workshop 1992 zur Umgestaltung der Agrarstatistik in den Staaten Mittel- und Osteuropas

Internationaler Workshop 1992 über die Umgestaltung der Agrarstatistik in den Staaten Mittel- und Osteuropas vor dem Hintergrund des Wandels zur Marktwirtschaft. (Erschienen 1994)

Band 2: Bewertung des Waldes im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Vermögensrechnung

– Möglichkeiten und Grenzen –

Ausgehend von einer Darstellung der Methoden und Probleme der Waldbewertung in der forstwirtschaftlichen Theorie und Praxis sowie einer Analyse möglicher statistischer Quellen werden Schätzmodelle entwickelt und Größenordnungen aufgezeigt. (Erschienen 1994)

Band 3: Verbesserung der statistischen Erfassung der Unternehmensgewinne zur Berechnung des Bruttosozialprodukts von der Einkommensseite

In dieser Veröffentlichung wird untersucht, welche Verbesserungen des statistischen Instrumentariums erforderlich sind, um die Unternehmensgewinne vollständig zu erfassen, so daß das Bruttosozialprodukt auch über die Einkommensseite berechnet werden kann. (Erschienen 1996)

Band 4: Finanzstatistische Kennzahlen für den Bildungsbereich

(In Vorbereitung)

Band 5: Umweltökonomische Berichterstattung

– Ziele, Problemstellungen und praktische Ansätze –

Die Studie stellt ausführlich die vielfältigen Ansätze für eine umweltökonomische Berichterstattung auf nationaler und internationaler Ebene dar. (Erschienen 1994)

Band 6: Öffentliche Umweltschutzausgaben als Teil der Maßnahmen im Umweltschutz

Öffentliche Umweltschutzausgaben der verschiedenen föderalen Ebenen der Bundesrepublik Deutschland 1989. (Erschienen 1994)

Band 7: Effizienzbemessung der Hochschulausbildung auf statistischer Grundlage

Dieser Band – mit Beiträgen von verschiedenen Sachverständigen aus Hochschulplanung, -politik und -statistik – untersucht die Möglichkeiten und Schwierigkeiten bei der Berechnung von Leistungsindikatoren für den Hochschulbereich insbesondere auf der Datengrundlage der amtlichen Statistik. (Erschienen 1995)

Band 8: Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Gestalt eines Kettenindex

– Beurteilung aus praktischer, empirischer und theoretischer Sicht –
(In Vorbereitung)

Band 9: Pretest und Weiterentwicklung von Fragebogen

Der Einsatz von Pretests als Instrument zur Vorbereitung von statistischen Erhebungen der statistischen Ämter, der Sozial- und Marktforschungsinstitute ist Inhalt dieses Spektrum-Bandes. (Erschienen 1996)

Schriftenreihe „Beiträge zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“

In dieser Reihe werden Studien aus dem Forschungsbereich "Umweltökonomische Gesamtrechnungen" publiziert, die im Auftrag des Statistischen Bundesamtes überwiegend von externen Instituten durchgeführt worden sind.

Folgende Bände sind in Vorbereitung:

Band 1: Physische Input-Output-Tabellen 1990

Band 2: Ökosystemforschung und Umweltökonomische Gesamtrechnungen – zur Indikation der Funktionalität

Band 3: Umweltschutzausgaben und Umweltschutzvermögen des öffentlichen Bereichs in den neuen Bundesländern

Schriftenreihe „Statistische Beiträge des Europäischen Fortbildungszentrums“

Innerhalb eines Projekts der Europäischen Union für Statistiker aus der ehemaligen Sowjetunion führte das Europäische Fortbildungszentrum des Statistischen Bundesamtes Multiplikatorenkurse zu verschiedenen fachstatistischen Themen durch. In Folge dieser Lehrveranstaltung hat das Statistische Bundesamt die russischsprachige Schriftenreihe „Statistische Beiträge“ herausgegeben.

Band 1: Wirtschaftsstatistik (Erschienen 1995)

Band 2: Unternehmensstatistik (Erschienen 1996)

Band 3: Agrarstatistik (Erschienen 1996)

Band 4: Statistik der öffentlichen Haushalte (Erschienen 1997)

Band 5: Bevölkerungsstatistik (Erschienen 1997)

Veröffentlichungen zu Organisations- und Methodenfragen

Statistics in the Democratic Process at the End of the 20th Century

In diesem Jubiläumsband zur 40. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) wird auf die von der CES erarbeiteten sogenannten „10 Gebote der amtlichen Statistik“ eingegangen, die grundlegende Prinzipien für die Koordinierung und Vereinheitlichung nationaler Statistiken darstellen.

(Erschienen 1992, englischsprachig)

Vorbereitung, Durchführung und methodische Untersuchungen zur Volkszählung 1987

– Fachserie 1, Heft 12 zur Volkszählung 1987 –

Mit dieser Veröffentlichung wird eine Gesamtdarstellung der Volks- und Berufszählung sowie der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 vorgelegt. Berichtet wird über die gescheiterten Ansätze in den Jahren 1981 und 1983, über die rechtlichen Grundlagen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, über Umfang, Inhalt und Auswertungszwecke der Zählung, organisatorische Vorbereitungen, Öffentlichkeitsarbeit, Durchführung der Zählung, Aufbereitung und Tabellierung der Zählungsangaben sowie über die Veröffentlichung der Zählungsergebnisse. (Erschienen 1992)

Wie spricht der Staat mit seinen Bürgern?

Diese Veröffentlichung enthält Beiträge von Fachleuten aus Wissenschaft, Werbung, Markt- und Meinungsforschung, Politik und Journalismus auf einem Symposium vom 11. bis 13. November 1987 über einen Rückblick, Analyse und Bewertung der Öffentlichkeitsarbeit zur Volkszählung 1987. (Erschienen 1990)

Definitionskatalog STATIS-BUND, Ausgabe 1994

In diesem Katalog werden Definitionen zur sachgerechten Interpretation der im Statistischen Informationssystem des Bundes gespeicherten Daten geliefert.

Informationsdienst Methoden ... Verfahren ... Entwicklungen

Die Publikation informiert über gegenwärtige und geplante Anwendungen neuer Methoden und Verfahren in der amtlichen Bundesstatistik. Ferner wird über wichtige internationale Entwicklungen im Bereich der amtlichen Statistik – besonders in Europa –, die Arbeit statistischer Gremien und einschlägige Veranstaltungen sowie neuere statistisch-methodische Fachbücher berichtet. Verfügbar ist auch eine englische Ausgabe.

Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik

- Heft 1: Luftbildauswertung in der Statistik
– Bessere Daten über die Bodennutzung –
- Heft 2: Statistisches Bodeninformationssystem (Pilotstudie)
– Zielsetzung und Konzept –
- Heft 3: Zum Datenangebot über Dienstleistungen in der Bundesstatistik
- Heft 4: Merkmale einer allgemeinen Standarddemographie
- Heft 5: Zur Zuverlässigkeit von Bevölkerungsstichproben ohne Auskunftspflicht
- Heft 6: Systematik der Bodennutzungen – Konzeption und Stand der Entwicklung –
- Heft 7: Überblick über die Sozialproduktsberechnungen des Statistischen Bundesamtes
- Heft 8: Konzept und Berechnung einer Marktverflechtungstabelle für die Bundesrepublik Deutschland
- Heft 9: Methodische Fragen bevölkerungsstatistischer Stichproben am Beispiel des Mikrozensus – Bericht zur Konferenz vom 10. und 11. Juni 1988 –
- Heft 10: Inhaltliche Fragen bevölkerungsstatistischer Stichproben am Beispiel des Mikrozensus – Bericht zur Konferenz vom 21. und 22. Oktober 1988 –
- Heft 12: Zur Sozialproduktsberechnung der Deutschen Demokratischen Republik
- Heft 13: Neue Ansätze zur Berechnung von Preisindizes
- Heft 14: Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte im Gebiet der ehemaligen DDR, 1. Halbjahr 1990
- Heft 15: Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte im Gebiet der ehemaligen DDR, 2. Halbjahr 1990
- Heft 16: Zeitverwendung der Personen in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten im Gebiet der ehemaligen DDR 1974, 1980, 1985 und 1990
- Heft 17: Zeitbudgeterhebung der amtlichen Statistik – Beiträge zur Arbeitstagung vom 30. April 1991 in Wiesbaden –
- Heft 18: Ausgewählte Ergebnisse zur Umweltökonomischen Gesamtrechnung 1975 bis 1990
- Heft 19: Wohnungsmieten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
– Berechnungsgrundlagen und -methoden –
- Heft 20: Zur Einsetzbarkeit von Laptops in Haushaltsbefragungen in der Bundesrepublik Deutschland – Schlußbericht zur SAEG-Studie –
- Heft 21: Input-Output-Tabellen als Grundlage der Sozialproduktsberechnung

Heft 22: Methoden und Grundlagen der Sozialproduktsberechnungen
– Bauinvestitionen –

Heft 23: Methoden und Grundlagen der Sozialproduktsberechnungen
– Entstehungsrechnung –

Heft 24: Methoden und Grundlagen der Sozialproduktsberechnungen
– Ausrüstungsinvestitionen/Vorratsveränderungen –

Heft 25: Subventionen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Heft 26: Quellen und Forschungen zur Historischen Statistik von Deutschland

Diese Reihe wurde mit Erscheinen des Heftes 26 eingestellt. An ihre Stelle tritt die Schriftenreihe „Spektrum Bundesstatistik“.

Projektberichte und Materialienbände

Ausgaben für biotechnologische Forschung

In dieser Veröffentlichung werden sowohl das Konzept für die Erfassung und Darstellung der Ausgaben für biotechnologische Forschung, als auch für statistische Angaben zu den Ausgaben für biotechnologische Forschung, die für das Berichtsjahr 1992 ermittelt wurden, vorgestellt. Diese Publikation wurde im Rahmen eines Forschungsprojektes erarbeitet. (Erschienen 1995)

Ausgaben für die Gesundheitsforschung

Diese Veröffentlichung beinhaltet das Konzept für die Ermittlung und Darstellung der Ausgaben für die Gesundheitsforschung, welches im Rahmen eines Forschungsprojektes entwickelt wurde. Da die Forschungsstatistiken aller Sektoren in die Analyse einbezogen wurden, enthält dieser Projektbericht auch wichtige Hinweise für die Interpretation von allgemeinen forschungsstatistischen Ergebnissen. (Erschienen 1992)

Berichterstattung zu Erhebungen nach § 7 BStatG

Erhebungen für besondere Zwecke nach § 7 BStatG können zur Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs oberster Bundesbehörden oder zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen auf dem Gebiet der Statistik ohne Auskunftspflicht bei höchstens 10 000 Befragten durchgeführt werden.

Die Ergebnisse dieser Erhebungen werden in der Regel als Projektberichte publiziert. Folgende Berichte liegen vor:

Tourismusstichprobe 1992 (1994)

Die Zeitverwendung der Bevölkerung

Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 1991/92

Tabellenband I: Methode und erste Ergebnisse (1995)

Tabellenband II: Allgemeiner Überblick (1995)

Tabellenband III: Familie und Haushalt (1995)

Tabellenband IV: Erwerbstätigkeit und Freizeit (1995)

Berufliche Weiterbildung in Unternehmen (1996)

UGR-Materialien

– Beiträge zur Umweltökonomischen Gesamtrechnung –

Heft 1: Vorstudie Umweltindikatoren (1994)

Heft 2: Raumbezogene Indikatoren zum Konfliktfeld Naturhaushalt/Erholung (1994)

Heft 3: Umweltschutzmaßnahmen der Privaten Haushalte (1994)

Heft 4: Konzept einer Gesamtrechnung für Bodennutzung und Bodenbedeckung (1995)

Heft 5: Sekundärrohstoffe im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (1995)

Heft 6: Konzepte zur Erfassung und Bewertung von Landschaft und Natur im Rahmen der „Ökologischen Flächenstichprobe“ (1996)

Heft 7: Water and Nitrogen Balances for the Upper Rhine Catchment Area (1996)

6.1.1.2 Fachserien

Die Ergebnisse einzelner Statistiken werden im System der Fachserien veröffentlicht, dessen Rahmen in der folgenden Übersicht dargestellt ist. Jede Fachserie umfaßt Veröffentlichungsreihen zu laufenden Statistiken, die im Bedarfsfall durch Sonderbeiträge ergänzt werden. Die Reihentitel bezeichnen das engere Aufgabengebiet einer Statistik; innerhalb einer Reihe kann eine weitere Aufgliederung in Einzel- bzw. Untertitel erfolgen. Ergebnisse einmaliger oder in unregelmäßigen Zeitabständen stattfindender Erhebungen werden innerhalb der Fachserien als Einzelveröffentlichungen herausgegeben.

Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: Gebiet und Bevölkerung

Reihe 2: Ausländische Bevölkerung

Reihe 3: Haushalte und Familien

Reihe 4: Erwerbstätigkeit

Einzelveröffentlichungen:

– Wahl zum Deutschen Bundestag

– Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

– Volkszählung vom 25. Mai 1987

Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: Kostenstruktur in ausgewählten Wirtschaftszweigen

Reihe 2: Kapitalgesellschaften (eingestellt)

Reihe 3: Abschlüsse der öffentlichen Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen

Reihe 4: Zahlungsschwierigkeiten

Einzelveröffentlichungen:

– Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987

Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: Ausgewählte Zahlen für die Agrarwirtschaft

Reihe 2: Betriebs-, Arbeits- und Einkommensverhältnisse

Reihe 3: Landwirtschaftliche Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung

Reihe 4: Viehbestand und tierische Erzeugung

Reihe 5: Allgemeine Flächennutzung

Einzelveröffentlichungen:

– Landwirtschaftszählung 1979

– Gartenbauerhebung 1994

– Binnenfischereierhebung 1994

– Weinbauerhebung 1989/90

Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: (unbesetzt)

Reihe 2: Indizes für das Produzierende Gewerbe

Reihe 3: Produktion im Produzierenden Gewerbe

Reihe 4: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Reihe 5: Baugewerbe

Reihe 6: Energie- und Wasserversorgung

Reihe 7: Handwerk

Reihe 8: Fachstatistiken

Einzelveröffentlichungen:

– Zensus im Produzierenden Gewerbe 1979

– Handwerkszählung vom 31. März 1995

– Zählung im handwerksähnlichen Gewerbe vom 31. März 1996

Fachserie 5: Bautätigkeit und Wohnungen

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: Bautätigkeit

Reihe 2: Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau

Reihe 3: Bestand an Wohnungen

Einzelveröffentlichungen:

– Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987

– Gebäude- und Wohnungszählung vom 30. September 1995 in den neuen Ländern und Berlin-Ost

– 1 %-Wohnungsstichprobe 1978

– 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Fachserie 6: Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: Großhandel

Reihe 2: Handelsvermittlung

Reihe 3: Einzelhandel
Reihe 4: Gastgewerbe
Reihe 5: (unbesetzt)
Reihe 6: Innerdeutscher Warenverkehr (eingestellt)
Reihe 7: Tourismus

Einzelveröffentlichungen:

– Handels- und Gaststättenzählung 1993

Fachserie 7: Außenhandel

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel
Reihe 2: Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel)
Reihe 3: Außenhandel nach Ländern und Warengruppen (Spezialhandel)
Reihe 4: Außenhandel mit ausgewählten Waren (eingestellt)
Reihe 5: Außenhandel mit ausgewählten Ländern (eingestellt)
Reihe 6: Durchfuhr im Seeverkehr und Seeumschlag (eingestellt)
Reihe 7: Außenhandel nach Ländern und Gütergruppen der Produktionsstatistiken (Spezialhandel)
Reihe 8: Außenhandel nach dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC – Rev. 3) und Ländern (Spezialhandel) (eingestellt)

Fachserie 8: Verkehr

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: Güterverkehr der Verkehrszweige
Reihe 2: Eisenbahnverkehr
Reihe 3: Straßenpersonenverkehr
Reihe 4: Binnenschifffahrt
Reihe 5: Seeschifffahrt
Reihe 6: Luftverkehr
Reihe 7: Verkehrsunfälle

Fachserie 9: Geld und Kredit

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: (unbesetzt)
Reihe 2: Aktienmärkte (eingestellt)

Fachserie 10: Rechtspflege

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: Ausgewählte Zahlen für die Rechtspflege
Reihe 2: Gerichte und Staatsanwaltschaften
Reihe 3: Strafverfolgung
Reihe 4: Strafvollzug
Reihe 5: Bewährungshilfe

Fachserie 11: Bildung und Kultur

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: Allgemeinbildende Schulen

Reihe 2: Berufliche Schulen

Reihe 3: Berufliche Bildung

Reihe 4: Hochschulen

Reihe 5: Presse (eingestellt)

Reihe 6: Filmwirtschaft (eingestellt)

Reihe 7: Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Fachserie 12: Gesundheitswesen

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: Ausgewählte Zahlen für das Gesundheitswesen

Reihe 2: Meldepflichtige Krankheiten

Reihe 3: Schwangerschaftsabbrüche

Reihe 4: Todesursachen in Deutschland

Reihe 5: Berufe des Gesundheitswesens

Reihe 6: Krankenhäuser

Fachserie 13: Sozialleistungen

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: Versicherte in der Kranken- und Rentenversicherung
(Ergebnisse des Mikrozensus)

Reihe 2: Sozialhilfe

Reihe 3: Kriegsopferversorge

Reihe 4: Wohngeld im früheren Bundesgebiet

Reihe 5: Schwerbehinderte und Rehabilitationsmaßnahmen

Reihe 6: Jugendhilfe

Reihe 7: Leistungen an Asylbewerber

Fachserie 14: Finanzen und Steuern

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: (unbesetzt)

Reihe 2: Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte

Reihe 3: Rechnungsergebnisse

Reihe 4: Steuerhaushalt

Reihe 5: Schulden der öffentlichen Haushalte

Reihe 6: Personal des öffentlichen Dienstes

Reihe 7: Einkommen- und Vermögensteuer

Reihe 8: Umsatzsteuer

Reihe 9: Verbrauchsteuern

Reihe 10: Realsteuern

Fachserie 15: Wirtschaftsrechnungen

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte

Einzelveröffentlichungen:

– Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993

Fachserie 16: Löhne und Gehälter

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: Arbeiterverdienste in der Landwirtschaft

Reihe 2: Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe

Reihe 3: Arbeiterverdienste im Handwerk

Reihe 4: Tariflöhne und -gehälter

Reihe 5: Löhne, Gehälter und Arbeitskosten im Ausland

Reihe 6: Betriebliche Altersversorgung

Einzelveröffentlichungen:

– Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990

– Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Mai 1992

– Arbeitskostenerhebungen 1992

Fachserie 17: Preise

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: Preise und Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft

Reihe 2: Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise)

Reihe 3: Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes

Reihe 4: Maßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke

Reihe 5: Kaufwerte für Bauland

Reihe 6: Index der Großhandelsverkaufspreise

Reihe 7: Preisindizes für die Lebenshaltung

Reihe 8: Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr

Reihe 9: Preise und Preisindizes für Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Reihe 10: Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung

Reihe 11: Preise und Preisindizes im Ausland

Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: Konten und Standardtabellen

Reihe 2: Input-Output-Tabellen

Reihe 3: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung

Fachserie 19: Umwelt

Veröffentlichungsreihen:

Reihe 1: Abfallbeseitigung

Reihe 2: Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Reihe 3: Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe

Reihe 4: Umweltökonomische Gesamtrechnungen

– Basisdaten und ausgewählte Ergebnisse –

Reihe 5: Umweltökonomische Gesamtrechnungen

– Material und Energieflußrechnungen –

Reihe 6: Umweltökonomische Gesamtrechnungen

– Ausgaben und Anlagevermögen für Umweltschutz –

6.1.1.3 Klassifikationen

Klassifikationen der wirtschaftlichen Tätigkeiten

Klassifikation der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen (Ausgabe 1993)

Alphabetisches Verzeichnis zur Klassifikation der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1993)

Güterklassifikationen

Systematisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Ausgabe 1995)

Alphabetisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Ausgabe 1995)

Kommentar zur Gütergruppe 40 = Chemische Erzeugnisse des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (Ausgabe 1989)

Kommentar zu den Güterklassen Süßwaren und Dauerbackwaren des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (Ausgabe 1989)

Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe (WE) (Ausgabe 1978)

Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (jährlich)

Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC - Rev. 3) (Ausgabe 1987)

Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (Ausgabe 1969)

Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik (Ausgabe 1978, vergriffen)

Alphabetisches Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik (Ausgabe 1978, vergriffen)

Personenklassifikationen

Klassifizierung der Berufe – Systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen – (Ausgabe 1992)

Staatsangehörigkeits- und Gebietsschlüssel – Alphabetisches und systematisches Verzeichnis – (Stand: 15. Mai 1997)

Regionalklassifikationen

Amtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland (Ausgabe 1987)

Gemeinden 1994 und ihre Veränderungen seit 1.1.1948 in den neuen Ländern (Ausgabe 1994)

Amtliche Schlüsselnummern und Bevölkerungsdaten der Gemeinden und Verwaltungsbezirke in der Bundesrepublik Deutschland (jährlich)

Alphabetisches Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (Stand: 1. Januar 1996)

Verzeichnis der Verkehrsbezirke und Häfen (Ausgabe 1995)

Sonstige Klassifikationen

Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (Ausgabe 1983)

Verzeichnis der Krankenhäuser und der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland (Stand: 31. Dezember 1995)

Thematische Karten zu Großzählungen

In Verbindung mit Zählungen, die nur in längeren Abständen stattfinden, gibt das Statistische Bundesamt thematische Karten im Mehrfarbendruck heraus. Zur Zeit sind verfügbar:

Handels- und Gaststättenzählung 1979: vier Kartenblätter mit je einer Karte

Landwirtschaftszählung 1979: 15 Kartenblätter mit je einer Karte

Volkszählung 1987: 14 Karten, 1 Kreisgrenzenkarte

Arbeitsstättenzählung 1987: 13 Karten, 1 Kreisgrenzenkarte

Gebäude- und Wohnungszählung 1987: 11 Karten, 1 Kreisgrenzenkarte

6.1.1.4 Statistik des Auslandes

Statistisches Jahrbuch für das Ausland

Näheres siehe Seite 351.

Länderberichte

Für mehr als 150 Länder der Erde und ausgewählte Staatengruppen werden anhand kommentierten Zahlenmaterials die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse dargestellt. Die Länderberichte wurden eingestellt.

Fachserie 16: Löhne und Gehälter

Reihe 5 Löhne, Gehälter und Arbeitskosten im Ausland

Fachserie 17

Reihe 11 Preise und Preisindizes im Ausland

6.1.1.5 Fremdsprachige Veröffentlichungen

Englisch

Statistics in the Democratic Process at the End of the 20th Century

– Jubiläumsband zur 40. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) –
(Ausgabe 1992)

Survey of German Federal Statistics

(Berichtsjahr 1988)

Key Data on Germany

Kurzfassung des „Zahlenkompaß“ – Zum Inhalt siehe Seite 351. (Erscheint jährlich)

Environmental Data Germany (Ausgabe 1995)

Zum Inhalt siehe Seite 374.

Foreign Trade according to the Standard International Trade Classification (SITC-Rev. 3) – Special Trade

(Erscheint jährlich)

Informationsdienst „Methods ... Approaches ... Developments“

Zum Inhalt siehe Seite 364. (Erscheint halbjährlich)

Französisch

Boussole des chiffres (zweijährlich)

Kurzfassung des „Zahlenkompaß“ – Zum Inhalt siehe Seite 351.

Spanisch

Breviario estadístico de Alemania (zweijährlich)

Kurzfassung des „Zahlenkompaß“ – Zum Inhalt siehe Seite 351.

Russisch

Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern

– Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Band 23 – (Erschienen 1993)

Germanija w zifrach (unregelmäßig)

Kurzfassung des „Zahlenkompaß“ – Zum Inhalt siehe Seite 351.

Schriftenreihe „Statistische Beiträge des Europäischen Fortbildungszentrums“

Band 1: Wirtschaftsstatistik (Erschienen 1995)

Band 2: Unternehmensstatistik (Erschienen 1996)

Band 3: Agrarstatistik (Erschienen 1996)

Band 4: Statistik der öffentlichen Haushalte (Erschienen 1997)

Band 5: Bevölkerungsstatistik (Erschienen 1997)

Mehrsprachig

Russische Föderation und Deutschland in Kürze (Ausgabe 1996/97)

Zum Inhalt siehe Seite 375.

Frankreich und Deutschland in Kürze (Ausgabe 1996)

Zum Inhalt siehe Seite 375.

Verzeichnis wichtiger internationaler Abkürzungen (Ausgabe 1993)

6.1.1.6 Broschüren und Faltblätter

Informationsbroschüren für ausgewählte Statistikbereiche

Informationen zur Bautätigkeit

Informationen über die Außenhandelsstatistik in der Bundesrepublik Deutschland

Wegweiser zum Informationsangebot der Bundesstatistik über das Verkehrswesen

Informationen über die Lohnstatistik der Bundesrepublik Deutschland

Informationen über die Preisstatistik der Bundesrepublik Deutschland

Umweltdaten Deutschland (Ausgabe 1995)

Diese Broschüre wird vom Umweltbundesamt und dem Statistischen Bundesamt gemeinsam herausgegeben und informiert über die wichtigsten Fakten zur Umweltsituation in Deutschland. Verfügbar ist auch eine e n g l i s c h e A u s - g a b e.

Branchendienst

– für 19 Branchen –

Der monatliche Branchendienst enthält aktuelle Zahlen zu Auftragseingang, Produktionsindex, Erzeugerpreise, Betriebe, Beschäftigte und Umsatz für die jeweilige Branche.

Mehrsprachige Broschüren

Frankreich und Deutschland in Kürze (Ausgabe 1996)

Diese zweisprachige Broschüre enthält zahlenmäßige Vergleiche über Aufbau und Struktur der Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, wichtige Produktionsdaten, den Außenhandel sowie Indikatoren aus den Bereichen Bildung, Wohnraumversorgung, Gesundheitswesen, Einkommen der Haushalte usw., in beiden Ländern sowie einer internationalen Übersicht mit Vergleichsdaten der anderen EU-Länder und den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan.

Russische Föderation und Deutschland in Kürze (Ausgabe 1996/97)

Das zweisprachige Heft wurde in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Komitee für Statistik der Russischen Föderation – Goskomstat – erstellt. Es enthält vergleichbare Angaben über Geographie und Klima, über die Bevölkerung, Ausstattung der Haushalte, Erwerbstätigkeit und Einkommen, Bildungs- und Gesundheitswesen, Wohnverhältnisse, Finanzen, Wirtschaftsdaten sowie Daten aus den Bereichen Post und Telekommunikation, Transport und Verkehr, Außenwirtschaftsbeziehungen, Zahlungsbilanz und Umwelt aus beiden Ländern.

Thematische Faltblätter

Mit diesem Angebot wird der Benutzer auf einen Blick über wichtige statistische Grunddaten und andere Aspekte der amtlichen Statistik informiert. Einige Faltblätter werden jährlich aktualisiert. Folgende Faltblätter sind verfügbar:

Statistik im Internet

Bundesrepublik Deutschland in Zahlen

Die Bundesländer in Zahlen

Wirtschaft in Zahlen

Preise

Was die D-Mark im Ausland wert ist

Die EU in Zahlen

6.1.2 Elektronische Informationsangebote

6.1.2.1 Online-Dienste

Internet

Das Statistische Bundesamt bietet unter der Kennung

<http://www.statistik-bund.de>

im „World Wide Web“ ein weltweit nutzbares, ständig aktuelles Informationsangebot an.

Das deutsch/englische Grundprogramm enthält einen Serviceteil und einen Datenteil.

Im Serviceteil gibt das Statistische Bundesamt neben einer Selbstdarstellung („About us“) Ansprechpartner („Help line“) bekannt, die über das Angebot im Netz hinaus zur fachspezifischen Kundenberatung zur Verfügung stehen. Hinweise auf Veranstaltungen und ausgewählte Publikationen, insbesondere Neuerscheinungen, sind hier ebenso zu finden wie ein Tor („Statlink“), das den direkten Weg öffnet zu allen nationalen und internationalen statistischen Einrichtungen und Ämtern. Im nationalen Bereich führt ein Link, eine Adressenverbindung, direkt zu einem Gemeinschaftsprogramm von Bund und Ländern, das vergleichbare statistische Ergebnisse für das Bundesgebiet und die Bundesländer bereit hält.

Der Datenteil bietet neben den tagesaktuellen Pressediensten („Hot News“) Grunddaten an aus allen Bereichen der amtlichen Statistik („Basics“) sowie kurzfristige Konjunkturindikatoren, die „Indicators“, die Maßzahlen zum aktuellen Wirtschaftsgeschehen liefern. Abgerundet wird dieses Datenangebot mit dem Zeitreihenservice „Time Series“, der dem Nutzerkreis die komplette statistische Datenbank STATIS-BUND (siehe auch den Abschnitt „Statistisches Informationssystem des Bundes, STATIS-BUND“) mit über einer Million Zeitreihen verfügbar macht. Dieser Angebots- teil hat als einziger eine kostenpflichtige Komponente. Während Informationen zum Inhalt der Datenbank über ein komfortables Dokumentations- und Recherchesystem kostenfrei erschlossen werden können, ist der Bestell- und Abholdienst für Daten kostenpflichtig und nur mit einer persönlichen Zugangsberechtigung erreichbar.

Diese Berechtigung (Benutzerkennung und Passwort) erhält, wer einen Nutzervertrag mit dem Statistischen Bundesamt abschließt. Das Vertragsformular ist über das Internet online abrufbar. Registrierte Nutzer können im Internet für ein entsprechendes Entgelt Zeitreihen bestellen. Die Daten können, nachdem die entsprechenden Bestellungen vom Datenbankrechner des Informationssystems abgearbeitet wurden, durch den Nutzer vom Internetserver des Statistischen Informationssystems auf dessen DV-System transferiert und dort weiterverarbeitet werden.

T-Online

Die fortschreitende technische Entwicklung wird in absehbarer Zeit eine Differenzierung des Informationsangebotes zwischen Internet und T-Online überflüssig machen. Noch bis Ende 1997 wird unter der Leitseite *48484# ein kompaktes Informationsprogramm im CEPT-Standard in T-Online abrufbar sein. Im Mittelpunkt steht das Zahlenlexikon. Es enthält leicht verständliche Tabellen und Grafiken mit zusammengefaßten statistischen Ergebnissen. Von der Bevölkerungsentwicklung bis zu den neuesten Ergebnissen der Sozialproduktsberechnung sind Angaben aus allen Bereichen der amtlichen Statistik vertreten.

Über hundert Indikatoren zur Branchenentwicklung, Arbeitsmarktdaten und Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können im Informationsdienst Konjunktur (*484846#) abgerufen werden. Diese Seiten werden sofort nach Vorliegen der statistischen Ergebnisse maschinell aktualisiert.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich über die aktuelle Preisentwicklung zu informieren, Veröffentlichungen zu bestellen und Kurzanfragen an den Auskunftsdienst des Statistischen Bundesamtes zu richten.

Der Pressedienst (*4848420#) bietet Gelegenheit zur Bestellung der aktuellen Pressemitteilungen.

6.1.2.2 Datenbank

Statistisches Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND)

Das Statistische Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND) bildet die Grundlage zur elektronischen Verbreitung von Daten aus vielen Bereichen der amtlichen Statistik. In diesem Informationssystem sind zur Zeit über eine Million aktueller voll-dokumentierter Zeitreihen enthalten. Daten aus STATIS-BUND können zur Weiterverarbeitung in nutzereigenen DV-Systemen über das Internet, als Disketten-, bzw. Magnetbandkassettenlieferungen oder aus 5 CD-ROM-Standardprodukten bezogen werden.

In der Datenbank gespeichert sind Daten aus 21 Sachgebieten der amtlichen Statistik. Schwerpunkte bilden neben Informationen über die Bevölkerung vor allem wichtige Wirtschaftsdaten, wie z. B. Produktion, Umsatz und Beschäftigte, Preisindizes und Außenhandel. Angeboten werden lange Jahresreihen, die zum Teil bis 1950 zurückreichen, sowie kurzfristigere Monats- oder Vierteljahresreihen.

Ein Katalog mit rund 1 400 Definitionen zu den in STATIS-BUND verwendeten statistischen Begriffen, der im Internet-Zeitreihenservice kostenfrei zur Verfügung steht, ist zusätzlich auch als gedruckte Fassung und auf Diskette erhältlich.

Ein monatlicher Branchendienst des Statistischen Informationssystems ist in gedruckter Fassung erhältlich. Der Branchendienst enthält aktuelle Zahlen zu Auftragseingang, Produktionsindex, Erzeugerpreise, Betriebe, Beschäftigte und Umsatz für die jeweilige Branche.

Über die dargestellten Möglichkeiten des Bezuges von Daten aus dem Statistischen Informationssystem hinaus besteht auch die Möglichkeit eines direkten Online-Anschlusses. Zusätzlich zum Direktzugriff auf die gespeicherten Daten und Dokumentationen bietet sich hier die Nutzung umfangreicher Aufbereitungs- und Analyserwerkzeuge zur Auswertung der Daten, wie z.B. Saisonbereinigungsverfahren. Für einen Online-Anschluß wird ein Datex-P-Hauptanschluß oder ein ISDN-Anschluß und eine Siemens-9750-Terminalemulation benötigt. Die genauen Modalitäten müssen jeweils mit dem Statistischen Bundesamt vereinbart werden.

Disketten-/Magnetbandservice

Individuell zusammengestellte Datenpakete mit Zeitreihen aus der Datenbank STATIS-Bund können auch als Diskettenlieferungen, bzw. bei größeren Datenlieferungen in Form von Magnetbandkassetten bezogen werden. Die Daten werden regelmäßig ganz nach Wunsch einmalig, bzw. monatlich, viertel- oder halbjährlich im Rahmen eines Jahresabonnements bereitgestellt. In absehbarer Zeit wird die Datenlieferung auch auf CD-ROM angeboten.

6.1.2.3 CD-ROM

Statistisches Jahrbuch

Das Statistische Jahrbuch auf CD-ROM ist die gemeinsame elektronische Ausgabe der beiden Bände des Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland und für das Ausland. Die Standardversion bietet u. a. neben einer komfortablen Stichwortsuche auch die Möglichkeiten des Datenexports.

Mit der Eingabe eines Stichworts wird die zutreffende Tabelle aufgeblättert. In der Standardfunktion gibt eine Faksimile-Darstellung die Seiten der Buchausgabe originalgetreu wieder. Mit ihrem Drucker können Sie die Seiten so ausdrucken, wie sie in der Buchausgabe dargestellt sind.

Mit den einzelnen Bearbeitungsfunktionen eröffnen sich die Möglichkeiten, Daten der CD-ROM zu exportieren und mit ihren eigenen Programmen weiterzuverarbeiten. Dabei sind sie weder an das Jahrbuchformat noch an das vorgegebene Schriftbild gebunden. Das heißt, Sie können die Tabelleninhalte im ASCII-Format in andere Programme exportieren.

Daten zur Bodenbedeckung für die neuen Länder und Berlin

Die CD-ROM enthält einen geographischen Datenbestand über die Bodenbedeckung in den neuen Ländern und Berlin, den das Statistische Bundesamt im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und in enger Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt erstellt hat. Die Daten sind Bestandteil eines einheitlichen und vergleichbaren Datenbestandes zur Bodenbedeckung für das Gebiet der Europäischen Union (EU).

Die Informationen zur Bodenbedeckung wurden im wesentlichen durch Auswertung von Satellitenbildern aus den Jahren 1989 bis 1992 gewonnen. Das Datenerhebungskonzept der EU unterscheidet 44 Bodenbedeckungskategorien, wobei 30 Kategorien in den neuen Ländern nachgewiesen wurden. Das Konzept sieht die Erfassung von Flächen ab einer Größe von 25 ha oder im Hinblick auf Bodenflächen linearer Ausprägung (z. B. Gewässerläufe) ab einer Breite von 100 m vor. Dabei wird die konkrete geographische Lage jeder homogen bedeckten Bodenfläche nachgewiesen. Dem Vektordatenbestand liegt ein Erhebungsmaßstab von 1:100 000 zugrunde.

Über die Bodenbedeckungsdaten hinaus enthält die CD-ROM eine vollständige Dokumentation der Datenerhebung mit Beispieldaten zu den verwendeten Informationsquellen wie z.B. Satellitenbildern, Luftbildern oder Topographischen Karten.

6.1.2.4 Diskettenpakete

Statistik regional

Das jährlich gemeinsam von den statistischen Ämtern der Länder und des Bundes herausgegebene Diskettenpaket Statistik regional bietet die Möglichkeit, wirtschaftliche und soziale Fakten aus der amtlichen Statistik für Kreise und kreisfreie Städte, Regierungsbezirke, Länder und den Bund zu recherchieren und zu Tabellen zusammenzustellen.

Eine *Probediskette* mit vollem Funktionsumfang und Mustertabelle zum Bevölkerungsstand kann ebenfalls bezogen werden.

Ein Auszug aus Statistik regional kann im Internet unter: <http://www.brandenburg.de> und in T-Online unter *656510266# eingesehen werden.

40 Jahre Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Stand: Mai 1990

Absolute und repräsentative Ergebnisse der Bundestagswahlen seit 1949, Landtagswahlen seit 1946, Europawahlen seit 1979 sowie Ergebnisse der Wahl zur Volkshammer der DDR am 18.3.1990 für alle Wahl- und Territorialkreise sind auf diesen Disketten abrufbar.

Ergebnisse der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2.12.1990 sowie Ergebnisse der Landtagswahlen 1990 von Bayern, Berlin und den neuen Bundesländern

Auf dieser Diskette werden die Ergebnisse der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16.10.1994 einschließlich der Ergebnisse der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2.12.1990 präsentiert.

Ausgewählte Ergebnisse zur Volks- und Berufszählung 1987

Ausgewählte Ergebnisse zur Arbeitsstättenzählung 1987

Ausgewählte Ergebnisse zur Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Gebäude- und Wohnungszählung 1995 in den neuen Ländern und Berlin-Ost

Ergebnisse der Handwerkszählung vom 31.3.1995

Zählung im handwerksähnlichen Gewerbe vom 31.3.1996

Studierende an deutschen Hochschulen

Das Diskettenpaket enthält Angaben über die deutschen und ausländischen Studierenden und Studienanfänger in der Aufgliederung nach Geschlecht, Bundesland, Hochschulart, Hochschule und Fächergruppe.

Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993

Die Klassifikation der Wirtschaftszweige basiert direkt auf der für alle Mitgliedstaaten der EG verbindlichen „Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der EG“ (NACE Rev. 1) und berücksichtigt in einer zusätzlichen Gliederungsebene die besonderen Bedürfnisse der Bundesrepublik Deutschland.

Alphabetisches Verzeichnis zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993

Gegenüberstellung der Meldenummern der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993, mit der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979

Gegenüberstellung der Meldenummern der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993, mit der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, in der Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)

Systematisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995

Das Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken ist eine auf die deutschen Besonderheiten abgestimmte Erweiterung der PRODCOM-Liste, nach der europaweit verbindlich eine Gemeinschaftserhebung über die Produktion von Gütern angeordnet ist.

Alphabetisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995

Gegenüberstellung der Meldenummern des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995, mit der Ausgabe 1989

Gegenüberstellung der Meldenummern des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995, mit der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993, und der Erzeugnisliste zum Produktionseilbericht, Ausgabe 1995

Gegenüberstellung der Meldenummern des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995, mit den Warennummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik

Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik

Das jährlich erscheinende Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik ist eine Nomenklatur zur Klassifizierung der Waren sowohl im Rahmen der Statistik des Warenverkehrs mit den Mitgliedstaaten der EU (Intrahandel) als auch im Handel mit Drittländern (Extrahandel).

Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992

Gegenüberstellung der Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992, mit der Internationalen Standardklassifikation der Berufe, in der Fassung für EU-Zwecke (ISCO-88 COM)

Verzeichnis der Krankenhäuser und der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, Stand: 31.12.1995

Das „Krankenhausverzeichnis“ ist eine Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Für 2 279 Krankenhäuser und 1 343 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sind der Name, die Anschrift, der Träger, die Betten nach Fachabteilungen sowie die Tages- oder Nachtklinikplätze nachgewiesen. Die Einrichtungen sind nach Bundesländern, Regierungsbezirken und Kreisen geordnet.

Todesursachen in Deutschland

Das Diskettenpaket „Todesursachen in Deutschland“ liefert Daten gegliedert nach Geschlecht, Altersgruppen, nach ausgewählten drei- und vierstelligen ICD-Positionen gemäß der 9. Revision der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD/9) (jährlich).

Diagnosedaten der Krankenhauspatienten

Das Diskettenpaket enthält für alle dreistelligen Positionen der ICD/9 die Zahl der im Berichtsjahr aus dem Krankenhaus entlassenen vollstationären Patienten nach Alter, einschließlich der durchschnittlichen Verweildauer.

Darüber hinaus werden auch die "Stundenfälle" nach Diagnosen und Alter aufgeschlüsselt.

Gemeindeverzeichnis

Das „Gemeindeverzeichnis“ enthält sämtliche politisch selbständigen Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland und ist nach der 8stelligen Gemeinde-Schlüsselnummer (Land, Kreis, Gemeinde) sortiert. Für Gemeinden mit mehreren Postleitzahlen wird in der Gemeindedatei nur eine Postleitzahl je Gemeinde nachgewiesen, und zwar die Lieferanschrift der jeweiligen Stadt-/Gemeindeverwaltung.

Definitionskatalog STATIS-BUND, Ausgabe 1994

Dieses Diskettenpaket liefert einen Definitionskatalog zur sachgerechten Interpretation der im Statistischen Informationssystem des Bundes gespeicherten Daten.

6.1.3 Weitere Informationsangebote

6.1.3.1 Allgemeiner Auskunftsdienst

Für spezielle Einzelanfragen steht der Allgemeine Auskunftsdienst zur Verfügung, den Sie wie folgt erreichen können:

Allgemeiner Auskunftsdienst des Statistischen Bundesamtes

Gustav-Stresemann-Ring 11

65189 Wiesbaden

Telefon 06 11 / 75 24 05

Telefax 06 11 / 75 33 30

Internet <http://www.statistik-bund.de>

T-Online *48484#

Dort erhalten Sie auch allgemeines Informationsmaterial zur statistischen Arbeit.

Bei Fragen, die unser Angebot an Veröffentlichungen mit Informationen über das Ausland betreffen, wenden Sie sich bitte an den **Auslandsstatistischen Auskunftsdienst** in der Zweigstelle Berlin, Otto-Braun-Straße 70 – 72, 10178 Berlin, zu erreichen unter:

Telefon 030 / 23 24 68 68

Telefax 030 / 23 24 68 72

Beide Stellen stehen Ihnen montags bis donnerstags von 8.00 bis 16.00 Uhr, freitags von 8.00 bis 15.00 Uhr zur Verfügung.

Speziell für Auskunftssuchende aus dem Großraum Berlin besteht in unserer Zweigstelle ein Auskunftsdienst, der montags bis donnerstags von 8.00 bis 17.00 Uhr, freitags von 8.00 bis 16.00 Uhr wie folgt zu erreichen ist:

Telefon 030 / 23 24 68 66

Telefax 030 / 23 24 68 72

In Bonn-Bad Godesberg informiert Sie das Verbindungsbüro Bonn:

Telefon 02 28 / 33 27 30

Telefax 02 28 / 33 45 48

6.1.3.2 Informationsservice für die Presse

Für die Medien bietet die Pressestelle des Statistischen Bundesamtes einen umfassenden Informationsservice. Die Pressestelle erreichen Sie montags bis donnerstags von 8.00 bis 17.00 Uhr, freitags von 8.00 bis 16.00 Uhr:

Wiesbaden: Gustav-Stresemann-Ring 11

65189 Wiesbaden

Telefon 06 11 / 75 34 44

Telefax 06 11 / 72 11 58

Internet <http://www.statistik-bund.de>

Berlin: Otto-Braun-Straße 70 – 72

10178 Berlin

Telefon 030 / 23 24 68 65

Telefax 030 / 23 24 68 72

Folgende Pressedienste werden Redaktionen auf Anforderung kostenlos zur Verfügung gestellt:

Neueste Ergebnisse der Arbeit des Statistischen Bundesamtes werden jährlich in etwa 500 *Pressemitteilungen* bekanntgegeben.

Besonders bemerkenswerte und eine breite Öffentlichkeit interessierende Daten werden schlaglichtartig als *Zahl der Woche* publiziert.

Definitionen und Erläuterungen statistischer Grundbegriffe sowie statistischer Methoden und Verfahren bietet der Pressedienst *Statistik von A – Z*.

Der monatliche Pressedienst *Zahlen – Fakten – Trends* ist ein Artikelservice, in dem statistische Ergebnisse publizistisch aufbereitet und graphisch veranschaulicht dargestellt werden.

6.1.3.3 Bibliothek

Die Bibliothek des Statistischen Bundesamtes gehört zu den größten wissenschaftlichen Spezialbibliotheken in Deutschland. Die Lesesäle in Wiesbaden und Berlin sind für die Öffentlichkeit zugänglich. Wer in der Wiesbadener Region lebt, kann auch vor Ort ausleihen.

Öffnungszeiten:

Wiesbaden: montags bis donnerstags 9.00 bis 15.00 Uhr,
freitags 9.00 bis 14.00 Uhr
(Telefon 06 11 / 75 24 60)

Berlin: montags bis freitags 8.00 bis 15.00 Uhr
(Telefon 030 / 23 24 64 97).

6.1.3.4 Anrufbeantworter für Preisindizes für die Lebenshaltung

Über den automatischen Anrufbeantworter (Telefon 06 11 / 75 28 88) werden die jeweils neuesten Werte der Preisindizes für die Lebenshaltung durchgegeben.

6.2 Veröffentlichungen von Bundesministerien und anderen Bundesbehörden

Ergebnisse der von Bundesministerien und anderen Bundesbehörden bearbeiteten Statistiken erscheinen in erster Linie in den nachstehend aufgeführten Publikationen. Eine Auswahl der wichtigsten Zahlen wird auch in das „Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland“ übernommen.

Herausgeber ·	Veröffentlichung	Herausgeber	Veröffentlichung
Meteorologische Angaben		Erwerbstätigkeit	
Deutscher Wetterdienst	Deutsches Meteorologisches Jahrbuch (Bundesrepublik Deutschland)	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	Bundesarbeitsblatt Jahresberichte Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik
	Wetterkarte	Bundesanstalt für Arbeit	Amtliche Nachrichten (monatlich) mit Sonderheften als Beilage (u. a. Jahreszahlen zur Arbeitsstatistik)
	Europäischer Wetterbericht		
	Die Großwetterlagen Europas		
	Die Witterung in Übersee	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
	Monatlicher Witterungsbericht	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
	Jahresbericht		Agrarbericht (Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung)
	Das Klima ausgewählter Orte der Bundesrepublik Deutschland		Tierseuchenbericht
	Klimadaten von Europa		Jahresbericht über die Deutsche Fischwirtschaft
	Ergebnisse von Strahlungsmessungen in der Bundesrepublik Deutschland		Statistische Reihe "BML-Daten-Analysen"
	Agrarmeteorologischer Wochenhinweis für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland		Statistischer Monatsbericht
	Sonderbeobachtungen des Meteorologischen Observatoriums Hohenpeißenberg (Ozonmessungen)		Ertragslage Garten- und Weinbau
			Milch- und Molkereiwirtschaft
			Besondere Erntermittlung (Getreide und Kartoffeln)

Herausgeber	Veröffentlichung	Herausgeber	Veröffentlichung
	Futterwirtschaft Preise und Absatzwege Molkereistruktur Fleischwirtschaft		Bundeswasserstraßen und Schifffahrt Der Seegüterumschlag in 16 Seehäfen der Bundes- republik Deutschland Der Bestand an Seeschiffen unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland Kraftfahrzeugstatistiken Der Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern Neuzulassungen – Besitzumschreibungen – Löschungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern Grenzüberschreitender Güterkraftverkehr Verkehrszentralregister Fahrerlaubnis auf Probe Fahr- und Fahrlehrer- laubnisstatistiken
Energie- und Wasserwirtschaft		Kraftfahrt-Bundesamt	
Bundesministerium für Wirtschaft	Vierteljahresbericht über die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland Die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland Die Entwicklung der Gaswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland Energiedaten Nationale und internationale Entwicklung		
Bautätigkeit und Wohnungen			
Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	Bundesbaublatt		
Bundesministerium für Wirtschaft	Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	Bundesamt für Güterverkehr	Unternehmen und Fahrzeuge des gewerblichen Güterverkehrs Unternehmen und Fahrzeuge des Werkfernverkehrs Unternehmen und Fahrzeuge des Umzugsverkehrs Grenzüberschreitender gewerblicher Güterfernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge
Verkehr			
Bundesministerium für Verkehr	Verkehr in Zahlen Straßenbaubericht Verkehrsstarkekarten Forschung, Straßenbau und Straßenverkehrs- technik (Schriftenreihe)		
Bundesanstalt für Straßenwesen	Straßenverkehrszäh- lungen (Schriftenreihe)		

Herausgeber	Veröffentlichung	Herausgeber	Veröffentlichung
Bundesamt für Güterverkehr/Kraftfahrt- Bundesamt	Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt- Bundesamtes und des Bundesamtes für Güterverkehr Gemeinsame Jahresberichte des Bundesamtes für Güterverkehr und des Kraftfahrt-Bundesamtes	Rechtspflege Bundesministerium der Justiz Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung Bundeskriminalamt	Bundesanzeiger Auslieferungsstatistik Bundesarbeitsblatt Tätigkeit der Arbeits- und Sozialgerichte Polizeiliche Kriminalstatistik
Bundesanstalt für Wasserbau Wasser- und Schiffahrtsdirektion Nord	Verkehr an ausgewählten Schleusen Monats- und Jahresüber- sichten über den Schiffs- und Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal	Gesundheitswesen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Handbuch der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) 1979, 9. Revision, Band I: Systematisches Verzeichnis Band II: Alphabetisches Verzeichnis
Luftfahrt-Bundesamt	Monatsbericht – Ange- zeigte Unfälle bei dem Betrieb von Luftfahrzeugen Ergebnisse der fachlichen Untersuchung von Unfällen bei dem Betrieb von Luftfahrzeugen	Bundesministerium für Gesundheit	Daten des Gesundheitswesens Schriftenreihe Jahresberichte Bundesgesundheitsblatt
Nachrichtenverkehr		Sozialleistungen	
Bundesministerium für Post und Telekommunikation	Geschäftsbericht	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	
Posttechnisches Zentralamt	Bezirksstatistik des Kalenderjahres . Monatliche Bezirksstatistik	Robert-Koch-Institute	
Geld und Kredit		Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	Bundesarbeitsblatt Jahresberichte Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik
Deutsche Bundesbank	Monatsberichte Statistische Beihefte zu den Monatsberichten	Bundesanstalt für Arbeit	Amtliche Nachrichten (monatlich) mit Sonderheften als Beilage (u a Jahreszahlen zur Arbeitsstatistik)
Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen	Geschäftsbericht "Veröffentlichungen"		
Versicherungen			
Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen	Geschäftsbericht "Veröffentlichungen"		
Deutsche Bundesbank	Monatsberichte		

Herausgeber	Veröffentlichung	Herausgeber	Veröffentlichung
Bundesausgleichsamt	Amtliches Mitteilungsblatt	Löhne und Gehälter	
	Statistische Berichte	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	Bundesarbeitsblatt
	Vierteljahresberichte	Deutsche Bundesbank	Monatsberichte
Finanzen und Steuern		Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Monatsberichte
Bundesministerium der Finanzen	Finanzbericht		Statistische Jahrbücher über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
	Dokumentation des Bundesministeriums der Finanzen	Zahlungsbilanz	
	Subventionsbericht	Deutsche Bundesbank	Monatsberichte
Bundesministerium der Finanzen und Bundesministerium für Wirtschaft	Ministerialblatt		Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Zahlungsbilanzstatistik
Bundesministerium der Justiz	Bundesanzeiger		

6.3 Veröffentlichungen der statistischen Ämter der Länder

In dieser Übersicht sind die von den statistischen Ämtern der Länder herausgegebenen „Statistischen Berichte“ gruppenweise zusammengefaßt. Nähere Angaben über die einzelnen Titel, ihre Periodizität usw. enthält das „Gesamtverzeichnis Statistischer Berichte der Statistischen Landesämter“, das kostenlos von den Landesämtern abgegeben wird.

Die Statistischen Berichte sind weitgehend einheitlich gegliedert und umfassen zu- meist auch Ergebnisse für kleinere regionale Einheiten (insbesondere Regierungs- bezirke und Kreise). Die folgende Übersicht kann nur eine erste Orientierung ver- mitteln.

Kennziffer	Sachgebiet	Kennziffer	Sachgebiet
A	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	C	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
A I 1 bis 5, 7 bis 9	Bevölkerungsstand	C I 1, 3, 5 bis 9	Bodennutzung und Anbau
A II 1 bis 2	Natürliche Bevölkerungsbewegung	C II 1 bis 7	Wachstumsstand und Ernte
A III 1 bis 2	Wanderungen	C III 1 bis 6	Viehwirtschaft
A IV 1 bis 6, 9 bis 11	Gesundheitswesen	C IV 1 bis 9	Betriebswirtschaft
A V 1 bis 2	Gebiet	C V	Forstwirtschaft
A VI 1 bis 2, 4 bis 5	Erwerbstätigkeit	D	Unternehmen und Arbeitsstätten
B	Unterricht und Bildung, Rechtspflege, Wahlen	D I 1 bis 2	Laufende Statistiken der Unternehmen (bzw. Arbeitsstätten)
B I 1 bis 4, 7	Allgemeinbildende Schulen	D II	Ausländische Beschäftigte
B II 1 bis 2, 4 bis 5	Berufsbildung	E	Produzierendes Gewerbe
B III 1 bis 6	Hochschulen	E I 1 bis 9	Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe
B IV 1 bis 3	Erwachsenenbildung	E II 1 bis 3	Bauhauptgewerbe
B V 1, 3 bis 8	Sonstige kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen, Jugend, Sport	E III 1 bis 3	Ausbaugewerbe
B VI 1 bis 8	Rechtspflege und öffentliche Sicherheit	E IV 1 bis 4	Energie- und Wasserversorgung
B VII 1 bis 5	Wahlen	E V 1	Handwerk
		F	Bautätigkeit, Wohnungswesen
		F I	(unbesetzt)
		F II 1 bis 5, 7, 11	Wohnungswesen

Kennziffer	Sachgebiet	Kennziffer	Sachgebiet
G	Handel und Gastgewerbe	L II 2 bis 5, 7 bis 10	Gemeindefinanzen
G I 1 bis 3	Binnenhandel	L III 1 bis 3	Schulden und Personal
G II 1 bis 2	Warenverkehr mit den neuen Bundesländern	L IV 1 bis 9, 11 bis 12	Steuern
G III 1 bis 3	Außenhandel	M	Preise und Preisindizes
G IV 1 bis 5	Fremdenverkehr, Gastgewerbe	M I 1 bis 2, 4, 6 bis 7	Preise und Preisindizes
H	Verkehr	N	Löhne und Gehälter
H I 1 bis 2, 4 bis 8	Straßen- und Schienenverkehr	N I 1 bis 4	Effektiv-Verdienste
H II 1 bis 2	Schiffsverkehr	N II 1	Tariflöhne und Tarifgehälter
H III 1	Luftverkehr	N III 1	Personalkosten
J	Geld und Kredit	P III	(unbesetzt)
J I 1 bis 2, 4	Geld und Kredit	P IV 2 bis 3	Budgetberechnungen
K	Öffentliche Sozialleistungen	Q	Umweltschutz
K I 1 bis 5	Sozialhilfe und Jugendhilfe	Q I 1 bis 3	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
K II 1 bis 3	Sozialversicherung	Q II 1 bis 2	Abfallbeseitigung
K III 1 bis 3	Behinderte	Q III 1, 3	Investitionen für Umweltschutz
K IV 1 bis 3	Soziale Einrichtungen	Q IV 1 bis 2	Umweltbelastungen anderer Art
L	Finanzen und Steuern	Z	Zusammenfassende Berichte
L I 1 bis 5, 7	Staatsfinanzen		

Anschriften der statistischen Ämter*)

Postanschrift	Hausadresse	Telefon/Telefax/Internet/ T-Online
Statistisches Bundesamt		
Statistisches Bundesamt 65180 Wiesbaden	Gustav-Stresemann-Ring 11 65189 Wiesbaden	Telefon (06 11) 75-1 Telefax (06 11) 72 40 00 http://www.statistik-bund.de T-Online *48484#
Statistisches Bundesamt Zweigstelle Berlin Postfach 276 10124 Berlin	Otto-Braun-Straße 70 – 72 10178 Berlin	Telefon (030) 23 24-5 Telefax (030) 23 24 64 00
Statistisches Bundesamt Außenstelle Düsseldorf Postfach 10 48 51 40039 Düsseldorf	Hüttenstraße 5a 40215 Düsseldorf	Telefon (02 11) 3 84 11-0 Telefax (02 11) 3 84 11-28
Statistisches Bundesamt Verbindungsbüro	Deutscherherrenstraße 93 53177 Bonn	Telefon (02 28) 33 27 30 Telefax (02 28) 33 45 48
Statistische Ämter der Länder		
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg Postfach 10 60 33 70049 Stuttgart	Böblinger Straße 68 70199 Stuttgart	Telefon (07 11) 641-0 Telefax (07 11) 6 41 24 40 T-Online *64651#
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 80288 München	Neuhauser Straße 8 80331 München	Telefon (089) 21 19-0 Telefax (089) 2 11 94 10 http://www.bayern.de/lfstad
Statistisches Landesamt Berlin 10306 Berlin	Alt Friedrichsfelde 60 10315 Berlin	Telefon (030) 51 61-0 Telefax (030) 51 61 36 55 http://www.berlin.de http://www.icf.de/wahl T-Online *50600#

*) Städtestatistische Ämter sind jeweils durch den Zusatz „Städtestatistisches Amt der Stadt...“ erreichbar.

Anschriften der statistischen Ämter*)

Postanschrift	Hausadresse	Telefon/Telefax/Internet/ T-Online
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg Postfach 60 10 52 14410 Potsdam	Dortustraße 46 14467 Potsdam	Telefon (03 31) 39-0 Telefax (03 31) 3 95 21 http://www.brandenburg.de/lds T-Online *47474#
Statistisches Landesamt Bremen Postfach 10 13 09 28013 Bremen	An der Weide 14 – 16 28195 Bremen	Telefon (04 21) 361-0 Telefax (04 21) 3 61 43 10 http://www.bremen.de/info/statistik
Statistisches Landesamt Hamburg 20453 Hamburg	Steckelhörn 12 20457 Hamburg	Telefon (040) 36 81-0 Telefax (040) 36 81 17 00 T-Online *36502# http://www.hamburg.de/behoerden/stala
Hessisches Statistisches Landesamt 65175 Wiesbaden	Rheinstraße 35/37 65185 Wiesbaden	Telefon (06 11) 38 02-0 Telefax (06 11) 3 80 29 90 http://www.hsl.de T-Online*20701#
Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern Postfach 02 01 35 19018 Schwerin	Lübecker Straße 287 19059 Schwerin	Telefon (03 85) 48 01-0 Telefax (03 85) 4 80 11 23 http://www.mvnet.de/inmv/stala
Niedersächsisches Landesamt für Statistik Postfach 44 60 30044 Hannover	Geibelstraße 61 – 65 30173 Hannover	Telefon (05 11) 98 98-0 Telefax (05 11) 98 98-400 http://www.nls.niedersachsen.de

*) Städtestatistische Ämter sind jeweils durch den Zusatz „Städtestatistisches Amt der Stadt...“ erreichbar.

Anschriften der statistischen Ämter*)

Postanschrift	Hausadresse	Telefon/Telefax/Internet/ T-Online
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein- Westfalen 40193 Düsseldorf	Mauerstraße 51 40476 Düsseldorf	Telefon (02 11) 94 49-01 Telefax (02 11) 44 20 06 http://www.lds.nrw.de T-Online *62200#
	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz Mainzer Straße 14 – 16 56130 Bad Ems	Telefon (0 26 03) 71-0 Telefax (0 26 03) 7 13 15
Statistisches Landesamt Saarland Postfach 10 30 44 66030 Saarbrücken	Virchowstraße 7 66119 Saarbrücken	Telefon (06 81) 501-00 Telefax (06 81) 501-59 21
Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen Postfach 105 01911 Kamenz	Macherstraße 31 01917 Kamenz	Telefon (0 35 78) 33-0 Telefax (0 35 78) 33 15 55 T-Online *55551#
Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt Postfach 20 11 56 06012 Halle (Saale)	Merseburger Straße 2 06112 Halle (Saale)	Telefon (03 45) 23 18-0 Telefax (03 45) 2 31 89 13 http://www.stala.sachsen-anhalt.de
Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein Postfach 11 41 24100 Kiel	Fröbelstraße 15 – 17 24113 Kiel	Telefon (04 31) 68 95-0 Telefax (04 31) 6 89 54 98
Thüringer Landesamt für Statistik Postfach 90 01 63 99104 Erfurt	Leipziger Straße 71 99085 Erfurt	Telefon (03 61) 37-900 Telefax (03 61) 37 84-699 http://www.th-online.de/tls

*) Stadtestatistische Ämter sind jeweils durch den Zusatz „Stadtestatistisches Amt der Stadt...“ erreichbar.

Abkürzungsverzeichnis

ABl.	= Amtsblatt
ADV	= Automatisierte Datenverarbeitung
AEG	= Allgemeines Eisenbahngesetz
AG	= Arbeitsgruppe
AgrStatG	= Agrarstatistikgesetz
AHStatDV	= Außenhandelsstatistik-Durchführungsverordnung
AHStatGes	= Außenhandelsstatistikgesetz
AKIT	= Arbeitskreis "Informationstechnik"
AKP	= Geltungsbereich des Abkommens von Lomé für die mit den Europäischen Gemeinschaften assoziierten Entwicklungsländer in Afrika, der Karibik und im Pazifik
a. n. g.	= anderweitig nicht genannt
APC	= Arbeitsplatzcomputer
ASI	= System zur automatisierten Sachbearbeitung in der Intrahandelsstatistik
ASP	= Ausschuß für das Statistische Programm
AsylbLG	= Asylbewerberleistungsgesetz
AWFZ	= Ausschuß für Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken
AZ	= Arbeitsstättenzählung
AZR	= Ausländerzentralregister
BA	= Bundesanstalt für Arbeit
BAföG	= Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAköV	= Bundesakademie für öffentliche Verwaltung

BASIS-Bund	= Bestellen und Abholen von Daten des Statistischen Informationssystems des Bundes
BauStatG	= Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Gebäudebestandes
BeherbStatG	= Beherbergungstatistikgesetz
BerBiFG	= Berufsbildungsförderungsgesetz
BGBI.	= Bundesgesetzblatt
BIBIS	= Bibliothekssystem
BIP	= Bruttoinlandsprodukt
BRDrucks.	= Bundesratsdrucksache
BSHG	= Bundessozialhilfegesetz
BStatG	= Bundesstatistikgesetz
BTDrucks.	= Bundestagsdrucksache
Btx	= Bildschirmtext
BVerfGE	= Bundesverfassungsgerichtsentscheidung
BWO	= Bundeswahlordnung
BZ	= Berufszählung
BZRG	= Bundeszentralregistergesetz
CAPI	= Computergestützte persönliche Interviews
CATI	= Computergestützte Telefoninterviews
CCC	= Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens
CD	= Donaukommission
CEIES	= Europäischer Beratender Ausschuß für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich

CEMT	= Europäische Konferenz der Verkehrsminister
CES	= Konferenz Europäischer Statistiker
COFOG	= Klassifikation der Ausgaben des Staates nach Verwendungszweck
COICOP	= Klassifikation des Individualverbrauchs nach Arten
CORINE	= Programm der Kommission der EG zur Zusammenstellung, Koordinierung und Abstimmung der Informationen über den Zustand der Umwelt
CPA	= Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
CPC	= Zentrale Güterklassifikation
DBr	= Deutscher Branchendienst
DEO	= Deutsche Einheit, Osteuropa
DFÜ	= Datenfernübertragung
DIN	= Deutsche Industrie-Norm
DIVA	= Dokumentations- und Informationssystem für Verwaltungsarchive
DStG	= Deutsche Statistische Gesellschaft
DTB	= Deutsche Terminbörse
ECA	= Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika
ECE	= Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa
ECLAC	= Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik
ECOSOC	= Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen
EDV	= Elektronische Datenverarbeitung
EFTA	= Europäische Freihandels-Assoziation

EG	= Europäische Gemeinschaften
EGKS	= Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	= Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft
ERP	= Europäisches Wiederaufbauprogramm
ESCAP	= Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Asien und den Pazifik
ESCWA	= Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Westasien
ESVG	= Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EU	= Europäische Union
EURATOM	= Europäische Atomgemeinschaft
Eurostat	= Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
EuWo	= Europawahlordnung
EWG	= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWK	= Europäischer Wirtschaftsraum
FAO	= Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
FaP	= Fahrerlaubnis auf Probe
FIHG	= Fleischhygienegesetz
FORCE	= Fortlaufende berufliche Weiterbildung in Europa (Aktionsprogramm zur Förderung der beruflichen Weiterbildung in der Europäischen Gemeinschaft)
FPStatG	= Finanz- und Personalstatistikgesetz
FSDS	= Rahmenwerk für die Integration der Bevölkerungs- und Sozialstatistiken
FSU	= Ehemalige Sowjetunion

GATT	= Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
GENESIS	= Gemeinsames neues Statistisches Informationssystem des Bundes und der Länder
GeStAL	= Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Bundesländer
GFIHG	= Geflügelfleischhygienegesetz
GG	= Grundgesetz
GMBL	= Gemeinsames Ministerialblatt
GP	= Systematisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken
GüKG	= Güterkraftverkehrsgesetz
GÜLA	= Güterverzeichnis für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
GUS	= Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GV	= Gemeindeverzeichnis
GV	= Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik
GWZ	= Gebäude- und Wohnungszählung
HdlStatG	= Handelsstatistikgesetz
HIV	= Human Immune Deficiency Virus
HS	= Harmonisiertes System zur Bezeichnung und Codierung der Waren
HStatG	= Hochschulstatistikgesetz
HwStatG	= Handwerkstatistikgesetz
IAOS	= Internationale Gesellschaft für amtliche Statistik
IARIW	= Internationale Vereinigung zur Erforschung des Volkseinkommens und Vermögens
IASC	= Internationale Vereinigung für automatisierte Datenverarbeitung

IASE	= Internationale Vereinigung für Aus- und Fortbildung von Statistikern
IASS	= Internationale Vereinigung der Erhebungsstatistiker
ICAO	= Internationale Zivilluftfahrt-Organisation
ICD	= Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen
ILO	= Internationale Arbeitsorganisation
IMF	= Internationaler Währungsfonds
INTRASTAT	= Datenerhebungssystem für die Statistiken des Warenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten
ISCED	= Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens
ISCO	= Internationale Standardklassifikation der Berufe
ISCO COM	= Europäische Version der Internationalen Standardklassifikation der Berufe
ISI	= Internationales Statistisches Institut
ISIC	= Internationale Systematik der Wirtschaftszweige
ISO	= Internationale Organisation für Normung
IUSSP	= Internationale Union für Bevölkerungswissenschaft
IWF	= Internationaler Währungsfonds
KHG	= Krankenhausfinanzierungsgesetz
KHStatV	= Krankenhausstatistik-Verordnung
KJHG	= Kinder- und Jugendhilfegesetz
KIdB	= Klassifizierung der Berufe
KN	= Kombinierte Nomenklatur
KoStrukStatG	= Gesetz über Kostenstrukturstatistik

KV	= Systematisches Verzeichnis der Krankenhäuser und der Vor- sorge- oder Rehabilitationseinrichtungen
LAN	= Lokales Netz
LDS-NW	= Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-West- falen
LKW	= Lastkraftwagen
LOC	= Lokale örtliche Einheit
MOEL	= Mittel- und Osteuropäische Länder
NACE	= Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäi- schen Gemeinschaft
NST	= Einheitliches Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik
NUTS	= Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik
OECD	= Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OEEC	= Europäischer Wirtschaftsrat
OLIS	= Online-Informationssystem
OWiG	= Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PC	= Personalcomputer
PHARE	= Hilfsprogramm der Europäischen Union zur Umgestaltung der Wirtschaft in Polen und Ungarn
PKW	= Personenkraftwagen
PR	= Public Relations
PrAVV	= Private Arbeitsvermittlungs-Statistik-Verordnung
PreisStatV	= Preisstatistikverordnung
PROCOME	= Systematik des Verbrauchs und sonstiger Ausgaben der privaten Haushalte

PRODCOM	= Liste von Produkten für eine europäische Produktionsstatistik
RGW	= Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RohstoffStatG	= Rohstoffstatistikgesetz
RZZ	= Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens
SAEG	= Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
SB	= Systematik der Bauwerke
Schwbg	= Schwerbehindertengesetz
SEA	= Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte
SERIEE	= Europäisches System zur Sammlung wirtschaftlicher Informationen über die Umwelt
SGR	= Sozialgesetzbuch
SIO	= Systematik der Produktionsbereiche in Input-Output-Rechnungen
SITC	= Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel
SNA	= System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen
SPLV	= Statistisches Problemlösungsverfahren in der EDV
STABIS	= Statistisches Informationssystem zur Bodennutzung
STALIS	= Statistisches Literaturinformationssystem
StatGes	= Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke
STATIS-BUND	= Statistisches Informationssystem des Bundes
StBA	= Statistisches Bundesamt
StGB	= Strafgesetzbuch
StrRG	= Gesetz zur Reform des Strafrechts

StVUnfStatG	= Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz
SYPRO	= Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe
SYUM	= Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für Umweltstatistiken
TACIS	= Technische Hilfe für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
TES	= Ausbildung von Europäischen Statistikern
UGR	= Umweltökonomische Gesamtrechnungen
UN	= Vereinte Nationen
UNCTAD	= Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung
UNDP	= Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNEP	= Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO	= Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNSTAT	= Statistische Abteilung der Vereinten Nationen
UStatG	= Umweltstatistikgesetz
VGR	= Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
VLB	= Verzeichnis lieferbarer Bücher
VZ	= Volkszählung
WA	= Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik
WB	= Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik
WE	= Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe
WHO	= Weltgesundheitsorganisation
WI	= Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik

WoBauG	= Wohnungsbau- und Familienheimgesetz
WoGG	= Wohngeldgesetz
WoGSoG	= Wohngeldsondergesetz
WoStatG	= Wohnungsstatistikgesetz
WTO	= Welttourismusorganisation
WZ	= Klassifikation der Wirtschaftszweige
ZKR	= Zentralkommission für die Rheinschifffahrt
ZUMA	= Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen

Alphabetisches Stichwortverzeichnis

Abfallbilanzen, -wirtschaft	87, 209, 371
Abkürzungsverzeichnis	393 - 402
Ablauf von Bundesstatistiken	91, 92
Abschneidegrenzen	105
Abschneideverfahren	120
Abteilungsleiterausschuß Statistik	45
Adreßdateien	29, 116, 118, 223
Agrarberichterstattung	172, 173, 332
Allgemeines Statistisches Archiv	70
Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT)	156
Amtliche Statistik	15, 18, 23, 27, 37, 38, 59, 71 - 89, 91, 92, 165 - 211
Amtsdruckschriften	56
Amtsleiter	21, 41
Amtsleiterkonferenzen	44
Amtsleitung	47
Analysen	103, 137
Anlagevermögen	87
Anschriften (Statistische Ämter)	390 - 392
Arbeitskostenerhebungen	85, 204, 340
Arbeitskräfte in der Landwirtschaft	74, 172, 173, 332
Arbeitskreise	44
Arbeitskreis Informationstechnik	100
Arbeitsmarktstatistiken	169, 233
Arbeitsplatzrechner	98
Arbeitsschnitt	36
Arbeitsstättenzählungen	72, 73, 165, 170, 366
Arbeitsverwaltung	20
Arbeitszeiten	85
Archiv	55
Aufbauorganisation	47
Aufbereitungseinheiten	122
Aufstiegsfortbildungsförderung	194, 243
Auftraggeber der Statistik	35, 36, 45, 91
Ausbildung	50, 82, 193
Ausbildungsförderung	194, 243, 369
Ausbildung von Europäischen Statistikern (TES)	52
Ausgleichsrechnungen	104
Auskunftgebende	68
Auskunftsdienste	69, 105, 127 - 129, 131, 381
Auskunftspflicht	29, 30, 68, 225
Ausländerstatistik	71, 166, 366
Auslandsstatistik	67, 210, 211, 372
Auslandsvermögensstatistik	208, 209
Auslieferungsstatistik (Rechtspflege)	193
Ausschuß für das Statistische Programm (ASP)	148
Ausschüsse	41, 148

Außenhandelsstatistik	77, 112, 183, 239, 304 - 308, 368
Ausstellungen	69
Auswahleinheiten (Anordnung)	122, 123
Auswahlsatz	123
Auswahlverfahren	119, 120, 122
Auswertung der Ergebnisse	97, 137
Auswertungs- und Analyseverfahren	138
Auszubildende	82, 193
Bankstatistische Gesamtrechnungen	187, 188
Baugewerbe (Betriebs-, Unternehmenserhebungen)	179, 336
Bautätigkeitsstatistiken	75, 181, 238, 367
Befragungen	109
Befragungsformen	109 - 111
Beherbergungsstatistik	76, 183, 238, 368
Belegleser	101
Berechnungsgrundlagen (Indizes, Meßzahlen)	343 - 350
Bereichsstatistiken	72
Bereichszählungen	72, 73
Bereitstellung der Ergebnisse	68, 96, 105, 127
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden (Betriebserhebungen)	177
Berichtspflicht	68
Berliner Verfahren	104
Berufsbildungsstatistik	193, 243
Berufsklassifikationen	268, 269, 321 - 325
Beschäftigtenstatistik	71, 85, 168
Besucherdienst	69, 127, 131
Betriebserhebungen	177, 179
Bevölkerungsbewegung, natürliche	71, 167, 232
Bevölkerungsfortschreibung	71, 165, 232
Bevölkerungsstatistiken	71, 166, 232, 233, 332, 366
Bevölkerungsvorausberechnungen, -schätzungen	71, 166
Bewährungshilfestatistik	193
Bibliothek	55, 57, 383
Bilanzstatistik	87, 171
Bilaterale Kooperation	157
Bildschirmtext (T-Online)	69, 128, 142, 376, 377
Bildungsstatistiken	82, 193, 194, 243, 369
Bildungswesen	78, 369
Binnenhandel, -markt	146, 182, 265, 312 - 314, 367
Binnenschiffahrtsstatistik	186, 242
BLAISE	102
Bodenbedeckung	74, 378
Bodennutzung	74, 173, 174
Bodennutzungserhebung	74, 174, 332
Bootstrap-Verfahren	125

Branchendienst	141, 374
Breviarium Augusti	13
Bundesanstalt für Arbeit	165, 168
Bundesbeauftragter für den Datenschutz	41
Bundesergebnisse	96
Bundesministerien	35, 45, 384 - 387
Bundesrechnungshof	45
Bundesstatistiken	18, 23, 27, 37, 38, 59, 71 - 89, 91, 92, 165, 219 - 221
Bundesstatistikgesetz	19, 26, 27, 60, 68, 216 - 230
Bundesstelle für Außenhandelsinformation	67
Bundestagswahlstatistik	167, 332
Bundesverfassungsgericht	27
Bundeswahlgesetz	233
Bundeswahlleiter	39
 CAPI	 115
CATI	111, 116
CD-ROM	69, 96, 136, 142, 378
CEIES	149
Centralbureau des Zollvereins	16
CES	155
CPA	149, 261, 302, 303
 Dateien	 112
Datenbankabfragen	69, 377
Datenbanken der Länder	40
Datenbanksystem	54
Datenbereinigung	102
Datendokumentation	138
Datenerfassung	101
Datenfernübertragung	101, 111, 112
Datenreport	133, 352
Datenschutz	23, 68, 70
Datenverarbeitung	53, 98
Deutsche Bundesbank	20, 62, 165, 188
Deutsche Statistische Gesellschaft	46, 52, 70
Deutscher Städtetag	40
Deutscher Zollverein	15
Devisenkurse	191
Diagnosen	97
Dienstaufsicht	35
Dienstleistungen, Dienstleistungsstatistik	77, 247
Dienstorte	47
Diskettenangebote	69, 96, 136, 377 - 381
Domesday Book	13
Doppelbefragungen	105

Eckzahlen	96
EDISTAT	113
Einbahnstraße der amtlichen Statistik (Geheimhaltungsvorschriften)	106
Einbürgerungsstatistik	71, 166
Einheitswertstatistiken	82, 201
Einkommens- und Verbrauchsstichproben	86, 203
Einkommensteuer, -statistik	81, 200
Einkommensstatistiken	85, 166, 168
Einkommensverwendung	86
Einzelangaben	31, 68
Einzelhandelsstatistik	182, 336
Einzelinterview	109
Eisenbahnstatistik	184, 242
Elektronische Datenträger	69, 96, 101, 112, 127
Elektronische Medien	69, 96, 136 - 144, 375 - 381
Emissionen	87
Energie- und Wasserversorgung (Betriebs-, Unternehmenserhebungen)	179
Entscheidungen	26, 34, 146
Entwicklungstendenzen	23
Ergebnisbereitstellung	68, 96, 105, 127
Erhebung und Aufbereitung	95, 165, 221, 232 - 248
Erhebungs- und Aufbereitungsplan, -phase	95
Erhebungsbeauftragte	111, 224, 225
Erhebungseinheiten	122
Erhebungsmerkmale	29, 93, 222
Erhebungsvordrucke (Fragebogen)	30, 109, 222
Erhebungswiderstände	106
Ernährungswirtschaft	176, 235, 236
Ernteberichterstattung	175
Erstes und Zweites Statistikbereinigungsgesetz	45
Erwerbslosigkeit	72
Erwerbspersonen	72, 168
Erwerbstätigkeit	71, 72, 168, 169, 233, 332, 366
Europäische Freihandels-Assoziation (EFTA)	146
Europäische Gemeinschaften	25, 26, 62, 165, 215, 216
Europäische Union (EU)	23, 34, 60, 75, 145, 146, 157, 165
Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)	146, 157
Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG)	150
Europawahlgesetz	233
Europawahlstatistik	167, 332
Eurostat	26, 34, 146
Facharbeitskreise	44
Fachaufsicht	35
Fachausschüsse	41
Fachliche Konzentration	19, 36

Fachliche Unternehmensteile	75
Fachliteratur	56
Fachserien	96, 132, 134, 211, 366 - 372
Fachstatistiken einzelner Wirtschaftszweige	178
Fachtagungen	69
Fahrerlaubnisstatistiken	184
Faktische Anonymität	32
FAO	155
Fehlerrechnung	124
Fernerkundungsdaten	88
Finanzbehörden	80
Finanzen, Finanzstatistiken	78, 79, 198, 245, 295 - 297, 369
Fischereistatistik	176, 236, 237, 367
Forschungsaufträge	38
Forschungsinstitute	97
Fortbildung	50, 51
Forum der Bundesstatistik	133
Fragebogen (Erhebungsvordrucke)	30, 109, 222
Fragebogen-, Erhebungsvordruckgestaltung	106
Fremdenverkehr	76
Fremdsprachige Veröffentlichungen	373, 374
Gartenbauerhebung	173
Gastgewerbe, -statistik	73, 76, 182, 238, 336, 367
Gebäude- und Wohnungsstichprobe	76, 182
Gebäude- und Wohnungszählung	181, 367
Gebietsstände	166
Geflügelstatistik	176, 236
Gehalts- und Lohnstrukturhebungen	85, 204, 340
Geheimhaltung, Geheimhaltungsvorschriften ..	29 - 32, 68, 106, 111, 225 - 227, 231
Geldvermögensrechnung	87
Geleitzugprinzip	21
Gemeinden, Gemeindeverbände	79
Gemeinschaftsstatistiken	34, 149
Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung	174, 334
Genauigkeit	122
GENESIS	128
Geoinformationssystem STABIS	88
Gesamtsystem	91
Geschäftsstatistiken	59, 73, 192
Gesetze	19, 26, 33, 45, 68, 216 - 248
Gesetzgebung	25, 26, 33
Gesetzgebungsprozeß	36
Gesundheitswesen	78, 84, 194, 195, 243, 369
Graphische Aufbereitung	103
Graue Literatur	56

Gremien	41, 98, 149
Gremien des Europäischen Statistischen Systems	149
Großhandelsstatistik	182, 336
Großrechenanlagen	98
Großrechner	53
Grundgesetz	18, 25, 213, 214
Gruppeninterview	109
Güterklassifikationen	232, 260, 261, 302, 303, 371
Güterverzeichnisse, systematische	263 - 267, 309, 315 - 318, 380
Handel	73, 76, 238, 240, 336
Handels- und Gaststättenzählungen	76, 182
Handelsvermittlungstatistik	182
Handheld-Computer	114
Handwerksberichterstattung	180, 336
Handwerkszählungen	76, 180, 238
Hardware-Ausrüstung	53
Harmonisierung (Klassifikationen)	75, 250 - 253
Hauptnutzer	35
Haushalt (Statistisches Bundesamt)	50
Haushaltsbefragungen	114
Hilfsmerkmale	29, 93, 222, 223
Hochrechnung	122, 123
Hochschulstatistik	83, 193, 194, 243
Holzstatistik	175
Hospitationsaufenthalte	161
Indexberechnung (Berechnungsgrundlagen)	61, 343 - 350
Individualverfahren	85
Informationelle Grundversorgung	59, 96
Informationelle Infrastruktur	129
Informationelle Selbstbestimmung	27, 31
Informationspflichten	29, 30, 68
Informationsservice, -verbreitung	68, 96, 105, 127, 132, 381, 382
Inländerkonzept	73
Inlandskonzept	73
Input-Daten	74
Input-Output-Rechnungen	88
Input-Output-Tabellen	62, 206, 207, 370
Institutionen	35 - 46
Interministerieller Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik	45, 91
Internationale Arbeitsorganisation (ILO)	155
Internationale Klassifikationen	270, 321 - 330
Internationale Organisationen	18, 23, 34, 60, 75, 145, 146, 155 - 157
Internationale Zusammenarbeit	145 - 161

Internationaler Währungsfonds (IMF)	156
Internationales Statistisches Institut (ISI)	145, 157
Internet	69, 96, 128, 139, 375, 376
Interviewer/-innen	111
INTRASTAT	78
Jackknife-Methode	125
Jahrbuch-CD	142, 351
Jahresabschlüsse	79, 171, 199
Justizgeschäftsstatistik	192
Justizvollzugsstatistik	193
Kaiserliches Statistisches Amt	16
Kartei im Produzierenden Gewerbe	75, 100
Kassenstatistik (öffentliche Haushalte)	79, 199
Kaufkraftparitäten	61
Klassifikationen	65, 249 - 256, 284 - 292, 302, 303, 321 - 330, 371, 372, 379, 380
Klumpenauswahl	123
Kolloquien	69
Kommunalstatistische Ämter	40
Kompetenzverteilung	36
Konferenz Europäischer Statistiker	155
Konjunkturbeobachtung, -erhebung	73
Konjunkturdiagnosen	104
Konjunkturindikatoren	64, 73, 75
Konvergenzkriterien	151
Kooperationsprogramme	158
Koordinationsmechanismen	21
Koordinierung	20, 97
Körperschaftsteuer	81, 201
Kosten	30, 228
Kostenstruktur, -statistik	171, 234, 334, 336, 366
Krankenhausstatistik	84, 195, 246
Krankheiten, meldepflichtige	84, 194, 243
Kreditinstitute, Kreditstatistiken	188 - 190
Kulturstatistik	83, 243
Kurzfristig auftretender Datenbedarf	28
Kurzzeitexperten/-expertinnen	159
Länder	79, 161
Landesergebnisse	96
Landesrechenzentren	37, 40
Landesstatistiken	40, 388, 389
Landwirtschaft	73, 74, 172, 234, 332, 367
Landwirtschaftszählungen	74, 172, 367
Laptop	102

Laptop-Computer	114
Laufende Wirtschaftsrechnungen	86, 202, 246, 338, 370
Leasing-Geschäfte	87
Legalisierung	18
Legalitätsprinzip	18
Lehrer/-innen	82, 193
Leitdateien	100
Leiter der statistischen Ämter	44
Leitfadengespräch	109
Lohnstatistik	85, 203 - 205, 246, 338, 370
Lohnsteuer, -statistik	81, 200
Lohnstrukturerhebungen	85, 204
Luftfahrtstatistik	187, 242
Markt- und Meinungsforschung	60
Marktwirtschaft	60
Medienangebote	69, 351 - 383
Messen	69
Meßzahlen (Berechnungsgrundlagen)	343 - 350
Methodische Grundzüge (Stichprobenstatistiken)	332 - 341
Mikrozensus	71, 72, 76, 83, 84, 86, 111, 166, 168, 233
Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik	176, 236
Mittel- und Osteuropa	67, 157, 158
Mittelalter	13
Modellrechnungen	64, 104
Multiplikatorenkurse	160
NACE (Rev. 1)	149, 255
Natürliche Bevölkerungsbewegung	71, 167, 232
Neue Medien	23, 96, 128, 139
Neutralität	18, 35
Notebook-Computer	114
Nutzer/-innen	59
Objektivität	18, 35
OECD	156
Öffentliche Haushalte	78, 198 - 202, 257 - 259
Öffentliche Schulden	79, 80, 199
Öffentlicher Bereich (Statistiken)	78, 198 - 202, 245
Öffentlichkeitsarbeit	69, 70, 129, 131
Optische Beleglesung	101
Output-Daten	74
Pen-Computer	114
Personal im öffentlichen Dienst	50, 80, 199, 200, 245
Personalkosten	85, 204

Personalstandstatistiken	72, 80, 199, 200
Personenklassifikationen	268 - 270, 371
Pflegestatistiken	84, 197
PHARE	158
Plausibilitätskontrollen	102
Politische Arithmetik	14
Polizeiliche Kriminalstatistik	192
Präsident des Statistischen Bundesamtes	39, 41, 44
Preisberichterstatter	113
Preisindizes	78, 205, 206, 383, 370
Preisstatistiken	78, 205, 206, 247, 370
Presse- und Auskunftsdienste	69, 105, 127 - 129, 131, 381, 382
Pressekonferenzen	69, 131
Pressemitteilungen	69, 96, 127, 129
Privater Verbrauch	86, 203, 317, 318
PRODCOM	149, 263, 264
Produktionserhebungen	75, 177, 238
Produktionsvorgänge	74
Produzierendes Gewerbe	73, 75, 177, 237, 238, 310, 311, 334, 367
Prognosen	97
Prognosetätigkeit	64
Programm der amtlichen Statistik	66, 71 - 89, 165 - 211
Programmplanungsverfahren	147
Publikationen	68, 96, 105, 127, 132, 351 - 389
Querschnittsveröffentlichungen	96, 132, 351, 352
Quotenauswahl	120
Rechnungsstatistik (öffentliche Haushalte)	79, 199
Rechtsetzung	33
Rechtsgrundlagen	19, 25 - 34, 213 - 230
Rechtspflege	83, 192, 193, 242, 368
Rechtsverordnungen	25, 27, 28, 33
Rechtsvorschriften	93, 222, 231
Referentenbesprechungen	44
Regionale Dezentralisation	20
Regionalisierte Daten	65, 378
Regionalklassifikationen	270 - 273, 372
Register	100, 118
Regressionsrechnungen	104
Reidentifizierungsverbot	32, 228
Reiseverhalten	76
Reiseverkehrsstatistiken	73, 183, 238, 239, 368
Repräsentativstatistik (Mikrozensus)	71, 72, 76, 83, 84, 86, 111, 166, 168, 233
Richtlinien	26, 34, 146
Rohrfernleitungsstatistik	187

Römische Verträge	146
Rotation	124
Sachvermögensrechnung	87
Sachverständigenrat für Umweltfragen	39
Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	39
Sachverständigenräte	39, 97
Satellitensysteme	63
Schätzungen	86
Schichtung	123
Schlachtungs-, Schlachtgewichtsstatistik	176
Schonung der Auskunftgebenden (Bürgerfreundlichkeit)	104
Schulen	82, 193
Schüler/-innen	82, 193
Schwangerschaftsabbrüche	84, 195
Seeschiffahrtsstatistik	186, 242
Sekundärstatistiken	67, 80, 88, 117
Sensible Daten	81
Serviceleistungen	57, 69, 105, 127 - 129, 131, 139, 381
Software-Ausstattung	54
Sonderaufbereitungen, -statistiken	66, 174, 180
Sondervermögen	79, 199
Sozialbudget	84, 196
Soziale Indikatoren	67
Sozialleistungen	84, 86, 196 - 198, 244, 245, 338, 369
Sozialversicherung	79
Spektrum Bundesstatistik	133
SPLV	54, 102
Staatskonto	78
STABIS	55, 75
STATIS-BUND	38, 55, 64, 69, 103, 127, 136 - 142, 377
STATIS-BUND-PC	55, 141
Statistikbegriff	13
Statistikbereinigungsgesetze	45
Statistikgeheimnis	31
Statistikverzeichnis	165 - 211
Statistische Ämter	36 - 40, 165
Statistische Ämter der Länder (Statistische Landesämter)	15, 17, 20, 36 - 40, 165, 388 - 392
Statistische Basisinformation	59, 96
Statistische Bureaus	15
Statistische Einheiten	75, 149
Statistische Geheimhaltung	29 - 32, 68, 111, 225 - 227
Statistische Gremien	41 - 46, 98, 149
Statistische Kommission	152

Statistische Woche	46
Statistische Zentralstellen	15
Statistischer Beirat	36, 41, 60, 93, 98, 218, 219
Statistischer Wochendienst	352
Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat)	26, 34, 146
Statistisches Bundesamt	17, 20, 25, 37, 39, 47 - 58, 165, 217, 218, 390
Statistisches Gesamtbild	64
Statistisches Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND)	38, 55, 64, 69, 103, 127, 136 - 142, 377
Statistisches Informationssystem zur Bodennutzung (STABIS)	55, 75
Statistisches Jahrbuch	96, 133, 134, 211, 351, 372, 378
Statistisches Reichsamt	16
Statistisches Zentralamt	17
Sterbetafel	104, 167
Steuerbelastungsquote	80
Steuerstatistiken	80 - 82, 199 - 202, 246, 369
Stichprobenerhebungen	70, 165, 180, 203, 233
Stichprobenplan	122
Stichprobenstatistiken (methodische Grundzüge)	332 - 341
Stichprobenverfahren	105, 119, 120, 124
Stichprobenzufallsfehler	121, 123
Strafverfolgungstatistik	192
Straßenverkehrsstatistiken	184 - 186, 241, 336
Straßenverkehrsunfallstatistik	77, 186, 241
Strukturberichterstattung	62
Strukturerhebungen	73, 75, 151, 173
Strukturdaten, -zahlen	73, 165, 170
Subnotebook-Computer	114
Summenverfahren	85
Supranationale Organisation	146
Supranationale Rechtsetzung	34
System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (SNA)	152
Systematiken	232, 253 - 255, 257 - 260, 267, 275 - 283, 293, 294, 298 - 301, 319, 320, 326 - 330
Systematische Fehler	123
Tabellenerstellung	103
TACIS	158
Tarifpartner	81
Teilstatistiken	119
Telefaxübermittlung	131
Telefonbefragungsstudios	98
Telefoninterviews (CATI)	111, 116
Thematische Veröffentlichungen	352 - 363, 372
Tiefeninterviews	110
Todesursachenstatistik	84, 195, 244

T-Online (Btx)	69, 128, 142, 376, 377
Tourismus	76, 182, 238, 239, 367
Typische Auswahl	120
Umrechnungen	66, 123
Umsatzsteuerstatistik	81, 201
Umweltberichterstattung	87, 209, 210
Umweltbundesamt	20
Umweltökonomische Gesamtrechnungen (UGR)	63, 88, 210, 371
Umweltschutzinvestitionen, -maßnahmen	88, 340
Umweltstatistikgesetz	88, 248
Umweltzustand	89
UNESCO	156
Universitätsstatistik	14
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	77
Unternehmenserhebungen	178, 179
Unternehmensregister	75, 76, 100, 118, 150, 232
Unternehmenszusammenschlüsse	74
Unterrichtungspflicht	29, 30, 68, 227, 228
Unterstichprobenverfahren	125
Verarbeitendes Gewerbe (Betriebserhebungen)	177
Verband Deutscher Städtestatistiker	46
Verbraucherpreiserhebungen	113, 206
Verbraucherpreisindizes	78, 151, 206, 247
Verbrauchsteuerstatistiken	82
Verdienste, Verdienststatistiken	85, 203, 246, 338, 370
Vereinte Nationen	62, 152, 165
Verkehrsstatistiken	77, 184 - 187, 241, 315, 316, 336, 368
Vermögensbilanzen	87
Vermögensbildung	87
Vermögenssteuerstatistik	82, 201
Veröffentlichungen	68, 96, 105, 127, 132, 351 - 389
Verordnungen	26, 34, 146, 231 - 248
Versicherungswirtschaft	191, 192
Verwaltungsunterlagen	67, 88, 105, 116
Veterinärstatistiken	176, 236
Viehzählungen	74, 173, 176, 334
Volksrepublik China	161
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	38, 62, 66, 73, 78, 81, 85, 86, 88, 152, 206 - 208, 232, 370
Volkszählungen	13, 71, 83, 165, 168
Volkszählungsgesetz	27, 165
Volkszählungsurteil	31
Wahlen	167, 233, 332, 366

Wahlkreiskommission	39
Wahrscheinlichkeitsrechnung	15
Wanderungsstatistik	71, 167
Warenklassifikationen (Außenhandel)	262, 263
Warenkorb	69
Warenverkehrsstatistik	183, 239
Warenverzeichnisse	262 - 265, 304 - 308, 310 - 314, 380
Wasserwirtschaft	87, 209
Weinbauerhebung	173, 235
Weinwirtschaftsstatistiken	175
Weltgesundheitsorganisation (WHO)	156
Wertpapiermärkte	190
Wirtschaft und Statistik	133, 351
Wirtschafts- und Sozialrat	152
Wirtschafts- und Währungsunion	75
Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen	154
Wirtschaftsrechnungen (private Haushalte)	86, 202, 246, 338, 370
Wirtschaftsstatistiken	73, 172 - 183
Wirtschaftszweige (Klassifikationen)	255, 256, 284 - 292
Wirtschaftszweige (Systematiken)	232, 253 - 255, 275 - 283
Wissenschaft	46, 60
Wissenschaftliche Unabhängigkeit	18, 35
Wohngeldstatistik	84, 198, 245, 338
Wohnungsbaufinanzierungsstatistik	181
Wohnungsbestand	76, 181, 367
Wohnungsmärkte, -versorgung	76
Wohnungsstichprobe	76, 86, 182, 336
Zahl der Woche	129
Zahlenkompaß	133, 351
Zähler/-innen	111
Zahlungsbilanzstatistik	208
Zeitreihen	137
Zeitreihenanalyse	64, 104
Zeitreihendatenbank	137
Zentrale Statistiken	23, 38, 91
Zentrum Mittel- und Osteuropa	158
Zinssätze	191
Zufallsstichproben	119
Zusammenfassende Veröffentlichungen	351 - 366
Zusatzaufbereitungen	37
Zweckverbände	79

